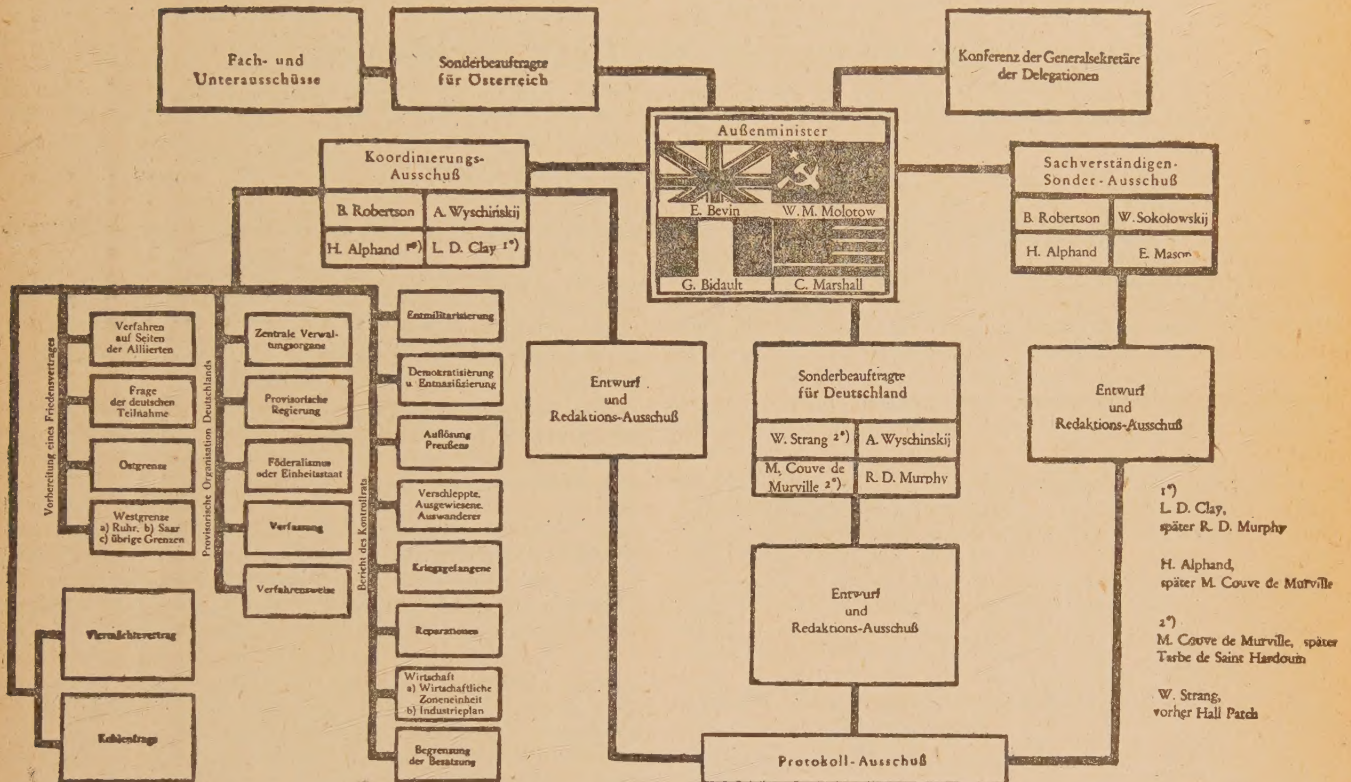


## Die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte

10. März bis 24. April 1947

### Organisations- und Arbeitsübersicht der Konferenz



### Die Delegationen der vier Teilnehmermächte

#### Die amerikanische Delegation:

George C. Marshall, Außenminister und Führer der amerikanischen Delegation  
 Robert D. Murphy, politischer Berater des amerikanischen Oberbefehlshabers in Deutschland  
 General Lucius D. Clay, Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland  
 John Foster Dulles, Sonderberater des amerikanischen Außenministers (außenpolitischer Sprecher der Republikanischen Partei)  
 Benjamin V. Cohen, Rechtsberater im amerikanischen Außenministerium  
 Charles E. Bohlen, Sachverständiger des amerikanischen Außenministeriums für sowjetische Angelegenheiten  
 H. Freeman Matthews, Leiter der europäischen Abteilung im amerikanischen Außenministerium  
 General Walter Bedell Smith, amerikanischer Botschafter in Moskau  
 Edward Mason, Sachverständiger des amerikanischen Außenministeriums  
 General Mark W. Clark, amerikanischer Sondervertreter für Österreich

#### Die britische Delegation:

Ernest Bevin, Außenminister und Führer der britischen Delegation  
 Sir William Strang, politischer Berater des britischen Oberbefehlshabers in Deutschland  
 Sir Oliver Harvey, Stellvertretender Staatssekretär im britischen Außenministerium  
 Sir Edmund Hall Patch, Stellvertretender Staatssekretär für das Sondergebiet Wirtschaftsfragen  
 P. J. Dixon, Privatsekretär des Außenministers Bevin  
 Generalleutnant Sir Brian H. Robertson, Stellvertretender Militärgouverneur in der britischen Besatzungszone Deutschlands  
 Sir Mark Turner, Wirtschaftssachverständiger der britischen Kontrollkommission für Deutschland  
 E. W. Playfair, Vertreter des britischen Schatzamtes  
 W. Ridsdale, Leiter der Nachrichtenabteilung im britischen Außenministerium  
 Sir Maurice Drummond Peterson, britischer Botschafter in Moskau  
 Viscount Hood, britischer Sondervertreter für Österreich  
 Harold Mack, Vertreter Großbritanniens in Wien



*Die französische Delegation:*

Georges Bidault, Außenminister und Führer der französischen Delegation  
Maurice Couve de Murville, Direktor der politischen Abteilung des französischen Außenministeriums  
Hervé Alphand, Direktor der Wirtschaftsabteilung des französischen Außenministeriums  
Tarbe de Saint Hardouin, politischer Berater des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland  
General Pierre Koenig, Militärgouverneur der französischen Besatzungszone in Deutschland  
General Georges Catroux, französischer Botschafter in Moskau  
Emile Paris, französischer Sondervertreter für Österreich

Sacha Gueronick, Ministerialdirektor im Ministerium für industrielle Produktion als Sachverständiger für das Ruhrproblem und den Kohlenbergbau

*Die sowjetische Delegation:*

Wjatcheslaw M. Molotow, Außenminister und Führer der sowjetischen Delegation  
Andreij A. Wyschinskij, Stellvertretender Außenminister  
Marshall W. D. Sokolowskij, Militärgouverneur der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland  
A. A. Smirnow, außenpolitischer Ratgeber Molotows  
W. S. Semjonow, Sachverständiger des sowjetischen Außenministeriums  
Fedor T. Gusew, Stellvertretender Außenminister und Sonderbeauftragter für Österreich

## Der Verlauf der Moskauer Beratungen

### Die einleitenden Verhandlungen — Der Bericht des Kontrollrates

#### Die Verhandlungen am 10. März 1947

*Rat der Außenminister*

Die Konferenz der Außenminister der vier Großmächte wurde am 10. März 1947 um 15 Uhr deutscher Zeit im Haus der Flieger in Moskau eröffnet. Nach den Begrüßungsansprachen wurde die Presse vom weiteren Verlauf der Verhandlungen ausgeschlossen. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Verlauf der Konferenz erfolgte durch Bekanntmachungen und Verlautbarungen der einzelnen Delegationen.

In ihrer ersten Sitzung erörterten die Außenminister das Arbeitsprogramm, das bereits durch die Außenministerkonferenz in New York (vgl. Europa-Archiv S. 329) entworfen worden war. Es stand den Ministern jedoch frei, diese Tagesordnung zu ändern oder zu erweitern. Nun wurde beschlossen, zuerst den umfangreichen Bericht des Alliierten Kontrollrats in Berlin Punkt für Punkt zu erörtern. Neben diesem Dokument bildeten die Berichte der Konferenz der Stellvertretenden Außenminister in London (vgl. Europa-Archiv S. 490—499) die Arbeitsgrundlage für die Moskauer Beratungen.

Nachdem der britische Vorschlag, das Finanzproblem des Freistaates Triest (Das Problem Triest wird in einem gesonderten Abschnitt des vorliegenden Heftes ausführlich behandelt.) in die Tagesordnung einzubeziehen, angenommen worden war, unterbreitete Molotow einen Antrag auf Erörterung der chinesischen Frage. Außenminister Marshall schlug sodann vor, die Prüfung des von Außenminister Bevin in New York gemachten Vorschlages über die Beschränkung der in Europa befindlichen ausländischen Truppen auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen. Dieser Plan Bevins sah vor, die britischen Truppen in Deutschland auf 140 000, die amerikanischen gleichfalls auf 140 000, die französischen auf 70 000 und die sowjetischen auf 200 000 Mann zu beschränken. In New York hatte Molotow

gesagt, er sei nicht vorbereitet, diese Frage im Augenblick zu diskutieren.

Eine Entscheidung über die Erörterung dieses Problems und über die Behandlung der chinesischen Frage wurde nicht getroffen. (Über den Verlauf der Verhandlungen über China, insbesondere über Korea, berichten wir in einem gesonderten Abschnitt unseres Beitrags.)

Das wichtigste Ergebnis des ersten Konferenztages bestand in der Annahme eines britischen Vorschlages, den im Bericht des Alliierten Kontrollrates angeführten einstimmigen Beschluß über die Liquidierung Preußens zu billigen. Die Entscheidung der Außenminister, den preussischen Staat zu liquidieren, war das Ergebnis einer fast einjährigen Beratung im Kontrollrat in Berlin. Der Moskauer Reuter-Korrespondent bezeichnete den Beschluß der Außenminister als „das Schlüsselsiegel unter die Liquidierung des mächtigsten aggressiven Militärstaates der Neuzeit.“

Die Außenminister bestimmten in dieser ersten Sitzung vier Stellvertreter, die als Rat der Sonderbeauftragten für Deutschland den Verhandlungen sich mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu Verfahrensfragen bei der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages beschäftigen sollen. Insbesondere wurde den Sonderbeauftragten die Ausarbeitung von Vorschlägen über die Zusammensetzung des zu bildenden Informations- und Konsultationsausschusses, wie er auf Grund des auf der Konferenz der Stellvertretenden Außenminister in London unterbreiteten französischen Vorschlages angenommen wurde, (vgl. Europa-Archiv S. 495) und die Erörterung der Vorschläge der Außenminister über an den Alliierten Kontrollrat zu erteilende Weisungen übertragen.

Dem Rat der Sonderbeauftragten für Deutschland traten A. J. Wyschinskij für die Sowjet-Union, Robert D. Murphy für die Vereinigten Staaten, Maurice Couve de Murville für Frankreich und William Strang für Großbritannien bei.

#### Die Verhandlungen am 11. März 1947

*Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse*

Die Konferenz der Sonderbeauftragten für Deutschland nahm einen sowjetischen Vorschlag für die Tagesordnung der Konferenz der Außenminister an:

„Dem Außenministerrat wird die Prüfung und Erörterung nachfolgender Fragen aus dem Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland in der nachstehenden Reihenfolge empfohlen:

1. Entmilitarisierung Deutschlands;

2. Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands;

3. Fragen, die im ersten Punkt der Tagesordnung des Rats der Außenminister als »wirtschaftliche Prinzipien« bezeichnet sind; hierbei wird vorausgesetzt, daß in diesem Zusammenhang auch alle Fragen erörtert werden, die mit der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands unter der Viermächte-Verwaltung zusammenhängen;

4. Reparationen;

5. Schaffung zentraler Verwaltungsorgane sowie die Frage der Form und des Umfangs der zeitweiligen politischen Organisation Deutschlands.“



Die Sonderbeauftragten einigten sich ferner, dem Außenministerrat zu empfehlen, mit einer allgemeinen Diskussion über den Bericht des Alliierten Kontrollrats zu beginnen und den Bericht darauf den Sonderbeauftragten zur weiteren Bearbeitung zu übergeben.

Alle diese Vorschläge wurden noch am gleichen Tage vom Rat der Außenminister angenommen, jedoch wurden das Thema der verschleppten Personen und die Frage der territorialen Neuordnungen in die Agenda zwischen Punkt 4 und 5 eingegliedert.

### Rat der Außenminister

Zur Debatte stand der erste Punkt des Kontrollratsberichts: die Entmilitarisierung Deutschlands.

Außenminister Bidault erklärte, das Ziel der französischen Regierung sei die Entmilitarisierung Deutschlands. Frankreich werde alles tun, um diese Entmilitarisierung sowie eine Kontrolle der Herstellung von Kriegsmaterial sicherzustellen. Frankreich habe mit Befriedigung aus dem Bericht des Kontrollrats festgestellt, daß die deutsche Armee zu bestehen aufgehört habe, daß die totale Ausschaltung und Vernichtung von Kriegs- und ähnlichem Material vollständig durchgeführt worden sei und daß nur noch Kriegsgefangene und Kriegsverbrecher zurückgehalten würden. Bidault betonte Frankreichs Verlangen, daß das deutsche Schwerindustriepotential nicht wieder entstehen dürfe, um dann erneut Angriffszwecken zu dienen.

Bidault legte besonderen Wert darauf, den Begriff der Kriegsindustrie sehr genau zu präzisieren. Es gelte, zu unterscheiden zwischen Fabriken, die unbestreitbar und ausschließlich der Herstellung von Kriegsmaterial dienten und die infolgedessen zu zerstören seien, ferner Fabriken, die zwar im Hinblick auf den Krieg errichtet wurden, die aber auf die Friedensproduktion umgestellt werden könnten, und schließlich Fabriken, die zwar für den Frieden arbeiten, aber leicht in Kriegsbetriebe umgewandelt werden könnten.

Der Antrag Bidaults, diese Frage von den Stellvertretern der Außenministern besonders prüfen zu lassen, wurde von der Konferenz angenommen.

Hierauf gab Außenminister Molotow eine eingehende Erklärung über die Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands ab:

„1. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz sehen eine vollständige Abrüstung und Demilitarisierung Deutschlands und die Liquidierung seines Rüstungspotentials vor. Die Produktionskapazitäten, die für die Entwicklung der Deutschland in Zukunft gestatteten Friedensindustrien nicht erforderlich sind, müssen entweder im Einklang mit dem Reparationsplan beschlagnahmt oder, falls sie nicht beschlagnahmt werden sollten, vernichtet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Durchführung dieser gemeinsamen Beschlüsse der verbündeten Mächte über die Demilitarisierung Deutschlands zu den Grundlagen der Politik der Verbündeten gehört, deren Ziel es ist, die Welt vor einer möglichen Aggression seitens Deutschlands zu sichern und aus Deutschland einen friedliebenden demokratischen Staat zu machen. Dieses Ziel entspricht den Interessen aller friedliebenden Länder der Welt.

2. Seit der Kapitulation Deutschlands sind etwa zwei Jahre vergangen. Die deutsche Armee hat die Waffen gestreckt und aufgehört, als solche zu existieren. Darum ist jetzt für die Demilitarisierung Deutschlands die Liquidierung seines Rüstungspotentials von entscheidender Bedeutung, damit Deutschland, das als ein demokratischer und friedliebender Staat fortbestehen bleibt, der neben der Landwirtschaft eine eigene Industrie und einen eigenen Außenhandel hat, keine wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten besitzt, sich als eine aggressive Macht wieder aufzurichten. Es ist allgemein bekannt, daß sich die Hauptbasis des deutschen Rüstungspotentials in den Gebieten Westdeutschlands, vor allem im Ruhrindustrialgebiet befindet, weshalb die Abrüstung der westdeutschen Rüstungsindustrie für die Demilitarisierung Deutschlands von entscheidender Bedeutung ist. Indessen bleiben solche Mammutbetriebe, die eigens für die Aggression geschaffen wurden, wie die Hermann-Göring-Werke, Krupp, Robert Bosch, die I. G. Farbenindustrie und andere, die die Grundlage der Trusts, Kartelle und anderer Industriemonopole bildeten, in Westdeutschland unangetastet, beziehungsweise sie werden nur zum Teil

für die Beschlagnahme vorgesehen. Damit werden die Voraussetzungen für eine schnelle Wiederherstellung ihrer früheren Rüstungskapazität und Bedeutung geschaffen. Der Zusammenschluß dieser Betriebe in monopolistischen Organisationen erleichterte die Hitlerische Aggression, und die Aufrechterhaltung dieser Monopole stellt eine Gefahr auch für die Zukunft dar.

3. Die sowjetische Delegation forderte bereits auf der Pariser Tagung des Rats der Außenminister im Juli 1946 die schnellstmögliche Aufstellung des Plans und der Durchführungsbestimmungen für die Liquidierung der deutschen Industriezweige, die durch die Lieferungen gewaltiger Mengen an Waffen für die deutsche Armee die kriegswirtschaftliche Basis des aggressiven Deutschlands bildeten. Auf Initiative der Sowjetvertreter faßte der Kontrollrat am 2. Oktober 1946 einen Beschluß über die Aufstellung eines solchen Planes für ganz Deutschland im Laufe der nächsten ein bis zwei Monate.

Es muß zugegeben werden, daß mit der Liquidierung des Rüstungspotentials in den Westzonen Deutschlands fast noch nicht begonnen wurde, abgesehen von einzelnen isolierten Maßnahmen, deren Durchführung sich auf den Stand des Rüstungspotentials der Westzonen fast gar nicht auswirkte. Nach offiziellen Statistiken aus dem Bericht des britischen Oberkommandos vom 1. Januar 1947 wurden bis jetzt nur sieben Prozent aller Panzer-, Flugzeug-, Artillerie- und anderer Rüstungswerke liquidiert, die sich in der britischen Zone befanden und eigens für die Herstellung von Waffen erbaut wurden.

Die in den Berichten der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungsbehörden enthaltenen Hinweise auf irgendeine »Neutralisierung der Rüstungsbetriebe« können das ganz geringfügige Ausmaß der Liquidierung der Rüstungswerke nicht rechtfertigen, die praktisch auch jetzt als Kriegsbetriebe erhalten werden. Es ist selbstverständlich, daß die sogenannte »Neutralisierung« für die Liquidierung des Rüstungspotentials völlig bedeutungslos ist, schon ganz davon zu schweigen, daß die Beschlüsse der Berliner Konferenz keinerlei »Neutralisierung« als Mittel zur Liquidierung des Kriegspotentials vorsehen.

Zum 1. Januar 1947 wurden den Behörden des Kontrollrates die Verzeichnisse von 1554 Betrieben der drei westlichen Zonen zur Prüfung vorgelegt, deren Anlagen und Maschinen a) Konto der Reparationen zu beschlagnahmen sind, weil sie zum Rüstungspotential gehören. Die vollständige Beschlagnahme der Ausrüstung war jedoch bis zu diesem Zeitpunkt nur in drei Betrieben abgeschlossen, während die Beschlagnahme der Ausrüstung in 37 Betrieben bis jetzt nicht beendet ist.

Daneben ist festzustellen, daß in der sowjetischen Besatzungszone von 733 Betrieben, die zur Rüstungsindustrie und zu anderen verbotenen Industriezweigen gehören, 676 Betriebe a) Konto der Reparationen beschlagnahmt und abmontiert wurden.

Im Januar 1947 besuchten die vom Kontrollrat gebildeten interalliierten Vier-Vertreter-Kommissionen alle Besatzungszonen Deutschlands, um den Stand der Liquidierung der Rüstungsbetriebe zu überprüfen. Es wurde eine Auswahlprüfung von dreißig Rüstungsbetrieben vorgenommen, davon neun in der sowjetischen Zone und je sieben in der amerikanischen, britischen und französischen Zone. Die Kommissionen stellten größte Mängel bei der Organisation und Durchführung der Maßnahmen zur Liquidierung der Rüstungsbetriebe in den Westzonen fest und bestätigten, daß dort in einzelnen Betrieben Fälle des Diebstahls von Ausrüstungen und der Entnahme von Maschinen zu verzeichnen sind.

Nichtsdestoweniger wurde bis jetzt keinerlei Plan aufgestellt, weil die Besatzungsbehörden der amerikanischen, britischen und französischen Zone die notwendigen Verzeichnisse der Betriebe nicht vorlegten. Nicht einmal für die Liquidierung der Betriebe eines so gewaltigen chemischen Konzerns wie der I. G. Farbenindustrie besteht irgendein Plan, obwohl dieser Konzern, wie der Kontrollrat feststellte, die Schaffung und Aufrechterhaltung des deutschen Kriegspotentials in einem starken Maße aktiv unterstützte und der Kontrollrat am 30. November 1945 eigens einen Beschluß über dessen Liquidierung faßte.

4. Die vom Kontrollrat angenommenen Gesetze und Direktiven über die Entwaffnung und Auflösung der Kontingente der ehemaligen deutschen Streitkräfte sind nicht restlos durchgeführt. In Paragraph 1 des Gesetzes Nr. 34 des Kontrollrats vom 10. August 1946 war vorgesehen, daß sämtliche deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte mit allen ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen einschließlich des Generalstabs, des Offizierkorps, des Reservistenkorps, der Kriegsschulen, der Kriegsteilnehmerorganisationen sowie anderer militärischer und halb-militärischer Verbände mitsamt ihren Stäben und Vereinigungen, die für die Aufrechterhaltung der militärischen Traditionen Deutschlands bestimmt waren, als aufgelöst und völlig liquidiert zu betrachten sind. Nichtsdestoweniger stehen dem britischen und dem amerika-



nischen Kommandierenden der Besatzungstruppen nach wie vor unaufgelöste deutsche Truppenteile und -dienste zur Verfügung, die früher den Landstreitkräften, der Luftwaffe und der Kriegsmarine Deutschlands angehörten.

Diese sogenannten »Hilfs-Dienste« behalten ihre militärischen Organisationen bei, wobei sie von deutschen Offizieren befehligt werden, die disziplinarische Rechte genießen. Das trägt zur Aufrechterhaltung des Kadern der deutschen Armee bei. Nach offiziellen Berichten des britischen und des amerikanischen Oberkommandos betrug am 1. Januar 1947 die Stärke der deutschen Truppenteile, die als Hilfskommandos und -dienste weiterbestehen, im Bereich der Befugnisse des britischen Oberkommandos 81 358 Mann und im Bereich der Befugnisse des amerikanischen Oberkommandos etwa 9000 Mann. Diese Lage steht im Widerspruch zu den Beschlüssen des Kontrollrats.

5. Neben den deutschen Truppenformationen bestehen in der britischen und amerikanischen Besatzungszone Deutschlands unaufgelöste Truppenteile fort. Diese Truppenteile setzen sich aus Personen nichtdeutscher Nationalität zusammen und sind laut Gesetz aufzulösen und zu repatriieren. Dazu gehören *Tschetniks*, *Ustaschi*, *Szalaszy*-Leute, die sogenannte »Königlich Jugoslawische Armee« sowie Truppenteile von General *Anders*, terroristische Bandenorganisationen und so weiter. Dies alles widerspricht den Beschlüssen des Kontrollrates.

6. In Anbetracht des oben Dargelegten wird vorgeschlagen, daß der Rat der Außenminister den Kontrollrat beauftragt, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Bis zum 1. Juli 1947 ist ein Plan zur Liquidierung des deutschen Rüstungspotentials aufzustellen. Dabei wird die Frist für den Abschluß der Maßnahmen zur Liquidierung des Rüstungspotentials auf spätestens Ende 1948 angesetzt. Der Liquidierung der Kartelle und Trusts wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Diese erfaßt die Betriebe, die mit dem Kriegspotential Deutschlands zusammenhängen.

2. Die Maßnahmen zur Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials und zur Zerstörung aller militärischen Objekte in Deutschland, die für die Kriegführung zu Lande, zur See und in der Luft bestimmt waren, werden so beschleunigt, daß diese Arbeiten bis Ende 1949 völlig abgeschlossen sind.

3. Bis zum 1. Juni 1947 werden alle noch vorhandenen deutschen Truppenformationen einschließlich der »Hilfstruppen« restlos aufgelöst und liquidiert.

4. Sämtliche noch vorhandenen und neugebildeten Einheiten, Stäbe, Wachdienste und anderen Organisationen sowie Übungssammellager mit Personen nichtdeutscher Nationalität, die laut Beschlusses des Kontrollrats aufzulösen und zu repatriieren sind, müssen aufgelöst und völlig abgeschafft werden.

Außenminister *Bevin* beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Erklärung, daß alle Organisationen in der

britischen Zone dem Kontrollrat gemeldet worden seien. Molotows Erklärung, daß es sich um militärische Formationen handelte, sei irreführend.

In der Frage der Zwangsrepatriierung nichtdeutscher Einheiten sei die britische Regierung nicht gewillt, Gewalt anzuwenden. Allgemein gesehen, so erklärte *Bevin*, seien die Entscheidungen der Berliner Dreimächtekonferenz (Potsdamer Abkommen) über die Entmilitarisierung in befriedigender Weise durchgeführt worden.

*Bevin* wandte sich dann an Molotow mit der Aufforderung, die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union bekanntzugeben.

Außenminister *Marshall* brachte zum Ausdruck, daß nach Ansicht seiner Regierung der Bericht des Kontrollrates über die Entmilitarisierung im großen und ganzen befriedigend sei und daß lediglich eine unbefriedigende Tatsache bestehen bleibe, nämlich daß die Schwerindustrie, die für Kriegszwecke eingesetzt werden könne, noch begrenzt werden müsse. Die Entfernung von Werken, wie sie im Potsdamer Abkommen vorgesehen sei, könne nur dann vollendet werden, wenn die im gleichen Abkommen vorgesehene Wirtschaftseinheit in die Wirklichkeit umgesetzt würde. Die Vereinigten Staaten seien der Überzeugung, daß bei dem heutigen allgemeinen Zustand Deutschlands diesem ein weit höheres Industriepotential zugestanden werden müsse.

Im Anschluß hieran kam *Marshall* auf die auf der Pariser Außenministerkonferenz von dem damaligen Außenminister *Byrnes* gemachten Vorschläge für den Abschluß eines Viererpaktes zu sprechen (vgl. Europa-Archiv S. 53 und S. 258—259). Deutschland könne zwar heute keinen Krieg entfachen, es müsse aber dafür gesorgt werden, daß es auch in Zukunft nicht mehr den Frieden bedrohen könne. *Marshall* betonte, daß die Vereinigten Staaten dem Abschluß eines Viererpaktes große Bedeutung beimäßen und daß der Pakt dazu bestimmt sei, Europa gegen jede Verletzung der Entmilitarisierungs- und Abrüstungsklauseln von seiten Deutschlands zu schützen.

*Marshall* kam dann auf den Bericht des Kontrollrates zurück und schlug vor, die Ausführungen zum Punkt Entmilitarisierung gutzuheißen und festzustellen, daß auf diesem Gebiet in allen vier Zonen wesentliche Fortschritte zu verzeichnen seien. Die alliierten Kontrollbehörden sollten die Entmilitarisierung Deutschlands entsprechend den früheren Konferenzbeschlüssen unverzüglich zum Abschluß bringen.

## Die Verhandlungen am 12. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten beschäftigten sich längere Zeit mit der Frage der Begriffsfestlegung hinsichtlich eines Friedensvertrags mit oder für Deutschland. Der amerikanische Delegierte *Murphy* deutete an, daß die Vereinigten Staaten nicht weiter auf dem Plan eines internationalen Statuts für Deutschland bestehen werden. Schließlich einigten sich die Sonderbeauftragten nach längerer Debatte auf den Begriff »Deutscher Friedensvertrag«.

Der sowjetische Delegierte *Wyschinskij* begann dann die Erörterungen über die zu bildenden Ausschüsse und forderte, das Studium der bereits in London zu einem gewissen Abschluß gebrachten Verfahrensfragen nochmals neu zu beginnen. Der in London angenommene französische Vorschlag für die Schaffung eines Informationsausschusses kam somit vorerst nicht zur Beratung.

### Rat der Außenminister

Die Diskussion über die Entmilitarisierung Deutschlands wurde vom Rat der Außenminister fortgesetzt. *Bevin* antwortete auf die Vorwürfe Molotows vom Vortage und erklärte, daß die von Molotow angeführten Formatio-

nen bald durch gewöhnliche Arbeitskräfte mit zivilen Arbeitsverträgen ersetzt werden würden. Einen bestimmten Zeitpunkt, wie ihn Molotow vorschlug, könne er jedoch nicht festlegen.

*Bevin* kam dann auf seine Frage über die deutschen Kriegsgefangenen zurück und sagte:

„Wir haben zuverlässige Meldungen über die Anzahl der von der Sowjet-Union zurückgehaltenen Kriegsgefangenen. Es wurde berichtet, daß es sich um viele Millionen handelt. Ich möchte auf Meldungen hinweisen, denen zufolge einer Anzahl dieser Kriegsgefangenen nahegelegt wurde, in der Sowjetarmee zu dienen. Ich würde eine kategorische Versicherung meines sowjetischen Kollegen, daß diese Berichte unbegründet sind, sehr begrüßen.“

*Bevin* verlangte genaue Auskunft darüber, wann die Gefangenen nach Deutschland zurückgeschickt werden würden.

„Das schon durch den Krieg um einen großen Prozentsatz junger, arbeitskräftiger Männer entblötte Deutschland sieht sich jetzt einer schwierigen Lage gegenüber, da durch die Umsiedlung aus den Ostgebieten weder junge noch arbeitstaugliche Menschen nach dem Westen strömen. Etwas muß getan werden, um dieses unausgeglichene Verhältnis zu ändern; die Rückkehr der Kriegsgefangenen ist ohne Zweifel ein Schritt in dieser Richtung.“

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte *Bevin*, daß die Durchführung des Potsdamer Protokolls über die



Zerstörung des Kriegspotentials und die Reparationen unmöglich sei, wenn die vier Zonen nicht vereinigt würden. Bevin setzte sich ferner für eine Revision des in Potsdam festgelegten Industrieniveaus ein, da dieses seiner Auffassung nach zu niedrig sei.

Zur Frage der Demontagen erklärte Bevin, daß die Ziffern in den westlichen Zonen so niedrig seien, weil der im März 1946 in Berlin unterzeichnete Plan über das erlaubte Ausmaß deutscher Industrien auf gewissen Voraussetzungen aufgebaut sei, von denen die wichtigste — Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln — bis jetzt noch nicht erfüllt worden sei (vgl. Europa-Archiv S. 217). Molotow habe sich darüber beschwert, daß das deutsche Kriegspotential in den Westzonen nicht, wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen, liquidiert worden sei. Das Potsdamer Abkommen müsse jedoch als Ganzes betrachtet werden. Die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit sei ein Grundsatz, von dem man nicht abgehen könne.

Zu dem von Molotow gemachten Vorschlag über die Liquidierung der deutschen Kriegsindustrien bis zum 1. Juli 1947 erklärte Bevin, die Notwendigkeit eines solchen Planes sei unbestritten, jedoch müßten die Alliierten vorher wissen, ob in Deutschland eine wirtschaftliche Einheit geschaffen werden solle oder nicht. Eine weitere Voraussetzung für den Plan sei eine Überprüfung des augenblicklichen Ausmaßes des deutschen Industrieniveaus.

„Ich bin zu dem Schluß gelangt, daß der Plan vom März 1946 dieses Ziel in verschiedener Hinsicht nicht erreicht. Wenn der

Lebensstandard in Deutschland zu tief absinkt, so werden wir die Keime eines zukünftigen Krieges ebenso sicher säen, wie wenn wir Deutschland im Besitz seiner Rüstungsfabriken lassen würden.“

Bevin erklärte, er könne dem Vorschlag Molotows, Anweisungen an den Kontrollrat zu senden, nicht zustimmen, bis das zukünftige Ausmaß der deutschen Friedenswirtschaft einer neuen Prüfung unterzogen worden sei. Die Alliierten würden wissen wollen, wie hoch die Leistungsfähigkeit aller verbliebenen Industrien, einschließlich der friedlichen Zwecken dienenden, zu veranschlagen ist. Auch über Fälle, in denen der Besitz aus deutschen in sowjetische Hände überging, müsse man Bescheid wissen.

Außenminister *Marshall* stellte fest, daß seine Delegation mit Bevin derselben Meinung sei. Außenminister *Bidault* erläuterte seine am Vortag gemachten Ausführungen, ohne aber zu Bevins Darlegungen Stellung zu nehmen.

Außenminister *Molotow* ging auf die einzelnen Punkte der Ausführungen Bevins ein, wobei er betonte, daß die Entmilitarisierung der deutschen Industrie noch unbefriedigend sei. Es müsse zwar alles getan werden, um die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherzustellen, dies könne aber in keiner Weise eine Verzögerung in der Zerstörung des deutschen Kriegswirtschaftspotentials rechtfertigen. Den Vorschlag Bevins auf Neufestsetzung des deutschen Industrieniveaus unterstützte Molotow.

In der Frage der Kriegsgefangenen wies Molotow Presseberichte, die von drei Millionen Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union sprächen, und Gerüchte von einer deutschen Armee in der Sowjet-Union als unsinnig zurück.

## Die Verhandlungen am 13. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Auf der Konferenz der Sonderbeauftragten gab der sowjetische Delegierte eine Erklärung ab, in der er sagte, er setze bei dem Begriff „Deutscher Friedensvertrag“ voraus, daß dieser keinen einseitigen Akt darstelle.

Die Sonderbeauftragten besprachen dann die Einrichtung eines Informations- und Konsultationsausschusses, der die Aufgabe haben soll, die beteiligten alliierten Staaten über alle Probleme in Kenntnis zu setzen, die von den Außenministern bearbeitet werden. Ferner soll der zu bildende Ausschuß die Möglichkeit bieten, sich über die deutschen Einzelfragen mit den interessierten alliierten Nationen zu beraten.

Der in London vorgelegte französische Vorschlag, einen Ausschuß aus den Vertretern der vier Großmächte und den Delegierten aller alliierten Nachbarstaaten Deutschlands sowie der Staaten zu bilden, die sich mit ihren Streitkräften am Krieg gegen Deutschland beteiligt haben — insgesamt achtzehn Länder (vgl. Europa-Archiv S. 492, 493 und 495) —, wurde im Prinzip von den Sonderbeauftragten angenommen. *Wyschinskij* verlangte jedoch die Teilnahme Albaniens als neunzehnte Nation.

Über die Hinzuziehung Albaniens entstand eine längere Debatte, in der sich die Vereinigten Staaten und Großbritannien gegen die Teilnahme und Frankreich zusammen mit der Sowjet-Union für die Teilnahme aussprachen. Es kam zu keiner Einigung.

In der Frage der Informationskommission (auf diese Bezeichnung einigten sich die Stellvertreter) konnte über die Tätigkeit und die Zuständigkeit noch kein Einvernehmen erzielt werden, da der britische und der amerikanische Delegierte, unterstützt von dem sowjetischen Delegierten, verlangten, keine Beschlüsse zu fassen, ehe nicht der britisch-amerikanische Vorschlag diskutiert worden sei, der auf die Schaffung technischer Spezialkommissionen am Ende der Arbeiten der Moskauer Konferenz abzielt.

Eine Entscheidung über die Teilnahme der kleineren Nationen an der Abfassung des deutschen Friedensvertrages wurde hierdurch erneut hinausgeschoben.

### Rat der Außenminister

In der Sitzung des Außenministerrates standen die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands auf der Tagesordnung.

Als erster nahm Außenminister *Marshall* Stellung zur Frage der Entnazifizierung. Er führte aus:

„Sofort vom Beginn der Besetzung Deutschlands an war die Entnazifizierung eines der wesentlichsten Ziele der amerikanischen Militärverwaltung. Die amerikanischen verantwortlichen Persönlichkeiten gingen in ihrer Entschlossenheit, den Nazismus in der amerikanischen Zone auszurotten, weit über die vom Kontrollrat vorgesehenen Forderungen hinaus. Es wurden alle Bemühungen zur Verhaftung der Kriegsverbrecher und anderer Personen, die Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben, und zu ihrer Übergabe an die Gerichte unternommen. 5000 Personen befanden sich zur Zeit bei der Amerikanischen Militärregierung zur Durchführung einer Untersuchung in Haft. Keines der Mitglieder der Organisationen, die von dem Internationalen Militärtribunal schuldig befunden worden waren, wurde vor der Untersuchung seiner Angelegenheiten durch ein Entnazifizierungsgericht in Freiheit gesetzt. Über 48 000 Mitglieder des SS-Korps, der Gestapo, politische Leiter und andere Nazis sind interniert und erwarten ihre Aburteilung.“

Das deutsche Gesetz zur Ausrottung des Nationalsozialismus und Militarismus, das in drei Ländern oder Provinzen der amerikanischen Zone eingeführt wurde, ist gerecht, aber zugleich, wie wir annehmen, in seiner Anwendung und Ausdehnung strenger und umfassender als die Entnazifizierungsverordnungen in den anderen Zonen. Dieses Gesetz wird von ungefähr 450 Spruchkammern angewandt, die aus Personen bestehen, die als Antifaschisten bekannt sind und die bis zum heutigen Tage die Entnazifizierung von über 200 000 Personen bearbeitet haben. Über 14 000 Personen beschäftigen sich unter der sorgfältigen Kontrolle der Beamten der Amerikanischen Militärregierung mit der Durchführung dieses Gesetzes. Entsprechend diesem Gesetz wurden ungefähr zwölf Millionen Personen registriert, deren Fall einer Untersuchung unterliegt.



Dieses Gesetz berücksichtigt alle Prinzipien der Rechtspflege, indem es den gerechten und effektiven Gerichtsvorgang im Hinblick auf jede einzelne Person entsprechend ihrer Verantwortung für die während des Naziregimes verübten Verfehlungen sichert. Dieses Gesetz sieht ferner bestimmte Sanktionen vor, um zu verhüten, daß Personen, die als schuldig erkannt worden sind, irgendeinen anderen Beruf ausüben als den eines einfachen Werktätigen. Das Gesetz ermöglicht es ferner den weniger schuldigen Personen, sich zu rehabilitieren, und den Personen, die lediglich nominell der Nazipartei angehörten, in das öffentliche Leben zurückzukehren. Dabei werden keinerlei Ausnahmen wegen der Wichtigkeit einzelner Personen für die Verwaltung oder aus Gründen politischer Zweckmäßigkeit gemacht.

Die Anzahl der Personen, die wegen ihrer Verbindungen mit den Nazis aus den öffentlichen Ämtern oder wichtigen Privatposten entfernt worden sind, beträgt 370 000. Die Durchprüfung der gesamten erwachsenen Bevölkerung gibt Sicherheit dafür, daß kein aktiver Nazi der verdächtigten Strafe entgehen kann. Den ehemaligen Nazis ist es in der amerikanischen Zone nicht erlaubt, politischen Parteien beizutreten. Es werden keine Ausnahmen gegenüber den Nazis gemacht, die jetzt aktiv an dem zur Zeit in Deutschland herrschenden System mitarbeiten wollen. Außerdem wurden alle Mitglieder der Nazipartei aus öffentlichen Ämtern entfernt, und es wurden ihnen auch einflußreiche Posten in privaten Unternehmungen entzogen.

In unserer Zone findet diese Gesetzgebung die Unterstützung aller politischen Parteien und Gewerkschaften. Das Internationale Militärtribunal berief sich auf die Gesetzgebung als auf ein Muster der Gerechtigkeit, und ihre wesentlichsten Grundlagen wurden von allen vier Besatzungsmächten Deutschlands angenommen und in die Direktive Nummer 38 des Kontrollrats einbezogen.

Die Politik der Vereinigten Staaten war konsequent und das Programm streng, aber gerecht. Die in der amerikanischen Besatzungszone vor kurzer Zeit durchgeführten Amnestien bedeuten keinerlei Abschwächung unserer Bemühungen zur Ausrottung des Nazismus. Diese Maßnahmen wurden lediglich im Hinblick auf die Jugend und die Kriegsverwundeten sowie auf andere Personen durchgeführt, die zu der geringer belasteten Gruppe gehören, keinerlei Vorteile aus der Nazibewegung gezogen haben und nicht als Nazis in dem Sinne bezeichnet werden können, wie es die Direktive des Kontrollrats vorsieht.

Wir haben nichts zu verbergen. In den Monatsberichten, die dem Kontrollrat zur Verfügung gestellt wurden, ist eine detaillierte Analyse der Erfolge enthalten, die auf dem Gebiet der Entnazifizierung in der amerikanischen Zone erreicht wurden. Außerdem wurden die Direktiven und Instruktionen über die amerikanische Besatzungszone den anderen Mächten mitgeteilt. Der Kontrollrat erhielt keine einzige Information über die Verwirklichung der Viermächte-Direktiven in der Ostzone, ebenso wie er keine vollständigen Berichte über die Ergebnisse der Entnazifizierung in diesem Teil Deutschlands erhalten hat.

Meine Regierung ist gegen die Ausnutzung der Entnazifizierung im Sinne eines politischen Instruments, das irgendeine deutsche politische Partei begünstigt. In der amerikanischen Zone ist es den aktiven Nazis verboten, politischen Parteien beizutreten, aber wir sind über die häufigen Berichte beunruhigt, daß sich ehemalige aktive Nazis in der sowjetischen Besatzungszone durch ihren Beitritt zur SED reinwaschen. Der Bericht des Kontrollrats an den Außenministerrat hinsichtlich der Entnazifizierungsfragen zeigt, daß die Entnazifizierungsgesetze ebenso wie die Direktiven in den Besatzungszonen im Zusammenhang mit der Auslegung der Viermächtepolitik und der Deklarationen über diese Frage durch den jeweiligen Kommandierenden der einzelnen Zone verschiedenartig angewandt wurden. Das führte zu einer mangelhaften Einheitlichkeit sowohl in der Prozedur selbst wie auch in der Anwendung der Sühnemaßnahmen und der auferlegten Beschränkungen. Im Zusammenhang damit bestehen unter den Besatzungsmächten Mißtrauen über die Aufrichtigkeit der Entnazifizierungsbemühungen der anderen Partner sowie ein Widerwille, die in den anderen Zonen durchgeführten Entnazifizierungsbeschlüsse voll anzuerkennen. Es gibt auch weiter eine Tendenz von Personen, gegen welche Anschuldigungen erhoben werden, aus einer Zone in die andere umzusiedeln, wo ihrer Ansicht nach die Entnazifizierung unter weniger strengen Bedingungen durchgeführt wird.

Um diese Lage zu bessern, wünscht die Delegation der Vereinigten Staaten, folgende Resolution vorzulegen, damit sie von dem Außenministerrat angenommen werde:

»Der Rat der Außenminister nimmt den Bericht des Kontrollrats über die Entnazifizierung zur Kenntnis und glaubt, daß es notwendig ist, eine einheitliche Praxis und Prozedur der Entnazifizierung in ganz Deutschland durchzuführen. Er beauftragt den Alliierten Kontrollrat, den entsprechenden deutschen Be-

hörden eine Anweisung des Inhalts zu geben, daß sie ein einheitliches deutsches Gesetz erlassen, welches auf der Direktive Nr. 38 des Kontrollrats beruht, um ein gleiches und gerechtes Verfahren gegenüber allen Personen entsprechend dem Maß ihrer Verantwortung zu sichern, wobei die erwähnte deutsche Gesetzgebung in Kraft bleibt, falls sie nicht von dem Alliierten Kontrollrat abgelehnt wird.«

Außenminister *Bidault* nahm die Vorschläge Marshalls im Prinzip an, beantragte jedoch, die vom Kontrollrat vorgeschlagenen einheitlichen Maßnahmen sollten jeder Länderregierung durch die Militärbefehlshaber der Zonen übermittelt werden. Auf die Demokratisierungspolitik übergehend empfahl *Bidault*, die öffentlichen Schulen, Parteien und Gewerkschaften nicht im Rahmen einer das ganze Land umfassenden Politik, sondern im örtlichen Maßstab für die Demokratisierung auszunutzen.

Außenminister *Molotow* behandelte das Thema der Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands sehr ausführlich:

„In den Beschlüssen der alliierten Mächte wurde wiederholt hervorgehoben, daß die Ausrottung der Überreste des deutschen Faschismus (Entnazifizierung) und die Herstellung eines demokratischen Systems in Deutschland eine der wichtigsten Bedingungen für die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa darstellen. Das im Bericht des Kontrollrats enthaltene Material sowie die unseren Regierungen zur Verfügung stehenden Angaben ermöglichen es uns, ein Urteil über die Ausführung dieser Beschlüsse, über die auf diesem Gebiet erzielten Erfolge und über die noch bestehenden ernststen Mängel abzugeben.

Entnazifizierung: Aus dem Bericht des Kontrollrats über die Entnazifizierung ist ersichtlich, daß die Kontrollorgane der Alliierten gleich von Beginn ihrer Tätigkeit an Maßnahmen zur Vernichtung der Nationalsozialistischen Partei und der ihr angeschlossenen beziehungsweise unter ihrer Kontrolle stehenden Organisationen durchführten, die unter dem Hitlerregime geschaffenen faschistischen Einrichtungen auflösten, einige Gesetze aufhoben und Maßnahmen zur Verhütung einer faschistischen und militäristischen Tätigkeit in Deutschland trafen.

Andererseits kann man aber die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Durchführung des auf der Berliner Konferenz vereinbarten gemeinsamen Programms der Entnazifizierung in Deutschland, das auf die Ausrottung der Überreste des Faschismus und auf die Vorbereitung von Voraussetzungen für den Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage abzielte, nicht als zufriedenstellend ansehen. In dieser Hinsicht wurde noch vieles unterlassen. Das gilt vor allem für die Durchführung einer so wichtigen Anweisung der Berliner Konferenz wie der Entfernung von Mitgliedern der Hitlerpartei, die mehr als nominelle Mitglieder dieser Partei waren, aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortungsvollen Posten in wichtigen Privatunternehmungen, sowie für die Entfernung anderer Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen.

Bis jetzt befinden sich nach wie vor in vielen wichtigen Wirtschafts- und Verwaltungsämtern in den großen Industriezentren Deutschlands Personen, die aktiv zur Machtergreifung Hitlers beitrugen und die Vorbereitung und Durchführung der deutschen Aggression organisierten. Tatsachen beweisen, daß in einer Reihe von Fällen Organisatoren des deutschen Faschismus und der Aggression, die unter dem Hitlerregime Leiter deutscher Trusts, Konzerne und anderer Monopole waren, in führenden Posten verblieben.

So steht zum Beispiel an der Spitze der Organisation der Kontrolle über die Betriebe der Stahl- und Eisenindustrie der britischen Besatzungszone *Dinkelbach*, der unter dem Hitlerregime Direktor des Großkonzerns »Vereinigte Stahlwerke« war. *Dinkelbach* leitet aber nicht nur die Stahl- und Eisenindustrie in der britischen Zone, darunter auch im Ruhrgebiet, sondern ist persönlich mit der Ausarbeitung der »Sozialisierungspläne« für die Industrie in der britischen Zone beauftragt worden. Der berühmte faschistische Führer *Ernst Poensgen*, der unter dem Hitlerregime eines der dreizehn Mitglieder des Reichsrüstungsrates war, ist jetzt Vorsitzender des Verbandes der deutschen Metallindustriellen in der britischen Zone. Bis heute befinden sich noch so namhafte Leiter deutscher Industriemonopole wie *Hugenberg* (Stahlindustrie, einer der Führer der Rüstungsindustrie des faschistischen Deutschlands), ferner *Wilhelm Zangen*, *Hermann Bücher* und andere in Freiheit und spielen in der britischen und amerikanischen Zone eine bedeutende Rolle.



Ehemalige Faschisten, die seinerzeit die Strafrechtspolitik unter dem Hitlerregime durchführten, bekleiden nicht selten noch heute Posten von Richtern oder Staatsanwälten bei Staatsanwaltschaften und Gerichtsbehörden. Auf Grund des im Bericht des Kontrollrats enthaltenen Materials besteht das Personal der Staatsanwaltschaften und Gerichte in der amerikanischen Besatzungszone zu etwa 35 Prozent, in der britischen Zone bis zu 43 Prozent und in der französischen Zone sogar zu 50 Prozent aller Richter und Staatsanwälte aus ehemaligen leitenden Persönlichkeiten des Hitlerregimes. Der ehemalige Hitlerische Kriegsgeschichtsrat *Eiltz* ist jetzt Gerichtspräsident in Hannover. Der faschistische Henker *Dockweiler*, der während des Krieges Leiter des Gefängnisses Brocke in Polen war und wegen zahlreicher Hinrichtungen und seines grausamen Regimes allgemein bekannt ist, ist zur Zeit Leiter des Gefängnisses in Köln.

Die deutsche demokratische Presse hat wiederholt lange Verzeichnisse namhafter Hitleristen veröffentlicht, die in der britischen und der amerikanischen Zone jetzt leitende Posten bekleiden. Die Forderung der Öffentlichkeit, diese Personen von ihren Posten zu entfernen, wurde aber in vielen Fällen nicht berücksichtigt. Die Durchführung der Entnazifizierung wurde nicht selten durch eine formelle Zählung fast der gesamten erwachsenen deutschen Bevölkerung ersetzt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß in der amerikanischen Besatzungszone am 1. Januar 1947 11,6 Millionen Menschen zur Ausfüllung von Entnazifizierungsfragebogen herangezogen werden mußten. Über 6 Millionen Personen haben bereits Rehabilitierungsscheine erhalten, während die anderen 5,6 Millionen noch der Prüfung durch die Entnazifizierungskommissionen unterzogen werden müssen.

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz fordern aber Absetzung der ehemaligen aktiven Hitlerleute von leitenden Posten und Bestrafung der faschistischen Verbrecher, sie verlangen jedoch nicht, daß alle ehemaligen Mitglieder der nazistischen Partei und ihrer Formationen in Bausch und Bogen vor Gericht gestellt werden müssen.

Andererseits schließt dieses System einer En-bloc-Entnazifizierung nicht die Möglichkeit aus, daß ein Teil der aktiven Hitlerleute in die große Masse der Rehabilitierten geraten wird. Wie die amerikanische Presse berichtet, wurde in dem an das Sonderkomitee des Senats der Vereinigten Staaten von Amerika gerichteten Bericht über die Lage hinsichtlich der Entnazifizierung in der amerikanischen Besatzungszone im November 1946 festgestellt, daß viele hohe Amtspersonen aus der Zahl der ehemaligen aktiven Faschisten faktisch jeder Strafe enttrinnen. Der Senatskommission wurden Angaben über eine große Anzahl von Personen vorgelegt, die gemäß den Weisungen des Kontrollrats zur Kategorie der aktivsten Nazis gerechnet werden mußten, jedoch bei der Entnazifizierung bloß als »Mitläufer« betrachtet wurden und mit einer Strafe von nur jeweils 2000 Mark belegt worden sind. Nach Bezahlung dieser Strafe haben diese leitenden Faschisten die Möglichkeit, als Personen zu gelten, die der Säuberungsaktion unterzogen wurden, und können auf verantwortliche Posten in der Verwaltung und Industrie eingesetzt werden. Im Bericht der Senatskommission wurde festgestellt, daß von 575 vor Gericht gestellten berüchtigten Nazis etwa 400 von den Entnazifizierungsgerichten (den Spruchkammern) zu den »Mitläufern« gerechnet wurden.

Es ist nicht verwunderlich, daß der Stellvertreter des amerikanischen Oberbefehlshabers, General *Clay*, im November 1946 im Länderrat in Stuttgart folgendes erklärte: »Es wird immer klarer, daß die Entnazifizierung dazu benutzt wird, möglichst viele Personen auf die Posten, die sie früher bekleidet hatten, zurückkehren zu lassen, nicht aber dazu, die Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen.« Auch die Kommission des Weltgewerkschaftsbundes, die Deutschland besuchte, erkannte den Stand der Entnazifizierung in der britischen, der amerikanischen und der französischen Besatzungszone als unzulänglich an.

Was die sowjetische Besatzungszone betrifft, so richtete dort die Militärverwaltung bei der Durchführung der Entnazifizierung ihre Hauptaufmerksamkeit darauf, die aktiven Faschisten und Personen, die unter dem Hitlerregime führende Posten bekleidet hatten, aus öffentlichen Ämtern zu entfernen und sie durch Personen abzulösen, die von demokratischen Organisationen empfohlen worden waren. Dabei wurden die von der Sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmten Unternehmungen sowie der Landbesitz der Hitlerischen Leiter und der Kriegsverbrecher den deutschen demokratischen Verwaltungsorganen zur Weiterverfügung übergeben. Herr *Marshall* sprach hier darüber, daß er die Informationen, die von sowjetischer Seite über die Frage der Entnazifizierung Deutschlands vorgelegt wurden, als unzureichend betrachtete. Ich muß allerdings die Aufmerksamkeit des Herrn *Marshall* auf den Entnazifizierungsbericht des Kontrollrates lenken, in dem ausführliche Angaben über alle Zonen enthalten sind, dar-

unter auch Angaben über die sowjetische Besatzungszone. Besonders weise ich auf die in dem Bericht enthaltenen Angaben über die Anzahl der von führenden Posten entthronten beziehungsweise nicht zugelassenen ehemaligen Hitlerischen Beamten hin. Wie man aus diesen Angaben ersieht, beträgt die entsprechende Zahl für die sowjetische Zone 390 478 Personen, das ist mehr als in irgendeiner anderen Zone. Macht man sich mit dem Text des Berichtes des Kontrollrates bekannt, so sieht man, daß die sowjetische Militärverwaltung eine ausführliche Information über die Durchführung der Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone abgegeben hat.

Was die Erklärungen Herrn *Marshall*s betrifft, daß sich Nazis in einzelnen Fällen, um sich zu rehabilitieren, bemühen, in die Sozialistische Einheitspartei einzutreten, so besitzt die sowjetische Delegation keine Angaben zur Bestätigung dieser Erklärung. Auch Herr *Marshall* hat keinerlei diesbezügliche Tatsachen angeführt.

Die ungenügenden Ergebnisse der Entnazifizierung bergen eine Gefahr für die demokratische Umgestaltung Deutschlands in sich. Es ist besonders aus dem Bericht des Kontrollrats ersichtlich, daß in der britischen und der amerikanischen Besatzungszone eine weitentwickelte faschistische Untergrundorganisation, die kurz vor der Kapitulation Deutschlands gegründet worden war, aufgedeckt und beseitigt worden ist. Diese Organisation stellte die Pläne ihrer verbrecherischen Tätigkeit auf lange Sicht auf, trat aber nach außen hin getarnt als ein Handelsunternehmen auf. Diese Organisation enthielt sich des direkten Widerstands gegen die Maßnahmen der Besatzungsbehörden, bemühte sich, aktive Faschisten auf Wirtschafts- und Verwaltungsposten gelangen zu lassen, und entfaltete, indem sie die amtliche Stellung derselben ausnutzte, unter diesem Deckmantel eine den Zielen der Besatzung Deutschlands feindliche Tätigkeit. In der britischen und der amerikanischen Zone wurde in der letzten Zeit auch eine große faschistische Geheimorganisation aufgedeckt, die unter der Leitung ehemaliger Generale und hoher SS-Offiziere gearbeitet und Zweigstellen in ganz Deutschland besessen hat. Diese Organisation wollte das faschistische Regime in Deutschland wiederherstellen. Bei ihrer Beseitigung wurden Geheimlager mit einer großen Anzahl Waffen entdeckt.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden auch mehrere geheime faschistische Gruppen und Organisationen aufgedeckt, darunter auch Gruppen der Organisation »Edelweißpiraten«, die hauptsächlich aus ehemaligen Angehörigen der Gestapo, der SS, der SA und anderer nazistischer Organisationen bestanden. In allen Besatzungszonen wurden Geheimorganisationen der sogenannten »Rheinischen Widerstandsbewegung« entdeckt, die auf Sabotage und Schädlingsakte in der Industrie abzielten, um die Wiederherstellung der Friedenswirtschaft Deutschlands zu hemmen sowie zu verhindern, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den alliierten Mächten erfüllt.

Wenn man das alles in Betracht zieht, kann man nicht die Durchführung des gemeinsamen Entnazifizierungsprogrammes, das auf der Berliner Konferenz beschlossen wurde, für befriedigend erachten. Die Sowjetregierung hält es für nötig, zu beantragen, daß der Rat der Außenminister den Kontrollrat beauftrage, bei seiner weiteren Arbeit die Aufmerksamkeit auf die Erfüllung folgender Aufgaben zu konzentrieren:

1. Es müssen unverzüglich Maßnahmen zur Entfernung der ehemaligen aktiven Faschisten aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern getroffen werden.

2. Die Verfahren der Gerichte und Gerichtshöfe in Sachen nazistischer Verbrecher müssen beschleunigt werden, wobei in den Gerichts- und Staatsanwaltschaften ehemalige aktive Vertreter des Hitlerregimes durch Personen zu ersetzen sind, die hinsichtlich ihrer politischen und moralischen Eigenschaften den Geboten der Stärkung der demokratischen Grundlagen in Deutschland entsprechen.

3. Gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz ist sicherzustellen, daß die leitenden Vertreter des Hitlerregimes und die Kriegsverbrecher unbedingt zur Verantwortung gezogen werden, wobei aber nicht zugelassen werden darf, daß die ehemaligen einfachen, nicht aktiven Nazis in Bausch und Bogen vor Gericht gestellt werden.

Wir hörten heute die Anträge des Herrn *Marshall*. Die Sowjetdelegation wird diese Anträge aufmerksam studieren; doch schon im Augenblick können wir sagen, daß die Sowjetdelegation sie für grundsätzlich unannehmbar hält.

Demokratisierung: Die Berliner Konferenz hat erkannt, daß die örtliche Selbstverwaltung in ganz Deutschland auf demokratischen Grundlagen wiederhergestellt werden muß, daß alle demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften erlaubt und gefördert



werden müssen, daß Vertretung und Wählbarkeit in den Bezirks-, Provinz- und Länderverwaltungen eingeführt werden müssen, daß einige besonders wichtige deutsche Zentraldepartements gegründet werden und daß Redefreiheit, Pressefreiheit und Glaubensfreiheit gewährleistet sein müssen. Die Durchführung dieses auf der Berliner Konferenz beschlossenen Programms soll die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischen Grundlagen und die eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands im internationalen Leben vorbereiten. Auf diesem Gebiet sind gewisse Fortschritte erzielt worden. Ernst zu nehmende demokratische Kräfte sind in Deutschland aufkommen und entfalten ihre Tätigkeit. Der völlige Zusammenbruch des Hitlerregimes, der deutschen Kriegswirtschaft und der faschistischen Ideologie hat in den werktätigen Bevölkerungsschichten den einstigen Einfluß des Faschismus und Militarismus stark untergraben. Dadurch wird ein für die weitere Demokratisierung des politischen Lebens in Deutschland günstiger Boden vorbereitet. Der Grad der Demokratisierung ist aber nicht in allen Besatzungszonen gleich; das hängt stark mit der zonenmäßigen Zersplitterung des politischen Lebens und dem Nichtvorhandensein einer politischen Einheit Deutschlands zusammen.

In der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone sind bereits Landtagswahlen durchgeführt worden, die Regierungen bildeten. Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungsorganen wurden auch in der britischen und der französischen Zone durchgeführt. Die Wahlen erfolgten aber nicht auf der Grundlage eines für ganz Deutschland einheitlichen demokratischen Wahlsystems. Das hatte wesentliche Mängel in der Durchführung der Wahlen in den einzelnen Zonen zur Folge. So wurde zum Beispiel in der britischen Zone ein Wahlsystem angewandt, das bei den Wahlen zu den örtlichen Selbstverwaltungen im September 1946 folgende Resultate zeitigte:

Bei diesen Wahlen erhielt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 11 178 000 Stimmen und 2549 Mandate. Der Christlich-Demokratische Bund erhielt bei 11 Millionen Stimmen 8583 Mandate. Die Kommunistische Partei, für die 2 Millionen Stimmen abgegeben wurden, erhielt nur 139 Mandate. Was das Wahlsystem anbelangt, das in der amerikanischen Zone angewandt wird, so erhält in manchen Fällen, zum Beispiel in Bayern, eine Partei, für die weniger als 10 Prozent der Stimmen abgegeben wurden, keinen einzigen Sitz im Landtag. Mit Hilfe einer solchen nichtdemokratischen Wahlmechanik wird die Beseitigung einer nicht erwünschten Opposition im Landtag erzielt.

Die deutschen demokratischen Organisationen äußern in allen Zonen angesichts der bestehenden Lage Wünsche betreffs der Herstellung eines für ganz Deutschland einheitlichen demokratischen Verhältniswahlsystems.

Eine andere wichtige Frage ist die Lage der demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften in Deutschland. Die zonenmäßige Zersplitterung dieser Organisationen, die bis heute nicht die Möglichkeit erhielten, die Vereinigung im gesamtdeutschen Rahmen durchzuführen, ist trotz der günstigen Resultate, die auf diesem Gebiet erzielt wurden, ein ernstliches Hindernis für die Entwicklung der deutschen demokratischen Organisationen. Die sowjetischen Vertreter im Kontrollrat setzen sich seit Oktober 1945 vergeblich für die Annahme eines Gesetzes ein, das den deutschen demokratischen Parteien und Gewerkschaften endlich das Recht einräumen würde, sich im gesamtdeutschen Rahmen zu vereinigen, ihre Tagungen und Konferenzen frei durchzuführen und ihre Zentralorgane zu wählen. Es ist aber vollkommen klar, daß eine Beschränkung der Tätigkeit der deutschen demokratischen Organisationen auf den Rahmen der einzelnen Zonen dem prinzipiellen Standpunkt der Berliner Konferenz widerspricht und die demokratische Entwicklung Deutschlands erschwert. Ohne daß sich die demokratischen Parteien und Gewerkschaften in einem gesamtdeutschen Rahmen vereinigen können und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, kann man nicht im Ernst von einer allseitigen Entwicklung der demokratischen Grundlagen in Deutschland sprechen.

Von großer Bedeutung für die demokratische Umgestaltung Deutschlands und seine zukünftige staatliche Entwicklung ist die Frage der Landesverfassungen, die jetzt in manchen Zonen von den Landtagen beschlossen werden. Doch auch in dieser Hinsicht sind wesentliche Mängel vorhanden. Die Hauptgrundsätze dieser Länderverfassungen gehen von einander direkt entgegengesetzten Leitgedanken aus. Das muß die Durchführung der Demokratisierung Deutschlands erschweren. So ist zum Beispiel die im Dezember 1946 beschlossene Landesverfassung Bayerns in der amerikanischen Zone von föderalistischen Grundsätzen durchsetzt. Hingegen beruht die neue Landesverfassung Thüringens in der sowjetischen Besatzungszone auf einer Anerkennung der Einheit des demokratischen Staates, wobei sie Thüringen für einen Bestandteil der deutschen demokratischen Republik erklärt.

Von großer Bedeutung vom Gesichtspunkt der Demokratisierung Deutschlands ist auch die Bodenreform, die im Herbst 1945 in der sowjetischen Zone durchgeführt worden ist. Diese Reform hat auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet den Einfluß des Junkertums, einer alten Stütze des deutschen Militarismus und später auch des Hitleriums, untergraben. In den anderen Besatzungszonen werden einstweilen nur Vorarbeiten für eine Bodenreform durchgeführt, wobei der Kontrollrat anerkannt hat, daß »die Bodenreform praktisch nur in der sowjetischen Besatzungszone zum Abschluß gebracht wurde, während die Verteilung des Landbesitzes auf andere Kategorien des Grundbesitzes das Vorhandensein von Möglichkeiten für die Durchführung einer Bodenreform in jeder Zone bezeugt. Es wird durchaus zweckmäßig sein, daß der Rat der Außenminister das folgende im Kontrollrat erzielte Übereinkommen bekräftigt: »Im Laufe des Jahres 1947 muß in allen Besatzungszonen eine Bodenreform durchgeführt werden«.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß zur Erfüllung eines gemeinsamen Programms der Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage eine in allen Zonen koordinierte Politik durchgeführt werden muß. Insbesondere ist es notwendig:

1. den deutschen demokratischen Parteien und freien Gewerkschaften das Recht zu gewähren, sich im gesamtdeutschen Rahmen zu vereinigen, Tagungen und Konferenzen unter Beteiligung von Vertretern aus ganz Deutschland abzuhalten, ihre Zentralorgane zu wählen, ihre Zentralzeitungen und -zeitschriften herauszugeben;
2. den Kontrollrat zu beauftragen, einheitliche Grundsätze einer demokratischen Gesetzgebung über Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und einem Proportionalssystem auszuarbeiten und in ganz Deutschland in Kraft zu setzen;
3. den im Kontrollrat angenommenen Beschluß über die 1947 in der amerikanischen, der britischen und der französischen Besatzungszone durchzuführende Bodenreform als eine Grundlage für die demokratische Umgestaltung des Lebens des deutschen Dorfes zu billigen.

Die Beseitigung der oben festgestellten wesentlichen Mängel und die genaue Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz seitens aller Besatzungsbehörden in Deutschland werden die Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage sichern.

Der britische Außenminister Bevin sagte:

„Ich habe den Bericht des Kontrollrats in der Frage der Entnazifizierung studiert. Mir scheint, daß die Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen nicht gerechtfertigt sind. Die Entnazifizierung ist eine der schwierigsten Aufgaben, die eine siegreiche Macht jemals zu bewältigen hatte.“

Bevin meinte, daß bei der Entnazifizierung in allen Zonen Schwierigkeiten auftauchen. Solche Schwierigkeiten tauchten in der amerikanischen und in der französischen Zone genau so wie in der sowjetischen Zone auf. Über die Gerichtsorgane in der britischen Zone erklärte Bevin:

„Seit April vorigen Jahres befaßten sich über 250 Gerichtshöfe und Ausschüsse mit der Arbeit der Entnazifizierung in der britischen Zone. Diese Gerichtshöfe prüften 1 500 000 Einzelfälle. 296 000 Nazis wurden ihrer Posten entoben und aus ihren Stellungen entfernt. 34 000 Nazis sind jetzt interniert. Ich möchte den bedeutenden Fortschritt billigen, der dabei erreicht wurde. Kritik ist gut und schön, aber ich glaube, daß die Personen, die sich mit der großen, schwierigen Arbeit der Entnazifizierung Deutschlands befassen, auch eine gewisse Billigung verdienen.“

Ich möchte, daß der Rat der Außenminister eine Resolution annimmt, in der er:

1. die wirklichen Erfolge feststellt, die zur Vernichtung der Naziartei und der ihr unterstellten Organisationen nach politischen Grundsätzen führten, die auf der Berliner Konferenz angenommen wurden;
2. dem Kontrollrat in Deutschland eine Richtlinie gibt, die Erfüllung dieser Aufgabe energisch fortzusetzen, um sie in möglichst kurzer Frist abzuschließen und dadurch die Wiedergeburt des Nazismus in der Zukunft unmöglich zu machen.

Ich möchte bemerken, daß der hier eingebrachte Vorschlag einer einheitlichen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Entnazifizierung Deutschlands etwas zweifelhaft erscheint. Ich zweifle ein wenig daran, ob man unter den in Deutschland bestehenden Bedingungen den Erlaß eines solchen Gesetzes in der nächsten Zukunft



gewährleisten kann. Deshalb ziehe ich vor, daß der Kontrollrat seine Arbeit ohne irgendwelche Verzögerungen, die durch die Ausarbeitung einer neuen Gesetzgebung hervorgerufen würden, fortsetzt. Die in den Richtlinien des Kontrollrates enthaltenen Grundsätze sind in genügendem Maße wirkungsvoll.

Ich erhob keinen Einspruch dagegen, daß alle Resolutionen und Entwürfe des Rates der Außenminister, die hier durch Marshall, Molotow und Bidault eingebracht wurden, sowie der Vorschlag, den ich soeben eingebracht habe, erörtert werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß es meiner Meinung nach gegenwärtig etwas schwierig ist, irgendeine allgemeine Anweisung an die deutschen Behörden zu geben, und daß es besser ist, sich auf den Kontrollrat zu verlassen. Nur mit einem solchen Vorbehalt gebe ich das Einverständnis zum Studium und zur Erörterung sämtlicher vier Resolutionsentwürfe.

Ich möchte noch einige Worte über die Demokratisierung Deutschlands sagen. Es wäre recht wünschenswert, daß die Wähler ihre Stimmen für bestimmte Personen abgeben würden und daß man von ihnen nicht verlangen würde, ihre Stimmen zugunsten einzelner Parteien abzugeben. Wenn wir mit den Deutschen zu tun haben, müssen wir dessen eingedenk sein, daß wir es hier mit einer kriegerischen Bestie zu tun haben und daß wir nichts unternehmen sollten, was ihnen helfen würde, sich wieder in Abenteurer einzulassen. Deshalb möchte ich die Frage studieren, ob man nicht die proportionalen Wahlen und die Verantwortlichkeit der gewählten Personen so kombinieren könnte, daß man ein passendes System findet, um es in Deutschland anzuwenden.“

In Beantwortung der von Molotow gemachten Anschuldigungen über die Tätigkeit ehemaliger Nazis in der britischen Besatzungszone gab Bevin bekannt, daß ein Mann namens *Augustin*, der Schöpfer des Tigerpanzers, jetzt als

stellvertretender technischer Leiter in der sowjetischen Automobilindustrieabteilung in Berlin tätig sei. Ferner nannte Bevin Dr. *Haßle*, früheren SA-Führer, der jetzt in der sowjetischen Treibstoffindustrie in Leipzig beschäftigt sei, Dr. *Kunze*, Parteimitglied seit 1938 und wirtschaftlichen Sachverständigen, der jetzt als Leiter der russischen Technischen Kommission tätig sei, Franz *Fischer*, Parteimitglied und Sachverständigen für Transformatoren, der jetzt einen Fünfjahresvertrag in Moskau erhalten habe, und Fritz *Scheidt*, einen Mitarbeiter Speers, der jetzt die Porzellanfabrik Kahla für die Russen leite.

Bevin erklärte, er habe noch dreißig oder vierzig weitere Namen, falls diese gewünscht würden.

Zum Abschluß seiner Ausführungen zum Thema Entnazifizierung und Demokratisierung brachte Bevin im Namen der britischen Delegation zum Ausdruck, daß er sich an die politischen Grundsätze der Potsdamer Beschlüsse über die Wiedergeburt Deutschlands auf demokratischer Grundlage halte. Bevin versicherte, die eingebrachten Vorschläge sorgfältig studieren zu wollen.

### Verkündung der Truman-Doktrin

Die am 12. März 1947 von Präsident *Truman* gehaltene Rede über die amerikanische Hilfe für Griechenland und für die Türkei wurde vom Rat der Außenminister nicht erörtert.

## Die Verhandlungen am 14. März 1947

### Rat der Außenminister

Der Außenministerrat setzte die Debatte über die Entnazifizierung und Demokratisierung fort. Außenminister *Marshall* verlangte die Schaffung einer wahren Demokratie in allen Teilen Deutschlands. Er sprach sich für ein auf föderativer Grundlage beruhendes deutsches Staatswesen aus, das vor der Gefahr bewahrt werde, unter den Einfluß einer einzigen Macht zu geraten. Für die Demokratisierung der vier Besatzungszonen stellte Marshall folgende Punkte auf: einheitliche Garantie der bürgerlichen Rechte in allen Teilen Deutschlands, das Recht der politischen Parteien auf ein freies Wahlsystem, Garantie des Rechtes freier Gewerkschaftsvereinigung, der Presse- und Rundfunkfreiheit und Bewegungsfreiheit für Personen und Güter.

„Wir glauben, daß die gegenwärtige Kontrolle über Deutschland den Alliierten eine einzigartige Gelegenheit gibt, der Welt die Aufrichtigkeit der demokratischen Ziele, wie sie in der Atlantik-Charta und der Charta der Vereinten Nationen proklamiert wurden, vor Augen zu führen.“

Marshall betonte, es sei notwendig, Rechtssicherheit herzustellen als Voraussetzung der Demokratisierung des deutschen Volkes.

„Wir werden niemals in der Lage sein, Deutschland zu demokratisieren, wenn wir nur ein negatives Verfahren durchführen, indem wir die Nazis ihrer Stellungen und ihres Einflusses berauben. Wir müssen vielmehr eine aktive Politik in Angriff nehmen, und zwar durch die Schaffung der von mir geforderten Garantien.“

Außenminister *Bidault* erklärte, Frankreich werde sich dem Versuch widersetzen, die Frage der deutschen Einheit bei der Erörterung anderer Probleme in die Beratungen einzubeziehen. Frankreich werde es ablehnen, daß eine deutsche Einheit als vollendete Tatsache geschaffen werde, bevor eine grundsätzliche Entscheidung über diese Frage gefällt worden sei. Die Aufstellung eines für ganz Deutschland geltenden Statuts für die politischen Parteien oder Gewerkschaften könne als die praktische Verwirklichung einer deutschen Einheit angesehen werden.

Außenminister *Molotow* erklärte, daß nach Ansicht der Sowjet-Regierung die Entscheidung über die Art des deut-

schen Regierungssystems keinen Aufschub dulde und nicht hinausgezogen werden dürfe, bis alle anderen Fragen geregelt seien.

*Bevin* und *Bidault* verlangten jedoch, daß erst alle Einzelheiten des Kontrollratsberichtes beraten würden, ehe irgendeine Entscheidung gefällt werde. Bevin sagte, übereilte Entscheidungen, wie sie über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten in Potsdam getroffen wurden, hätten zu Widersprüchen und Verwirrung geführt.

Die von den Außenministern am 14. März vorgelegten Memoranden über die deutschen Kriegsgefangenen ergaben folgendes Bild:

### Vereinigte Staaten:

Die Gesamtzahl der Angehörigen der deutschen Wehrmacht in amerikanischen Händen außerhalb Deutschlands beträgt 15 103 Mann. Davon befinden sich 103 in den Vereinigten Staaten, entweder als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen. 1175 dienen in Frankreich in Arbeitsdienstgruppen mit dem amerikanischen Gräber-Registrierdienst. 13 825 befinden sich wegen Transport- und Arbeitseinsatzschwierigkeiten noch in Italien. Von diesen sollen wöchentlich 1000 nach Deutschland zurückgeführt werden. Außerdem befinden sich 15 875 deutsche Kriegsgefangene in der amerikanischen Zone Deutschlands, ausschließlich derjenigen, die als Kriegsverbrecher in Untersuchungshaft sind.

In der amerikanischen Erklärung hieß es, daß von diesen Kriegsgefangenen zum Zeitpunkt der Erklärung fast alle die zur Entlassung notwendigen Formalitäten durchliefen. Es bestehe die Absicht, alle in amerikanischen Händen befindlichen Kriegsgefangenen bis zum Juni 1947 zu entlassen.

### Großbritannien:

Die Gesamtzahl der in britischen Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen außerhalb Deutschlands beträgt 435 295 Mann, von denen monatlich 17 500 nach Deutschland zurückgeführt werden.

In der britischen Denkschrift erklärte Bevin, es sei geplant, diese Zahl ab 1. Juli 1947 auf 20 000 zu erhöhen.

### Frankreich:

Die Gesamtzahl der in französischen Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen beträgt 631 483, darunter 593 276 in Frankreich, 19 601 in Nord-Afrika und 18 606 in der französischen



Zone Deutschlands. Über eine halbe Million der in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen ist zur Arbeit in der französischen Wirtschaft eingesetzt, während der Rest sich in Lagern befindet.

#### Sowjet-Union:

Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union beziffert sich auf 890 532 Mann. Seit Deutschlands Niederlage wurden 1 003 974 deutsche Gefangene entlassen und nach Deutschland zurückgeschickt.

Außenminister *Bevin* schlug der Konferenz die Ausarbeitung eines gemeinsamen Entlassungsplanes für alle deutschen Gefangenen vor.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm Außenminister *Bidault* zu dem von *Bevin* vorgeschlagenen Wahlsystem für

Deutschland Stellung. In der französischen Zone gelte zur Zeit das Wahlsystem, das vor der Machtergreifung Hitlers in Kraft gewesen sei. Den Plänen *Bevins* könne er nicht zustimmen.

Zur Frage der Bodenreform erklärte *Bidault*, daß der Anteil großer Güter in der französischen Besatzungszone Deutschlands nur drei Prozent des Landes betrage.

Außenminister *Molotow* bezeichnete in seinen Ausführungen die von *Marshall* unterbreiteten Vorschläge zur Demokratisierung Deutschlands als nützlich. In der Frage der Pressefreiheit machte *Molotow* die Einschränkung, daß Deutsche keine Gelegenheit haben dürften, in Deutschland für einen Angriffskrieg Propaganda zu machen.

### Die Verhandlungen am 15. März 1947

#### Rat der Außenminister

Im Namen der Sonderbeauftragten für Deutschland erstattete der sowjetische Delegierte *Wyschinskij* dem Außenministerrat Bericht über die bisherigen Arbeiten über Verfahrensfragen. Die Außenminister nahmen den Bericht zur Kenntnis und erklärten, die umstrittenen Fragen zu geeigneter Zeit zu prüfen. *Bidault* setzte sich jedoch für eine baldige Diskussion über die Zusammensetzung der Konsultations- und Informationskommission ein, da diese Frage die Interessen der Staaten berühre, für die die Lösung des deutschen Problems von lebenswichtiger Bedeutung sei.

Die Sonderbeauftragten wurden angewiesen, bis zum 20. März einen Bericht über das Verfahren zur Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages vorzulegen.

Im Rat der Außenminister stand sodann das Problem der verschleppten Personen zur Debatte. Das Thema brachte eine gleichzeitige Erörterung der Umsiedlungs- und Gebietsfragen mit sich. *Bidault* lenkte die Aufmerksamkeit des Rates auf die Unsicherheit Europas, insbesondere Frankreichs, die durch die demographische Lage Deutschlands hervorgerufen werde, dessen geographischer Schwerpunkt in die Nähe der französischen Grenze gerückt sei. *Bidault* erklärte, daß im September 1946 Deutschland 66 Millionen Einwohner, also 185 pro Quadratkilometer, zählte. Dies seien vierzig Einwohner pro Quadratkilometer mehr als vor dem Kriege. Mit Ausnahme von Belgien und Holland übersteige die Bevölkerungsdichte Deutschlands die aller seiner Nachbarn. *Bidault* wies darauf hin, daß entsprechend den Beschlüssen von Potsdam bereits 4½ Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei, aus Polen und aus Ungarn nach Deutschland überführt wurden. Mit dem Eintreffen weiterer zwei Millionen Deutscher aus den gleichen Ländern sei zu rechnen. Damit komme die Gesamtziffer der deutschen Bevölkerung auf 70 Millionen, also die Bevölkerungsdichte auf 196 Einwohner pro Quadratkilometer. Die Bevölkerungsdichte Deutschlands werde dann nahezu dreimal so groß wie die Frankreichs. Ein solcher Zustand könne unberechenbare politische und wirtschaftliche Rückwirkungen haben.

Im Anschluß an seine Ausführungen brachte *Bidault* folgende Vorschläge zur Prüfung durch den Rat ein:

1. Durch die Alliierten ist der Grundsatz anzuerkennen, daß keine Umsiedlung der deutschen Bevölkerung durchgeführt werden soll mit Ausnahme der Fälle, über die bereits Abkommen erzielt wurden.
2. Einstellung der durch die Potsdamer Beschlüsse ins Auge gefaßten Bevölkerungsumsiedlung, soweit die interessierten Staaten hierzu ihre Zustimmung geben.
3. Die jetzt auf deutschem Boden befindlichen verschleppten Personen sollen dort nicht ständig verbleiben. Die Repatriierung oder die endgültige Umsiedlung der verschleppten Personen aus Deutschland ins Ausland soll beschleunigt werden.
4. Organisation der deutschen Auswanderung.

Zu diesem letzten Punkt seiner Vorschläge sagte *Bidault*:

„Frankreich ist seinerseits bereit, über den Abschluß von Vereinbarungen zur Verwirklichung dieses letzten Punktes zu verhandeln. Die Anstrengungen, die Frankreich damit im Interesse des Friedens und der Sicherheit auf sich nimmt, sind außerordentlich groß. Ich bitte die Alliierten, daß sie ihrerseits ebensoviel dazu beitragen.“

Elend und Chaos in einem überbevölkerten Deutschland würden eine ständige Gefahr für Europa darstellen.“

*Bevin* erklärte zur Bevölkerungslage in Deutschland, daß die am Vortage bekanntgegebenen Zahlen über die deutschen Kriegsgefangenen zwar sehr nützlich seien, jedoch fehlten bei den französischen und den sowjetrussischen Angaben die Daten sowie die Anzahl der für die Rückführung in die Heimat vorgesehenen Kriegsgefangenen. Die Kenntnis dieser Zahlen sei wichtig, um Vorbereitungen für die Aufnahme der rückkehrenden Kriegsgefangenen in Deutschland zu treffen.

Über die verschleppten Personen in der britischen Zone gab *Bevin* bekannt, daß allein seit Kriegsende zwei Millionen von ihnen repatriert worden seien. Von den noch verbliebenen etwa 230 000 seien 110 000 Polen, 82 500 Balten, 4 700 Jugoslawen und 29 000 Verschleppte, deren Staatsangehörigkeit noch ungeklärt sei. *Bevin* betrachtete als einzige Endlösung die Wiederansiedlung der Verschleppten im Auslande, ohne damit die Möglichkeit einer Ansiedlung in Deutschland ganz von der Hand zu weisen. *Bevin* teilte die Verschleppten in vier Gruppen ein:

- ehemalige Kriegsgefangene,
- Angehörige von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen,
- Angehörige von ehemaligen Feindstaaten,
- Flüchtlinge und Emigranten aus Deutschland.

Die britische Zone, so erklärte *Bevin*, habe nach der Aufnahme von zweieinhalb Millionen Menschen in den letzten achtzehn Monaten die Grenzen der Aufnahmefähigkeit erreicht. *Bevin* forderte eine unverzügliche Überprüfung der gesamten Frage im Hinblick auf den augenblicklichen Bevölkerungsstand in Deutschland und die Bildung einer besonderen Kommission, die sich mit der neuen Verteilung der nach Deutschland heimgekehrten Personen deutscher Nationalität auf die einzelnen Zonen befassen soll. Mit der Rückführung deutscher Kriegsgefangener solle sich eine Sonderkommission befassen. *Bevin* schlug vor, der Kontrollrat solle den erstgenannten Ausschuß aus deutschen Vertretern bilden und mit genügenden Vollmachten versehen.

Im Auftrage *Molotows* nahm daraufhin *Wyschinskij* Stellung zum Problem der verschleppten Personen. Er bezifferte die verschleppten Personen in den Westzonen auf insgesamt 827 000. In der sowjetischen Besatzungszone sowie in der Sowjet-Union selbst gebe es keine verschleppten Personen alliierter Staatsangehörigkeit.



Wyschinskij schlug vor, dem Kontrollrat eine Anweisung zukommen zu lassen, wonach die Vertreter alliierter Länder freien Zutritt zu allen Verschlepptenlagern haben sollen. Ferner forderte, Wyschinskij das Verbot jeglicher Propaganda, feindlicher Agitation gegen Alliierte sowie aller Maßnahmen, durch die die Verschleppten von der Rückkehr in die Heimat abgehalten werden könnten, Organisationen, die sich gegen die Interessen einer alliierten Macht richteten, seien sofort aufzulösen. Die Anwerbung von Verschleppten für militärähnliche Formationen sei zu verbieten. Die Verwaltung der Lager solle den Verschleppten selbst übertragen werden. Unter den Verschleppten befindliche Kriegsverbrecher sollen den interessierten Ländern ausgeliefert werden.

Wyschinskij brachte den Antrag ein, eine Viermächtekommission solle die Lage der Verschleppten in den Lagern der Westzonen prüfen.

Marshall erklärte zu diesen Ausführungen, daß die Vereinigten Staaten ihre Hoffnung hinsichtlich einer endgültigen Lösung des Problems der verschleppten Personen auf die Internationale Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (IRO) setzen. Wenn die Außenminister versuchten, jetzt schon Entscheidungen in dieser Frage zu treffen, werde das die Arbeit dieser Organisation nur komplizieren.

Die Außenminister wandten sich am 15. März auch der Frage der territorialen Reorganisation Deutschlands zu. Als Sprecher Molotows trug Wyschinskij den sowjetrussischen Standpunkt vor. Zu den territorialen Veränderungen und den Grenzen der neugebildeten deutschen Länder in den Westzonen erklärte er, daß auch in der sowjetischen Besatzungszone ähnliche Veränderungen vorgenommen worden seien, doch sei dies geschehen, bevor der Kontrollrat seine Arbeit aufgenommen habe. Nach der Bildung des Alliierten Kontrollrates seien in der sowjetischen Besatzungszone keine weiteren gebietsmäßigen Veränderungen mehr vorgenommen worden. Wyschinskij stellte heraus, daß die in letzter Zeit erfolgten Gebietsveränderungen dem Kontrollrat immer erst nach dem Vollzug gemeldet worden seien. Er verwies hierbei auf den sowjetrussischen Protest gegen die Bildung des Landes Rheinland-Pfalz in der französischen Besatzungszone und auf den Protest gegen die Bildung des Landes Niedersachsen in der britischen Besatzungszone und erklärte, daß nach sowjetrussischer Ansicht solche Gebietsveränderungen nur nach erfolgter Zustimmung aller vier Besatzungsmächte durchgeführt werden könnten. Der Bericht des Kontrollrates über die territoriale Reorganisation zeige bei den westlichen Besatzungsmächten eine Tendenz zum Föderalismus. Wyschinskij gab der Besorgnis Ausdruck, daß die künftige Struktur Deutschlands durch die in den Westzonen erfolgten Länderbildungen vorweggenommen werde.

Marshall erinnerte daran, daß das Potsdamer Abkommen die Dezentralisierung Deutschlands festgelegt habe. Jede Besatzungsmacht sei deshalb verpflichtet, die Entwicklung in dieser Richtung mit ganzer Kraft zu fördern. Marshall erklärte, daß alle in der amerikanischen Zone getroffenen territorialen Maßnahmen nur vorläufigen Charakter trügen. Er schlug sodann vor, das gesamte Problem der territorialen Neugestaltung erst dann weiterzubespochen, wenn die politische Struktur Deutschlands erörtert werde.

Bidault betonte gleichfalls den Potsdamer Beschluß zur Dezentralisierung Deutschlands. Er erklärte ferner, daß die deutschen Grenzen in jedem Fall einer Überprüfung bedürften, sobald die Zonengrenzen verschwunden seien.

Molotow schlug vor, innerhalb der Konferenz doch wenigstens den Entschluß zu fassen, künftige gebietsmäßige Veränderungen von der vorhergehenden Zustimmung des Kontrollrates abhängig zu machen.

Bevin erklärte hierzu, er sei zwar nicht völlig gegen eine solche Entscheidung, ziehe es jedoch vor, zunächst das Gesamtproblem zu beraten, bevor Entscheidungen über einzelne Punkte getroffen würden.

Marshall und Bidault schlossen sich der Meinung Bevins an.

Am 16. März 1947 fand keine Sitzung statt.

## Die Verhandlungen am 17. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten beschäftigten sich mit einem britischen Vorschlag über die Zusammensetzung der Ständigen Ausschüsse zur Behandlung der Deutschlandfrage, die sich wie folgt gliedern sollen:

1. ein Ausschuß für politische Fragen und Verfassungsaufbau in Deutschland;
2. ein Ausschuß für territoriale Veränderungen und damit zusammenhängende Probleme;
3. ein Ausschuß für Wirtschaftsfragen (einschließlich Reparationen);
4. ein Ausschuß für Abrüstung und Entmilitarisierung.

Während Großbritannien in London zur Teilnahme an diesen Ausschüssen jeweils die vier Großmächte und nur eine beschränkte Zahl von alliierten Mächten vorgeschlagen hatte, sah der neue Vorschlag vor, daß jede der achtzehn (neunzehn) alliierten Regierungen das Recht hat, in den vier Ständigen Ausschüssen vertreten zu sein. Der britische Vorschlag sah ferner vor, daß die Ausschüsse ihren Vorsitzenden wählen können und daß dieser nicht unbedingt ein Vertreter der Großen Vier zu sein braucht.

Von sowjetischer Seite wurde dieser Vorschlag abgelehnt. Der amerikanische Delegierte nahm den britischen Plan wohlwollend auf, ohne ihm jedoch zuzustimmen.

Bei der Erörterung der Frage, welche Nationen an der Informations- und Konsultationskommission beteiligt sein sollen, machte der amerikanische Delegierte Murphy den Vorschlag, alle diejenigen Länder zu beteiligen, die sich während des Krieges den Alliierten angeschlossen haben.

Er nannte hierbei Mexiko, Bolivien, die Philippinen und Persien als Beispiele.

Der sowjetische Delegierte wandte sich gegen diesen Vorschlag.

Der französische Sonderbeauftragte schlug vor, die Staaten, die an den Moskauer Beratungen teilnehmen sollen, in zwei Gruppen einzuteilen:

1. Staaten, die Deutschland den Krieg erklärt haben, und
2. Staaten, die lediglich die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen haben.

Über die von sowjetischer Seite aufgeworfene Frage, ob auch Rumänien, Bulgarien und Italien zur Konferenz hinzugezogen werden sollten, weil sie ebenfalls zum Schluß des Krieges mit Truppen in den Kampf gegen Deutschland eingetreten seien, wurde keine Einigung erzielt.

### Rat der Außenminister

Der Rat der Außenminister erörterte die Reparationsfrage, die Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit und das Problem der deutschen Zentralverwaltung.

Außenminister Bevin, der als erster sprach, begann seine Ausführungen mit einer Darlegung der Wirtschaftsgrundsätze:

„Die Wirtschaftseinheit an sich ist unteilbar. Wir können nicht in einigen Dingen so handeln, als ob die Wirtschaftseinheit erreicht sei, während sie in anderen wichtigen Angelegenheiten übergangen wird.“



Bevin sagte, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Zonen zusammenlegten, weil es nicht möglich gewesen sei, die Wirtschaftseinheit herzustellen. Durch diese Maßnahme werde aber die Wirtschaftseinheit aller vier Zonen nicht beeinträchtigt, wie dies in ungerechtfertigter Kritik angedeutet worden sei. Es sei klar, daß der Plan für das Industrieniveau vom März 1946 eine Revision erfordere. Der Umfang der Reparationsleistungen könne innerhalb einer nicht allzu großen Zeitspanne nicht erreicht werden, da die deutsche Industrie hierdurch unter den Stand herabgedrückt werde, der für das Gleichgewicht der deutschen Wirtschaft notwendig sei. Das müsse sich zum Schaden der europäischen Wirtschaft auswirken. Bevin betonte, daß die schwere Last der Verantwortung, die die Besetzung dem englischen Volk auferlege, auf keinen Fall noch vergrößert werden dürfe.

„Jedes Teilabkommen über die Wirtschaftseinheit und jedes Abkommen über das Industrieniveau, in dem die wesentlichen Belange der deutschen Wirtschaft übersehen werden, würde unsere Last noch vergrößern. Ich kann und will so etwas nicht mitmachen.“

Im Anschluß an die Rede Bevins sprach Außenminister Molotow, der die Haltung der Sowjet-Union zu den Fragen der Wirtschaftseinheit und Zentralverwaltung darlegte:

„Wir haben soeben Herrn Bevins wichtige Erklärung vernommen. Sie wird von der Sowjetdelegation geprüft werden. In meiner heutigen Erklärung werde ich den Standpunkt der Sowjetregierung über die grundlegenden Fragen, mit denen sich auch Herr Bevin befaßt hat, klarstellen.“

Auf der Berliner Konferenz wurden die Grundsätze der Wirtschaftspolitik hinsichtlich Deutschlands unter der Voraussetzung festgelegt, daß Deutschland als eine Wirtschaftseinheit behandelt und die Maßnahmen der vier alliierten Mächte in allen grundlegenden Fragen hinsichtlich des deutschen Wirtschaftslebens dementsprechend einander angepaßt werden sollten. Die allgemeine alliierte Wirtschaftspolitik in Deutschland sollte sowohl die Verwirklichung der Friedenserfordernisse als auch den Bedarf des deutschen Volkes selbst und die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten einschließlich der Reparationen sichern und gleichzeitig das deutsche Industriekriegspotential beseitigen. Um diese Angelegenheit zu einem Ende zu bringen, ist es notwendig geworden, durch Maßnahmen, über die sich die Alliierten zu einigen hatten, Probleme wie die Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und Landwirtschaft, die Organisation des Geld- und Bankwesens, die Entwicklung des Binnenhandels, die Organisation des Transportwesens und so weiter zu lösen.

Damit an dieser Entwicklung der deutschen Friedensindustrie, die seit langer Zeit ein wichtiger Faktor der Weltwirtschaft und des Welthandels geworden war, auch andere Völker teilnehmen können, die Bedarf an deutscher Kohle, an Metallen und Fabrikwaren haben, war es notwendig, für Deutschland reale Möglichkeiten für einen Export- und Importhandel zu schaffen. Auf der Berliner Konferenz schlug der Chef der Sowjetregierung, Generalissimus Stalin, die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung vor, die Deutschlands politische und wirtschaftliche Einheit sichern könnte. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Konferenzteilnehmern nicht angenommen.

Die Beschlüsse der Berliner Konferenz sahen die Errichtung einer Anzahl von deutschen zentralen Wirtschaftsabteilungen für Industrie, Finanzwesen, Transportwesen, Verkehrsverbindungen und Außenhandel vor, die unter Leitung von deutschen Staatssekretären stehen und unter Überwachung des Kontrollrats tätig sein sollten. Dieser Beschluß, dessen Durchführung die Sowjetregierung eine außerordentlich große Bedeutung beimaß und noch jetzt beimaßt, blieb indessen unausgeführt. Und noch mehr als das: in gewissen Zonen wurden häufig hochwichtige Maßnahmen ergriffen, die in direktem Gegensatz zu den Grundsätzen einer Wirtschaftseinheit Deutschlands standen. Diese Maßnahmen wurden durch einseitige Handlungen ohne Berücksichtigung des Kontrollrats durchgeführt, der von den alliierten Mächten mit der Verantwortlichkeit für die Durchführung des Beschlusses der Berliner Konferenz betraut ist.

Es ist allgemein bekannt, daß das Gebiet der Ruhrindustrie, in dem drei Viertel der deutschen Kohlen- und Eisenindustrie konzentriert sind, die Hauptgrundlage des deutschen Militarismus und die Hauptstütze der Aggression Hitlers war. Im Hinblick hierauf

war es notwendig, daß wichtige Maßnahmen bezüglich dieser Industrie im Einvernehmen mit dem Kontrollrat durchgeführt wurden. Tatsächlich ist dies aber nicht geschehen. Bereits Anfang Dezember 1945 ergriff die britische Verwaltung Besitz davon und übernahm die Kontrolle über die gesamten Ruhrbergwerke, wobei sie den Kontrollrat vor die vollendete Tatsache stellte. Sogar besitzt der Kontrollrat noch nicht genügend Unterlagen, um die von der britischen Verwaltung hinsichtlich der Ruhrbergwerke und -industrie ergriffenen Maßnahmen zu beurteilen.

Im August 1946 stellte die britische Verwaltung den Kontrollrat vor eine neue vollendete Tatsache. Zu jener Zeit ergriff die britische Verwaltung durch einseitigen Akt die Kontrolle über die Eisen- und Stahlindustrie der Ruhr. Auf diese Weise führte die britische Verwaltung ihre Maßnahmen bezüglich der grundlegenden Ruhrindustrie durch, ohne mit den anderen im Kontrollrat vertretenen alliierten Mächten zu rechnen. Und doch hatte bereits auf der Berliner Konferenz die Sowjetregierung vorgeschlagen, daß die Ruhrindustrie, die den wichtigsten Teil des deutschen Kriegspotentials bildete, unter eine gemeinsame Kontrolle der vier alliierten Mächte gestellt werden sollte. Durch Übereinkommen der Teilnehmer an der Konferenz wurde die Prüfung dieser Frage verschoben. Es wurde beschlossen, der Rat der Außenminister sollte sich mit dieser Frage beschäftigen. Im Juli 1946 wies ich nach einer Instruktion durch die Sowjetregierung anlässlich der Versammlung des Außenministerrates in Paris auf die Notwendigkeit hin, eine Kontrolle über das Industriegebiet der Ruhr durch die vier Großmächte zu errichten. Aber wiederum wurde auch damals die Erörterung der Frage nicht zu Ende geführt. Das hinderte indessen die britische Verwaltung nicht, weitere einseitige Handlungen im Ruhrgebiet vorzunehmen. Dem sollte ein Ende gemacht werden.

Die Sowjetregierung besteht darauf, daß der Rat der Außenminister den Beschluß faßt, das Ruhrgebiet mit seiner Industrie unter die gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union zu stellen. Aus den oben erwähnten Gründen hält es die Sowjetregierung für unrecht und nicht zulässig, daß das Ruhrgebiet unter Kontrolle irgendeiner der alliierten Mächte belassen wird, noch kann man einem Plane zustimmen, der die Sowjet-Union oder irgendeine andere der vier alliierten Mächte von der tatsächlichen Kontrolle über das Ruhrgebiet ausschließt. Nur eine gemeinsame Kontrolle durch die vier alliierten Mächte kann die Sicherheit schaffen, daß die Schwerindustrie des Ruhrgebietes nicht wieder die Basis für das Wiederaufleben des deutschen Kriegspotentials und einer neuen deutschen Aggression wird.

Es ist gleichfalls bekannt, daß gegen Ende des vergangenen Jahres die französische Verwaltung durch einseitige Handlung die Abtrennung des Saargebietes vom übrigen Deutschland durchführte. Und wiederum wurde diese Frage nicht dem Alliierten Kontrollrat unterbreitet. Auch in diesem Falle wurde der Kontrollrat vor eine vollendete Tatsache gestellt. Ein derartiges Verfahren zur Lösung wichtiger Probleme in Deutschland kann nicht anerkannt werden.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde der Kontrollrat vor die Tatsache einer neuen Sonderaktion seitens der beiden Regierungen — und zwar der Vereinigten Staaten und Großbritanniens — gestellt. Diese Regierungen schlossen ein Abkommen über die wirtschaftliche und verwaltungsmäßige Vereinigung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland ab. Das Abkommen sieht im allgemeinen ein Dreijahres-Wirtschaftsprogramm für beide Zonen vor. Es sieht die Entwicklung des Handels zwischen den beiden vereinigten Zonen und anderen Ländern vor und stellt ferner sicher, daß das Verrechnungswesen mit anderen Zonen Deutschlands nicht in deutscher Mark, sondern in amerikanischen Dollars oder britischen Pfunden durchgeführt wird. Durch dieses Abkommen zwischen den beiden Besatzungszonen in Deutschland — der amerikanischen und der britischen — wurden diese tatsächlich von dem übrigen Deutschland abgetrennt. Auf diese Weise ist Deutschland zersplittert, was zu höchst negativen wirtschaftlichen wie politischen Folgen führen kann. Dieses Abkommen widerspricht grundlegend den Beschlüssen der Berliner Konferenz über Deutschlands wirtschaftliche Einheit. Auch in diesem Fall ist der Kontrollrat in Deutschland vor eine vollendete Tatsache gestellt worden, und zwar im Gegensatz zu den von den Vereinigten Staaten und Großbritannien übernommenen Verpflichtungen. Diese Situation kann nicht als normal anerkannt werden, zumal da dieses anglo-amerikanische Abkommen keineswegs der Notwendigkeit der Beseitigung des industriellen Kriegspotentials Deutschlands oder der Verpflichtung Deutschlands zur Erfüllung der Reparationsleistungen Rechnung trägt, ganz abgesehen davon, daß es in direktem Widerspruch zur Durchführung des Programms über die wirtschaftliche Wiederherstellung Deutschlands als eines Ganzen steht.



Dieses anglo-amerikanische Abkommen erleichtert das Eindringen amerikanischer und britischer Monopole in die deutsche Industrie und eröffnet ihnen ausgedehnte Gelegenheiten zur Unterordnung der deutschen Wirtschaft unter ihren Einfluß. Außerdem ist dieses anglo-amerikanische Abkommen mit der Verwirklichung der Wirtschaftseinheit Deutschlands unvereinbar, da es zur Zerstückelung und Zerstörung eines unabhängigen deutschen Staates führt und im Widerspruch zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz sowie den anderen interalliierten Abkommen über diesen Gegenstand steht.

Die Grundlage des Abkommens bedeutet ein Unrecht. Wenn man von der Notwendigkeit der Erfüllung interalliierten Verpflichtungen hinsichtlich Deutschlands durchdrungen ist, können die anderen Zonen einem derartigen Abkommen nicht beitreten. Aus all diesem folgt, daß das vorerwähnte anglo-amerikanische Abkommen nicht in Kraft bleiben darf und beseitigt werden sollte.

Die Frage der Reparationen verdient besondere Aufmerksamkeit. In dieser Hinsicht ist eine unhaltbare Lage entstanden. Bekanntlich wurde auf der Berliner Konferenz festgelegt, daß der Betrag der industriellen Einrichtungen, die aus den westlichen Zonen auf Reparationsrechnung zu entnehmen waren, am 2. Februar 1946 festgelegt werden sollte. Indessen ist mehr als ein Jahr nach dem festgesetzten Termin vergangen, aber noch immer ist kein Plan für den Abtransport von Einrichtungen aus den Westzonen vorhanden. Durch den gleichen Beschluß der Berliner Konferenz wurde festgelegt, daß Lieferungen von Ausrüstungen von vornherein auf Reparationsrechnung aus den westlichen Zonen erfolgen sollten. Trotzdem verzögern die amerikanischen und die britischen Besatzungsbehörden in Deutschland unter verschiedenen Vorwänden die Durchführung dieses Beschlusses bis auf den heutigen Tag. Selbst die Beschlüsse über die Reparationslieferungen aus den Westzonen, die im Kontrollrat vor einem Jahr angenommen wurden, blieben bis jetzt unerfüllt.

Natürlich hat die Sowjetische Militärverwaltung in ihrer eigenen Besatzungszone Maßnahmen zur Erfüllung des Planes der Lieferungen, der von ihr in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz von Berlin und der Krim aufgestellt wurde, ergriffen, und sie führt dies auch weiterhin durch. Dementsprechend findet die Lieferung von industriellen Ausrüstungen aus der laufenden Industrieproduktion in der Sowjetzone statt. Gewisse Fabriken in Deutschland sind gleichfalls auf Reparationsrechnung nach der Sowjet-Union abtransportiert worden. Einzelheiten dieser Maßnahmen sollten gründlich geprüft werden, sobald ein Abkommen über die grundlegenden Reparationsprobleme erzielt worden ist. All diese Maßnahmen sind indessen für die Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz hinsichtlich der Reparationen gänzlich ungenügend, da in den Westzonen diese Beschlüsse tatsächlich nicht erfüllt werden.

Die Lage wurde umso unhaltbarer, als die von den britischen, amerikanischen und französischen Behörden kontrollierten westlichen Zonen die Reparationsleistungen auch nicht für die anderen alliierten Länder durchführten. Es ist bekannt, daß die Interalliierte Reparationsagentur, die die Interessen anderer alliierter Länder hinsichtlich der Reparationslieferungen vertritt, sich bereits zum zweiten Male an den Außenministerrat mit einer Klage über die Nichterfüllung des Beschlusses über die Reparationen wandte. Die Erklärung der Interalliierten Reparationsagentur sollte mit der ihr gebührenden Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen werden.

Die Länder, welche die brutale und vernichtende Hitlerische Besetzung durchmachen mußten, können sich nicht mit einer derartigen Lage abfinden. In der Sowjet-Union ebenso wie in anderen Ländern, die die deutsche Okkupation erlitten haben, können sich die Regierung und das Volk angesichts der unermeßlichen Zerstörungen von Fabriken und Werken, von ganzen Städten und zahlreichen Dörfern nicht so ohne weiteres mit der Vereitelung der Reparationsbeschlüsse abfinden. Sie alle wissen, wieviel die Sowjet-Union in dem letzten Weltkrieg zur gemeinsamen alliierten Sache beigetragen hat. Im Verlaufe von vier Jahren leisteten die Armeen der Sowjet-Union über 200 Divisionen der Deutschen und ihrer Satelliten Widerstand, zu gewissen Zeiten erhöhte sich die Anzahl dieser Divisionen sogar auf 240. Drei Jahre lang kämpften die Sowjettruppen ganz allein gegen die Armeen Hitlers und seiner Anhänger. Die Sowjetarmee verteidigte sich und errang für ihre Heimat Ruhm. Die von der Sowjetarmee zur Rettung der europäischen Zivilisation beigetragenen Leistungen sind allgemein bekannt. Die Sowjet-Union erlitt im Kriege gegen Hitlerdeutschland schwere Verluste. Unser Land büßte Millionen von Menschen ein und erlitt ungeheuren materiellen Schaden. Die Sowjetregierung und das gesamte sowjetische Volk können nicht zugeben, daß dies in Vergessenheit gerät.

Hierbei ist es notwendig, daran zu erinnern, wieviel der Krieg die Sowjet-Union gekostet hat. Die Ausgaben des Sowjetstaates für den Krieg sowohl gegen Deutschland als auch gegen Japan und der Verlust an Einkünften, der infolge der Besetzung von Staatsunternehmen, Genossenschaften, Kollektivbauernschaften eintrat und der Bevölkerung der Sowjet-Union zugefügt wurde, erreichten einen ungeheuren Betrag.

Allein während des Krieges betrugen diese Ausgaben und Einkommensverluste nicht weniger als 357 Milliarden Dollar. Zu dieser Summe müssen wir den unserem Staat und der Bevölkerung verursachten Schaden hinzurechnen, der infolge der ungeheuren Zerstörung und Ausplünderung von Staats-, Genossenschafts- und privatem Eigentum während der Kriegsjahre in den vom Feind besetzten Gebieten entstanden ist.

Die außerordentliche staatliche Kommission, der die hervorragendsten öffentlichen Vertreter unseres Landes angehörten, schätzte diesen direkten Schaden in den der Besetzung unterworfenen Gebieten auf 128 Milliarden Dollar. Um diese ungeheure Gesamtsumme direkter Verluste unseres Landes zu erklären, erinnere ich Sie daran, daß die deutsch-faschistischen Eindringlinge und ihre Satelliten 1710 Städte und über 70 000 Dörfer zerstörten beziehungsweise vollständig oder teilweise niederbrannten und zerstörten und etwa 25 Millionen Personen obdachlos machten, 31 850 Industrieunternehmen, die etwa 4 Millionen Arbeiter beschäftigten, zerstörten, 65 000 Kilometer Eisenbahnstrecken und 4100 Bahnhöfe zerstörten, 98 000 Kollektivbauerngüter, 1876 Staatsgüter und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen beraubten und zertrümmerten, 7 Millionen Pferde, 17 Millionen Großvieh, 20 Millionen Schweine, 27 Millionen Schafe und Ziegen schlachteten, raubten oder nach Deutschland trieben. Außerdem zerstörten oder vernichteten sie 40 000 Krankenhäuser und andere Einrichtungen des Gesundheitswesens, 84 000 allgemeine Schulen, besondere Elementarschulen, höhere Erziehungsinstitute, wissenschaftliche Forschungsinstitute und 42 000 öffentliche Bibliotheken. Zu all diesem muß man die Verluste an Menschenleben hinzufügen, die auf mehrere Millionen geschätzt werden. Ich hoffe, daß man auf Grund dieser Zahlen verstehen wird, weshalb die Sowjetregierung und das gesamte sowjetische Volk darauf bestehen, daß der Rat der Außenminister Maßnahmen durchsetzt, die die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz von Berlin und der Krim über die Reparationen sichern werden. Wenn das geschieht, ist es notwendig, schließlich den Betrag und das Verfahren der Reparationslieferungen zu bestimmen.

Während sich die Gesamtsumme der lediglich direkten Verluste, die unserem Land in den besetzten Gebieten zugefügt wurden, auf 128 Milliarden Dollar beläuft, verlangt die Sowjet-Union von Deutschland einen Betrag von 10 Milliarden Dollar. Dieser Reparationsbetrag Deutschlands wird weniger als ein Zehntel der direkten Verluste decken, die der Sowjet-Union in den von den deutschen Eindringlingen besetzten Gebieten zugefügt worden sind. Die Billigkeit dieser Forderung der Sowjet-Union kann nicht bestritten werden.

Um das Problem der Reparationen Deutschlands entsprechend zu klären, muß ich bei den grundlegenden Dokumenten verweilen, die sich auf dieses Problem beziehen. In erster Linie werde ich den vollen Text der entsprechenden Beschlüsse der Berliner Konferenz zitieren.

#### Aus den Berliner Beschlüssen:

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Umfang die Verluste und Leiden auszugleichen, die es den Vereinten Nationen zugefügt hat und für die das deutsche Volk sich der Verantwortung nicht entziehen kann, wurde folgendes Abkommen über die Reparationen erzielt:

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
2. Die UdSSR wird die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil an den Reparationen befriedigen.
3. Die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der anderen Länder werden aus den Westzonen Deutschlands sowie durch entsprechende deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden.
4. Zusätzlich zu den der UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone zu leistenden Reparationen soll die UdSSR aus den Westzonen noch folgendes erhalten:
  - a) 15 Prozent solcher verwendbaren und vollständigen Hauptausrüstungen, die in erster Linie aus metallurgischen, che-



mischen und Maschinenbauindustrien stammen, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht notwendig sind, und die aus den Westzonen Deutschlands im Austausch gegen Nahrungsmittel, Kohle, Pottasche, Zink, Holz, Tonwaren, Petroleumprodukte und ähnliche Bedarfsgüter, über die ein Abkommen erzielt wurde, in gleichem Werte geliefert werden sollen;

- b) 10 Prozent solcher industrieller Hauptausrüstungen, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht nötig sind, sollen aus den westlichen Besatzungszonen an die Sowjetregierung auf Reparationsrechnung übergeben werden ohne Bezahlung oder Austauschlieferung irgendwelcher Art.

Die Entnahmen der Einrichtungen, wie sie in den Punkten a) und b) erwähnt sind, sollen gleichzeitig erfolgen.

5. Der Umfang der aus den westlichen Besatzungszonen auf Reparationskonto zu entnehmenden Ausrüstung soll spätestens innerhalb von sechs Monaten, von jetzt ab gerechnet, bestimmt sein.

6. Die Entnahme der industriellen Ausrüstung soll so bald wie möglich beginnen und innerhalb von zwei Jahren, von dem in § 5 niedergelegten Zeitpunkt an gerechnet, beendet sein. Die Lieferung der unter 4a) erwähnten Waren und Produkte soll so bald wie möglich beginnen und seitens der UdSSR nach den vereinbarten Bedingungen innerhalb von fünf Jahren von dem jetzt festgelegten Datum an durchgeführt werden. Die Bestimmung des Umfangs und der Art der industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig und daher für Reparationen verfügbar ist, soll durch den Kontrollrat entsprechend der von der alliierten Kommission für Reparationen festgelegten Politik unter Teilnahme Frankreichs durchgeführt werden und Gegenstand der endgültigen Billigung der Zonenbefehlshaber derjenigen Zonen sein, aus denen die Ausrüstung entnommen wird.

7. Vor der Festsetzung der Gesamtmenge der der Entnahme unterliegenden Ausrüstung sollen Vorauslieferungen solcher Ausrüstungen erfolgen, die für die Lieferung in Übereinstimmung mit dem im letzten Satz des § 6 niedergelegten Verfahren als verfügbar bestimmt sind.

8. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Ansprüche bezüglich der Reparationen aus Anteilen an deutschen Unternehmungen, die in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands gelegen sind, ebenso auf alle Ansprüche hinsichtlich deutscher Auslandsguthaben in allen Ländern mit Ausnahme derjenigen, die in § 9 weiter unten besonders aufgeführt sind.

9. Die Regierungen der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verzichten auf ihre Ansprüche auf Reparationen hinsichtlich der Anteile an deutschen Unternehmungen, die in der östlichen Besatzungszone Deutschlands gelegen sind, ebenso hinsichtlich der deutschen Auslandsguthaben in Bulgarien, Finnland, Ungarn, Rumänien und dem östlichen Österreich.

10. Die Sowjet-Union erhebt keine Ansprüche auf das von den alliierten Truppen in Deutschland erbeutete Gold.

Dieser Beschluß der Berliner Konferenz benötigt keinen ins einzelne gehenden Kommentar. Es muß indessen bemerkt werden, daß der Beschluß der Berliner Konferenz mit den Worten beginnt, daß er »in Übereinstimmung mit den Krimkonferenzbeschlüssen« gefaßt wurde. Im Hinblick hierauf ist es notwendig, ihnen genauestens darzulegen, was die Krimkonferenz über die Reparationen, die von Deutschland zu leisten sind, beschlossen hat.

Um dies ganz klar und deutlich zu machen, muß ich die Beschlüsse der Krimkonferenz veröffentlichten, die bis jetzt nicht veröffentlicht worden sind.

#### Aus den Beschlüssen von Jalta

Protokoll der Besprechungen zwischen den Chefs der drei Regierungen auf der Krimkonferenz über die Frage der deutschen Reparationen in Waren. Die Chefs der drei Regierungen kamen wie folgt überein:

1. Deutschland muß in Waren für die Verluste bezahlen, die es im Verlaufe des Krieges den verbündeten Nationen zufügte. Die Reparationen sollen in erster Linie diejenigen Länder erhalten, die die Hauptlast des Krieges getragen haben, die die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind erfochten haben.

2. Die Reparationen sollen in den drei folgenden Formen aus Deutschland herausgezogen werden: a) Hauptentnahme innerhalb von zwei Jahren nach der Niederlage Deutschlands oder der Einstellung des organisierten Widerstandes aus dem Na-

tionalvermögen Deutschlands, das sich sowohl in dem Gebiet Deutschlands selbst als auch außerhalb seines Gebietes befindet (Betriebsanlagen, Werkzeugmaschinen, Schiffe, Eisenbahnwagenmaterial, deutsche Investitionen im Ausland, Aktien von Industrie-, Transport-, Schifffahrts- und anderen Unternehmen in Deutschland und so weiter); diese Entnahmen sollen hauptsächlich mit dem Ziel der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials durchgeführt werden; b) jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion nach Ende des Krieges für einen festzusetzenden Zeitraum; c) Verwendung deutscher Arbeitskräfte.

3. In Moskau soll zur Ausarbeitung eines ausführlichen Planes gemäß den eben angeführten Prinzipien für die Herausziehung von Reparationen aus Deutschland eine alliierte Reparationskommission geschaffen werden, die aus Vertretern der UdSSR, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreiches besteht.

4. Bezüglich der Festsetzung der Gesamtsumme der Reparationen sowie der Verteilung derselben unter die Länder, die unter der deutschen Aggression gelitten haben, kamen die sowjetische und die amerikanische Delegation wie folgt überein: »Die Moskauer Reparationskommission sollte im Anfangsstadium als Grundlage für die Besprechung den Vorschlag der Sowjetregierung annehmen, daß die Gesamtsumme der Reparationen gemäß den Punkten a) und b) des Paragraphen 2 zwanzig Milliarden Dollar sein sollte und daß 50 Prozent hiervon an die UdSSR gehen sollten.«

Die britische Delegation war der Ansicht, daß bis zur Erörterung der Reparationsfrage durch die Moskauer Reparationskommission keine Reparationsziffern erwähnt werden sollten. Der oben erwähnte sowjetisch-amerikanische Vorschlag wurde an die Moskauer Reparationskommission als einer der Vorschläge weitergegeben, die von der Moskauer Kommission erörtert werden sollen. Unterzeichnet von Churchill, Roosevelt und Stalin.

Damit hat die Krimkonferenz anerkannt, daß die Reparationen auf drei verschiedene Arten aus Deutschland entnommen werden sollten:

1. durch die Entfernung des Hauptteils der Betriebsanlagen, Werkzeugmaschinen und so weiter,
2. durch jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion,
3. durch die Verwendung deutscher Arbeitskraft.

Daneben sprach die Krimkonferenz auch die Frage des Betrages der Reparationen. Auf der Krimkonferenz kamen die sowjetische und die amerikanische Delegation zu einem Abkommen darüber, daß die Moskauer Reparationskommission als Basis für die Besprechung den Vorschlag der Sowjetregierung annehmen wird, die Reparationssumme Deutschlands auf 20 Milliarden Dollar festzusetzen, wobei die Hälfte dieser Summe an die Sowjet-Union gehen sollte. Das Protokoll zeigt zugleich, daß die britische Delegation es damals nicht für möglich hielt, irgendwelche Reparationsziffern zu nennen.

Es ist unbedingt erforderlich, an diese Entscheidungen der Krimkonferenz zu erinnern. Das ist besonders notwendig, weil jetzt der Versuch unternommen wird, das in Berlin geschlossene Reparationsabkommen in dem Sinne auszulegen, daß es alle vorherigen Abkommen und Verhandlungen über Reparationen ablöse. Dem kann schon aus dem Grunde nicht zugestimmt werden, weil im Beschluß der Berliner Konferenz über Reparationen Deutschlands selbst darauf hingewiesen wird, daß er »gemäß dem Krimbeschuß« getroffen wurde, während der Beschluß der Berliner Konferenz über Deutschland besagt, daß es »der Zweck dieses Abkommens ist, die Krimklärung über Deutschland durchzuführen«.

In letzter Zeit tauchten Streitfragen über die Angelegenheit der Lieferungen aus der laufenden Produktion auf Reparationskonto auf. Es sollte bemerkt werden, daß diese Streitfragen trotz der Tatsache auftauchten, daß entsprechend vielen Berichten laufende Lieferungen auch in den Westzonen stattfinden. Aus dem Text des Protokolls der Krimkonferenz geht klar hervor, daß diese Frage bereits damals keinen Zweifel bei einem der Teilnehmer der Krimkonferenz hervorrief. Der Beschluß der Berliner Konferenz konzentrierte sich auf die Entfernung der Betriebsanlagen als Hauptproblem. Aber dieser Beschluß enthält kein einziges Wort gegen Reparationen aus der laufenden Produktion, wie sie durch den Beschluß der Krimkonferenz in Betracht gezogen wurden. Zu jener Zeit war es jedoch nicht notwendig, sich mit den Einzelheiten dieses Problems zu beschäftigen, da es unmöglich war, die Größe der möglichen laufenden Lieferungen zu bestimmen.



Kürzlich wurde darauf hingewiesen, daß die Deckung eines Teils der Reparationen aus der laufenden Produktion die Erweiterung des Plans für den Stand der deutschen Industrie erfordern würde, der vor einem Jahr vom Kontrollrat angenommen worden ist. Die Berechtigung dieser Beobachtung sollte zugegeben werden. Im Hinblick hierauf schlägt die Sowjetregierung eine Revision des Plans für das deutsche Industrieniveau, das vor einem Jahr festgestellt wurde, und die Erhöhung dieses Niveaus auf die notwendige Höhe vor. Wir sollten der Entwicklung der deutschen Friedensindustrie keine Hindernisse in den Weg legen. Die Alliierten sollten die deutsche Industrie kontrollieren, um zu verhindern, daß ihre Entwicklung zu einer Wiederaufrichtung des Kriegspotentials und zu einer Wiederbelebung des deutschen Militarismus und der Aggression gelenkt wird. Auf der anderen Seite jedoch besteht gegenwärtig in verschiedenen Ländern ein unbefriedigter Bedarf an Industrieprodukten. Die Wiederherstellung der deutschen Friedensindustrie würde möglicherweise die Befriedigung dieses Bedarfs nach industriellen Waren erleichtern. Wir sollten bei der schnelleren Entwicklung des deutschen Kohlenbergbaus und der Erhöhung der deutschen Produktion von Metallen und anderen industriellen Waren helfen. Das wird die Möglichkeit schaffen, die Bedürfnisse des deutschen Volkes zu befriedigen, die in den letzten Jahren nicht befriedigt wurden, während gleichzeitig der Export der deutschen Industrieproduktion beträchtlich helfen dürfte, ähnliche Bedürfnisse anderer Nationen zu befriedigen.

Selbstverständlich werden sich ausländische Monopolisten finden, die versuchen werden, die deutsche Produktion von den Weltmärkten fernzuhalten. Aus Furcht vor der Konkurrenz möchten diese Herren die deutsche Industrie abwürgen, sie verringern oder dies wenigstens versuchen, soweit die Auslandsmärkte betroffen werden. Aber wir dürfen einem derartigen Druck kleiner selbstsüchtiger Gruppen nicht nachgeben. Die Interessen der Völker verlangen etwas gänzlich anderes. Die Völker benötigen eine beträchtliche Erhöhung der billigen Gebrauchsgüter guter Qualität, und sie brauchen auch die Hilfe der deutschen Industrielieferung angesichts der Niederhaltung und Auskämmung der ausländischen Monopolgesellschaften, die mit allen Mitteln danach streben, ihre Konkurrenten auszuschalten, und bereit sind, ihrerseits die beliebige Produktion zu außerordentlich überhöhten Preisen unterzubringen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht diejenigen Beschlüsse der Berliner Konferenz vergessen, die von der Notwendigkeit der Beseitigung der ausgedehnten Konzentration wirtschaftlicher Macht in Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen deutschen Monopolgesellschaften verschiedener Art sprechen. Bis auf den heutigen Tag ist diese Aufgabe in den Zonen noch nicht durchgeführt worden. Doch ist es ohne Durchführung der Entkartellisierung und Beseitigung der Monopolherrschaft unmöglich, die Bedingungen für eine Wiedergeburt Deutschlands als eines friedlichen und demokratischen Staates zu sichern. Um diese wichtige Aufgabe wirklich durchführen zu können, ist es notwendig, die Fabriken und die anderen Unternehmen der Konzerne, Kartelle und Trusts zu enteignen und diese Werke dem deutschen Staat als Eigentum zu übergeben. Man muß bei der Durchführung dieser Maßnahmen die demokratischen Parteien und die Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Arbeit hinzuziehen; sie können in dieser Angelegenheit eine wesentliche Hilfe leisten. Andernfalls würden die deutschen Monopolgesellschaften durch verschiedene andere Monopole, durch Monopole ausländischen Ursprungs ersetzt, die in keiner Hinsicht besser als die deutschen Monopole sind.

Nach allem Gesagten ist es ganz klar, was zur Vollendung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands notwendig ist. Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands setzt ein Abkommen zwischen den für die Kontrolle Deutschlands verantwortlichen vier alliierten Mächten darüber voraus, daß der Entwicklungsstand der deutschen Industrie und Landwirtschaft sowie Deutschlands angemessene Teilnahme am Welthandel aufeinander abgestimmt werden, während gleichzeitig die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten einschließlich der bedingungslosen Erfüllung der Reparationsleistungen gesichert wird. Natürlich bedeutet Deutschlands wirtschaftliche Einheit gleichzeitig, daß Deutschland angemessene Besatzungskosten tragen soll und daß die Alliierten zielbewußt Maßnahmen zur Beseitigung des deutschen industriellen Kriegspotentials durchführen.

Die Sowjet-Union ist ihrerseits vollkommen bereit, die Verwirklichung der Wirtschaftseinheit Deutschlands und die Beseitigung der wirtschaftlichen Zwischenzonenengrenzen jeder Art zu erleichtern. Die Verwirklichung derartiger Pläne begegnet den Interessen der Alliierten, ganz abgesehen davon, daß sie in vollem Umfange den Interessen des deutschen Volkes entspricht, da dieses nach einer Umwandlung Deutschlands zu einem friedlichen demokratischen Staat strebt, der im Laufe der Zeit zwischen den

freien und friedlichen Nationen der Welt den ihm gebührenden Platz einnehmen will.

Die wichtigste Voraussetzung für die Durchführung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ist die Errichtung je einer zentralen deutschen Verwaltungsstelle für Industrie, Landwirtschaft, Finanzwirtschaft, Transport- und Verkehrswesen und für den Außenhandel. Das ist für die Sicherung einer einheitlichen Leitung aller grundlegenden Wirtschaftsmaßnahmen im gesamtdeutschen Rahmen unbedingt notwendig. Das ist auch für die Vorbereitung des Verwaltungsapparates der deutschen Regierung unerlässlich, deren Schaffung unverzüglich in Angriff genommen werden muß. Die alliierten Länder können diese Aufgabe wirksam vollenden, indem sie die demokratischen Parteien und Freien Gewerkschaften unterstützen.

Im Zusammenhang mit den obigen Ausführungen unterbreitet die Sowjetregierung dem Rat der Außenminister ihre Vorschläge hinsichtlich der Frage der Wirtschaftseinheit Deutschlands und der Reparationsfrage zur Prüfung:

#### 1. Wirtschaftliche Einheit Deutschlands

Zwecks Durchführung der Beschlüsse der Berliner Konferenz über die Wirtschaftseinheit Deutschlands und zur Beseitigung der in dieser Hinsicht bestehenden Unzulänglichkeiten erachtet es der Rat der Außenminister für notwendig:

1. sofort zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen zu errichten, wie sie von der Berliner Konferenz vorgesehen waren, und zwar für Industrie, Finanzwesen, Transport, Verkehrswesen, Außenhandel und Landwirtschaft, wodurch die einheitliche Leitung der wichtigsten Wirtschaftsmaßnahmen im gesamtdeutschen Raum gesichert und der Verwaltungsapparat einer deutschen Regierung vorbereitet wird;
2. im Wege der Abänderung des Kontrollratsbeschlusses vom 27. März 1946 eine Erhöhung des deutschen Industriestandards vorzuschlagen, wonach die jährliche Stahlerzeugung in nächster Zeit auf zehn bis zwölf Millionen Tonnen gebracht wird;
3. in Anbetracht der Tatsache, daß die Ruhrindustrie die Hauptgrundlage des deutschen Militarismus bildete, den Industriebezirk der Ruhr unter gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der UdSSR zu stellen;
4. Gesamtmaßnahmen durchzuführen, damit das Finanzwesen und der Geldumlauf in Deutschland auf eine gesunde Grundlage gestellt werden;
5. im Hinblick auf die Sicherung der Importe von Roh- und anderen Materialien, die für die deutsche Friedensindustrie wichtig sind und im Hinblick auf die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten Beihilfen zur Erholung des deutschen Exports zu leisten;
6. den Kontrollrat darüber zu unterrichten, daß er die notwendigen Schritte zur Enteignung von Fabriken und anderen Unternehmen der Konzerne, Kartelle und Trusts ergreift und diese Unternehmen dem deutschen Staat als Eigentum übergibt, sowie diesen zu veranlassen, sich hierbei der Hilfe der demokratischen Parteien und Freien Gewerkschaften Deutschlands bei der Durchführung dieser Maßnahmen zu versichern;
7. das Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone als ungültig zu betrachten, da es die wirtschaftliche Einheit Deutschlands verletzt.

#### II. Die Reparationen Deutschlands

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz über die Eintreibung von Reparationen von Deutschland in den Zonen und zwecks Bestimmung des Betrages und des Verfahrens der Eintreibung der Reparationen erachtet der Rat der Außenminister folgendes für notwendig:

1. einen Gesamtbetrag der von Deutschland zu leistenden Reparationen in einer Summe (nach den Weltmarktpreisen von 1938) festzusetzen und die Reparationssumme für die UdSSR auf 10 Milliarden Dollar zu bemessen, wobei die Sowjet-Union es unternimmt, die Reparationsansprüche Polens aus ihrem eigenen Anteil zu befriedigen;
2. zur Deckung der Reparationen heranzuziehen:

a) gleichzeitige Entnahmen, die in der Zeit nach der Berliner Konferenz durchgeführt wurden oder werden, von zur Vervollständigung geeigneter Industrieausrüstung, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft nicht notwendig ist; im Falle eines Verbleibens der Ausrüstung einer der-



artigen Fabrik für den Gebrauch in Deutschland ist irgend ein anderes Eigentum der Fabrik, das mit ihrer Tätigkeit in Zusammenhang steht, auf Reparationsrechnung abzuliefern;

- b) jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion;
  - c) die deutschen Auslandsguthaben;
  - d) verschiedene Dienstleistungen;
3. den Abtransport der Ausrüstungen aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands nach der Sowjet-Union vorzunehmen, wie es in den Berliner Beschlüssen zum 1. Juli 1947 vorgesehen ist und wie die entsprechenden Abtransporte aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands zum 1. Juli 1948 erfolgen sollen;
4. festzulegen, daß die Reparationsverpflichtungen Deutschlands innerhalb von zwanzig Jahren, beginnend mit dem Tage der Veröffentlichung der Beschlüsse der Berliner Dreimächtekonferenz, erfüllt werden;
5. die Tätigkeit der Interalliierten Reparationskommission, die aus Vertretern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der UdSSR besteht, wiederaufzunehmen;
6. bei ordnungsmäßiger Erfüllung des festgelegten Plans der Reparationsleistungen der Produktion der deutschen Friedensindustrie sowohl für den inneren Bedarf Deutschlands als auch für die Entwicklung des Handels mit anderen Ländern keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Die Sowjetregierung ersucht, ihre vorgelegten Vorschläge einer Prüfung zu unterziehen."

Nach Molotow sprach der amerikanische Außenminister Marshall. Er betonte, daß der Schlüssel zur Lösung des deutschen Wirtschaftproblems in der Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit liege. Marshalls Ausführungen spiegelten im wesentlichen den Inhalt des dem Außenministerrat am 17. März überreichten amerikanischen Vorschlages für die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit wider. Dieses Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Der Außenministerrat weist die Alliierte Kontrollbehörde in Deutschland an, die für die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit notwendigen Maßnahmen zu treffen.

A) Hinsichtlich der Errichtung und Tätigkeit deutscher zentraler Verwaltungsbehörden soll die Alliierte Kontrollbehörde folgende Maßnahmen ergreifen:

1. Sie soll deutsche Zentralverwaltungsbehörden schaffen, die von deutschen Staatssekretären unter der Überwachung und Kontrolle alliierter Behörden geleitet werden, jedoch einer vorläufigen deutschen Regierung Bericht erstatten, sobald diese gebildet ist. Diese Behörden sollen für Finanzen, Transport und Verkehr, Industrie, Außenhandel, Ernährung und Landwirtschaft sowie für alle anderen Zweige errichtet werden, die von der Alliierten Kontrollbehörde als notwendig erachtet werden. Sie sollen die Vollmacht erhalten, alle Probleme innerhalb ihres Arbeitsgebietes zu behandeln, die auf nationaler Basis geregelt werden müssen.

2. Die Alliierte Kontrollbehörde soll die für die Leitung dieser Behörden erforderlichen politischen Direktiven erlassen einschließlich jener Bestimmungen, welche die Aufteilung der Verwaltungsfunktionen zwischen den Zentralbehörden und den Ländern festlegen.

3. Sie soll die Zentralbehörden und die deutschen Behörden der verschiedenen Länder ermächtigen, ohne die Intervention der einzelnen Besatzungsbehörden direkt in gegenseitige Verhandlungen zu treten. Außerdem sollen die Zentralbehörden ermächtigt werden, den deutschen Länderbehörden unmittelbar alle jene Anweisungen zu geben, die zur Durchführung ihrer Aufgaben auf den oben erwähnten Gebieten erforderlich sind. Die deutschen Länderbehörden sollen verpflichtet sein, diesen Anweisungen Folge zu leisten. Die Befehlshaber der einzelnen Zonen sollen Autorität über die Zentralverwaltungsbehörden nur durch die Alliierte Kontrollbehörde haben.

4. Die Ermächtigungen und Befugnisse, die hiermit den deutschen Zentralverwaltungsbehörden erteilt werden, sollen allen Beschlüssen oder Anweisungen untergeordnet sein, die vom Alliierten Kontrollrat oder, falls im Kontrollrat Unstimmigkeiten herrschen, durch die Majorität seiner Mitglieder gegeben werden.

B) Die Alliierte Kontrollbehörde soll die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit durch eine gemeinsame Politik sicherstellen, welche auf folgenden Grundsätzen beruht:

1. a) Einheimische Produkte und Importe sollen auf gemeinsamer Basis in ganz Deutschland ohne Rücksicht auf die Zonen Grenzen verfügbar gemacht werden. Zu diesem Zweck sollen Mangelwaren nach einem gemeinsamen Standard zugeteilt oder rationiert werden, während andere Waren frei gehandelt werden sollen.

b) Die landwirtschaftliche Produktion soll auf einen Höchststand gebracht und die Industrie auf friedlicher Grundlage wieder in Gang gesetzt werden.

c) Für ganz Deutschland soll sofort ein Ausfuhr-Einfuhr-Programm festgesetzt werden, um Deutschland in die Lage zu versetzen, die genehmigten Einfuhren zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu bezahlen. Hierbei soll die Bedeutung der deutschen Ausfuhren für den Wiederaufbau Europas in Rechnung gestellt werden. Ein zeitweiliger Fehlbetrag in der internationalen Zahlungsbilanz Deutschlands soll von den Besatzungsmächten je nach dem vom Alliierten Kontrollrat getroffenen Übereinkommen getragen werden.

2. Ein Programm für eine Finanzreform soll so bald wie möglich angenommen werden, um die überflüssige Kaufkraft verschwinden zu lassen, dadurch den inländischen wie den Außenhandelswert der deutschen Währung wiederherzustellen und den erforderlichen Anreiz zur Erhöhung der Produktion zu geben.

3. Im Hinblick auf die unverzügliche Inkraftsetzung der Finanzreform soll die Alliierte Kontrollbehörde sofort mit dem Druck neuen Geldes unter voller Kontrolle aller vier Mächte in Berlin beginnen.

4. Es sollen geeignete Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, daß die gesamte deutsche Arbeitskraft, die Produktion und die in Deutschland befindlichen Besitzwerte einschließlich des Vermögens, das ganz oder teilweise Nichtdeutschen gehört, als Teil der Hilfsquellen der deutschen Wirtschaft behandelt werden. Sie sollen den oben angeführten Maßnahmen, den Entscheidungen und Anordnungen der Alliierten Kontrollbehörde und der entsprechenden deutschen Behörden sowie dem deutschen Gesetz unterworfen sein.

Der Erwerb von Eigentumsrechten oder die Kontrolle eines Wirtschaftsbetriebes in Deutschland durch eine auswärtige Macht oder durch ausländische Staatsangehörige soll vom Beginn der Besetzung an bis zur Auflösung der Viermächteregierung nur gültig sein, wenn die Genehmigung des Alliierten Kontrollrats erteilt wird.

5. Für die Benutzung der einheimischen deutschen Hilfsquellen durch die Besatzungsmächte soll eine allgemeine Beschränkung angeordnet werden. Innerhalb dieser Beschränkung soll über die Bedürfnisse der Besatzungstreitkräfte und der Organisationen der Besatzungsmächte nicht durch die einzelnen Zonenbefehlshaber, sondern auf gemeinsamer Basis vom Alliierten Kontrollrat entschieden werden. Ein Plan für die einheitliche Finanzierung und Begutachtung der Besatzungsbedürfnisse soll vom Alliierten Kontrollrat vorbereitet werden.

6. Die Alliierte Kontrollbehörde soll die Zonen Grenzen als politische und wirtschaftliche Schranken abschaffen und nur Demarkationslinien für die Sicherheit der alliierten Truppen bestehen lassen. Damit dieses Ziel erreicht wird und die Bedingungen für eine wirtschaftliche Einigung geschaffen werden, soll die Alliierte Kontrollbehörde die notwendigen Maßnahmen treffen, um innerhalb Deutschlands sowohl den Deutschen wie dem alliierten Personal Bewegungsfreiheit zuzusichern und die grundlegenden Freiheiten, wie sie in dem Berliner Protokoll niedergelegt sind, in allen Teilen Deutschlands ohne Zwischenschaltung der Besatzungsbehörden zu gewährleisten."

Marshall beschäftigte sich dann mit den Ausführungen Molotows und erklärte, daß die in ausländischem Privatbesitz befindlichen Werke in der Zuteilung von Rohstoffen und der Verteilung der Erzeugnisse jetzt in gleicher Weise wie die deutschen Werke behandelt werden müßten. In der sowjetischen Zone gebe es zur Zeit eine solche gleiche Behandlung nicht. Obwohl die Sowjetbehörden keine Einzelheiten über die sogenannten Sowjet-Aktiengesellschaften angeben hätten, seien sie sicherlich den alliierten Kontrollbehörden nicht unterstellt worden. Es handle sich um extraterritoriale Vorrechte einer fremden Regierung. Eine solche Kontrolle durch eine Besatzungsmacht sei mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, wie sie in Potsdam beschlossen worden sei, unvereinbar.

Außenminister Marshall wandte sich dann der Frage der Reparationen zu und erklärte:



„Wir können uns nicht mit einem vereinigten Deutschland einverstanden erklären, bei dem das amerikanische Volk Reparationen an einen Alliierten zahlen müßte.“

Marshall erklärte, daß die alliierten Kontrollbehörden von sowjetischer Seite bisher keinen Bericht darüber erhalten hätten, in welchem Umfang Werte aus der laufenden Produktion entnommen wurden. Man glaube jedoch, daß das Ausmaß dieser Entnahmen sehr beträchtlich sei. „Nach unserer Ansicht“, so erklärte Marshall, „sind diese Demontagen mit dem Potsdamer Abkommen unvereinbar, das die gemeinsame Nutzung aller Hilfsquellen Deutschlands vorschrieb und den Erlös der Ausfuhr in erster Linie zur Bezahlung von Einfuhren bestimmte.“

Im Zusammenhang mit seinen Ausführungen überreichte Marshall dem Rat der Außenminister eine schriftliche Erklärung zu dem Thema „deutsche Reparationen“:

„Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß die im Potsdamer Protokoll vorgesehenen Reparationsleistungen in Form von Industrieanlagen gleichzeitig mit der ebenfalls im Protokoll vorgesehenen Wirtschaftseinheit durchzuführen sind, die auch ein gemeinsames Ausfuhr-Einfuhr-Programm umschließt. Es muß festgestellt werden, welche wirtschaftlichen Hilfsquellen in Deutschland noch vorhanden sind, wenn die Reparationen entnommen sind, damit Deutschland in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Protokoll noch genügend Hilfsquellen verbleiben, um es wirtschaftlich von Hilfeleistungen von außen unabhängig zu machen. Die Vereinigten Staaten haben sich ständig um ein Übereinkommen über die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen bemüht, die die Grundsätze der Wirtschaftseinheit verwaltungsmäßig verwirklichen sollten. Ferner haben sie sich um einen gemeinsamen Ausfuhr-Einfuhr-Plan bemüht. Es wurde ein vorläufiges Übereinkommen des Alliierten Kontrollrats erreicht, in dem die Ausarbeitung eines solchen Planes bis zum 31. Oktober 1945 gefordert wurde. Dieses Abkommen wurde jedoch nicht erfüllt.

Da die fortgesetzten Bemühungen um die Wirtschaftseinheit fehlschlagen, kündigte der Vertreter der Vereinigten Staaten beim Alliierten Kontrollrat die Aufhebung weiterer Demontagen für Reparationszwecke an. Das war eine notwendig gewordene Schutzmaßnahme, da die Vereinigten Staaten eine weitere Entnahme deutscher Industriearüstungen aus der amerikanischen Zone Deutschlands im Hinblick auf das ständige finanzielle Defizit nicht zulassen konnten, es sei denn, die amerikanische Zone würde auch an der Ausnutzung der Hilfsquellen ganz Deutschlands beteiligt.

Um nach Erfüllung der anderen Bedingungen des Potsdamer Protokolls eine sofortige Wiederaufnahme der Reparationslieferungen zu gewährleisten, haben sich die Vereinigten Staaten für ein durchgreifendes Programm eingesetzt, das eine Aufstellung aller für Reparationszwecke vorgesehenen Betriebe und eine sofortige Abschätzung ihres Wertes vorsieht. Sie haben weiter auf Ersuchen der Länder, denen diese Betriebe zugesprochen waren, 24 größere Betriebe, die auf dem Programm für vordringliche Reparationslieferungen standen, abgebaut und ausgeliefert. Ferner haben sie von den 117 Kriegsbetrieben in der Zone 80 abgebaut und die Ausrüstung, soweit sie für allgemeine Zwecke verwendbar ist, zur Verteilung und Abgabe bereitgestellt. Die Liquidierung der verbliebenen Kriegsbetriebe wird im Verlauf dieses Jahres zu Ende geführt werden.

Außer den 117 Kriegsbetrieben und den 24 Betrieben, die für vordringliche Ablieferung vorgesehen waren, gibt es in der amerikanischen Zone 251 Betriebe, deren Abschätzung nach dem gegenwärtig vereinbarten Industrieniveau genehmigt wäre. 1593 Betriebe verbleiben danach noch zur Abschätzung, die erst im Oktober und November 1946 genehmigt wurde, und die Schätzungen werden planmäßig durchgeführt werden.

Der gegenwärtige Stand der Reparationsleistungen aus den drei Westzonen ist wie folgt:

174 Betriebe sind zugeteilt,  
524 weitere Betriebe durch den Koordinierungsausschuß zur Schätzung genehmigt,  
808 Betriebe der Maschinen- und optischen Industrie mit Einschränkungen zur Schätzung genehmigt,  
mehrere hundert weitere Betriebe stehen in verschiedenen Stadien der Genehmigungsformalitäten durch die alliierten Kontrollbehörden.

Die Vereinigten Staaten sind jedoch der Ansicht, daß diese Zahlen nur als annähernd genau angesehen werden können. Es müßten genaue Aufstellungen derjenigen Betriebe gemacht wer-

den, die in Deutschland zu belassen sind, damit es auf sich selbst gestellt existieren kann. Bei dieser Aufstellung müßten die Bevölkerungsdichte und die endgültige Grenzregelung berücksichtigt werden. Die Erfahrungen der vergangenen zwanzig Monate haben gezeigt, daß es keine leichte Aufgabe ist, Deutschland wieder auf eigene Füße zu stellen.

Man kann jedoch von den Besatzungsmächten nicht erwarten, daß sie die deutsche Wirtschaft auf unbestimmte Zeit hinaus unterstützen. Der Grundsatz, die deutsche Wirtschaft auf eigene Füße zu stellen wie es im Potsdamer Protokoll festgelegt wurde, ist gesund, aber der Alliierte Kontrollrat muß unverzüglich eine Überprüfung des Industrieniveaus, wie es jetzt errechnet ist, vornehmen, und zwar im Hinblick auf die Frage, ob es für diesen Zweck ausreichend ist. Das kann nur geschehen, wenn genügende Informationen aus allen Besatzungszonen vorliegen.

Die Delegation der Vereinigten Staaten hofft, daß man hier zur Einigung über diejenigen Punkte des Potsdamer Protokolls kommen wird, die nicht verwirklicht worden sind, so daß die Reparationslieferungen wieder aufgenommen werden können.“

In der anschließenden Debatte sagte Bevin:

„Ich möchte klarmachen, daß die Vereinbarungen über die Vereinigung der britischen und der amerikanischen Zone bestehen bleiben, bis eine Vereinbarung über die Wirtschaftseinheit Deutschlands unter Bedingungen erreicht ist, die wir als befriedigend annehmen können.“

Bevin stimmte mit Molotow darin überein, daß alle Entscheidungen über Wirtschaftsprobleme mit den Plänen für die zukünftige politische Struktur Deutschlands vereinbar sein müssen.

Zu dem Thema Reparationen führte Bevin aus, daß niemand mit dem Erreichten zufrieden sei, einschließlich aller Reparationsempfänger und auch der Deutschen selbst. Er halte es nicht für notwendig, von den Potsdamer Grundsätzen abzuweichen, die eine schnelle Durchführung der Lieferungen für wesentlich erklärt hätten. Er gab jedoch zu, daß der Abbau von Betrieben nur langsam vonstatten gehe, und daß keine Aussicht bestehe, ihn innerhalb der vorgesehenen zwei Jahre zu vollenden. Es sei wichtig, in der Frage der Reparationen fest zu bleiben und den Prozeß zu beschleunigen. Das sei aber nur möglich, wenn „der Nebel der Ungewißheit, der diese ganze Angelegenheit umhüllt, sich lüftet“. Ungewißheit herrsche über die Frage, ob Deutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln sei, wie die zukünftigen Grenzen aussehen werden und ob und in welcher Form eine Revision des Industrieniveaus vorgenommen werden solle. Ungewißheit herrsche auch über die Lage in der Ostzone, da von dort keine Zahlenangaben über die entnommenen Reparationen vorlägen.

„Auf diese Ungewißheit bauen die Deutschen selber die Hoffnung, daß sie die Reparationen vielleicht ganz umgehen könnten. Die Mitarbeit der Deutschen in der Erfüllung des Reparationsplanes ist jedoch notwendig, und um diese zu erlangen, sind ein klarer, vernünftiger Plan und Einigkeit unter den Besatzungsmächten erforderlich.“

Bevin formulierte dann folgende Vorschläge:

1. Revision der laufenden Reparationslieferungen, welche er „in annehmbarer Zeit für undurchführbar“ halte;
2. Erhöhung des erlaubten deutschen Industrieniveaus;
3. neue Empfehlungen des Kontrollrats, die noch vor Juli 1947 durchzuführen sind, hinsichtlich der Entfernung von Fabriken und Inventar;
4. schnellere Reparationslieferungen, sobald der Kontrollrat neue Listen über die zu entfernenden Fabriken und Einrichtungen aufgestellt hat, was aber nicht nach dem 15. August 1947 geschehen sollte.

Bevin setzte sich nachdrücklich dafür ein, daß in allen vier Zonen unbeschränkte Bewegungsfreiheit für Alliierte und für Deutsche herrschen solle.

„Es war notwendig, das deutsche Kriegspotential zu vernichten, aber es ist ebenso notwendig, Deutschlands Friedenspotential zu erhalten.“



Mit diesen Worten schloß Bevin seine Ausführungen, die gleichzeitig das Ende der Erörterung vom 17. März waren.

#### Italienische Note an die Außenminister

Italiens Wunsch, seine Auffassung über die deutsche Frage auf der Moskauer Konferenz vorzutragen, wurde dem Rat der Außenminister in Form einer Botschaft des italienischen Außenministers, Graf Sforza, übermittelt. In der Note hieß es, Italien habe ein Interesse an der Lösung der deutschen Frage wegen seiner engen Handelsbeziehungen mit Deutschland. Deshalb wünsche Italien, schon jetzt an der in den Sonderausschüssen geleisteten Arbeit teilzunehmen, statt erst später zu einer Endkonferenz eingeladen zu werden.

### Die Verhandlungen am 18. März 1947

#### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten für Deutschland beschlossen, den am Vortage von Großbritannien unterbreiteten Vorschlag zur Gründung von vier ständigen Ausschüssen dem Rat der Außenminister zu empfehlen.

Über die Frage der Beteiligung der einzelnen Nationen blieben die Delegationen auf ihren früheren Standpunkten bestehen, so daß keine Einigung erzielt wurde.

#### Griechische Note an die Sonderbeauftragten

Der griechische Botschafter in Moskau, Athanase Politis, überreichte den Sonderbeauftragten ein Memorandum der griechischen Regierung, in dem diese die Teilnahme der kleinen Nationen an der Moskauer Außenministerkonferenz forderte.

#### Rat der Außenminister

Der Außenministerrat setzte die Erörterung über die deutsche Wirtschaftseinheit und Reparationsfragen fort.

Nachdem die anderen Nationen ihren Standpunkt bereits präzisiert hatten, legte Bidault die großen Linien der französischen Politik hinsichtlich der wirtschaftlichen Probleme dar.

Im einzelnen führte Bidault aus:

„Ich möchte zunächst an die Grundgedanken erinnern, auf denen sich unsere Stellung aufbaut.

1. Sicherheit: Wir wollen nicht, daß Deutschland nochmals seine Boden- und Industrieschätze zur Vorbereitung eines neuen Krieges ausnutzen kann.

2. Reparationen: Deutschland muß durch die Überweisung von Gütern und durch Dienstleistungen dazu beitragen, die Ruinen, die aus diesem Krieg entstanden sind, wiederaufzubauen.

3. Gleichgewicht der deutschen Zahlungsbilanz: Es liegt auf der Hand, daß die Versorgung Deutschlands nicht durch die Besatzungsmächte gesichert werden darf, sondern daß Deutschland im Gegenteil diesen Mächten alle diejenigen Beträge zurückzahlen muß, die es ihnen a konto der Besatzungskosten schuldet.

Wir glauben jedoch, daß diese dreifache Forderung erfüllt und dennoch den Deutschen ein angemessenes und menschliches Lebensniveau belassen werden kann.

Darüber hinaus erinnere ich an die Grundthesen meiner Regierung, wie sie aus den Erklärungen und Denkschriften hervorgehen, die im Laufe der letzten Monate veröffentlicht wurden: Sonderregime für das Ruhrgebiet und das Rheinland und Sonderregime für das Saargebiet (vgl. Europa-Archiv S. 621 ff.).

Die Regelung der deutschen Frage muß eine Reihe von Bestimmungen enthalten, die die Ausschließung oder Begrenzung jeder Art von Betätigung sicherstellen, die zur Vorbereitung eines neuen Angriffs ausgenutzt werden könnte. Solche Begrenzungen müßten entweder endgültig oder zeitweilig getroffen werden.

Die französische Regierung ist der Auffassung, daß der im März 1946 in Berlin vom Kontrollrat ausgearbeitete Plan als Grundlage für die Klauseln dienen könnte, die man in dieser Hinsicht in den Vertrag aufnehmen müßte.

Ich lege jedoch Wert darauf, die Aufmerksamkeit des Rates der Außenminister auf einige grundlegende Punkte hinzuweisen:

#### Unterredung Stalin — Bidault

Am Abend des 17. März empfing Marshall Stalin den französischen Außenminister Bidault im Kreml. Der sowjetische Außenminister Molotow und der französische Botschafter in Moskau, General Catroux, wohnten den Besprechungen bei.

Außenminister Bidault gab nach der Besprechung Pressevertretern die Auskunft, Stalin habe ihm die Meinung der Sowjetregierung über den französischen Standpunkt zur Frage der künftigen deutschen Staatsform auseinandergesetzt.

Ein Kommuniqué über die Unterredung wurde nicht herausgegeben.

**Kohle:** Es ist nötig, die Kohlenförderung aufs äußerste zu steigern. Dabei ist es unerlässlich, schon jetzt sowie im künftigen Vertrag Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, monatlich einen bestimmten Anteil seiner Produktion nach den alliierten Ländern zu exportieren. Diese Verpflichtung stellt nach unserer Auffassung eine wesentliche Klausel dar. Die Verteilung der Kohle wird nach den Bestimmungen eines Verfahrens und durch einen Organismus internationalen Charakters zu erfolgen haben, der durch den Vertrag eingerichtet werden muß.

Ich möchte mit allem Nachdruck die außerordentliche Bedeutung der Kohlenfrage unterstreichen. Die Deutschland zur Verfügung zu stellenden Kohlenmengen müssen nicht nur deshalb beschränkt werden, weil die Kohle die Grundlage aller Kriegsindustrien darstellt, sondern auch deshalb, weil Deutschland durch seine Lieferungen zum Wiederaufbau der Länder beitragen muß, die es verwüstet hat.

Es wäre unerträglich, daß Deutschland eine verhältnismäßig bessere Kohlenversorgung besitzen könnte als die, über welche seine Opfer verfügen, was augenblicklich der Fall sein kann.

Deutschland die Verpflichtung aufzuerlegen, alljährlich einen Teil seiner Kohlenproduktion zu exportieren, bedeutet für Frankreich eine wesentliche Bedingung des Vertrages. Insbesondere können wir keinerlei Abänderung des Planes bezüglich des Niveaus der deutschen Industrie annehmen, wenn nicht eine derartige Klausel in die künftige Regelung aufgenommen wird.

Ich behalte mir vor, zu dem Zeitpunkt, an dem das Problem vom Rat besonders behandelt wird, meinen Kollegen nähere Einzelheiten über diese Frage mitzuteilen, und werde insbesondere nicht nur die Bedingungen der zukünftigen Regelung, sondern auch die gegenwärtigen Aspekte des Problems behandeln.

**Stahl:** Die französische Regierung ist der Auffassung, daß unter den endgültig zu beschränkenden Produktionen an erster Stelle die Stahlproduktion stehen muß. Die Prüfung der Produktionskapazität der Eisen- und Stahlindustrie, die man Deutschland wird belassen können, muß Gegenstand einer besonderen Untersuchung bilden.

Wir sind der Auffassung, daß die deutsche Stahlproduktionskapazität die im März letzten Jahres vom Kontrollrat angesetzte Ziffer nicht erheblich übersteigen darf. Die von meinen Kollegen vorgebrachten Gegenargumente haben die Einstellung der französischen Delegation in dieser Hinsicht nicht abzuändern vermocht.

Bisher sandte man französisches Eisen nach Deutschland für die deutsche Industrie. Das Gegenteil müßte der Fall sein. Die Metallindustrie müßte in Frankreich, die metallverarbeitende Industrie in Deutschland arbeiten.

Diese Begrenzung läßt sich nicht nur aus Sicherheitsgründen, sondern auch durch die Notwendigkeit rechtfertigen, die friedliebenden Länder instandzusetzen, ihre eigene Produktion zu steigern und auf diese Weise ihre industrielle Macht zu verstärken.

Die Sicherheit geht genau so aus der Festlegung des deutschen Potentials wie aus der Entwicklung der Industrie der alliierten Länder hervor.

**Andere Beschränkungen:** Eine genau abgegrenzte Beschränkung des Kohlenverbrauchs und der Stahlproduktion in Deutschland, wo die Kontrolle in erster Linie mit Hilfe eines Spezialregimes des Ruhrgebiets ausgeübt würde, könnte es uns erlauben, hinsichtlich der Deutschland zu belassenden verarbeitenden Industrien weniger drakonisch zu sein.

Wenn es möglich wäre, über diese beiden wichtigen Punkte zu einer befriedigenden Einigung zu gelangen, so könnten wir die



Anzahl der endgültig festzusetzenden Beschränkungen verringern. Das würde zu einer Erleichterung der Kontrolle, zu einer Erhöhung des deutschen Lebensniveaus und zu einer Verbesserung des Gleichgewichts der deutschen Zahlungsbilanz führen. Wir könnten uns hinsichtlich handerer industrieller Betätigungszweige damit zufriedengeben, eine vorübergehende Einschränkung in Form der Entnahme von Fabriken oder Material a konto der Reparationen vorzuschauen.

Wenn diese Entnahmen erst einmal durchgeführt sind, so könnte man es Deutschland überlassen, im Rahmen der ihm zur Verfügung bleibenden Kohlenmengen diejenigen Produktionszweige zu entwickeln, die nicht durch die Bestimmungen des Friedens in endgültiger Form untersagt oder beschränkt werden.“

Bidault wandte sich sodann der Frage der Wirtschaftseinheit zu und erklärte:

„Eine Tatsache muß ich feststellen: infolge der Haltung bezüglich der Herabsetzung des deutschen Kriegspotentials ist die Frage der Durchführung der Reparationen mit dem Problem der Wirtschaftseinheit verknüpft. Mangels eines Abkommens über die deutsche Wirtschaftseinheit hatten die Oberbefehlshaber der verschiedenen Zonen die Tendenz, die industrielle Betätigung auf einem Niveau zu halten, das höher war, als es im Plan vom März 1946 vorgesehen war, und die Durchführung der Reparationen an Produktionsgütern aufzuschieben.

Ich erinnere daran, daß die französische Regierung sich nie geweigert hat, Deutschland einstweilen im Rahmen seiner gegenwärtigen Grenzen als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, ohne die Festsetzung des zukünftigen Statuts des Ruhrgebietes und des Rheinlandes abzuwarten. Das geht insbesondere aus der Erklärung hervor, die ich vor dem Rat der Außenminister am 12. Juli 1946 in Paris abgegeben habe. Nur eine Bedingung ist gestellt worden: sie betrifft das Saargebiet, das unverzüglich in den Wirtschafts- und Währungsbereich Frankreichs eingegliedert werden muß.

Ich betone aber, daß das Einverständnis, das wir damit geben, kein Präjudiz für das politische und wirtschaftliche Regime des Ruhrgebietes und des Rheinlandes schaffen kann. Ausschließlich der tatsächlichen Notwendigkeiten wegen nehmen wir provisorisch die Ausdehnung der deutschen Wirtschaftseinheit auf diese Gebiete an. Trotzdem ist es uns aber nicht möglich, solange die deutschen Grenzen nicht festgelegt sind, zuzugeben, daß deutsche zentrale Verwaltungsstellen organisiert werden, um die Wirtschaftseinheit in die Praxis umzusetzen, denn damit würden wir die zukünftigen Grenzen Deutschlands wie auch seine verfassungsmäßige Gestaltung im voraus festlegen.

Aus diesem Grunde haben wir zur Durchführung einer solchen Wirtschaftseinheit im vergangenen Juli die Schaffung alliierter Stellen vorgeschlagen. Diese Organe, die mit einem deutschen Ausführungspersonal arbeiten würden, müßten vom Kontrollrat abhängig bleiben und hätten die Grundsätze der Wirtschaftseinheit auf den Gebieten des Außenhandels, des Binnenhandels, der Währung und so weiter in Anwendung zu bringen. Ihre Tätigkeit wäre — wohlgerne — nicht auf das Saargebiet zu erstrecken.

Dieser Vorschlag ist nicht angenommen worden. Ich bedaure, feststellen zu müssen, daß er nicht einmal zum Gegenstand einer Prüfung von Seiten des Kontrollrates gemacht wurde, der ihn verworfen hat. Aber dieser Gedanke ist wieder aufgegriffen worden, als es sich darum handelte, ein alliiertes Bankbüro zu schaffen. Heute ist die französische Regierung der Auffassung, daß die Wirtschaftseinheit im Rahmen der provisorischen Organisation Deutschlands, so wie diese durch die Denkschrift vom 7. Januar 1947 definiert wurde, Anwendung finden kann.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Finanzen haben wir zur Sicherstellung der Koordination der die Gesamtheit Deutschlands betreffenden Probleme im wesentlichen vorgesehen:

1. Ein Direktionskomitee für die Wirtschaft und ein solches für die Finanzen sollen sich jeweils aus einem Vertreter jeder der vier Besatzungsmächte zusammensetzen und einen Beirat zur Seite haben, der aus den in jedem deutschen Land mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten des betreffenden Staates beauftragten Ministern besteht.

Jedes dieser beiden Direktionskomitees hätte über ein Exekutivbüro zu verfügen, das aus deutschen Beamten zusammengesetzt wäre, jedoch von einem alliierten Beamten geleitet würde.

2. Die Nahrungsmittelversorgung, die Landwirtschaft, das Post- und Verkehrswesen würden von Verwaltungsräten geleitet, die sich aus den in den verschiedenen Ländern zuständigen Beamten, grundsätzlich aus den deutschen Ministern, zusammensetzen, die in jedem Land an der Spitze des betreffenden Ressorts stehen. Jeder dieser Verwaltungsräte würde über ein ständiges Sekretariat verfügen; dieses hätte aus deutschen

Beamten zu bestehen, die von den einzelnen Ländern dem Rat gestellt würden. Die Entscheidungen dieser Räte müßten dem Kontrollrat zur Billigung vorgelegt werden.“

Auf das Reparationsproblem übergehend, äußerte sich der französische Außenminister folgendermaßen:

„Das Reparationsproblem läßt sich von dem der Liquidation des deutschen Kriegspotentials und dem des Niveaus der deutschen Industrie nicht trennen.

Genau wie die Sowjetdelegation wünscht auch wir, daß der Vertreter des Interalliierten Reparationsbüros vom Rate angehört werden soll. Außerdem halten wir es für notwendig, daß zu den Fabrikzuweisungen auch noch die Lieferung von Werkzeugmaschinen kommt, die aus der Gesamtheit der in Deutschland aufrecht erhaltenen industriellen Anlagen in der Weise entnommen werden müssen, daß dadurch der deutsche Bestand an Werkzeugmaschinen auf ein Niveau gebracht wird, das den Friedensbedürfnissen entspricht.“

Schließlich erklärte Bidault, daß die französische Regierung den Gedanken der aus der laufenden Produktion Deutschlands zu entnehmenden Reparationen nicht von vornherein abweise, wenngleich diese Frage eine sehr aufmerksame Prüfung verdiene.

Im Anschluß an die Ausführungen Bidaults befaßten sich die Außenminister mit einem Vorschlag Molotows, Vertreter der Interalliierten Reparationsagentur zur Darlegung ihres Standpunktes zu den Reparationsleistungen aus den westlichen Zonen Deutschlands einzuladen. Bereits am 10. März 1947 hatte Molotow, unterstützt von Bidault, diesen Antrag vorgebracht. Nach längerer Debatte kamen die Außenminister überein, Vertreter der IARA einzuladen. (Vgl. Europa-Archiv S. 499.) Die Sonderbeauftragten sollen beraten, ob die Außenminister selbst den Bericht anhören sollen.

Zu den Reparationen aus den Westzonen sagte Molotow:

„Die Sowjet-Union ist gezwungen, immer wieder von den Reparationen zu sprechen. Wir verhehlen nicht, daß die Sowjet-Union Reparationen von Deutschland beansprucht, und wir verhehlen nicht den Betrag der Reparationen, die wir beanspruchen ...

Wir wissen, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten das gesamte von den alliierten Truppen mit Beschlag belegte Gold erhalten haben. Wir wissen auch, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten alle deutschen Kapitalinvestitionen im Ausland mit Ausnahme eines kleinen Teils derartiger Investitionen in gewissen Ländern Osteuropas erhalten haben. Wir wissen, daß die deutsche Handelsflotte ebenfalls weitgehend an Großbritannien und die Vereinigten Staaten gegangen ist. Eine große Menge äußerst wertvollen Geräts ist von den Amerikanern und den Briten aus Deutschland entfernt worden. Und schließlich wissen wir, daß eine riesige Anzahl äußerst wertvoller deutscher Patente und Erfindungen nach Großbritannien und den Vereinigten Staaten gegangen ist. Dieses deutsche Eigentum, das auf die Vereinigten Staaten und Großbritannien übergegangen ist, wird nach Pressemeldungen auf mehr als zehn Milliarden Dollar berechnet ... Es ist ferner bekannt, daß ein Teil der laufenden Produktion der deutschen Industrie auf Reparationskonto an Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten geliefert wird. Sie erhalten Millionen Tonnen von Kohle, Holz aus Süddeutschland und andere Materialien. All dies zeigt, daß auch die westlichen Länder nicht auf Reparationen verzichten wollen, sondern im Gegenteil in diesem Sinne bereits sehr aktiv sind.“

Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs wiesen die Behauptungen Molotows zurück. Marshall betonte, daß die Vereinigten Staaten die beschlagnahmten deutschen Patente und Verfahren der Welt zur Verfügung gestellt haben, wobei die Sowjet-Union bisher die größte Anzahl der Verfahren übernommen habe. Die Vereinigten Staaten hätten niemals das deutsche Gold als Eigentum übernommen, sondern verwalteten es lediglich treuhänderisch für die Interalliierte Reparationsagentur.

Bidault bestritt, daß Frankreich aus der laufenden deutschen Produktion Reparationen erhalte. Frankreich bezahle jede Art von Einfuhren aus seiner Zone Deutschlands mit amerikanischen Dollars zu den geltenden Preisen.

Bevin erklärte, daß er in den nächsten Tagen einen ausführlichen Bericht über die Reparationen abgeben werde, die Großbritannien bisher erhalten habe. Er hoffe, daß auch die anderen Mächte ähnliche Berichte erstatten würden.



Molotow erwiderte hierauf, die sowjetische Delegation weigere sich nicht, Einzelheiten über die Reparationen vorzulegen, wenn die übrigen drei das gleiche tun.

Zum Schluß der Sitzung legte Außenminister Marshall ein Schriftstück vor, in dem die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber dem Verhältnis des Potsdamer Abkommens zum Jalta-Protokoll in der Frage der Reparationen dargelegt wurde. Marshall erklärte, daß Jalta durch Potsdam überholt sei, und fügte hinzu:

„Wir werden Molotow auf seinem Rückzug von Potsdam nach Jalta nicht folgen.“

Marshall wies auf die „unwiderlegbare Tatsache“ hin, daß die Vereinigten Staaten in Jalta niemals einer Reparationsleistung Deutschlands an die Sowjet-Union in Höhe von zehn Milliarden Dollar zugestimmt hätten. Der verstorbene

Präsident Roosevelt habe in Jalta lediglich gutgeheißen, daß die Ziffer von zehn Milliarden der Reparationskommission als Grundlage für ihre Diskussionen übermittelt werden soll.

Molotow antwortete Marshall, die sowjetrussische Delegation schlage keinen Rückzug von Berlin nach Jalta vor, halte aber an ihrer Ansicht fest, daß das Potsdamer Abkommen mit dem Jalta-Protokoll übereinstimme.

Außenminister Bidault ergänzte seine Ausführungen, indem er erklärte, Frankreich habe gegen die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion nichts einzuwenden. Die Forderung auf Reparationen aus der laufenden Produktion könne jedoch zu einem gefährlich hohen deutschen Industrieniveau führen. Es dürfe daher ratsam sein, zuerst die deutsche Stahlproduktion auf das gegenwärtige Niveau von 5,8 Millionen Tonnen jährlich zu begrenzen.

## Die Verhandlungen am 19. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Der Rat der Sonderbeauftragten befaßte sich mit der Frage der Einladung der IARA. Es konnte jedoch keine Einigung über die Frage der Hinzuziehung dieser Organisation erzielt werden, so daß man sich entschloß, die verschiedenen Gesichtspunkte den Außenministern vorzutragen.

### Rat der Außenminister

Im Rat der Außenminister gab Außenminister Bevin eine Erklärung ab. Er sagte, daß als ein Ergebnis der ersten Runde, des ersten allgemeinen Gedankenaustauschs zwischen ihm und Molotow, im großen und ganzen eine Einigung über die Wichtigkeit der Einrichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen und der Notwendigkeit, das Deutschland gestattete Industrieniveau zu heben und eine Finanzreform durchzuführen, erzielt worden sei.

Bevin wandte sich dann im einzelnen den von Außenminister Molotow vertretenen Gesichtspunkten zu, mit denen er nicht übereinstimme. Er erklärte, er wolle zuerst die britische Haltung zu dem Krim-Protokoll über Reparationen klarlegen, in dem die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union sich bereit erklärt hätten, eine Gesamtsumme von 20 Milliarden Dollar als Grundlage für weitere Verhandlungen anzunehmen, und in dem sie sich weiter geeinigt hätten, die Sowjet-Union solle die Hälfte dieses Betrages erhalten. Bevin verlas in diesem Zusammenhang ein Telegramm, das vom britischen Kriegskabinett während der Konferenz in Jalta an den damaligen Ministerpräsidenten Winston Churchill gesandt wurde. In dem Telegramm hieß es, das Kabinett sehe es als völlig unzulässig an, irgendeine Zahl für die deutschen Reparationen zu nennen, ehe nicht die Möglichkeiten an Ort und Stelle sorgfältig untersucht seien. 20 Milliarden Dollar, über einen Zeitraum von zehn Jahren verteilt, würden etwa 500 Millionen Pfund Sterling bedeuten, einen Betrag, der in etwa Deutschlands Gesamtexport vor dem Krieg gleichkomme, wobei jedoch keine Importe für Deutschland vorgesehen werden dürften. Es sei undenkbar, daß Deutschland diesen Betrag zahlen könnte. Ferner hieß es in dem Telegramm, daß die Fähigkeit Deutschlands, Importe zu bezahlen, die gleiche Priorität wie die Reparationen haben müsse. Andernfalls werde Großbritannien feststellen müssen, daß es selbst die Importe zu bezahlen habe, die notwendig sind, um die Deutschen am Leben zu erhalten, während andere die Reparationen bekommen.

Zu den Vorschlägen Molotows für eine Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes erklärte Bevin, daß seiner Ansicht nach nicht ein einzelnes Gebiet unter solche Kontrolle gestellt werden sollte, sondern daß nach Errichtung einer deutschen Wirtschaftseinheit eine Viermächtekontrolle über die Industrie in allen Teilen Deutschlands einschließlich des Ruhrgebietes wachen müsse. Eine solche Kontrolle entspreche den Potsdamer Beschlüssen und könne vom Alliierten Kon-

trollrat durch geeignete zentrale deutsche Verwaltungsstellen ausgeübt werden.

„Zur Zeit befindet sich das Ruhrgebiet in der britischen Zone, und es wird so lange unter britischer Verwaltung bleiben, bis andere Vereinbarungen getroffen sind und eine allgemeine einheitliche Industriekontrolle besteht, die für eine gleiche Behandlung in ganz Deutschland sorgt.“

Bevin begrüßte Molotows Bereitschaft, das Industrieniveau Deutschlands zu erhöhen, und sagte, Molotows Vorschlag einer Stahlproduktion von zehn bis zwölf Millionen Tonnen jährlich entspreche etwa der Zahl, die Großbritannien bei Beginn der Verhandlungen in Berlin vorgeschlagen habe, nämlich elf Millionen Tonnen. Bevin sagte, er sehe jedoch eine Gefahr in der Verbindung zwischen Industrieniveau und Reparationsforderungen. Letztere sollten nicht das erstere bestimmen.

Hinsichtlich der Forderung Molotows, die britisch-amerikanische Zonenzusammenlegung rückgängig zu machen, erklärte Bevin:

„Wenn der Verschmelzungsplan durch etwas Besseres ersetzt oder in einen größeren Plan der Vereinheitlichung eingegliedert werden kann, so ist das um so besser. Bis dahin jedoch — oder bis zur Übereinkunft für eine Abänderung — habe ich die Anweisung meiner Regierung, zu erklären, daß der Zonenzusammen-schluß weiterbestehen bleibt.“

Hinsichtlich der gebietsmäßigen Veränderungen im Saargebiet durch die französische Verwaltung behielt Bevin sich das Recht vor, zu einem späteren Zeitpunkt der Konferenz auf diese Frage zurückzukommen. Die Auffassung der britischen Delegation sei, daß die aus der Saar herausgezogenen Reparationen Deutschlands allgemeiner Einfuhr-Ausfuhr-Bilanz eingeordnet werden könnten.

Bevin widerlegte Molotows Beschuldigungen über das Weiterbestehen von Kartellen und Trusts in der britischen Zone und wandte sich dann dem Problem der deutschen Staatsordnung zu. Die Idee einer deutschen Zentralregierung sage ihm nicht sehr zu. Er sehe lieber örtliche Verwaltungsbehörden.

Zu der Frage der Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion sagte Bevin, daß er einem solchen Programm nicht zustimmen könne, bevor Deutschland eine ausgeglichene Wirtschaft habe, alle ihm gewährten Vorschüsse zurückzahlen und die Besatzungskosten tragen könne. Bevin deutete jedoch an, daß er nach der Sicherstellung der Wirtschaftseinheit gewissen Maßnahmen für die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion zustimmen werde.

Bevin richtete an Molotow die Frage, ob die Sowjet-Union bereit sei, als Vorbedingung für die wirtschaftliche Einheit alle Ausgaben der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit den anderen Alliierten zu teilen, und ob er zustimme, daß der Kontrollrat ein gemeinsames Einfuhr-Ausfuhr-Programm aufstellen solle, das von deutschen Zentralverwaltungsstellen durchzuführen sei.



„Wenn ich diese Punkte klären kann, habe ich die Hoffnung, daß wir uns in zufriedenstellender Weise unseren Problemen werden nähern können.“

In Beantwortung der Vorschläge Bidaults vom Vortage erklärte Bevin, daß er, so sehr er den französischen Kohlenbedarf zu würdigen wisse, einer vertragsmäßigen Regelung über die Ausfuhr eines bestimmten Prozentsatzes Kohle an Frankreich nicht zustimmen könne. Bevor ein solches Niveau beschlossen sei, könne er sich nicht binden, die Exportziffern für die deutsche Kohle im voraus festzulegen.

Molotow, der nach Bevin sprach, machte folgende Ausführungen:

„Wir sind der Ansicht, daß wir uns bei der Erörterung der deutschen Frage von den Beschlüssen der Berliner Konferenz leiten lassen sollten. Diese Beschlüsse sind vor nahezu zwei Jahren gefaßt worden, und man kann jetzt mit Gewißheit sagen, daß sie eine gute Grundlage für die gemeinsame Arbeit der alliierten Mächte in Deutschland dargestellt haben und weiterhin darstellen. Natürlich ist in den damals gefaßten Beschlüssen nicht alles enthalten, was wir heute brauchen, weil seit damals unsere Regierungen reiche Erfahrungen gesammelt haben und jetzt in der Lage sind, eine vollständige Antwort auf die Fragen zu geben, vor die sich die Alliierten in Deutschland gestellt sahen. Nichtsdestoweniger bleiben die Berliner Beschlüsse auch jetzt eine verlässliche Grundlage für die gemeinsame Arbeit der Alliierten in Deutschland.“

Man kann jedoch ein gutes Programm haben und doch nicht in der Lage sein, die Erfüllung des Programms zu gewährleisten. So ging es auch in diesem Falle. Wir müssen zugeben, daß hinsichtlich der Durchführung des Programms, wie es durch die Berliner Konferenz aufgestellt wurde, gewisse wesentliche Mängel vorhanden sind.

Schon auf der Berliner Konferenz war es den Alliierten klar, daß ein gewisser Apparat vorhanden sein müsse, der zum Beispiel die Beschlüsse zu den Wirtschaftsfragen durchzuführen hätte. Im Hinblick darauf wurde seinerzeit folgender Beschluß gefaßt:

»Vorläufig wird keine deutsche Zentralregierung errichtet werden. Trotzdem werden gewisse besonders wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen eingerichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, insbesondere für das Finanz-, Transport- und Verkehrswesen sowie für den Außenhandel und die Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein.«

Somit faßte die Berliner Konferenz einen bestimmten Beschluß darüber, wie die Durchführung ihrer Entscheidungen zu gewährleisten sei. Im Zusammenhang damit wurde auch die Notwendigkeit anerkannt, fünf deutsche Zentralverwaltungsabteilungen einzurichten. Diese Abteilungen sollten unter der Leitung des Kontrollrats tätig sein. Es ist uns jedoch nicht gelungen, diesen Beschluß in die Tat umzusetzen.

Die Sowjetregierung ist jetzt der Ansicht, daß die Frage der Bildung einer deutschen Regierung nicht länger aufgeschoben werden darf. Aber der erste Schritt dazu ist auch jetzt noch die Schaffung mehrerer deutscher zentraler Wirtschaftsorgane. Ohne das kann die Durchführung der angenommenen Beschlüsse nicht gewährleistet werden.

Wir haben hier bereits vernommen, daß die amerikanische Delegation die Notwendigkeit anerkennt, in Deutschland mehrere Wirtschaftsorgane zu schaffen. Die britische Delegation unterstützte heute ebenfalls diesen Standpunkt. Wir wissen jedoch, daß die französische Regierung wie schon früher so auch jetzt im Hinblick auf diese Frage eine Sonderhaltung einnimmt.

Herr Bidault hat gestern Frankreichs Standpunkt dargelegt. Wir sollten den Argumenten, die er hier vorbrachte, die größte Aufmerksamkeit schenken.

Ich habe nicht die Absicht, mich jetzt eingehend mit dieser Frage zu befassen. Aber das Wesentliche dieser Frage, die sowohl eine organisatorische als auch eine politische Frage ist, ist uns allen hinreichend klar. Und man muß zugeben, daß wir, solange diese Frage nicht entschieden ist, von der Durchführung der Beschlüsse nicht überzeugt sein können, die von unserem Rat mit Bezug auf die wichtigsten Wirtschaftsfragen Deutschlands gefaßt werden. Darum stehen wir vor der Aufgabe, diese Frage unter uns zu regeln. Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß wir, wenn wir uns an die Beschlüsse der Berliner Konferenz halten und gleichzeitig aufmerksam die Argumente anhören, die jeder von uns hier vorbringt, eine richtige Entscheidung in dieser wichtigen Frage finden werden. Eine unserer dringlichsten Aufgaben besteht darin, uns über diese Frage auf der Grundlage der Beschlüsse der Berliner Konferenz zu verständigen.

Auch die Ansichten über das Wesen der Wirtschaftsfrage in Deutschland sind jetzt schon genügend geklärt. Wir alle erkennen an, daß die Wirtschaftseinheit Deutschlands eine Notwendigkeit ist. Bisher hat jeder von uns nur seine eigene Ansicht vorgetragen, aber ich habe den Eindruck, daß hier keinerlei Erwägungen vorgebracht wurden, über deren wichtigste Teile wir uns, wenn wir wollen, nicht einigen könnten. Auf jeden Fall sollten wir uns bemühen, Wege zu finden, um diese Einigung herbeizuführen.

Herr Marshall erwähnte bezüglich der Wirtschaftseinheit Deutschlands sechs Punkte. Diese Punkte sind folgende: gemeinsame Auswertung der natürlichen Hilfsquellen, ein Ausfuhr- und Einfuhrplan, Reparationen, eine Finanzreform, Bewegungsfreiheit und zentrale deutsche Verwaltungsorgane.

Herr Bevin brachte im Zusammenhang mit dieser Frage Ansichten vor, die dieser Haltung sehr nahekommen.

Herr Bidault legte Frankreichs Standpunkt dar. Es scheint mir, daß es auch hier viel Gemeinsames mit den Ansichten der anderen Kollegen gibt.

Die Sowjetdelegation äußerte ihren Standpunkt und verlieh ihrer Bereitwilligkeit Ausdruck, eine gemeinsame Grundlage für die hier ausgeführten Ansichten zu suchen.

Müssen wir eine Verständigung über die Frage der Kapazität der deutschen Wirtschaft erzielen? Wir sind der Ansicht, daß dies wünschenswert und notwendig ist. Müssen wir eine Vereinbarung über den Ausfuhr- und Einfuhrplan für Deutschland erreichen? Natürlich, auch das ist wünschenswert. Ebenso verhält es sich mit den anderen Fragen, der Finanzreform, der Bewegungsfreiheit und so weiter. Das Wesentliche sehen wir jedoch in der Frage, ob die Lösung des Reparationsproblems im Problem der Wirtschaftseinheit Deutschlands enthalten ist. Die sowjetische Regierung ist der Ansicht, daß die Wirtschaftseinheit Deutschlands ein Problem ist, das unzweifelhaft die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands einschließt.

Es wurde hier gesagt, daß Großbritannien die Lasten nicht vermehren kann, die es auf Grund seiner aus der Kontrolle über Deutschland sich ergebenden Verpflichtungen trägt. Dasselbe wurde auch von anderen Ministern gesagt. Aber dann ist die sowjetische Regierung nicht weniger berechtigt als jede andere Regierung, eine solche Erklärung abzugeben.

Das bedeutet, daß Deutschland gewisse Ausgaben tragen muß, die durch die Besetzung seines Territoriums und durch die Notwendigkeit des Vorhandenseins von Kontrollorganen der Alliierten in Deutschland verursacht werden. Das ist unstrittig. Deutschland muß alle seine Verpflichtungen den Alliierten gegenüber erfüllen, zu denen natürlich auch die Reparationszahlungen gehören.

Die Berliner Konferenz faßte gleichzeitig Beschlüsse über die Wirtschaftseinheit Deutschlands und über die Reparationszahlungen. Wenn man uns eine Lösung der Wirtschaftsfrage vorschlagen würde, die die Wirtschaftseinheit Deutschlands gewährleistet, jedoch nicht die Reparationszahlung durch Deutschland sicherstellt, so könnten wir uns damit nicht einverstanden erklären. Außerdem würde dies im Widerspruch zu den Beschlüssen der Berliner Konferenz stehen. Wenn wir jedoch darin übereinstimmen, daß die Verwirklichung der Wirtschaftseinheit Deutschlands nicht nur keinen Widerspruch zu den Reparationszahlungen bildet, sondern die Lösung der Reparationsfrage einschließen muß, so sollte es nicht schwer ein, eine Vereinbarung über die anderen Dinge zu erreichen. Das wichtigste für uns ist, bei der Beschlussfassung über die Wirtschaftseinheit Deutschlands auch die Reparationsfrage zu entscheiden.

Auch im Hinblick auf die Reparationsfrage sollte das auf der Berliner Konferenz erzielte Abkommen uns als Grundlage dienen. Wir können uns jedoch nicht damit einverstanden erklären, daß die Beschlüsse der Berliner Konferenz den Beschlüssen der Krimkonferenz entgegengestellt werden. Wir dürfen in der Tat nicht vergessen, was in dem auf der Berliner Konferenz über Deutschland angenommenen Abkommen steht, nämlich: »daß das Ziel dieses Abkommens die Durchführung der Krimklärung über Deutschland ist«. Man sollte sich auch daran erinnern, daß im Beschluß der Berliner Konferenz über die Reparationen direkt gesagt wird, es sei »in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Krimkonferenz angenommen worden«.

Das Wesentliche der Reparationsfrage ist bereits in den Beschlüssen der Krimkonferenz enthalten, die früher war als die Berliner Konferenz. Die Berliner Konferenz entwickelte nur die auf der Krimkonferenz angenommenen früheren Beschlüsse, indem sie insbesondere die Reparationszahlungen nach Zonen regelte. Daher halten wir es für falsch, wenn behauptet wird, daß die Beschlüsse der Krimkonferenz durch die Beschlüsse der Berliner Konferenz als aufgehoben zu betrachten seien. Wir können uns mit einer solchen Ansicht nicht einverstanden erklären und glauben, daß sie im Widerspruch zu dem Berliner Übereinkommen zwischen den Alliierten steht.



Die sowjetische Regierung dankt für das Mitgefühl, das unserem Lande im Zusammenhang mit dem Schaden bezeugt wird, den es durch die Eindringlinge erlitten hat, — etwas, woran man immer wieder erinnert wird, wenn die Reparationsfrage zur Sprache kommt. Aber trotzdem liegen die Dinge anscheinend doch so, daß das sowjetische Volk stärker als sonst jemand fühlt, wie dringlich die Lösung der Reparationsfrage ist.

Fast zwei Jahre sind schon seit der Kapitulation Deutschlands vergangen. Wie verhält es sich aber mit den Reparationen, welche die Sowjet-Union aus der britischen, der amerikanischen und der französischen Zone erhalten sollte?

Wir wollen den tatsächlichen Stand der Angelegenheit betrachten.

Es stellt sich heraus, daß die Sowjet-Union in der Zeit bis zum 1. Januar 1947 aus den Westzonen Reparationslieferungen erhielt, die sich nur auf fünf Millionen Dollar belaufen, wenn man von den Reparationslieferungen spricht, die wir erhielten, ohne dafür zu zahlen. Außerdem bekam die Sowjet-Union aus den Westzonen Reparationslieferungen im Wert von 7,5 Millionen Dollar, für die dem Berliner Abkommen gemäß mit anderen Waren gezahlt werden muß. Somit beläuft sich der Gesamtbetrag der von der Sowjet-Union ohne Gegenleistung aus den Westzonen erhaltenen Reparationen auf fünf Millionen Dollar, also auf eine ganz unbedeutende Summe. Wenn sich alle Reparationen für die Sowjet-Union in dem verflossenen Zeitraum auf diese Summe beschränkt hätten, so wäre das der größte Fehler der Sowjet-Union gewesen. Die sowjetische Regierung beging jedoch diesen Fehler nicht. Das sowjetische Volk kann nicht mit verschränkten Armen darsitzen und auf Reparationen aus den Westzonen warten, ohne sich um den Eingang der Reparationen aus der östlichen Zone Deutschlands zu kümmern, für die die Sowjetische Militärverwaltung unmittelbar verantwortlich ist.

Die sowjetische Regierung hat die notwendigen Maßnahmen getroffen, damit die sowjetische Zone in Deutschland in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Berliner Konferenz die Reparationsleistungen an die Sowjet-Union erfüllt, die zu entsprechendem Anteil auch an Polen gegeben wurden. Während dieser Zeit wurde die Ausrüstung der Betriebe, die den deutschen Kriegsbedürfnissen gedient hatten, abmontiert und nach der UdSSR exportiert. In dieser Zeit wurden in der sowjetischen Zone auch Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion durchgeführt. Einige Betriebe in Deutschland wurden auf Reparationskonto in das Eigentum der Sowjet-Union übergeben. Es wurde übrigens hier zu Unrecht erklärt, daß diese Betriebe irgendwelche exterritorialen Rechte besäßen. Obwohl sie jetzt der Sowjet-Union gehören, arbeiten sie auf der Basis der in Deutschland geltenden Rechtsprechung.

Die Sowjetregierung ist bereit, die Alliierten im geeigneten Augenblick über alles zu unterrichten, was sie in der sowjetischen Zone zur Durchführung der Beschlüsse über die Reparationen getan hat. Zu gegebener Zeit wird die Sowjet-Union darüber eine vollständige Abrechnung vorlegen bis auf die letzte Kopeke oder, wenn Sie wollen, bis auf den letzten Dollar. Das muß selbstverständlich auf der Grundlage vollständiger Gegenseitigkeit geschehen.

Es muß jedoch zugegeben werden, daß die Sowjet-Union, wenn sie die genannten Maßnahmen hinsichtlich der Reparationen in der sowjetischen Zone Deutschlands unterlassen hätte, jetzt mit leeren Händen ohne irgendwelche Reparationen dastehen würde. Dies würde bedeuten, daß der Beschluß der Berliner Konferenz auch in diesem Falle unerfüllt geblieben wäre. Die Sowjetregierung hat vollkommen korrekt gehandelt, als sie Sorge trug, wenigstens in der Sowjetzone den auf der Berliner Konferenz gemeinsam gefaßten Beschluß über die Reparationen durchzuführen.

Gleichzeitig gibt die Sowjetregierung ihrer begreiflichen Unzufriedenheit über die Tatsache Ausdruck, daß die Westzonen den Beschluß über die Reparationen nicht durchführen. Wir sind auch der Ansicht, daß ein Übereinkommen über die Gesamthöhe der Reparationen erreicht werden muß. Man kann doch in der Tat nicht Reparationen auferlegen, ohne irgendwelche Begrenzungen festzusetzen. Auch bezüglich der Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion muß eine Vereinbarung erreicht werden. Ohne das kann die Durchführung des Abkommens über die Reparationen nicht gewährleistet werden.

Es muß ferner an den Beschluß der Krimkonferenz über die Stellung einer internationalen Reparationskommission erinnert werden.

Die Berliner Konferenz hat die Notwendigkeit einer solchen Kommission bestätigt, und diese Kommission hat ihre Arbeit in Moskau aufgenommen. Auf Vorschlag der amerikanischen Regierung wurde die Tätigkeit der Kommission von Moskau nach Berlin verlegt. Die sowjetischen Vertreter wurden rechtzeitig

nach Berlin beordert, um an der Arbeit dieser Kommission teilzunehmen. Leider haben die Vertreter der anderen Regierungen die Arbeit in der Reparationskommission in Berlin nicht in Angriff genommen. Jetzt schlagen wir vor, die Arbeit der Kommission wieder aufzunehmen.

Herr Bevin hat hier seine Einwendungen gegen die Wiederaufnahme der Arbeit der Reparationskommission in Moskau vorgebracht. Aber die Sowjetregierung schlägt nicht vor, daß diese Kommission in Moskau arbeiten soll. Wir bestehen nur darauf, daß die Wiederaufnahme der Arbeit dieser Kommission in Berlin nicht länger aufgeschoben wird. Wir nehmen mit Befriedigung die gestern von der französischen Delegation abgegebene Erklärung zur Kenntnis, daß auch sie sich für eine Wiederaufnahme der Arbeit der Reparationskommission einsetzt.

Weiter ist es wichtig, ein Übereinkommen über die Kapazität der deutschen Industrie zu erzielen.

Die Sowjetregierung hat bereits ihre Ansicht dahingehend geäußert, daß die Kapazität der deutschen Friedensindustrie nicht begrenzt werden sollte, umso mehr, als die ganze deutsche Industrie für eine bestimmte Zeit unter der Kontrolle der vier Alliierten steht und auch in Zukunft stehen soll. Die Kontrolle der Alliierten soll dafür Sorge tragen, daß die deutsche Industrie ihr Kriegspotential nicht wiederherstellt und daß ihre ganze Entwicklung in den Dienst der Friedensbedürfnisse Deutschlands gestellt wird. Unsere vier Regierungen sind imstande, auf dem Wege gemeinsam gefaßter Beschlüsse diese Aufgabe im Interesse aller friedlichen Staaten zu lösen; das wird es ermöglichen, sowohl dafür Sorge zu tragen, daß die Bedürfnisse des deutschen Volkes an Waren besser befriedigt werden, als auch dafür, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Alliierten einschließlich der Reparationszahlungen erfüllt.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß der im März vergangenen Jahres angenommene Beschluß über die Kapazität der deutschen Industrie nicht ganz befriedigend ist. Dieser Beschluß müßte überprüft werden. Dabei können wir uns nicht damit einverstanden erklären, wenn man uns sagt, daß die vereinbarte Kapazität der deutschen Industrie vor allem einen Ausfuhr- und Einfuhrplan für Deutschland sicherstellen müsse und daß man erst hiernach über die Erfüllung der Reparationsleistungen sprechen könne. Wir können uns nicht mit der Aufstellung eines Plans für die deutsche Industrie einverstanden erklären, der den Inlandsbedarf und die Bedürfnisse der Ausfuhr in Betracht zieht, aber Deutschlands Verpflichtungen zur Zahlung von Reparationen nicht in Rechnung stellt. Wenn wir aber ein Einverständnis erreichen könnten, durch das ein Plan für die Kapazität der deutschen Industrie aufgestellt würde, der sowohl vom Standpunkt des deutschen Inlandsbedarfes einschließlich der Sicherstellung einer angemessenen Einfuhr durch Erhöhung des deutschen Ausfuhrhandels als auch vom Standpunkt der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands befriedigend ist, so hätten wir dieses ganze wichtige Problem gelöst. Eine konkrete Betrachtung der Angelegenheit würde der Ausarbeitung eines gemeinsamen Beschlusses über die Kapazität der deutschen Industrie dienlich sein.

Bekanntlich erhebt die französische Regierung hier energisch die Forderung nach Festsetzung eines bestimmten Umfanges der Kohlenlieferungen aus Deutschland nach Frankreich. Die Sowjetregierung hält diesen Standpunkt für annehmbar. Wir geben der Überzeugung Ausdruck, daß der Außenministerrat in dieser Frage die berechtigten Interessen Frankreichs und der anderen interessierten Länder befriedigen kann und imstande ist, die hier auftretenden Schwierigkeiten zu überwinden.

Dem Kohlenproblem muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wie kommt es denn in der Tat, daß die Steinkohlenförderung in der britischen Zone Deutschlands 41 Prozent des Vorkriegsstandes beträgt, während sie in der sowjetischen Zone 74 Prozent erreicht, obwohl die Verhältnisse in der sowjetischen Zone schwieriger liegen? Warum beträgt die Braunkohlenförderung in der britischen Zone 74 Prozent, in der sowjetischen Zone aber 84 Prozent des Vorkriegsstandes? Warum kann man die Kohlenförderung in Deutschland nicht auf 80 oder 90 oder sogar auf 100 Prozent des Vorkriegsstandes bringen? In einem solchen Programm ist nichts Undurchführbares. Andererseits werden wir, wenn wir unsere gemeinsamen Bemühungen darauf richten, derartige Zweige der Friedensindustrie in Deutschland zu entwickeln, — und die Deutschen verstehen zu arbeiten! — hiermit gleichzeitig auch den Besatzungsmächten die Erfüllung ihrer Pflichten in Deutschland erleichtern. Es lohnt sich, der deutschen Friedensindustrie die Möglichkeit einer gewissen Entwicklung zu geben; dann wird die Last der Ausgaben der Alliierten in Deutschland nicht nur nicht wachsen, sondern sich verringern.

Schließlich kommen wir zum Industriegebiet der Ruhr.



Es ist selbstverständlich, daß die Sowjet-Union, genau wie die anderen Alliierten, dem Ruhrproblem besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Es handelt sich um die Basis des deutschen Militarismus, denn hier befindet sich die Grundlage des deutschen Kriegspotentials. Es wäre sehr riskant, wenn irgendeine einzelne Macht die Verantwortung für die Kontrolle über das Ruhrgebiet übernehmen wollte. Viel richtiger wäre es, wenn sich die vier alliierten Mächte in diese Verantwortung teilen würden.

Die vier alliierten Mächte sollen die Kontrolle über die gesamte Wirtschaft Deutschlands ausüben, somit also auch über die gesamte deutsche Industrie. Das muß unser Bestreben auf dieser Beratung sein. Gleichzeitig müssen wir zu einer Verständigung darüber kommen, daß im Ruhrgebiet, das vom Gesichtspunkt des deutschen Kriegspotentials von besonderer Wichtigkeit ist, eine Sonderkontrolle der vier Alliierten errichtet wird.

Ich muß eine kleine historische Information geben, um in Erinnerung zu rufen, wie diese Frage auf der Berliner Konferenz besprochen wurde.

Die Sowjetregierung schlug damals vor, daß das Ruhrgebiet als ein Teil Deutschlands betrachtet werden sollte; zu diesem Zwecke wurde vorgeschlagen, einen Kontrollrat zu schaffen, in dem Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjet-Union vertreten sein sollten.

Am 31. Juli 1945, als diese Frage auf der Berliner Konferenz erörtert wurde, erklärte Herr Bevin (ich lese aus dem Protokoll, das von unserem Sekretär auf der Berliner Konferenz aufgenommen wurde):

»Ich kann diese Frage nicht diskutieren, weil die Franzosen nicht anwesend sind. Das ist eine wichtige grundsätzliche Frage, und die Franzosen sind daran stark interessiert.«

Ich bringe eine andere Stelle aus diesem Protokoll über die weitere Erörterung dieser Frage zur Verlesung:

»Stalin: Vielleicht sollten wir die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet jetzt zurückstellen. Aber den Gedanken, daß das Ruhrgebiet ein Teil Deutschlands bleibt, — diesen Gedanken müssen wir in diesem Dokument zum Ausdruck bringen.«

»Truman: Es ist zweifellos ein Teil Deutschlands.«

Der Schluß unseres Protokolls lautet folgendermaßen:

»Bevin: Ich kann mich jetzt nicht einverstanden erklären, da ich das Protokoll über die vorangegangene Erörterung dieser Frage mit unseren Vertretern nicht vor mir habe. Ich weiß, daß der Gedanke bestand, das Ruhrgebiet zu internationalisieren, um Deutschlands Kriegspotential zu verkleinern. Dieser Gedanke ist erörtert worden. Ich bin damit einverstanden, daß das Ruhrgebiet bis zur weiteren Beratung unter der Verwaltung des Kontrollrates bleibt. Aber ich möchte die Gelegenheit haben, mich mit

meiner Regierung zu besprechen, um diese Frage vollkommen klarzustellen. Ich wäre bereit, diese Angelegenheit dem Außenministerrat zu übertragen, da mir dies Zeit geben würde, die Frage gründlich zu studieren. Stalin und Truman sind mit dem Vorschlag einverstanden.«

Wie aus dem Obigen ersichtlich ist, wurde auf der Berliner Konferenz ein Einvernehmen darüber erzielt, daß die Frage der Kontrolle über das Ruhrgebiet vom Außenministerrat geprüft werden sollte. Das ist jedoch nicht geschehen; obwohl die Sowjetregierung einen solchen Vorschlag unterbreitet hat. Andererseits wissen wir, daß eine der alliierten Mächte in einseitiger Weise höchst wichtige Maßnahmen durchführte.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, wir sollten wenigstens jetzt tun, was bereits im Juli 1945 zu prüfen vorgesehen war. Sie erinnert daher erneut an ihren Vorschlag, eine Viermächtekontrolle der Alliierten über das Ruhrgebiet zu errichten.«

Außenminister Marshall erklärte, er werde den Vorschlag Molotows auf Erhöhung der Stahlproduktion auf zehn bis zwölf Millionen Tonnen jährlich einer Prüfung unterziehen. Er wies jedoch warnend auf die Gefahren hin, die die Entwicklung der deutschen Industrie zur Ableistung von Reparationen mit sich bringen würde. Nach dem ersten Weltkrieg habe man die deutsche Wirtschaft nach modernen Grundsätzen äußerst schnell wieder aufgebaut und später in kurzer Frist auf Kriegszwecke umgestellt. Marshall wies auf den Gegensatz zwischen der gegenwärtigen sowjetischen Einstellung und der seinerzeit in Potsdam dargelegten Haltung hin, wo die Sowjet-Union eine Begrenzung der deutschen Stahlproduktion auf dreieinhalb Millionen Tonnen forderte. Damals habe es den Anschein gehabt, als ob die Sowjet-Union den Wiederaufbau einer deutschen Wirtschaft zur Ableistung von Reparationen als unerwünscht betrachtete. Marshall forderte, daß der Zeitraum, in dem Reparationen zu leisten wären, vorgeschrieben werden sollte, damit nicht nur die Länder, die die Reparationen erhalten sollen, sondern auch die Deutschen selbst ihre Wirtschaftsplanung ausführen könnten.

Zur Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion betonte Marshall erneut die Gefahren eines Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft. Diese Gefahren könne man jedoch vermeiden, wenn eine Erweiterung des Industrievolumens nur auf solchen Gebieten statfinde, die kein Kriegsrisiko in sich bergen.

## Eine erste Zwischenbilanz

Die Verhandlungen am 20. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Der Rat der Sonderbeauftragten für Deutschland<sup>2</sup> faßte nach erneuten Beratungen den Beschluß, Vertreter der IARA nach Moskau einzuladen.

In der Frage der Zulassung der kriegführenden und nicht-kriegführenden Staaten zu den Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag wurde nach längerer Diskussion folgende Formel festgelegt:

„Der Rat der Außenminister und die Sonderbeauftragten der Außenminister werden bei passender Gelegenheit den Standpunkt der anderen alliierten Regierungen und der früheren Feindstaaten, die mit ihren bewaffneten Streitkräften auf seiten der Alliierten am Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, anhören.“

### Rat der Außenminister

Im Auftrage der Stellvertretenden Außenminister legte der sowjetische Delegierte Wyschinskij dem Rat der Außenminister einen Bericht vor, der sowohl die Punkte enthielt, über die eine Einigung erzielt werden konnte, als auch die Punkte, über die keine Einigung zu erzielen war.

Es konnte insbesondere keine Einigung darüber erreicht werden, ob Albanien zur Gruppe der beratenden Staaten

zugelassen werden solle oder nicht. Desgleichen blieben die Frage der Teilnahme der kleineren Nationen sowie die Zusammensetzung der Ausschüsse weiterhin offen.

Die Punkte, hinsichtlich deren Übereinstimmung erzielt werden konnte, faßte Wyschinskij wie folgt zusammen:

1. Aufstellung einer beratenden Informationskommission,
2. Aufstellung von Arbeitsausschüssen,
3. Zulassung der kriegführenden alliierten Staaten sowie der ehemaligen Feindstaaten, die sich später aktiv an dem Kampf gegen Deutschland beteiligt haben.

Wyschinskij teilte mit, daß noch Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob einer zukünftigen deutschen Regierung Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Ansicht darzulegen. Wyschinskij berichtete hierbei, daß die britische Delegation einer zukünftigen deutschen Regierung das Recht zugestehen wolle, den deutschen Standpunkt auf der Friedenskonferenz vorzutragen, wenn bis dahin eine deutsche Regierung gebildet sein sollte. Frankreich, so sagte Wyschinskij, halte es für verfrüht, über eine deutsche Regierung zu sprechen.

Die Außenminister vereinbarten, daß die Sonderbeauftragten innerhalb von drei Tagen einen endgültigen Bericht unterbreiten sollen.



Nach Anhören des Berichtes der Sonderbeauftragten legte Außenminister *Bidault* den Standpunkt seiner Regierung zu den Wirtschaftsfragen für einen deutschen Friedensvertrag klar. *Bidault* erinnerte an das französische Ruhrmemorandum (vgl. Europa-Archiv S. 626 ff.) und vertrat den Standpunkt, daß in Anbetracht der grundsätzlichen Bedeutung, die das Kohlenproblem für Frankreich habe, entgegen der Meinung des britischen Außenministers *Bevin* mit sofortiger Wirkung Beschlüsse über die Verteilung der Kohle und über die interalliierte Kontrolle der Ruhr gefaßt werden müßten. Frankreich könne sich auf keinen Fall damit einverstanden erklären, daß die Kohle, die als ein Ausgangspunkt der Kriegsindustrie angesehen werden müsse, Deutschland in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt werde, und zwar in Mengen, welche die Lieferungen an die Opfer Deutschlands weit übertreffen. Es sei weiterhin festzustellen, daß in den letzten fünfzehn Monaten die Kohlenförderung der Ruhr dauernd gestiegen, die Ausfuhr jedoch ständig zurückgegangen sei. Dabei sei heute schon der Deutschland zugebilligte Jahresverbrauch an Kohle größer als der gesamte französische Jahresverbrauch.

„Ich glaube, daß der Unterschied der Auffassungen, der in dieser Frage zwischen der französischen und der britischen Regierung besteht, auf gewissen Mißverständnissen beruht. Wir haben niemals gefordert, daß eine genaue Zahl für die Ausfuhr festgelegt wird. Wir haben vielmehr gewünscht, zu einem Abkommen mit einem veränderlichen Anteilverhältnis zu gelangen, das sich nach der Höhe der Produktion richtet und den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft, wie sie von uns festgelegt werden, Rechnung trägt.“

Frankreich wünsche keinesfalls, daß Deutschland weiterhin eine Belastung für die Steuerzahler der Besatzungsmächte darstelle, es sei jedoch überzeugt, daß es möglich sei, die deutsche Zahlungsbilanz auszugleichen, ohne dabei die berechtigten Forderungen der Alliierten zu vernachlässigen. Aus diesem Grunde müsse die Kontrolle der Alliierten über die Verteilung der Kohle, der elektrischen Energie und des Stahls sowie über deren Verbrauch in Deutschland ernsthaft verschärft werden. *Bidault* gab hierbei zugleich seiner Meinung Ausdruck, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands „nicht so sehr durch einen Kohlenmangel als durch unzweckmäßigen Verbrauch von Kohle bedingt sind.“

„Während der letzten drei Monate des Jahres 1946 betrug der deutsche Kohlenverbrauch, auf den Verbrauch eines Jahres umgerechnet, 112 Millionen Tonnen. Das waren 58 Prozent des deutschen Kohlenverbrauchs vom Jahre 1938. Er lag 102 Prozent über dem Kohlenverbrauch, der Deutschland fünfzehn Monate zuvor zugebilligt wurde.“

112 Millionen Tonnen jährlich seien mehr als das Doppelte der französischen Produktion. *Bidault* trat dafür ein, daß der normale Kohlenverbrauch für Deutschland innerhalb seiner gegenwärtigen Grenzen 75 Millionen Tonnen oder — zusammen mit den Bedürfnissen der Besatzungstruppen und in Anrechnung einer gewissen Qualitätsminderung der Kohle — 95 Millionen Tonnen nicht überschreiten dürfe.

## Die Verhandlungen am 21. März 1947

### Rat der Außenminister

Im Rat der Außenminister gab der britische Delegierte *Bevin* die folgende Erklärung über die zukünftige Staatsform Deutschlands ab:

„Bei der Betrachtung der künftigen Struktur Deutschlands ist die britische Delegation bemüht, so weit wie möglich die Anwendung von Schlagworten oder Verallgemeinerungen zu vermeiden. Die Frage stellt sich uns im wesentlichen als eine praktische dar, und es ist nutzlos, ihre Lösung durch Begriffe wie Konföderation und so weiter zu versuchen und sich bei der Behandlung Deutschlands auf Worte zu verlassen, anstatt nach einem praktischen Plan für die Zukunft Deutschlands zu suchen.“

Auch glauben wir nicht, daß auf Jahre hinaus lediglich der Wechsel von der Nazi-Partei zu einer anderen Partei oder von der Nazi-Ideologie zu einer anderen Ideologie oder anderen poli-

Zur Frage des deutschen Industrieniveaus erklärte *Bidault*, daß sich Frankreich einer Änderung des im Jahre 1946 aufgestellten Plans nicht widersetzen werde, wenn die folgenden zwei Bedingungen erfüllt würden:

1. Der Wiederaufbau der deutschen Industrie dürfe die Opfer Deutschlands nicht der für ihre Wirtschaft notwendigen Kohlenmengen berauben. Frankreich weigere sich, zu Abmachungen über andere Probleme seine Zustimmung zu geben, solange das Kohlenproblem nicht in einer befriedigenden Weise gelöst sei.

2. Die Steigerung des deutschen Industriepotentials dürfe nicht zur Gefahr einer Wiederaufrüstung führen.

Die bei der Diskussion über die Deutschland zuzubilligende Stahl- und Eisenproduktion vorgeschlagene Zahl von zehn bis zwölf Millionen Tonnen erscheine ihm, so sagt *Bidault*, stark übertrieben. Seiner Ansicht nach dürfe ein Erzeugnis von 7,5 Millionen Tonnen, wie sie im Plan vom März 1946 festgesetzt worden sei, nicht wesentlich überschritten werden. Wenn Deutschland eine über diese Zahl hinausgehende Stahlmenge benötige, um seine Gesamtproduktion auf das zugebilligte Niveau zu bringen, so seien Frankreich, Belgien, Luxemburg und andere europäische Länder durchaus in der Lage, die fehlende Menge im Rahmen der festgesetzten Grenzen zu liefern.

In der Frage der Wirtschaftseinheit sei es notwendig, daß die Stellvertretenden Außenminister diesen Begriff zunächst einmal genau bestimmen und daß sie ferner der Konferenz Vorschläge über diejenigen zentralen Verwaltungsstellen unterbreiten, die zur Durchführung dieser Wirtschaftseinheit nötig sind. *Bidault* berief sich auch in diesem Falle auf die französischen Vorschläge vom 17. Januar 1947.

Hinsichtlich der Frage der Reparationen in Form von Entnahmen aus der laufenden Produktion betonte *Bidault* erneut, dieses Problem vom technischen Standpunkt aus genauestens zu prüfen, um festzustellen, ob und in welchem Maße es durchgeführt werden könne.

*Bevin* erklärte zu der Rede *Bidaults*, er sei nicht in der Lage, die französische Bedingung anzunehmen, daß erst nach einer Zusicherung von Kohlenlieferungen an Frankreich das Problem der Wirtschaftseinheit Deutschlands erörtert werden solle. Die Bedingung *Bidaults* werde Großbritannien in weitere finanzielle Verpflichtungen verwickeln. *Bevin* empfahl als beste Methode, alle Vorschläge objektiv ohne daran geknüpfte Bedingungen zu studieren. Die britische Politik trete dafür ein, das Problem im ganzen zu behandeln.

Außenminister *Marshall* erklärte zu den Äußerungen *Bidaults*, er werde das sehr schwierige Problem der Kohlenverteilung prüfen.

Außenminister *Molotow* gab nur eine kurze Erklärung ab, in der er zum Ausdruck brachte, er habe seinen früheren Feststellungen nichts hinzuzufügen.

tischen Organisationsform eine notwendige Garantie unserer Sicherheit sein wird. Wir wollen daher nach einer Regierung oder Regierungsform streben, indem wir nicht vergessen, daß wir alle innerhalb von fünfundzwanzig Jahren zwei Kriege durchzukämpfen hatten.

Was ich sage, sollte als Ergänzung zu unseren anderen Erörterungen über Bodenreform, Industrie und so weiter genommen und als Beitrag zu unserer Sicherheit betrachtet werden. Wir haben jedoch Bedenken gegen ein höchstzentralisiertes Deutschland, das wiederum die Quelle der Aggression werden könnte. Zur Erreichung dieses Zieles hätten wir einen Grundsatz für eine Verfassung auszuarbeiten, in welcher alle Kräfte im Gleichgewicht sind. Wir wünschen nicht, ein Deutschland wiederzusehen, wo eine Partei oder Machtgruppe die gesamte Macht in derselben Weise an sich ziehen würde, wie diejenige, die den letzten Krieg heraufbeschwor.



Wir glauben, daß in den Jahren, die vor uns liegen, bei der Neuschaffung Deutschlands eine Menge von Schwierigkeiten und möglicherweise Irrtümern vorkommen werden. Aber wir verlassen uns auf die Hoffnung, daß wir zusätzlich zu dem, was wir auf dieser Konferenz in der Auseinandersetzung mit all den Wirtschaftsproblemen, Zentralverwaltungen und so weiter sowie in der Erwägung eines Vertrages erreichen, imstande sein werden, die Lage zu beherrschen, bis Deutschland wirklich ein demokratisches und friedliches Land wird. Wir sind der Überzeugung, daß wir eine Verfassung erreichen müssen, die ihren Zweck erfüllt. Wir wünschen, das Spiel demokratischer Kräfte und Parteien anzuregen, welches nach unserer Überzeugung den notwendigen Schutz für die Alliierten bieten wird. Wir sind weiterhin der Überzeugung, daß wir dieses Ziel langsam und in Stufen erreichen sollten. Zum Anfang sollten wir eine vorläufige Verfassung haben, mit deren Hilfe die notwendige Aufsicht durch die Besatzungsmächte ordentlich durchgeführt werden kann. Nach unserer Ansicht würde das die Entwicklung und Aufrechterhaltung eines anständigen demokratischen Systems in Deutschland ermöglichen. Durch einen Prozeß dieser Art werden wir nach unserer Ansicht höchstwahrscheinlich ein Deutschland entstehen sehen, das jene Stabilität besitzt, welche die Deutschen selbst wünschen, und gleichzeitig ein Deutschland, das nicht wiederum eine Bedrohung der Weltsicherheit sein wird. Solch ein System könnte nach unserer Ansicht die Genehmigung der vier Großmächte und der Welt und ebenso die Annahme durch die Mehrheit des deutschen Volks finden. Wir müssen uns durch die Erfahrung leiten lassen. Wenn ich eine persönliche Bemerkung einfließen darf, möchte ich erwähnen, daß ich mit Deutschland nach dem Ende des ersten Weltkrieges eine Menge zu tun hatte, als ein System unter der Kontrolle der Alliierten jener Tage aufgebaut wurde, welches eine starke Tendenz zur Überzentralisation zeigte.

Ich glaube immer noch, daß Hitler, als er an die Macht kam, seine Aufgabe durch die bürokratische Maschinerie leichter gemacht wurde, die wir selbst nach dem Ende des letzten Krieges geschaffen hatten. Diesem Problem sind bereits mancherlei Gedanken gewidmet worden. Ein System, unter welchem die gesamte ausführende Macht in einer Hand zusammengefaßt wird, wurde in Potsdam als Lösungsmöglichkeit ausgeschaltet. Das Bild, welches sich ergibt, ist ein System mit folgenden Zügen:

1. Die örtlichen Regierungsorgane sollen wirkliche Verantwortung erhalten.
2. Die Verantwortlichkeit für bestimmte Regierungsfunktionen auf besonders genannten Gebieten ist der Zentralinstanz vorzubehalten.

Eine Verwaltung zur Steuerung dieser Funktionen ist sofort zu schaffen. Eine zentrale politische Einrichtung wurde zur Zeit der Potsdamer Übereinkunft nicht für wünschenswert gehalten, aber für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Hinsichtlich der letzteren Schlußfolgerung müssen wir sicher zugeben, daß es vollkommen falsch wäre, einem Land einen bürokratischen Verwaltungsapparat zu geben, der nicht der Kontrolle durch die gewählten Vertreter des Volkes unterliegt. Der in Potsdam gefundene Ausweg einer zentralen Verwaltung, die nur dem Kontrollrat verantwortlich ist, muß als eine nur vorübergehende Maßnahme betrachtet werden. Wenn die Regierung Deutschlands nicht gleichsam in der Verantwortung des Volkes verwurzelt ist, wird die neue Verfassung wiederum eine Einrichtung schaffen, die nicht ihre Lebenskraft aus dem deutschen Volke selbst zieht, sondern über ihm schwebt.

Wir haben in unserer eigenen Zone einen Verwaltungsapparat aufgezogen, aber ich versichere meinen Kollegen, daß ich mir der Grenzen dieses Apparates voll bewußt bin. Meine Regierung wartet allerdings auf die Entscheidungen dieser Konferenz und die Form der deutschen Struktur, die dabei herauskommen wird. Die Schlußfolgerung, zu der wir daher gekommen sind, ist, es müsse zu guter Letzt eine zentrale deutsche Regierung geben, deren Machtbefugnisse streng begrenzt sein werden und die über die zentrale Verwaltung Autorität ausüben wird.

Die Fragen um den Aufbau dieser Regierung und um den Zeitpunkt ihrer Bildung stellen eine wichtige und verhältnismäßig schwierige Angelegenheit dar und müssen von uns beraten werden. Ich bin mir darüber klar, daß ein Übereinkommen über die Einzelheiten dieses Problems Zeit und eine sachverständige Prüfung erfordert. Bevor wir jedoch die Sachverständigen an die Arbeit gehen lassen, rate ich dringend dazu, daß wir hier im Außenministerat uns über die Leitgedanken einig werden.

Aus diesem Grunde habe ich das Ergebnis unserer Überlegungen zur allgemeinen Einsichtnahme umlaufen lassen, so daß meine Kollegen die grundsätzlichen Richtlinien vor sich liegen haben, die von der britischen Delegation vorgeschlagen werden.

Bei der Vorbereitung dieser Grundsätze haben wir die gesamten Dokumente und die Besprechungen zwischen den drei Regierungen nach dem Kriege und während der Kampfhandlungen in Betracht gezogen. Wir haben dem Wandel der Ansichten zwischen unseren verschiedenen Zusammenkünften, besonders dem Wandel der Auffassungen zwischen den Konferenzen von Potsdam und Jalta, sorgfältig Aufmerksamkeit gewidmet.

Wir haben uns bemüht, die besten Methoden, die wir uns denken können, zu umschreiben, um dem Anfang der Entwicklung eines demokratischen Deutschlands zur Verwirklichung zu verhelfen. Der wesentliche Hauptpunkt ist, daß die Macht beim Volk liegt und sich durch die Länder nach oben erstreckt. Dieser Grundsatz verbindet sich auf angemessene Weise mit der Macht der zentralen Regierung.

Der Inhalt des von Außenminister Bevin in der vorstehenden Rede erwähnten Dokuments über die künftige Staatsform Deutschlands geht aus dem folgenden Bericht der Londoner *Times* vom 22. März 1947 hervor:

„Im Rahmen der Politik der Dezentralisierung beim politischen Aufbau und bei der Entwicklung örtlicher Verantwortlichkeit in Deutschland, wie sie in Paragraph 9 der Potsdamer Prinzipien niedergelegt worden war, sollte in Deutschland eine Verfassung geschaffen werden, die sich auf der Herrschaft des Gesetzes gründet und eine Gewaltenteilung zwischen den Ländern und der Zentralregierung vorsieht.“

Es werden dann in dem Dokument die wesentlichen Prinzipien der Föderalisation angeführt: »Außer den ausdrücklich der Zentralregierung zugesprochenen Gebieten sollen alle Gewalten den Ländern übertragen werden. Die Länder sollen so weit wie möglich innerhalb ihrer Gebiete mit der Durchführung der von der Zentralregierung erlassenen Gesetzgebung beauftragt werden,« — das heißt zusätzlich zu der Ausführung ihrer eigenen Gesetze. Die Zentralregierung soll ihrerseits die legislative und exekutive Gewalt haben, die notwendig ist für »die erforderliche politische, rechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Einheit«.

Die politische Einheit werde erfordern, daß die Zentralregierung die Verantwortung für auswärtige Angelegenheiten, Nationalitätenfrage, Einwanderung, Auswanderung und die Durchführung von Verträgen hat. Zur gesetzlichen Einheit müsse sie die Verantwortung für die grundlegenden Prinzipien des Straf-, Zivil- und Handelsrechtes, für das Urheber-, Patent- und Warenzeichenrecht, für Wertpapiere, Ladepapiere und andere Urkunden haben. Für die Wirtschaftseinheit müsse sie folgende Gebiete unter sich haben: Außenhandel, Zölle, Einfuhr- und Ausfuhrkontrolle, Transportwesen, Post und Telegraph, Gewichte und Maße.

Um die finanzielle Einheit sicherzustellen, müsse die Zentralregierung die Verantwortung für die Ausgabe von Noten und Münzen haben. Ferner gewisse Vollmachten für die Koordinierung des Bankwesens, für die Staatsschulden, gewisse zu vereinbarende Vollmachten über die Besteuerung und die Devisenkontrolle. Gewisse Vollmachten auf wirtschaftlichem Gebiete müßten natürlich zur Zeit für ganz Deutschland unter der Aufsicht der Alliierten Kontrollbehörde zentral ausgeübt werden.

Das Dokument legt dann die Prinzipien dar, die für die endgültige Form der Zentralregierung gelten sollen. Es werde das Amt eines Präsidenten geschaffen werden, dessen Rechte und Pflichten denen eines konstitutionellen Staatsführers ohne unabhängige Exekutivvollmacht entsprechen. Ferner seien zwei Kammern zu schaffen, von denen die eine die Nation als Ganzes und die andere die einzelnen Länder vertreten solle. Die die Nation vertretende Kammer sei durch eine Volkswahl zu bestimmen und werde die Verantwortung für Einführung der zentralen Gesetzgebung haben.

Die Länderkammer sei auf der Basis einer gleichen Vertretung für jedes Land zu wählen, und ihre Hauptaufgabe sei es, dafür zu sorgen, daß die Interessen der Länder bei der Gesetzgebung voll berücksichtigt werden. »Sie soll ein absolutes Vetorecht in konstitutionellen Angelegenheiten und ein aufschiebendes Veto in der übrigen Gesetzgebung haben«. Außerdem sei ein Oberster Gerichtshof einzusetzen, der die Verfassung sichere.

Dieser ganze Teil des Dokuments greift weit in die Zukunft vor. Es heißt, daß alle Verfassungen in den Ländern sowie die Verfassung der Zentralregierung alle menschlichen Rechte und Freiheiten gewährleisten sollen, und dann greift das Dokument auf die Abschnitte zurück, die die konstitutionelle Demokratie in ihrer Entwicklung durchzumachen haben werden... Zunächst seien zentrale Verwaltungsstellen zu schaffen, wie sie in Potsdam festgesetzt wurden. Dann seien Maßnahmen zur Gestaltung einer Verfassung zu ergreifen; es wird nicht genauer bestimmt, von



wem, aber »das deutsche Volk sollte an ihrer Vorbereitung beteiligt sein«.

Zunächst sei eine provisorische Verfassung zu entwerfen und mit Genehmigung des Kontrollrats einzuführen. Dann könnten Wahlen für eine provisorische Regierung stattfinden. Der provisorischen Regierung sei eine gewisse Lebenszeit zu gewähren, nach deren Beendigung Abänderungen durchgeführt werden könnten. Wenn die endgültige Verfassung ausgearbeitet und vom deutschen Volk ratifiziert worden sei, werde der letzte Entwicklungsabschnitt eintreten: es seien neue Wahlen abzuhalten und eine neue Regierung zu bilden, die unter der endgültig festgesetzten Verfassung zu arbeiten habe.

»Der Kontrollrat hätte sich selbst auf unbestimmte Zeit hinaus das gesamte Gebiet der Entwaffnung, der Entnazifizierung, des Abbaus der Kartelle, der Reparationen, der Kriegsgefangenen, der verschleppten Personen, der Kriegsverbrecher, der Belange der Besatzungsmächte, der auswärtigen Beziehungen und der Devisen vorzubehalten«. Herr Bevin ist besonders auf diese letzte Aufgabe bedacht, denn ohne Devisen ist die Möglichkeit für Deutschland, eine Kreditsindustrie aufzubauen, in eine noch weitere Zukunft gerückt.

In seiner Ansprache an seine Kollegen, die Herr Bevin hielt, während das Dokument verteilt wurde, sagte er, das bloße Verschwinden der Nazi-Partei sei keine ausreichende Garantie für die Sicherheit. England habe seine Befürchtungen bei der Aussicht auf die Errichtung eines stark zentralisierten Deutschlands, das später einmal wieder zu einer Quelle der Aggression werden könne. »Wir möchten nicht wieder ein Deutschland entstehen sehen, in dem eine Partei oder Autorität alle Macht an sich zieht, wodurch es kürzlich zum Kriege gekommen ist.« Man hoffe, die Wechselwirkung zwischen demokratischen Parteien fördern zu können und ein richtiges Gleichgewicht zwischen den Zentralgewalten und denen der Länder zu schaffen.

Wenn die Zentralregierung nicht im Volke verwurzelt sei, so würden die Alliierten damit ein anderes System schaffen, das über sie hinweggehe. Die Förderung einer demokratischen Regierung sei schwierig und kompliziert und verlange Fachkenntnisse. »Bevor wir jedoch die Fachleute an die Arbeit setzen, bin ich sehr dafür, daß wir uns hier im Rat über die grundlegenden Prinzipien einigen!« Seine Delegation habe versucht, die beste Methode für die Verwirklichung einer demokratischen Regierung in Deutschland zum Ausdruck zu bringen. Das wesentliche Prinzip sei, daß die Gewalt beim Volk liegen müsse und durch die Länder zu den obersten Stellen gelange.

Nach der Unterbreitung der britischen Pläne ergriff Außenminister Marshall das Wort und legte der Konferenz die amerikanischen Ideen über die Gestaltung des zukünftigen deutschen politischen Statuts dar.

Er erklärte, daß der Kontrollrat niemals eine deutsche Zentralregierung ersetzt habe und auch nicht als Ersatz für diese gelten könne. Die Vereinigten Staaten wollten dem deutschen Volk nicht das Recht absprechen, seine Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, sobald es dies in demokratischer Form ausführen könne, unter gebührender Beachtung der Menschenrechte und der fundamentalen Gesetze von Freiheit und Frieden. In der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland sei versucht worden, den örtlichen und städtischen Behörden wie auch den Länderregierungen möglichst viel Selbstständigkeit zu geben. Es sei nunmehr an der Zeit, den Deutschen zu gestatten, eine provisorische deutsche Regierung einzusetzen, die sich mit der Angelegenheiten der ganzen Nation befassen solle.

In seiner Erklärung beschränkte sich Marshall auf die drei Phasen, die seiner Ansicht nach zur Bildung einer deutschen Regierung durchschritten werden müssen:

1. Es soll eine provisorische deutsche Regierung errichtet werden, die sich aus den Ministerpräsidenten der bestehenden Länder oder Staaten einschließlich Berlins zusammensetzt und mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet ist, zentrale Verwaltungsbehörden zu schaffen und zu leiten. Damit die provisorische Regierung wirklich repräsentativ ist, sollen der verfassungsmäßige Aufbau der Länder und die Wahl für die Länderregierungen in ganz Deutschland zu einem baldigen Zeitpunkt durchgeführt werden.

2. Eine Verfassung soll entworfen und angenommen werden, die demokratische Grundgedanken enthält und eine Dezentralisierung der Regierungsgewalt vorsehe.

Unter Dezentralisierung verstehen wir, daß die Zentralregierung begrenzte und genau umrissene Vollmachten in Angelegen-

heiten hat, bei denen das Gesamtinteresse der Nation es erfordert.

Alle restlichen Machtbefugnisse sollen den Ländern vorbehalten bleiben. Die Verfassung soll ein Gegenstand der Bestimmungen der Friedensregelung sein.

3. Die Regierungsgewalt soll durch die Zentralregierung nach deren verfassungsmäßiger Bildung übernommen werden. Die Länder sollen ebenfalls durch Verfassungen die Zentralregierung anerkennen.

Bidault erklärte in seiner Stellungnahme zu den Ausführungen Marshalls, er könne feststellen, daß die von Marshall gemachten Vorschläge der französischen Auffassung näherkämen als der bisherige Standpunkt der Vereinigten Staaten.

Am gleichen Tage unterbreitete der britische Außenminister Bevin der Konferenz eine Erklärung über die bisher von Deutschland an Großbritannien geleisteten Reparationen. In der Erklärung heißt es, daß Großbritannien von der IARA Industrieausrüstungen im Werte von 4,1 Millionen Reichsmark nach dem Preisniveau von 1938 zugesprochen worden seien. Hiervon habe Großbritannien bisher Anlagen im Werte von 1,5 Millionen Reichsmark empfangen. Weiter seien einige Maschinen zum Zwecke technischer Untersuchungen nach Großbritannien gebracht worden.

350 000 Tonnen Waren im Werte von 6,35 Millionen Pfund Sterling seien von Deutschland nach Großbritannien verschickt worden. Der Wert der deutschen Anlagen in Großbritannien wird nach dieser Erklärung auf bis zu 2,8 Millionen Pfund Sterling geschätzt, die Großbritannien übernehmen und als Reparationen anrechnen werde.

Aus den deutschen Patenten habe die britische Regierung keine besonderen Vorteile gezogen, da sie allen Alliierten in gleicher Weise zugänglich gemacht worden seien.

Aus der laufenden Produktion der britischen Zone seien von Großbritannien keine Reparationen entnommen worden. Auch das in den Westzonen vorgefundene Gold, insgesamt 235 Tonnen, werde nicht zu Reparationszwecken verwandt, sondern für die Länder, deren Gold von Deutschland geraubt wurde, in Verwahrung gehalten.

Die amerikanische Delegation ließ dem Außenministerrat ebenfalls einen Bericht über die Reparationen, die die Vereinigten Staaten bisher von Deutschland erhalten haben, zugehen:

„Die Vereinigten Staaten haben bisher folgende Reparationen von Deutschland erhalten:

#### I. Industrieanlagen:

a) durch die Interalliierte Reparationsagentur: Werte von 66 666 Dollar,

b) direkt: Werte von weniger als 10 Millionen Dollar;

II. Schiffe: Werte von 5 Millionen Dollar;

III. deutsche Guthaben im Ausland: 150—250 Millionen Dollar;

IV. aus der laufenden Produktion: nichts;

V. Gold: nichts;

insgesamt: weniger als 275 Millionen Dollar.

#### Zu I. Industrieanlagen:

Ende Februar 1947 waren der Interalliierten Reparationsagentur Industrieanlagen im Werte von rund 300 Millionen Reichsmark zugeteilt worden. Diese Industrieanlagen bestanden aus 71 Werken, die zu den sofort zu leistenden Reparationen gehörten, aus den allgemeinen Einrichtungen aus 51 Rüstungsfabriken und den Einrichtungen, die nach den britischen und französischen Plänen für umgehende Demontage vorgesehen sind. Von dieser Gesamtsumme hat die Interalliierte Reparationsagentur bisher 62 Millionen Reichsmark unter die Alliierten verteilt. Von diesen 62 Millionen Reichsmark haben die Vereinigten Staaten ungefähr 200 070 Reichsmark erhalten.

(Anmerkung: Bei diesen Transaktionen wurde der Kurswert der Reichsmark auf drei Reichsmark für einen Dollar festgesetzt.)

Die Vereinigten Staaten haben außerdem gewisse Industrieanlagen, die sie nicht durch die Interalliierte Reparationsagentur



hielten, aus Deutschland entnommen. Diese Demontagen wurden angeordnet, um die amerikanische Kriegsleistung vor der Kapitulation Japans zu fördern. Der Wert der von den Vereinigten Staaten in dieser Weise entnommenen Industrieanlagen wird gegenwärtig festgestellt. Er ist nicht hoch, und es wird nicht erwartet, daß er 10 Millionen Dollar überschreitet. Wenn der Gesamtwert ermittelt ist, wird dem Außenministerrat und der Interalliierten Reparationsagentur Bericht erstattet werden.

#### *a) II. Schiffe:*

Die Interalliierte Reparationsagentur hat fast alle Schiffe, die von der Dreimächte-Handelsflotten-Kommission zugewiesen wurden, verteilt. Der Wert dieser Schiffe beträgt 220 Millionen

Reichsmark. Davon haben die Vereinigten Staaten Schiffe erhalten, deren Wert auf 15,5 Millionen Reichsmark geschätzt wird.

#### *Zu III. Deutsche Werte und Guthaben im Ausland:*

Die deutschen Guthaben und Vermögenswerte im Ausland, die die Mitglieder der Interalliierten Reparationsagentur als Reparationen erhalten sollen, werden sich wahrscheinlich auf weniger als 600 Millionen Dollar belaufen. Endgültige Zahlen können noch nicht gegeben werden, da die Liquidierung solcher Werte noch im Gang ist. Die Vereinigten Staaten werden zwischen 150 und 250 Millionen Dollar erhalten. Die Ziffer kann heute noch nicht mit größerer Genauigkeit angegeben werden, da Zweifel bestehen, ob gewisse Vermögenswerte deutsch sind oder einer anderen Nation gehören.

## Der vorläufige Abschluß der Beratungen über den Bericht des Kontrollrates

Die Verhandlungen am 22. März 1947

### *Rat der Außenminister*

Der Rat der Außenminister befaßte sich weiter mit der künftigen Gestaltung Deutschlands. Außenminister Molotow legte die Haltung seiner Regierung in einer Rede dar, in der er erklärte:

„Vor uns steht die Aufgabe, den Deutschen zu helfen, die gewillt sind, einen neuen Weg zu beschreiten, Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat zu machen, und die Auferstehung Deutschlands als einer aggressiven Kraft nicht zuzulassen.“

Molotow erklärte weiter, daß die Sowjet-Union den Plänen der Vernichtung Deutschlands als eines selbständigen Staates nicht zustimme. Er wies hierbei auf die Siegesbotschaft Stalins vom 9. Mai 1945 hin, in der dieser erklärt hatte, die Sowjet-Union habe weder die Absicht, Deutschland zu zerstücken, noch die Absicht, es zu vernichten.

Molotow beschäftigte sich sodann mit der Frage der Föderalisierung Deutschlands, die er als eine ernste Gefahr bezeichnete. Wenn die Verbündeten sich auf den Standpunkt der Föderalisierung Deutschlands stellten, könnten sie das Vertrauen des deutschen Volkes zu ihrer Politik untergraben. Eine durch die Verbündeten verfolgte Föderalisierung Deutschlands werde dem Militarismus erneut zur Macht verhelfen und die Revancheideen und den Chauvinismus fördern.

Im Falle der Föderalisierung werde es keine Zentralregierung Deutschlands geben, die die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten tragen könnte.

Molotow erklärte weiter, man dürfe dem deutschen Volk keine Föderalisierung aufzwingen. Anders sei es jedoch, wenn das deutsche Volk sich im Rahmen einer freien Abstimmung ohne Zwang von außen für die Föderalisierung Deutschlands ausspreche.

Molotow betonte, daß in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz von einer Föderalisierung Deutschlands nichts erwähnt worden sei. Jedoch habe man in Potsdam die Schaffung mehrerer zentraler deutscher Verwaltungsabteilungen beschlossen. Dieser Beschluß sei jedoch bisher unerfüllt geblieben. Ein weiterer Aufschub der Errichtung solcher Zentralbehörden beeinträchtige vor allem die Maßnahmen auf dem Gebiete der Durchführung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Hierauf legte Molotow dem Außenministerrat namens der sowjetischen Delegation folgende Anträge vor:

#### *1. Über die Form und den Umfang der provisorischen politischen Organisation Deutschlands*

Die Aufgabe der provisorischen politischen Organisation Deutschlands muß auf der Grundlage folgender Bestimmungen gelöst werden:

a) die politische Ordnung Deutschlands soll einen demokratischen Charakter tragen, und die Machtorgane sollen auf der Grundlage demokratischer Wahlen errichtet werden;

b) die Hitlerische Zentralisierung der Staatsverwaltung, die die Landtage und die autonome Verwaltung der Länder vernichtet hat, soll liquidiert werden, damit die Dezentralisierung der Verwaltung, die vor der Errichtung des Hitlerregimes bestanden hatte, wiederhergestellt wird, wobei die Landtage und zwei allgemeindeutsche Kammern wiederhergestellt werden;

c) es soll eine provisorische deutsche Regierung geschaffen werden, welche die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands sicherstellt und zugleich die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den verbündeten Staaten übernehmen kann.

Von dem oben Gesagten ausgehend wird beantragt:

1. als ersten Schritt zur Bildung einer provisorischen deutschen Regierung zentrale Verwaltungsabteilungen für Finanzen, Industrie, Verkehr, Außenhandel, Post und Telegraphenwesen gemäß dem Beschluß der Potsdamer Konferenz zu gründen;

2. den Kontrollrat zu beauftragen, eine provisorische demokratische Verfassung unter Hinzuziehung der demokratischen Parteien, der Freien Gewerkschaften und anderer antinazistischer Organisationen sowie von Vertretern der Länder auszuarbeiten;

3. Wahlen gemäß der provisorischen deutschen Verfassung durchzuführen, wonach die provisorische deutsche Regierung gebildet werden soll;

4. gemäß dem Beschluß der Potsdamer Konferenz der deutschen Regierung als ihre Hauptaufgaben die Ausmerzung der Überreste des deutschen Militarismus und Faschismus, die Durchführung der allseitigen Demokratisierung Deutschlands und die Verwirklichung von Maßnahmen zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft wie auch zur unbedingten Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den verbündeten Staaten aufzuerlegen;

5. die ständige Verfassung Deutschlands vom deutschen Volk bestätigen zu lassen.

#### *2. Über die staatliche Organisation Deutschlands*

1. Deutschland wird als ein einheitlicher, friedliebender Staat wiederhergestellt: als eine demokratische Republik mit einem allgemeindeutschen Parlament aus zwei Kammern und mit einer Regierung für ganz Deutschland mit Sicherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der im Rahmen des deutschen Staates bestehenden Länder.

2. Der Präsident der Deutschen Republik wird vom Parlament gewählt.

3. Auf dem gesamten Staatsgebiet Deutschlands wird die vom Parlament festgesetzte Verfassung, in den Ländern werden die von den Landtagen festgesetzten Verfassungen gelten.

4. Die deutsche Verfassung wie auch die Verfassungen der Länder werden auf demokratischen Grundlagen aufgebaut sein. Sie müssen die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedlichen Staates verankern.

5. Die Verfassung Deutschlands und die Länderverfassungen werden die freie Bildung und Tätigkeit aller demokratischen Parteien wie auch der Gewerkschaften und anderer öffentlicher demokratischer Organisationen und Institutionen sicherstellen.

6. Allen Staatsbürgern Deutschlands ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion werden



durch die Verfassung Deutschlands und durch die Länderverfassungen die demokratischen Freiheiten einschließlich der Freiheit der Rede, der Presse, des Kultus, der öffentlichen Versammlung und der Verbandsfreiheit sichergestellt sein.

7. Das Parlament und die Landtage der Länder werden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts bei geheimer Abstimmung nach dem Verhältniswahlverfahren gewählt werden.

8. Die Organe der Selbstverwaltung (Bezirks- und Gemeinderäte) werden nach den gleichen demokratischen Grundlagen wie die Landtage der Länder gewählt werden.

Nach den Erklärungen Molotows ergriff Außenminister Bidault das Wort. In seinen Ausführungen über die zukünftige Staatsform Deutschlands erinnerte Bidault an das französische Memorandum vom 17. Januar 1947 über die provisorische politische Organisation Deutschlands und seine endgültige Verfassung (vgl. Europa-Archiv S. 622ff.). Er erklärte, wenn ein Übereinkommen hinsichtlich der tatsächlichen wirtschaftlichen Einheit erreicht würde, so sei die französische Delegation bereit, unmittelbar an die nächste Stufe heranzugehen, die in der Bildung einer Anzahl von Zentralverwaltungen bestehe, die berufen sein würden, die wirtschaftlichen Dienstzweige zu verwalten, die in den augenblicklichen Amtsbereich des Kontrollrates, mit Ausnahme des Saargebiets, eingegliedert werden müßten.

„Einige meiner Kollegen schlagen jetzt — unter Bedingungen, die übrigens erheblich voneinander abweichen — vor, sofort eine dritte Stufe in Angriff zu nehmen, die darin bestehen soll, schon jetzt eine vorläufige deutsche Regierung zu bilden. Die französische Delegation hält solche Vorschläge für verfrüht.“

Außenminister Bevin unterbreitete dem Rat neue britische Vorschläge für die Wirtschaftseinheit Deutschlands. Bevin schlug vor, daß die Wiederbelebung der deutschen Industrie allmählich vor sich gehen und auf die Notwendigkeit Rücksicht nehmen solle, Kohle nach den befreiten Ländern zu exportieren.

Der Grad der Produktionssteigerung soll nach den Vorschlägen Bevins mit dem Bedarf an Exportkohle in Beziehung gebracht werden, wobei sich jedoch die finanziellen Lasten der Besatzungsmächte durch solche Erwägungen nicht erhöhen sollen.

Bevin setzte sich erneut für eine Stahlproduktion in Höhe von zehn Millionen Tonnen ein und befürwortete die Sozialisierung gewisser Industrien, wodurch die Kartelle aufgelöst würden. Bevin schlug eine Teilung der gesamten Besatzungskosten vor.

Eine Zusammenfassung der britischen Vorschläge zur Frage der deutschen Wirtschaftseinheit ergab folgendes Bild:

1. Der Paragraph 14 des Potsdamer Abkommens, wonach Deutschland als ein wirtschaftliches Ganzes behandelt werden soll, wird voll in die Tat umgesetzt.

2. Die Besatzungsmächte tragen die Kosten der Besetzung Deutschlands in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in gerechter Verteilung, und die dadurch entstehenden Ausgaben sollen von Deutschland als erstes aus seiner Produktion wiedererstattet werden.

3. Als Teil des Planes für eine wirtschaftliche Einheit sollen

a) in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen deutsche Zentralverwaltungen für wirtschaftliche Fragen errichtet werden;

b) in ganz Deutschland eine unbeschränkte Freizügigkeit geschaffen und die Wirtschaftsgrenzen zwischen den Zonen aufgehoben werden;

c) die einheimischen Hilfsquellen Deutschlands vereinigt und eine gemeinsame Politik für die Verwendung und Verteilung dieser Hilfsquellen durchgeführt werden;

d) ein Ausfuhr- und Einfuhrplan entworfen werden, der dafür sorgt, daß die Einnahmen aus allen Ausfuhr, aus der laufenden Produktion und den zur Verfügung stehenden Vorräten in erster Linie zur Bezahlung der Einfuhren Verwendung finden.

4. Es soll sichergestellt werden, daß jeder in ausländischer Hand befindliche Besitz in Deutschland dem deutschen Gesetz untersteht und daß der Erwerb von Eigentum in Deutschland

durch ausländische Staaten oder ausländische Staatsangehörige der Zustimmung des Kontrollrats bedarf.

5. Eine Finanzreform in ganz Deutschland soll so bald wie möglich durchgeführt werden.

6. Die Maßnahmen zur Beseitigung der Konzentration von Wirtschaftsmacht, wie sie in Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen monopolistischen Einrichtungen versinnbildlicht wird, sollen beschleunigt durchgeführt werden, wobei die Verstaatlichung gewisser Industrien als eine der Methoden zur Durchführung dieser Maßnahmen betrachtet werden soll.

Die am gleichen Tage von Außenminister Bevin unterbreiteten Vorschläge zum Thema Reparationen und Industriestand lauteten:

1. Der Kontrollrat soll spätestens zum 1. Juli 1947 auf der Grundlage des einer Revision unterzogenen Planes für den Industriestand Deutschlands die Fabriken und Fabrikarsrüstungen, die als Reparationen abzutransportieren sind, festlegen.

2. Der Abtransport der Fabriken und der Ausrüstungen soll beschleunigt durchgeführt werden; zu diesem Zweck soll:

a) die endgültige Liste der aus Deutschland abzutransportierenden Fabriken und Ausrüstungen vom Kontrollrat spätestens zum 15. August 1947 veröffentlicht werden;

b) die Demontage aller Fabriken, die vom Kontrollrat unter Kategorie 1 eingereiht worden sind, weiterhin durchgeführt und nicht bis zur Vorbereitung des neu aufgestellten Planes für den Industriestand verzögert werden;

c) der Kontrollrat Maßnahmen durchführen, um Verfahren Abschätzung, Verteilung, Demontage und Auslieferung von Hauptausrüstungen zu beschleunigen.

3. Der Plan über den Industriestand vom März 1947 soll einer Revision unterzogen werden, damit er sowohl den Ansprüchen der Sicherheit der Alliierten wie auch den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft entspricht.

4. Der Wiederaufbau der deutschen Industrien soll nach einem fortschreitenden Plan durchgeführt werden, wobei die Notwendigkeit, Kohle zu exportieren, berücksichtigt werden soll.

5. Jede der Besatzungsmächte soll dem Außenministerrat bis zu einem festzusetzenden Zeitpunkt Angaben über den Umfang der zu Reparationszwecken durchgeführten Abtransporte machen.

Außenminister Marshall erklärte, er sei der Ansicht, daß die vier zum Ausdruck gebrachten Standpunkte viel gemeinsam hätten. Man müsse sich nun der praktischen Seite zuwenden und versuchen, sich über das Wesen der gemachten Vorschläge zu einigen. Marshall sagte, er glaube in den von Molotow dargelegten Ansichten bestimmte Konzessionen an eine föderalistische Lösung zu sehen.

Molotow erklärte hierauf, man könne sich vielleicht dahingehend einigen, daß als Grundlage für die Staatsordnung Deutschlands nach dem Kriege in diesem oder jenem Umfang jene staatliche Organisation Deutschlands dienen könne, die vor Hitler bestand.

Molotow meinte damit die Weimarer Verfassung, die, wie er sagte, den einzelnen Ländern eine gewisse Autonomie sicherte und eine demokratische Regelung der örtlichen Angelegenheiten sowie das Bestehen und die Tätigkeit demokratischer Organisationen ermöglichte. „Warum sollten wir der Weimarer Verfassung nicht das Nützliche, das in ihr enthalten ist, entlehnen? Man könnte alle die notwendigen Verbesserungen an dieser Verfassung vornehmen, die wir alle als zweckmäßig anerkennen.“

Bevin und Bidault lehnten die Weimarer Verfassung als Ausgangspunkt für eine weitere Debatte ab. Bevin erklärte, daß die Weimarer Verfassung einige Punkte enthalte, die ihm als unerwünscht erschienen. Bevin schlug vor, die verschiedenen Ansichten, die im Laufe der Diskussion ausgesprochen wurden, zusammenzufassen und sie dann erneut zu besprechen.

Bidault erklärte, daß Deutschlands Vergangenheit auf die Unzulänglichkeit der Weimarer Verfassung hinweise. Die Weimarer Verfassung könne daher bei der Entscheidung der Frage der politischen Organisation Deutschlands nicht als Grundlage dienen.

Die Außenminister faßten den Beschluß, einen Koordinierungsausschuß einzusetzen, der die Vorschläge



der einzelnen Delegationen, die in dem Bericht des Kontrollrats enthalten sind, aufeinander abstimmen und vergleichen soll. Zu diesem Zweck sollen alle Delegationen Vorschläge, die sich auf den Bericht des Kontrollrates beziehen, dem Koordinierungsausschuß sofort schriftlich zuleiten. Der Koordinierungsausschuß wurde angewiesen, seinen Bericht bis zum 25. März fertigzustellen. Der Außenministerrat be-

schloß, bis zu diesem Zeitpunkt die allgemeine Diskussion über den Bericht des Kontrollrats zurückzustellen.

Auf Vorschlag Marshalls wurde beschlossen, die nächste Sitzung des Außenministerrates überhaupt erst am 25. März 1947 stattfinden zu lassen.

Am 23. März 1947 fanden keine Sitzungen statt.

## Die Verhandlungen am 24. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten für Deutschland stellten ihren evidierten Bericht über das Verfahren für die Teilnahme der kleineren alliierten Nationen an den Verhandlungen über den deutschen Friedensvertrag fertig und leiteten ihn an den Außenministerrat weiter. Auch dieser neue Bericht wies in vielen Punkten keine Übereinstimmung auf.

Die französische Delegation, des Außenministerrates überreichte dem Koordinierungsausschuß eine Zusammenfassung der französischen Vorschläge und Ansichten zu den bisher diskutierten Problemen, die den letzten Stand der französischen Einstellung aufzeigte:

#### 1. Entwaffnung und Entmilitarisierung

Der Alliierte Kontrollrat in Berlin soll aufgefordert werden:

- a) die Zerstörung sämtlicher militärischen Einrichtungen und sämtlichen Materials zu beschleunigen;
- b) vor dem 1. Juli 1947 einen Plan für die Liquidierung der Kriegsindustrien aller Kategorien aufzustellen;
- c) vor dem 1. Dezember 1947 die besonders für die Erzeugung von Kriegsmaterial aufgebauten Fabriken tatsächlich aufzulösen;
- d) andere Fabriken, die ein ausgesprochenes Kriegspotential aufweisen, binnen einer Frist von acht Monaten nach Aufstellung des Reparationsplanes und Festsetzung des neuen Industrienniveaus zu liquidieren. Die Demontage dieser Werke soll durch eine Vier-Mächte-Kommission für die Demontagavorhaben überprüft werden.

#### 2. Entnazifizierung

Der Kontrollrat soll aufgefordert werden, die Ausweisung aller Nazis aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern nachdrücklich zu verfolgen. Er soll für ganz Deutschland eine gleichartige Gesetzgebung erlassen und gegen alle ehemaligen Nazis nach dem Maße ihrer Verantwortung vorgehen.

#### 3. Demokratisierung

Die Sonderbeauftragten sollen die Grundsätze nachprüfen, die in den Verfassungen der verschiedenen Länder festgelegt sind. Der Kontrollrat soll Maßnahmen für freie Betätigung der Parteien und Gewerkschaften im Rahmen der Länder treffen.

#### 4. Wirtschaftliche Probleme.

Der Außenministerrat soll den Hundertsatz für die obligatorische Ausfuhr deutscher Kohle festsetzen und dabei den besonderen Wiederaufbaubedürfnissen der europäischen Länder Rechnung tragen. Die Sonderbeauftragten sollen, so heißt es in den französischen Vorschlägen, die Grundsätze der wirtschaftlichen Einheit und der Organe, die für deren Verwirklichung notwendig sind, festlegen. Die Sonderbeauftragten sollen Grundsätze aufstellen, die für den Reparationsplan und das Industrienniveau maßgebend sind. Sie sollen vor allem die ungefähre Höhe der Kapazität der Stahlproduktion festsetzen, wie sie seinerzeit vorgesehen worden ist (7½ Millionen Tonnen).

Zusätzlich könnte Deutschland durch die Einführen versorgt werden. Auf der Basis der so dargelegten Grundsätze soll der Kontrollrat bis zum 1. Juli 1947 einen Plan entwerfen und dann während der darauf folgenden drei Monate eine Liste derjenigen Fabriken zusammenstellen, die bestehenbleiben können, während er für die sofortige Schließung der anderen Sorge zu tragen hat. Der Kontrollrat soll die Aufsicht über die Verteilung von Kohle, Energie und Stahl an die beibehaltene Industrie verstärken. Ferner soll der Kontrollrat Maßnahmen zur Auflösung der Kartelle treffen. Es ist eine Liste der Trusts aufzustellen, die automatisch aufzulösen sind, und es sind die Grundsätze darzulegen, nach denen die anderen Trusts Liquidationsausschüssen überantwortet werden sollen. Ferner sind Maßnahmen gegen die erneute Bildung aufgelöster Trusts oder die Gründung anderer Trusts zu ergreifen. Die Kartelle sind einzuschränken oder abzuschaffen. In Ausnahme-

fällen sind im Einvernehmen der vier Großmächte Genehmigungen zu erteilen. Schließlich soll der Kontrollrat ein Programm finanzieller Reformen verwirklichen.

#### 5. Reparationen

Drei Monate nach Aufstellung des Reparationsplanes und Festsetzung des Industrienniveaus soll der Kontrollrat eine Liste der Fabriken und Ausrüstungen ausarbeiten, die demontiert werden sollen. Der Kontrollrat soll auch die Ausrüstungen festlegen, die aus den bestehenbleibenden Werken zu entnehmen sind. Er soll die Ausführung der Reparationen in den westlichen Zonen beschleunigen, damit ihre Auslieferung bis zum 31. Dezember 1947 beendet ist.

Die Sonderbeauftragten sollen die Möglichkeit von Reparationen in Gestalt von Dienstleistungen und Lieferungen prüfen. Das Programm zur Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion soll den Rückwirkungen auf das Kriegspotential und die Zahlungsbilanz Rechnung tragen. Der Interalliierte Ausschuß für Reparationen der vier Großmächte soll seine Tätigkeit wieder aufnehmen.

#### 6. Bevölkerungsverschiebungen

Es sollen keine Bevölkerungsverschiebungen vorgenommen werden, die über die bereits früher beschlossenen hinausgehen. Die im Gange befindlichen Ausweisungen sind in dem Maße aufzuschieben, in dem es möglich sein wird, das Einverständnis der beteiligten Staaten zu erhalten. Der Kontrollrat soll die freiwillige Repatriierung verschleppter Personen beschleunigen.

#### 7. Organisierte deutsche Auswanderung

Zu diesem Zweck soll bis zum 1. Juli 1947 in Paris eine Konferenz der vier Großmächte zusammentreten. Interessierte Staaten werden möglicherweise dazu eingeladen werden.

#### 8. Territoriale Organisation

Die Sonderbeauftragten sollen eine Liste vorlegen, in der die Grenzen der Länder festgelegt sind.

#### 9. Provisorische politische Organisation

Die Organisation der Länder soll auf demokratischer Basis (Durchführung von Wahlen, Bildung von lokalen Regierungen) so bald wie möglich beendet sein. Diese Länder sollen mit all denjenigen Regierungsvollmachten ausgestattet werden, die nicht die Sicherheit der Besatzungsmächte in Frage stellen. Dabei soll nach den Grundsätzen vorgegangen werden, die von den Sonderbeauftragten zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit niedergelegt sind.

Auch die anderen Delegationen überreichten dem Koordinierungsausschuß schriftliche Unterlagen.

Die Vereinigten Staaten überreichten drei Memoranden, von denen das erste vorschlug, daß der Alliierte Kontrollrat in Berlin beauftragt werden soll, bis zum 1. Juni 1947 einen Bericht darüber fertigzustellen, welches Mindestmaß an Besatzungstruppen für jede der vier Zonen am 1. Juli 1947 und am 1. Juli 1948 erforderlich sein werde, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. In dem Memorandum hieß es weiter, daß eine Herabsetzung der Besatzungstreitkräfte und Besatzungskosten notwendig sei, um die deutsche Wirtschaft so bald wie möglich auf sich selbst zu stellen.

Das zweite Memorandum beschäftigte sich mit der Demokratisierung Deutschlands. Es enthält einen Plan für den vorläufigen politischen Aufbau Deutschlands, nach dem ein deutscher Nationalrat als provisorische Regierung und eine verfassungsgebende Versammlung zur Vorbereitung einer demokratischen Verfassung auf Grund allgemeiner Wahlen gebildet werden sollen. Der Nationalrat kontrolliert die zentralen Verwaltungsorgane, die durch den



Kontrollrat zur Lösung gesamtdeutscher Aufgaben errichtet werden können. Der Kontrollrat soll die Maßnahmen der provisorischen Regierung nicht im einzelnen beaufsichtigen. Diese hat die Aufgabe, eine demokratische Verfassung vorzubereiten, eine vom Volk gewählte verfassungsgebende Versammlung einzuberufen und ihr den Verfassungsentwurf zur Erörterung, Überarbeitung und Annahme vorzulegen. Die endgültige Zustimmung zu dieser Verfassung gibt der Kontrollrat. Zu ihrer Ratifizierung bedarf es der Zustimmung der Mehrheit aller Wähler und der Stimmenmehrheit in jedem einzelnen Lande. Die provisorische Regierung hat dem Kontrollrat ferner jede Änderung der territorialen Zusammensetzung der Länder vorzulegen. Bei der Festlegung der Grenzen der Länder sind historische, wirtschaftliche und kulturelle Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Enklaven und willkürliche Abtrennungen, die durch die Besatzungszonen entstanden sind, sollen aufgehoben werden. Die Billigung der Verfassung durch den Kontrollrat hängt von folgenden Bedingungen ab: Deutschland muß ein demokratischer Staat sein; alle politische Macht soll vom Volk ausgehen; das Volk übt diese Aufsicht durch allgemeine Wahlen in bestimmten Zeitabständen aus. Die Wahlen werden bei freiem Wettbewerb der politischen Parteien abgehalten. Keine Partei genießt Privilegien. Die Grundrechte

des Individuums sowie die Freiheiten der Rede, der Religion und des Versammlungsrechtes werden anerkannt und garantiert. Einzelpersonen sind vor willkürlicher Verhaftung, Durchsuchung und Beschlagnahme geschützt; ihre Gleichheit vor dem Gesetz wird gewährleistet.

Das dritte amerikanische Memorandum fordert, daß alliierte Staatsangehörige, deren Eigentum für Reparationszwecke in Anspruch genommen wurde, entschädigt werden sollen.

#### Rat der Außenminister

Der Außenministerrat selbst trat zu keiner Sitzung zusammen.

#### Unterredung Stalin—Bevin

Am Abend des 24. März begab sich der britische Außenminister *Bevin* in Begleitung des britischen Botschafters in Moskau, Sir Maurice Peterson, mit seinem Privatsekretär und seinem Chef-Dolmetscher in den Kreml zu einer Besprechung mit Generalissimus *Stalin*. Der Unterredung wohnten der sowjetische Außenminister *Molotow* und dessen Dolmetscher bei.

Über die Besprechungen wurde kein Communiqué herausgegeben.

## Verfahrensfragen

Die Verhandlungen am 25. März 1947

#### Rat der Außenminister

Der Rat der Außenminister befaßte sich mit dem Bericht der Sonderbeauftragten über das Problem der Beteiligung der kleineren alliierten Nationen bei der Abfassung eines deutschen Friedensvertrages.

Außenminister *Marshall* eröffnete die Aussprache und wandte sich sofort gegen die von der Sowjet-Union vorgeschlagene und von Frankreich unterstützte Teilnahme Albanien an der Friedensregelung.

*Molotow* begründete den albanischen Anspruch damit, daß Albanien den Deutschen Widerstand geleistet hätten und Albanien auch der IARA in Brüssel angehöre.

Außenminister *Bevin* schloß sich der Ansicht *Marshall*s an und wies darauf hin, daß zwischen Großbritannien und Albanien zur Zeit keine diplomatischen Beziehungen bestehen. *Bidault* brachte erneut zum Ausdruck, daß sich Frankreich für die Einbeziehung Albanien in den Kreis der alliierten Mächte ausspreche.

Die ebenfalls zur Debatte stehende Teilnahme Irans wurde von *Bevin* als eine vertragliche Verpflichtung für Großbritannien und die Sowjet-Union aus dem britisch-sowjetisch-iranischen Verträge bezeichnet.

Zu dem von Frankreich gemachten Vorschlag auf Bildung eines Informations- und Konsultationsausschusses nahm Außenminister *Marshall* Stellung. Seiner Ansicht nach sollten alle kriegsführenden Alliierten in gleichem Maße in diesem Ausschuss vertreten sein.

Außenminister *Bidault* schlug zwei Stufen der Beteiligung an der Friedensregelung vor. Einmal sollen die hauptsächlich interessierten Staaten zusammengefaßt werden und dann alle anderen, die wohl Krieg erklärt hätten, aber keine großen, unmittelbaren Interessen zu vertreten haben. Die erste Gruppe soll den Beratungs- und Informationsausschuss bilden und auch in den vier ständigen Ausschüssen und den verschiedenen Unterausschüssen vertreten sein. Die zweite Gruppe soll Gehörigkeit erhalten, ihre Ansichten dem Rat der Außenminister vorzutragen. *Bidault* schlug vor, den Stellvertretern die Frage zu überweisen, zu welchem Zeitpunkt, wenn überhaupt, Albanien und Iran zu den Beratungen über Deutschland hinzugezogen werden sollen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Außenminister *Marshall* legte sodann ein Dokument hinsichtlich der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages vor, in dem es hieß:

„Es ist die Anschauung der Vereinigten Staaten, daß der Außenministerrat mit China als Mitglied alle Staaten, die mit Deutschland im Kriege standen, zu einer Friedenskonferenz einladen sollte, sobald die Vorarbeiten hierzu entsprechend gediehen sind. Es ist unsere Ansicht, daß allen diesen Staaten volle und gleiche Rechte als Konferenzmitglieder zuzugestehen sind. Als Schluß der Konferenz sollten die vier Mitglieder des Außenministerrates, die den vorläufigen Text für den Friedensvertrag vorbereiteten, den definitiven Wortlaut der Friedensregelung auf Grund der Empfehlungen der Friedenskonferenz, die von zwei Dritteln der Stimmen aller Konferenzmitglieder unterstützt werden, festsetzen. Außerdem sollten alle Empfehlungen, die von einer einfachen Mehrheit der Abstimmenten unterstützt würden, in Betracht gezogen werden. Verantwortlichen Vertretern Deutschlands sollte Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten auf der Konferenz vorzubringen. Da aber die Alliierten von Deutschland die bedingungslose Übergabe verlangt hatten, sollte insbesondere von seinen verantwortlichen Beamten nicht verlangt werden, die Verantwortung für die Unterzeichnung des Vertrages oder für die Abstimmung über seine Ratifizierung auf sich zu nehmen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, daß die deutsche Verfassung eine Klausel erhalten sollte, die klar ausdrückt, daß alle in ihr enthaltenen Machtvollkommenheiten in Übereinstimmung mit der Friedensregelung ausgeübt werden müssen, die von den Alliierten vereinbart wurde. Wenn die Deutschen die Verfassung annehmen, werden sie damit genötigt sein, die Friedensregelung anzunehmen. Dann werden nicht einzelne Beamte oder Parteien, sondern es wird das ganze deutsche Volk für die Annahme der Verfassung und der Friedensregelung oder des Friedensstatuts verantwortlich sein.“

Außenminister *Bidault* stimmte den Ausführungen *Marshall*s zu und erklärte, daß es für jede deutsche Regierung schwierig sein werde, die Verantwortung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages auf sich zu nehmen.

Außenminister *Bevin* äußerte gegenüber dem amerikanischen Vorschlag, die Pflicht zur Erfüllung der Friedensvertragsbestimmungen in der deutschen Verfassung festzulegen, ernste Bedenken. *Bevin* bezweifelte, ob die Durchführung einer solchen Bestimmung in der Verfassung rechtlich möglich sei, und erklärte, daß er seinen juristischen Sachverständigen hierüber befragen wolle, ehe er den Vorschlag *Marshall*s annehme oder zurückweise. *Bevin* erklärte weiter, nach seiner Ansicht müßten zwei Entwicklungen gleichzeitig nebeneinander hergehen. Erstens sollten die Alliierten schrittweise eine provisorische deutsche Verwaltung und Regierung und schließlich eine endgültige deutsche Regierung entwickeln. Sie könnten jetzt nicht so wie in Ver-



sailles verfahren und einen Friedensvertrag ausarbeiten und dessen Unterzeichnung fordern, da es keine deutsche Regierung gebe, die es tun könne. Zweitens hoffe er, daß der Rat der Außenminister nicht versuchen werde, in diktatorischer Weise zu handeln, sondern enge Beratungen mit den kleinen Mächten führen werde, wodurch eine Befragung der Weltmeinung erfolge. Auf diesem Wege werde sich in Deutschland unter alliierter Kontrolle eine verantwortliche demokratische Regierung entwickeln und gleichzeitig ein Friedensvertrag für Deutschland entstehen, der von der öffentlichen Weltmeinung getragen werde. Bevin sprach sich dafür aus, daß eine deutsche Regierung zu der Friedensregelung gehört werden solle, wenn ihre Bildung genügend fortgeschritten sei. Bevin betonte, er wolle die Friedensregelung nicht verzögern, die durch die Bildung einer deutschen Regierung entstehen könne.

Außenminister Molotow erklärte, daß die Darlegungen Marshalls neu und bisher nicht zum Ausdruck gebracht worden seien. Er erbat sich daher zwei bis drei Tage Zeit, um die Vorschläge eingehend zu prüfen. Er unterstrich nochmals den sowjetischen Standpunkt, daß eine deutsche Regierung auf der Friedenskonferenz unbedingt gehört werden solle. Es setze den Wert des Friedensvertrages herab, wenn er nicht von einer deutschen Regierung unterzeichnet werde.

### Veröffentlichung von Geheimabkommen

Nachdem der sowjetische Außenminister Molotow am 17. März 1947 die bisher nicht veröffentlichten Beschlüsse der Krimkonferenz (Jalta) veröffentlicht hatte, wurden vom amerikanischen Außenministerium am 25. März Zusammenfassungen der bisher unveröffentlichten Klauseln der von Großbritannien, der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten unterzeichneten Abkommen von Teheran, Jalta und Potsdam in Washington veröffentlicht:

Teheran, 1. Dezember 1943

Die Mächte „kamen überein, es sei vom militärischen Standpunkt aus gesehen höchst wünschenswert, daß die Türkei vor Ende des Jahres auf der Seite der Alliierten in den Krieg eintrete“ (1943).

Die drei Mächte „nahmen Marshall Stalins Erklärung zur Kenntnis, die Sowjet-Union betrachte sich für den Fall, daß sich die Türkei im Krieg mit Deutschland befinde und als eine Folge daraus Bulgarien der Türkei den Krieg erkläre oder die Türkei angriffe, unmittelbar als im Krieg mit Bulgarien befindlich. Die Konferenz nahm ferner zur Kenntnis, daß diese Tatsache bei den kommenden Verhandlungen, die die Türkei am Krieg zu beteiligen, ausdrücklich angeführt werden könne.“

Jalta, 11. Februar 1945

Die, in Jalta getroffenen Entscheidungen, die bisher nicht veröffentlicht wurden, betreffen:

Abkommen der drei Mächte, kollektiv vorzugehen, um „die vollständige Entwaffnung, Entmilitarisierung und Zerstückelung

Deutschlands“ sicherzustellen, so wie es „der künftige Friede und die künftige Sicherheit erfordern“;

Abkommen, Frankreich eine Besatzungszone in Deutschland zu geben und die provisorische französische Regierung, die zu der Zeit unter der Führung General de Gaulles stand, einzuladen, Mitglied des Alliierten Kontrollrats für Deutschland zu werden;

Protokoll über die von Deutschland zu leistenden Reparationen — der Text dieses Protokolls wurde am 17. März 1947 von Molotow bekanntgegeben — (vgl. Europa-Archiv S. 681);

Zusprechung der Kurilen und Sachalins an die Sowjet-Union als eine Bedingung für ihren Kriegseintritt gegen Japan;

Abkommen, die Zulassung der Ukraine und Bjelorußlands an Einzelmitglieder der Vereinten Nationen zu unterstützen;

Pläne für Beratungen zwischen den fünf Großmächten, die einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat haben, vor dem Zusammentritt der Konferenz der Vereinten Nationen über die Frage der Treuhänderschaft.

Die Konvention von Montreux wurde auf der Konferenz von Jalta ebenfalls erörtert. Es wurde vereinbart, daß die Frage bei dem nächsten Zusammentritt der Außenminister erörtert und die türkische Regierung „im geeigneten Augenblick unterrichtet werden solle.“

Potsdam, 2. August 1945

Der früher veröffentlichte Text der Abkommen von Potsdam bezog sich auf die vereinbarten Grundsätze für die Verteilung der deutschen Flotte und Handelsschiffe, besagte jedoch nicht, welches die Grundsätze waren. In dem jetzt veröffentlichten Text heißt es:

„Die Gesamttonnage der deutschen Überwasserstreitkräfte, ausgenommen versenkte Schiffe und Schiffe, die von den alliierten Nationen übernommen wurden, jedoch einschließlich der in Bau oder in Reparatur befindlichen Schiffe, soll zu gleichen Teilen zwischen der Sowjet-Union, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten aufgeteilt werden.“

Der größere Teil der deutschen Unterseebootsflotte soll versenkt werden. Nicht mehr als 30 Unterseeboote sollen erhalten bleiben und zu gleichen Teilen zwischen der Sowjet-Union, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten für technische Zwecke und Experimente aufgeteilt werden.“

Andere unveröffentlichte Klauseln beziehen sich auf:

1. ein Abkommen, daß von Österreich keine Reparationen gefordert werden sollten;

2. die Dardanellen: „Die drei Regierungen erkannten an, daß die Konvention von Montreux über die Meerengen revidiert werden solle, da sie den heutigen Bedingungen nicht gerecht werde. Als nächster Schritt wurde vereinbart, daß die Angelegenheit in direkten Besprechungen zwischen jeder der drei Regierungen und der türkischen Regierung erörtert werden soll.“ (Diese Klausel war bereits früher veröffentlicht worden, ohne daß aber bekanntgeworden war, daß es sich um einen Teil des Potsdamer Abkommens handelte);

3. die internationale Zone von Tanger;

4. die Evakuierung alliierter Truppen aus Persien;

5. eine revidierte Verfahrensordnung der Alliierten Kontrollkommission in Rumänien, Bulgarien und Ungarn.

### Die Verhandlungen am 26. März 1947

#### Rat der Außenminister

Der Außenministerrat befaßte sich weiterhin mit den am Vortage diskutierten Verfahrensfragen. Während die Vereinigten Staaten und Großbritannien vorschlugen, alle Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden haben, an der Friedenskonferenz teilnehmen zu lassen, ging die Sowjet-Union von einer Beschränkung der Zahl auf achtzehn oder neunzehn Nationen nicht ab. Der amerikanische Vorschlag auf Teilnahme Chinas brachte einen formellen Einspruch Molotows.

In der Frage der Zulassung Albaniens kam es zu keinem Ergebnis.

In der Frage, ob Deutschland den künftigen Friedensvertrag unterzeichnen soll oder ob es genüge, ihm ein Statut aufzuerlegen, ohne seine Zustimmung zu verlangen, war das Ergebnis der mehrere Stunden dauernden Debatte etwa folgendes:

Die Sowjet-Union hält daran fest, daß der Vertrag erst unterzeichnet werden kann, wenn eine verfassungsmäßige deutsche Regierung eingesetzt worden ist. Großbritannien erklärt, daß der Vertrag von einer deutschen Regierung unterzeichnet werden soll, falls eine solche im Augenblick der Fertigstellung des Vertrages besteht. Frankreich steht auf dem Standpunkt, daß es ohne Bedeutung ist, ob eine deutsche Regierung den Vertrag unterschreibt oder nicht und ob das deutsche Volk ihn annimmt oder nicht. Frankreich ist der Ansicht, daß der Vertrag das Statut des künftigen Deutschlands darstellen wird, da er ja auch die verfassungsmäßige Form des deutschen Staates definieren wird. Der neue amerikanische Vorschlag verzichtet auf die bisher von den Amerikanern vorgeschlagene Volksabstimmung über das Deutschland aufzuerlegende Friedensstatut (vgl. Europa-Archiv S. 492).

Nach den neuen Vorschlägen Marshalls soll die Ausführung der Friedensbedingungen durch die Aufnahme einer



Klausel in die deutsche Verfassung geregelt werden. Von französischer Seite wurde hierzu betont, daß dieser neue Vorschlag aber auch wieder auf eine Volksabstimmung hinauslaufe, da die Verfassung ja nach Auffassung der drei Großmächte durch eine Volksbefragung gebilligt werden solle.

Außenminister Marshall gab gegen Ende der Debatte eine Erklärung ab, in der er sagte, daß er angesichts der Opposition Bevin und Molotows nicht unbedingt auf dem Vorschlag der Vereinigten Staaten bestehen werde. Die Unter-

zeichnung des Vertrages durch eine deutsche Regierung sei kein dringendes Problem. Wenn man so weit sei, daß eine Friedenskonferenz einberufen werde, könne man sich darüber einigen, und die Konferenz könne gegebenenfalls darüber mitentscheiden.

Bei diesem Stand der Debatte beschlossen die Außenminister, die Verfahrensfragen an die Sonderbeauftragten zurückzuverweisen. Erst nach einer einstündigen Erörterung konnten die Außenminister sich über die Tagesordnung für die Sitzung des 27. März einigen.

### Die Verhandlungen am 27. März 1947

#### Rat der Außenminister

Dem Rat der Außenminister legte Bevin eine Denkschrift vor, in der er die Auflösung der deutschen „Dienstgruppen“ bis zum 31. Dezember 1947 in Aussicht stellte. Diese Dienstgruppen waren von Molotow als militärische Einheiten be-

zeichnet worden, die im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stünden.

Im weiteren Verlauf ihrer Sitzung wandten sich die Außenminister der strittigen Frage der deutschen Gut- haben in Österreich zu.

### Der Bericht des Koordinierungsausschusses

#### Die Verhandlungen am 28. März 1947

#### Rat der Außenminister

Der den Außenministern vorgelegte Bericht des Koordinierungsausschusses hielt alle Punkte fest, in denen eine Einigung erzielt wurde, und auch die Punkte, in denen es nicht gelang, zu einer Übereinkunft zu kommen:

**Entmilitarisierung und Abrüstung:** Über die rasche Zerstörung der Rüstungsfabriken sowie der Fabriken zur Herstellung ihrer Betriebseinrichtung bestand Einvernehmen. Uneinigkeit bestand jedoch über den Abbau solcher Werke, die nur teilweise ein Kriegspotential darstellen. Frankreich und die Sowjet-Union verlangten ihre rasche Demontage, während Großbritannien und die Vereinigten Staaten diese von der Verwirklichung der deutschen Wirtschaftseinheit und der Festsetzung des deutschen Industrieniveaus abhängig machten. Uneinigkeit herrschte ferner in der Festsetzung der Fristen für die Vernichtung des industriellen Kriegspotentials. Einigkeit herrschte im Prinzip über die Auflösung aller militärischen Formationen. Uneinigkeit bestand jedoch über den Zeitpunkt der Auflösung dieser Einheiten beziehungsweise über die Aufgaben, zu denen das Personal bis zur Auflösung herangezogen werden soll.

**Entnazifizierung:** Einigkeit herrschte über die Notwendigkeit der Beschleunigung der Entnazifizierungsmaßnahmen gemäß den Richtlinien des Alliierten Kontrollrates einschließlich der Amtsenthebung aktiver Nazis aus amtlichen und halbamtlichen Stellungen, beschleunigter Prüfung ihrer Fälle durch zuständige Gerichtshöfe und Bestrafung der Kriegsverbrecher nach dem Grade ihrer Verantwortlichkeit. Einigkeit bestand ferner im Prinzip über den sowjetischen Vorschlag zur Entnazifizierung, aber Vorbehalte wurden hinsichtlich der endgültigen Formulierung dieses Vorschlages geltend gemacht. Uneinigkeit herrschte über die Vereinheitlichung der bereits in den einzelnen Zonen bestehenden Entnazifizierungsgesetze, wie sie von Marshall gefordert wurde.

**Demokratisierung:** Einmütigkeit bestand über den Grundsatz einer freien Entwicklung der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften. Während Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union geneigt waren, Parteien und Gewerkschaften sich in ganz Deutschland organisieren zu lassen, widersetzte sich Frankreich dieser Bestrebung.

In der Frage der Wahlen konnte kein Einvernehmen erzielt werden.

Hinsichtlich der von General Marshall geforderten Grundfreiheiten für die Einzelperson bestand im Prinzip Einigkeit. Auch über die Freiheit des Personen- und Güterverkehrs wurde ein grundsätzliches Einvernehmen erzielt. Uneinigkeit herrschte jedoch hinsichtlich der „Modalitäten“.

In den Fragen der Erziehung und der Umerziehung zur Demokratie konnte kein Einvernehmen erreicht werden.

**Wirtschaftseinheit:** In der Frage der Viermächtekommission für das Ruhrgebiet kam es zu keiner Einigung. Die Sowjet-Union machte die Wirtschaftseinheit Deutschlands von der Lösung dieser Frage abhängig, Frankreich stellte für alle Abmachungen die Bedingung auf Festlegung der Kohlenlieferungen für Frankreich und den Anschluß des Saargebietes an das französische Wirtschaftsgebiet.

Großbritannien stellte in der Frage der Wirtschaftseinheit die Bedingung, daß nicht nur die künftigen Defizite der Handelsbilanz, sondern auch die bisherigen gemeinsam getragen und alle Ausfuhrsgüter für die Bezahlung der Einfuhren verwandt werden.

**Industrieniveau:** Der Koordinierungsausschuß hat festgestellt, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union dem britischen Standpunkt zustimmen, nach Erhöhung des deutschen Industrieniveaus müsse der Notwendigkeit der Kohlenausfuhr nach den befreiten Ländern unter der Bedingung Rechnung getragen werden, daß dadurch die Last der Besatzungsmächte nicht erschwert wird.

**Bodenreform:** Über die Notwendigkeit der Bodenreform herrschte grundsätzliches Einvernehmen, über die Art ihrer Durchführung dagegen nicht. Man einigte sich, die Bodenreform bis Ende 1947 durchzuführen.

**Reparationen:** Die Sowjet-Union forderte Reparationen in Höhe von zehn Milliarden Dollar, die sich aus der Lieferung von deutschen Industrieanlagen (bis spätestens 1. Juli 1948), die für eine deutsche Friedenswirtschaft nicht mehr benötigt werden, aus Lieferungen der laufenden Produktion und aus übernommenen deutschen Auslandsanlagen sowie bestimmten Dienstleistungen zusammensetzen und innerhalb zwanzig Jahren erfüllt werden sollen. Frankreich hatte im Prinzip keine Einwendungen gegen Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion. Großbritannien und die Vereinigten Staaten widersetzten sich den sowjetischen Forderungen.

**Politische Struktur Deutschlands:** Eine Einigung wurde nicht erreicht. Die Sowjet-Union wünschte einen dezentralisierten Einheitsstaat mit einem Präsidenten und zwei Kammern. Die Vereinigten Staaten schlugen eine provisorische Zentralregierung vor und waren für eine föderalistischere Staatsform als den von Großbritannien geforderten Bundesstaat mit Zentralregierung. Der britische Vorschlag sieht einen Staatspräsidenten, zwei Kammern und einen Obersten Gerichtshof vor. Frankreich trat für stärkste Föderalisierung in Form eines Staatenbundes ein.



Auf besonderen Vorschlag der Sowjet-Union wurde in den Bericht des Koordinierungsausschusses der neue sowjetische Vorschlag aufgenommen, „die Machtorgane auf Grund demokratischer Wahlen zu bilden und eine provisorische Regierung zu schaffen, die die Einheit Deutschlands gewährleistet und gleichzeitig die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten übernimmt.“

*Gebietsmäßige Neuorganisation:* Einigkeit wurde erzielt, wonach jede Gebietsveränderung ohne vorherige Genehmigung durch den Kontrollrat verboten sein soll.

*Verschleppte, Ausgewiesene, Auswanderer:* Über die von sowjetischer Seite gemachten Vorschläge über die Lager für verschleppte Personen konnte keine Einigung erzielt werden. Nur über die Frage der Verbreitung von Zeitungen und Zeitschriften und das Aufführen von Filmen aus den Heimatländern der verschleppten Personen sowie über die freie Benutzung der internationalen Nachrichtenmittel wurde Einigung erzielt. Der sowjetische Vorschlag, die Rückführungskosten den Besatzungsmächten aufzuerlegen und nicht mehr wie bisher durch Deutschland tragen zu lassen, wurde von den drei anderen Mächten abgelehnt.

Über den französischen Vorschlag, keine weitere Umsiedlung deutscher Bevölkerung mehr vorzunehmen und eine Auswanderung aus Deutschland zu organisieren, konnte keine Einigung erzielt werden. Auch über die von Frankreich vorgeschlagene Konferenz zum Zwecke der Erörterung einer organisierten Auswanderung, die bis spätestens 1. Juli 1947 in Paris einberufen werden soll, kam es zu keiner Einigung.

Über den von Großbritannien gemachten Vorschlag einer Neuaufteilung der nach Deutschland zurückgeführten Bevölkerung kam es zu keiner Übereinkunft.

In der Debatte über den Bericht des Koordinierungsausschusses schlug Außenminister *Marshall* vor, aus dem Bericht nur die wichtigsten Punkte herauszugreifen und zur Debatte zu stellen und Fragen von sekundärer Bedeutung vorerst beiseitezulassen, um so den Fortgang der Konferenz zu beschleunigen. Die von *Marshall* vorgeschlagenen Punkte beziehen sich auf die wirtschaftliche Einheit Deutschlands, die Revision des deutschen Industrieniveaus und die Wiederaufnahme der deutschen Reparationsleistungen sowie auf die

Form und die Befugnisse einer provisorischen deutschen Regierung.

*Marshall* erklärte, daß diese Fragen die grundlegenden Probleme seien. Wenn der Außenministerrat diese Fragen lösen könne, dann könne man die anderen Probleme dem Kontrollrat in Berlin überlassen. *Marshall* schlug vor, die weniger wichtigen Fragen einem Sonderausschuß zu überweisen, der seinen Bericht am 2. April unterbreiten solle. Der Bericht solle die an den Kontrollrat zu erteilenden Direktiven enthalten.

*Molotow* erklärte sich mit dem Vorschlag *Marshall*s einverstanden, daß die Frage der Reparationen mit der Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands in Verbindung gebracht und die Frage der Entmilitarisierung als ein weiterer Punkt in den Vorschlag *Marshall*s eingeschlossen werden solle. Die Minister kamen überein, daß die Frage der Wirtschaftseinheit die Frage der Reparationen als Ganzes gesehen einschließe. *Marshall* wies darauf hin, daß er das Problem der Entmilitarisierung nicht vorgebracht habe, da es ein Teil des gemäß der Tagesordnung später zu erörternden Viermächtepaktes sei. Er habe jedoch keine Einwendung dagegen, dieses Problem schon vorher zu behandeln.

Hierauf machte *Bevin* für die Tagesordnung der folgenden Sitzung einen Vierpunktevorschlag:

1. Auswahl der wichtigsten Punkte aus dem Bericht des Koordinierungsausschusses,
2. Bestimmung der Punkte, die dem von *Marshall* vorgeschlagenen Ausschuß übersandt werden sollen,
3. Aufstellung eines Arbeitsplanes für diesen Ausschuß,
4. Beginn der Debatte über die ersten Hauptpunkte der grundlegenden Fragen.

Länger als 75 Minuten diskutierten die Außenminister über einen Vorschlag *Marshall*s, die Frage der Zusammensetzung der Friedenskonferenz den Sonderbeauftragten zu überweisen. Dieser Vorschlag, der allen gegen Deutschland kriegführenden Nationen die Teilnahme an der Friedenskonferenz ermöglichen würde, war am Vortag zurückgestellt worden, als die übrigen Punkte des Verfahrensberichtes an die Sonderbeauftragten zurückverwiesen wurden. Diesmal entschlossen sich die Minister, auch diesen Teil zurückzuverweisen. Die gesamte Verfahrensfrage wurde somit auf die Tagesordnung der Sonderbeauftragten gesetzt.

## Die Hauptprobleme der Konferenz: Wirtschaftsfragen — Entmilitarisierung — Staatsaufbau

Die Verhandlungen am 29. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Vor den Sonderbeauftragten für Deutschland erstattete der Präsident der Interalliierten Reparationsagentur, *Jacques Rueff*, den Bericht der IARA. Im Verlauf seiner Ausführungen brachte er die Unzufriedenheit der achtzehn Mitgliedstaaten der IARA über die bisherige Behandlung der deutschen Reparationsfrage zum Ausdruck.

Neun Monate nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens wurden nach Angaben *Rueff*s von den in Potsdam vorgesehenen 1546 Werken 143 Werke zur Verteilung für Reparationszwecke bestimmt, von denen 59 abgebaut wurden, während die restlichen im April und Mai 1947 abgebaut werden sollen. Wie *Rueff* erklärte, waren von den 143 Fabrikanlagen nur 72 vollständig. *Rueff* erinnerte daran, daß im April 1921 Deutschland innerhalb von zwei Jahren nach dem ersten Weltkrieg bereits acht Milliarden Reichsmark an Reparationen gezahlt hatte, während Ende 1946 nur für etwa 12 Millionen Pfund Sterling Schiffsraum und Fabrikanlagen im Werte von 64 Millionen Reichsmark geliefert waren.

„Wie weit sind wir von dem entfernt, was die Geschichte den ‚ersten Zusammenbruch der deutschen Reparationslieferungen‘ nannte.“

*Rueff* äußerte sich dann zu dem Plan, die Berliner Reparationskommission wieder ins Leben zu rufen. Er bezeichnete eine solche Maßnahme als nicht zweckmäßig und erklärte, daß die Reparationskommission nur erfolgreich arbeiten könne, wenn sie unmittelbar mit dem Rat der Außenminister zusammenarbeite. „Könnte man nicht innerhalb der Verwaltung des Kontrollrates ein Reparationsamt schaffen, das seinem Charakter nach ein Viermächteamt ist, bei dem aber jede leitende Stelle nicht durch einen Ausschuß, sondern nur von einem einzigen Verantwortlichen ausgefüllt wird?“

### Rat der Außenminister

Der Rat der Außenminister nahm den am Vortag von *Marshall* gemachten Vorschlag mit einigen Ergänzungen *Molotow*s an. Demzufolge werden die Außenminister sich mit folgenden vordringlichen Problemen befassen:

1. Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit, deutsche Industriekapazität, Verteilung der Reparationen;
2. Entmilitarisierung;
3. Form und Wirkungsbereich der vorläufigen Regierung.

Die übrigen Punkte des Berichtes des Alliierten Kontrollrates gehen an einen Sonderausschuß, der sich aus General *Robertson* (Großbritannien), Edward *Mason* (Ver-



einigte Staaten), Marshall *Sokolowski* (Sowjet-Union) und *Hervé Alphand* (Frankreich) zusammensetzt. Dieser Ausschuss erhielt die Anweisung, dem Außenministerrat am 3. April Bericht zu erstatten.

Die britische Delegation brachte in Form einer Entschliessung einen Antrag ein, in dem die Entlassung und Rückführung aller ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht bis Ende 1948 vorgeschlagen wurde. Die einzelnen Mächte sollen bis Juni 1947 Pläne für die Rückführung der in ihren Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen unterbreiten. Hierdurch soll die Aufnahme der entlassenen Kriegsgefangenen durch die deutsche Wirtschaft möglich gemacht werden. Die Repatriierung soll sich auf sämtliche Angehörige der ehe-

maligen deutschen Streitkräfte und Hilfsdienste erstrecken, auch auf solche, die von einer Kontrollmacht an eine andere alliierte Macht übergeben worden sind, und bis zum 31. Dezember 1948 abgeschlossen sein.

Die britische Delegation gab ferner eine Erwiderung auf die von Molotow gemachte Anschuldigung, daß in der britischen Zone fünf führende Nazis in einflußreichen Stellungen tätig seien. In der Erklärung hieß es, daß vier der genannten Personen sich entweder in einem Internierungslager oder Krankenhaus befinden und der fünfte nach sorgfältiger Überprüfung nicht als Nazi gelten könne.

Am 30. März 1947 fand keine Sitzung des Außenministerrats statt.

## Die Verhandlungen am 31. März 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Vor den Sonderbeauftragten setzte der Präsident der IARA seinen Bericht über deutsche Reparationen fort. Hieran schloß sich eine Diskussion über die deutschen Goldbestände. Rueff erklärte, daß sich nach den Berichten der Westmächte 220 Tonnen Gold in den westlichen Zonen befänden. Die IARA hoffe, daß diese Bestände an die Länder, die darauf Anspruch erhoben hätten, verteilt würden. *Wyschinskij* gab sich mit diesen Angaben nicht zufrieden und forderte nähere Einzelheiten. Rueff erklärte, die Sowjet-Union habe in Potsdam auf das in den Westzonen erbeutete Gold verzichtet. Ferner hätten die Vereinigten Staaten erklärt, daß alles Gold der interalliierten Behörde zur Verfügung gestellt werde. Die Dreier-Goldkommission habe alle Länder, die Ansprüche stellten, um Angabe der Höhe ihrer Forderungen gebeten und erwarte ihre Antworten bis zum 1. April 1947. Auf die Frage *Wyschinskijs*, ob es stimme, daß sich noch beträchtliche Mengen Gold in Schweden und der Schweiz befänden, erklärte Rueff, daß er alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen mitgeteilt habe und daß es nicht die Aufgabe der IARA sei, das Gold ausfindig zu machen.

### Rat der Außenminister

Dem Rat der Außenminister unterbreitete Außenminister *Bevin* in längeren Darlegungen die britischen Vorschläge für die Einrichtung technischer Zentralverwaltungsstellen für Deutschland, für die Vorbereitung der künftigen politischen Struktur, für die Verwaltung Deutschlands als wirtschaftliche und sich selbst tragende Einheit, für die Erhöhung des Industrieniveaus und für eine schnellere Lieferung von Reparationen.

Das verlesene Dokument „Ergänzende Richtlinien für die Behandlung Deutschlands“ hatte folgenden Wortlaut:

„In dem Wortlaut des Teils 3 des Potsdamer Abkommens, das am 2. August 1945 veröffentlicht wurde, sind die Absichten der alliierten Besatzungsmächte in Deutschland sowie die politischen und wirtschaftlichen Richtlinien niedergelegt worden, nach denen Deutschland zu Beginn der Besatzungszeit regiert werden sollte.

Die Kontrollmächte bestätigen noch einmal, daß sie zu den Grundsätzen stehen, die in diesem Abkommen enthalten sind. Es ist ihre Absicht, den deutschen Militarismus und den Nazigeist auszurotten. Es ist nicht ihre Absicht, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Es ist ihre Absicht, daß die deutsche Bevölkerung ihr Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage wiederaufbauen soll. Sie sind jedoch der Ansicht, daß der Ablauf der Ereignisse die Niederlegung weiterer Richtlinien fordert, die sie während der zweiten Phase, die jetzt beginnt, leiten sollten. Sie betrachten diese Darlegung der Richtlinien als eine Ergänzung auf Grund der Erfahrungen, die mit den im Potsdamer Abkommen niedergelegten Grundsätzen gemacht wurden. Sollten sich jedoch Unterschiede zwischen den Richtlinien, die im Potsdamer Abkommen enthalten sind, und denen, die in der jetzigen Denkschrift aufgeführt werden, herausstellen, so soll nach letzteren verfahren werden.

Die Besatzungsmächte kamen überein, daß es ihre Hauptaufgabe und auch die der Deutschen ist, während dieser Periode folgende Ziele zu erreichen:

1. Politische Verhältnisse sollen geschaffen werden, die die Welt gegen einen erneuten deutschen Rückfall in die Diktatur und gegen jegliches Wiederaufleben einer deutschen Angriffspolitik sichern.

2. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sollen so gestaltet werden, daß sie es Deutschland ermöglichen, sich selbst zu erhalten, die Auslagen, die von den Besatzungsmächten seit Beginn der Besatzungszeit für Deutschland gemacht wurden, zurückzuerstatten und den Schaden, den Deutschland im Kriege verursacht hat, wiedergutzumachen. Darüber hinaus sollen diese wirtschaftlichen Verhältnisse es Deutschland und der Welt ermöglichen, aus der deutschen Industrie und ihren Hilfsquellen Nutzen zu ziehen, ohne daß die wirtschaftlichen Grundlagen so ausgebaut werden, daß sie wieder für eine Angriffspolitik Verwendung finden können.

3. Verfassungsmäßige Einrichtungen sollen in Deutschland geschaffen werden, welche die Durchführung dieser Ziele sicherstellen, aber auch gleichzeitig für das deutsche Volk annehmbar sind.

4. Zu diesem Zweck soll beim deutschen Volke die größte Anteilnahme an der politischen, verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Entwicklung im demokratischen Sinne geweckt und ihm die weiteste Verantwortlichkeit übertragen werden.

Im Hinblick auf diese Absichten sind die Kontrollmächte über folgende Richtlinien übereingekommen, die sie während der zweiten Phase der Kontrollperiode leiten sollen. Bei der Ausführung dieser Punkte sollen die Deutschen eine größere Rolle spielen.

### A. Politische Richtlinien

I. Zur Förderung der Politik der Dezentralisation in der politischen Struktur und der Entwicklung örtlicher Selbstverwaltung, die im Absatz 9 der in Potsdam niedergelegten Grundsätze vorgesehen ist, bleibt es das Ziel der Kontrollmächte, schließlich in Deutschland eine Verfassung errichtet zu sehen, die auf der Herrschaft des Rechtes beruht und eine Teilung der Gewalten zwischen den einzelnen Staaten oder Ländern und der Zentralregierung vorsieht. Diese Teilung der Gewalten soll nach den folgenden Grundsätzen geschehen:

a) Alle Gewalt soll bei den Ländern liegen mit Ausnahme der Vollmachten, die besonders auf die Zentralregierung übertragen werden und in den folgenden Unterabsätzen b) und c) genannt sind, jedoch den Einschränkungen in Unterabsatz 8 unterliegen. Den Ländern soll darüber hinaus, wo immer möglich, die Durchführung von Gesetzen, die von der Zentralregierung auf Grund des nachfolgenden Unterabsatzes erlassen werden, innerhalb ihrer Ländergrenzen vorbehalten sein. Im besonderen soll es den Ländern obliegen, die zur Durchführung internationaler Verträge notwendigen Gesetze zu erlassen, soweit sie sich auf Angelegenheiten beziehen, die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallen.

b) Die Zentralregierung soll die gesetzgebende und ausführende Verantwortlichkeit haben, die notwendig ist, um sicherzustellen:

1. die notwendige politische Einheit, besonders Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Einwanderung, Auswanderung und Auslieferung, Außenpolitik und die Durchführung von Verträgen, insoweit sie die Angelegenheiten, die unter den Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung fallen, zum Inhalt haben;

2. die notwendige Einheit des Gesetzes, insbesondere hinsichtlich der Grundsätze des Straf-, Zivil- und Handelsrechtes, des Urheber-, Patent- und Warenzeichenrechtes, des Rechts der übertragbaren Wertpapiere, Frachtpapiere und anderen Urkunden, die ein Besitzrecht an Gütern verkörpern;

3. die erforderliche wirtschaftliche Einheit, besonders im Zollwesen und Außenhandel, hinsichtlich Einfuhr- und Ausfuhrkon-



trolle, Aufrechterhaltung bestimmter für Deutschland wichtiger Verkehrsverbindungen auf Straßen und Schienenwegen, für Post und Telegraph, Gewichte und Maße;

4. die notwendige Einheit im Finanzwesen, insbesondere bei der Herausgabe der Währung und beim Münzwesen. Bestimmte Vollmachten sollen der Zentralregierung zustehen für die Ausrichtung des Bankwesens und für die Staatsschuld, bestimmte, noch festzulegende Vollmachten auf dem Gebiete der Steuererhebung und der Devisenkontrolle;

c) Bei den augenblicklichen akuten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland ist es unvermeidlich, daß bestimmte Vollmachten auf wirtschaftlichem Gebiet durch Organe der Zentralregierung unter Aufsicht des Kontrollrates ausgeübt werden. Solche Vollmachten sind erforderlich, besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelheranschaffung, der Verteilung der Lebensmittel und der knappen Rohstoffe für Gebrauchsgüter, auf dem Gebiet der industriellen Planung und der Kontrolle der Arbeitskräfte, der Löhne und Preise. Der Kontrollrat soll zu gegebener Zeit nach Befragung einer deutschen ratgebenden Körperschaft entscheiden, von welchen deutschen Behörden, falls überhaupt, diese Vollmachten ausgeübt werden sollen.

II. Die folgenden Richtlinien sollen die endgültige Form der deutschen Zentralregierung bestimmen:

a) Sie soll aus einem Präsidenten und zwei Kammern gebildet werden. Die eine Kammer soll die Nation als Ganzes und die andere die einzelnen Länder repräsentieren. Beide Kammern sollen in regelmäßigen Zeitabständen von höchstens fünf Jahren gewählt werden.

b) Die Rechte und Pflichten des Präsidenten sollen auf diejenigen eines konstitutionellen Staatsoberhauptes ohne unabhängige Exekutivgewalt begrenzt sein. Er soll sein Amt nicht länger als fünf Jahre innehaben.

c) Die Kammer, die die Nation als Ganzes repräsentiert, soll für die Einbringung und Bearbeitung einer zentralen Gesetzgebung verantwortlich sein, während die zweite Kammer (siehe unter II d) Zusätze einbringen darf.

d) Die Kammer, die die Länder repräsentiert, soll auf Grund gleicher Vertretung für jedes Land gewählt werden. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, sicherzustellen, daß die Gesetzgebung die Interessen der Länder voll und ganz berücksichtigt. Sie soll das Recht eines absoluten Vetos für internationale Verträge und verfassungsmäßige Angelegenheiten und ein aufschiebendes Veto für die übrige Gesetzgebung haben.

e) Die Mitglieder der Zentralregierung brauchen nicht Mitglieder der Kammern zu sein, sollen aber jeder für sich den öffentlich gewählten Kammern für die Ausübung ihrer Funktionen verantwortlich sein.

f) Ein Oberster Gerichtshof soll eingesetzt werden, um die Verfassung zu garantieren und in Streitfragen zwischen den Ländern oder zwischen einem Land und der Zentralregierung eine Entscheidung zu fällen.

III. Als Voraussetzung für die Errichtung einer Herrschaft des Gesetzes und für eine demokratische Entwicklung Deutschlands sollen folgende Rechte frei und unmittelbar von allen Deutschen in ganz Deutschland ausgeübt werden, es sei denn, daß Einschränkungen vom Kontrollrat beschlossen werden: Redefreiheit, Pressefreiheit und Rundfunkfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit und freier Nachrichtenaustausch, Freiheit der Religionsausübung, Freiheit des Zusammenschlusses zu gesetzlich erlaubten Zwecken, Freiheit in der Rechtsprechung, Schutz vor willkürlicher Verhaftung und Einkerkierung.

Die Verfassungen der Länder (und, falls erforderlich, die Verfassung der Zentralregierung) sollen so abgefaßt werden, daß diese Rechte gewahrt bleiben.

IV. Folgende grundsätzliche Entwicklungsstufen für die Errichtung der verfassungsmäßigen Demokratie in Deutschland, wie sie in den Abschnitten I und II geschildert wurde, sind zu beachten:

a) Zentrale Verwaltungen sind einzurichten, um die unmittelbaren Aufgaben zu erfüllen, die für die Sicherstellung der Wirtschaftseinheit Deutschlands am notwendigsten sind.

b) Eine deutsche Vertretungskörperschaft ist zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu ernennen, um den Kontrollrat hinsichtlich der grundsätzlichen Natur der Aufgaben der Zentralverwaltung sowie über die Anzahl und Größe der Länder zu beraten. Ferner soll sie im Rahmen der Richtlinien, die vom Kontrollrat auf Grund der Abschnitte I. und II. beschlossen wurden, die Einzelheiten einer vorläufigen Verfassung ausarbeiten.

c) Die vorläufige Verfassung und alle Empfehlungen dieser beratenden Körperschaft sollen in Übereinstimmung mit der provisorischen Verfassung dem Kontrollrat zur Billigung vorgelegt

werden; in der vom Kontrollrat genehmigten Form sind Wahlen abzuhalten und ist eine vorläufige Regierung zu bilden, die nach der vorläufigen Verfassung arbeiten soll.

d) Wenn sich die vorläufige Verfassung bewährt hat, ist sie unter Einbeziehung der Verbesserungsvorschläge der vorläufigen Regierung zu überarbeiten. Anschließend ist sie vom deutschen Volke zu ratifizieren und vom Kontrollrat zu genehmigen. Zu diesem Zeitpunkt ist eine neue Regierung ordnungsgemäß zu wählen.

V. Die zentralen Verwaltungsbehörden, wie sie in Abschnitt IVa vorgeschlagen wurden, sind so bald wie möglich zu einem vom Kontrollrat zu bestimmenden Zeitpunkt einzusetzen. Diese sollen Exekutivfunktionen auf dem Gebiet des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Finanzwesens, des Außenhandels und der Industrie aufnehmen; sie sollen für die Verteilung und Produktion lebenswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel und auf den anderen Gebieten verantwortlich sein, die der Kontrollrat bestimmt. Ihre ausübende Gewalt soll sich über ganz Deutschland erstrecken. Ihre Beamten und jeder alliierte Überwachungsstab sollen das Recht haben, in Deutschland ungehindert zu reisen. Es soll dem deutschen Volke nahegebracht werden, daß diese Behörden, obwohl sie unter der Anweisung des Kontrollrates arbeiten, doch volle Verantwortung für die Führung der deutschen Wirtschaft haben.

VI. Sobald die vorläufige deutsche Zentralregierung gebildet worden ist, hat sie die Machtbefugnis der zentralen Verwaltungsbehörden zu übernehmen, soweit dies in Übereinstimmung mit den Vollmachten steht, die der Zentralregierung gemäß Abschnitt Ib übertragen werden sollen.

VII. Die Kontrolle soll zu diesem Zeitpunkt folgendermaßen ausgeübt werden:

a) Die vorläufige Zentralregierung soll, sobald sie errichtet ist,

1. vorbehaltlich der Zustimmung des Kontrollrates die gesetzmäßige Gewalt auf allen ihr übertragenen Gebieten ausüben. Der Kontrollrat soll, wenn er die Zeit für gekommen hält, die vorläufige Zentralregierung ermächtigen, die gesetzgebende Gewalt in allen Dingen, für die sie zuständig ist, auszuüben und Gesetze zu erlassen, die lediglich vom Einspruchsrecht des alliierten Kontrollrates abhängig sind;

2. die Durchführung der erlassenen Gesetze durch die entsprechenden Behörden überwachen, ebenso die Durchführung aller Anweisungen des Kontrollrates auf den Gebieten, für die die vorläufige Zentralregierung zuständig ist.

b) Das Verfahren der Kontrolle über die Länderregierungen hinsichtlich der Ausübung der diesen übertragenen Gewalten, für welche die Länder ausschließlich zuständig sind, bestimmen die Zonenbefehlshaber. Eine solche Kontrolle soll auf das äußerste Notwendige beschränkt bleiben und sich lediglich auf die Wahrung der allgemeinen Ziele der alliierten Besatzungsmächte erstrecken. Auf Gebieten, wo die Länderregierungen die vom Kontrollrat festgelegten Richtlinien durchführen, soll die Kontrolle durch den Zonenbefehlshaber sich auf diejenigen Maßnahmen beschränken, die notwendig sind, die Befolgung der Entscheidungen des Kontrollrates sicherzustellen.

VIII. Der Kontrollrat wird auf folgenden Gebieten ausschließliches Entscheidungsrecht haben:

- a) Entmilitarisierung und Entwaffnung,
- b) Entnazifizierung,
- c) Entflechtung der Kartelle,
- d) Sicherheitswesen,
- e) Reparationen,
- f) Rückerstattungen,
- g) Kriegsgefangene und verschleppte Personen,
- h) Kriegsverbrecher,
- i) Sonderrechte und Erfordernisse der Besatzungstreitkräfte und der Kontrollbehörden,
- j) auswärtige Beziehungen,
- k) Devisenzugänge.

Grundlegende Richtlinien auf den obigen Gebieten setzt der Kontrollrat fest. Die Durchführung wird entweder durch den Kontrollrat oder die Zonenbefehlshaber überwacht werden.

IX. Eine Inspektionsbehörde der vier alliierten Mächte ist zu errichten, um zu gewährleisten, daß Entwaffnung und Entmilitarisierung weitergeführt und abgeschlossen werden. Die Offiziere beziehungsweise die Beamten und Beauftragten dieser Behörde sollen in allen Teilen des deutschen Staatsgebietes alle notwendigen Besichtigungen, Nachforschungen und Untersuchungen anstellen.



X. Die Kontrollmächte werden in Deutschland ausreichende Besatzungstreitkräfte belassen, um sicherzustellen, daß Deutschland entwaffnet und entmilitarisiert ist und bleibt.

XI. Damit frühzeitig Pläne für die Wiedereingliederung rückgeführter Personen in die deutsche Wirtschaft aufgestellt werden können, sollen die Kontrollmächte nicht später als zum 1. Juni 1947 dem Kontrollrat ihre Pläne für die Rückführung der früheren Mitglieder der deutschen Streitkräfte und der militärischen Hilfsdienste nach Deutschland einreichen, die sich jetzt in ihrer Gewalt befinden. Diese Pläne sollen Bestimmungen darüber enthalten, daß die Rückführungen bis zum 31. Dezember 1948 abgeschlossen sind. Zugleich sollen sie festlegen, daß alle Mitglieder der früheren deutschen Wehrmacht und ihrer Hilfsdienste, die durch eine der Kontrollmächte anderen alliierten Mächten übergeben wurden, ebenfalls hierunter fallen.

XII. Die Kontrollmächte bestätigen erneut die Entscheidung des Kontrollrates, daß kein Deutscher zum Arbeitseinsatz außerhalb Deutschlands gebracht werden kann, ohne freiwillig und vor seiner Abreise einen entsprechenden Arbeitsvertrag unterzeichnet zu haben.

XIII. (1) Der Kontrollrat soll den Gesamtfragenkomplex der Rückführung von Bevölkerungsteilen nach Deutschland in der Richtung überprüfen, daß eine Rückführung nach den Gebieten erfolgt, die am ehesten in der Lage sind, die Bevölkerung aufzunehmen, mit deren Überführung nach Deutschland noch gerechnet werden muß. Bei dieser Überprüfung soll den allgemeinen Verhältnissen, die in jeder Zone bestehen, und ebenso dem Beitrag Rechnung getragen werden, den der Oberbefehlshaber jeder Zone bei der Lösung dieses Problems bereits geleistet hat. Ferner sind dabei die noch nicht eingelösten Verpflichtungen zu berücksichtigen.

(2) Der Kontrollrat soll eine Neuverteilung der Flüchtlinge und Ausgewiesenen durchführen, die bereits in die verschiedenen Besatzungszonen Deutschlands überführt worden sind, um eine gerechtere und gleichmäßigere Regelung durchzuführen. Eine deutsche Kommission zum Studium dieser Frage soll eingerichtet werden. Dieser Kommission soll Handlungs- und Bewegungsfreiheit in ganz Deutschland zubilligt werden. Sie soll für die Durchführung ihrer eigenen Vorschläge verantwortlich sein, wobei jedoch die Rechte der Länderregierungen und die Oberaufsicht des Kontrollrates sichergestellt bleiben.

XIV. Maßnahmen zur Agrarreform sollen in Deutschland bis zum 1. Januar 1948 durchgeführt werden. Diese Reform soll in einer Weise erfolgen, die die deutsche Lebensmittelerzeugung nicht nachteilig beeinflusst.

XV. Weitere territoriale Neuordnungen dürfen in Deutschland ohne Zustimmung des Kontrollrates nicht vorgenommen werden.

### *B. Richtlinien für die Wirtschaft*

XVI. Es wird das Ziel der Kontrollmächte während der zweiten Phase der Kontrollperiode sein, die Beseitigung des deutschen Kriegspotentials abzuschließen, um

a) Deutschland in die Lage zu versetzen, den Schaden wieder gutzumachen, den es den Alliierten während des Krieges zugefügt hat, und unter Berücksichtigung der aus Sicherheitsgründen notwendigen Einschränkungen die deutsche Wirtschaft wiederaufzubauen, soweit dies notwendig ist, um so bald wie möglich zu einer ausgeglichenen Wirtschaft zu kommen, die Deutschland instandsetzt, seine lebensnotwendigen Einfuhren ohne Unterstützung aus dem Auslande aus den Erträgen der Ausfuhr zu bezahlen;

b) den Kontrollmächten so bald wie möglich die vorgeschossenen Summen zur Bezahlung der Einfuhrbedürfnisse der deutschen Bevölkerung zurückzuerstatten und die Besatzungskosten von dem Zeitpunkt an, in dem ihre Armeen deutsches Gebiet besetzten, aufzubringen;

c) zum Wiederaufbau einer gesunden Wirtschaft in ganz Europa beizutragen.

XVII. Bis zum 1. Juli 1947 soll der Kontrollrat die Einzelheiten eines Planes beschließen über:

a) die restlose und unmittelbare Durchführung des § 14 der im Potsdamer Abkommen festgelegten Grundsätze, der sich auf die Behandlung Deutschlands als eine wirtschaftliche Einheit bezieht;

b) die Verteilung jener finanziellen Lasten auf die Kontrollmächte, die diesen bereits erwachsen sind und in Zukunft noch anfallen. Die Grundsätze der finanziellen Durchführung sollen noch auf der gegenwärtigen Konferenz des Außenministerrates festgelegt werden.

XVIII. In Übereinstimmung mit dem vorstehenden Abschnitt XVII sind vom 1. Juli 1947 ab alle Einschränkungen des Warenverkehrs zwischen den einzelnen deutschen Zonen aufzuheben, und in Ausführung des § 15c der Potsdamer Grundsätze werden die Hilfsquellen der einzelnen Teile Deutschlands und alle nach Deutschland eingeführten Güter Deutschland in seiner Gesamtheit zur Verfügung stehen.

XIX. Ein gemeinsames Ein- und Ausfuhrprogramm für ganz Deutschland soll aufgestellt und mit Wirkung vom 1. Juli 1947 durchgeführt werden. Sobald eine deutsche Zentralverwaltung eingerichtet ist, hat sie diese Aufgabe zu übernehmen. Dieses Programm, wodurch die gerechte Verteilung der einheimischen Erzeugnisse über ganz Deutschland ermöglicht wird, ist so abzufassen, daß so bald wie möglich ein genügend großer Überschuß der Ausfuhren über die Einfuhren eintritt, um so das in Abschnitt XVI gesetzte Ziel zu verwirklichen. Es soll weiter der Notwendigkeit, die Kohlen- und die landwirtschaftliche Erzeugung auf die höchste zu steigern, Rechnung tragen, die Wohnverhältnisse verbessern und das Transportwesen wiederherstellen. Das Ein- und Ausfuhrprogramm unterliegt der Genehmigung der Kontrollmächte.

XX. Für die Rückerstattung der Summen, die von den Kontrollmächten für die Einfuhrbedürfnisse der deutschen Bevölkerung vorgeschossen werden, sind nach Erfüllung der dringenden Bedürfnisse der deutschen Devisen in erster Linie heranzuziehen. Die Kontrollmächte werden der deutschen Zentralverwaltung mit dem 30. Juni 1947 als Stichtag eine von ihnen angenommene Aufstellung über die Summen übergeben, die ihnen unter diesem Titel geschuldet werden. Bei der Festsetzung dieser Schulden werden die Kontrollmächte Deutschland alle Ausfuhren und Erträge aus Ausfuhren voll in Anrechnung bringen, die sie aus der deutschen laufenden Produktion und aus den Beständen empfangen haben, wobei unerheblich ist, ob diese in erster Linie Reparationsleistungen darstellen sollen. Diese Aufstellung ist bis zum 30. September 1947 durchzuführen.

XXI. Die Kontrollmächte wollen ferner den zuständigen deutschen Zentralverwaltungsstellen eine Aufstellung der Besatzungskosten übermitteln, über die sie sich geeinigt haben. Diese Summen sind als Schulden Deutschlands an die Kontrollmächte zu behandeln, die unmittelbar nach der Rückerstattung derjenigen Summen zu zahlen sind, die im Abschnitt XX angeführt werden. Die Form der Rückzahlung ist im Friedensvertrag festzulegen.

XXII. Bis Deutschland eine ausgeglichene Wirtschaft erreicht hat und die in den Abschnitten XX und XXI erwähnten Summen an die Kontrollmächte zurückgezahlt sind, dürfen von Deutschland keinerlei Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion oder aus den Beständen verlangt werden.

XXIII. Der Erwerb irgendwelcher Beteiligungen an einem deutschen Unternehmen durch eine ausländische Macht oder ihre Staatsangehörigen nach dem 8. Mai 1945 hat nur dann Gültigkeit, wenn dies vom Kontrollrat genehmigt wird. Der Kontrollrat wird die Gesetze ausarbeiten, die zur Durchführung dieser Verordnung notwendig sind.

XXIV. Aller Besitz, alle Rechte und Interessen in Deutschland, die einer ausländischen Macht oder ihren Staatsangehörigen gehören oder von diesen erworben worden sind, sollen den allgemein gültigen deutschen Gesetzen unterliegen. Aber solche Mächte und ihre Staatsangehörigen sollen auch alle diejenigen Rechte genießen, die nach deutschem Gesetz mit ihrem Besitz, ihren Rechtstiteln und Interessen verknüpft sind. Unternehmungen, die in solchen Eigentumsverhältnissen stehen oder so erworben wurden, bleiben Bestandteile der deutschen Wirtschaft.

XXV. Die deutsche Zentralverwaltung soll dem Kontrollrat Vorschläge für eine Finanzreform in Deutschland unterbreiten. Das Ziel dieser Vorschläge soll sein, die deutsche Währung auf eine gesunde Grundlage zu stellen, ebenso das Steuersystem und das Bankwesen, die Staatsschuld, die Außenhandelspreise sowie das Verhältnis und die Höhe von Löhnen und Preisen. Das Ziel soll ferner sein, die Inflationsgefahr zu vermindern, die aus dem gegenwärtigen Kaufkraftüberhang erwächst, und innerhalb der deutschen Bevölkerung für eine gerechte Verteilung der durch den Krieg und seine Folgen entstandenen finanziellen Lasten zu sorgen.

XXVI. Die zuständigen deutschen Behörden sollen so bald wie möglich dem Kontrollrat Vorschläge zur Auflösung von Zusammenballungen wirtschaftlicher Macht unterbreiten, wie sie Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolgesellschaften darstellen. Vorschläge zur Überführung gewisser Industrien in Allgemeineigentum sind hierbei als eine der Möglichkeiten der Durchführung dieser Bestimmungen anzusehen.



C. Reparationen und Stand der Industrie

XXVII. Die Kontrollmächte bestätigen die Grundsätze des Potsdamer Abkommens hinsichtlich der Reparationen. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß die Höhe des Industriepans vom März 1946, auf Grund dessen der Umfang der Reparationslieferungen veranlagt wurde, eine erhebliche Abänderung verlangt. Der Industriepan soll deshalb in seiner Höhe in der Weise abgeändert werden, daß dadurch sowohl den Erfordernissen der Sicherheit als auch den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft Rechnung getragen wird. Deutschland soll eine ausreichende Produktionskapazität belassen werden (bis zu 10 Millionen Tonnen Rohstahl im Jahr). Dies stellt zugleich die Deutschland erlaubte Stahlproduktion dar. Die Grenzen der Produktionskapazität anderer Beschränkungen unterworfenen Industrien sollen nach oben erweitert werden. Die Liste der verbotenen Industrien soll einer neuen Untersuchung unterzogen werden.

XXVIII. Die Wiederbelebung der deutschen Industrie soll stufenweise nach einem Plan erfolgen, der der Notwendigkeit der Kohlenausfuhr nach befreiten Ländern Rechnung trägt. Insbesondere soll der Umfang der Vermehrung der Stahlproduktion in ein Verhältnis zu der Notwendigkeit von Kohlenausfuhren gebracht werden, vorausgesetzt, daß die Kostenlast der Besatzungsmächte dadurch nicht erhöht wird.

XXIX. Bis spätestens zum 1. Juli 1947 soll vom Kontrollrat auf der Grundlage der abgeänderten Höhe des Industriepans ein neuer Beschluß darüber gefaßt werden, welche Werke und Werk-ausrüstungen zu Reparationszwecken entnommen werden sollen.

XXX. Die Ablieferung von Werken und Werkeinrichtungen ist zu beschleunigen. Hierzu soll folgendes durchgeführt werden:

a) Die endgültige Liste der Werke und Werkeinrichtungen, die aus Deutschland entfernt werden sollen, ist vom Kontrollrat bis zum 15. August 1947 herauszugeben.

b) Die Auflösung der Rüstungsfabriken, die in die Kategorie I eingereiht wurden, durch den Kontrollrat und die Abschätzung, Zuteilung und Demontage der Normalausrüstung der Fabrikeinrichtungen sollen weiter durchgeführt und nicht durch die Ausarbeitung der abgeänderten Höhe des Industriepans verzögert werden.

c) Der Kontrollrat soll Maßnahmen ergreifen, um das Verfahren zur Abschätzung, Zuteilung, Demontage und Ablieferung der Haupteinrichtungen zu beschleunigen.

XXXI. Jede der Besatzungsmächte soll dem Außenministerrat Auskünfte über Art und Umfang der Reparationsentnahmen aus ihrer Zone bis zum gegenwärtigen Augenblick geben und anschließend regelmäßig dem Kontrollrat berichten.

Revisionsbestimmungen:

XXXII. Die Kontrollmächte werden von Zeit zu Zeit zu gemeinsamen Beratungen zusammentreten, um die Anwendung des Potsdamer Abkommens und die hier niedergelegten ergänzenden Richtlinien zu überprüfen und weitere Bestimmungen sowie eine Revision der getroffenen Vereinbarungen festzulegen, soweit dies auf Grund der gemachten Erfahrungen erforderlich sein sollte."

Anlässlich der Überreichung des hier wiedergegebenen britischen Memorandums erklärte Bevin in einer Rede, daß Großbritannien im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands die Erfüllung folgender Hauptpunkte als wesentlich ansehe:

1. Bewegungsfreiheit für Personen, Handel und Ideen. Dies werde von zwei Delegationen nicht angenommen, sagte Bevin, aber ohne sie werde die Wirtschaftseinheit nur eine Farce sein.
2. Vorzugsweise Verwendung aller Ausfuhrerträge aus der laufenden Produktion für die Bezahlung der deutschen Einfuhren. Diese Forderung werde jedoch von der sowjetischen Delegation abgelehnt.
3. Gerechte Teilung der bisherigen und künftigen finanziellen Lasten. Das sei von der sowjetischen Delegation endgültig abgelehnt worden. Auch die Antwort der französischen Delegation sei im Grunde genommen ablehnend.
4. Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung. Dagegen erhebe Frankreich gewisse Einwendungen.

Bevin erklärte sodann, warum Großbritannien die sowjetischen Bedingungen für die deutsche Wirtschaftseinheit ablehne. Zu der Forderung sofortiger Leistung von Reparationen aus der laufenden Produktion Deutschlands erklärte

Bevin, Großbritannien könne diese Bedingung nicht annehmen, weil Deutschlands wirtschaftliche Lage nicht so beschaffen sei, daß ein Ausgleich der Einfuhr- und Ausfuhrbeträge vorgenommen und zugleich noch diese zusätzliche Last getragen werden könne. Dies werde außerdem die vom britischen Steuerzahler getragene Bürde noch vermehren.

Die sowjetische Bedingung sofortiger Unterstellung des Ruhrgebiets unter eine Viermächtekontrolle könne Großbritannien nicht anerkennen, solange das System der Zoneneinteilung noch bestehe.

Auch die geforderte Ungültigerklärung des britisch-amerikanischen Abkommens über die wirtschaftliche Zonenvereinigung lehnte Bevin ab. Er gab jedoch die Versicherung, daß die vereinigte britische und amerikanische Zone in einem umfassenden Zonenzusammenschluß aufgehen werde, sobald die wirtschaftliche Einheit erreicht sei.

Hinsichtlich der von Frankreich gestellten Bedingungen für die wirtschaftliche Einheit Deutschlands gab Bevin zu verstehen, daß man über die Angliederung des Saargebiets und die Zuteilung deutscher Kohle zu einer Einigung kommen könne. Er erklärte, er werde Frankreichs Ansprüche auf das Saargebiet unterstützen, jedoch unter der Bedingung einer territorialen Berichtigung und einer entsprechenden Berichtigung bei der Festsetzung der Reparationen.

Den gegenwärtigen Lebensstandard in Deutschland bezeichnete Bevin als außerordentlich niedrig. Man könne Deutschland auf Jahre hinaus unmöglich in einem Zustand des Elends belassen. Bevin forderte in diesem Zusammenhang eine Abänderung des Industriepans, der sich als nicht durchführbar erwiesen habe. Bevin forderte dringend eine zeitliche Begrenzung und erklärte, daß überhaupt jeglicher Plan über den Abbau von Industrien, über den man sich einige, innerhalb einer bestimmten Frist durchgeführt werden müsse: „Wenn wir Reparationen erhalten wollen, dann ist keine Zeit mehr zu verlieren.“ Bevin schlug vor, daß Deutschland sofort eine jährliche Stahlproduktion von 10 Millionen Tonnen genehmigt werden solle und die eingeschränkt arbeitenden Industrien mit ein oder zwei Ausnahmen auf breitere Basis gestellt werden sollten. Die Liste der verbotenen Industriebetriebe müsse überprüft werden.

Bevin verlangte, Deutschland sollten alle Fertigwaren gutgeschrieben werden, welche die Sowjet-Union aus ihrer Zone als Reparationen abtransportiert habe. Bevin schlug vor, die Sowjet-Union solle Deutschland nachträglich für diese Sachleistungen bezahlen. In Zukunft sollten Industrieanlagen nur mit Zustimmung des Alliierten Kontrollrates übernommen und in sowjetisches Eigentum überführt werden.

Nach Bevin gab der amerikanische Außenminister Marshall eine Erklärung ab, die folgenden Wortlaut hatte:

„In vielen Dingen sind wir vier uns über das, was wir anstreben, grundsätzlich einig geworden: wir sind uns darüber einig, daß die deutschen Hilfsquellen gemeinsam verwaltet und ausgewertet werden sollen, daß ein Export-Importplan aufgestellt werden soll; daß eine Finanzreform notwendig ist, daß deutsche Kohle, Kraftstrom und Stahl wirtschaftlich zu verwerten sind und daß der Plan, der den Stand der deutschen Industriekapazität vorschreibt, einer Revision zu unterziehen ist.

Aber wir müssen auch über die praktische Durchführung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu einer Einigung kommen. Wir müssen uns einigen über die Schaffung zentraler deutscher Dienststellen, über die Errichtung und den Machtbereich einer provisorischen Regierung, über die Freiheit der Ideenverbreitung, des Reiseverkehrs und des Warenaustausches, über die Abschaffung der Zonenschränken, über Reparationen und über die Aufteilung der Lasten aus dem gegenwärtigen Defizit.

Wenn wir zu einer Einigung kommen, müssen wir jedoch ganz sicher gehen, daß wir alle dasselbe darunter verstehen. In Potsdam hatten wir ein Abkommen zu Papier gebracht, aber es ist nur teilweise verwirklicht worden. Wenn wir uns nicht wirklich innerlich in dem Punkt treffen, unsere Abkommen dem Geiste und dem Buchstaben nach zu verwirklichen, dann sollten wir lieber gar kein Abkommen abschließen. Wir können uns keine Wiederholung dessen leisten, was wir bei der Ausführung der Potsdamer Abmachungen erlebt haben. Auf der Grundlage von



Ultimaten und mit unnachgiebiger Haltung können wir niemals zu einer wirklichen Einigung kommen.

Wir bedauern, daß die sowjetische Delegation es für notwendig befand, zu erklären, daß »die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion eine unerläßliche Bedingung für die Wirtschaftseinheit ist«. Im Potsdamer Abkommen über die Wirtschaftseinheit war die Bedingung der Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion nicht vorgesehen. Die Vereinigten Staaten lehnen eine solche Bedingung kategorisch ab. Es sieht fast so aus, als wolle die Sowjet-Union versuchen, ein und dasselbe Pferd zweimal zu verkaufen.

Die französische Delegation erklärte ebenfalls, daß sie »der Regelung dieser drei Angelegenheiten (der dem Rat vorliegenden deutschen Probleme) nicht zustimmen könne, wenn nicht vorher eine Regelung über die Kohlenausfuhr getroffen wird, die den Forderungen der französischen Regierung entspricht«. Wir sind uns zwar bewußt, daß Frankreich am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt war, aber wir können seine Forderung nicht als Bedingung für unsere Verhandlungen anerkennen.

Die Delegation der Vereinigten Staaten erkennt Frankreichs Kohlenbedarf ebenso wie den Bedarf der Sowjet-Union an Verbrauchsgütern an. Sie versteht ebenfalls, daß die britische Regierung nicht gewillt ist, sich die Lasten, die ihr die Hilfeleistungen für das deutsche Volk auferlegen, noch vergrößern zu lassen — eine Abneigung, die die Vereinigten Staaten teilen.

Es ist nicht gesagt, daß die diesen Ansichten zugrunde liegenden Konflikte ausgeglichen werden können, ganz gleichgültig, welche Stellung die Vereinigten Staaten dazu einnehmen mögen. Die Sowjetdelegation meinte, es werde möglich sein, die Kohlenforderungen der Franzosen zu befriedigen und genug Kohlen in Deutschland zu lassen, um die Reparationsforderungen der sowjetischen Regierung zu erfüllen. Wir sind nicht derselben Ansicht. Die französische Delegation glaubt, wenn Frankreich die gewünschten Kohlenmengen von Deutschland erhalten hat und die deutsche Stahlkapazität auf 7 500 000 Tonnen herabgesetzt ist, lohne es sich immer noch, der Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion näherzutreten. Wir sind nicht derselben Ansicht.

Ganz Europa braucht Kohle, und zwar, um wirklich zu einer Gesundung zu kommen, in zunehmenden Mengen. Wir müssen alle einsehen, daß die deutsche Kohle den Bedarfszweigen in Deutschland selbst gleichmäßig zugeteilt werden muß.

Es wurde die Ansicht geäußert, daß der Fehlbetrag in der deutschen Handelsbilanz, den Großbritannien und die Vereinigten Staaten tragen, vermieden werden könne. Nach dem Vorschlag der Sowjet-Union müßte, um das sofort zu erreichen, die Einfuhr herabgesetzt werden. Da die Einfuhr nach Deutschland zur Hauptsache aus Nahrungsmitteln besteht, würde damit die Kalorienmenge pro Kopf der Bevölkerung auf 1100 täglich herabsinken, nicht genug, um Menschen über eine gewisse Zeitspanne hinaus am Leben zu erhalten. Meint die Sowjetregierung es wirklich ernst mit diesem Vorschlag? Schon jetzt betragen die Rationen in Deutschland nur 1500 Kalorien pro Tag, das heißt 1000 Kalorien unter dem im Abkommen über das Industrienniveau vom 26. März 1946 festgesetzten Stand.

Den Völkern Europas fehlt es an den lebensnotwendigsten Gegenständen. Diesen Mangel kann nur durch die Produktion von Waren aller Art abgeholfen werden. Eine Hebung des Industrienniveaus in Deutschland in vernünftigen Grenzen wird mit der Zeit zu einer erhöhten Produktion beitragen. Mit einem Viermächteabkommen, das die dauernde Entmilitarisierung Deutschlands garantiert, so wie wir es vorgeschlagen haben, dürfte eine mäßige Erhöhung des Industrienniveaus keine Gefährdung der europäischen Sicherheit bedeuten, sondern nur wesentlich zur Gesundung Europas beitragen.

Die Vereinigten Staaten sind gegen eine Politik, durch die Deutschland für immer zum überfüllten Elendsviertel oder zum wirtschaftlichen Armenhaus im Zentrum Europas gemacht würde. Andererseits sehen wir ein, daß Deutschland an die Länder, die unter seiner Aggression gelitten haben, Wiedergutmachungsleistungen zu entrichten hat. Innerhalb dieser Grenzen soll Deutschland sich seiner eigenen Werte an gelernten Arbeitskräften, Energien und industrieller Kapazität bedienen, um den Handel wieder aufzubauen, auf dem der Wohlstand Europas beruht. Schließlich wünschen die Vereinigten Staaten, daß ein friedliches, in der Demokratie verwurzelt Deutschland seinen Platz in der europäischen Gemeinschaft und in der Weltgemeinschaft der Nationen einnimmt.

Das sind die Gründe für die Stellungnahme der Vereinigten Staaten in Bezug auf die Fragen, die in dem Abschnittsbericht des Koordinierungsausschusses behandelt werden. Zu einem späteren Zeitpunkt der Tagesordnung werden die Vereinigten Staaten ihren Vorschlag für eine Sicherheitsgarantie durch die vier Mächte

noch einmal vorbringen. Und in Verbindung mit unseren Ansichten über eine Steigerung der Produktivität in Europa werden wir später einen Hinweis darauf geben, wie unserer Ansicht nach die landwirtschaftlichen Gegebenheiten der durch das Potsdamer Abkommen unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Gebiete ertragreicher gemacht und für den Nahrungsmittelbedarf Europas ausgenutzt werden könnten.

Zur Zeit jedoch tritt die Delegation der Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet für die Wirtschaftseinheit ein, für einen gemeinsamen, ausgeglichenen Ausfuhr-Einfuhrplan, für einen annehmbaren Lebensstandard für Deutschland, für eine Erweiterung des Planes über die industrielle Kapazität, um die deutsche Produktion den Bedürfnissen Europas anzugleichen, und damit für eine baldige Erfüllung der Reparationspflichten, damit diejenigen Mächte, die Anspruch auf Reparationen haben, nicht ständig wieder in Streitigkeiten untereinander und mit Deutschland verwickelt werden.

Besonderen Nachdruck legen die Vereinigten Staaten auf den Punkt ihrer Vorschläge, der die Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit fordert, wie es in Potsdam beschlossen wurde. Unsere Vertreter in Berlin haben zwanzig Monate lang versucht, die praktische Durchführung dieser Abmachung durchzusetzen. Die Vereinigten Staaten haben den Versuch immer noch nicht aufgegeben. Sie sind für die Wirtschaftseinheit Deutschlands, weil sie keine Teilung Deutschlands wünschen. Sollte Deutschland geteilt werden, so würden beide Hälften Unterstützung brauchen, um unabhängig voneinander bestehen zu können, und später könnten sich dann unversehens die zwei starken Hälften Deutschlands zu einem wiedererstarkten, kampflustigen Deutschland zusammenfinden.

Die dauernde Teilung Deutschlands ist eine Gefahr für den Frieden Europas und der Welt. Vor allem bedeutet eine Teilung Deutschlands auch eine Teilung Europas. Die deutsche Bevölkerung stellt zwar nur 65 Millionen von 350 Millionen, die die Bevölkerung Europas ausmachen, aber sie nimmt das Zentrum Europas ein. Die Vereinigten Staaten wünschen ein Deutschland, weil sie ein einiges Europa wünschen.“

Außenminister Bidault antwortete sofort auf die Erklärungen Marshalls:

„Im Hinblick auf die enge Verknüpfung der Frage der Reparationen und der Wirtschaftseinheit mit der des deutschen Industrienniveaus ist es nicht möglich, das letztere genau zu bestimmen, bevor nicht feststeht, welches Kohlenquantum zur Ausfuhr gelangen und welches für den deutschen Verbrauch freigegeben wird. Es ist nicht möglich, die Regeln für die Wirtschaftseinheit aufzustellen, ohne daß der Beschluß gefaßt wird, die Saar wirtschaftlich von Deutschland zu trennen und an Frankreich anzuschließen. Ich füge hinzu, daß die Lösungen, die dabei getroffen werden, dem künftigen politischen und wirtschaftlichen Status der Ruhr und des Rheinlands nicht vorgreifen dürfen.

Die französische Delegation erhebt keinerlei grundsätzliche Einwände dagegen, daß die Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion entnommen werden. Nach den von der russischen Delegation erteilten Auskünften sind Reparationen dieser Art von der Sowjet-Union bereits vorgenommen worden. Es ist klar, daß sich diese Frage automatisch für alle Zonen stellen würde, wenn Deutschland in Zukunft als eine Wirtschaftseinheit behandelt werden sollte, selbst wenn das in Kraft befindliche Regime, so wie es in Potsdam aufgestellt wurde, keinerlei Abänderung erführe. Es handelt sich hierbei nicht um eine Prinzipienfrage, sondern um eine Frage der Tatsachen. Die Frage ist nur, zu wissen, in welchem Maße Entnahmen aus der laufenden Produktion auf Reparationskonto möglich sind, ohne daß sich daraus Nachteile für andere, ebenfalls wichtige Interessen ergeben.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde ein Experiment gewagt, aus dem wir die Lehre ziehen müssen. Der Wiederaufstieg der deutschen Industrieproduktion ist sicherlich durch die Ausführung der Reparationen beschleunigt worden. Wir dürfen diesen Irrtum nicht erneuern. Aus diesem Grunde glauben wir, daß man an die Abänderung des Industriepplans nicht vorsichtig genug herangehen kann. Das um so mehr, als die Frage der Erhöhung der Industrieproduktion eng mit einem anderen, für Frankreich lebenswichtigen Problem verknüpft ist, dem Kohlenproblem. Die Steigerung des deutschen Industriepotentials bedeutet einen größeren Verbrauch an Kohle. Das ist unter der Bedingung annehmbar, daß die Kohlenförderung genügend vermehrt wird. Aber es ist unerläßlich, daß die zur Ausfuhr zur Verfügung stehende Menge genügend groß ist, um den Bedarf der europäischen Länder und besonders der alliierten Länder zu decken, die ohne hinreichende Zuteilungen ihre Wirtschaft nicht entwickeln können. Die Stellung Frankreichs in dieser Hinsicht ist genügend bekannt, so daß ich es mir ersparen kann, sie besonders zu erläutern.“



*Molotow*, der als letzter sprach, zeigte eine Reihe von Punkten auf, über die Einigungsmöglichkeiten bestünden. Er wies die britisch-amerikanischen Argumente gegen die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion zurück, indem er darauf hinwies, daß Deutschland während des Krieges jährlich 120 Milliarden für militärische Aufgaben aufgebracht habe und heute bei entsprechender Wirtschaftsplanung berechnete Reparationen durchaus leisten könne. Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten behandelten das Reparationsproblem von verschiedenen Standpunkten, weil die Vereinigten Staaten nicht besetzt gewesen seien und keine Zerstörungen erlitten hätten. Die Rechtsansprüche der Sowjet-Union gründeten sich auf die Abkommen von Jalta und Potsdam. Die Behauptung, daß Jalta durch Potsdam überholt sei, bezeichnete *Molotow* als willkürlich.

Die Sowjet-Union sei bereit, an der Aufstellung eines vernünftigen Ein- und Ausfuhrplanes mitzuarbeiten, der eine Erhöhung der Produktion und zugleich Reparationszahlungen ermögliche. Die Erhöhung der Ausfuhr werde die Handelsbilanz ausgleichen und eine Erhöhung der Einfuhr ein vernünftiges und menschenwürdiges Lebensniveau für

die deutsche Bevölkerung sicherstellen. Die Sowjet-Union werde alle Maßnahmen unterstützen, die eine Erhöhung der deutschen Lebensmittelrationen bewirken könnten. Durch eine auch in den westlichen Zonen durchgeführte Agrarreform könne eine Verbesserung der landwirtschaftlichen Erzeugung erzielt werden.

*Molotow* wandte sich dann der Frage des Ausmaßes der deutschen Stahlproduktion zu, wobei er eine Annäherung des britischen und des sowjetischen Standpunktes feststellte. Er bemerkte, daß die Amerikaner ihre Zahlen noch nicht bekanntgegeben hätten.

*Molotow* wandte sich gegen den Vorschlag *Marshall's*, die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie der deutschen Wirtschaft in irgendeiner Form nutzbar zu machen. „Es ist das“, so sagte *Molotow*, „eine bereits endgültig geregelte Frage, die nichts mit der Wirtschaftseinheit Deutschlands zu tun hat.“

Zum Schluß erklärte *Molotow*, daß die Sowjet-Union bereit sei, sich für jede Gesamtlösung des deutschen Wirtschaftsproblems einzusetzen, da niemand in der Sowjet-Union eine Aufteilung Deutschlands wünsche.

#### Die Verhandlungen am 1. April 1947

##### *Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse*

Die Sonderbeauftragten für Deutschland setzten die Befragung des Präsidenten der IARA fort. *Wyshinskij* verlangte Angaben über die quantitative und wertmäßige Verteilung der Reparationslieferungen aus den Westzonen Deutschlands, insbesondere über die Verteilung der Handelsschiffe und über die deutschen Patente.

*Rueff* erklärte, daß die Briten und Amerikaner der Agentur 700 000 Tonnen Schiffsraum zur Verfügung gestellt hätten, von denen bis auf 50 000 Tonnen alle verteilt worden seien. Zur Frage der Patente erklärte *Rueff*, daß in jeder Zone eine Organisation gebildet worden sei, um die deutschen Produktionsgeheimnisse zu ergründen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich hätten sich im Juli 1946 verpflichtet, die benutzten Patente zu veröffentlichen.

*Wyshinskij* erklärte, daß die bisherige Handhabung der Reparationslieferungen nicht mit den in Potsdam aufgestellten Regeln in Einklang stehe, und verlangte, daß sich der Außenministerrat selbst dieser Angelegenheit annehme.

*Wyshinskij* forderte, daß die Alliierte Reparationskommission, die seinerzeit in Moskau gegründet wurde und dann nach Berlin übersiedelte, ihre Tätigkeit sofort wiederaufnehmen solle. Der sowjetische Vorschlag, zur Lösung des Problems einen Sonderausschuß einzusetzen, wurde von den anderen Delegierten mit der Begründung, erst den vollständigen Bericht der IARA zu hören, zurückgewiesen.

##### *Geheimsitzung des Rats der Außenminister*

Der Rat der Außenminister trat auf Grund eines am Vortage gefaßten Beschlusses zu einer nichtöffentlichen Sitzung in einem engeren Kreise zusammen. Jede Delegation war nur durch zwei oder drei statt der üblichen fünfzehn oder zwanzig Mitglieder vertreten. Über den Verlauf der Geheimsitzung wurde nur ein kurzes Kommuniqué herausgegeben:

„Die heutigen Diskussionen beschränkten sich auf die Höhe der Reparationen. Es wurde keine Einigung erzielt. Es wurde beschlossen, am Mittwoch (2. April 1947) wieder eine offizielle Sitzung abzuhalten.“

#### Die Verhandlungen am 2. April 1947

##### *Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse*

Die Sonderbeauftragten für Deutschland erzielten einen Kompromiß über die Form des Berichtes über die IARA an die Außenminister. Es wurde ein Entwurfsausschuß eingesetzt, der die Anweisung erhielt, in dem Bericht im Namen der Sonderbeauftragten die hauptsächlichsten Aussagen *Rueff's* anzuführen und den Bericht der IARA selbst beizufügen. Die Sonderbeauftragten erachteten es für überflüssig, daß die Außenminister sich selbst den Bericht der IARA anhören. Auf sowjetischen Antrag wurde in den Bericht die Feststellung aufgenommen, daß die Reparationslage unbefriedigend ist und definitive Vorschläge zu einer Verbesserung der Lage nötig sind.

Der von den Außenministern eingesetzte Sachverständigenausschuß, der seit dem 31. März die Frage der Entnazifizierung und das Problem des künftigen deutschen Wahlsystems behandelte, konnte eine weitgehende Annäherung der Ansichten erzielen. Es soll den Außenministern empfohlen werden, die Deutschen selbst darüber entscheiden zu lassen, ob das Verhältniswahlrecht eingeführt werden soll. In den Fragen der Entnazifizierung und des Aufbaues der Parteien und Gewerkschaften konnte keine endgültige Einigkeit erzielt werden.

Die Bestimmungen, über die sich der Sachverständigenausschuß einigte, wurden zur endgültigen Formulierung einem Redaktionsausschuß überwiesen.

##### *Rat der Außenminister*

Der Rat der Außenminister befaßte sich mit der künftigen deutschen Staatsform.

Außenminister *Bidault* unterbreitete die französischen Vorschläge für die vorläufige politische Gestaltung Deutschlands. Der neue französische Plan ist eine Kombination des französischen Memorandums, das den Stellvertretenden Außenministern im Januar in London übermittelt worden war, und des von *Bevin* in Moskau vorgelegten britischen Planes. Die Unterschiede zwischen dem französischen und dem britischen Plan, sagte *Bidault*, bezögen sich hauptsächlich auf die grundlegenden Prinzipien einer neuen deutschen Verfassung. Es werde jedoch nicht nötig sein, darüber im Augenblick eine Einigung zu erzielen. Der französische Plan wende sich jedoch dagegen, Deutschland ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Reichsparlament zuzugestehen, so wie es die drei anderen Mächte fordern.

*Bidault* vertrat die Anschauung, daß Deutschlands politische Zukunft schrittweise aufgebaut werden müsse. Die



Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung hänge davon ab, daß über die Bestimmung des Begriffes der Wirtschaftseinheit Einigung erzielt werde. Es sei unmöglich, in das nächste Stadium einzutreten, ohne sich über die grundlegenden Prinzipien geeinigt zu haben und ohne sich darüber klar zu sein, welche Ziele man eigentlich erreichen wolle. Es sei daher unbedingt erforderlich, die deutschen Grenzen festzulegen und zu gegebener Zeit die verfassungsmäßigen Grundsätze zu bestimmen, die bei der zukünftigen Entwicklung einer vorläufigen politischen Organisation Deutschlands angewandt werden sollen. Abgesehen von diesen Vorbehalten sei Frankreich bereit, die britische Begriffsbestimmung der beiden Entwicklungsstufen in Deutschland anzunehmen.

Zur Einsetzung einer deutschen beratenden Körperschaft für die Ausarbeitung einer vorläufigen Verfassung sagte Bidault, daß er den amerikanischen Vorschlag unterstütze, wonach die beratende Körperschaft aus einer gleichen Anzahl von Vertretern eines jeden deutschen Landes zusammengesetzt sein würde.

Nach der Fertigstellung der provisorischen Verfassung werde sie dem Alliierten Kontrollrat zur Billigung vorgelegt und dann, nach Einsetzung der erforderlichen Behörden einschließlich einer vorläufigen Regierung, zur Anwendung gelangen. Nach einer Probezeit könne die Verfassung notwendigenfalls abgeändert werden. Später könne eine endgültige Verfassung ausgearbeitet und dem deutschen Volk zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Die wichtigsten Punkte des französischen Memorandums sind folgende:

Artikel 1: Die Besatzungsmächte wünschen die Errichtung einer demokratischen Verfassung, durch welche die Hoheitsrechte teils den Bundesstaaten, teils der Zentralregierung zugewilligt werden. Die Bundesstaaten sollen allein für die Anwendung der bundesstaatlichen Gesetzgebung in ihren Territorien zuständig sein. Die Zentralregierung dagegen soll für Maßnahmen legislativer und exekutiver Art zur Sicherung der nötigen Einheit auf den anschließend aufgeführten Gebieten zuständig sein:

a) zur Sicherung der nötigen politischen Einheit zum Beispiel für Erteilung der Staatsbürgerschaft, Einwanderung „infolge von Überweisung“, auswärtige Angelegenheiten und Anwendung der Verträge in dem Maße, wie davon die Zuständigkeit der Zentralregierung betroffen wird;

b) zur Sicherstellung der nötigen juristischen Einheit für die Grundsätze des Zivil-, Handels- und Strafrechts, für Copyrights, Patentschriften, Schutzmarken, Handelseffekten und Handelseigentum;

c) zur Sicherung der nötigen wirtschaftlichen Einheit für Zölle und Außenhandel, für allgemeine Anordnungen über den Einsatz der Transportmittel, für die föderative Verwaltung der Post, des Fernsprech- und Fernmeldewesens, für Gewichte und Maße;

d) zur Sicherung der nötigen finanziellen Einheit für gewisse fiskalische Rechte und Kontrolle der Börsen. Fragen, die sich auf das System des Bankgeldes beziehen, sollen der Zuständigkeit eines Kontrollausschusses der Staatsbanken unterliegen.

Artikel 2: Zu den öffentlichen Gewalten gehören ein Staatsoberhaupt und ein Parlament, das aus den Kammern der Länder gebildet wird. Die Rechte und Pflichten des Staatsoberhauptes sollen auf die eines konstitutionellen Präsidenten ohne selbständige, unabhängige Exekutivbefugnisse beschränkt werden. Ein Oberstes Bundesgericht soll die Achtung vor der Verfassung sichern und bei Streitigkeiten zwischen den Ländern entscheiden.

Artikel 3: Die Macht liegt in den Händen der Länder, die einen Teil davon auf die Bundesregierung übertragen. Der Artikel enthält dann in einzelnen eine Aufzählung der Grundrechte, die in der Verfassung verankert sein sollen.

Artikel 4 des französischen Memorandums beschäftigt sich mit der Errichtung einer konstitutionellen Demokratie in Deutschland. Danach sollen für die wichtigsten und notwendigsten Aufgabengebiete Zentralverwaltungen geschaffen werden. Nach der Festlegung der Grenzen Deutschlands soll ein deutscher Konsultativrat gebildet werden, dessen Mitglieder von der Regierung, der Kammer und den Ländern zu ernennen sind. Er hat die Aufgabe, dem Kontrollrat seine Vorschläge zu unterbreiten und eine provisorische Verfassung auszuarbeiten, deren Billigung dem Kontrollrat zusteht. Auf der Grundlage

dieser Verfassung kann eine provisorische Regierung gebildet werden.

Artikel 5: Die erwähnten Zentralverwaltungen werden unter der Autorität von Räten stehen, die sich aus den Vertretern der verschiedenen Länder zusammensetzen. Unter Vorbehalt der Billigung und des Vetos des Kontrollrats sollen diese Räte beschließende Gewalt haben.

Artikel 6: Der Kontrollrat wird die ausschließliche Zuständigkeit für folgende Fragen behalten: Entmilitarisierung und Abrüstung, Entnazifizierung, Entkartellisierung, Sicherheit, Reparationen, Kriegsgefangene, verschleppte Personen, Kriegsverbrecher, Immunität, Bedarf der Besatzungsmächte und Kontrolle der Beziehungen zur Außenwelt.

Der britische Außenminister Bevin faßte die einzelnen Punkte, in denen Übereinstimmung hinsichtlich der politischen Gestaltung Deutschlands herrschte, und die, in denen die Ansichten auseinandergingen, auf Grund aller bisherigen Erklärungen auf der Konferenz zusammen.

In seiner Betrachtung wies Bevin darauf hin, daß alle vier Mächte den ersten Punkt des britischen Vorschlages günstig aufgenommen haben, wenn auch von französischer Seite einige Vorbehalte über den Wirkungsbereich der Organe einer einzusetzenden deutschen Zentralverwaltung geäußert würden. Er schlug vor, daß diese Vorbehalte von einem Sonderausschuß von Sachverständigen geprüft werden. Der französische Außenminister gab hierzu seine Zustimmung.

Bevin stellte fest, daß man sich allgemein darüber klar sei, daß ein beratender deutscher Ausschuß dem Alliierten Kontrollrat beigegeben werden solle mit der Aufgabe, eine provisorische Verfassung auszuarbeiten, daß jedoch die Ansichten über die Zusammensetzung und den Aufgabenbereich dieses Ausschusses auseinandergingen. Über die Bildung einer provisorischen Regierung schienen grundsätzliche Unterschiede zwischen der sowjetrussischen und der britischen Auffassung einerseits und der amerikanischen und der französischen andererseits zu bestehen. Letztere Mächte setzten sich dafür ein, daß die Abgeordneten von den Ländern ernannt werden sollten, während erstere der Ansicht seien, daß sie gewählt werden müssen. Außerdem scheine Außenminister Marshall sich der Idee einer provisorischen Verfassung zu widersetzen.

Zu Molotows Vorschlag, daß man auf die Weimarer Verfassung als Grundlage für die neue politische Formung Deutschlands und das Wahlsystem zurückgreifen solle, äußerte Bevin, daß der Kontrollrat sich nicht ausschließlich Weimar zum Vorbild nehmen solle: das dürfe ihn nicht daran hindern, diese Verfassung auf ihre guten Seiten zu prüfen, um sie in die neue Verfassung zu übernehmen.

Den Vorschlag Molotows, daß man sich im großen und ganzen über die demokratische Form des politischen Systems für Deutschland und das Wahlverfahren einigen solle, lege er so aus, daß die Regierung und der Landtag der Länder vom deutschen Volke nach einer Art und Weise gewählt werden sollten, die in der Verfassung niedergelegt werden müsse.

Die britische, die amerikanische und die französische Auffassung über die Verteilung der ausübenden Gewalt auf die Zentralregierung und den Landtag der Länder hätten sich sehr angenähert. Es sei jedoch notwendig, daß die Sowjet-Union ihre Ansicht noch näher erläutere.

Der britische Außenminister bat um eine Entscheidung, ob eine provisorische Regierung eingesetzt werden solle und ob die britischen Vorschläge für die schrittweise Einsetzung einer deutschen Regierung angenommen würden.

Der stufenweise Aufbau der provisorischen politischen Ordnung Deutschlands wurde von Bevin wie folgt umrissen:

1. Schaffung zentraler Verwaltungsorgane für die Ausführung der unaufschiebbaren Aufgaben, die erforderlich sind, um die Wirtschaftseinheit Deutschlands zu gewährleisten;
2. in nächster Zukunft Einsetzung eines Konsultationsrates aus Vertretern der deutschen Länderregierungen zur Konsultation mit dem Kontrollrat über die Tätigkeit der Zentralbehörden.



den und zur Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung im Rahmen der mit dem Kontrollrat vereinbarten Grundsätze;

3. Billigung der provisorischen Verfassung durch den Kontrollrat, Durchführung von Wahlen und Bildung einer provisorischen Regierung auf der Grundlage der provisorischen Verfassung;

4. Abänderung der provisorischen Verfassung nach angemessener Erprobung und unter Berücksichtigung der Empfehlungen der provisorischen Regierung, Ratifizierung durch das deutsche Volk und Billigung durch den Kontrollrat. In diesem Stadium soll eine neue Regierung gewählt werden.

Außenminister *Marshall* unterbreitete einen Dreipunkt-vorschlag als Richtlinie für den Kontrollrat in Deutschland, um mit den Vorarbeiten für eine Verfassung und eine Regierungsbildung zu beginnen. *Marshall* schlug vor, daß der Außenministerrat den Kontrollrat anweisen solle:

1. einen Plan aufzustellen für eine provisorische deutsche Regierung, die die Länder mit folgender Machtbefugnis vertritt:

a) zentrale Verwaltungsbehörden anzuweisen und aufeinander abzustimmen auf den Gebieten, die in Potsdam festgelegt wurden, und auf weiteren Gebieten, die vom Kontrollrat ausersehen werden;

b) die Vorarbeiten für eine ständige demokratische Verfassung in Angriff zu nehmen und

c) Vorschläge über die künftige gebietsmäßige Ordnung der Länder im künftigen deutschen Staatsgebiet auszuarbeiten;

2. sicherzustellen, daß die Menschenrechte, die in den Länderverfassungen enthalten sind, in die Tat umgesetzt und die autonomen Rechte der Länder garantiert werden;

3. die Beziehungen zwischen dem Kontrollrat und der provisorischen Regierung festzulegen.

Außenminister *Molotow* erklärte zur Frage der Neuordnung Deutschlands:

„Die Sowjetdelegation ist damit einverstanden, als Grundlage die von der britischen Abordnung eingebrachten Anträge über die ersten Hauptstufen der Herstellung politischer Demokratie in Deutschland anzunehmen. Es versteht sich, daß die Frage des allgemeinen Charakters der Staatsordnung Deutschlands und vor allem die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der deutschen Zentralmacht und den Länderbehörden von besonderer Bedeutung sind. Ich will nicht verhehlen, daß gewisse Anträge, darunter auch die Anträge der amerikanischen Delegation, in dem Sinne ausgelegt werden könnten, daß Deutschland als einheitlicher Staat regiert wird. Diese Anträge führen jedoch zur Föderalisierung Deutschlands, wozu man sich nicht verstehen kann, falls dem nicht das deutsche Volk selbst zustimmt.

Den allgemeinen Standpunkt der Sowjetregierung zur Föderalisierung Deutschlands habe ich bereits dargelegt. Wir bleiben bei diesem Standpunkt. Unsere Anträge werden von dieser allgemeinen Einstellung der Sowjetregierung ausgehen.“

*Molotow* legte sodann einen Zweipunkt-vorschlag allgemeiner Grundsätze vor, die er als Ausgangspunkt für die Lösung der zur Debatte stehenden Frage bezeichnete:

„1. Die politische Ordnung Deutschlands soll von demokratischem Charakter sein, und die Machtorgane sollen durch demokratische Wahlen geschaffen werden, in ähnlicher Weise, wie es in der Weimarer Verfassung vorgesehen war, jedoch mit Einschränkung der Rechte und Pflichten des Präsidenten im Rahmen der Rechte und Pflichten des Hauptes eines verfassungsmäßigen Staates, das keine unabhängige Vollzugsgewalt besitzt.

2. Als erster Schritt zur Bildung einer provisorischen Regierung Deutschlands sollen zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen für Finanzen, Industrie, Verkehrswesen und Außenhandel in Übereinstimmung mit dem Beschluß der Potsdamer Konferenz gegründet werden.“

*Bevin* und *Marshall* erklärten sich mit diesen Vorschlägen einverstanden.

In einer zweiten Erklärung sagte *Molotow*, daß es am zweckmäßigsten sei, zuerst die Hauptleitsätze zu besprechen, die der politischen Gestaltung Deutschlands zu Grunde zu legen sind. Eine Erörterung der Frage der Entwicklungsstufen ermögliche es zwar, verschiedene Fragen organisatorischer Natur zu unterscheiden, doch bringe sie an sich nicht die erforderliche Klar-

heit in die Hauptfrage der politischen Gestaltung Deutschlands.

*Molotow* nahm dann Stellung zu dem Antrag der amerikanischen Delegation. Die Bildung einer provisorischen Regierung ausschließlich aus den Häuptionern der Länderregierungen werde die politische Einheit Deutschlands untergraben, und die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Verbündeten sei in einem solchen Falle nicht gewährleistet. *Molotow* fuhr fort:

„Im Antrag der amerikanischen Delegation ist schließlich gesagt, daß der provisorischen deutschen Regierung die Weisungen entweder vom Kontrollrat oder durch einen von der Mehrheit der Mitglieder des Kontrollrats gefaßten Beschluß erteilt werden. Wenn wir diesen Antrag annehmen, so lehnen wir damit den Grundsatz, daß die Beschlüsse von allen Verbündeten vereinbart sein müssen, ab. Dann würde die Mehrheit die Einwendungen des einen oder anderen Verbündeten nicht berücksichtigen. Diesen Antrag hält die Sowjetdelegation für unannehmbar.“

Zu den britischen Vorschlägen übergehend, erklärte *Molotow* nach einer zusammenfassenden Stellungnahme zu den Darlegungen *Bevins*:

„Die Vorstufen zur Herstellung einer demokratischen Ordnung in Deutschland scheinen uns annehmbar zu sein und den Interessen der Sache zu entsprechen. Selbstverständlich müssen wir feststellen, was eigentlich der aus Deutschen bestehende Konsultationsrat darstellen wird, der als Hilfe für den Kontrollrat gegründet werden soll. Zu dieser Frage sind im britischen Antrag keine Erläuterungen gegeben. Erläuterungen sind aber notwendig. Was die Zusammensetzung des Konsultationsrates anbelangt, so spricht sich die Sowjetdelegation dafür aus, daß er nicht nur aus Vertretern der Länder bestehen soll. Das wäre durchaus ungenügend. Im Konsultationsrat müssen alle demokratischen Parteien vertreten sein, es müssen daran die Gewerkschaften wie auch andere antinazistische Organisationen (Kulturbund, Gegenseitige Bauernhilfe, Frauenbund) beteiligt sein. Dann wird der Konsultationsrat tatsächlich die Gesinnung des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen und ein richtiger Träger der Meinung der deutschen demokratischen Kreise sein. Das gilt auch für die provisorische Regierung Deutschlands, die zu bilden ist, nachdem in Deutschland allgemeine Wahlen erfolgt sein werden.“

*Molotow* umriß sodann die Anträge der Sowjetdelegation wie folgt:

„Wir beantragen, die Hauptleitsätze der politischen Gestaltung Deutschlands zu billigen. Wir beantragen, uns dann den Grundzügen des Aufbaues der praktischen Konsultationsstelle zuzuwenden, jedoch unbedingt unter der Beteiligung von Vertretern der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und anderer antinazistischer Organisationen und von Vertretern der Länder.

In Zusammenarbeit mit diesem deutschen Konsultationsorgan soll der Kontrollrat die provisorische Verfassung ausarbeiten. Darauf können die Wahlen zum Parlament Deutschlands erfolgen, und es kann auf der Grundlage der provisorischen Verfassung eine provisorische Regierung Deutschlands gebildet werden. Dieses Verfahren, das die Sowjetdelegation vorschlägt, dürfte dem Geist der von den Verbündeten auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen Grundsätze am besten entsprechen.“

In der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der deutschen Zentralregierung und den Länderregierungen wandte sich *Molotow* dagegen, daß alle Macht den Ländern gehören soll.

„Es wäre richtiger, der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Zentralregierung Deutschlands und den Ländern die Weimarer Verfassung zugrunde zu legen. In dieser Verfassung sind Landtage, zwei Kammern, darunter eine zweite Kammer aus Vertretern der Länder, vorgesehen. Zugleich ging sie vom Grundsatz der politischen Einheit Deutschlands aus.

Wir glauben, daß wir bei der Entscheidung der Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Ländern und der Zentralmacht in Deutschland, die eine Vorzugsstellung gegenüber den Länderbehörden innehaben muß, von diesen Leitgedanken ausgehen könnten.“

*Molotow* schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß an der Weimarer Verfassung selbstverständlich Verbesserungen vorgenommen werden müßten, um ihre Fehler abzustellen, und daß man auch im Auge haben müsse, daß Deutschland noch längere Zeit unter Kontrolle der verbündeten Staaten stehen werde.



Außenminister *Bidault* wies auf die Gefahr hin, daß unnötig Zeit verschwendet werde, wenn eine provisorische und eine endgültige Verfassung für Deutschland ausgearbeitet würden. Falls die vorläufige Verfassung sich als gesund erweise, bedürfe sie keiner großen Änderung mehr. *Bidault* schlug vor, daß bereits die vorläufige Verfassung so weit wie möglich von den Deutschen selbst ausgearbeitet werden solle.

Der Vorschlag *Molotows*, die antinationalsozialistischen Organisationen mit der beratenden Körperschaft zu verbinden, wurde von *Bevin* abgelehnt. Er schlug als Kompromiß

vor, daß die Mitglieder dieser Körperschaft von den Ländern erst nach Beratung mit den Vertretern der demokratischen Parteien und der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern ernannt werden sollen. *Marshall* unterstützte diesen Vorschlag.

Schließlich kamen die Minister überein, die gesamte Frage mit den verschiedenen Vorschlägen der Delegationen über die politische Gestaltung Deutschlands dem Koordinierungsausschuß zu überweisen. Dieser soll die Vorschläge zusammenfassen und dem Außenministerrat dann Bericht erstatten.

### Die Verhandlungen am 3. April 1947

#### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Nach einer langen, ergebnislosen Beratung brach der Koordinierungsausschuß seine Sitzung über die politische Gestaltung Deutschlands ab. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjet-Union hatten sich im Prinzip in der Frage der Einsetzung einer deutschen Zentralverwaltung geeinigt. Der französische Delegierte machte jedoch von neuem die französische Zustimmung zur Bildung deutscher Zentralverwaltung von der Regelung der Grenzfragen abhängig. Der Ausschuß war ursprünglich der Auffassung gewesen, daß Außenminister *Bidault* diese Bedingung habe fallenlassen.

Der zweite Punkt, in dem sich Meinungsverschiedenheiten zeigten, war der Vorschlag *Wyschinskijs*, jeden Zonenbefehlshaber zu bevollmächtigen, in die Verwaltung von Zentralbehörden in seiner Zone einzugreifen. Die britischen und die amerikanischen Delegierten wandten sich gegen einen derartigen Vorschlag. In dem Antrag *Wyschinskijs* hieß es, der Zonenbefehlshaber solle nicht nur zu einer allgemeinen Überwachung und Kontrolle der zentralen Verwaltungstätigkeit ermächtigt sein, sondern auch „die Anwendung von Richtlinien zentraler Verwaltungsorgane verhindern, wenn diese Richtlinien der Politik des Alliierten Kontrollrats widersprechen oder den Anordnungen und Befehlen des Zonenbefehlshabers zuwiderlaufen, die in Übereinstimmung mit der Politik des Alliierten Kontrollrats erlassen wurden.“

Der ursprünglich zu dieser Frage für den 3. April vorgesehene Bericht des Koordinierungsausschusses konnte nicht fertiggestellt werden.

#### Rat der Außenminister

Im Rat der Außenminister gab zunächst der amerikanische Delegierte *Marshall* eine Erklärung ab. Er machte den Vorschlag, die Forderungen auf Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion, falls sie überhaupt erörtert werden, darauf zu beschränken, daß sie als Ausgleich für ursprünglich zur Demontage vorgesehene deutsche Fabrikanlagen gelten, die Deutschland wegen der Erhöhung des deutschen Industrieniveaus belassen werden.

„Wenn die Reparationen aus der laufenden Produktion in dieser Weise aufgefaßt werden, dann ist die Abordnung der Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß ihre Sachverständigen diese Frage unverbindlich erörtern.“

*Marshall* erinnerte daran, daß das Potsdamer Abkommen und das auf Grund dieses Abkommens festgelegte deutsche Industrieniveau Reparationen aus der laufenden Produktion nicht vorsehen. Die Vereinigten Staaten seien nicht bereit, die augenblicklichen Forderungen auf Erhöhung der in Potsdam vorgesehenen deutschen Reparationsleistungen in Erwägung zu ziehen.

Die Durchführung des Potsdamer Abkommens werde jedoch eine Überprüfung des deutschen Industrieniveaus, wie es in dem Abkommen vom 26. März 1946 festgelegt wurde, nach folgenden Überlegungen notwendig machen:

1. Aufrechterhaltung eines erträglichen Lebensstandards für das deutsche Volk, wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen, ohne daß eine auswärtige Hilfe eine notwendige Voraussetzung dafür ist. Dieser Lebensstandard muß für die voraussichtliche

Bevölkerung Deutschlands im Jahre 1949 unter Berücksichtigung der Deutschland zur Verfügung stehenden Hilfsquellen und des möglichen Verlustes des Saargebietes errechnet werden.

2. Feststellung aller Mängel, die der Erfüllung der geplanten Erfordernisse der deutschen Industrie entgegenstehen, wie zum Beispiel Strommangel, unzureichende Versorgung mit wichtigen Chemikalien, künstlichen Düngemitteln und vielleicht auch mit Stahl.

3. Feststellung des Friedensbedarfs der europäischen Länder an deutschen Erzeugnissen und eine Wiederbelebung des Handels.

Die sowjetischen und die britischen Vertreter hätten zu erkennen gegeben, daß sie eine beträchtliche Vermehrung der deutschen Industriekapazität befürworteten. Die Delegation der Vereinigten Staaten glaube, daß eine weitere Vermehrung erwünscht sei, um den friedlichen Bedürfnissen Deutschlands und Europas zu dienen. *Marshall* schlug dem Außenministerrat vor, der Alliierte Kontrollrat in Berlin solle den Auftrag erhalten, die deutsche Industriekapazität zu überprüfen.

„Es muß anerkannt werden, daß die weitere Vermehrung der deutschen Industriekapazität die Zahl der für den Abtransport auf Reparationskonto zur Verfügung stehenden deutschen Fabrikanlagen herabmindern wird. Wenn die Vorschläge für Reparationen aus der laufenden Produktion erörtert werden sollen, dann müssen diese Vorschläge nach unserer Ansicht darauf beschränkt werden, einen Ausgleich für die Fabrikanlagen zu schaffen, die für den Abtransport bestimmt waren, aber infolge der Erhöhung der deutschen Industriekapazität nicht mehr verfügbar sind.“

Irgendein Plan, der einen solchen Ausgleich vorsieht, darf nach amerikanischer Auffassung weder die Besatzungskosten vermehren noch die Rückerstattung der alliierten Ausgaben für Deutschland und die Schaffung einer sich selbst erhaltenden deutschen Wirtschaft hinauszögern. Auch kann es nicht gestattet werden, daß eine gerechte Verteilung der Kohle und anderer knapper Rohstoffe unter die von den deutschen Lieferungen abhängenden Länder dadurch verhindert wird. Ein solcher Plan kann deshalb erst wirksam werden, wenn die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands sowie andere damit verbundene Ziele erreicht worden sind.“

In Konferenzkreisen verlautete, daß diese von *Marshall* gemachten Vorschläge eine Wiederholung seiner Erklärung auf der Geheimsitzung vom 1. April darstellten, über die seinerzeit keine Einigung erzielt werden konnte.

Die Außenminister besprachen sodann einen Bericht des Koordinierungsausschusses, in dem die einzelnen Punkte zusammengestellt worden waren, bei denen hinsichtlich der Fragen, die sich aus den Verhandlungen über den Bericht des Kontrollrats ergeben hatten, Einigung erzielt wurde beziehungsweise Differenzen bestanden.

Der Außenministerrat nahm die Empfehlungen des Berichtes hinsichtlich der Entnazifizierung an. Eine Übermittlung in Form von Anweisungen an den Alliierten Kontrollrat wurde in Aussicht genommen.

Zur Frage der Demokratisierung Deutschlands machte *Molotow* verschiedene Einwendungen. Hinsichtlich des Wahlsystems setzte er sich für das Verhältniswahlrecht ein. Dieser Punkt wurde an den Koordinierungsausschuß zurückverwiesen.

In der Frage der Bodenreform verlangte *Molotow*, diese solle im Laufe des Jahres 1947 beendet werden, da-



mit „das den Junkern gehörende Land den Bauern übergeben wird, um die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands zu vermehren.“

In der Frage des Nachrichtenwesens und der menschlichen Grundrechte schlug Molotow vor, diese beiden Teile des Berichts zusammenzufassen. Der Koordinierungsausschuß wurde beauftragt, eine genaue Bestimmung dieser Begriffe ohne Änderung ihres Sinnes auszuarbeiten.

Im Zusammenhang mit der Frage der Überführung von Bevölkerungsteilen drängte Bevin darauf, einen Stichtag für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen, den er aus verwaltungstechnischen Gründen für notwendig hielt, festzusetzen. Bevin war der Ansicht, daß dieser wichtige Punkt vom Ausschuß selbst beraten werden solle, da er nicht wünsche, daß diese Frage von der Propaganda innerhalb oder außerhalb Deutschlands aufgegriffen werde. Molotow wies darauf hin, daß dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung stehe, erklärte sich jedoch bereit, zu einem späteren Zeitpunkt dazu Stellung zu nehmen.

Die Außenminister begannen dann mit der Erörterung der Punkte des Berichtes des Koordinierungsausschusses, über die keine Einigung erzielt worden war.

Als erster Punkt wurde die Frage behandelt, ob die politischen Parteien und die Gewerkschaften auf gesamtdeutscher Grundlage oder nur auf Ländergrundlage aufgebaut werden sollten.

Der britische, amerikanische und sowjetische Vorschlag lautete:

„Der Rat der Außenminister bestätigt den Grundsatz der freien Entwicklung und Tätigkeit der demokratischen politischen Parteien und der freien Gewerkschaften in Deutschland.“

Dazu verlangte der französische Vorschlag den Zusatz „innerhalb der Länder“.

Bidault begründete den französischen Standpunkt damit, daß es ungesetzlich sei, Parteien und Gewerkschaften für ganz Deutschland zuzulassen, bevor eine Entscheidung über die Einheit Deutschlands gefallen sei.

Der britische Außenminister Bevin fragte, wie man die Vereinigung der politischen Parteien oder Gewerkschaften auf gesamtdeutscher Basis aufhalten könne.

Die vier Außenminister kamen überein, die Erörterung dieses Punktes erst fortzusetzen, wenn die politischen Grundsätze von den Ministern besprochen werden.

Molotow wiederholte dann seine Kritik an dem Wahlsystem in der britisch-amerikanischen Zone und forderte das Verhältniswahlrecht in ganz Deutschland.

Bevin trat dafür ein, daß die Deutschen erst selbst ihre Ansicht dazu äußern sollen. Dieser Standpunkt wurde von dem amerikanischen Außenminister Marshall unterstützt.

Molotow kritisierte das Mehrheitswahlsystem, weil es schließlich in der Diktatur ende. Als Beispiel führte er Griechenland an, worauf ihm der britische Außenminister Bevin antwortete, die griechischen Wahlen hätten unter dem

Verhältnissystem stattgefunden, das Molotow selbst verteidige.

Darauf erwiderte Molotow, das beweise nur, was geschehe, wenn eine gute Sache in schlechte Hände komme. Molotow forderte, dies solle weiterhin als Punkt gelten, über den keine Einigung erzielt werden könne.

Bevin brachte auf der Sitzung am 3. April auch die Frage vor, warum die Sozialdemokratische Partei in der Sowjetzone nicht zugelassen sei. Eine solche Form der Demokratie, sagte Bevin, könne er schwerlich gutheißen.

Es folgte eine Erörterung über die Klausel des Berichtes des Koordinierungsausschusses, die sich mit gebietsmäßigen Veränderungen in Deutschland befaßt. Der nächste Punkt, die Frage der Umsiedlung von Bevölkerungsteilen, wurde zur weiteren Erledigung an den Ausschuß zurückverwiesen.

Danach begannen die Außenminister mit der Erörterung der Klausel über die Entmilitarisierung der deutschen Industrie. Dabei schlug Molotow wieder vor, am 1. August 1947 solle der Plan für die Beseitigung der deutschen Kriegsindustrie erfüllt und bis zum Ende des Jahres 1948 die Auflösung der Kartelle und Trusts durchgeführt sein.

Bevin bemerkte dazu, daß die Liquidierung der Kriegsindustrie nach den Richtlinien der britischen Denkschrift durchgeführt werden könne, wenn Molotow damit einverstanden sei, eine neue Höhe des Industrieplanes festzusetzen.

Außenminister Bidault unterbreitete ein Fünfpunkteprogramm zur Entmilitarisierung Deutschlands:

1. Tatsächliche Liquidierung der Industrieanlagen und Fabriken der Kategorie I des Reparationsplanes noch vor Ende 1947.

2. Fertigstellung des endgültigen Entwurfs für die Höhe des Industrieplanes bis zum Juli 1947 oder, wenn Molotows Vorschläge angenommen werden, bis zum 1. August 1947.

3. Aufstellung von Listen mit Fabriken und Industrieanlagen, die in Deutschland bleiben oder aus Deutschland auf Grund des Industrieplanes entfernt werden sollen; dies soll bis zum 1. Oktober 1947 oder, wenn Molotows Vorschlag angenommen wird, bis zum 1. November 1947 geschehen.

4. Tatsächliche Liquidierung der verbleibenden Kategorien der deutschen Kriegsindustrie auf Grund des Reparationsplanes bis zum 1. April beziehungsweise 1. Mai 1948.

5. Vollständige Durchführung der Hauptreparationen bis Ende 1948.

Dieses Fünfpunkteprogramm Bidaults wurde im Grundsatz angenommen, aber es wurde beschlossen, die Termine erneut zu besprechen.

Molotow schlug vor, die Frage der Erörterung der Entmilitarisierung in diesem Stadium abzukürzen, den Punkt aber auf der Tagesordnung des Außenministerrates zu belassen und den Koordinierungsausschuß damit zu beauftragen, die Angelegenheit in den nächsten Tagen erneut eingehend zu besprechen. Die Außenminister stimmten diesem Vorschlag zu.

## Die Verhandlungen am 4. April 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Der Koordinierungsausschuß beschäftigte sich mehr als acht Stunden mit den Fragen der Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung, der Errichtung und dem Tätigkeitsbereich des deutschen Beratungsausschusses, der Aufteilung der Befugnisse zwischen der Zentralverwaltung und den Ländern, den Wahlen für eine vorläufige deutsche Regierung und ihrem Tätigkeitsbereich.

In der Frage einer deutschen Zentralverwaltung legte die französische Delegation einen neuen Entwurf vor, der in verschiedenen Punkten von dem französischen Memorandum vom 17. Januar 1947 abwich. Dieser neue französische Ent-

wurf zeigte die Bereitwilligkeit Frankreichs, auf die Abstufung der Ministerien nach ihrer Wichtigkeit zu verzichten. Zentrale Verwaltungsstellen sollen jedoch nicht durch Minister, sondern durch Ausschüsse von Vertretern der Länder geleitet werden. Alle diese Verwaltungsstellen sollen weiterhin vom Alliierten Kontrollrat in Berlin überwacht werden.

Nach dem französischen Vorschlag soll die zukünftige deutsche Verwaltung in vier „Stockwerken“ aufgebaut sein:

An der Spitze steht der Alliierte Kontrollrat, darunter ein alliiertes Direktorium als Spitze der Verwaltung, darunter eine deutsche obere Verwaltungsführung und darunter schließlich die aus deutschem Personal zusammengesetzten ausführenden Verwaltungsorgane.



Der französische Vorschlag macht jedoch die Einrichtung dieser zentralen Verwaltung von drei Bedingungen abhängig:

1. Die Wirtschaftseinheit muß begrifflich festgelegt und durchgeführt werden.
2. Das Saargebiet soll von jetzt an außerhalb der Zuständigkeit der deutschen Zentralverwaltung liegen.
3. Die Einrichtung zentraler Verwaltungsstellen darf unter keinen Umständen die endgültige Stellung des Ruhrgebietes beeinflussen.

Von britischer Seite wurde der Vorschlag unterbreitet, dem Außenministerrat zunächst einmal drei grundlegende Fragen vorzulegen:

1. Sollen die Deutschen eine gemeinsame Staatsangehörigkeit haben oder wird diese durch die einzelnen Länder bestimmt, in denen sie leben?
2. Sollen die Länder unabhängige Staatswesen mit eigenen diplomatischen Beziehungen zu fremden Ländern sein und das Recht haben, Verträge abzuschließen?
3. Soll die Zentralregierung vom deutschen Volk durch direkte Wahl bestimmt werden oder ist sie durch die Vertreter der Länder zu wählen?

Der Koordinierungsausschuß einigte sich, am 5. April zu entscheiden, ob diese Fragen dem Außenministerrat vorgelegt werden sollen oder nicht.

In der Frage der Machtbefugnisse der Zentralregierung der Länder konnte sich der Ausschuß nur dahin einigen, daß „eine klare Bestimmung“ über die Aufteilung der Befugnisse in der deutschen Verfassung verankert sein solle.

In der Frage der Wahlen für eine vorläufige Regierung schloß sich die sowjetische Delegation dem britischen Vorschlag an, der jedoch weder mit dem französischen noch mit dem amerikanischen Vorschlag in Einklang gebracht werden konnte.

Die Verhandlungen des Koordinierungsausschusses in Fragen der zukünftigen politischen Struktur Deutschlands zeigten, daß eine Entscheidung nur durch den Außenminister selbst zu erreichen sein werde.

#### *Rat der Außenminister*

Die für den 4. April vorgesehene Sitzung der Außenminister wurde auf den 5. April verschoben, da der zusammenfassende Bericht des Koordinierungsausschusses über die politische Struktur Deutschlands wiederum nicht fertiggestellt werden konnte.

#### *Interview des sowjetischen Außenministers Molotow*

Am 4. April wurden Außenminister Molotow von dem amerikanischen Rundfunkkommentator John Steel eine Reihe Fragen vorgelegt, die von dem sowjetischen Außenminister beantwortet wurden.

Das Interview hatte folgenden Wortlaut:

Frage: Glauben Sie, daß die amerikanischen Vorschläge für

eine politische Gestaltung Deutschlands zu einer Teilung Deutschlands führen werden?

Antwort: Eine solche Gefahr besteht.

Frage: Was würden Ihrer Meinung nach die Folgen einer solchen Entscheidung sein?

Antwort: Die Folgen einer solchen Entscheidung wären unerwünscht, da sie in den deutschen Militaristen und im deutschen Volk die Hoffnung aufkommen lassen würde, die Vereinheitlichung Deutschlands wie beispielsweise in der Bismarck-Zeit einzuleiten.

Frage: Halten Sie einen Kompromiß zwischen dem russischen Vorschlag für ein vereinigtes Deutschland und dem amerikanischen Vorschlag für ein föderalistisches Deutschland für möglich?

Antwort: Ich schließe diese Möglichkeit nicht aus, sofern man sich dahingehend einigen könnte, daß dem deutschen Volke die Lösung des Problems durch eine Abstimmung überlassen wird.

Frage: Werden zehn Milliarden Dollar ausreichen, um wenigstens einen lebenswichtigen Teil der durch die deutsche Invasion verursachten Schäden zu decken?

Antwort: Dies wäre für Rußland nicht ausreichend. Immerhin würde es dem Volke eine gewisse Genugtuung geben.

Frage: Ist die Frage der Reparationen in erster Linie ein wirtschaftliches oder ein moralisches Problem?

Antwort: Reparationen sind aus beiden Gesichtspunkten von wesentlicher Bedeutung.

Frage: Wer hat bisher mehr an Reparationen erhalten, Großbritannien, die Vereinigten Staaten oder Rußland?

Antwort: Rußland hat zweifellos weitaus weniger erhalten als die übrigen Alliierten.

Frage: Wie ließe sich die deutsche Friedensproduktion heben, um eine Lieferung von Reparationen möglich zu machen?

Antwort: Durch eine gewisse Erhöhung der deutschen Friedensindustriekapazität, damit ein Teil der Produktion — Metalle, Kohle und andere Rohstoffe — für Reparationsleistungen an die Staaten, die Schaden erlitten haben, verwandt werden kann.

Frage: Welches ist der beste Weg zur Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland?

Antwort: Die beste Methode besteht darin, von äußeren Eingriffen in die inneren Angelegenheiten Griechenlands Abstand zu nehmen.

Frage: Sind Sie der Ansicht, daß die amerikanische Politik in Griechenland wie von Präsident Truman vorgeschlagen wurde, die Demokratie in diesem Lande wiederherstellen kann?

Antwort: Ich bezweifle das sehr, wie auch viele andere.

Frage: Haben Sie, daß die Moskauer Außenministerkonferenz Zweck hat und zu einigen greifbaren Ergebnissen führen wird?

Antwort: Es ist zu wünschen, daß die Moskauer Konferenz unserer gemeinsamen Sache in hohem Maße Nutzen bringen werde. Dies hängt jedoch nicht von Rußland allein ab. Auf jeden Fall wird die russische Delegation alles tun, was in ihren Kräften steht, damit die Konferenz nutzbringende Ergebnisse zeitigt.

Amerikanische Korrespondenten in Moskau erklärten am gleichen Tage im Rundfunk, es sei in Moskau bekannt, daß Stalin sowohl die Fragen, die Steel an Molotow gerichtet habe, als auch die Antworten Molotows vor der Veröffentlichung gesehen habe.

### Die Verhandlungen am 5. April 1947

#### *Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse*

Der Koordinierungsausschuß befaßte sich mit Vorschlägen für ein zukünftiges deutsches Polizeisystem und mit der Frage der Verteilung der Vollmachten zwischen der künftigen provisorischen deutschen Regierung und den Länderregierungen. In keiner dieser Fragen konnte Übereinstimmung erzielt werden.

Der Bericht des Koordinierungsausschusses für die Außenminister wurde bis zum Nachmittag fertiggestellt.

#### *Rat der Außenminister*

Der Rat der Außenminister beschäftigte sich mit dem fünf Punkte umfassenden Bericht des Koordinierungsausschusses über die politische Organisation Deutschlands.

Zum ersten Punkt, der zentralen deutschen Verwaltung, stellt der Bericht fest, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjet-Union stimmten darin überein, daß dem Alliierten Kontrollrat in Berlin die Einsetzung einer deutschen zentralen Verwaltungsstelle für Wirtschaftsfragen empfohlen werden soll. Dabei sollen die Potsdamer Beschlüsse beachtet und die Zentralstelle in möglichst kurzer Zeit geschaffen werden. Diese zentrale Verwaltungsbehörde ist als Vorstufe zu einer vorläufigen deutschen Zentralregierung gedacht. Nach Auffassung der französischen Delegation soll die zentrale Verwaltungsbehörde von deutschen Vollzugsausschüssen geleitet werden, die nach Weisungen der Alliierten handeln. Das Saargebiet soll in diese Regelung nicht einbezogen sein. Für das Ruhrgebiet und das Rheinland wird noch ein besonderer Plan ausgearbeitet.



Die vier Großmächte sind übereingekommen, daß der Alliierte Kontrollrat die deutsche Zentralverwaltung kontrollieren soll. In den Fragen des Ausmaßes der Kontrolle und insbesondere der Befugnisse der Zonenbefehlshaber weichen die Entwürfe der einzelnen Delegationen voneinander ab.

Zu dem zweiten Punkt, der Schaffung eines deutschen Konsultativrates, heißt es in dem Bericht, daß eine beratende deutsche Körperschaft gebildet werden soll, die insbesondere die vorläufige deutsche Verfassung auszuarbeiten hat. Über Zusammensetzung, Zeitpunkt der Einsetzung und Aufgabenbereich dieser Körperschaft vertreten die vier Großmächte verschiedene Meinungen.

Der Bericht des Koordinierungsausschusses betrachtet den britischen Entwurf, der den Ländern alle die Vollmachten überträgt, die nicht ausdrücklich der Zentralregierung vorbehalten sind, als Ausgangspunkt für die Beratungen über den dritten Punkt, die Aufteilung der Vollmachten zwischen Zentralregierung und den Länderregierungen.

Die Sowjet-Union lehnt diese Fassung ab und verlangt eine genaue Bestimmung der Vollmachten der Zentralregierung, insbesondere ihrer Vollmachten in der Außenpolitik. Der französische Entwurf will den Länderregierungen die Befugnisse der Außenpolitik und der Polizeiverwaltung übertragen. Die Vereinigten Staaten unterstützen den französischen Vorschlag in Bezug auf die Polizeiverwaltung.

In der Frage des vierten Punktes, der Einsetzung einer vorläufigen deutschen Regierung, hat sich als strittig erwiesen, ob sie vor allgemeinen Wahlen auf Grund einer vorläufigen Verfassung eingesetzt werden soll. Die Vereinigten Staaten und Frankreich vertreten die Meinung, daß zur Bildung einer vorläufigen deutschen Regierung Wahlen nicht notwendig sind. Großbritannien und die Sowjet-Union wollen der Einsetzung einer vorläufigen Regierung Parlamentswahlen vorausgehen lassen.

Zu dem fünften und letzten Punkt über die Machtbefugnisse der vorläufigen Regierung verzeichnet der Bericht, daß die Vereinigten Staaten zum Wirkungsbereich der vorläufigen deutschen Regierung und zu ihrem Verhältnis gegenüber dem Alliierten Kontrollrat die Meinung vertreten, daß die vorläufige deutsche Regierung die zentralen Verwaltungsbehörden nach Anweisungen des Alliierten Kontrollrates kontrollieren soll. Der Kontrollrat soll Mehrheitsbeschlüsse fassen. Die Zentralregierung soll auch die endgültige deutsche Verfassung ausarbeiten.

Nach britischer Auffassung verfügt die Zentralregierung über vollziehende und gesetzgebende Gewalt, unter Vorbehalt des Vetorechtes des Alliierten Kontrollrates. Frankreich stimmt grundsätzlich mit dem britischen Plane überein, verlangt aber, daß die dem Alliierten Kontrollrat vorbehaltenen Rechte, wie sie durch die Kapitulation begründet wurden, nicht beeinträchtigt werden.

Die Sowjet-Union will der vorläufigen deutschen Regierung Vollmachten nach Anweisungen des Alliierten Kontrollrates zuerkennen. Die Zentralregierung soll verpflichtet sein, Militarismus und Faschismus in Deutschland zu beseitigen. Sie hat, wie die Sowjet-Union weiter verlangt, dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland seine Verpflichtungen gegenüber den Alliierten erfüllt. Schließlich soll sie die endgültige deutsche Verfassung ausarbeiten, die vom deutschen Volk ratifiziert werden muß.

Im Verlaufe der Verhandlung über den Bericht des Koordinierungsausschusses kamen die Außenminister überein, einen deutschen Beirat drei Monate nach der Schaffung der in Potsdam vorgesehenen Zentralverwaltungen einzusetzen. Neun Monate später sollte eine provisorische deutsche Regierung gebildet werden.

Über die übrigen Punkte des Berichtes wurde keine Einigung erzielt. Es wurde beschlossen, diese Punkte zur wei-

ten Erörterung an den Koordinierungsausschuß zurückzuverweisen.

Die Schaffung zentraler Verwaltungsorgane wurde ebenfalls von den Außenministern erörtert. In diesem Zusammenhang unterbreitete der französische Außenminister *Bidault* neue Vorschläge über deutsche zentrale Verwaltungsorgane, die von der Konferenz im Prinzip angenommen wurden. Lediglich der Vorschlag *Bidaults* über die Zusammensetzung des deutschen Beirates wurde von den Außenministern an den Koordinierungsausschuß zurückverwiesen.

Die von *Bidault* vorgebrachten Vorschläge lauteten:

„1. Der Kontrollrat soll angewiesen werden, so bald wie möglich zentrale deutsche Verwaltungsbehörden zu schaffen, die sich mit denjenigen Angelegenheiten befassen sollen, die auf Grund des Potsdamer Abkommens eine zentrale Entscheidung fordern, sowie mit Ernährung und Landwirtschaft.

2. Diese Verwaltungsbehörden werden unter der Aufsicht und Leitung der entsprechenden Viermächteorgane des Alliierten Kontrollrats arbeiten. Wenn eine deutsche vorläufige Regierung eingesetzt worden ist, sollen neue Kontrollmaßnahmen ausgearbeitet werden.

3. Jede deutsche Verwaltungsbehörde wird von einem deutschen Vollzugsausschuß geleitet werden, der aus Vertretern der verschiedenen Länder bestehen soll. Die deutsche Verwaltungsbehörde wird ermächtigt sein, Mehrheitsbeschlüsse des Vollzugsausschusses durchzuführen.

4. Die oben aufgeführten Maßnahmen beziehen sich nicht auf das Saargebiet und sind ohne Einfluß auf die Zusammensetzung eines zukünftigen Regimes im Ruhrgebiet und Rheinland.“

*Bevin* erklärte, sich hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung eines Regimes im Ruhrgebiet und Rheinland nicht festlegen zu können. Er werde jedoch den französischen Vorschlägen kein Hindernis in den Weg legen, wenn die anderen Minister zustimmen. *Marshall* pflichtete dem französischen Vorschlag im Namen der Vereinigten Staaten unter der Bedingung bei, daß vollständige Einigung darüber erzielt werde. Andernfalls behielt er sich das Recht vor, zu dem ursprünglichen britisch-amerikanisch-sowjetischen Vorschlag zurückzukehren. *Molotow* nahm die ersten beiden Punkte des französischen Vorschlages an, erklärte den dritten für kompliziert und behielt sich eine Stellungnahme zu dem vierten vor, bis er eine genauere Prüfung vorgenommen habe.

Bei der Behandlung der Machtbefugnisse der einzelnen Zonenkommandeure schlug *Molotow* vor, sie sollten das Recht einer allgemeinen Überwachung ausüben und Maßnahmen unterdrücken, die gegen die Politik des Alliierten Kontrollrates oder die Zonenkommandeure gerichtet sind. *Bevin* und *Marshall* erklärten sich nicht einverstanden und warnten vor einer Verstärkung der Autorität der Zonenkommandeure.

Die Angelegenheit wurde an den Koordinierungsausschuß zurückverwiesen.

Für die Zusammensetzung des Deutschen Beirates schlug *Bidault* vor, daß nach Rücksprache mit den Gewerkschaften und den politischen Parteien unter Berücksichtigung der demokratischen öffentlichen Meinung drei Vertreter von den einzelnen Ländern ernannt werden sollten. *Bevin* nahm das an, während *Molotow* Zweifel über diesen „sehr komplizierten Vorschlag“ ausdrückte. Er wünschte den Beratungsausschuß aus einer gleichen Anzahl von Mitgliedern der Länder und der demokratischen Parteien zusammengesetzt und betonte, daß die Gewerkschaften als die größte demokratische Organisation in Deutschland in dem Rat vertreten sein sollten. *Marshall* war bereit, den französischen Vorschlag anzunehmen, und versuchte, die auseinandergehenden Ansichten auszugleichen.

Schließlich wurde die Angelegenheit zurückverwiesen.

*Bidaults* Vorschlag über einen Zeitpunkt für die Einsetzung eines Beratungsausschusses und der vorläufigen Re-



gierung und über die Art und die Tätigkeit der zentralen Verwaltungsbehörden wich von dem bisherigen französischen Standpunkt ab. Frankreich hatte sich bisher stets gegen die Bildung zentraler Behörden unter deutscher Leitung ausgesprochen. Der neue Vorschlag jedoch gestattete dies unter der alliierten Überwachung durch den Kontrollrat.

Bedeutsam war der Verzicht Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf die Ernennung deutscher Staats-

sekretäre und ihre Zustimmung, das Saargebiet nicht in den Amtsbereich der zentralen Verwaltungsstellen einzubeziehen.

Der französische Vorbehalt hinsichtlich des Ruhrgebietes und des Rheinlandes wurde von *Bevin* und *Marshall* nicht unbedingt ablehnend aufgenommen, während *Molotow* sich seine Stellungnahme vorbehielt.

Am Ostersonntag, dem 6. April, traten die Außenminister nicht zusammen.

### Die Verhandlungen am 7. April 1947

#### Rat der Außenminister

Die Außenminister befaßten sich weiterhin mit dem Aufgabenbereich des deutschen Beirates und der Einsetzung einer vorläufigen Regierung für Deutschland unter Berücksichtigung der Durchführung deutscher Wahlen.

Außenminister *Molotow* verlangte eine Volksabstimmung darüber, ob Deutschland ein zentralistischer oder ein föderalistischer Staat sein soll. Er erklärte, nachdem er nochmals auf die Weimarer Verfassung Bezug genommen hatte:

„Man könnte unter vierseitiger Kontrolle der Verbündeten in ganz Deutschland einen Volksentscheid über die Frage durchführen, ob Deutschland ein Einheits- oder ein föderalistischer Staat werden soll. Durch einen Beschluß über die Abhaltung eines solchen Volksentscheides unter vierseitiger Kontrolle würde den Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage ein Ende gemacht werden. Jedenfalls dürfen die Verbündeten die Entscheidung dieser Frage nicht auf sich nehmen, ohne das deutsche Volk um seine Meinung gefragt zu haben.“

Gegen diesen Vorschlag wandte sich *Bevin* mit großer Entschiedenheit und erklärte, daß er sich lediglich aus Sicherheitsgründen gegen die Vorschläge *Molotows* wende.

„Es wird vorgeschlagen, die Deutschen selbst entscheiden zu lassen, aber gerade die Deutschen waren es, die Hitler wählten.“

Ich will nicht die Gesamtschuld für den Krieg dem deutschen Volk zuschieben, aber Großbritannien, Frankreich und andere Länder sind im Verlauf von 25 Jahren zweimal von den Deutschen angegriffen worden. Ich bin nicht gewillt, die Sicherheit des von mir vertretenen Landes einer Volksabstimmung durch die Deutschen auszusetzen. Es handelt sich um unsere eigene Sicherheit, die wir hier in Betracht ziehen müssen, und um die Sicherheit solcher Länder, die unter Deutschland gelitten haben.“

*Bevin* erklärte, Großbritannien wünsche für Deutschland eine Verfassung, in der die Zentralstellen begrenzte Vollmachten haben.

„Es ist mir gleichgültig, ob die Deutschen Sozialisten, Konservative oder Kommunisten sind, solange sie friedlich bleiben. Es ist mir aber nicht gleichgültig, wenn einer deutschen Zentralregierung automatisch große Machtbefugnisse übertragen würden.“

*Bidault* erklärte, die französische Delegation könne den Erwägungen, die der britische Delegierte zur Frage der Sicherheit vorgebracht habe, nur zustimmen. Zur Frage des Volksentscheids, wie er von *Molotow* vorgeschlagen wurde, erklärte *Bidault*, daß das Problem, in welcher Form man das deutsche Volk um seine Meinung fragen solle, ein wichtiges Problem darstelle, welches näher untersucht werden müsse. Eine Volksabstimmung in ganz Deutschland über die Frage der politischen Einheit werde jedoch die Entscheidung des deutschen Volkes zugunsten der Einheit vorwegnehmen.

*Marshall* bezweifelte, ob das deutsche Volk die notwendige Einsicht besitze, selbst wenn eine Volksabstimmung praktisch durchführbar sei; daran glaube er jedoch nicht. Es sei verhängnisvoll, wenn die Deutschen die Führung übernehmen und eine Regierung organisieren, die auf Grundsätzen beruhe, die die Alliierten als höchst gefährlich für den Weltfrieden betrachten.

*Marshall* erneuerte dann den amerikanischen Vorschlag, daß der deutsche Verfassungsentwurf von einer deutschen verfassungsgebenden Versammlung entworfen und nach Bil-

ligung durch den Kontrollrat ein Jahr nach der Errichtung einer provisorischen Regierung durch das deutsche Volk ratifiziert werden solle.

In Beantwortung der Ausführungen *Bevins* erklärte *Molotow*, die Sowjet-Union sei an der Sicherheit nicht weniger interessiert als Großbritannien. Es gebe aber zwei Möglichkeiten, diese Sicherheit zu erhalten: erstens durch eine beständige Demokratisierung und Entmilitarisierung und zweitens durch eine auf lange Sicht geplante alliierte Viermächtekontrolle. *Molotow* blieb aber bei seiner Auffassung über die Durchführung einer Volksabstimmung und erklärte abschließend:

„Wenn wir die Staatsordnung Deutschlands durchgreifend ändern wollen, müssen wir das deutsche Volk nach seiner Meinung fragen.“

Die Außenminister vertagten die weitere Erörterung dieser Fragen, bis sie im Koordinierungsausschuß endgültig untersucht worden sind.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wandten sich die Minister dem Problem der Funktionen des deutschen Beirates zu. Ein britischer Antrag, wonach der Beirat den Kontrollrat über die allgemeinen Richtlinien der Tätigkeit der zentralen Verwaltungsabteilungen beraten sollte, wurde von den Ministern angenommen. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„Der Konsultationsrat wird im Rahmen der vom Kontrollrat aufgestellten allgemeinen Grundsätze die Einzelheiten der provisorischen Verfassung ausarbeiten. Die Grundsätze, von denen die Rede ist, werden mit den Weisungen in dieser Frage übereinstimmen, die der Rat der Außenminister möglicherweise geben kann.“

Die Sowjet-Delegation brachte hierzu folgenden Zusatzantrag ein:

„Die Verfassung soll auf demokratischen Grundlagen aufgebaut werden und die Entwicklung Deutschlands als eines demokratischen und friedlichen Staates verankern. In der Verfassung sollen die Rechte und Befugnisse der provisorischen Regierung Deutschlands wie auch der Länderregierungen festgesetzt sein.“

Über den sowjetischen Zusatzantrag kam es zu keiner Einigung.

Zum Schluß tauschten die Minister ihre Meinungen über die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der provisorischen Regierung Deutschlands und dem Kontrollrat aus. *Bevin* beantragte, die provisorische Regierung solle im ersten Abschnitt ihrer Tätigkeit der Aufsicht des Kontrollrats unterstehen. Für den weiteren Abschnitt solle der Kontrollrat das Recht erhalten, gegen Entscheidungen der provisorischen Regierung, mit denen er nicht einverstanden ist, sein Veto auszusprechen. Nach dem Vorschlag *Bevins* soll die Kontrolle der Verbündeten über die Tätigkeit der provisorischen Regierung später allmählich eingeschränkt werden.

*Molotow* wandte sich gegen ein solches Veto, das geeignet sei, die deutsche Regierung zu veranlassen, etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten auszunutzen.

Es wurde beschlossen, die britischen Zusatzanträge über die Frage der gegenseitigen Beziehungen zwischen der pro-



visorischen Regierung Deutschlands und dem Kontrollrat dem Koordinierungsausschuß zu übergeben.

Mit Abschluß der Sitzung des 7. April standen noch vierzehn strittige Punkte auf der Tagesordnung der Moskauer Konferenz:

1. Wirtschaftseinheit Deutschlands,
2. Bericht des Koordinierungsausschusses über die provisorische deutsche Regierung,
3. die ungelösten Fragen des Kontrollratsberichtes.
4. die Verschleppten- und Kriegsgefangenenfrage,
5. Entmilitarisierung,
6. Bericht des Bevollmächtigten über das Verfahren für den Friedensvertrag,
7. Bericht über die Anhörung der interalliierten Reparationsbehörde,

8. die Ansichten der kleinen Alliierten,
9. Territorialfragen,
10. der Viermächtevertrag,
11. Bericht der Kohlenachverständigen,
12. der österreichische Friedensvertrag,
13. der finanzielle Bericht über Triest,
14. Beschränkung der Besatzungsstreitkräfte.

#### Kubanische Note an die Außenminister

Der kubanische Geschäftsträger in Moskau, *Espinosa*, übermittelte den Außenministern eine Note, in der Kuba erklärte, es werde eine Einladung, lediglich als Beobachter oder Mitglied der beratenden Körperschaft an der Friedenskonferenz teilzunehmen, nicht akzeptieren. *Espinosa* erklärte: „Wir betrachten uns als einen der aktivsten Teilnehmer am Kriege unter den kleinen Nationen.“

#### Die Verhandlungen am 8. April 1947

##### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Der Koordinierungsausschuß konnte auch am 8. April keine positiven Ergebnisse erzielen. Es wurde lediglich ein Entwurf des Redaktionsausschusses angenommen, der die Stellungnahme der vier Mächte festhielt.

##### Rat der Außenminister

Im Außenministerrat nahm *Molotow* zur Frage der Rechte und Pflichten einer deutschen Regierung in längeren Darlegungen Stellung. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Rechte und Pflichten der geplanten deutschen Zentralregierung genau abzugrenzen; das sei in den Vorschlägen der anderen Abordnungen nicht in ausreichendem Maße geschehen. *Molotow* sagte:

„Wir vertreten den Standpunkt, daß Deutschland die Staatssicherheit gewährleisten, Reparationen zahlen und seinen anderen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten nachkommen muß. Die Verantwortung hierfür kann nicht auf die einzelnen Länder übergehen, sie sollte von der deutschen Zentralregierung getragen werden.“

*Bidault* hielt es für falsch, die Zentralregierung für die Reparationsleistungen verantwortlich zu machen, da man von ihr in diesem Punkt nur Widerstand zu erwarten habe. *Molotow* erwiderte hierauf, daß auch in den Friedensverträgen für die ehemaligen Verbündeten Deutschlands die jeweiligen Regierungen die Garantie für die Reparationen übernehmen müßten.

*Molotows* Vorschlag, daß die Zentralregierung für die Staatssicherheit verantwortlich zu machen sei, wurde von *Bidault* und *Bevin* entschieden abgelehnt. *Bidault* äußerte die Befürchtung, daß derartige Machtbefugnisse nur in ein geheimes politisches Polizeisystem ausarteten. *Bidault* fuhr fort:

„Das wollen wir um keinen Preis. Die Polizeigewalt muß den Länderregierungen überlassen bleiben, und sogar die Kriminalpolizei muß von diesen abhängen. Eine gewisse Koordinierung der Polizeifunktionen über ganz Deutschland hinweg ist zwar notwendig, so zum Beispiel eine Zentralkartothek, aber kein zentraler Organismus. Deutschland darf nicht wieder ein Polizeistaat werden.“

*Bevin* bestand darauf, daß während der Übergangszeit die Frage der Sicherheit dem Alliierten Kontrollrat vorbehalten bleiben solle.

*Molotow* antwortete auf die Einwände *Bidaults* und *Bevins* und sagte:

„Der Vorschlag der Sowjetdelegation bezüglich der Staatssicherheit in Deutschland kann wie folgt zum Ausdruck gebracht werden: Es wird vorgeschlagen, in Deutschland ungefähr dasselbe Regime der Staatssicherheit anzuwenden, wie es jetzt in irgend einem der demokratischen Länder besteht. Die sowjetische Delegation schlägt nichts weiter vor als das.“

Die Diskussion wandte sich dann den Machtbefugnissen zu, die der Zentralregierung anvertraut werden sollten. Die amerikanische Delegation war grundsätzlich der Ansicht, daß die Frage der Teilung der ausübenden Gewalt zwischen

den Ländern und der Zentralregierung eine Angelegenheit der vom deutschen Volk durch Abstimmung festzulegenden Verfassung sei. Die Amerikaner stimmten dafür, der Außenministerrat solle ganz allein festlegen, daß Polizei, innere Sicherheit, Kultur, Erziehung und Religion nicht von der Zentralregierung übernommen werden sollen.

Im allgemeinen stimmten die Sowjet-Union, Großbritannien und Frankreich über die Frage der Machtbefugnisse der Zentralregierung überein. *Molotow* stimmte der britischen Auffassung zu, die im Bericht des Koordinierungsausschusses zum Ausdruck kam, wonach die Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland nach demokratischen Grundsätzen und die Sicherheit des Staates nicht zum Aufgabenbereich der Zentralregierung gehören sollten.

Die französische Delegation stimmte der Ansicht *Bevins* zu, daß der Wiederaufbau des politischen Lebens von den Ländern durchgeführt werden solle. Neben den Vorbehalten hinsichtlich der Befugnisse der Zentralverwaltung machte *Bidault* den Vorschlag, jeder Deutsche solle nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit, sondern auch die des Landes, zu dem er gehöre, besitzen. *Bidault* wies darauf hin, daß sowohl die Verfassung unter Bismarck als auch die Weimarer Verfassung eine doppelte Staatsangehörigkeit vorgesehen hätten.

Zum Schluß der Debatte stimmte *Molotow* zu, die sowjetischen Vorschläge über „Wiederaufbau des politischen Lebens Deutschlands auf demokratischen Grundsätzen“, die er am Vortag eingebracht hatte, und den Vorschlag über „Sicherheit des Staates“ zurückzuziehen.

Bei der Debatte über den Bericht der IARA erläuterte *Bidault* den französischen Standpunkt und verlangte eine Entscheidung zu folgenden drei Hauptpunkten:

1. Der Abbau der Industrieanlagen und Industrieeinrichtungen soll unverzüglich wiederaufgenommen werden, ohne Rücksicht darauf, ob ein neues Industrieniveau festgelegt sei oder nicht.
2. Das Verfahren, insbesondere für den Abtransport und die Zuweisung solcher Industrieanlagen, soll vereinfacht und beschleunigt werden.
3. Die Alliierte Reparationskommission, die in Jalta geschaffen wurde, soll erneut ins Leben gerufen werden, um den Alliierten Kontrollrat daran zu erinnern, wie notwendig die Erfüllung der Reparationsforderungen ist.

*Molotow* erklärte sich mit *Bidault* einverstanden. *Bidault* erhob dann die Forderung, daß die Empfehlungen der IARA, je eine Abteilung für Reparationen im Alliierten Kontrollrat und unter dem Alliierten Koordinierungsausschuß in Berlin zu bilden, angenommen werden solle.

*Marshall* nahm den ersten Punkt *Bidaults* an und hielt den zweiten Punkt ebenfalls für annehmbar. Hinsichtlich der Frage der Interalliierten Reparationskommission verlangte *Marshall* jedoch Bedenkzeit. Außenminister *Bevin* erklärte sich bereit, *Bidaults* Antrag auf Reparationsleistungen zuzustimmen, soweit es sich um Kriegsindustrieanlagen



handele; für die anderen Industriezweige wolle er sich jedoch nicht festlegen.

Bevin und Marshall widersprachen einer Wiedereinsetzung des Reparationsausschusses. Hierüber kam es zwischen Bevin und Molotow zu einem heftigen Wortwechsel,

wobei Bevin nachdrücklich erklärte, daß die ursprüngliche Reparationskommission gescheitert sei, weil die Potsdamer Verpflichtungen nicht in die Tat umgesetzt und die Verbindlichkeiten gegenüber den Westmächten nicht erfüllt worden seien.

## Die Erörterung der künftigen deutschen Grenzen

Die Verhandlungen am 9. April 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten für Deutschland erzielten in der Frage der Teilnahme der kleineren Nationen an den vorbereitenden Tagungsabschnitten der Friedenskonferenz folgende Einigung:

„Andere alliierte Mächte sind berechtigt, mündliche Erklärungen sowohl vor den Stellvertretern der Außenminister als auch vor den Außenministern selbst zu geben. Voraussetzung ist die Entscheidung der Außenminister. Ferner können diese alliierten Mächte schriftliche Erklärungen gegenüber den Stellvertretern in Angelegenheiten abgeben, an denen sie unmittelbar beteiligt sind.

Alle Staaten, die unmittelbar am Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, sollen in vollem Umfang gehört werden.

Wenn einer dieser Staaten Erklärungen abgibt, dann sollen die anderen Nationen dieser Gruppe die Möglichkeit haben, als Beobachter anwesend zu sein.“

In der Frage der Beteiligung von Ländern, die nicht auf der Liste der achtzehn teilnahmeberechtigten Nationen stehen, wie zum Beispiel Mexiko, Albanien und Persien, konnte keine Einigung erzielt werden.

Die Sitzung des Koordinierungsausschusses brachte außer einer Formulierung der gegensätzlichen Ansichten keine greifbaren Ergebnisse.

### Persische Note an die Außenminister

Der persische Vertreter in Moskau, Prinz Mazaffer, überreichte den Außenministern eine Note seiner Regierung, in der Persien die Einladung zur Konferenz verlangt, „ohne daß die Entscheidung der Großen Vier über die Ansprüche der anderen Staaten auf Teilnahme an der Konferenz abgewartet wird“.

### Rat der Außenminister

Nachdem die Außenminister am 8. April beschlossen hatten, Fragen, über die keine Einigung zu erzielen war, beiseitezustellen, um sich wichtigeren, noch auf der Tagesordnung befindlichen Problemen zuzuwenden, wandte sich der Rat der Außenminister am 9. April dem Problem der deutschen Ostgrenze zu.

Außenminister Marshall brachte einen formellen Antrag auf Bildung einer Grenzkommision ein, deren Aufgabe es sein würde, Empfehlungen für eine Revision der deutsch-polnischen Vorkriegsgrenze und für die Zuteilung von Rohstoffen aus dem früheren Ostdeutschland an die verschiedenen europäischen Länder zu machen.

Die Erklärung Marshalls hatte folgenden Wortlaut:

„Für die Außenministerkonferenz ist jetzt der Zeitpunkt zu einer Prüfung der Frage der endgültigen Festlegung der polnisch-deutschen Grenze gekommen, nachdem im Potsdamer Protokoll vorgesehen war, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zu vertagen sei, während bis zu diesem Zeitpunkt etwa 64 000 Quadratkilometer deutsche Ostgebiete in Potsdam der Verwaltung durch Polen unterstellt wurden.

Wir sind uns einig, daß Polen als Entschädigung für Gebiete östlich der Curzon-Linie, die an die Sowjet-Union gefallen sind, im Norden und Westen einen wesentlichen Gebietszuwachs erhalten sollte. Aus diesem Grunde ist bei der Festlegung der Friedensbedingungen eine wesentliche Revision der deutschen Vorkriegsgrenze zugunsten Polens erforderlich. Das uns gestellte Problem besteht dabei darin, festzulegen, wie und wo die endgültige Grenze gezogen werden soll, um unnötige und ungerechtfertigte wirtschaftliche Umwälzungen zu vermeiden und unausweichliche irredentistische Forderungen in Deutschland auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Das in Frage stehende Gebiet ist

politische Stabilität und wirtschaftliche Gesundheit eines großen nicht nur für die Lebensbedingungen seiner eingessessenen Bevölkerung, sondern auch für Bevölkerungsteile der Nachbargebiete von großer Bedeutung.

Wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das stark an die Teiles Europas rührt; wir müssen uns bei unseren Überlegungen von der Anerkennung dieser Tatsache leiten lassen und darauf achten, daß die neuen Grenzen, wo sie auch immer verlaufen mögen, nicht ein ständiges politisches Problem schaffen und sich nicht als Schranken für den herkömmlichen und gesunden Wirtschaftsaustausch und Verkehr erweisen.

Neue Grenzen müssen nicht unbedingt den Handel und Verkehr absperren. Manche Grenzen werden zu fast undurchdringlichen Schranken, aber wenn wir es zweckentsprechend vereinbaren, können wir hier eine territoriale Regelung unter Bedingungen durchführen, die Europa vor solch verderblichen Auswirkungen schützen.

In den Friedensbedingungen könnte zum Beispiel vorgesehen werden, daß gewisse wirtschaftliche Hilfsmittel des abgetretenen Gebietes, von denen andere Länder abhängig sind, mit der angemessenen Rücksicht auf die Bedürfnisse dieser Länder verwertet werden sollen.

Bevor wir Beschlüsse über den Verlauf der neuen Grenze fassen, schlage ich vor, zuerst zu überlegen, welcher Art diese Grenze sein soll. Dabei sollte natürlich die polnische Regierung mit zu Rate gezogen werden, denn sie geht es in erster Linie an. Die endgültige Regelung sollte jedoch im Interesse Gesamteuropas getroffen werden. Lassen Sie uns von jetzt an nach dem Grundsatz handeln, daß europäische Angelegenheiten, die die Allgemeinheit angehen, in allgemeinem Interesse zu behandeln sind. Uns obliegt hier am Konferenztisch die Pflicht, den Versuch zur Wiedererrichtung eines Europas zu machen, das besser ist als das, an dessen Stelle es treten soll. Nur wenn wir in dieser Hinsicht Hoffnung erwecken können, werden wir erwarten, daß die Menschen das erdulden, was erduldet werden muß, und daß sie die Anstrengungen machen, die unerlässlich sind, wenn weitere Kriege vermieden und die Zivilisation in Europa gerettet werden soll.

Die neuen Grenzen müssen Polen in den Genuß wirtschaftlicher Hilfsquellen bringen, die mindestens ebenso groß sind wie die, die es vor dem Kriege besaß, und die es in die Lage versetzen, seiner Bevölkerung einen guten Lebensstandard zu gewährleisten. Eine für Polen zufriedenstellende Grenzziehung bedeutet, daß einige Gebiete, die lange Zeit zu Deutschland gehörten und eng mit dessen Wirtschaft verflochten waren, davon betroffen werden. Wir dürfen Polen nicht um die Entschädigung bringen, die wir ihm versprochen haben. Bei der Entscheidung jedoch, zu welcher Entschädigung es berechtigt ist, müssen wir in Erwägung ziehen, welche Gebiete Polen benötigt und welche es tatsächlich besiedeln kann. Wir müssen vermeiden, eine Regelung zu treffen, die in Zukunft Schwierigkeiten für Polen und Europa auslösen würde.

So gilt es hinsichtlich Deutschlands, eine Reihe wirtschaftlicher Faktoren in sorgfältige Erwägung zu ziehen. Vor dem Kriege deckte Deutschland ein Fünftel seines Nahrungsmittelbedarfes aus Einfuhren aus dem Ausland, und ein weiteres Fünftel der deutschen Nahrungsmittelversorgung kam aus den nunmehr unter vorläufige polnische Kontrolle gestellten ehemals deutschen Ostgebieten. Wenn Deutschland darum in Zukunft zwei Fünftel seines Nahrungsmittelbedarfes oder mehr aus dem Ausland einführen muß, dann wird die deutsche Wirtschaft in einem noch höheren Maße industrialisiert werden müssen als vor dem Kriege, oder Deutschland wird ein einziges überfülltes Elendsquartier inmitten Europas bilden. Die aus den Ostgebieten ausgewiesenen fünf bis sechs Millionen Deutschen werden größtenteils ihren Lebensunterhalt in der Industrie verdienen müssen. Ich stimme mit Herrn Bidault darin überein, daß das Vorhandensein von 66 Millionen Deutschen in einem kleineren Deutschland eine Gefahr darstellt.

Auch politische Faktoren müssen dabei erwogen werden, denn die Abtretung von Gebieten, die lange Zeit deutsch waren, an Polen wird notwendigerweise ein irredentistisches Gefühl erzeugen. Es ist unsere Aufgabe, Polen die ihm zustehende Entschädigung zu geben. Gleichzeitig müssen wir jedoch eine gebietsmäßige Re-



gelung vermeiden, die die demokratischen Kräfte in Deutschland in Verruf bringen und kriegsrischen Nationalisten die Chance geben, könnte, sich abermals einer Generation der deutschen Jugend zu bemächtigen. Wir dürfen den Feinden der Demokratie und Freiheit in Deutschland keine ständige und volkstümliche Streitfrage in die Hand spielen. Wir dürfen auch nicht die Hoffnung zerstören, daß die deutsch-polnischen Beziehungen in späteren Jahren von dem Geist echter Friedensliebe und Zusammenarbeit getragen sein werden.

Wir müssen eine Regelung finden, die die Vereinten Nationen in Zukunft nicht internationalen Reibungen ausliefert, die die allgemeine Wohlfahrt oder die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit gefährden könnten. Es gilt, eine Lösung der Probleme zu finden, die bei der Art und dem Verlauf der polnisch-deutschen Grenze eine Rolle spielen. Diese wird genaue und eingehende Untersuchungen erforderlich machen, deren Hauptziele jedoch schon jetzt umrissen werden können. Es dürfte als abgemacht gelten, daß Süd-Ostpreußen polnisches Gebiet werden soll. Ebenso sollte auch Deutsch-Oberschlesien mit seiner Industrie polnisch werden. Doch muß Vorsorge dafür getroffen werden, daß die Kohlenvorkommen und sonstigen Naturschätze dieses Gebietes der Wirtschaft Europas auch weiterhin erhalten bleiben. Die Teilung des verbleibenden Gebietes, das in großem Maße landwirtschaftlich genutzt ist, erfordert eine Abwägung der Bedürfnisse des polnischen und des deutschen Volkes sowie Europas in seiner Gesamtheit.

Ich schlage daher vor, hier in Moskau folgendes zu vereinbaren:

Der Außenministerrat bildet aus Vertretern der Sowjet-Union, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Polens und einer vom Außenministerrat zu bestimmenden Anzahl sonstiger alliierter Länder eine unter Leitung der Außenminister-Stellvertreter arbeitende besondere Grenzkommision. Der Rat der Außenminister wird Polen und jedes der anderen bestimmten Länder auffordern, einen Vertreter zu ernennen. Die Kommission soll die Aufgabe haben, über folgende Punkte zu beraten und dem Außenministerrat Bericht zu erstatten:

- a) Revision der Vorkriegsgrenze zwischen Polen und Deutschland unter angemessener Entschädigung Polens für die Gebietsabtretung östlich der Curzon-Linie an die Sowjet-Union;
- b) wirtschaftliche Vorkehrungen, durch die sichergestellt wird, daß diejenigen Rohstoffe und Hilfsmittel der Schwerindustrie des in Frage stehenden Gebietes, die für die europäische Wirtschaft von lebenswichtiger Bedeutung sind, in angemessener Weise eingesetzt werden, um den Bedürfnissen Europas und insbesondere Polens zu dienen. In ihrer Berichterstattung soll die Kommission die Frage der polnischen Neubesiedlung und der deutschen Besiedlung der in Frage stehenden Gebiete sorgfältig erwägen und das beste Mittel angeben, durch das die wirksame Ausnutzung dieser Gebiete für das wirtschaftliche Wohlergehen des polnischen und des deutschen Volkes sowie Europas in seiner Gesamtheit sichergestellt werden kann.

Im Anschluß an die Ausführungen Marshalls legte Bidault den französischen Standpunkt zur Frage der künftigen deutschen Grenzen dar. Er erklärte:

„Wenn wir bei der Bearbeitung der deutschen Probleme folgerichtig vorgegangen wären, dann hätten wir die Frage der deutschen Grenzen vor dem Studium der anderen wichtigen Fragen erledigt. Es ist ein vergebliches Bemühen, ein Übereinkommen über die Grundsätze einer politischen Organisation oder der deutschen Wirtschaft zu erstreben, ohne die Ausdehnung des Gebietes, auf das diese Grundsätze Anwendung finden sollen, zu kennen.“

Bidault meinte, daß auch diese Grenzfragen als Ganzes diskutiert werden müßten. Die Gebietsveränderungen zugunsten der Sowjet-Union und Polens, die auf der Potsdamer Konferenz beschlossen worden seien, könnten nur schwer abgeändert werden, obgleich sie zunächst nur einen provisorischen Charakter getragen hätten.

„Die französische Regierung steht diesen Entscheidungen nicht ablehnend gegenüber, obgleich sie ohne die Teilnahme Frankreichs getroffen wurden. Mit Rücksicht auf die gewaltigen Verluste, die die Sowjet-Union und Polen im Kriege erlitten haben, verzichtet Frankreich auf jede Debatte in dieser Frage.“

Bidault hielt aber eine endgültige Lösung der Grenzfrage für erforderlich, um schwere Störungen zu vermeiden. Die Revanche-Idee und der Chauvinismus finden nach Ansicht Bidaults schon wieder günstigen Nährboden. Rivalisierende deutsche Parteien trieben bereits mit den Grenzfragen wie-

der Politik. Eine nicht minder schwere Folge für den Frieden liege in der Gefahr, die ein in seiner Ausdehnung stark beschnittenes Deutschland mit einer entsprechend aufgestauten Bevölkerung im Herzen Europas darstelle.

„Es geht nicht an, solche Überlegungen beiseitezuschieben, wenn wir uns dem Studium der deutschen Grenzen und vor allem den Grenzberichtigungen zuwenden, über die bisher keine Entscheidung gefällt wurde und für die dem Außenministerrat von der Tschechoslowakei, Belgien, Holland, Luxemburg und Frankreich genau umrissene Vorschläge unterbreitet wurden.“

Es unterliege keinem Zweifel, daß die Lage, die an der Ostgrenze Deutschlands geschaffen worden sei, und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerungspolitik den alliierten Mächten und insbesondere den Nachbarstaaten Deutschlands die Notwendigkeit aufdrängten, dauernde Garantien zu suchen und sich gegen ein Wiederaufleben des deutschen Angriffsgeistes zu sichern.

„Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen sind die französischen Vorschläge für das Ruhrgebiet und das Rheinland, die von keinen besonderen Absichten diktiert sind, sondern lediglich von dem Wunsch, Deutschland endgültig die Mittel aus der Hand zu schlagen, die ihm seine früheren Angriffskriege ermöglichten, für die ganze Welt eine greifbare Garantie der Sicherheit.“

Diese Vorschläge, so sagte Bidault, verdienten angesichts der bereits vollendeten Tatsachen im Osten Deutschlands besondere Beachtung.

„Es steht außer Zweifel, daß eine Änderung der West- oder Südgrenzen Deutschlands keine neue Bevölkerungsbewegung in Deutschland auslösen darf, wenn wir nicht die bevölkerungspolitische Lage dieses Landes noch verschlimmern wollen.“

Lediglich einige unbelehrbare und gefährliche Elemente in der Bevölkerung sollten nach Ansicht Bidaults nach Innerdeutschland ausgewiesen werden.

Abschließend forderte Bidault, daß keine Bearbeitung der Territorialfragen durch einen Ausschuß vorgenommen werden solle, ohne daß den Ländern, deren Interessen dadurch berührt würden, Gelegenheit gegeben werde, zu Worte zu kommen und an der Diskussion teilzunehmen.

Außenminister Bevin setzte sich nachdrücklich für die Vorschläge Marshalls zum deutschen Grenzproblem ein, stellte jedoch die Bedingung, daß die Grenzkommision bevollmächtigt wird, die deutschen Grenzprobleme als Ganzes zu behandeln. Er legte den Gedanken einer Revision der gegenwärtigen vorläufigen Grenze zwischen Deutschland und Polen nahe, damit Deutschland ein größeres Ackerbaugelände erhalte. Bevin bezog sich besonders auf das Gebiet zwischen der Lausitzer und der Glatzer Neiße. Bevin wies darauf hin, daß er bereits in Paris eine Grenzkommision vorgeschlagen habe, die sich mit allen deutschen Grenzproblemen und den Grenzberichtigungsansprüchen befassen sollte. Die Befragungen über die deutschen Grenzen sollten nicht auf die unmittelbar betroffenen Staaten begrenzt bleiben, da ja auch Staaten, die nicht unmittelbare Nachbarn Deutschlands gewesen seien, zweimal in den Krieg mit Deutschland verwickelt worden seien.

Im Hinblick auf die polnischen Ansprüche erklärte Bevin, man könne sich unmöglich einer Sympathie für Polen entziehen, wenn man an die Leiden denke, die es während der letzten 150 Jahre habe erdulden müssen. Nach dem ersten Weltkrieg habe es viele Stimmen gegeben, die es für falsch hielten, daß Polen seine Grenzen zu weit nach Osten vorgeschoben hatte.

„Heute besteht die Gefahr, daß Polen mit seinen Grenzansprüchen zu weit nach Westen geht.“

Wenn die vorläufige Regelung von heute bleibe, meinte Bevin, werde das Problem der Siedlungsdichte sehr gefährliche Formen annehmen, und zwar sowohl in den abgetretenen deutschen Gebieten als auch im Hinblick auf das deutsche Bevölkerungsproblem.

Bevin stellte sodann die Frage:

„Werden wir damit Frieden schaffen, wenn wir Deutschland zwingen, ein hochindustrialisierter Staat zu werden, wobei wir



die während des Krieges vertretene Auffassung eines landwirtschaftlichen Staates umdrehen?“

Das schlesische Industriegebiet solle Polen in derselben Weise angeschlossen werden wie das Saargebiet an Frankreich, aber im Norden, von Stettin aus östlich bis zur alten Grenze, sollten die Gebiete, die den von Deutschland so dringend benötigten landwirtschaftlichen Boden umschlossen, an Deutschland zurückgegeben werden.

Bevin erklärte, daß schon in Potsdam die vorläufige Übertragung des Gebietes zwischen der Lausitzer und der Glatzer Neiße an Polen bei den britischen Vertretern mancherlei Zweifel hervorgerufen habe.

„Bisher ist das Gebiet durch die polnische Regierung stark mit Siedlern besetzt worden, und wenn man diesen Zustand jetzt ändern will, dann wird es auch bei den verlagerten Bevölkerungsteilen Schwierigkeiten geben. Betrachtet man jedoch den deutschen Industrienumfang, so muß man fragen, wie dieses Land zu einem Ausgleich seiner Volkswirtschaft kommen soll.“

Aus diesem Grunde liege ihm sehr daran, so sagte Bevin, Deutschland ein größeres Ackerbaugelände zu sichern.

Nachdem Bevin die Verhältnisse in den dicht besiedelten deutschen Gebieten erläutert hatte, betonte er, er wolle keine endgültige Ansicht geben, doch wünsche er, diese Erwägungen würden in Betracht gezogen, wenn die Frage der endgültigen Grenze zwischen Deutschland und Polen behandelt werde.

Bevin erklärte sich bereit, dem Vorschlag Marshalls zur Schaffung einer Grenzkommission unter folgenden Bedingungen zuzustimmen:

1. Diese Kommission soll gleichzeitig mit allen Grenzproblemen und Grenzansprüchen an Deutschland befaßt werden.
2. Die Sondervertreter für die Bearbeitung der Deutschlandfragen sollen Vollmacht erhalten, eine solche Fachkommission zu berufen.
3. Die Sondervertreter sollen Vollmacht erhalten, über das deutsche Grenzproblem als Ganzes zu berichten.

Bevin unterstützte weiter den früher auf der Konferenz von Bidault eingebrachten Antrag, daß vorerst alle Bevölkerungsbewegungen eingestellt werden sollen, bis über die deutschen Grenzen Beschlüsse gefaßt sind.

Im Anschluß an Bevin sprach Außenminister *Molotow*:

„Ich bin der Meinung, daß wir uns vor allem darauf besinnen müssen, was unsere Regierungen bereits beschlossen haben, auch auf die Verpflichtungen, die sie in der Frage der polnischen Westgrenze übernommen haben. Diese Verpflichtungen wurden schon während des Krieges, im Februar 1945, auf der Krimkonferenz übernommen. Im Juli 1945, schon nach der Niederlage Deutschlands, präzisierten wir diese Verpflichtungen auf der Potsdamer Konferenz.“

Molotow zitierte sodann den Dreimächtebeschuß der Krimkonferenz und den Dreimächtebeschuß der Potsdamer Konferenz über die neuen Grenzen Polens (vgl. Europa-Archiv S. 219 und S. 344—345).

Molotow fuhr dann fort:

„Somit erörterten unsere Regierungen schon 1945 zweimal die Frage der Westgrenzen Polens und übernahmen bestimmte Verpflichtungen. Das Haupt der französischen Regierung beteiligte sich nicht an der Potsdamer Konferenz, wo endgültige Beschlüsse über die Westgrenze Polens gefaßt wurden. Doch sind wir über den Standpunkt Frankreichs zu dieser Frage gut informiert.“

Es genügt, den Wortlaut des Dokumentes anzuführen, das Herr Bidault in der Sitzung des Rates der Außenminister am 10. Juli 1946 in Paris verlautbarte. In diesem Dokument ist das Kapitel »Die Grenzen des neuen Deutschland« enthalten, in dem folgendes gesagt ist:

„Man kann nichts Ernstes unternehmen, solange nicht die Grenzen Nachkriegsdeutschlands festgesetzt sind, und — die Wahrheit gesagt — von den Besatzungsbehörden ist nicht zu erwarten, daß sie es verstehen werden, eine Politik auf weite Sicht durchzuführen, solange sie nicht wissen, welche Gebiete in Zukunft endgültig deutsch bleiben.“

Zur Frage Ostdeutschlands hat die Konferenz in Potsdam ein Übereinkommen im Prinzip provisorischer, jedoch inhaltlich grund-

legender Natur erzielt, das von der französischen Regierung nicht angefochten wurde.«

Somit stimmt auch der Standpunkt Frankreichs mit dem Standpunkt der Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union überein, deren Häupter sich an der Potsdamer Konferenz beteiligten. In Potsdam war nicht von einer einfachen Entschädigung Polens im Westen für die Gebiete, die es der Sowjet-Union im Osten übergeben hat, die Rede. Das wäre eine primitive Auffassung der Frage. An die Sowjet-Union sind nur mit Ukrainern und Bjelorussen bevölkerte Gebiete übergegangen, die naturgemäß mit ihren Brüdern in der Sowjet-Ukraine und in Sowjet-Bjelorußland wieder vereint werden mußten. Im Westen ist Polen wieder in seine alten Gebiete eingezogen, die einst die Wiege des polnischen Staates waren. Sein heutiges Gebiet stimmt mit dem geschichtlichen Piastypolen überein. Der Beschluß über die Westgrenzen Polens wurde gefaßt, nachdem diese Frage zweimal auf der Konferenz der drei verbündeten Regierungen erörtert worden war. Vor dieser Beschlußfassung wurde in Potsdam die ausführlich dargelegte Meinung der polnischen Regierung angehört.

Die Frage der neuen Westgrenzen Polens wurde von den Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union sorgfältig erwogen, bevor sie auf der Potsdamer Konferenz ihre Lösung fand. Die Potsdamer Konferenz beschränkte sich nicht auf den Beschluß über die Festsetzung der neuen polnisch-deutschen Grenze. Sie faßte auch einen Beschluß über Aussiedlung der Deutschen aus Polen; das war eine logische Schlußfolgerung aus der Entscheidung über die Frage der neuen Westgrenze Polens.

Gemäß dem in Potsdam gefaßten Beschluß setzte der Kontrollrat am 20. November 1945 den Plan der Aussiedlung der Deutschen aus den an Polen übergegangenen Gebieten fest. Darauf erfolgte die Aussiedlung der Deutschen aus den an Polen übergegangenen Gebieten in raschem Tempo. Sie erfolgte nicht nur nach dem Plan des Kontrollrates, sondern auch außerhalb des Planes des Kontrollrats. Nehmen Sie doch Einblick in den Bericht des Kontrollrates an den Rat der Außenminister, in dem der Abschnitt 7 »Versetzung der Bevölkerung« enthalten ist. Aus diesem Bericht erfahren Sie, daß bis zum 1. Januar 1947 aus Polen 5 678 936 Deutsche ausgesiedelt worden sind, die illegale Übersiedlung Deutscher nach Deutschland nicht miteingerechnet. Andererseits erfolgte die Besiedlung der an Polen übergegangenen Gebiete mit Polen.

Vor kurzem gab die polnische Regierung bekannt, daß in den Westgebieten jetzt etwa fünf Millionen Polen und nur 400 000 Deutsche leben. Somit ist dieses Gebiet bereits mit Polen bevölkert, und die Zahl der Deutschen macht dort weniger als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus. Das alles spricht dafür, daß der Beschluß der Potsdamer Konferenz über die neue Westgrenze Polens von unseren Regierungen als ein endgültiger Beschluß betrachtet wurde. Demgemäß wurden darauf Maßnahmen zur Ansiedlung von Polen in diesen Gebieten durchgeführt. Es kann keinem einfallen, daß die Aussiedlung der Deutschen aus diesen Gebieten und die Ansiedlung von Polen in diesen Gebieten lediglich als ein zeitweiliges Experiment vorgenommen worden wären. Die Regierungen, die diese Beschlüsse faßten und durchführten, konnten natürlich nicht der Meinung sein, der Beschluß der Potsdamer Konferenz solle in Zukunft einer Revision unterzogen werden. Mit solchen Dingen darf man nicht spielen, schon abgesehen davon, daß dies nicht nur den Polen, sondern auch den Deutschen gegenüber unstatthaft grausam wäre.

Wir müssen unsere Beschlüsse achten. Ich hoffe, daß wir sie alle in gleichem Maße achten. Wir müssen die übernommenen Verpflichtungen achten. Ich bezweifle nicht im geringsten, daß wir alle die von unseren Regierungen übernommenen Verpflichtungen respektieren. Nur dann werden auch andere sie respektieren. Die Potsdamer Konferenz beschloß, die formale Durchführung dieses Beschlusses bis zur Friedenskonferenz aufzuschieben. Vom formellen Standpunkt gesehen konnte sie auch nicht anders handeln. Was aber den Kern der Sache anbelangt, so ist der Beschluß der Potsdamer Konferenz zur Frage der Westgrenze Polens ein endgültiger Beschluß, der keiner Revision unterliegt. Demgemäß sieht die Sowjetregierung nicht ein, daß es nötig wäre, eine Kommission zur Untersuchung dieser Frage einzusetzen. Die Frage wurde seinerzeit hinreichend untersucht, und darauf erfolgte der Beschluß der Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union, dem sich auch Frankreich anschloß. Wenn die Zeit für die Grenzdemarkation gekommen sein wird, so werden das, wie es üblich ist, entsprechende Vertreter der interessierten Staaten vornehmen. Das hat aber erst später zu erfolgen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß das fleißige polnische Volk die im Osten an Polen übergegangenen Gebiete in gebührender Weise erschließen wird. Sowohl die indu-



strielle als auch die landwirtschaftliche Produktion wird in diesen Gebieten ansteigen und die Gesamthilfsquellen Europas vervollständigen, da unter den heutigen friedlichen Verhältnissen günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des Handels zwischen Polen und anderen Staaten gegeben sind. Die Sowjetregierung verleiht der Gewißheit Ausdruck, daß die Ergebnisse des Potsdamer Beschlusses nicht nur für Polen, sondern auch für andere Völker Europas günstig sein werden.“

In Beantwortung der Erklärungen Molotows machte Außenminister *Marshall* folgende Ausführungen:

„Herrn Molotows Erklärung, daß die Grenzen zwischen Polen und Deutschland, von geringfügigen Punkten abgesehen, endgültig feststehen, steht im Sinne der englischen Sprache in direktem Widerspruch sowohl zu der Ansicht der amerikanischen Delegation als auch zu den Erklärungen, die mir der Präsident der Vereinigten Staaten gab, als er mich zu dieser Konferenz entsandte.

Ferner bringt das amerikanische Protokoll der Verhandlungen von Potsdam noch deutlicher unsere abweichenden Auffassungen von der Potsdamer Konferenz zum Ausdruck.

Nach unserem Protokoll wurde von Generalissimus Stalin festgestellt, daß verschiedene Zuschriften von den Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritannien eingegangen waren, in denen darauf hingewiesen wurde, daß in gewissen Gebieten keine polnischen Verwaltungsbehörden errichtet werden sollten, bis die Westgrenzen Polens endgültig festgelegt seien.

Generalissimus Stalin erklärte, wie in unserm Protokoll verzeichnet ist, weiter, daß die Sowjet-Union diese Vorschläge nicht annehmen könne, da die deutsche Bevölkerung dem deutschen Heer nach dem Westen gefolgt, die Polen aber geblieben seien, und da die Rote Armee örtliche Verwaltungsbehörden in diesen Gebieten brauche, weil sie nicht gleichzeitig kämpfen und das Land von feindlichen Agenten säubern könne.

Es herrschte mit anderen Worten ein Zustand, der zu der bestimmten Zeit — ich wiederhole: zu der bestimmten Zeit — nicht gut rückgängig gemacht werden konnte. Der Präsident der Vereinigten Staaten nahm diese Erklärung an, die für uns auf gut Englisch bedeutet, daß die Angelegenheit bei der Friedenskonferenz zu regeln sei. Herr Truman hatte mit anderen Worten eine klare Vorstellung von den Umständen, unter denen man in Potsdam übereingekommen war, und er hatte, ebenso wie wir alle, die wir Englisch lesen können, eine ganz bestimmte Vorstellung, daß diese Angelegenheit noch nicht geregelt sei, sondern noch für die gegenwärtigen und zukünftigen Monate ausstehe.

Ich habe eine Erklärung der amerikanischen Delegation über das Saargebiet und auch über das Ruhrgebiet, die ich zu gegebener Zeit vorzulegen bereit bin. Aber zunächst möchte ich erklären, daß uns Herrn Bevin's Vorschlag annehmbar ist, der eine Erweiterung eines spezifischen Vorschlags unsererseits über die polnischen Grenzen darstellt.“

Außenminister *Bevin* erklärte, das letzte Wort Stalins an ihn in Potsdam habe dem Sinn nach gelaute, es sollten vor dem Friedensvertrag keine endgültigen Grenzregelungen für Deutschland festgelegt werden. *Bevin* appellierte an die

Sowjet-Regierung, zu diesen Verpflichtungen zu stehen. *Bevin* unterstrich, er wolle den Potsdamer Beschlüssen nicht ausweichen, er wolle aber auch die endgültige Stellungnahme der britischen Delegation nicht vorwegnehmen.

*Molotow* ergriff hierauf erneut das Wort, um zu den Ausführungen *Marshall's* Stellung zu nehmen. Er erklärte, daß die Sowjet-Delegation keine Differenz zwischen dem russischen und dem englischen Text des Abkommens erblicken könne. Er erinnerte daran, daß *Truman*, von der Potsdamer Konferenz zurückgekehrt, folgende Erklärung abgegeben habe:

„Das Gebiet, das die Polen verwalten werden, wird Polen die Möglichkeit geben, das Dasein der Bevölkerung besser zu gestalten. Es wird die Möglichkeit geben, die Grenze zwischen Polen und Deutschland besser zu verteidigen. Mit Polen bevölkert, wird es zur Schaffung einer homogenen Nation führen.“

*Molotow* sagte, diese Erklärung gebe dem Beschluß der Potsdamer Konferenz eine richtige Auslegung in dem Sinne, daß in Potsdam die Grenze zwischen Polen und Deutschland endgültig festgelegt worden sei. Er erinnerte auch daran, daß die französische Regierung den Beschluß der Potsdamer Konferenz über die polnisch-deutsche Grenze ebenso auffasse.

Selbstverständlich bestreite niemand, sagte *Molotow*, daß die Friedenskonferenz diesen Beschluß formal ausgestalten müsse.

„Für die Regierungen aber, die sich an der Potsdamer Konferenz beteiligten, ist dieser Beschluß bindend.“

*Bidault* stellte daraufhin fest, daß Frankreich zwar die Verwaltung der Polen zugefallenen Gebiete durch die polnische Regierung gebilligt habe, er aber der Ansicht sei, daß das deutsche Grenzproblem als Ganzes behandelt werden müsse und nur nach vollgültigen alliierten Verhandlungen entschieden werden könne.

Zu einem bestimmten Ergebnis oder einer Entscheidung kamen die Außenminister nach dem Abschluß der Besprechungen über die Frage der deutschen Ostgrenze nicht.

Neben der Behandlung der deutschen Grenzprobleme befaßten sich die Außenminister mit dem von der Londoner Konferenz der Stellvertretenden Außenminister für Deutschland vorbereiteten Bericht über die Ansichten der Nachbarstaaten Deutschlands und der anderen kleineren Alliierten über die Friedensregelung für Deutschland (vgl. Europa-Archiv S. 490—499).

Der Rat der Außenminister beschloß, den Bericht über die Stellungnahme dieser Staaten als Informationsgrundlage anzunehmen.

## Die Verhandlungen am 10. April 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten für Deutschland konnten in den zur Debatte stehenden Verfahrensfragen wiederum keine Übereinstimmung erzielen. Die Ergebnisse der bisherigen Besprechungen wurden zusammengefaßt und in Form eines Berichtes den Außenministern überwiesen.

Die Sowjet-Union trat für ausschließliche Mitgliedschaft der Großen Vier in den Ausschüssen ein. Frankreich unterstützte die sowjetischen Ansichten. Die Vereinigten Staaten bestanden auf Mitgliedschaft der Großen Vier zuzüglich einer entsprechenden Zahl alliierter Staaten, Großbritannien auf Mitgliedschaft der Großen Vier und solcher früheren alliierter Staaten, über deren Teilnahme noch entschieden werden könne.

Der Vertreter Frankreichs gab im Verlauf der Sitzung seine bisherige Haltung auf und pflichtete dem Standpunkt der britischen und der amerikanischen Delegation bei.

Der sowjetische Delegierte erklärte, die kleineren Mächte

hätten keine Ursache, sich zu beklagen, denn sie seien während des Krieges wie auch jetzt gut behandelt worden. Das Ausmaß ihrer Beteiligung sei sehr großzügig, und was die Alliierten ihnen jetzt bewilligen wollten, sei fünfmal mehr, als ursprünglich auf der Pariser Konferenz vorgeschlagen worden sei, und fünfundzwanzigmal mehr, als sie auf der Konferenz von Versailles gehabt hätten, wo nicht einmal die Sowjet-Union vertreten gewesen sei.

Der amerikanische Delegierte forderte, daß alle Staaten, die am Krieg teilgenommen haben, einschließlich der früheren Feindstaaten an der Friedenskonferenz teilnehmen sollten.

Der Sachverständigenausschuß befaßte sich mit verschiedenen Fragen. Es wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß der Kontrollrat den deutschen Staatsangehörigen die Grundfreiheiten einschließlich Redefreiheit, Pressefreiheit und Religionsfreiheit gewähren solle. Über die nähere Auslegung dieser Anweisung konnte jedoch keine Einigung erzielt werden.



*Rat der Außenminister*

Im Rat der Außenminister vertrat Bidault den französischen Standpunkt hinsichtlich des Ruhrgebietes, des Rheinlandes und des Saargebietes. Er erklärte:

„Die Erfahrung hat Frankreich davon überzeugt, daß das Schicksal des Rheinlandes auf das engste mit der Aufrechterhaltung seiner unmittelbaren Sicherheit zusammenhängt.“

Die Notwendigkeit, die Sicherheit Westeuropas durch die Schaffung eines Sonderstatus für das Rheinland herbeizuführen, sei den alliierten Staatsmännern schon bei den Friedensverhandlungen von Versailles am Ende des ersten Weltkrieges klar gewesen. Wenn in Zukunft die Kriegführung sich noch mehr als bisher auf die wirtschaftlichen und industriellen Hilfsmittel stützen müsse, dann werde die geographische Lage des Rheinlandes ein wesentliches Element der europäischen Sicherheit abgeben. Diese geographische Lage erlaube es den dort stationierten alliierten Truppen jederzeit, die Kontrolle des Ruhrgebietes in der notwendigen Weise gegen eine deutsche Angriffsdrohung zu verstärken.

„Das sind die Gründe, die in meinen Augen die Schaffung eines Sonderstatus für das Rheinland rechtfertigen; aber bei der Schaffung des Sonderstatus ist es notwendig, die Fehler zu vermeiden, die nach dem ersten Weltkrieg begangen wurden.“

Der erste Fehler waren die Verkündung des Prinzips der Entmilitarisierung für das linke Rheinufer und die Sicherung der Durchführung dieses Prinzips durch eine von vornherein befristete militärische Besetzung, die keinerlei Sicherung dagegen enthielt, daß ein militärisches Wiedererstarken Deutschlands zu einer neuen Gefahr wurde.

Der zweite von den Alliierten begangene Fehler besteht meiner Ansicht nach darin, daß in der rheinischen Besatzungszone eine deutsche Verwaltung belassen wurde, die unmittelbar von der Berliner Regierung abhing. Durch diese Lage wurde die rheinische Bevölkerung zwischen der örtlichen Verwaltung und den militärischen Besatzungsbehörden hin und her gerissen.

Aus allen diesen Gründen hat Frankreich bereits am 25. April 1946 ein Statut für das Rheinland gefordert, das eine dauernde Besetzung durch ausreichende militärische alliierte Streitkräfte und ferner eine politische und wirtschaftliche Trennung vom restlichen Deutschland vorsieht.“

Frankreich sei bereit, auch der Anwendung der erwähnten Leitgedanken zuzustimmen. Es müsse aber dem Wunsch der örtlichen Bevölkerung nach der Ausarbeitung eines politischen Statuts für das Rheinland Rechnung getragen werden. Frankreich messe der Frage keine große Bedeutung bei, ob das Rheinland sich aus nur einem oder aus mehreren Staaten zusammensetze.

Der zu schaffende Rheinstaat oder die Rheinstaaten sollen nach dem Vorschlag Bidaults, abgesehen von der Besetzung durch die Alliierten, eine vollständige Autonomie erhalten. Frankreich sei bei diesen Vorschlägen nur von dem Wunsch beseelt, nicht wieder wie so häufig in der Vergangenheit zum Schlachtfeld zu werden. Es erkenne durchaus, daß zwischen den Rheinstaaten und dem restlichen Deutschland „Beziehungen ganz besonderer Natur“ bestehen müßten.

Im Hinblick auf die zukünftige Gestaltung des Rheinlandes erklärte Bidault, daß Frankreich dem amerikanischen Vorschlag auf Abschluß eines Paktes zur Gewährleistung der dauernden Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zugestimmt habe. Die französischen Vorschläge über das künftige Statut des Rheinlandes und über das Ruhrgebiet stellten greifbare Garantien dar, die geeignet seien, das von den Amerikanern ausgearbeitete Sicherheitssystem noch zu vervollständigen.

Bidault wandte sich dann dem Problem des Ruhrgebiets zu und sagte, die Internationalisierung des Ruhrgebietes sei ein wesentlicher Teil der künftigen Friedensregelung. Frankreich erachte weder ein allgemeines Kontrollsystem noch Sondergarantien, die in einen Viermächteplan zur Entwaffnung Deutschlands einmünden würden, für ausreichend, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Es sei notwendig, alle Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß das Ruhrgebiet noch einmal zur industriellen Angriffsbasis werden könne, und um auf der anderen Seite zu gewährleisten, daß

die künftige Ausbeutung des Ruhrgebietes in einer solchen Weise organisiert werde, daß seine Wirtschaftskräfte dem gemeinsamen Wohl Europas zugute kommen.

Diese Forderung stelle sich um so gebieterischer, da mehrere Besatzungsmächte eine Erhöhung des deutschen Industrieniveaus wünschen. Frankreich könne die vorgeschlagenen neuen Zahlen, besonders hinsichtlich der Stahlerzeugung, nicht annehmen, wenn das Ruhrgebiet nicht einer Sonderverwaltung unterstellt werde. Das Ruhrgebiet habe durch die Konzentration von Bodenschätzen und Schwerindustrie auf einem verhältnismäßig kleinen Raum Besonderheiten, die kein anderes Gebiet Europas besitze. Aus diesem Grunde sei eine politische und wirtschaftliche Sonderregelung erforderlich.

Einen wesentlichen Teil dieses Planes bilde die Kontrolle des Bergbaus und der Ruhrindustrie. Es sei notwendig, zugleich den Kohlenbergbau gemäß den europäischen Bedürfnissen zur Höchstleistung zu entwickeln und die Produktion der eisenverarbeitenden und chemischen Industrie auf das Maß zu begrenzen, das durch die Alliierten festgelegt worden sei. Aus diesem Grunde habe Frankreich vorgeschlagen, daß das Eigentum an den Bergwerken und Eisenhütten in alliierten Besitz überführt und daß die Leitung dieser Unternehmen Vertretern der am meisten interessierten Staaten übertragen werde. Als solche Staaten seien die vier Besatzungsmächte und die an das Ruhrgebiet unmittelbar angrenzenden Länder Belgien, Holland und Luxemburg anzusehen.

Bei dem Vorschlag zur Schaffung einer internationalen Verwaltung für die Ruhrindustrie denke Frankreich nicht daran, daß von den Alliierten sämtliche verantwortlichen Stellen besetzt werden sollten. Es handle sich lediglich darum, die Ausarbeitung der bindenden Richtlinien für die Grubenbetriebe etwa 125 alliierten Persönlichkeiten und für die eisenverarbeitende Industrie etwa 100 Alliierten anzuvertrauen.

Es reiche jedoch nicht aus, die deutsche Wirtschaftsführung nur zu überwachen. Zugleich müsse eine internationale Körperschaft gebildet werden, die gemäß den Bestimmungen des künftigen Friedensvertrages die Verteilung von Kohle und Eisen vorzunehmen habe. Es sei notwendig, für dieses Wirtschaftssystem Garantien hinsichtlich seiner Dauer und Wirksamkeit zu schaffen. Entscheidungen politischen Charakters müßten getroffen werden. Das Statut für das Ruhrgebiet müsse in den künftigen Friedensvertrag aufgenommen und seine Überwachung dem Sicherheitsrat anvertraut werden.

Hinsichtlich der künftigen politischen Organisation des Ruhrgebietes gebe es, so erklärte Bidault, zwei Möglichkeiten. Es könne einmal einem internationalen Ausschuss unterstellt werden, dessen Mitglieder von den interessierten Hauptmächten ausgewählt werden. Diese Kommission solle ihren Einfluß auf die alliierten Führungs- und Kontrollkörperschaften durch die Vermittlung eines Hohen Kommissars ausüben. Die zweite Lösung sei die, für die sich die französische Regierung in ihrem Memorandum vom Februar 1947 entschieden habe. Hiernach solle die Verwaltung des Ruhrgebiets den örtlichen Behörden übertragen werden, wobei ein alliierter Kommissar Vermittler zwischen den örtlichen Verwaltungsbehörden und der internationalen Verwaltung sein werde. Dieser Kommissar werde über eine Reihe von Vorrechten, vor allen Dingen über ein Vetorecht gegenüber den gesetzgeberischen oder sonstigen Entscheidungen der örtlichen Verwaltungs- und der alliierten Kontrollbehörden verfügen. Es sei in jedem Falle wünschenswert, daß das Ruhrgebiet politisch von Deutschland getrennt werde.

Man müsse an die Gefahr denken, die in Friedenszeiten die Möglichkeit darstelle, daß eine deutsche Zentralregierung ihren Einfluß auf ein Gebiet ausübe, welches die Mittel zur Vorbereitung eines neuen Angriffs biete. Das von Frankreich vorgeschlagene politische und wirtschaftliche System werde durch Schaffung einer besonderen Überwachung für die Grenzen des Ruhrgebietes ergänzt, um Gewähr dafür



zu schaffen, daß die dem restlichen Deutschland zugebilligten Kontingente nicht überschritten werden. Bei der Warenbewegung zwischen dem Ruhrgebiet und dem restlichen Deutschland sollen keine Zölle erhoben werden.

Bidault forderte, daß eine Regelung für das Ruhrgebiet in kürzester Zeit erfolgen müsse, denn die Schwierigkeiten der Durchführung einer solchen Regelung wüchsen mit der verstreichenden Zeit ständig.

Außenminister Bidault nahm auch Stellung zur Frage des Saargebietes:

„Die französische Anschauung in der Saarfrage wurde von Motiven geleitet, die schon häufig klar dargelegt wurden. Es handelt sich für Frankreich hauptsächlich darum, Kohle zu bekommen. Dieses Interesse verbindet sich mit dem Wunsch nach Sicherheit durch Verringerung des deutschen Kriegspotentials.

Unser Vorschlag steht in Übereinstimmung mit den frei und vielfältig geäußerten Wünschen der Bevölkerung. Die Durchführung darf nicht die Fehler von 1919 wiederholen. Frankreich trug sich niemals mit dem Gedanken, 500 000 Deutsche gewaltsam in seine politischen Grenzen einzubeziehen. Ebensowenig wollte es jemals die Bevölkerung ausweisen. Deshalb entschied sich Frankreich für die Wirtschafts- und Währungseinheit als das beste Mittel, um die zukünftigen Beziehungen zwischen der Saar und Frankreich zu ordnen.

Die wirtschaftliche und Währungsverbindung bedeutet, daß die Saar zu einem notwendigen Bestandteil der französischen Hilfsquellen innerhalb der französischen Zollgrenzen wird, und damit eine Ablösung der Mark durch den französischen Franken. Diese Vereinigung ergab eine Angleichung der beiden Wirtschaften auf dem Gebiet der Preise und Löhne an das französische Niveau.

Der politische und verwaltungsmäßige Rahmen der Saar wird dann durch die Bedingungen bestimmt, die zur Erhaltung der Wirtschafts- und Währungseinheit notwendig sind. Die erste dieser Bedingungen ist die Loslösung der Saar von Deutschland. Durch diese Tatsache wird die Saar ein Gebiet, dessen Bewohner ihre eigene Staatsangehörigkeit und ihre eigenen Einrichtungen haben, die sich auf dem Prinzip des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes aufbauen. Frankreich wird die Außenpolitik und Verteidigung des Gebietes übernehmen und an der Saar durch einen Hohen Kommissar vertreten sein, dessen Hauptaufgabe es sein wird, den Grundsätzen der Wirtschafts- und Währungseinheit Geltung zu verschaffen. Abgesehen von diesen Einschränkungen werden die saarländischen Behörden für die Verwaltung des Landes zuständig sein. Die Durchführung dieser Neuordnung sollte so bald wie möglich erfolgen. Diese Überlegung erklärt die Verpflichtung der französischen Regierung, im Hinblick auf die Saar gewisse unumgängliche Maßnahmen zu ergreifen, wie die Festlegung der Grenzen des Gebietes, wobei die Grenzen von 1919 dahin berichtigt wurden, daß durch Einbeziehung der wichtigsten nördlichen Eisenbahnverbindungen das Verkehrssystem des Kohlenbeckens vervollständigt und aus zoll- und verkehrstechnischen Gründen eine Verbindung für Luxemburg geschaffen wurde.“

Bidault erklärte sich für Frankreich bereit, wegen des von Luxemburg geforderten Gebietsteiles, der durch die oben geschilderten Maßnahmen in das Saargebiet einbezogen wurde, mit dem Großherzogtum zu verhandeln. Gleichweise erklärte er sich zu Verhandlungen über eine Berichtigung der französischen Reparationsforderungen bereit, die nach der Vereinigung der Saar mit Frankreich notwendig würden.

Bidault schloß seine Ausführungen mit den Worten:

„Wir fordern von dem Außenministerrat eine alsbaldige endgültige Entscheidung.“

Im Anschluß an die Rede Bidaults gab Außenminister Marshall die am Vortage angekündigten Erklärungen zur Frage der deutschen Westgrenzen ab:

„Wenn wir uns wieder dem Problem der Grenzen zuwenden, scheine ich viel leicht meinen Kollegen allzuviel Nachdruck auf diese Frage zu legen. Dieser Nachdruck entspringt einem tiefen Verantwortungsbewußtsein gegenüber meinem Lande. in Bezug auf diesen Punkt

In den vergangenen Jahren waren die Vereinigten Staaten zweimal gezwungen, ihre Truppen über den Atlantik zur Teilnahme an einem Krieg zu senden, der seinen Ursprung in Europa genommen hatte. Wir taten unser Bestes, mit Millionen von Menschen und Milliarden von Dollars zu den Siegen für die Erhaltung eines freien Europa beizutragen.

Es ist unsere Aufgabe, eine Friedensregelung zu schaffen, deren Aufrechterhaltung als Ganzes von den Völkern Europas gewünscht wird. Wir brauchen eine Friedensregelung, die sich sozusagen in zukünftigen Jahren von selbst durchsetzt. Wir brauchen eine Friedensregelung, die die Völker Europas zur friedlichen Zusammenarbeit anspornt. Wir brauchen eine Friedensregelung, die lebensfähig ist und die Anerkennung der Geschichte findet. Wir wollen vor allen Dingen eine Lösung vermeiden, die durch Zusammenballung von Menschen und Mangel an Nahrungsmitteln und anderen für die moderne Zivilisation lebenswichtigen Mitteln eine stark explosive Situation schafft. Wir müssen über das Heute und Morgen hinaus auf fünfundzwanzig und fünfzig Jahre und über die Lebensdauer der meisten von uns hinausschauen.

Die alliierten Nationen haben jetzt die Macht, neue Grenzen festzulegen, aber ich hoffe sehr, daß das nicht Grenzen sein werden, deren einziger Anspruch auf Dauerhaftigkeit in der Gewalt liegt. Das wäre keine gute Grundlage für den Frieden.“

Hierauf wandte sich Außenminister Marshall der Frage des Saargebietes zu, zu der er folgende Erklärung abgab:

„Die wirtschaftlichen Hilfsquellen des Saargebietes und Lothringens ergänzen sich gegenseitig. Die Kohlenbergwerke und die Eisen- und Stahlverhüttungsbetriebe des Saargebietes grenzen an die großen Eisenerzlager und Stahlverarbeitungsbetriebe Lothringens an. Wenn das Produktionsniveau der Vorkriegszeit wieder erreicht ist, wird die Kohlenherzeugung des Saargebietes für die innerdeutsche Wirtschaft verhältnismäßig unwesentlich, für Frankreich aber von der größten Bedeutung sein.

Im vergangenen September hat Außenminister Byrnes in Stuttgart erklärt, daß die Vereinigten Staaten nicht glauben, Frankreich, das innerhalb von 70 Jahren drei deutsche Invasionen durchgemacht hat, seinen Anspruch auf das wirtschaftlich eng mit ihm verbundene Saargebiet verweigern zu können.

Aus diesen Gründen unterstützen die Vereinigten Staaten Frankreichs Forderung einer politischen Loslösung des Saargebietes vom Reich und seiner Eingliederung in das Wirtschafts- und Finanzsystem Frankreichs durch Zoll- und Finanzunion und möglicherweise noch durch weitere wirtschaftliche Maßnahmen.

Soviel wir wissen, fordert Frankreich keinen politischen Anschluß des Saargebietes an Frankreich. Man sollte Frankreich das Recht der Verteidigung des Saargebietes gegen Angriffe anvertrauen, die politische Autonomie und das Anrecht der Bevölkerung auf Regelung ihrer örtlichen Angelegenheiten sollten jedoch sorgfältig gesichert werden.

Die Bezeichnung Saargebiet bezieht sich nach Ansicht der amerikanischen Delegation auf das von der Volksabstimmung betroffene Gebiet. Kleinere Grenzberichtigungen können in Erwägung gezogen werden, aber nur, wenn klare Begründungen dafür gegeben werden können.

Die Eingliederung der Hilfsquellen des Saargebietes in das Wirtschaftssystem Frankreichs wird einige Abänderungen in Bezug auf das für Deutschland genehmigte Industrieniveau notwendig machen, und die Bestimmungen für Reparationslieferungen und die Beibehaltung einiger Betriebe im Saargebiet, die für Reparationen vorgesehen waren, werden dieser Regelung angepaßt werden müssen. Es wird auch eine Anpassung der französischen Reparationsforderungen an die veränderte Lage notwendig werden.

Die französische Regierung möchte die Eingliederung des Saargebietes in ihr Wirtschafts- und Finanzsystem so bald wie möglich vornehmen. Die Delegation der Vereinigten Staaten sieht keinen Grund für eine weitere Verzögerung und hält es für vorteilhaft, die Entscheidung, soweit sie in unserem Zuständigkeitsbereich liegt, jetzt zu fällen.

Wir schlagen daher vor, daß wir uns jetzt auf die Loslösung des Saargebietes mit seinen Vorkriegsgrenzen aus dem Rechtsbereich des Alliierten Kontrollrats und auf seine Unterstellung unter ausschließlich französische Verwaltung einigen, vorbehaltlich angemessener Änderung der französischen Reparationsansprüche. Ich schlage vor, einen Fachausschuß zu ernennen, der einen Vorschlag für die erforderlichen Abänderungen der Reparationen ausarbeiten soll.

Die endgültige Loslösung des Saargebietes von Deutschland und die endgültige Festlegung seiner Grenzen werden durch die deutsche Friedensregelung zu entscheiden sein. Diese wird ferner über Einzelheiten in Bezug auf Vermögensbesitz, Schulden und andere Dinge entscheiden. Ich schlage vor, daß wir unsere Stellvertreter anweisen, nach Abschluß der gegenwärtigen Sitzung des Außenministerrates alle diese Angelegenheiten zu studieren und angemessene Empfehlungen vorzubringen, die dann in die Friedensregelung aufgenommen werden können.“



Zur Frage des Ruhrgebietes gab Außenminister Marshall folgende Erklärung ab:

„Die Delegation der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die Zusammenballung der grundlegenden wirtschaftlichen Hilfsquellen im Ruhrgebiet der Anlaß für zwei voneinander unterschiedene Probleme ist. Das eine ist die Frage der Sicherheit gegen einen Einsatz der Hilfsquellen des Ruhrgebiets für kriegsrische Zwecke durch ein wieder gesundetes Deutschland. Das zweite Problem liegt in der Frage, wie man sicherstellen soll, daß die Zusammenballung von Kohle, Stahl und den anderen Bodenschätzen des Ruhrgebietes im Interesse der Länder Europas einschließlich Deutschlands gerecht verteilt und ausgebeutet wird.

Wir sind überzeugt, daß man nicht versuchen sollte, eines dieser beiden Probleme einer endgültigen Lösung zuzuführen, bevor der Außenministerrat die anderen Seiten des Sicherheitsproblems einschließlich des Vorschlages der Vereinigten Staaten zu einem Viermächteabkommen für die Abrüstung Deutschlands geprüft hat. Wir sind jedoch bereit, die wirtschaftlichen Seiten des Problems einer Erwägung zu unterziehen unter der Voraussetzung, daß ein umfassendes Abkommen nicht vor der Diskussion der Sicherheitsfrage durch die Außenminister erreicht wird.

Das Ruhrgebiet enthält zwar die größte Zusammenballung der grundlegenden industriellen Hilfsmittel in Europa, ist aber nicht die einzige Zusammenballung dieser Art. Ein Gebiet von geringerer, aber dennoch beträchtlicher Bedeutung ist Oberschlesien. Da kein Teil dieses Gebietes jetzt noch deutscher Kontrolle untersteht, erübrigt es sich, es vom Standpunkt der Sicherheit aus in die Erwägungen einzubeziehen. Die wirtschaftlichen Fragen jedoch, die das Ruhrgebiet aufwirft, beziehen sich ebensosehr auf das schlesische Industriegebiet und auch auf andere Gebiete.

Man könnte diese Fragen folgendermaßen zusammenfassen:

1. Wie ist eine gerechte Verteilung der Grundstoffe wie Kohle und Stahl in Zeiten außergewöhnlicher Knappheit durchzuführen?
2. Wie soll man die Länder, auf deren Gebieten sich Zusammenballungen dieser Grundstoffe befinden, daran hindern, den Zugang anderer Länder zu diesen Hilfsquellen einzuschränken?

Diese beiden Fragen beziehen sich nicht nur auf das Ruhrgebiet, sondern auch auf andere Gebiete. Ich werde mich jedoch bei der Besprechung dieser Fragen jetzt auf das Problem der Ausbeutung der Hilfsquellen des Ruhrgebietes beschränken. Die Delegation der Vereinigten Staaten hat schon ihre Einstellung zum Ausdruck gebracht, daß für die Zeit der militärischen Besetzung keine besondere Regierung für das Ruhrgebiet notwendig ist. Wenn die alliierte Militärregierung in Deutschland aufhört und eine deutsche Regierung unter einer deutschen Verfassung arbeitet, werden sich jedoch besondere Vorkehrungen für die Beaufsichtigung der Hilfsquellen des Ruhrgebietes als ratsam erweisen. Die Delegation der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß diese Vorkehrungen, wie sie auch beschaffen sein mögen, keine Einmischung in die deutsche Verantwortung für die Verwaltung der deutschen Hilfsquellen darstellen dürfen. In erster Linie muß Deutschland nicht nur die Verantwortung für die Produktion, sondern auch für den Absatz seiner eigenen Industrieprodukte haben. Nur für den Fall, daß die Deutschen entgegen den gerechten Interessen anderer Länder handeln, wird es notwendig sein, eine internationale Amtsstelle auf diese Frage aufmerksam zu machen.

Die Delegation der Vereinigten Staaten glaubt, daß die endgültige Lösung von Streitigkeiten, die sich aus Fragen dieser Art ergeben können, auf einer europäischen Basis gefunden werden muß und daß sich für solche Zwecke eine Wirtschaftskommission für Europa als zweckmäßig erweisen wird. Wir halten es nicht für erforderlich, die Verfahrensfragen jetzt an dieser Stelle zu besprechen. Wichtiger ist, daß wir uns auf zwei Grundsätze einigen, die nach Ansicht der Delegation der Vereinigten Staaten maßgebend sein sollten für die Zuteilungen lebenswichtiger Güter nicht nur aus dem Ruhrgebiet, sondern auch aus anderen Gebieten.

Diese Grundsätze lauten:

1. Gleichmäßige Verteilung lebenswichtiger Güter, an denen Knappheit herrscht.
2. Freier Zugang zu den lebenswichtigen Hilfsquellen ohne Unterschied für alle.

Im Hinblick auf die Ruhr ist die Delegation der Vereinigten Staaten der Ansicht, daß der Grundsatz der gleichmäßigen Verteilung der Kohle und anderer verknappter Güter zwischen dem inländischen Verbrauch und der Ausfuhr so anzuwenden ist, daß die berechtigten Interessen der europäischen Länder erfüllt werden, während Deutschland die Möglichkeit gelassen wird, sich ohne Hilfe von außen einen erträglichen Lebensstandard zu schaffen.

Unter dem Grundsatz des gleichen Zugangs für alle versteht die Delegation der Vereinigten Staaten, daß bei der Ausbeutung der Hilfsquellen des Ruhrgebietes weder durch Deutschland noch gegen Deutschland eine Diskriminierung ausgeübt werden darf. Genauer gesagt wird damit gefordert, daß Deutschland keine Ausfuhrzölle, Ausfuhrquoten und Ausfuhrsperrn auferlegen darf, die zu einer Diskriminierung führen würden. Im weiteren Sinne umfaßt dieses Prinzip eine Sicherung gegen die Möglichkeit, daß Deutschland durch seine Kohlen- und Stahlvorräte noch einmal einen Versuch unternehmen könnte, die europäische Industrie zu beherrschen und die Entwicklung der Schwerindustrie außerhalb Deutschlands durch die unbeschränkte Kontrolle über die Erzaufbereitungszwecke geeignete Kohle zu beschränken.

Das grundlegende Wirtschaftsproblem ergibt sich aus dem Umstand, daß die Kohlenbergwerke und die Stahlindustrie des Ruhrgebietes auf deutschem Gebiet liegen und von vielen Ländern Europas gebraucht werden. Die Tatsache, daß Europa Kohle und Stahl braucht, sollte uns jedoch nicht vergessen lassen, daß beide Rohstoffe in Deutschland vorhanden sind und beide auch von der deutschen Wirtschaft gebraucht werden. Eine Lösung, die den Deutschen den gleichen Zugang zu diesen Hilfsquellen verweigert, wäre undurchführbar. Es wäre unmöglich, von einem Lande zu erwarten, daß es sich zu einer friedlichen Demokratie entwickelt, während eine Gruppe stark interessierter anderer Länder für unbestimmte Zeit die Kontrolle über seine wichtigsten Hilfsquellen und seinen einheimischen Verbrauch ausübt.

Nach Ansicht der Delegation der Vereinigten Staaten ist eine Vorkehrung erforderlich, nach der die verschiedenartigen Interessen ausgeglichen werden können, wenn sie in Widerstreit geraten, damit eine Beherrschung des einen durch den anderen vermieden wird. Mit anderen Worten: es ist eine europäische Lösung notwendig in einem Europa, zu dem auch Deutschland gehört.

Der britische Außenminister *Bevin* nahm ebenfalls zu den Fragen der Westgrenze Deutschlands Stellung und ging im einzelnen auf die Erklärungen Bidaults ein. Er sagte, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die Sowjet-Union auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 einen Ausschuss einsetzten, um die Frage einer Aufteilung Deutschlands in fünf Teile zu beraten. Der Ausschuss habe eine Sitzung abgehalten, jedoch ohne Ergebnisse. Großbritannien habe bereits in Teheran zum Ausdruck gebracht, daß es eine Zerstückelung Deutschlands nicht begünstige. In Potsdam, so erklärte *Bevin*, sei Großbritannien aufgefordert worden, von dem Vorschlag von Teheran über die Zerstückelung Deutschlands zugunsten einer gegenteiligen Lösung abzugehen: Deutschland als Einheit zu behandeln, zentrale Verwaltungsstellen einzusetzen und das Ruhrgebiet und das Rheinland als Teile Deutschlands bei Deutschland zu belassen. *Bevin* sagte, daß er und *Atlee* dies als ein Problem auf lange Sicht betrachteten, insbesondere deshalb, weil Frankreich weder in Teheran noch in Potsdam vertreten gewesen sei und Belgien und Holland von dem Problem ebensosehr betroffen würden. Man solle daher ihre Ansicht hören, ehe man zu endgültigen Entscheidungen komme.

„Der Grundsatz, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln, stand im Gegensatz zu den Entscheidungen von Teheran. Aber Großbritannien entschloß sich, diese Politik in Übereinstimmung mit den Wünschen der anderen in Potsdam vertretenen Mächte zu unterstützen.“

Seither beruhe das britische Handeln auf dem Grundsatz, daß Deutschland während der Besetzungszeit und bis zu deren Beendigung als wirtschaftliche Einheit behandelt werden soll. Großbritannien sei daher der Ansicht, es könne, solange das Zonenprinzip fortgesetzt werde, nicht den Grundsatz annehmen, das Ruhrgebiet einer gesonderten Verwaltung zu unterstellen.

„Wenn die Wirtschaftseinheit erreicht ist, bin ich durchaus bereit, den Plan anzunehmen, daß Industrieproduktion und Materialzuteilung des Ruhrgebietes nach den Anweisungen des Kontrollrats deutschen Verwaltungsbehörden unterstellt werden, wie es mit allen anderen deutschen Industrien gemacht wird. Weitere Zugeständnisse kann ich nicht machen.“

Das Ruhrgebiet einer besonderen Behandlung zu unterziehen, werde in den deutschen Hirnen dieselben Schwierigkeiten hervorrufen, wie wenn die Alliierten den Versuch gemacht hätten, Deutschland zu zerstückeln.



„Die Einsetzung eines besonderen Regimes ist eine Seite der Angelegenheit, die Deutschen unter einer solchen Regierung jedoch zur Arbeit zu veranlassen, ist die andere Seite.

Es wäre besser, wenn das Ruhrgebiet im Rahmen einer deutschen Wirtschaftseinheit arbeiten würde. Großbritannien vertritt die Auffassung, daß die britische Zone während der Besetzung genau so behandelt werden muß wie die anderen Zonen. Soweit andere Mächte bereit sind, den Grundsatz der Wirtschaftseinheit anzunehmen, ist Großbritannien bereit, das gleiche zu tun.“

Bevin erklärte, er könne keine endgültige und bindende Erklärung abgeben, bis er die Haltung der anderen Delegationen, die Resultate dieser oder anderer Konferenzen, die noch stattfinden mögen, und die Vorkehrungen im Friedensvertrag kenne.

Bevin sagte, das Rheinland solle auf lange Zeit besetzt gehalten werden. Eine Abtrennung werde dieselben Bedingungen schaffen, wie wenn man das Ruhrgebiet abtrennen würde. Das Rheinland müsse so lange besetzt bleiben, bis allgemeine Sicherheit erreicht sei.

„Im Interesse der internationalen Sicherheit müssen sich die Alliierten über die Fortführung der Besetzung des Rheinlandes im klaren sein.“

### Die Verhandlungen am 11. April 1947

#### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten setzten ihre Beratungen über Verfahrensfragen fort, um den von ihnen geforderten Bericht bis zum 12. April fertigzustellen.

Es bestanden jedoch weitgehende Meinungsverschiedenheiten, insbesondere über die Unterzeichnung des Vertrages durch Deutschland, die Zulassung deutscher Vertreter zu den Verhandlungen sowie über die Teilnahme Chinas an der Friedenskonferenz.

Da keine Einigung erzielt werden konnte, wurde den Sonderbeauftragten die Frist zur Fertigstellung ihres Berichtes um achtundvierzig Stunden verlängert.

#### Rat der Außenminister

Im Rat der Außenminister legte Molotow den angekündigten Standpunkt der Sowjetregierung zu den Fragen dar, die das Saargebiet, das Ruhrgebiet und das Rheinland betreffen. Molotows Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Unsere Erörterung hat sich den Fragen des Saargebietes, des Rheinlandes und des Ruhrgebietes zugewandt. Die Bedeutung dieser Probleme ist jedem von uns klar. Ich will mich zunächst mit dem Saargebiet beschäftigen. Gestern hat Herr Bidault erneut den französischen Standpunkt in dieser Frage zusammengefaßt. Die Sowjetregierung erkennt an, daß dieses Problem Aufmerksamkeit verdient und geregelt werden muß. Die gestern von Herrn Bidault gemachten Vorschläge bedürfen einer angemessenen Prüfung. Die französische Delegation hat ferner die Frage der Trennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland aufgeworfen. Sie hat vorgeschlagen, daß Deutschland des Besitzes der Kohlengruben und Hochöfen im Ruhrgebiet beraubt und die Leitung dieser Industrien den Vertretern verschiedener alliierter Staaten übertragen werde.

Die Sowjetregierung kann einer Politik der Loslösung des Ruhrgebietes und des Rheinlandes von Deutschland nicht zustimmen. Das ist eine Politik der Zerstückelung Deutschlands und der Ausschaltung Deutschlands als eines unabhängigen Staates, die durch die Interessen eines dauerhaften Friedens nicht gerechtfertigt werden kann. Die deutsche Nation sollte nicht ihres eigenen Staates beraubt werden. Die Verfolgung einer derartigen Politik bedeutet die Verwandlung des deutschen Volkes in einen unversöhnlichen Feind und hieße es in die Arme deutscher Revanchisten und Militaristen treiben. Bei einer solchen Politik kommt eine Demokratisierung Deutschlands nicht in Betracht, denn eine Politik der Zerstückelung und der Aufhebung des deutschen Staates würde die schlimmsten Elemente in Deutschland unterstützen, die von Revanche und Wiederherstellung Deutschlands als einer imperialistischen Macht mit neuen Angriffsplänen träumen. Das ist die Auffassung der Sowjetregierung.

Herr Bevin verweilt in seiner Darstellung bei der Entwicklung der Ansichten der alliierten Regierungen über das deutsche Pro-

Die britische Haltung zum Problem des Rheinlandes faßte Bevin dahin zusammen, daß er dem Grundsatz eines internationalen politischen Regimes für das Rheinland nicht zustimmen könne. Die britische Haltung zur Saarfrage, so führte Bevin weiter aus, könne unlogisch erscheinen; er habe jedoch schon früher auseinandergesetzt, warum Großbritannien den französischen Standpunkt über die Behandlung des Saargebiets als einen Sonderfall unterstütze.

Bevin wandte sich dann den weiteren Ansprüchen auf Gebietsabtretungen zu und sagte, diese verdienten eine wohlwollende Erörterung. Im Falle Belgien handele es sich um die Forderung kleiner Grenzberichtigungen zur Erleichterung des Verkehrs. Als Holland besetzt wurde, habe Großbritannien der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die holländischen Gebietsforderungen wohlwollend aufgenommen würden. Auch in diesem Falle solle die bereits vorgeschlagene Grenzkommission die Verhältnisse prüfen.

Der sowjetische Außenminister Molotow brachte zum Ausdruck, daß er den Erklärungen Bidaults große Bedeutung beimesse und sie bis zum nächsten Tage noch genauer prüfen wolle, ehe er dazu Stellung nehme.

blem. Er beschrieb diese Entwicklung wie folgt: In Teheran sei der Vorschlag gemacht worden, Deutschland im Interesse der Sicherheit Europas in fünf Teile aufzuteilen. Der Vertreter Großbritanniens habe sich seine Einstellung zu dieser Frage vorbehalten. Er sei sogar die Zielscheibe einiger Scherze geworden, weil er angeblich nicht für die Teilung Deutschlands gewesen sei. Zu jener Zeit sei eine Kommission zum Studium dieses Problems eingesetzt worden, die sich aus Vertretern der drei Regierungen zusammensetzte. Diese Kommission scheine nur einmal zusammengetreten zu sein, doch sei aus dieser Zusammenkunft nichts herausgekommen. Am Schluß der Potsdamer Tagung hätten wir uns unerwarteterweise einem Vorschlag gegenübergesehen, der dem in Teheran vorgebrachten entgegengesetzt war. Es sei vorgeschlagen worden, Deutschland als ein Ganzes zu behandeln, dort zentrale Verwaltungsabteilungen zu schaffen und eine Erklärung auszugeben, daß das Ruhrgebiet einen Bestandteil Deutschlands bilden solle. Danach fügte Herr Bevin hinzu, daß die britische Regierung zu dem Beschluß gelangt sei, den Vorschlag einer Wirtschaftseinheit Deutschlands zu unterstützen und Deutschland als eine Wirtschaftseinheit zu behandeln, um den Wünschen unserer Kollegen zu entsprechen.

Nicht alles in diesem historischen Rückblick entspricht den Tatsachen. Ich halte es daher für notwendig, die wirklichen Vorgänge noch einmal zu entwickeln. Der Vorschlag, Deutschland in fünf Teile aufzuteilen, ist in der Tat in Teheran erörtert worden. Es war ein Vorschlag der Vereinigten Staaten. Jedoch kam man in Teheran zu keiner Entscheidung. Das ist die wirkliche Lage, was Teheran angeht.

Da Herr Bevin erklärt hat, am Schluß der Tagung in Potsdam sei unerwarteterweise ein Vorschlag vorgebracht worden, der dem in Teheran gemachten Vorschlag entgegengesetzt gewesen sei, halte ich es für notwendig, auch in dieser Beziehung den tatsächlichen Verlauf zu wiederholen. In Wirklichkeit war die Lage anders, als Herr Bevin dargelegt hat. Ich muß an die Tatsache erinnern, daß Herr Churchill, damals Ministerpräsident Großbritanniens, und Herr Eden, damals Außenminister Großbritanniens, annähernd ein Jahr nach Teheran in Moskau eingetroffen sind. In den Verhandlung mit der Sowjetregierung überreichten Herr Churchill und Herr Eden namens der britischen Regierung ihren eigenen Plan für eine Teilung Deutschlands. Diesmal wurde vorgeschlagen, Deutschland in drei Teile zu teilen. Auch damals führten die Verhandlungen zu keiner Entscheidung. Eine Entscheidung konnte darüber hinaus auch deshalb nicht getroffen werden, weil weder der Präsident noch der Außenminister der Vereinigten Staaten an diesen Verhandlungen teilnahm.

Danach — im Februar 1945 — fand die Konferenz auf der Krim statt. Diese Konferenz beschloß, eine Kommission unter dem Vorsitz Herrn Edens in London zur Behandlung des deutschen Problems einzusetzen, aber, wie Herr Bevin gesagt hat, die Arbeit dieser Kommission führte zu keinem Erfolg.

Es bleibt mir noch die Aufgabe, Sie an die bekannte Erklärung des Chefs der Sowjetregierung, Stalin, vom 9. Mai 1945 — unmittelbar nach Deutschlands Kapitulation — zu erinnern. In dieser Erklärung führte Stalin aus: »Vor drei Jahren erklärte Hitler, daß es alle hören konnten, seine Aufgabe schließe die Zerstücke-



lung der Sowjet-Union und die Loslösung des Kaukasus, der Ukraine, Bjelorußlands, der baltischen und anderer Gebiete ein. Er erklärte rundheraus: 'Wir werden Rußland vernichten, so daß es sich niemals wieder erheben kann.'

Dies war vor drei Jahren. Hitlers wahnsinnigen Ideen jedoch war es nicht bestimmt, Wahrheit zu werden — der Verlauf des Kriegs ließ sie zu Staub werden. In Wirklichkeit ist etwas eingetreten, das dem, wovon die Hitleristen schwärmten, gänzlich entgegengesetzt ist. Deutschland ist aufs äußerste aufs Haupt geschlagen worden. Die deutschen Truppen kapitulierten. Die Sowjet-Union feiert den Sieg. Sie beabsichtigt aber nicht, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören.

Somit erklärte Generalissimus Stalin mehrere Monate vor Potsdam, daß die Sowjet-Union nicht beabsichtige, Deutschland zu zerstückeln oder zu zerstören. Warum behauptet Herr Bevin jetzt, daß am Schluß der Potsdamer Konferenz unerwarteterweise ein Vorschlag gemacht worden sei, der zu dem in Teheran gemachten Vorschlag in Gegensatz gestanden habe, und daß vorgeschlagen worden sei, Deutschland als ein einziges Ganzes zu behandeln? Die Tatsachen, die ich angeführt habe, zeigen, wie die wirkliche Lage war.

Ich wende mich nunmehr Herrn Marshalls Erklärung zu. Gestern hat Herr Marshall seine Erklärung mit den Worten begonnen: »Die Delegation der Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die Zusammenballung der grundlegenden wirtschaftlichen Elemente im Ruhrgebiet zwei bestimmte Probleme aufwirft, und zwar ist das eine die Frage der Sicherheit gegen eine militante Benutzung der Ruhr durch ein wiederauferstandenes Deutschland, das andere ist die Frage, wie sicherzustellen wäre, daß die Zusammenballung von Kohle, Stahl und anderen Elementen im Ruhrgebiet im Interesse der Länder Europas einschließlich Deutschlands gerecht verwendet wird.«

Die Sowjetdelegation pflichtet dem bei, daß das Ruhrproblem erstens vom Standpunkt der internationalen Sicherheit und zweitens vom Standpunkt der Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Ruhr untersucht werden muß. Herr Marshall selbst verweilte jedoch nicht bei den Fragen der Sicherheit, sondern stellte eine Prüfung dieses Problems bis zur Erörterung des Vertrages über die Entmilitarisierung Deutschlands zurück. Gestern sprach er nur zur zweiten Frage — der der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Ruhr —, obwohl zugegeben werden sollte, daß diese beiden Fragen äußerst eng miteinander verbunden sind. Ja, Herr Marshall erklärte, daß während der Zeit der militärischen Besetzung ein besonderes Regime der Kontrolle über die Ruhr nicht geschaffen werden solle, doch sieht er voraus, daß nach Beendigung der Besetzung sich besondere Maßnahmen zur Kontrolle der Ruhrhilfsquellen als notwendig erweisen dürften.

Dieser Vorschlag ist gegen die Schaffung einer Viermächtekontrolle im Ruhrgebiet während der Besetzungszeit gerichtet. Es ist unmöglich, dem zuzustimmen, wenn wir wirklich die große Bedeutung des Ruhrindustriegbietes für die internationale Sicherheit anerkennen, von der Herr Marshall sprach und die wir alle für unbestreitbar halten. Andererseits erfordert das Problem besonderer Maßnahmen zur Kontrolle über die Ruhrhilfsquellen nach Beendigung der Besetzung eine besondere Diskussion.

Schon in Potsdam hat die Sowjetregierung ihren Vorschlag hinsichtlich des Ruhrindustriegbietes vorgelegt. Die Sowjetregierung schlug vor, anzuerkennen, daß das als Teil Deutschlands behandelte Ruhrindustriegbiet unter gemeinsamer Verwaltungskontrolle Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten stehen solle. Zur gleichen Zeit schlugen wir vor, daß ein besonderer alliierter Rat, der aus Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten bestehen würde, für das Ruhrindustriegbiet errichtet werde. Schon zu jener Zeit wünschten wir die sofortige Bestellung eines provisorischen alliierten Rates, bestehend aus Vertretern dieser Staaten. Wie ich bereits ausgeführt habe, schlug Herr Bevin damals vor, daß die Erörterung dieses Projektes angesichts des Fehlens eines Vertreters Frankreichs in Potsdam zurückgestellt werde. Gemäß dem Vorschlag Herrn Bevins wurde die Frage der Schaffung eines besonderen alliierten Rates für das Ruhrindustriegbiet dem Rat der Außenminister zur Behandlung überwiesen; sie ist jedoch bis auf den heutigen Tag nicht geprüft worden.

Nun erörtern wir wieder das Ruhrproblem. Die Regierungen, die wir vertreten, erkennen an, daß das Ruhrindustriegbiet von entscheidender Bedeutung für Deutschlands Schicksal ist. Das Hauptproblem, mit dem wir uns im Augenblick befassen müssen, ist, ob die Ruhr wieder zur industriellen Grundlage der Wiederherstellung eines deutschen Kriegspotentials und der Neuschaffung eines aggressiven Deutschlands oder zur industriellen Grundlage eines friedlichen Deutschlands werden und ihre industriellen Hilfsmittel auch den anderen Völkern Europas liefern wird, wie es die alliierten Mächte für notwendig befinden werden.

Die Sowjetregierung besteht weiterhin auf ihrem Vorschlag einer Viermächtekontrolle über das Ruhrindustriegbiet. Der Zweck dieses Vorschlages ist, Deutschlands Entwicklung in friedlichen demokratischen Bahnen und die Nutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen der Ruhr an erster Stelle im Interesse der deutschen Nation, aber gleichzeitig auch im Interesse der anderen Nationen Europas sicherzustellen. Die gegenwärtigen Verhältnisse an der Ruhr können nicht als normal angesehen werden. Die Sowjetregierung hält es für falsch, daß die Ruhr, die in militärischer und industrieller Hinsicht so außerordentlich wichtig ist, unter der alleinigen Kontrolle der britischen Besatzungsbehörde ohne Beteiligung der anderen alliierten Besatzungsmächte bleibt.

Nach der wirtschaftlichen Verschmelzung der britischen und der amerikanischen Zone am Ende des vergangenen Jahres entstand eine Situation, in der die Ruhr unter die Kontrolle zweier Besatzungsmächte — Großbritanniens und der Vereinigten Staaten — fiel, während Frankreich und die Sowjet-Union wie zuvor von der Kontrolle über die Ruhr ausgeschlossen sind. Wir halten diesen Zustand für durchaus regelwidrig. Großbritanniens und die Vereinigten Staaten, die die wirtschaftliche Verschmelzung der beiden Zonen in besonderer Weise ins Werk gesetzt haben, haben dadurch Westdeutschland im wesentlichen vom übrigen Lande getrennt. In diesem westlichen Teil Deutschlands, der das Ruhrgebiet einschließt, wird ein Sonderregime geschaffen, und die Ruhrhilfsmittel fallen in die Hände zweier Besatzungsmächte, die ohne Zustimmung des Kontrollrates handeln. In Wirklichkeit haben Großbritanniens und die Vereinigten Staaten bereits eine Zerstückelung Deutschlands bewirkt, wenn sie diesen Vorgang auch noch nicht zu Ende geführt haben. Sie haben das unter eigener Verantwortung ohne Zustimmung der Sowjet-Union oder Frankreichs getan.

Gleichzeitig ist die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands verletzt worden. Trotzdem entwickelte die amerikanische Delegation in ihrer gestrigen Erklärung den Gedanken, daß das Ruhrproblem ein allgemein europäisches Problem sei und eine bestimmte europäische Wirtschaftskommission sich zu diesem Behuf als nützlich erweisen dürfte. Es ist jedoch klar, daß diese Erklärungen bloße Worte bleiben werden, solange die Vereinigten Staaten und Großbritanniens nicht gemeinsam mit Frankreich und der Sowjet-Union handeln, die Mitglieder des Kontrollrates sind und die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien die alliierte Besetzung Deutschlands tragen. Nur dann werden wir in der Lage sein zu erklären, daß wir alle hinsichtlich des Ruhrindustriegbietes im Einklang mit den allgemeinen europäischen Interessen und demgemäß im Einklang mit den Interessen aller europäischen alliierten Staaten handeln, wenn wir vereinbarte Maßnahmen zumindest der vier alliierten Mächte — Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und Sowjet-Union — in der Tat sicherstellen.

Derartige vereinbarte Maßnahmen der vier Mächte können jedoch nicht erreicht werden, wenn die gegenwärtige Politik der Trennung Westdeutschlands vom Rest des Landes weiterverfolgt wird und zwei alliierte Mächte im Ruhrgebiet ohne Rücksicht auf den Kontrollrat handeln, dessen Mitglieder sie sind. Die jetzt von Großbritannien und den Vereinigten Staaten bezüglich der Ruhr verfolgte Politik entspricht keineswegs den gestern von der amerikanischen Delegation verkündeten wirtschaftlichen Grundsätzen. Die amerikanische Delegation erklärte, es sei notwendig, erstens die Hauptwirtschaftselemente wie Kohle und Stahl, die im Ruhrgebiet erzeugt werden, gerecht zu verteilen, und zweitens, anderen Ländern einen Zugang zu den Ruhrhilfsquellen zu gewährleisten.

In Wirklichkeit findet jetzt weder das eine noch das andere statt. Eine gerechte Verteilung der im Ruhrgebiet erzeugten Kohle- und Stahlmengen kann nicht sichergestellt werden, wenn der Kontrollrat von dieser Angelegenheit ausgeschlossen ist. Diese Verteilung der Hilfsmittel der Ruhr sollte nicht durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten allein, sondern durch den Kontrollrat bewirkt werden, an dem alle alliierten Mächte teilnehmen.

Was den Zugang anderer Staaten zum Ruhrindustriegbiet betrifft, so dient alles, was getan wird, nur der Bequemlichkeit Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Diesen beiden starken Mächten sind wirklich weitgehende Möglichkeiten im Ruhrgebiet und in ganz Westdeutschland gewährleistet. Im letzten Sinne war dies der Zweck der abgesonderten Verschmelzung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland. Diese Lage entspricht jedoch nicht den Interessen der anderen alliierten Länder oder den alliierten Aufgaben hinsichtlich der Entwicklung eines friedlichen und demokratischen Deutschlands. Man sollte nicht danach streben, die Herrschaft irgendeiner Großmacht im Ruhrindustriegbiet zu sichern, sondern eine wirkliche internationale Zusammenarbeit einzurichten, welche die Rechte und Interessen der großen und der kleinen alliierten Staaten be-



rücksichtigen und der deutschen Nation selbst und ihren dringenden Bedürfnissen die gebührende Aufmerksamkeit schenken sollte. Falls auch in Zukunft eine oder zwei alliierte Mächte über das Ruhrgebiet ohne Rücksicht auf die anderen alliierten Staaten herrschen, so mögen sie gewisse eigene Interessen sicherstellen, aber dieser Zustand entspricht nicht dem grundlegenden Abkommen unserer vier Mächte über eine gemeinsame Kontrolle in Deutschland, ganz zu schweigen von der Tatsache, daß er durchaus nicht im Einklang mit dem Geiste einer normalen internationalen Zusammenarbeit steht.

Die Erklärung der amerikanischen Delegation befaßte sich neben der Ruhr auch mit den wirtschaftlichen Hilfsquellen von Oberschlesien, das an Polen übertragen worden sei. Dies stellt einen neuen unzulässigen Versuch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen alliierten Staates dar. Die Sowjetdelegation erachtet es nicht für möglich, einen Vorschlag dieser Art einer Betrachtung zu unterziehen.

Ich werde im Augenblick nicht auf die territorialen Ansprüche eingehen, die die Tschechoslowakei, Belgien und andere Nachbarn Deutschlands vorgebracht haben. Diese Fragen bedürfen eines weiteren Studiums, und wir werden später auf sie zurückkommen."

Außenminister *Marshall* ergriff als erster das Wort, um zu den Ausführungen *Molotows* Stellung zu nehmen. Er erklärte, daß er die Beweisführung *Molotows* im Hinblick auf die Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone nicht annehmen könne. Dieser Schritt, so erklärte *Marshall*, werde Großbritannien und den Vereinigten Staaten durch das Fehlschlagen der Potsdamer Abmachungen aufgezwungen. Wessen Schuld dies sei, darüber könne man verschiedener Ansicht sein.

„Die Vereinigten Staaten wünschen aufrichtig eine wirtschaftliche Einheit, die von selbst zu einer Kontrolle des Ruhrgebietes und des übrigen Deutschlands durch die vier Mächte führen würde.“

Eine gesonderte Viermächtekontrolle des Ruhrgebiets lehnte *Marshall* ab. Im übrigen verwies er darauf, daß es sich erübrige, an dieser Stelle die amerikanische Meinung zu diesen Fragen zu wiederholen.

*Bevin* erklärte, er habe seinen Ausführungen vom Vortage nicht viel hinzuzufügen:

„Am 26. September 1945 gab ich in London eine Erklärung in dem gleichen Sinne ab, wie ich mich hier gestern äußerte, als die Ruhrfrage aufgeworfen wurde. Wir nahmen damals das Potsdamer Abkommen an und versuchten, es mit allen Mitteln in jeder Hinsicht einzuhalten. Es wurde uns aber entgegengewirkt. Lebensmittel aus der Ostzone wurden nicht geliefert. Dem Kontrollrat war nicht die Möglichkeit gegeben, in dem Sinne zu handeln, wie es in Potsdam vorgesehen war. Das alles führte dahin, daß ich mich in Paris gezwungen sah, ganz offen zu erklären, die britische Regierung müsse Maßnahmen treffen, um die Lage zu bessern. Darauf schlug die Regierung der Vereinigten Staaten vor, die Zonen zu vereinen. Die britische Regierung nahm diesen Vorschlag an.“

*Bevin* wies dann darauf hin, daß die wesentliche Klausel des Zonenzusammenschlusses immer geflissentlich übersehen werde. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien seien jederzeit bereit, mit jeder anderen Besatzungsmacht in Verhandlungen einzutreten, um das geschlossene Abkommen auf andere Besatzungszonen auszudehnen, wodurch letztlich eine wirtschaftliche Einheit erreicht werde.

Großbritannien und die Vereinigten Staaten seien zu den Maßnahmen, die sie hinsichtlich ihrer Zonen trafen, gezwungen gewesen. Wenn man zu dem in Potsdam aufgestellten System der wirtschaftlichen Einheit zurückkehre, würden viele Differenzen und Sorgen verschwinden.

Zur Frage einer Kontrolle der Produktion des Ruhrgebietes durch den Kontrollrat erklärte *Bevin*, daß in der ersten Zeit ein Ausschuß des Kontrollrats die Kohle und den Stahl verteilt habe. Später habe der sowjetische Partner für die Viermächteverteilung nur Überschüsse der in der sowjetischen Zone geförderten Kohle angeboten, die nach Befriedigung der Bedürfnisse dieser Zone übrig geblieben waren.

„Damals zogen wir die Kohle von der Viermächteverteilung zurück. Später wurden aus den gleichen Gründen auch Stahl und andere Erzeugnisse von der Viermächteverteilung ausgenommen.“

Großbritannien sei bereit, mit dem Kontrollrat zusammenzuarbeiten, aber die Bemühungen, die britische Zone gesondert zu behandeln, während die anderen Besatzungsmächte in ihren Zonen eine vollständige Kontrolle behielten, erschienen ihm als ein Versuch, Großbritannien in eine besondere Stellung zu drängen, die er aber nicht annehmen könne.

Man müsse zu der Idee zurückkehren, daß bis zur Errichtung einer provisorischen Regierung in Deutschland der Kontrollrat die herrschende Behörde in Deutschland sei.

„Wenn das getan und die Politik fallengelassen wird, wonach ein Land seine Zone zu einem Monopol gestaltet und gleichzeitig versucht, sich in die Angelegenheiten der anderen Zonen einzumischen, werden viele unserer Schwierigkeiten gelöst sein.“

Die britische Delegation, so sagte *Bevin*, sei mit der Ansicht des amerikanischen Delegierten *Marshall* einverstanden, daß keine Notwendigkeit vorhanden sei, eine Sonderverwaltung für das Ruhrgebiet zu errichten. Das Ruhrgebiet sei ein Teil der britischen Besatzungszone.

Außenminister *Bidault* forderte, die Saarfrage ohne Verzögerung zu lösen. Er schlug vor, einen Sonderausschuß zu bilden, der sich sofort mit den von ihm am 10. April 1947 gemachten Vorschlägen befassen solle.

*Bidault* wurde an dieser Stelle von *Molotow* unterbrochen, der fragte:

„Wie denken meine Kollegen über meinen Vorschlag zur Lösung der Ruhrfrage?“

*Bidault* entgegnete, daß die Ruhrfrage ein Diskussionsgegenstand, die Saarfrage aber zur Entscheidung reif sei. Er sei bereit, das Ruhrproblem zu erörtern, fordere aber eine sofortige Entscheidung über das Saargebiet.

*Molotow* stellte fest, daß die anderen Delegationen nicht bereit seien, die sowjetischen Anträge über das Ruhrgebiet sofort zu erwägen; die Sowjetdelegation habe aber den Wunsch, daß diese Frage nicht von der Tagesordnung abgesetzt werde und daß die Minister auf sie zurückkommen sollten.

*Molotow* erklärte ferner, daß die Sowjetdelegation den Antrag, eine Kommission für die Saarfrage einzusetzen, erwägen werde. Zu *Bevins* Ausführungen über die Kohlenverteilung erklärte *Molotow*, daß die Angaben, die der Sowjetdelegation zur Verfügung ständen, sich in gewissem Sinne von denen *Bevins* unterschieden. *Molotow* fuhr fort:

„Man muß im Auge haben, daß die Ruhrkohle stets von dem in London befindlichen Kohlenausschuß verteilt wird, in dem die Sowjet-Union nicht vertreten ist. Der Kohlenausschuß des Kontrollrats versprach, die für Deutschland übrig bleibende Kohle vertragsmäßig zu verteilen, doch gelang es ihm nicht.“

*Molotow* verlangte sodann, daß der Kontrollrat die Pläne der Kohlenförderung für ganz Deutschland aufstelle und daß Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung im Ruhrgebiet getroffen würden.

Nachdem *Bevin* die Einbeziehung der Frage der Kohlenförderung in die Erörterung abgelehnt hatte, wiederholte *Bidault* die Forderung nach sofortiger Entscheidung der Saarfrage:

„Frankreich ist nicht bereit, über diese Frage zu rechten.“

Hierauf griff *Marshall* in die Diskussion ein und sagte, daß er den französischen Vorschlag auf Grund der Erklärung *Bidaults* vom 10. April annehme. Zu *Molotows* Vorschlag über das Ruhrgebiet erklärte er, dieser Vorschlag hänge von der Frage der Wirtschaftseinheit ab, deren Erörterung, wie er hoffe, später wieder aufgenommen werden solle, wenn die Minister mit der Beratung der vorliegenden Tagesordnung fertig seien.

Außenminister *Bevin* wiederholte noch einmal den britischen Standpunkt zur Saarfrage; indem er erklärte, Großbritannien sei mit den französischen Forderungen unter zwei Bedingungen einverstanden:

1. Überprüfung des französischen Reparationsanteils im Hinblick auf die Übergabe des Saargebiets; diese Frage soll einem Sachverständigenausschuß übergeben werden.



2. Prüfung der Grenzen des von Frankreich beanspruchten Gebietes von einem Ausschuss, wie er von amerikanischer Seite für die deutschen Grenzfragen vorgeschlagen wurde.

*Bidault* versuchte hierauf nochmals, eine Entscheidung in der Saarfrage herbeizuführen. Außenminister *Molotow* war jedoch nicht bereit, den sowjetischen Standpunkt zu erläutern.

Sodann nahm der französische Außenminister zu den Forderungen Belgiens gegenüber Deutschland Stellung und erklärte, Belgien beschränke sich auf ein wenig umfangreiches Gebiet und die Forderungen könnten schon jetzt den Gegenstand einer günstigen grundsätzlichen Entscheidung bilden, deren Ausarbeitung im einzelnen man dann einem Sachverständigenausschuss anvertrauen könne.

Auch die von der Tschechoslowakei erhobenen Forderungen, die eine Berichtigung der Grenzen von 1938 zum Ziel haben, um deren Verlauf zu vereinfachen und deren Überwachung und Verteidigung zu erleichtern, erschienen *Bidault* genügend gerechtfertigt.

*Bidault* erklärte ferner, daß die französische Delegation bereit sei, die Forderung Luxemburgs zu unterstützen.

Was aber die von der Regierung der Niederlande vorgeschlagene Grenzberichtigung angehe, so seien diese Forderungen bedeutender als die anderen und erstreckten sich auf eine Bevölkerung von über 120 000 Einwohnern. Die französische Delegation nehme diese holländischen Forderungen wohlwollend zur Kenntnis und sei bereit, sie im einzelnen zu prüfen.

Für die Gesamtheit dieser Gebietsforderungen schlug *Bidault* die Überweisung an die Stellvertreter der Außenminister oder an einen besonderen Ausschuss vor, zu dem Vertreter der interessierten Länder hinzugezogen werden sollten. *Bidault* kündigte dann an, daß die französische Delegation beabsichtige, dem Rat der Außenminister schriftliche Vorschläge über eine Berichtigung der deutsch-französischen Grenze längs des Rheins und im Raum von Straßburg zu unterbreiten.

In diesem Zusammenhang wurde zum erstenmal der französische Gebietsanspruch auf den Hafen von Kehl und rechtsrheinisches Gebiet erwähnt.

In Kreisen der französischen Delegation in Moskau verlautete, daß Frankreich eine enge wirtschaftliche Bindung des Hafens von Kehl auf dem rechten Rheinufer an den Straßburger Hafen erwäge. Der französische Anspruch gründe sich darauf, daß Kehl die natürliche Ergänzung des französischen Hafens von Straßburg sei. Der Besitz Kehls durch Frankreich werde die deutsch-französischen Meinungs-

verschiedenheiten über Rechte auf beiden Seiten des Rheins in dem Gebiete Kehl-Straßburg aus der Welt schaffen. Die französische Regierung wünsche jedoch nicht, Gebiete zu annektieren, die von Deutschen bewohnt würden. Kehl sei von den Deutschen evakuiert worden, so daß der französische Anspruch in keinem Widerspruch zu dem vorerwähnten Grundsatz stehe.

Ein Sprecher des französischen Außenministeriums in Paris erklärte jedoch zu den Ansprüchen auf Kehl, die Stadt Kehl solle unter deutscher Kontrolle bleiben, der Hafen indessen gemeinsam mit dem Straßburger Hafen einer französischen Verwaltung unterstellt werden.

Eine Erläuterung der französischen Haltung in der Frage, ob und inwieweit die Stadt Kehl von der französischen Verwaltung als zu französischem Hoheitsgebiet gehörend betrachtet wird, wurde in Moskau nicht veröffentlicht.

*Bevin* beantragte, von *Marshall* unterstützt, die Frage der deutschen Grenzen sowohl im Westen als auch im Osten den Stellvertretern der Minister zu übergeben und ihnen das Recht zu gewähren, Ausschüsse zur Untersuchung dieser Frage einzusetzen.

*Molotow* gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Die Frage der polnisch-deutschen Grenze ist durch das Potsdamer Abkommen entschieden. Daher hält die Sowjetregierung es nicht für nötig, diese Frage einer Erörterung in einem Ausschuss oder sonstwo zu unterziehen. Was die anderen Gebietsfragen betrifft, so hat die Sowjetregierung nichts dagegen einzuwenden, daß diese Fragen von den Stellvertretern der Minister geprüft werden.“

Am 11. April kam es auch zu einer erneuten Erörterung der Frage einer deutschen Zentralregierung. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich waren auf der Grundlage der französischen Vorschläge zu einer Einigung gekommen, wonach jede Zentralverwaltungsbehörde aus Vertretern der Länderregierungen zusammengesetzt werden sollte. *Bevin* erklärte hierzu noch, daß er es befürworte, daß der Friedensvertrag mit Deutschland von einer deutschen Zentralregierung unterzeichnet werde.

Die sowjetische Stellungnahme machte es jedoch klar, daß eine Einigung über die Frage der Zentralregierung nicht zu erzielen war. *Molotow* erklärte, daß die französische Formel im Widerspruch zum Potsdamer Protokoll stehe, in dem die Ernennung deutscher Staatssekretäre, aber nicht die Einsetzung von „Kollegien“ vorgesehen worden sei. *Molotow* warf Großbritannien und den Vereinigten Staaten vor, ihre Potsdamer Haltung zugunsten des französischen Vorschlags aufzugeben zu haben.

## Die Debatte über den „Deutschen Friedensvertrag“

Die Verhandlungen am 12. April 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten beschäftigten sich weiterhin mit der Verfahrensfrage für die Friedenskonferenz, ohne daß jedoch wesentliche Beschlüsse gefaßt wurden.

Von britischer Seite wurde ein Vorschlag unterbreitet, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die „Informations- und Beratungsgruppe“ dadurch zu überwinden, daß man sie in zwei Ausschüsse aufteile:

1. Eine Beratungskonferenz soll zusammentreten, deren Mitgliedschaft auf die großen Vier, die Nachbarstaaten Deutschlands und die anderen alliierten Staaten beschränkt ist, die mit Streitkräften am Kriege gegen Deutschland teilnahmen. Hierbei soll Persien eingeschlossen sein. Diese Konferenz soll alle diejenigen Aufgaben übernehmen, die ursprünglich der Informations- und Beratungsgruppe zugeordnet waren.

2. Es ist eine „Informationskonferenz“ vorgesehen, die sich aus den „Großen Vier“ und allen Staaten zusammensetzt, die gegen Deutschland Krieg geführt haben und teilzunehmen wün-

schen. Diese Konferenz würde das Informationsmaterial und die Dokumente zur Verfügung haben, die auch der beratenden Gruppe zugeleitet werden. Auf schriftlichem Wege würde diese Konferenz auch ihre Ansichten über dieses Informationsmaterial der beratenden Konferenz zur Kenntnis bringen können.

### Rat der Außenminister

Der Außenministerrat beendete den Meinungsaustausch über Form und Umfang des provisorischen politischen Aufbaus Deutschlands auf der Grundlage des Berichtes des Koordinierungsausschusses.

Der Vorschlag der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, daß der Kontrollrat der deutschen Zentralverwaltung möglichst große Handlungsfreiheit gewähren solle, wurde von *Molotow* unter Hinweis auf das Potsdamer Abkommen abgelehnt, weil nach diesem Abkommen eine deutsche Zentralverwaltung „nach Weisung des Kontrollrates zu arbeiten hat“.



In der Frage der Verteilung der Machtbefugnis auf die Zentralregierung und die Länderregierungen in einer künftigen deutschen Verfassung wünschten die amerikanische, die britische und die französische Delegation, der Zentralregierung nur ganz bestimmte Machtbefugnisse zuzuweisen. Molotow bezog sich auch in dieser Frage auf die Potsdamer Beschlüsse, die vorsehen, daß der Zuständigkeitsbereich der Zentralverwaltung auch in ähnlicher Form für die Zentralregierung gelte.

Hierauf ging der Außenministerrat zur Erörterung des Berichtes des Sonderausschusses über die Entmilitarisierung und Demokratisierung über. Der Bericht, der vorsieht, daß der Kontrollrat die Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials beschleunigt und möglichst bis zum 31. Dezember 1948 beendet, schlägt als Abschlußdatum für die Zerstörung der Kriegsindustrie im engeren Sinne den 1. Juli 1947 vor. Der britische Außenminister wies darauf hin, daß angesichts der ausgedehnten Kriegsindustrie in der britischen Zone eine Ausmerzung aller Werke der ersten Kategorie bis zum 31. Dezember 1947, wie von den drei anderen Außenministern vorgeschlagen worden war, nicht möglich sei, und erklärte sich unter gewissen Vorbehalten bereit, den 30. Juni 1948 für den Abschluß des Abbaues vorzusehen. Hierbei handelt es sich um die Zerstörung der Rüstungsfabriken der Kategorie I. Über den Abbaetermin für die Kriegsindustrie der zweiten, dritten und vierten Kategorie entspann sich eine längere Debatte. Auch wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, gewisse Fabrikanlagen der ersten Kategorie für die Kunstdüngerherzeugung zu erhalten. Eine Einigung über die Termine wurde nicht erzielt.

Die Außenminister beschlossen, daß die Punkte, über die möglicherweise Einigung erzielt werden könne, den Stellvertretern überwiesen und daß die Teile des Berichtes, über die man sich nicht einigen könne, an den Alliierten Kontrollrat zurückverwiesen werden sollen.

Man nimmt an, daß der Kontrollrat für die nächste Außenministerkonferenz in London einen neuen Bericht vorbereiten wird.

Der Rat der Außenminister einigte sich, die Festlegung der Beziehungen zwischen dem Kontrollrat und der deutschen Zentralverwaltung fallenzulassen.

Ferner kamen die Außenminister zu folgenden Abmachungen:

1. bis Ende 1947 eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen;
2. bis zum 31. Dezember 1948 alle Befestigungsanlagen in Deutschland zu zerstören;
3. bis zum 30. Juni 1948 die Rüstungsfabriken der Kategorie I zu liquidieren.

Im Anschluß an diese Debatte berichtete der sowjetische Delegierte bei den Sonderbeauftragten über die Arbeit der Sonderbeauftragten auf dem Gebiet der Verfahrensfragen.

Die Sondervertreter seien einstimmig der Ansicht, daß die Friedenskonferenz einberufen werden soll, sobald die Vorbereitung des Friedensvertragsentwurfes in den wichtigsten Punkten abgeschlossen ist und die Ansichten der Alliierten eingehend geprüft worden sind.

Wie Wyschinskij erklärte, lehnten die Sonderbeauftragten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs die sowjetrussische Forderung ab, daß die Konferenz erst einberufen werden dürfe, wenn in Deutschland eine Zentralregierung besteht. Wyschinskij wies weiter darauf hin, daß die Sowjet-Union als einladende Mächte die Sowjet-Union, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich vorsieht, während die Sonderbeauftragten der drei anderen Großmächte auch China auf der Liste der einladenden Mächte sehen wollen.

Die Sondervertreter seien über die Art und Weise einig, wie die Delegierten der alliierten Staaten in der Deutschlandfrage zu Wort kommen sollen. Auch der Teilnehmerkreis sei festgelegt. Eine Teilnahme Albaniens werde jedoch von den Vereinigten Staaten und Großbritannien nicht gebilligt.

Aus den Ausführungen Wyschinskis ging hervor, daß folgende Fragen noch offen blieben:

1. welche Länder an der Friedenskonferenz für Deutschland teilnehmen sollen;
2. welche Länder bei der Informations- und Beratungskonferenz der alliierten Staaten vertreten sein sollen;
3. ob es möglich ist, die Friedenskonferenz vor der Bildung einer deutschen Zentralregierung abzuhalten;
4. in welcher Eigenschaft China an der Friedenskonferenz teilnehmen soll;
5. ob die bei der Pariser Konferenz angewandte Verfahrensordnung auch für die deutsche Friedenskonferenz angenommen werden soll;
6. die Beziehungen zwischen den deutschen Zonenbefehlshabern und den zentralen Verwaltungsstellen;
7. die Zusammensetzung und die Funktionen des deutschen beratenden Ausschusses;
8. die Errichtung einer provisorischen Regierung: ob diese auf dem Wege der Wahlen oder ohne Wahlen gebildet werden soll;
9. die Funktionen der provisorischen Regierung und ihr Verhältnis zum Alliierten Kontrollrat;
10. die Teilung der Vollmachten zwischen der provisorischen Zentralregierung und den Länderregierungen;
11. die Vollmachten der Zentralregierung;
12. die Liquidierung bestimmter Kategorien von Fabriken und Anlagen, die zum deutschen Kriegspotential gehören.

Im Verlaufe seines Berichtes gab Wyschinskij noch den neuen britischen Vorschlag über die Bildung einer Beratungs- und Informationskommission bekannt.

Außenminister Molotow machte den Vorschlag, die deutsche Verfassung solle festlegen, daß das Wiederaufleben des Nationalsozialismus verboten ist.

Hierauf legte Molotow den sowjetrussischen Standpunkt in der Frage der Errichtung einer deutschen Zentralregierung erneut dar. Er erklärte, die Sowjet-Union lege besonders großen Wert auf diese Frage, denn irgend jemand in Deutschland müsse für die Erfüllung des Vertrages verantwortlich gemacht werden; das könnten nicht die Länderregierungen sein. Molotow berief sich auch hier wieder auf die Entscheidungen der Potsdamer Konferenz, denen zufolge der Friedensvertrag von einer deutschen Regierung angenommen werden solle, sobald eine solche für diesen Zweck geschaffen sei. Molotow wies weiter darauf hin, man habe es bei der Unterzeichnung der Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands als völlig normal und selbstverständlich angesehen, daß diese Verträge von den Regierungen unterzeichnet wurden und daß ihre Vertreter vorher bei der Friedenskonferenz zu Wort kamen.

„Auch in Japan besteht eine Regierung, die offensichtlich zu gegebener Zeit zu einem Friedensvertrag gehört und zur Unterzeichnung eingeladen werden wird. Deutschland sollte keine Ausnahme sein.“

Bevin stellte demgegenüber fest, daß Großbritannien die von Molotow zitierte Entscheidung der Potsdamer Konferenz hinsichtlich einer Beteiligung Deutschlands am Friedensvertrag anders auffasse, und behielt sich eine Stellungnahme zu dieser Frage vor.

Der amerikanische Vorschlag, daß an der Friedenskonferenz Vertreter aller alliierten Staaten in voller Gleichberechtigung teilnehmen sollten, wurde von Molotow zurückgewiesen. Er wies darauf hin, daß die Annahme der amerikanischen Anregung bedeute, daß die Sowjet-Union, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich bei der Friedenskonferenz auf die gleiche Stufe mit den Philippinen, Paraguay und der Türkei gestellt werden, die den Alliierten



keine Unterstützung im Krieg gegen Hitler-Deutschland gewährt hätten, während die Türkei sogar Hitler im Kriege unterstützt habe, besonders gegen die Sowjet-Union. Die Konferenz beschloß, die Beratungen über diese Fragen am 14. April fortzusetzen. Es wurde weiter festgelegt, am 14.

April mit der Erörterung des amerikanischen Viermächtepaktes zu beginnen.

Am Sonntag, dem 13. April, fanden keine Beratungen des Außenministerrates statt.

## Die Verhandlungen am 14. April 1947

### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Der Sonderausschuß des Außenministerrates, der sich mit der Zusammenfassung der Weisungen an den Alliierten Kontrollrat befaßte, erzielte eine Einigung in folgenden Punkten:

1. Es wurde beschlossen, daß die Liquidierung deutscher Rüstungswerke ersten Ordnung bis zum 30. Juni 1948 durchgeführt sein muß.

2. Es wurde ein Abkommen getroffen, nach dem ein freier Vertrieb von Zeitungen und Nachrichten in allen Zonen Deutschlands unter Umständen sofort beginnen kann

Über die genaue Auslegung dieses Abkommens konnte jedoch keine Klarheit geschaffen werden.

### Rat der Außenminister

Der Rat der Außenminister setzte die am 12. April begonnene Debatte über das Verfahren zur Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland fort.

Die Außenminister beschäftigten sich weiterhin mit der Zusammensetzung der für die Konferenz geplanten ständigen Ausschüsse. Diese Frage wurde zur erneuten Überprüfung an die Sonderbeauftragten zurückverwiesen. Über die geplante Konferenz eines Informations- und Konsultationsausschusses wurde keine Einigung erzielt.

Zur Frage der Abfassung eines deutschen Friedensvertrages gab Außenminister *Marshall* eine Erklärung ab, die folgenden Wortlaut hatte:

„Am 12. April sagte ich, daß ich heute eine Erklärung abgeben werde, in der die amerikanische Einstellung zur Friedenskonferenz klargestellt und einige von meinen Kollegen aufgeworfene Fragen beantwortet werden sollen.

Im allgemeinen war unsere Einstellung die, daß die Konferenz im wesentlichen nach denselben Richtlinien arbeiten sollte wie die Versammlung der Vereinten Nationen. Es erscheint uns nicht angebracht, irgendeinen Staat, der mit Deutschland im Kriege war, von der Teilnahme an der Friedenskonferenz auszuschließen. In dem ursprünglichen Vorschlag der Vereinigten Staaten war zwar vorgesehen, daß allen ehemals kriegführenden Staaten volle und gleiche Rechte als Mitglieder der Konferenz zuerkannt werden sollten. Aber die Delegation der Vereinigten Staaten ist bereit, in eine Bestimmung einzuwilligen, daß für die sogenannten »Zweidrittel-Mehrheit-Empfehlungen« der Konferenz nicht nur zwei Drittel der Stimmen aller anwesenden und abstimmenden Staaten erforderlich sind, sondern auch zwei Drittel der anwesenden und abstimmenden Staaten, die in Teil 1, Paragraph 2 des Berichtes der Stellvertreter aufgeführt werden. Das heißt: es können nur dann »Zweidrittel-Mehrheit-Empfehlungen« beschlossen werden, wenn die Zustimmung von zwei Dritteln derjenigen an-

wesenden und abstimmenden Staaten vorliegt, die Nachbarn Deutschlands sind oder mit ihren Streitkräften am gemeinsamen Kampf gegen Deutschland teilgenommen haben.

Ebenso ist die Delegation der Vereinigten Staaten bereit, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß für die sogenannten »Einfach-Mehrheit-Empfehlungen« nicht nur die Mehrheit aller anwesenden und abstimmenden Staaten erforderlich sein soll, sondern die Mehrheit aller der anwesenden und abstimmenden Staaten, die im Teil 1, Paragraph 2 des Berichtes der Stellvertreter aufgeführt sind.

Die Delegation der Vereinigten Staaten ist ferner bereit, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß die Empfehlungen der Friedenskonferenz vom Rat der Außenminister bei der Ausarbeitung des endgültigen Textes für den deutschen Friedensvertrag in derselben Weise erwogen werden wie die Vorschläge der Pariser Konferenz zu den Friedensverträgen mit den früheren deutschen Vasallenstaaten. Mit anderen Worten: der Rat muß beide Arten von Empfehlungen in Erwägung ziehen. Natürlich haben die »Zweidrittel-Mehrheit-Empfehlungen« ein größeres Gewicht als die »Einfach-Mehrheit-Empfehlungen«, aber der Rat ist nicht gezwungen, sie anzunehmen.

Die Delegation der Vereinigten Staaten hat den Vorschlag gemacht, in die deutsche Verfassung eine Klausel einzubauen, durch welche die deutsche Regierung angewiesen wird, den Friedensvertrag anzunehmen und zu ratifizieren. Es war einer der Hauptangriffspunkte der Nazis gegen die demokratischen Vertreter, die im Namen Deutschlands den Versailler Vertrag unterzeichneten, daß Deutschland hierbei durch die Demokraten verraten worden sei. Wir glauben, daß bei dem von uns vorgeschlagenen konstitutionellen Verfahren die Verantwortung für die Annahme des Vertrages beim deutschen Volks selbst liegen würde. Unter diesen Umständen werden wir keine Einwände gegen eine Unterzeichnung und Ratifizierung des Vertrages durch die deutsche Regierung erheben.“

Der Abschluß der Debatte brachte keine Übereinstimmung in irgendeinem weiteren Punkt, obgleich *Molotow* die bisherige sowjetische Haltung in zwei Punkten berichtigte. Er gab den Standpunkt auf, daß nur die vier Großmächte in den Ausschüssen zur Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages vertreten sein sollten, und stimmte dem Vorschlag zu, daß auch Vertreter anderer alliierter Staaten, die an den behandelten Problemen interessiert sind, zur Teilnahme eingeladen werden könnten.

Die Verfahrensfragen würden voraussichtlich an die Stellvertretenden Außenminister zur weiteren Bearbeitung überwiesen, um dann der nächsten Vollsitzung des Außenministerrates erneut vorgelegt zu werden.

Die Außenminister wandten sich dann der Erörterung des amerikanischen Vorschlages für einen Viermächtevertrag zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands zu.

## Der Viermächtevertrag zur Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands

Außenminister *Marshall* gab am 14. April 1947 folgende Erklärung ab:

„Vor einem Jahre legte Außenminister *Byrnes* auf einer Konferenz der Außenminister in Paris einen Vertragsentwurf vor, der vorsah, daß sich die vier alliierten Hauptmächte verpflichten, gemeinsam dafür zu sorgen, daß Deutschland für 25 Jahre oder länger entwaffnet wird.

Dieser Vorschlag wurde gemacht, weil die Vereinigten Staaten entschlossen sind, sich aktiv dafür einzusetzen, daß Deutschland abgerüstet bleibt.

Der Vorschlag wurde bald nach Beendigung der Kämpfe und noch vor der Regelung der deutschen Frage auf der Tagesordnung des Rates gemacht, weil wir der Furcht so schnell wie möglich

ein Ende bereiten und eine weise Planung der Friedensregelung für Europa bewirken wollten.

Es ist jetzt ein Jahr vergangen, und zum Überlegen war reichlich Zeit. Die Vereinigten Staaten meinen, daß es jetzt an der Zeit sei, daß sich die drei anderen alliierten Mächte entscheiden, ob sie ein Viermächteabkommen zur Sicherstellung der deutschen Entwaffnung wünschen oder nicht.

Was den Text anbetrifft, so haben die Vereinigten Staaten immer eingesehen, daß ein weiteres Studium der Frage und neue Ereignisse einige Veränderungen des ersten provisorischen Entwurfs wünschenswert zu machen pflegen. Ich möchte jetzt vorschlagen, daß in dem Vertrag eine periodische Überprüfung seiner Bedingungen festgelegt wird. Vor allen Dingen sollte das Viermächteabkommen nach der endgültigen Festlegung des deut-



schen Friedensvertrages daraufhin überprüft werden, ob es diesem angepaßt werden muß.

Weiter schlage ich vor, daß alle in dem Viermächteabkommen enthaltenen Verbote in den Friedensvertrag aufgenommen werden sollen, so daß sie für den deutschen Staat bindend sind, deutsches Landesgesetz werden, der einzelne Deutsche verpflichtet ist, ihnen zu gehorchen, und die Gerichte entsprechend verfahren.

Zweifelloos werden noch andere Vorschläge zur Verbesserung des Textes gemacht werden können, vorausgesetzt, daß er einfach und eindeutig gerecht bleibt. Ich möchte jedoch den Rat jetzt nicht veranlassen, sich in eine Diskussion über den Text zu verwickeln. Wir möchten jetzt eine Entscheidung darüber haben, ob die drei Mächte hier ein Viermächteabkommen zur Verhinderung deutscher Wiederaufrüstung wünschen. Wenn ja, dann schlage ich vor, daß wir Bevollmächtigte einsetzen, die sofort mit den Verhandlungen über den endgültigen Text beginnen.“

Außenminister *Bevin* nahm den Vorschlag Marshalls sofort vorbehaltlos an. *Bidault* akzeptierte ihn im Prinzip ebenfalls. Er verknüpfte jedoch die Frage des Viererpaktes mit der Frage des Sonderregimes für die Ruhr und das Rheinland. Außenminister *Molotow* gab ebenfalls seine prinzipielle Zustimmung, aber er erklärte, der amerikanische Vertragsentwurf berücksichtige seiner Ansicht nach die folgenden Hauptpunkte nicht in ausreichendem Maße:

1. Die Entnazifizierung ist nicht als Gegenstück zur Entmilitarisierung erwähnt.
2. Es fehlt jeglicher Hinweis auf eine Viermächtekontrolle des Ruhrgebietes.
3. Es fehlt ein besonderer Artikel über die Auflösung und die Übereignung der Trusts und Kartelle.
4. Die Errichtung einer demokratischen Ordnung in Deutschland, die sich auf die wichtigsten Menschenrechte gründen soll, ist nicht erwähnt.
5. Es fehlt eine Bestimmung für die Bodenreform.
6. Der Artikel über die Beendigung der alliierten Besetzung ist nicht eingehend genug gefaßt.

*Molotow* unterbreitete sodann dem Außenministerrat ein Gegenprojekt unter dem Titel „Vertragsentwurf über die Entmilitarisierung Deutschlands und die Verhütung einer deutschen Aggression“. Der Entwurf hatte folgenden Wortlaut:

„Am 5. Juni 1945 haben die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik ihre Absicht kundgetan, die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands durchzuführen, was im wesentlichen Maße bereits geschehen ist. Nichts wird die Vollendung dieses Werkes abwenden oder aufhalten. Es muß sichergestellt werden, daß Deutschland so lange völlig abgerüstet und entmilitarisiert bleibt, wie es nötig ist, damit Deutschland nie mehr seine Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bedroht, und wie es die Aufgabe, eine deutsche Aggression zu verhüten, erfordert. Die Aufgabe, eine deutsche Aggression zu verhüten, kann nicht restlos erfüllt werden, wenn nicht der deutsche Militarismus und Nazismus vernichtet und das öffentliche Leben und die Staatsordnung Deutschlands auf breiter und demokratischer Grundlage von Grund auf umgestaltet werden; das wird eine Garantie für die Gestaltung Deutschlands zu einem friedliebenden Staat sein und günstige Voraussetzungen dafür schaffen, daß alle Völker Europas und der ganzen Welt sich voll und ganz friedlichen Arbeiten widmen können. Die Lösung dieser Aufgabe und die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den verbündeten Staaten werden dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, einen angemessenen Platz in der Gemeinschaft der Nationen einzunehmen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, kommen die Regierungen der Vereinigten Staaten, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik überein, sich an der Erfüllung der in diesem Vertrag festgesetzten gemeinsamen Aufgabe zu beteiligen.

#### Artikel 1

Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen überein, gemeinsam Maßnahmen zu treffen, um folgendes festzustellen:

- a) alle deutschen Streitkräfte einschließlich der Landstreitkräfte, Luft- und Luftabwehrtruppen und Seestreitkräfte, sämtliche halb-militärischen Kräfte, wie die SS, die SA und Gestapo, sowie auch alle Hilfsorganisationen der obengenannten Formationen werden binnen kürzester Frist vollkommene entwaffnet,

demobilisiert und aufgelöst und hören auf zu bestehen; es wird auch in keiner Form die Wiederherstellung der aufgelösten deutschen Streitkräfte, der obengenannten Organisationen und Hilfsformationen jeglicher Art zugelassen;

- b) der deutsche Generalstab und die Stäbe jeglicher militärischen und halb-militärischen Organisationen werden aufgelöst und abgeschafft sein; es wird in keiner Form ihre Wiederherstellung zugelassen werden;

- c) in Deutschland wird in keiner Form, auch nicht in getarnter, militärischen oder halb-militärischen Organisationen Existenzberechtigung erteilt;

- d) Anfertigung und Produktion militärischer Ausrüstungen in Deutschland sowie deren Einfuhr werden verhütet. Insbesondere werden die Hohen Vertragschließenden Parteien Produktion und Erzeugung oder Einfuhr folgender Dinge verhindern:

1. aller Waffen, Munition, Sprengstoffe, Kriegsausrüstungen, militärischer Vorräte und Lager oder anderer Kriegswerkzeuge jeder Art;
2. sämtlicher Spaltungsstoffe für irgendeinen Zweck außer solchen, die unter den Bedingungen, die von den Hohen Vertragschließenden Parteien gebilligt sein werden, zugelassen sind;
3. sämtlicher Kriegsschiffe aller Klassen, sowohl der Überwasser- als der Unterwasserschiffe als auch der Hilfskriegsschiffe;
4. sämtlicher Flugzeuge jeglicher Art, Flugzeugausrüstungen und -geräte wie auch der Ausrüstung für Luftabwehr;

- e) es wird verhütet werden, daß zu Kriegszwecken geschaffen, benutzt oder betrieben werden: alle militärischen Gebäude, Anlagen und Einrichtungen einschließlich militärischer Flugplätze, Marineflugstationen, Kriegsmarinestationen, Militär- und Kriegsmarinelager, ständiger und provisorischer Land- und Küstenbefestigungen, Festungen und anderer Festungswerke; alle noch vorhandenen Gebäude, Anlagen und Einrichtungen solcher Art werden vernichtet werden;

- f) bei der Entmilitarisierung und Abrüstung, die in diesem Artikel vorgesehen sind, können folgende Ausnahmen zugelassen werden, und zwar unter Bedingungen, die von den Hohen Vertragschließenden Parteien festzusetzen sind:

1. die Aufstellung und der Einsatz solcher Gliederungen der deutschen Zivilpolizei und deren Ausrüstung mit solchen Arten und Mengen importierter Feuerwaffen, wie es für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig sein könnte;
2. die Einfuhr von Mindestmengen der in d) aufgeführten Gegenstände, wie zum Beispiel von Sprengstoffen oder Sprengstoffingredienzien, die für Bauzwecke, Bergbau, Landwirtschaft oder andere Friedenszwecke erforderlich sein könnten.

#### Artikel 2

Die Hohen Vertragschließenden Parteien stimmen über folgendes überein:

- a) alle nötigen Maßnahmen zur Vernichtung des deutschen Kriegspotentials werden durchgeführt; alle Rüstungsbetriebe, die militärische Spezialausrüstung anderer Betriebe sowie auch die Produktionsanlagen der anderen Industrien, die nicht von den Industrien benötigt werden, welche für die Bedürfnisse der deutschen Friedenswirtschaft zugelassen sein werden, werden als Reparationen eingezogen oder zerstört;

- b) Herstellung, Benutzung oder Betrieb jeglicher Fabriken, Werke, Werkstätten, Forschungsinstitute, Laboratorien, Versuchsstationen, technischer Unterlagen, Patente, Pläne, Zeichnungen und Erfindungen, die für die Erzeugung oder für die Erleichterung der Erzeugung der im Artikel 1d) und e) des vorliegenden Vertrages aufgezählten Gegenstände bestimmt sind oder bestimmt sein könnten, wird verhütet werden.

#### Artikel 3

Um die Benutzung der deutschen Industrie zu Kriegszwecken zu verhüten, kommen die Hohen Vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

- a) über das Ruhrindustrialgebiet als Hauptbasis der deutschen Rüstungsindustrie und Hauptindustrialwerk des deutschen Militarismus wird eine gemeinsame Kontrolle Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Sowjet-Union errichtet, damit die Bodenvorkommen des Ruhrgebiets für die Entwicklung der Friedensindustrie Deutschlands wie auch für die Befriedigung der Bedürfnisse der durch die deutsche Aggression geschädigten Völker Europas benutzt werden;



b) die Liquidierung der deutschen Konzerne, Kartelle, Syndikate, Trusts und der diese kontrollierenden Monopolvereinigungen, welche die Inspiratoren und Organisatoren der deutschen Aggression waren, wird binnen kürzester Frist abgeschlossen werden, und die Betriebe, die ihnen gehört haben, werden in den Besitz des deutschen Staates übergeführt werden, wobei die Wiederherstellung der monopolistischen Industrie- und Finanzvereinigungen in Deutschland fernerhin nicht zugelassen werden wird.

#### Artikel 4

Um die Wurzeln der deutschen Aggression zu vernichten und Deutschland zu einem friedlichen demokratischen Staat zu machen, kommen die Hohen Vertragschließenden Parteien in folgendem überein:

a) es werden Maßnahmen getroffen werden, um die Überreste des deutschen Nazismus und des deutschen aggressiven Nationalismus in anderen Formen auszurotten und die Möglichkeit zu beseitigen, daß die Nazi-Partei, nazistische Organisationen und Institutionen in irgendeiner Form wiederaufleben könnten, wobei in Deutschland jeglicher nazistischer und militaristischer Einfluß vollkommen beseitigt und fernerhin keine nazistische und militaristische Tätigkeit oder Propaganda zugelassen werden wird;

b) dem deutschen Volk wird allseitige Hilfe bei der Herstellung einer demokratischen Ordnung auf der Grundlage der vom deutschen Volk gebilligten demokratischen Verfassung Deutschlands erwiesen werden; dadurch sollen dem deutschen Volk Rede-, Presse-, Glaubens-, Versammlungsfreiheit, freie Tätigkeit der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und anderer antinazistischer Organisationen für ganz Deutschland bei gebührender Sicherung der Rechte und Interessen der werktätigen Bevölkerung wie auch unter Berücksichtigung der notwendigerweise aufrecht zu erhaltenden Sicherheit gewährleistet sein;

c) in ganz Deutschland wird eine Bodenreform durchgeführt, damit den Bauern der Boden der Großgrundbesitzer und der Junker übergeben wird, die stets Inspiratoren der deutschen Aggression waren und die gefährlichsten deutschen Militaristenkader stellten.

#### Artikel 5

Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen dahin überein, daß die Alliierten Mächte die Aufhebung der Besetzung Deutschlands prüfen werden, wenn die Erreichung der Hauptziele der Besetzung Deutschlands für gesichert erkannt wird, und zwar:

a) Vollendung der Entmilitarisierung Deutschlands einschließlich Liquidierung des Rüstungsindustriepotentials Deutschlands gemäß den Vorschriften der alliierten Mächte,

b) Wiederherstellung und Festigung der demokratischen Ordnung in Deutschland,

c) Einhaltung der festgesetzten Reparationsverpflichtungen wie auch Erfüllung der anderen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten.

#### Artikel 6

Nach erfolgter Aufhebung der Besetzung Deutschlands wird eine auf vierseitiger Grundlage wirkende Kontrollkommission

eingesetzt werden, die durch ihre Amtspersonen oder Kommissionen in jedem beliebigen Teil oder in allen Teilen des deutschen Gebietes Besichtigungen, Überprüfungen und Untersuchungen durchführen wird, die sie für nötig hält, wobei die Hohen Vertragschließenden Parteien, falls Deutschland gegen seine Verpflichtungen gegenüber den verbündeten Staaten verstoßen sollte, Zwangsmittel anwenden dürfen, einschließlich Handlungen von Luft-, See- oder Landstreitkräften, die erforderlich sein könnten, um die sofortige Einstellung oder Verhütung eines derartigen erfolgten oder versuchten Verstoßes zu gewährleisten. Die Kontrollkommission wird die Hohen Vertragschließenden Parteien und den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über die Ergebnisse der durch diesen Artikel gestatteten Besichtigung, Überprüfung und Untersuchung laufend unterrichten, wobei die Hohen Vertragschließenden Parteien den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unverzüglich von den getroffenen oder zu treffenden Maßnahmen in Kenntnis setzen werden.

Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen dahin überein, daß sie sich gleichzeitig mit der Beschlußfassung über die Aufhebung der Besetzung in Deutschland beraten werden, um im Wege von Verhandlungen besondere vierseitige Abkommen auszuarbeiten, in denen, ohne die ihnen durch die Statuten der Organisation der Vereinten Nationen auferlegten Verpflichtungen zu beeinträchtigen, möglichst vollständig die Einzelheiten der Besichtigungen, Überprüfungen, Untersuchungen, die die Kontrollkommission vornehmen wird, dargelegt werden. Die Menge und die Arten der Streitkräfte, die jede Partei für die Zwecke dieses Vertrages bereitzustellen hat, der Bereitschaftsgrad und ihre allgemeine Verwendung wie auch der Charakter der Mittel und der Hilfe, die jede Partei zur Verfügung stellt, sollen gleichfalls dargelegt werden. Diese vierseitigen Sonderabkommen sind von den Hohen Vertragschließenden Parteien gemäß ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren.

#### Artikel 7

Den vorliegenden Vertrag haben die Hohen Vertragschließenden Parteien gemäß ihren verfassungsmäßigen Verfahren zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden der ... Regierung zur Sicherung in Verwahrung gegeben, die alle Hohen Vertragschließenden Parteien über jeden Fall der Hinterlegung in Kenntnis zu setzen hat.

Der Vertrag tritt in Kraft, nachdem alle Hohen Vertragschließenden Parteien die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben. Der Vertrag gilt für die Dauer von vierzig Jahren, vom Tage seines Inkrafttretens an gerechnet. Sechs Monate vor Ablauf der Geltungsfrist dieses Vertrages werden sich die Hohen Vertragschließenden Parteien untereinander beraten, um festzustellen, ob nicht die Interessen des internationalen Friedens und der Sicherheit seine Verlängerung mit oder ohne Abänderungen erforderlich machen oder ob das deutsche Volk bei der Umgestaltung seines Lebens auf demokratischer und friedlicher Grundlage solche Erfolge erzielt hat, daß eine weitere Aufrechterhaltung von Kontrollmaßnahmen nicht mehr erforderlich ist."

### Die Verhandlungen am 15. April 1947

#### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Der Sachverständigenausschuß befaßte sich mit der Frage der Festlegung der Menschenrechte. Es konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Wegen der besonderen Bedeutung dieser Frage wurde sie gesondert an die Außenminister zurückverwiesen.

#### Rat der Außenminister

Im Rat der Außenminister wandte sich Außenminister Marshall gegen die von Molotow gemachten Erweiterungsvorschläge zu dem amerikanischen Entwurf eines Viermächtevertrages. Marshall erklärte:

„Wir besprachen gestern den Vorschlag der Vereinigten Staaten zu einem Viermächteabkommen, das eine dauernde Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands garantieren soll. Wir hatten einen solchen Vertrag als ersten und grundlegenden Schritt vorgeschlagen. Als ein erster Schritt würde er dazu dienen, die Furcht zu vertreiben, die niemals ein guter Ratgeber sein kann. Als ein grundlegenden Schritt war der vorgeschlagene Vertrag einfach und auf ein konkretes Ziel beschränkt, nämlich eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern.

Die Regelung der deutschen Frage wirft viele fragliche Punkte auf, und dieser Viermächtepakt soll sich nicht mit allen diesen Punkten befassen. Wir haben ihn nicht so dargestellt, als ob es es sollte. Falls darüber irgendwelche Täuschungen bestehen sollten, so sind wir nicht ihre Urheber. Aber es sollte ein erster und grundlegender Schritt in einer Sache gemacht werden, die man klar herausstellen kann und die höchst gefürchtet ist, nämlich die militärische Wiederaufrüstung Deutschlands.

Es wurde hier der Vorschlag eingebracht, den Viermächtevertrag so abzuändern, daß er noch eine große Menge anderer Punkte umfasse, wie zum Beispiel die dauernde Verwaltung des Ruhrgebiets, die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands, die Durchführung der Landreform, die Einbringung der Reparationen, die Abschaffung der Kartelle und so weiter.

Alle diese Angelegenheiten müssen vom Kontrollrat oder in der endgültigen Friedensregelung behandelt werden. Sie im Rahmen des von uns vorgeschlagenen Viermächtevertrages zu behandeln, würde den Umfang und Zweck dieses Vertrages vollkommen umwandeln. In dem Vertrag, wie wir ihn vorschlagen, ist für solche Abänderungen kein Raum.

Solche Bestimmungen passen ebenso wenig in den vorgeschlagenen Vertrag hinein wie in die von der Sowjet-Union behandelten



zweiseitigen Verträge gegen deutsche Aggression, die alle ganz einfach sind und keine derartigen Bestimmungen enthalten, wie sie die Sowjet-Union jetzt für den Viermächtevertrag vorschlägt. Unserer Meinung nach würden diese Vorschläge bedeuten, daß wir vier uns Vollmachten für den Friedensvertrag anmaßen, die den alliierten Nationen im ganzen zustehen.

Ich stellte gestern die Frage, ob die hier anwesenden anderen drei Mächte grundsätzlich — ich wiederhole: grundsätzlich — bereit sind, einen Vertrag dieser Art, wie ihn die Vereinigten Staaten vorgeschlagen haben, zu verhandeln, durch den sich die vier Mächte verpflichten, für die dauernde Abrüstung Deutschlands einzustehen. Diese Frage ist, soweit ich unterrichtet bin, von Frankreich und dem Vereinigten Königreich bejahend beantwortet worden. Ich möchte nun wissen, ob die Sowjetdelegation gewillt ist, die Angelegenheit an bevollmächtigte Vertreter zur Verhandlung auf der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Grundlage zu übergeben.“

Nach dem amerikanischen Außenminister sprach *Bidault* zu den Gegenvorschlägen Molotows. Er erklärte:

„Ich bin davon überzeugt, daß bestimmte Vorschläge ausgearbeitet werden können, wenn wir uns darüber einigen könnten, die betreffenden Fragen einem Sonderausschuß zur Prüfung zu überweisen.“

*Bidault* bedauerte, daß die Gesichtspunkte seiner Ministerkollegen zur Zeit außerordentlich stark vom französischen Standpunkt hinsichtlich der Ruhrfrage abweichen, und kennzeichnete die Unterschiede wie folgt:

„Bevin nimmt einen Standpunkt ein, der mir fast völlig negativ erscheint; Marshall scheint eine gewisse Form der Kontrolle von vorwiegend wirtschaftlichem Charakter zu unterstützen: Molotow setzt sich für eine Verwaltung ein, die in den wichtigsten Punkten allerdings auch von den französischen Vorschlägen abweicht. Frankreich wünscht eine Kontrolle des Ruhrgebietes und keine internationale Geschäftsführung.“

Bezüglich verschiedener Ergänzungsvorschläge der Sowjetdelegation sagte *Bidault*, daß sie einen allzu großen Kreis ungelöster Fragen erfassen. *Bidault* zog hieraus die Schlußfolgerung, daß die von Molotow vorgeschlagenen Artikel nicht in den vierseitigen Vertrag aufgenommen werden sollten und daß man die Artikel über Entnazifizierung und Demokratisierung in den deutschen Friedensvertrag selbst einsetzen müsse.

Anschließend wiederholte *Molotow* seine Beweisführung vom Vortage und betonte, der amerikanische Entwurf müsse wesentlich erweitert werden, weil er nicht ausreichend den Frieden der europäischen Völker gewährleiste.

Molotow brachte folgende Vorschläge ein:

1. Es ist notwendig, einen vierseitigen Vertrag über die Entmilitarisierung Deutschlands und zur Verhütung einer deutschen Aggression abzuschließen.
2. Der Sonderausschuß muß beauftragt werden, den von der amerikanischen Delegation vorgelegten Entwurf sowie Verbesserungen und Ergänzungen der Sowjetdelegation und die Vorschläge der französischen Abordnung als auch andere mögliche Vorschläge zu überprüfen und seine Vorschläge dem Außenministerrat in seiner nächsten Sitzung vorzulegen.
3. Bei der Erörterung der genannten Entwürfe ist von der Notwendigkeit auszugehen, die Erfüllung der durch die Potsdamer und die Krim-Beschlüsse Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu gewährleisten, in denen diese als obligatorische Bedingungen für die Entmilitarisierung Deutschlands und die Verhütung der deutschen Aggression betrachtet werden.

Hierauf wandte sich *Bevin* erneut gegen eine Viermächtekontrolle über das Ruhrgebiet. Er machte den Vorschlag, den amerikanischen Vertragsentwurf einem Sonderausschuß zu übergeben. *Bevin* betonte, daß für das Zustandekommen eines Viermächtevertrages die amerikanischen Vorschläge zugrunde gelegt werden müßten. Die von der Sowjetdelegation eingebrachten Abänderungen wurden von *Bevin* verworfen.

Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff *Molotow* abermals das Wort, um nochmals die Vorzüge, die die sowjetischen Ergänzungen für den amerikanischen Vertragsentwurf haben würden, zu erläutern.

Daraufhin erklärte Außenminister *Marshall*, daß die Zusatzanträge der Sowjetdelegation nur dazu dienen könnten, die Einmütigkeit der Alliierten zu schwächen, und sagte:

„Ich glaube, wir sollten uns in der Frage der Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands einigen, wenn wir uns schon nicht über die lange Liste der anderen umstrittenen Angelegenheiten einigen können.“

*Marshall* stellte fest, daß *Molotow* in Bezug auf Deutschland Vorschläge in die Konferenz hereintrage, die zum Zwiespalt unter den Alliierten führen müßten. Da einige Vorschläge völlig unannehmbar seien, sei damit der Viermächtevertrag letzten Endes gegenstandslos.

Als Beispiel wies *Marshall* auf die Meinungsunterschiede über das Ausmaß der deutschen Zentralisierung hin. Wenn die Sowjetdelegation die Zusammenfassung der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen einer deutschen Zentralregierung verlange, so bedeute gerade dies eine ständige Bedrohung des Weltfriedens.

Weiter verwahrte sich *Marshall* gegen die Anschuldigungen Molotows, daß der amerikanische Entwurf des Viermächteabkommens die Grundsätze von Potsdam und Jalta verleugne. Amerika habe so lange das Potsdamer Abkommen in vollem Umfange anerkannt, bis es durch Nichteinhaltung seitens der Sowjet-Union gezwungen worden sei, seinerseits zu handeln, damit die Reparationen nicht zu Lasten des amerikanischen Steuerzahlers gehen.

*Marshall* wies ferner darauf hin, daß die Sowjetdelegation unzweideutig zu erkennen gegeben habe, den Potsdamer Beschluß über die deutsche Wirtschaftseinheit nicht ausführen zu wollen, bis die Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion geregelt worden sei.

Die Wirtschaftseinheit sei in den Potsdamer Beschlüssen jedoch in keiner Weise von Reparationen aus der laufenden Produktion abhängig gemacht worden. Aus diesem Grunde müsse er den sowjetischen Standpunkt als die Wurzel aller Schwierigkeiten und die Ursache der meisten Meinungsverschiedenheiten betrachten, denen man sich am Moskauer Konferenztisch gegenübergesehen habe.

*Marshall* lehnte den Vorschlag Molotows, einen Sonderausschuß zur Erörterung sowohl des sowjetischen als auch des amerikanischen Vorschlages einzusetzen, ab. Er sagte, die Differenzen seien zu groß, als daß solch ein Ausschuß zu irgendeinem Ergebnis führen könne.

*Bevin* erklärte:

„Fünf Wochen sitzen wir schon hier und beschäftigen uns letzten Endes nur mit den sowjetischen Vorschlägen. Wir werden vor unseren Völkern schlecht dastehen, wenn wir weiter nichts erreichen werden.“

Der amerikanische Außenminister *Marshall* erklärte sodann:

„Wir sind uns darüber einig, daß Deutschland entwaffnet und ihm für immer jede Möglichkeit genommen werden muß, einen neuen Krieg zu führen. Wenn der amerikanische Entwurf als Verhandlungsgrundlage angenommen wird, ist Aussicht dafür vorhanden, daß bald ein Übereinkommen erzielt werden kann, das auf Deutschland und die übrige Welt eine günstige Wirkung haben muß. Wenn aber die Einmütigkeit durch das Aufwerfen umstrittener Fragen gefährdet wird, ist nur wenig oder gar keine Aussicht vorhanden, daß wir überhaupt zu einem Übereinkommen gelangen.“

*Marshall* schloß als Vorsitzender der Besprechung die Aussprache über den Viermächtevertrag mit der Feststellung:

„Da wir uns über die Grundlage des Vertragsentwurfes nicht einigen können, schlage ich vor, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen.“



## Das Kohlenproblem

Im weiteren Verlauf der Sitzung des 15. April beschäftigten sich die Außenminister mit dem Kohlenproblem. Den Außenministern wurde der Bericht des Viermächtekohlenausschusses vorgelegt, der bereits seit dem Sommer 1946 auf der Tagesordnung der Außenminister stand, jedoch bisher nicht erörtert worden war.

Der Bericht des Ausschusses gliederte sich in drei Abschnitte:

1. Feststellungen und Vorschläge, über die sich alle vier Großmächte einig sind;
2. Vorschläge, über die keine allgemeine Einigung erzielt wurde, darunter Vorschläge einer Untersuchung der Kohlenproduktion in jeder Zone und Kommentare über jede Zone durch die anderen drei Alliierten;
3. Bericht über die bisherigen Kohlenzuteilungen.

In dem Bericht befürwortet Frankreich eine direkte alliierte Kontrolle der Ruhrkohlenbergwerke. Die Sowjet-Union verlangt eine Viermächtekontrolle der Produktion der britischen Zone und die Festsetzung individueller Produktionsätze für jede Grube durch den Alliierten Brennstoffausschuß in Berlin.

Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich vertreten die Ansicht, daß die Kohle aus allen vier Zonen einer Auffangstelle zugeleitet und dann in ganz Deutschland verteilt werden soll. Jede Zone soll ihre Bedürfnisse auf gleicher Grundlage anmelden. Die Sowjet-Union vertritt jedoch den Standpunkt, daß der Bedarf der sowjetischen Zone nur von dem Oberbefehlshaber der Zone festgelegt werden kann und einer Überprüfung durch eine Viermächtekörperschaft nicht bedarf.

Bei der Erörterung des Berichtes wies Bidault darauf hin, daß der Bericht in manchen Teilen bereits überholt sei.

Die Saar mit allen ihren Reserven müsse sofort in den französischen Wirtschaftsraum einbezogen werden, denn sonst werde es der französischen Wirtschaft unmöglich, von 1947 an die nötige Versorgung mit Kohle sicherzustellen. Außerdem müsse die Saarkohle aus der internationalen Kohlenzuteilung ausgenommen und Frankreich über sie frei verfügen können; andererseits müsse Frankreich dank der Ruhrkohle auf die für seine Industrie notwendigen Kohlenmengen rechnen können. Eine bloße Erhöhung des prozentualen Ausfuhranteils an der Ruhrkohlenenerzeugung, woraus Frankreich gemeinsam mit anderen Einfuhrländern Gewinn ziehen könne, sei nicht genügend, um der französischen Wirtschaft die notwendigen Mengen zu sichern.

„Wie es der französische Plan über die Internationalisierung der Ruhr vorsieht, glaubt die französische Abordnung, daß die Kohlenzuteilung nach den Vorschriften eines Verfahrens und durch einen Organismus von internationalem Charakter erfolgen muß, der im Vertrag festzulegen ist. Schließlich muß die Kontrolle über den Kohlenverbrauch verschärft werden, und gleichzeitig bedürfen die jetzigen Verteilungsmethoden einer Änderung durch Festlegung von Zuteilungsvorrechten nach dem Grad der Dringlichkeit.“

Bidault betonte, daß zu allen diesen Punkten Beschlüsse unentbehrlich seien, Beschlüsse, von denen der Wiederaufbau, ja die Existenz einer großen Anzahl europäischer Länder abhängen.

Der amerikanische Außenminister gab zu dem Kohlenproblem folgende grundsätzliche Erklärung ab:

„Der Bericht des Alliierten Kontrollrates über die Produktion und Verteilung von Kohle zeigt deutlich die dringende Notwendigkeit der wirtschaftlichen Vereinigung. Kohle ist Deutschlands bedeutendste natürliche Hilfsquelle. Es hat einen großen Einfluß auf das allgemeine Niveau der industriellen Produktion in Deutschland und vielen anderen Ländern, wieviel Kohle in Deutschland gefördert und wie diese verteilt wird. Solange Deutschland aufgeteilt ist, bleiben die Befehlshaber der verschiedenen Zonen weiterhin für die Förderung und Verteilung der Kohle sowie aller anderen Güter verantwortlich. Nur wenn Deutschland als Wirtschaftseinheit behandelt wird, können unsere gemeinsamen Bemühungen um das Kohlenproblem in Deutschland wirklichen Erfolg haben.“

**Kohlenproduktion:** Der Bericht weist auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte in den Bergwerken, einer Anpassung der Löhne, der Herstellung von Bergwerksausrüstungen und auf andere Dinge hin, die dem Bergmann zum Anreiz dienen könnten. Von einer täglichen Förderung von 180 000 Tonnen im September ist die Produktion im Ruhrgebiet kürzlich an einem Tag bis zu 238 000 Tonnen angestiegen. Trotz der fortgesetzten Schwierigkeiten glaubt man, daß eine solide Vorarbeit für die allmähliche Gesundung des Kohlenbergbaus im Ruhrgebiet geleistet worden ist.

**Verteilung der Kohle:** Während der Kontrollrat nominell schon seit über einem Jahr die Verteilung der Kohle durchführt, hat niemals eine wirkliche Verteilung der Produktion aus allen vier Zonen stattgefunden. Es hat sich als unmöglich erwiesen, die Zustimmung der Sowjet-Union zur Einbeziehung der in der Sowjetzone geförderten Kohle in das Verteilungssystem zu erhalten, das sich auf den gemeinsamen Bedarf gründet. Die Sowjetzone hat zum Beispiel 700 000 Tonnen Kohle monatlich aus der Verteilung ausgelassen, die zu synthetischem Brennstoff verarbeitet wurden. Weder diese Kohle noch der daraus hergestellte synthetische Brennstoff kamen jemals unter das Verteilungssystem. In Wirklichkeit hat sich die Viermächteverteilung nur auf die Produktion der drei Westzonen bezogen. Die Kohle aus der Sowjetzone wurde im Tausch gegen Hartkohle aus dem Ruhrgebiet geliefert, wurde aber niemals zur allgemeinen Verteilung in Deutschland oder für die Ausfuhr zur Verfügung gestellt.

Da der Befehlshaber der Sowjetzone sich weigerte, diese Verhältnisse zu ändern, und darauf bestand, den Bedarf der Sowjetzone einseitig zu bestimmen, versagte das Viermächtesystem der Kohlenverteilung.

Die Lösung des Kohlenproblems ist abhängig von gemeinsamer Planung und Kontrolle der Produktion und Verteilung aller Mangellüter, einschließlich der Zuteilung eingeführter sowie einheimischer Mittel. Kohle und Stahl können nicht auf alle vier Zonen zugeteilt werden, wenn Nahrungs- und Düngemittel nicht für die Verteilung bereitgestellt, sondern in der Erzeugungszone gehalten werden. Wir sprechen also mit anderen Worten für die Wirtschaftseinheit Deutschlands und die gemeinsame Nutzung aller seiner Hilfsquellen, einschließlich der Kohle. Wir fordern noch einmal alle Delegationen dringend auf, diesen Grundsatz des Potsdamer Abkommens anzunehmen.

Solange hierüber keine Einigkeit besteht, können wir zu dem Kohlenbericht weiter nichts tun, als ihn zur Kenntnis zu nehmen.“

Außenminister *Bevin* nahm in seinen Ausführungen Stellung zu den früher von sowjetischer Seite erhobenen Vorwürfen, daß Großbritannien Kohlen als Reparationslieferungen erhalten habe. Der britische Außenminister erklärte, der gesamte Erlös der Kohlenausfuhr aus der britischen Zone Deutschlands sei wieder in der deutschen Wirtschaft investiert worden. Er schlug vor, die Förderung und Verteilung der Kohle auf eine gesamtdeutsche Grundlage zu stellen. Großbritannien sei bereit, die Ruhrkohlenförderung dem Alliierten Kontrollrat zu unterstellen und damit für die britische Zone noch vor Verwirklichung der deutschen Wirtschaftseinheit einen Ausnahmefall zu schaffen.

Zu dem Vorschlag Bidaults über die Saarkohle sagte *Bevin*, die Verteilung dieser Kohle sei Sache einer europäischen Kohlenorganisation. Einstweilen jedoch müsse die Frage offen bleiben.

Außenminister *Molotow* behielt sich seine Stellungnahme zum Kohlenbericht bis zum nächsten Tag vor.

### Unterredung Stalin — Marshall

Am Abend des 15. April stattete der amerikanische Außenminister Marshall Generalissimus Stalin einen Besuch im Kreml ab.

Über den Besuch wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben:

„Am 15. April empfing der Vorsitzende der Sowjet-Union, Stalin, den amerikanischen Staatssekretär Marshall.“

Bei dem Empfang waren der Außenminister der Sowjet-Union, Molotow, der sowjetische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Nowikow, der amerikanische Botschafter in der Sowjet-Union, Smith, und der besondere Mitarbeiter des amerikanischen Staatssekretärs, Bohlen, anwesend.“



## Die Verhandlungen am 16. April 1947

### Rat der Außenminister

Der Rat der Außenminister beendete unter dem Vorsitz Bidaults die Beratung über den Bericht der Kohlen-sachverständigen, der bereits am Vortage verhandelt worden war.

Außenminister Molotow erklärte, die Frage der deutschen Kohle sei ein wichtiges Problem sowohl für Deutschland selbst als auch für die alliierten Mächte. Die Arbeit der Kohlenfachverständigen, die von Zonenbefehlshabern in Deutschland ernannt worden seien, habe nützliche Resultate gezeitigt und dazu beigetragen, daß Maßnahmen getroffen worden seien, die zu einer gewissen Steigerung der Kohlenförderung geführt hätten.

Molotow stellte die Frage, ob ernste Maßnahmen in Bezug auf Kohle in Deutschland verwirklicht werden sollen, solange kein Übereinkommen über die wirtschaftliche Einheit Deutschlands als Ganzes erzielt werde. Seiner Ansicht nach sei es für die Lösung des Kohlenproblems nicht notwendig, vorher die deutsche Wirtschaftseinheit herzustellen. Die deutsche Kohlenproduktion aus dem Jahre 1938 in Höhe von 216 Millionen Tonnen sei auf 114 Millionen Tonnen zurückgegangen, das heiße auf 53 Prozent der Vorkriegsproduktion.

Eine Koordinierung der Fragen der Kohlenindustrie Deutschlands zwischen den Alliierten werde, so sagte Molotow, dazu beitragen, auch das Problem der wirtschaftlichen Einheit vorwärtszutreiben.

Man solle sich die Aufgabe stellen, die Kohlenförderung in Deutschland in den nächsten zwei bis drei Jahren auf das Vorkriegsniveau zu heben. Was die Kohlenindustrie des Ruhrgebietes betreffe, so solle eine besondere Viermächtekontrolle unmittelbar im Ruhrgebiet unter der allgemeinen Leitung des Kontrollrats festgelegt werden.

„Es ist ferner bekannt, daß Deutschland vor dem Krieg etwa 10 bis 15 Prozent seiner Kohlenförderung ausfuhrte. Jetzt muß

die Frage des Kohlenexports anders gestellt werden. Man muß festlegen, daß 20 bis 25 Prozent der gesamten in Deutschland geförderten Kohle für die Ausfuhr und die Reparationen an die verbündeten Länder bestimmt werden.“

Molotow schlug vor, daß die eine Hälfte dieser 20 bis 25 Prozent für die Ausfuhr und die andere Hälfte zur Deckung von Reparationszahlungen verwendet werde. Somit würde also jede Steigerung der Kohlenförderung eine Steigerung des inneren Kohlenverbrauchs in Deutschland und in gleicher Weise eine Steigerung der Ausfuhr und der Kohlenreparationslieferungen bedeuten. Molotow schlug ferner vor, daß die Vertreter der vier Mächte in Deutschland sowohl den Plan und die Maßnahmen zur Steigerung der Kohlenförderung im ganzen Lande als auch die Verteilung der Kohle an die einzelnen Verbraucher einschließlich der Ausfuhr und der Reparationen gemeinsam festlegen sollen.

Zugleich forderte Molotow, daß außer den demokratischen Parteien auch die Gewerkschaften, antinationalsozialistische Organisationen und technische Vereinigungen an der Verwaltung des Ruhrgebietes beteiligt würden.

Bevin und Marshall lehnten die von der Sowjetdelegation eingebrachten Vorschläge ab und erhoben insbesondere Einwände gegen die Kohlenlieferungen a conto der Reparationen.

Der französische Außenminister Bidault erklärte, daß er seinen am 15. April gemachten Ausführungen nichts hinzufügen habe.

Es wurden keine Entscheidungen getroffen. Das Kohlenproblem blieb ungelöst.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des 16. April wandten sich die Außenminister dem letzten Punkt der Tagesordnung der Moskauer Konferenz zu: dem Vertrag mit Österreich.

Die Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages mit Österreich dauerten bis einschließlich 22. April 1947. Die erwartete Einigung über den Vertrag kam aber nicht zustande.

## Der abschließende Bericht der Sonderbeauftragten

### Die Verhandlungen am 23. April 1947

#### Rat der Sonderbeauftragten — Konferenzausschüsse

Die Sonderbeauftragten traten auf Anweisung des Außenministerrates zusammen, um eine Liste der Deutschland betreffenden Fragen, über die eine Einigung erzielt beziehungsweise nicht erzielt worden war, abzufassen.

#### Rat der Außenminister

Die Außenminister wandten sich in ihrer Sitzung zunächst dem am Vormittag fertiggestellten Bericht der Sonderbeauftragten zu.

Zu den Fragen der Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Umsiedlung der Bevölkerung und territorialen Umgestaltung empfahl der Bericht die vereinbarten Paragraphen der zur Behandlung gelangten Dokumente dem Kontrollrat in Deutschland als Richtlinie und zur Ausführung zuzuleiten. Die Minister bestätigten diese Empfehlung.

Im zweiten Teil des Berichtes der Sonderbeauftragten, der die wirtschaftlichen Grundsätze, den Stand der deutschen Nachkriegswirtschaft und den Reparationsplan behandelt, sind die Standpunkte der Delegationen in allen Fragen festgehalten. Der Standpunkt jeder Delegation zu den einzelnen in diesem Teil des Berichts berührten Fragen hängt von einem Gesamtübereinkommen über die miteinander verknüpften Fragen des Standes der Industrie, der Reparationen und der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands ab. Die Stellvertreter empfahlen, alle gelösten und nicht gelösten Fragen, die in diesem Teil des Berichts behandelt werden, dem Kontrollrat zu übergeben.

Der den Diskussionen des Außenministerrates beiwohnende sowjetische Sonderbeauftragte Wyschinskij beantragte, die nicht gelösten Fragen den Stellvertretern der Minister zur erneuten Untersuchung zu überlassen. Über diesen Antrag kam es zu keiner Einigung.

Im dritten Teil ihres Berichtes unterbreiteten die Sonderbeauftragten dem Rat der Außenminister Empfehlungen zur Frage der Form und des Umfangs der provisorischen Gestaltung Deutschlands. Alle Delegationen erklärten sich damit einverstanden, daß jede beliebige Entscheidung über die politische Gestaltung Deutschlands von der vorhergehenden Errichtung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands abhängig zu machen ist.

Im vierten Teil des Berichtes der Sonderbeauftragten, der die Liquidierung des preußischen Staates zum Gegenstand hat, heißt es, daß der Rat der Außenminister in seiner Sitzung am 10. März das vom Kontrollrat in Deutschland angenommene Gesetz über Liquidierung des preußischen Staates bestätigt habe. Die Stellvertreter empfahlen den Ministern, diese Entscheidung dem Kontrollrat zur Kenntnis zu bringen.

Der Außenministerrat nahm diese Empfehlung an.

Der fünfte Teil des Berichtes galt dem Verfahren der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages. Nach einem Meinungsaustausch wurde dieses Dokument zur weiteren Untersuchung an die Stellvertretenden Außenminister zurückverwiesen.



Im Anschluß hieran beschäftigten sich die Außenminister erneut mit dem Problem Österreich.

Als sich die Außenminister dann wieder deutschen Problemen zuwandten, kam Außenminister *Marshall* nochmals auf den amerikanischen Vorschlag eines Viermächtevertrags zur Sicherung der deutschen Abrüstung und Entwaffnung zu sprechen. Er wünsche nicht, daß der Vorschlag von den Stellvertretern studiert werde, aber er erklärte, daß die Vereinigten Staaten die Ablehnung des Vertrages durch die Sowjetregierung als sehr ernst betrachteten. Die Vereinigten Staaten könnten die Gründe für die Ablehnung nicht verstehen. Der Vorschlag der Vereinigten Staaten bleibe jedoch aufrecht erhalten.

Außenminister *Molotow* erwiderte, daß man den Charakter der sowjetischen Vorschläge falsch ausgelegt habe. Wenn völlig legale Zusatzanträge nicht erörtert werden sollten und der Vertrag genau so angenommen werden müsse, wie er von den Vereinigten Staaten vorgeschlagen sei, dann solle *Marshall* dies sagen. Der Vorschlag der Vereinigten Staaten habe die Bedeutung der Potsdamer Beschlüsse über Deutschland eingeschränkt und verzerrt. Der amerikanische Vorschlag sehe einen Vertrag vor, der fehlschlagen müsse, da er auf einer zu engen Grundlage beruhe. Es sei die amerikanische Weigerung, die sowjetischen Zusatzanträge zu erörtern, die zur Ablehnung des Vertrages geführt habe.

*Marshall* erwiderte hierauf kurz, daß der Verlauf der Konferenz den tatsächlichen Stand der Dinge klar erkennen lasse.

## Die Empfehlungen der Außenminister an den Kontrollrat

Die Empfehlungen, die die Außenminister als Ergebnis ihrer Beratungen an den Alliierten Kontrollrat richteten, wurden durch den Protokollausschuß wie folgt zusammengefaßt und weitergeleitet:

### I. Entmilitarisierung

Der Alliierte Kontrollrat soll:

1. das Werk der Zerstörung des deutschen Kriegsmaterials und aller militärischen Einrichtungen und Anlagen, die zur Kriegführung zu Lande, zur See und in der Luft bestimmt sind, beschleunigen. Maßgebend hierfür ist das Programm des Alliierten Kontrollrats auf Grund der Direktiven Nr. 22 und 28 mit den hierzu ergangenen Änderungen, wobei als Endtermin für diese Arbeiten, wenn möglich, der 31. Dezember 1948 vorgesehen ist;

2. den Plan zur Liquidierung der besonders für die Zwecke der Herstellung von Kriegsmaterial gebauten Werke (Kategorie I) vor dem 1. Juli 1947 fertigstellen;

3. die Liquidierung der in Kategorie I fallenden Betriebe vor dem 30. Juni 1948 abschließen. Die britische Delegation erklärt ihr Einverständnis mit dem vorstehend festgesetzten Datum, behält sich jedoch das Recht vor, beim Auftreten von Schwierigkeiten hinsichtlich der Erfüllung dieser Aufgabe bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt an den Kontrollrat Bericht zu erstatten und notfalls um Fristverlängerung nachzusuchen;

4. mit Hilfe von Vierer-Ausschüssen die Maßnahmen zur Liquidierung des Kriegspotentials gemäß vorstehenden Ziffern nachprüfen.

### II. Entnazifizierung

Der Kontrollrat erhält Anweisung:

1. alle zur Beschleunigung der Entnazifizierung in ganz Deutschland geeigneten Maßnahmen gemäß den Direktiven Nr. 24 und 38 des Kontrollrates zu treffen;

2. die Entfernung früherer aktiver Nazis und Militaristen aus öffentlichen und halböffentlichen Stellen sowie verantwortlichen Stellen in bedeutenden Privatbetrieben so schnell wie möglich abzuschließen und die Möglichkeit der Festsetzung eines Endtermins zu prüfen;

3. alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß als Richter oder öffentliche Anklagevertreter nur solche Personen herangezogen werden, die auf Grund ihrer politischen und geistigen Qualitäten für fähig befunden wurden, an der Entwicklung echt demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuhelfen;

Außenminister *Bevin* richtete einen Appell an seine Kollegen, doch in der Frage des Viermächtepaktes zu einem Übereinkommen zu gelangen. Er erklärte:

„Wenn jemand eine Brücke zwischen Ost und West zu bauen versucht, so hoffe ich, daß dies nicht vereitelt wird.“

Nach der ergebnislosen Erörterung des Viermächtevertrages konnten sich die Außenminister über einen Bericht ihrer Sonderbeauftragten über den Zeitpunkt der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener, die noch im Ausland festgehalten werden, einigen.

Bis zum 31. Dezember 1948 sollen alle ehemaligen Angehörigen der deutschen Wehrmacht und der angeschlossenen Organisationen entlassen werden. In diese Gruppe wurde eine Anzahl Deutscher eingeschlossen, die in der Gefangenschaft den Charakter von Zivilisten erhielten. Der Kontrollrat in Berlin soll bis zum 1. Juli 1947 einen Plan für die Rückführung aufstellen.

Weiter wurde beschlossen, daß auch andere Mächte, in deren Händen sich deutsche Kriegsgefangene befinden, ersucht werden sollen, die im Kontrollrat in Berlin vertretenen Mächte bis zum 1. Juni 1947 von ihren Plänen für die Rückführung zu unterrichten, damit die verschiedenen vorgesehenen Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können.

4. sein Augenmerk auf eine beschleunigte Aburteilung von Kriegsverbrechern. Mitgliedern der Verbrecherorganisationen der Nazis sowie Aktivisten zu richten, ohne die unterschiedslose Aburteilung der nominellen Mitglieder vorzuschreiben;

5. in naher Zukunft durch die Militärbefehlshaber der Zonen zu veranlassen, daß den zuständigen deutschen Behörden mittels eines Gesetzgebungsaktes der deutschen gesetzgebenden Körperschaften die Verantwortung für die Durchführung der Kontrollratsdirektiven Nr. 24 und 38 übertragen wird, und durch die Militärbefehlshaber der Zonen sicherzustellen, daß durch diesen Gesetzgebungsakt eine einheitliche Behandlung aller früheren Nazis und Militaristen je nach dem Maße ihrer Verantwortung erzielt wird; die Wahl der Methoden, mit denen diese Aufgabe gelöst werden soll, bleibt dem Ermessen der deutschen Behörden überlassen.

### III. Demokratisierung

Der Kontrollrat soll:

1. die Bodenreform in allen Besatzungszonen Deutschlands im Jahre 1947 sicherstellen;

2. in ganz Deutschland den freien Austausch von Nachrichten und demokratischem Gedankengut durch alle verfügbaren Mittel fördern und Beschränkungen dieses Austausches nur verfügen, soweit sie aus Gründen der militärischen Sicherheit, der Bedürfnisse der Besatzungsmacht, der Notwendigkeit der Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands gegenüber den Alliierten und der Notwendigkeit einer Verhinderung des Wiederauflebens von Nationalsozialismus und Militarismus geboten sind. Dabei darf dieser Austausch keinem verwaltungsmäßigen oder wirtschaftlichen Druck von Seiten der Zentralregierung oder der Länderregierungen unterliegen.

### IV. Zwangsverschleppte und Umsiedlung

1. Der Außenministerrat bestätigt die im Alliierten Kontrollrat für Deutschland getroffenen Übereinkommen gemäß Abschnitt VII, Teil 2. Paragraph 5 seines Berichtes unter dem Titel „Zwangsverschleppte der Vereinten Nationen“ wie folgt:

a) Die bevollmächtigten Vertreter beteiligter Nationen, deren Staatsangehörige sich noch immer in Lagern und Sammelstellen für Zwangsverschleppte befinden, müssen das Recht haben, in Begleitung von Offizieren der Besatzungsmächte diese Lager und Sammelstellen zu betreten, um mit den darin gehaltenen Personen sprechen zu können.

b) Jede Propaganda, die sich gegen die Interessen der Vereinten Nationen oder gegen die Repatriierung richtet, ist in Zwangsverschlepptenlagern verboten.



c) Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren, die in den Ursprungsländern der Zwangsverschleppten herausgegeben und gedruckt werden, dürfen in Zwangsverschlepptenlagern verteilt werden. Die Vorführung von Filmen der Heimatländer der Zwangsverschleppten ist in Zwangsverschleppten-Sammelstellen nach Zustimmung durch die zuständigen alliierten Kontrollratsbehörden zulässig. Den Zwangsverschleppten ist auch der uneingeschränkte Gebrauch der Nachrichtenmittel zu gestatten, durch die sie mit ihren Verwandten und Bekannten in ihren Heimatländern in Verbindung treten können. Die bevollmächtigten Repatriierungs-Verbindungs-Offiziere der Vereinten Nationen dürfen im Verkehr zwischen den Zonen und ihren Heimatländern Briefe von Zwangsverschleppten der Vereinten Nationen befördern.

d) Organisationen zur Durchführung der menschlichen Aufgaben eines Suchdienstes nach Zwangsverschleppten der Vereinten Nationen und Kriegsgefangenen dürfen weiterbestehen, und derartige Organisationen sollen die deutschen Behörden anweisen, alle von ihnen angeforderten notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

e) Die Maßnahmen zur Erfassung und Registrierung von Vermögenswerten und Besitztümern Zwangsverschleppter der Vereinten Nationen sollen fortgesetzt und die deutschen Behörden angewiesen werden, auch weiterhin die rechtmäßige Rückerstattung solcher Vermögenswerte und Besitztümer mit möglichst geringer Verzögerung zu unterstützen.

f) Die Maßnahmen zur Überführung der sterblichen Überreste ehemaliger Zwangsverschleppter der Vereinten Nationen sollen auf Ersuchen der in Betracht kommenden Länder fortgesetzt und die deutschen Behörden angewiesen werden, weiter-

hin für diesen Zweck alle notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen.

g) Die Maßnahmen zur Fürsorge der deutschen Behörden für die Gräber von in Deutschland verstorbenen Staatsangehörigen der Vereinten Nationen sollen fortgesetzt werden.

2. Der Außenministerrat einigt sich bezüglich der Zwangsverschleppten der Vereinten Nationen in Deutschland sowie der Umsiedlung von Bevölkerungsteilen über folgende Grundsätze:

a) Kriegsverbrecher, die in Zwangsverschlepptenlagern gefunden werden, sind auf Ersuchen und nach Führung der zufriedenstellenden Nachweise, daß die betreffenden Personen, deren Auslieferung gewünscht wird, tatsächlich Kriegsverbrecher sind, unter Bewachung den militärischen Befehlsstellen der betreffenden Länder zu übergeben.

b) „Ausschüsse“, „Stellen“ und sonstige Organisationen, von denen festgestellt wird, daß sie sich einer Tätigkeit widmen, die den Interessen irgendeiner alliierten Macht feindlich ist, sind sofort aufzulösen.

c) Die freiwillige Repatriierung von Zwangsverschleppten, die sich zur Zeit in Deutschland befinden, ist zu beschleunigen.

d) Der Kontrollrat soll ferner die ganze Frage der Umsiedlung von Bevölkerungsteilen nach Deutschland unter dem Gesichtspunkt prüfen, daß die Bevölkerungsteile, deren Überführung nach Deutschland in Zukunft etwa beschlossen werden sollte, in Gebiete geleitet werden, die am besten für ihre Aufnahme geeignet sind, wobei die in jeder Zone gegebene Lage besonders berücksichtigt wird. Empfehlungen und Beschlüsse, die vom Außenministerrat bestätigt oder getroffen werden, werden dem Kontrollrat zur entsprechenden Bearbeitung innerhalb seiner Zuständigkeit überantwortet werden.

## Der Abschluß der Moskauer Konferenz

Die Verhandlungen am 24. April 1947

Der Außenministerrat beschloß in seiner letzten Moskauer Sitzung die Einsetzung eines Viermächteausschusses zur weiteren Beratung über den Staatsvertrag für Österreich. Der Ausschuß hat seinen Sitz in Wien.

Sodann gab Außenminister *Molotow* eine Erklärung ab, in der er nochmals betonte, daß die Vereinigten Staaten durch Nichtannahme der sowjetischen Abänderungsvorschläge den Viermächtepakt verhindert hätten. Die amerikanische Haltung lasse erkennen, daß die Vereinigten Staaten versuchten, anderen Ländern ihren Willen aufzuzwingen.

„Ich bin überzeugt, daß die Meinungsverschiedenheiten über den Viermächtevertrag noch ausgeglichen werden können. Die Sowjetregierung wird sich in dieser Richtung bemühen.“

Außenminister *Marshall* nahm hierzu keine Stellung.

Sodann beschäftigte sich der Außenministerrat abermals mit dem amerikanischen Vorschlag, die Zahl der Besatzungstreitkräfte in Deutschland herabzusetzen. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, die den Alliierten Kontrollrat in Berlin anweist, spätestens zum 1. Juli einen Bericht auszuarbeiten und zum 1. September 1947 die zahlenmäßige Stärke der sowjetischen, der britischen, der amerikanischen und der französischen Streitkräfte in Deutschland festzulegen.

Der ursprünglich von *Byrnes* gemachte Vorschlag sah für die sowjetische Zone 200 000 Mann, für die britische und die amerikanische Zone je 140 000 Mann und für die französische Zone 70 000 Mann vor. Außenminister *Molotow*, der eine sofortige Festlegung der Stärke der Besatzungstruppen forderte, schlug vor, daß die Sowjet-Union 200 000 Mann, die Vereinigten Staaten und Großbritannien je 100 000 Mann und Frankreich 50 000 Mann in Deutschland unterhalten sollten. *Bevin* erklärte, er könne einer Herabsetzung der britischen Streitkräfte in Deutschland auf weniger als 145 000 Mann nicht zustimmen. *Bidault* sagte, daß er in dieser Frage keine Entscheidung treffen könne.

Die Minister einigten sich, die Festlegung der Zahlen dem Kontrollrat zu überlassen.

Der Rat der Außenminister beschloß, die nächste Konferenz im November 1947 in London abzuhalten. Ferner wurde erwogen, im Herbst 1947 anlässlich der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York ein Zusammentreffen der Außenminister zu vereinbaren. Eine bestimmte Vereinbarung wurde nicht getroffen.

Die Stellvertreter der Außenminister wurden beauftragt, ihre Arbeit über die deutsche Frage entweder in London oder in Berlin fortzusetzen. Tagesordnung und Tagungsort sollen auf diplomatischem Wege festgelegt werden.

Am Schluß der Sitzung stattete Außenminister *Bevin*, der den Vorsitz führte, der Regierung der Sowjet-Union für ihre Gastfreundschaft seinen Dank ab. *Marshall* und *Bidault* schlossen sich an.

Außenminister *Molotow* sagte in seiner Schlußrede:

„Wir haben bei der Erörterung der Fragen, die auf der Tagesordnung dieser Konferenz des Außenministerrats standen, viel Zeit und keine geringe Mühe aufgebracht. Unsere Arbeit ist nicht abgeschlossen, aber nichtsdestoweniger ist viel geleistet worden. Wir haben eine ziemlich umfangreiche vorbereitende Arbeit erledigt.“

Damit war die Tagung des Außenministerrats in Moskau beendet.

Am Abend des 24. April waren die vier Delegationen Gäste Stalins bei einem Staatsbankett im Kreml.

Auf dem Wege dorthin äußerte Außenminister *Marshall* zusammenfassend über die Konferenz:

„In den nächsten beiden Monaten wird es nicht möglich sein, die Fortschritte, die wir bei der Klärung einzelner Beratungspunkte erzielten, gerecht abzuschätzen. Die Lösung dieser Fragen ist für die Bevölkerung Europas, ja der ganzen Welt von Bedeutung, und daher mag es kommen, daß wir in unserer Ungeduld manchmal mehr erwarten, als wir erwarten dürfen. Bei aller Ungeduld, die ich selbst habe, glaube ich doch, daß uns noch die Möglichkeit eines Übereinkommens in den offenstehenden Fragen verblieben ist.“

Hermann Uolle

Übersetzung der Dokumente: Erika Feldmann



# Das Dreimächteabkommen über deutsche Kohlenlieferungen

Bereits in den ersten Tagen der Moskauer Konferenz fanden außerhalb der eigentlichen Außenministerberatungen Besprechungen zwischen Außenminister *Marshall* und Außenminister *Bevin* einerseits und Außenminister *Bidault* andererseits statt, die sich mit der Ruhrfrage und insbesondere mit der Frage der Ruhrkohlenlieferungen an Frankreich befaßten.

Diese Besprechungen wurden von der Presse damit in Verbindung gebracht, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten durch ein gewisses Entgegenkommen gegenüber Frankreich versuchten, die französischen Bedenken gegen eine wirtschaftliche Vereinigung der französischen Zone mit der britisch-amerikanischen Zone zu zerstreuen.

Am 23. März fanden britisch-französische Sonderbesprechungen statt, die von den Kohlenachverständigen der beiden Mächte geführt wurden.

Am 27. März gab der stellvertretende französische Außenminister *Teilgen* bekannt, daß Außenminister *Marshall* *Bidault* gegenüber erklärt habe, die Vereinigten Staaten seien bereit, zusätzliche Lieferungen amerikanischer Kohle an Frankreich ins Auge zu fassen, falls dies notwendig sei. *Bidault* habe jedoch dieses Angebot abgelehnt und seine Forderung auf erhöhte Lieferungen von Ruhrkohle erneut betont.

Im Verlauf der ersten Aprilsitzung wurde von britischen, französischen und amerikanischen Kohlenachverständigen ein grundsätzliches Abkommen über die künftigen Ruhrkohlenlieferungen an Frankreich ausgearbeitet und den beteiligten Regierungen zur endgültigen Stellungnahme vorgelegt.

Nachdem sich Außenminister *Bevin* ursprünglich gegen die Übernahme der Verpflichtung, eine bestimmte Kohlenmenge aus der britischen Zone nach Frankreich zu liefern, ausgesprochen hatte, erklärte er sich jedoch mit gestaffelten Liefermengen, die sich nach der Gesamtförderung richten, einverstanden.

Am Abend des 21. April wurde der Abschluß des amerikanischen-britisch-französischen Abkommens über die Ausfuhr von Kohle aus Deutschland gleichzeitig in Washington, London und Paris bekanntgegeben.

## Der Text des Abkommens

Der vom britischen Außenamt veröffentlichte Text lautet in der Übersetzung wie folgt:

„Die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs haben heute gemeinsam bekanntgegeben, daß ein Abkommen getroffen wurde, um den Anteil ihrer Besatzungszonen in Deutschland am Kohlenexport für die kohlenimportierenden europäischen Länder für einen sechsmonatigen Zeitraum, der mit dem 1. Juli 1947 beginnt, festzulegen.

1. Die Exportmengen werden in Prozentsätzen der verfügbaren Nettokohlenproduktion festgelegt. Bei einer täglichen Kohlenherzeugung von 280 000 Tonnen reiner Steinkohle in den westlichen Zonen sind für den Export 21 Prozent vorgesehen. Der prozentuale Anteil steigt auf 25 Prozent, wenn die Kohlenherzeugung täglich 370 000 Tonnen erreicht.

2. Die Prozentskala berücksichtigt einerseits den Kohlenbedarf für den Wiederaufbau der befreiten Länder Europas, die schon immer von der Einfuhr deutscher Kohle abhängig waren, und andererseits den Bedarf der deutschen Grundindustrien und die anderen Erfordernisse der deutschen Wirtschaft.

3. Die Festlegung durch Ziffern wird die Planungsarbeit sowohl der von Kohleneinfuhr abhängigen Länder wie auch der für die Wirtschaft in Deutschland verantwortlichen Behörden erleichtern. Das Abkommen unterliegt Ende 1947 einer Überprüfung.

4. Es wurde weiterhin beschlossen, daß, sobald über die wirtschaftliche Eingliederung der Saar nach Frankreich entschieden ist, ein gemeinsamer Schritt bei der Europäischen Kohlenorganisation (*European Coal Organization*) unternommen wird, der klarstellen wird, daß Frankreich in Zukunft der Europäischen Kohlen-

organisation sowohl die Hilfsquellen als auch den Bedarf Frankreichs und des Saargebietes als eines gemeinsamen Ganzen bekanntgeben wird, um dieser neuen Lage Rechnung zu tragen.

5. Das gegenwärtige Abkommen ist das Ergebnis langer Verhandlungen und wurde von den drei Außenministern bestätigt.“

## Briefwechsel Bevin—Bidault

Das britische Außenministerium veröffentlichte außerdem den Wortlaut eines Briefwechsels zwischen dem britischen und dem französischen Außenminister:

„Sehr geehrter Herr Bidault,

in Übereinstimmung mit dem Außenminister der Vereinigten Staaten übersende ich Ihnen hiermit die Vorschläge für eine Gleitskala für die Kohlenaufuhr aus den drei westlichen Zonen, wie sie im Augenblick bestehen. Diese Vorschläge sind als ein Ergebnis der Besprechungen vorbereitet worden, die während der vergangenen Tage zwischen den französischen, amerikanischen und britischen Vertretern stattfanden.

Wir haben die größtmöglichen Anstrengungen gemacht, den Kohlenbedarf Frankreichs und der in der Europäischen Kohlenorganisation vertretenen Länder zu befriedigen, unter Berücksichtigung der zum Wiederaufbau der Friedensindustrie in Deutschland notwendigen Mengen, in der Absicht, die deutsche Wirtschaft so bald wie möglich auf einen Stand zu bringen, wie ihn das britisch-amerikanische Programm vorsieht.

Ich hoffe, von Ihnen zu hören, daß Sie die für die einzelnen Produktionsstaaten gemachten Prozentsätze der Gleitskala annehmen werden. Es ist beabsichtigt, daß der Prozentsatz der Gleitskala für die zweite Hälfte des Jahres 1947 maßgebend sein soll. Am Ende des Jahres kann die Lage unter Berücksichtigung der dann vorherrschenden Bedingungen erneut überprüft werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr aufrichtiger  
gezeichnet: *Ernest Bevin*.“

Dem Brief *Bevins* war folgende Anlage beigegeben:

Vorschlag über das Ausmaß der Ausfuhr und der internationalen Zuteilung an Kohle aus den drei westlichen Zonen Deutschlands im Verhältnis des künftigen Kohlenproduktionsniveaus (in tausend metrischen Tonnen):

- 1 = tägliche Förderung des Ruhrgebietes, des Aachener Kohlengebietes und des Saargebietes;
- 2 = Prozentsatz, der dem Export zugeteilt wird;
- 3 = geschätzter monatlicher Export,
- 4 = geschätzte monatliche Menge, die für interne Zwecke zur Verfügung steht.

(Zur Verfügung stehende Nettokohlenmenge ausschließlich roher Braunkohle in Begriffsbezeichnungen des Steinkohlenäquivalentes.)

1	2	3	4
280	21,0	1187	4465
290	21,5	1262	4608
300	21,5	1309	4778
310	22,0	1387	4917
320	22,5	1467	5055
330	22,5	1516	5223
340	23,0	1602	5365
350	23,5	1691	5505
360	24,0	1782	5642
370	25,0	1913	5739

Anmerkungen:

1. Die Monatszahlen beziehen sich auf Kalendermonate mit 25 Arbeitstagen.

2. Die Exportziffern betreffen den Gesamtexport einschließlich der Lieferungen an Österreich, an Länder, die der Europäischen Kohlenorganisation angehören, und die für Bunkerzwecke benötigten Mengen.

3. Es ist vorgesehen, die Zuteilungen vierteljährlich vorzunehmen, wobei, falls notwendig, spätere Berichtigungen gemacht werden können. Es mag notwendig sein, daß die Hilfe der Einfuhrländer in Anspruch genommen werden muß, um die ins Auge gefaßte Exportkohlenmenge zu befördern.



Außenminister Bidault antwortete Außenminister Bevin wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Minister,

Ich habe die Ehre, Ihren Brief vom 19. April über die Ausfuhr von Kohle aus den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands zu bestätigen. Ich schätze mich glücklich, feststellen zu können, daß Sie durch die Festlegung des Umfanges der Kohlenimporte, die auf Grund einer allgemein anwendbaren Formel einen bestimmten Teil der deutschen Produktion umfassen, zu einem erheblichen Teil die Forderungen befriedigt haben, die die französische Regierung schon seit langer Zeit erhoben hat.

Obwohl diese Ziffern noch weit von dem entfernt sind, was wir erhofft hatten, so zeigen doch die Zahlen in Ihrem Schreiben, daß Sie und die Vereinigten Staaten bemüht sind, uns entgegenzukommen, was wir anerkennen, da uns die Verantwortung, die Sie erwähnten, bekannt ist. Ich danke Ihnen für diese Mitteilung und habe davon Kenntnis genommen.

In Anbetracht der noch bestehenden Differenzen zwischen dem, worauf wir auf Grund Ihrer Vorschläge hoffen dürfen, und dem Minimum der lebensnotwendigen Bedürfnisse Frankreichs, die ich im Namen der französischen Regierung unterbreitet habe, möchte ich Sie zusätzlich bitten, bereit zu sein, uns Ihre Hilfe in der Frage des Saargebietes und ihrer Auswirkung auf die Kohlenlage zu geben.

Wenn der wirtschaftliche Anschluß der Saar an Frankreich entschieden worden ist, möchte ich Sie bitten, Ihre Zustimmung zu geben, die Europäische Kohlenorganisation gemeinsam von dieser Entscheidung zu unterrichten. Ich möchte Sie bitten, bei der Abfassung dieser Benachrichtigung klar herauszustellen, daß Frankreich von diesem Augenblick an der Europäischen Kohlenorganisation sowohl die Kohlenförderungsmengen wie auch die Kohlenanforderungen Frankreichs und der Saar als eines Ganzen vorlegen wird und daß Frankreich der Europäischen Kohlenorganisation anheimstellt, dann dieser neuen Lage Rechnung zu tragen.

Ich würde Ihr Einverständnis zu den Vereinbarungen, die in dem zwischen uns erfolgten Briefwechsel enthalten sind und die ich guteheiße, begrüßen.

Mit dem Ausdruck der größten Hochachtung

Ihr

gezeichnet Georges Bidault.“

Auf das Schreiben Bidaults antwortete Bevin wie folgt:

„Sehr geehrter Herr Bidault,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 19. April 1947, mit dem Sie meinen Brief vom gleichen Datum über die Ausfuhr von Kohle aus den westlichen drei Besatzungszonen Deutschlands erwiderten, freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß die in den Briefen enthaltenen Vereinbarungen meinen Beifall finden.

Mit dem Ausdruck aufrichtiger Hochachtung

Ihr

gezeichnet: Ernest Bevin.“

### Die Aufnahme des Abkommens in Frankreich

Für Frankreich bedeutet dieses Abkommen eine wesentliche Verbesserung im Vergleich zu der bisherigen Situation. Seit dem November 1946 hatte die Kohleneinfuhr aus dem Ruhrgebiet stark abgenommen. Sie betrug im Dezember 1946 nach französischen Angaben 39 974 Tonnen, um dann im Januar wieder auf 76 000 Tonnen zu steigen. Der Anteil an Saarkohle, der Frankreich geliefert wurde, erfuhr während des Winters ebenfalls eine Verringerung. Im April 1947 sollte Frankreich insgesamt 240 000 Tonnen Kohle aus Deutschland erhalten. Auf Grund der in Moskau unterzeichneten Abmachungen soll sich die Einfuhrmenge bis Ende Dezember 1947 auf 370 000 Tonnen monatlich steigern. Im Jahre 1938 betrug der durchschnittliche Monatsimport Frankreichs an Kohle aus Deutschland 570 000 Tonnen.

Der von Außenminister Bidault als für Frankreich lebensnotwendig bezeichnete Kohlenimport aus Deutschland beziffert sich auf monatlich 500 000 Tonnen.

Das Dreimächte-Kohlenabkommen wurde von der französischen Presse mit Ausnahme der kommunistischen Blätter begrüßt.

Der geschäftsführende französische Außenminister Teilgen erklärte am 21. April zum Abschluß des Abkommens:

„Angesichts des gegenwärtigen Standes der internationalen Verhandlungen sehen wir in dem Abkommen das Bemühen auf seiten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, unsere Bedürfnisse

zu verstehen. Der französische Anteil an der jetzt erlangbaren Kohlenmenge wird nach diesem Abkommen größer werden. Das Abkommen eröffnet uns weiter die Aussicht auf baldige zufriedenstellende Regelung dieses Problems, das für Frankreich lebenswichtig ist.“

In einem amtlichen Communiqué gab das französische Kabinett am 23. April bekannt, daß das Abkommen in keiner Weise die künftigen französischen Reparationsansprüche beeinflusse.

Die *Agence France Presse* veröffentlichte unter dem Titel *Vor und nach dem Kohlenabkommen* einen Beitrag, der sich auf einem Exposé des Leiters der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, Hervé Alphand, aufbaut:

„Die Verteilung der deutschen Kohle geschieht in zwei Etappen;

1. Aufteilung zwischen dem deutschen Verbrauch und der Ausfuhr.

Diese Aufteilung wurde ursprünglich in Berlin von den vier Besatzungsmächten vorgenommen; da jedoch der Befehlshaber der sowjetischen Zone seine Zone nicht in diese Verteilung einbezogen haben wollte, haben die amerikanischen und die britischen Stellen auch ihre Freiheit wiedergewonnen, und seit dem Sommer 1946 wird die Aufteilung zwischen den deutschen Bedürfnissen und der Ausfuhr unabhängig in jeder Zone getrennt vorgenommen.

2. Aufteilung der in den drei westlichen Zonen für die Ausfuhr freigestellten Kohlenmengen auf die Einfuhrländer.

Diese Aufteilung wird durch die ECO (Europäische Kohlenorganisation) zugunsten mehrerer Länder Europas, darunter auch Frankreichs, vorgenommen.

Der Anteil Frankreichs an diesen Mengen beträgt zur Zeit 28 Prozent. Seit langem hat Frankreich gegen die unzureichende Menge protestiert, die ausgeführt wird. Diese Menge betrug im vierten Quartal 1945 17 Prozent der deutschen Kohlenförderung. Im vierten Quartal 1946 war sie auf 12 Prozent gefallen. Daraus folgt, daß die Frankreich zugeteilte Menge dauernd sehr gering ist: von einem Monatsdurchschnitt von 285 000 Tonnen im vierten Quartal 1945 ist sie auf 213 000 Tonnen im vierten Quartal 1946 und auf 193 000 Tonnen im April 1947 gefallen.

Dieses Problem ist von den Vertretern Frankreichs immer wieder angeschnitten worden, von Herrn Léon Blum in Washington und London, von Herrn Bidault bei allen möglichen Gelegenheiten. Die Verhandlungen von Sachverständigen, die zu dem vorliegenden Abkommen geführt haben, sind nur die Fortsetzung dieser Bemühungen.

Das Übereinkommen, das abgeschlossen worden ist, ist für das zweite Halbjahr 1947 gültig.

Frankreich hat daran Anteil als Besatzungsmacht einer Zone, die Kohle fördert und ausführt.

Das Abkommen bringt Frankreich von drei Gesichtspunkten aus eine Besserung der bisherigen Lage:

1. Es steigert den Prozentsatz der Ausfuhr an der deutschen Kohlenförderung, der gegenwärtig auf 12 Prozent der verfügbaren Kohle gefallen ist; dieser Prozentsatz wird nach einer beweglichen Tabelle, die sich nach der Menge der geförderten Kohle richtet, allmählich von 21 auf 25 Prozent steigen.

2. Das Abkommen steigert, wie Frankreich es seit langem gefordert hat, die der ECO zur Verteilung auf die Einfuhrländer zur Verfügung gestellten Kohlenmengen im Verhältnis des Anstiegs der deutschen Kohlenförderung.

Die automatische Steigerung geht in vier Abschnitten vor sich:

Wenn die Gesamtförderung der Ruhr und der Saar täglich 280 000 Tonnen betragen wird, dann wird die zur Ausfuhr bestimmte Menge 21 Prozent der geförderten Menge betragen (zur Zeit werden täglich 270 000 Tonnen gefördert); sobald die Gesamtförderung 300 000 Tonnen erreicht, steigt der Prozentsatz der zur Ausfuhr bestimmten Menge auf 21,5 Prozent; er steigt auf 23 Prozent, wenn die Gesamtförderung 340 000 Tonnen beträgt, und auf 25 Prozent, sobald täglich 370 000 Tonnen gefördert werden.

Der Anteil Frankreichs an dieser Menge wird sich schrittweise von 270 000 Tonnen auf 300 000, 370 000 und endlich 440 000 Tonnen erhöhen.

3. Die britische und die amerikanische Regierung erkennen an, daß von dem Augenblick an, wo die Saar mit der französischen Wirtschaft vereinigt ist, die Saarkohle eine ausschließlich französische Hilfsquelle ist, von der nichts mehr in den Exportvorrat fließt, aus welchem die ECO die Verteilung vornimmt.

Diese Tatsache wird dann der ECO mitgeteilt, welche daraufhin das Kontingent revidiert, das Frankreich aus den Mengen er-



hält, die verteilt werden. In diesem Punkt haben die britische und die amerikanische Regierung sich nicht zahlenmäßig festgelegt, da die ECO, der mehrere andere Nationen angehören, für die Verteilung der Kontingente auf die verschiedenen Einfuhrländer allein zuständig ist.

Welches sind nun die Folgen dieses Abkommens für Frankreich?

Herr Alphand faßt sie folgendermaßen zusammen:

Solange die Saar nicht wirtschaftlich Frankreich angegliedert ist, wird der Anteil Frankreichs schrittweise steigen und bis zum Ende des Jahres 370 000 Tonnen betragen, vorausgesetzt, daß der für Ruhr und Saar vorgesehene Förderungsplan durchgeführt werden kann. Diese Menge ist immer noch völlig unzureichend, da Frankreich 500 000 Tonnen braucht.

Sobald aber die Saar dem französischen Wirtschaftsgebiet eingegliedert ist, rechnen die französischen Sachverständigen unter Berücksichtigung des Rückganges in der Frankreich durch die ECO zusätzlich zugewiesenen Menge, daß der Anteil Frankreichs an der deutschen Kohle gegen Ende des Jahres 1947 600 000 Tonnen beträgt und sich im Jahre 1948 auf 1 Million Tonnen pro Monat steigern wird. Dann wird Frankreich die Kohle hundertprozentig erhalten, während die ECO ihm jetzt nur 28 Prozent zuteilt.

Herr Hervé Alphand weist dann den Einwand zurück, die Saarkohle befinde sich doch in der französischen Zone, Frankreich

brauche sie also nur zu nehmen, ohne auf die Eingliederung der Saar zu warten. Herr Alphand sagt, das würde eine einseitige Handlung darstellen, aus der die ECO bei der Verteilung der aus anderen Quellen stammenden Kohle, vor allem der amerikanischen, zweifellos ihre Konsequenzen ziehen würde.

Was die Qualität der Saarkohle betrifft, so ist sie nicht für die Eisenindustrie geeignet. Das ist aber kein Nachteil, denn wenn wir diese Kohle zur Verfügung haben, werden wir sie nicht zu 100 Prozent einführen, sondern sie austauschen gegen Kohle, die zur Verkokung geeignet ist und von der Eisenindustrie benötigt wird. Es gibt andere Teile Deutschlands, welche die Saarkohle brauchen können, und dieser Austausch ist traditionell und normal.

Abschließend bemerkt Herr Hervé Alphand, daß das vorliegende Abkommen, welches sich streng auf technische Fragen beschränkt, die französische Regierung nicht voll zufriedenstellt. Jedenfalls ändert es in keiner Weise die von der französischen Delegation auf der Moskauer Konferenz dargelegten Anschauungen. Wenn das heute abgeschlossene Übereinkommen in Kraft tritt, so bedeutet das in keiner Weise, daß die französische Regierung die Stellungen aufgibt, die sie bezüglich der Kontrolle und der internationalen Verwaltung der Ruhr und bezüglich der Wiederaufnahme der Reparationslieferungen bezogen hat.

H. V.

## Das Problem Triest

### Das Statut für den Freistaat Triest

Die Triester Frage, für welche die Konferenz der Außenminister im Dezember 1946 in New York eine prinzipielle Lösung gefunden hatte, wurde auf Wunsch Großbritanniens in die Tagesordnung der Moskauer Außenministerkonferenz aufgenommen. Es handelte sich hierbei um die Erörterung des Berichtes der in New York zur Behandlung des Finanzproblems der Stadt Triest eingesetzten Kommission. (Vgl. Europa-Archiv S. 324).

Das auf der New Yorker Konferenz festgelegte Statut für Triest wurde am 10. Januar 1947 durch den Welt-sicherheitsrat gebilligt. Der Sicherheitsrat garantiert die Unabhängigkeit und den territorialen Bestand des Freistaates. Er trägt auch die Verantwortung für die Wohlfahrt und Sicherheit der Bevölkerung. Für die Billigung des Statutes stimmten alle Ratsmitglieder mit Ausnahme von Australien, das sich der Stimme enthielt.

Das Statut, das im Friedensvertrag mit Italien enthalten ist, hat folgenden Inhalt:

#### Anhang VI zum Friedensvertrag mit Italien

##### Artikel 1

legt die genauen Grenzen des Freistaatsgebietes fest.

##### Artikel 2

behandelt Integrität und Unabhängigkeit des Freistaates, die durch den Welt-sicherheitsrat gewährleistet werden. Die Verantwortung des Welt-sicherheitsrates bezieht sich auf die Einhaltung des Statuts und insbesondere auf den Schutz der grundlegenden Menschenrechte. Der Welt-sicherheitsrat übernimmt ferner die Gewähr für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Gebiete des Freistaates.

##### Artikel 3

enthält die Bestimmungen über Entmilitarisierung und Neutralität des Gebietes.

##### Artikel 4

behandelt die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten.

##### Artikel 5

bestimmt die bürgerlichen und politischen Rechte.

##### Artikel 6

enthält die Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft.

##### Artikel 7

bestimmt Italienisch und Slowenisch als amtliche Sprachen, zu denen unter Umständen Kroatisch hinzugenommen werden kann.

##### Artikel 8

billigt dem Freistaat seine traditionelle Flagge und Wappen zu.

##### Artikel 9

bestimmt als Regierungsorgane einen Gouverneur, einen Regierungsrat und eine Volksversammlung.

##### Artikel 10

enthält die Bedingungen für Entwurf und Einführung der Verfassung.

##### Artikel 11

enthält Bestimmungen zur Ernennung, Regierungszeit und Besoldung des vom Sicherheitsrat zu ernennenden Gouverneurs, der nicht Bürger des Freistaates, Italiens oder Jugoslawiens sein darf.

##### Artikel 12

überträgt die gesetzgebende Gewalt der durch Verhältniswahl gewählten Volksversammlung.

##### Artikel 13

überträgt die Exekutive unter dem Gouverneur dem von der Volksversammlung gebildeten Regierungsrat.

##### Artikel 14

regelt die Ausübung der Gerichtsgewalt.

##### Artikel 15

bestimmt, daß die Verfassung die Unabhängigkeit der Gerichte zu garantieren hat.

##### Artikel 16

legt die Methode für die Ernennung der rechtsprechenden Organe fest.

##### Artikel 17

legt die Pflichten des Gouverneurs fest, der dafür verantwortlich ist, daß die Bestimmungen des Statuts, insbesondere die menschlichen Grundrechte, beachtet und Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten werden, und der hierüber dem Sicherheitsrat jährlich Bericht zu erstatten hat.

##### Artikel 18

gibt der Volksversammlung das Recht, alle die Interessen des Freistaates angehenden Angelegenheiten zu diskutieren.

##### Artikel 19

definiert die gesetzgebende Gewalt, die durch die Volksversammlung, den Regierungsrat und den Gouverneur ausgeübt wird.

##### Artikel 20

gibt dem Gouverneur das Recht, Verwaltungsmaßnahmen des Regierungsrates aufzuheben und die Frage gegebenenfalls dem Sicherheitsrat vorzulegen.

##### Artikel 21

macht den Regierungsrat für die Ausarbeitung des Budgets verantwortlich, über das die Volksversammlung abstimmen muß.

##### Artikel 22

gibt dem Gouverneur Sondervollmachten und das Recht, die Kontrolle über die Sicherheitsorgane zu übernehmen, wenn dringende Gefahr vorliegt.



*Artikel 23*

überträgt dem Gouverneur das in der Verfassung auszuarbeitende Begnadigungsrecht.

*Artikel 24*

definiert die auswärtigen Beziehungen. Verträge und Konsularkommissionen müssen vom Gouverneur und einem Vertreter des Regierungsrats unterzeichnet und mit dem Statut des Freistaates vereinbar sein. Der Friedensvertrag mit Italien und andere Friedensabmachungen der Alliierten sind vom Freistaat voll anzuerkennen.

*Artikel 25*

legt die Unabhängigkeit des Gouverneurs und seines Stabes fest, die als internationale Beamte nur dem Sicherheitsrat gegenüber verantwortlich sind.

*Artikel 26*

bestimmt, daß Beamte nur auf Grund ihrer Fähigkeit ernannt und nur wegen Unfähigkeit oder unwürdigen Verhaltens abgesetzt werden dürfen.

*Artikel 27*

überträgt dem Gouverneur das Recht der Ernennung und Absetzung des Direktors für öffentliche Sicherheit, der dem Regierungsrat unterstehen und dem Gouverneur regelmäßig Bericht erstatten soll.

*Artikel 28*

ermächtigt den Freistaat, eine Polizei zu unterhalten, deren Angehörige von dem Direktor für öffentliche Sicherheit ein- und abgesetzt werden können.

*Artikel 29*

bestimmt, daß in der Verfassung örtliche demokratisch gewählte Selbstverwaltungen vorzusehen sind.

*Artikel 30*

Der Freistaat soll eine eigene Währung haben.

*Artikel 31*

gibt Anweisungen für Abmachungen mit Italien und Jugoslawien für eine bestmögliche Ausnutzung der Bahnanlagen.

*Artikel 32*

regelt die Rechte des internationalen Luftverkehrs auf dem Gebiet des Freistaates.

*Artikel 33*

gibt dem Freistaat das Recht, ein Register für Schiffe der Regierung oder von Personen oder Organisationen zu führen, die im Freistaat beheimatet sind. Für tschechoslowakische, schweizerische, ungarische und österreichische Schiffe sind besondere Register zu eröffnen. Die Registrierung wird von der Regierung des Freistaates bestimmt und auf Schiffe beschränkt, die vom Triester Hafen aus den Bedürfnissen ihrer jeweiligen Länder dienen.

*Artikel 34*

bestimmt, daß die Regierung des Freistaates die notwendigen Gesetze und Maßnahmen zur Durchführung der im Anhang VIII

dieses Statuts gegebenen internationalen Bestimmungen über den Freihafen erläßt.

*Artikel 35*

bestimmt, daß den Benutzern des Freihafens zollfreier Durchgang für die dort gelöschten Güter zu ihren jeweiligen Ländern zu gewähren ist.

*Artikel 36*

schreibt für Streitfälle in der Auslegung des Statuts die Ernennung einer Kommission aus je einem Vertreter beider Parteien und einem gemeinsam ernannten Vertreter eines dritten Landes vor.

*Artikel 37*

legt fest, daß eine Abänderung des Statuts durch den Sicherheitsrat erfolgen kann.

*Artikel 38*

bestimmt, daß das Statut an dem vom Sicherheitsrat festgesetzten Datum in Kraft tritt.

*Anhang VII zum Friedensvertrag mit Italien*

*Artikel 1—11*

enthalten die Bestimmungen für das bis zur Einführung des Dauerstatuts gültige provisorische Regime, das vom Gouverneur und dem von ihm ausgewählten Provisorischen Regierungsrat ausgeübt wird. Der Regierungssitz soll in Triest sein. Die im Freistaat stationierten Truppenteile des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und Jugoslawiens sollen eine Stärke von je 5000 Mann nicht überschreiten, dem Gouverneur vom Datum seines Amtsantritts für 90 Tage zur Verfügung stehen und dann im gleichen Verhältnis aus dem Gebiet zurückgezogen werden.

Der Gouverneur ist dafür verantwortlich, daß die Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung spätestens vier Monate nach seinem Amtsantritt stattfinden. Er läßt sich hierbei ebenso wie bei der Vorbereitung des provisorischen Budgets, des Ein- und Ausführungsprogramms und der Finanzverwaltung vom Provisorischen Regierungsrat beraten. Der Gouverneur kann die bestehenden Gesetze, die sonst ihre Gültigkeit behalten, abändern und mit Hilfe einer Zweidrittelmehrheit des Provisorischen Regierungsrates neue Gesetze schaffen. Bis zur Einführung einer neuen Währung bleibt die italienische Lira im Umlauf, und es sind entsprechende Abmachungen mit der italienischen Regierung zu treffen.

*Anhang VIII zum Friedensvertrag mit Italien*

enthält die Bestimmungen für die Benutzung und Verwaltung des Freihafens.

*Anhang IX zum Friedensvertrag mit Italien*

enthält die Regelung technischer Fragen wie die der Wasserversorgung Nordwest-Istriens, der Elektrizitätsversorgung des Freistaates und der Erleichterungen für den Kleinen Grenzverkehr.

*Anhang X zum Friedensvertrag mit Italien*

regelt wirtschaftliche und finanzielle Fragen wie Staatsschulden, Versicherungen, Pensionen und Eigentumsrechte.

Zur Bestimmung des Gouverneurs von Triest ist es bisher noch nicht gekommen.

## Das Finanzproblem von Triest

Auf der Moskauer Konferenz befaßten sich die Außenminister am 26. März 1947 mit dem Finanzproblem von Triest, einer Frage, die damit zusammenhängt, wer das Defizit, mit dem der Freistaat in den ersten Jahren arbeiten wird, tragen soll. Bei der ersten Erörterung wurde die Frage aufgeworfen, ob es notwendig sei, Italien und Jugoslawien zu diesen Besprechungen der Außenminister einzuladen.

Am 27. März beschlossen die Außenminister, daß der jugoslawischen und der italienischen Regierung Abschriften des Berichtes der Finanzkommission über Triest übersandt und sie zugleich eingeladen werden sollen, zu dem Bericht schriftlich Stellung zu nehmen. Der Bericht der Finanzkommission wurde von den Außenministern zur Prüfung an die Stellvertretenden Außenminister überwiesen. Diese traten am 22. April 1947 zur Erörterung des Berichtes zusammen. Der Bericht, den der Viermächte-Finanzsonderrusschuß Ende Februar 1947 nach einem zweimonatigen Aufenthalt in Triest fertiggestellt hatte, war inzwischen durch je eine italienische, jugoslawische und britische Denkschrift ergänzt worden. Der britische Vorschlag empfahl, den Bericht des Finanzausschusses dem Sicherheitsrat zuzustellen und die Vereinten Nationen mit der Frage des Devisendefizits zu be-

fassen. Dieser Vorschlag war von britischer Seite bereits in New York erwogen worden. Bei der Debatte der Außenminister am 21. April 1947 erklärte Außenminister Bevin, die Versorgung Triests mit Devisen habe nach Bestimmung des italienischen Friedensvertrages die italienische Regierung übernommen. Die Verhältnisse in Italien seien jedoch ungünstig und die italienischen Reserven zu ungenügend, um der Triester Wirtschaft zu einem gesunden Start zu verhelfen.

Ein von sowjetischer Seite gemachter Vorschlag forderte die Versorgung Triests mit Lebensmitteln durch Jugoslawien, wobei Industrieprodukte aus Triest zur Bezahlung dienen sollten. Bevin erklärte zu diesem Vorschlag, daß Jugoslawien selbst bei der UNRRA, den Vereinigten Staaten und Großbritannien um Hilfe nachgesucht habe.

Obwohl Bevins Vorschlag, die Angelegenheit an die UN zu überweisen, von Marshall und Bidault unterstützt wurde, einigte man sich schließlich auf den Vorschlag Molotows, die Stellvertretenden Außenminister mit der Angelegenheit zu befassen.

Der amerikanische Außenminister Marshall hatte übrigens erklärt, die Vereinigten Staaten seien bereit, Triest eine



finanzielle Unterstützung zu gewähren. Das wurde jedoch von Molotow als ein Eingriff in die Angelegenheiten des Freistaates bezeichnet.

Am 22. April 1947 legte *Wyschinskij* den Stellvertretenen Außenministern den Entwurf einer EntschlieÙung vor, nach der festgelegt werden soll, daß die Entscheidung der in dem Bericht des Sachverständigenausschusses berührten Frage gemäß dem Statut zur Kompetenz des Regierungsrates und der Volksversammlung des Freistaates Triest gehört. Bis zum Inkrafttreten des Statuts sind für die genannten Angelegenheiten der Gouverneur und der Provisorische Rat der Regierung des Freistaates zuständig.

Die Sowjet-Delegation beantragte ferner, festzustellen, daß bei der Lösung dieser Probleme die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Freistaates Triest gemäß den Bestimmungen des permanenten Statuts gesichert werden müsse. Im zweiten Punkt des Sowjet-Vorschlages hieß es, bis zur Schaffung eines neuen Zollsystems solle das gegenwärtige System beibehalten werden. Im Gegensatz zu den Schlußfolgerungen des Sachverständigenausschusses schlug die Sowjet-Delegation vor, im Verlauf von drei Monaten vom Zeitpunkt der Bildung des Regierungsrates des Freistaates solle die Einfuhr von Waren italienischer und jugoslawischer Herkunft zollfrei sein.

Der dritte Punkt des sowjetischen Vorschlages lautete:

„In der Zeit vom Juli bis September 1947 kann ein Defizit in einer ausländischen Währung entstehen. Der Außenministerrat ist daher der Ansicht, der Sicherheitsrat werde für den Fall, daß er vom Gouverneur und dem Provisorischen Regierungsrat eine Bitte um finanzielle Hilfe aus dem Auslande erhält, die durch die dringenden Bedürfnisse der ersten Periode bedingt ist, empfehlen, aus den Geldmitteln der Organisation der Vereinten Nationen die benötigte Summe bis zur Höhe von fünf Millionen Dollar der Regierung des Freistaates zur Verfügung zu stellen.“

Der französische Vertreter *Alphand*, der amerikanische Vertreter *Matthews* und der britische Vertreter *Hall-Patch* erklärten sich mit dem dritten Punkt des sowjetischen Vorschlages einverstanden.

Den übrigen Punkten des sowjetischen Vorschlags konnten die Vertreter der anderen Nationen nicht zustimmen.

In einer zweiten Sitzung am 22. April brachten die Stellvertreter die Prüfung der Unterlagen über die finanzielle Lage des Freistaates Triest zum Abschluß.

Am Abend des 22. April 1947 stand das Thema Triest auf der Tagesordnung der Außenminister selbst. Auf Grund

der von den Stellvertretern eingereichten Gegenüberstellungen kam es zu einer Einigung. Die Minister beschlossen die Annahme folgenden Abkommens:

„1. Die Lösung der Fragen des Budgets, der Zahlungsbilanz, der Währung, der Zölle, der Steuern und anderer finanzieller und wirtschaftlicher Probleme für den Freistaat Triest, die in dem Bericht der Kommission angedeutet wurden, fällt in den Zuständigkeitsbereich des Gouverneurs, des Regierungsrates und der Volksversammlung des Freistaates von Triest und bis zu der Zeit, da dieses Statut in Kraft tritt, in den Zuständigkeitsbereich des Gouverneurs und des Provisorischen Regierungsrates in Übereinstimmung mit den betreffenden Artikeln der Bestimmungen über das provisorische Regime für den Freistaat von Triest.

Bei der Lösung dieser Frage soll in Übereinstimmung mit den oben angeführten Bestimmungen die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Freistaates von Triest gewährleistet werden.

2. Der Rat der Außenminister empfiehlt, daß von dem Zeitpunkt der Errichtung der provisorischen Regierung des Freistaates Triest bis zur Einführung eines neuen Zollsystems durch die Behörden des Freistaates von Triest die gegenwärtigen Bestimmungen beibehalten und Waren italienischen und jugoslawischen Ursprungs zollfrei in den Freistaat von Triest eingeführt werden sollten, vorausgesetzt, daß diese Länder entsprechende Gegenseitigkeitsabkommen für Produkte aus dem Freistaat Triest abschließen und daß die Regierung und der Provisorische Regierungsrat sich bemühen, innerhalb von drei Monaten ein neues Zollsystem einzuführen.

3. Im Hinblick auf die Tatsache, daß sich in der Zahlungsbilanz im Juli-September 1947 ein Defizit im freien Devisenverkehr ergeben könnte, ist der Außenministerrat der Ansicht, daß dem Sicherheitsrat vom Gouverneur und dem Provisorischen Regierungsrat eine auf die dringenden Bedürfnisse der ersten Zeit gegründete Bitte um finanzielle Hilfe von außen vorgelegt werden sollte, so daß der Sicherheitsrat eine Empfehlung machen kann, der Regierung des Freistaates von Triest die erforderliche Summe bis zu fünf Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, die aus den Mitteln der Organisation der Vereinten Nationen entnommen werden soll.

4. Der Außenministerrat beschließt, den Generalsekretär der Vereinten Nationen sofort nach der Ernennung eines Gouverneurs für den Freistaat Triest zu ersuchen, diesem zu seiner Information den Bericht der Untersuchungskommission für Triest sowie die Anmerkungen der italienischen und der jugoslawischen Regierung zu diesem Bericht und den Text dieser Resolution zu übermitteln.

Die Einigung über das Finanzproblem der Stadt Triest ist einer der wenigen Punkte, die zu den positiven Ergebnissen der Moskauer Konferenz gezählt werden können.

H. V.

## Die Verhandlungen über China und Korea

### Die wichtigsten Ereignisse vor Beginn der Moskauer Konferenz

#### China\*)

- 15. 1. 1947 Senator *Vandenberg* setzt sich in Cleveland für uneingeschränkte Unterstützung der Nankinger Regierung ein.
- 8. 2. 1947 Die Bank von China sperrt den Goldverkauf.
- 16. 2. 1947 In einem neuen Wirtschaftsprogramm der chinesischen Regierung wird der offizielle Kurs des USA-Dollars von 3350 auf 12 000 chinesische Dollar erhöht. Das Budget für 1947 beträgt 9,3 gegenüber 2,5 Milliarden 1946. Die Inflation ist nicht mehr einzudämmen.
- 28. 2. 1947 Die kommunistischen Vertreter in Nanking werden ausgewiesen.
- 28. 2. 1947 Aufstand in Formosa gegen das korrupte Verwaltungssystem des Generalgouverneurs *Tschen-ji*. Ansuchen der chinesischen Regierung bei der UNRRA, die ausstehenden Lieferungen im Betrage von 200 Millionen Dollar für Regierungszwecke verwenden zu dürfen.
- 1. 3. 1947 T. V. *Sung*, Präsident des Legislativen Juan, Schwager von Madame *Tschiang-Kai-Schek*, wird veranlaßt, zurückzutreten.

- 12. 3. 1947 Die Erklärung *Trumans* über die Griechenlandanleihe erweckt Hoffnungen in Nanking, daß auch die vorgesehene 500 Millionen-Dollar-Anleihe der Export-Importbank für China freigegeben wird.
- 15. 3. 1947 *Tschiang-Kai-Schek* gibt offiziell seine Absicht auf politische Regelung des Bürgerkrieges zugunsten der militärischen Regelung auf. Der Bürgerkrieg verschärft sich.
- 17. 3. 1947 Am Gedenktag von *Sun-Jatsen* betont *Tschiang-Kai-Schek* die Größe der Aufgabe, die die Kuomintangpartei bis zur Übergabe der Regierung an die Nationalversammlung Ende 1947 noch zu erfüllen habe.
- 19. 3. 1947 Jenan, das Hauptquartier der Kommunisten, fällt in die Hände der Zentralregierung. — Außenminister *Wang-Tschih-Tschieh* wird wegen seiner nachgiebigen Politik gegenüber der Sowjet-Union — besonders in der Frage Dairen — von der Nationalversammlung angegriffen.
- 23. 3. 1947 Auflösung des Obersten Verteidigungsrates, der bisher maßgebenden Behörde in China, zugunsten eines Staatsrates (40 Mitglieder) entsprechend dem Organgesetz. Der Exekutive Zentralrat der Kuomintangpartei, der bisher den Obersten Verteidigungsrat maßgeblich beeinflußt hatte, bleibt noch im Amt.

\*) Vgl. Europa-Archiv S. 387 ff.



Korea\*)

13. 1. 1947 Eine aus Nordkorea stammende Anweisung an die südkoreanische Arbeiterpartei (Kommunistische Partei), bei der Eröffnung der Moskauer Konferenz Unruhen anzustiften, wird aufgedeckt.
23. 1. 1947 Der *Christian Science Monitor* nimmt an, daß es auf der Moskauer Konferenz zu einer Debatte über Korea kommen wird, da asiatische und pazifische Probleme kaum zu vermeiden sein werden und die Stellungnahme *Marshall* als Fachmann für ostasiatische Fragen besonders eindeutig abgefaßt sein wird.
24. 2. 1947 Generalleutnant *Hodge*, seit wenigen Tagen wieder in den Vereinigten Staaten, bespricht die Lage in Korea mit Präsident *Truman* in Gegenwart des Kriegsministers *Patterson*, in den folgenden Wochen mit Außenminister *Marshall*, mit dem geschäftsführenden Minister für die besetzten Gebiete, *Hilldring*, und vor einem Kongreßkomitee. Eine Einigung kann seiner Ansicht nach nur auf höchster politischer Ebene herbeigeführt werden. Bis dahin werden die beschleunigte Ausarbeitung eines Wahlgesetzes durch die Koreanische Legislative Versammlung und die Durchführung der Wahlen für eine Interimsregierung im August 1947 vorgesehen. Geplant wird eine Ablösung der amerikanischen Militärverwaltung durch eine Zivilverwaltung, der einige Kontrollen, wie die der Lebensmittelverteilung, vorbehalten bleiben. Als Vorbild wird dabei an das *Philippine Commonwealth Statute* von 1935 gedacht (vgl. Europa-Archiv S. 384).
26. 2. 1947 Anne O'Hare *McCormick*, Korrespondentin der *New York Times*, hält die koreanischen Probleme für nicht weniger wichtig für den Ausgang der Moskauer Kon-

- ferenz als den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch Großbritanniens.
28. 2. 1947 Brief des sowjetischen Oberbefehlshabers von Korea an den amerikanischen Oberbefehlshaber über die Wiederaufnahme der Sitzungen der gemischten Kommission.
- Februar 1947 Radiomeldungen aus Nordkorea berichten über die Aushebung aller 17- bis 25jährigen; ungefähr 500 000 Mann werden dadurch betroffen. Die sowjetische Besatzung baut die eisfreien Häfen Wonsun und Chiminpo in Nordkorea aus.
4. 3. 1947 In seinem Monatsbericht für Februar 1947 schildert General *Mac Arthur* die Schwierigkeiten, mit denen seine Verwaltung in Korea zu kämpfen hat; er berichtet über die Unruhestifter unter der einheimischen Bevölkerung und den Eisernen Vorhang zwischen Nord- und Südkorea.
- Anfang April 1947 Generalleutnant *Hodge* kehrt nach Korea zurück. Er erhält mehrere Briefe von Generalleutnant Gennadi Petrowitsch *Korotkow*, dem im April eingetroffenen Nachfolger des Oberstkommandierenden für Nordkorea, *Chistiakow*, die eine gewisse Bereitwilligkeit zeigen, Kompromisse zu schließen.
12. 4. 1947 Ein Dreijahresplan für Südkorea wird von der Verwaltung in Washington aufgestellt. Er soll am 1. Mai dem Kongreß vorgelegt werden. Er erhöht die im Haushaltsplan für 1948 für Korea vorgesehenen 137 Millionen Dollar um 78 Millionen auf weitere 215 Millionen, weitere 325 Millionen sind für die Jahre 1949/50 geplant.
14. 4. 1947 Generalleutnant *Hodge* berichtet vor der Koreanischen Legislativen Versammlung über seinen Besuch in Washington und über die Reformpläne für Südkorea.

\*) Vgl. Europa-Archiv S. 395 ff.

## Die Moskauer Verhandlungen

### China

Bereits während der ersten Sitzung der Moskauer Konferenz vom 11. März 1947 stellte Außenminister *Molotow* den Antrag, das chinesische Problem auf die Tagesordnung zu setzen. Da die angelsächsischen Mächte der chinesischen Regierung schon vor der Moskauer Konferenz zugesichert hatten, keine China betreffenden Probleme in ihrer Abwesenheit zu erörtern, lehnten sie eine offizielle Besprechung der chinesischen Lage auf der Konferenz ab. Außenminister *Marshall* bat aber noch um eine Bedenkfrist. Die chinesische Regierung protestierte ihrerseits formell gegen jede Diskussion dieser Fragen, selbst bei Teilnahme des chinesischen Gesandten in Moskau. Am 16. März 1947 antwortete Außenminister *Marshall* auf die am 11. März 1947 von Außenminister *Molotow* noch einmal schriftlich niedergelegten Vorschläge wie folgt:

„Ich habe Ihren Brief vom 11. März über die Durchführung der im Moskauer Protokoll vom Dezember 1945 festgelegten Bestimmungen für China erhalten.

Als Sie diese Frage im Rat der Außenminister vorbrachten, erklärte ich, daß ich während meines Aufenthaltes in Moskau, aber nicht innerhalb der Außenministerkonferenz, gerne mit Ihnen und Herrn *Bevin* die Durchführung der in der Moskauer Erklärung enthaltenen Bestimmungen über China besprechen würde. Ich bestätige hiermit meine Bereitschaft, halte es jedoch für nicht angebracht, eine Konferenz darüber einzuberufen, so inoffiziell sie auch sein mag. Ich schlage vor, daß jeder von uns den anderen Beteiligten bis zum 1. April die nötigen Auskünfte zusendet und gleichzeitig der chinesischen Regierung eine Abschrift dieser Auskünfte zukommen läßt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
George C. Marshall.“

Noch vor dem 1. April erklärte Großbritannien, daß es keine Mitteilung abzugeben habe. Anfang April übermittelten Außenminister *Marshall* und Außenminister *Molotow* je eine Note an alle Beteiligten einschließlich China.

Die Note *Marshall*s hatte folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr *Molotow*! „Moskau, 2. April

Bezugnehmend auf Ihren Brief vom 24. März 1947 und den Hinweis auf das Moskauer Abkommen von 1945, China betreffend, füge ich zu Ihrer Information ein Exemplar der Erklärungen des

Präsidenten der Vereinigten Staaten vom 15. Dezember 1945 und 18. Dezember 1946 bei, die weiter keiner Erläuterung bedürfen. Die im Brief erwähnten Streitkräfte der Vereinigten Staaten unterstützten entsprechend dem Potsdamer Abkommen und den Kapitulationsbedingungen Japans in der in den Berichten erwähnten Zeit die Repatriierung von ungefähr drei Millionen Japanern aus China in ihre Heimat. Über das Verbleiben der auf 700 000 geschätzten Japaner, die von den Sowjets in der Mandschurei gefangenengenommen wurden, habe ich keine Nachricht.

Am 29. Januar 1947 gab die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Entscheidung bekannt, die Verbindung mit der Dreierkommission abubrechen, die in Tschungking mit der Absicht errichtet wurde, die Feindseligkeiten in China zu beenden. Gleichzeitig gab sie ihre Entscheidung bekannt, die Verbindung mit dem Exekutiven Hauptquartier abubrechen, welches von der Dreierkommission in Peking zur Überwachung der Ausführung des Waffenstillstandsabkommens und der Demobilisierung und Reorganisation der Streitkräfte in China eingerichtet war.

Gleichzeitig wurde eine Erklärung bezüglich des Abzugs der Marinestreitkräfte abgegeben, welche die Aufgabe hatten, der Sicherheit des Personals der Vereinigten Staaten beim Exekutiven Hauptquartier und seiner Verbindung zum Meer zu dienen. Diese Maßnahmen erlaubten eine wesentliche Herabsetzung der Zahl der in China notwendigen Land- und Seestreitkräfte, und Abtransporte erfolgen entsprechend dem vorhandenen Schiffsraum. Wenn die laufende Herabsetzung beendet sein wird (geschätztes Datum 1. Juni 1947), dann werden gemäß dem Wunsch der Nationalregierung der Chinesischen Republik ungefähr 6130 Mann Land- und Seestreitkräfte bleiben, die im wesentlichen wie folgt aufgeteilt sein werden:

Armee der Vereinigten Staaten (Stab und Personal):

Beratende Gruppe . . . . .	750
Wachmannschaften . . . . .	251
Personal für den Luftverkehr . . . . .	160
Registratordienst für die Gräber . . . . .	94
Gemischter Stab und Personal . . . . .	155
Insgesamt . . . . .	1510

Flotteneinheiten der Vereinigten Staaten (Stab und Personal):

Beratende Gruppe . . . . .	128
Wetterdienst in Schanghai, Tsingtau und Tientsin . . . . .	1043
Insgesamt . . . . .	1171



Marinetruppen der Vereinigten Staaten (sämtlich im Wach- und Sicherheitsdienst):

Kampftruppe:	
Infanterie	1636
Luftwaffe	499
zusammen	2135
Stab und Personal:	
Bodenpersonal	1154
Flugpersonal	210
zusammen	1364
Insgesamt Marinetruppen	3499

Ich habe einen Durchschlag dieses Briefes Herrn Bevin und einen weiteren Durchschlag dem chinesischen Gesandten in Moskau zur Information der chinesischen Regierung übermittelt.

Hochachtungsvoll  
George C. Marshall."

Die Note Molotows, die wenige Tage nach der Note Marshalls folgte, beantwortet diese. Nachdem Molotow darauf hinweist, daß keine Einmischungspolitik seitens einer auswärtigen Macht in die inneren Angelegenheiten Chinas stattfinden dürfe, erklärt er, daß „die Teilnahme auswärtiger bewaffneter Streitkräfte am Bürgerkrieg in China nur den Bürgerkrieg weiter anfachen würde“. Im weiteren Verlauf des Briefes erinnert Molotow daran, daß die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten sich im Dezember 1945 darauf geeinigt hätten, ihre Truppen aus China „zum frühestmöglichen Zeitpunkt, der mit der Erfüllung ihrer Aufgaben und Verpflichtungen vereinbar ist“, abzuziehen.

„Die Sowjet-Union ihrerseits ist rechtzeitig ihre Verpflichtungen, Sowjettruppen aus China abzuziehen, nachgekommen. Am 3. Mai 1946 ist die Evakuierung der Sowjettruppen aus der Mandschurei beendet worden.

Ungefähr ein Jahr ist seitdem verflossen, und nicht nur die Evakuierung der amerikanischen Truppen ist nicht abgeschlossen, sondern es ist allgemein unbekannt, wann die Vereinigten Staaten ihren Verpflichtungen nachkommen werden, die amerikanischen Truppen aus China abzuziehen.

Angeichts einer solchen Lage hält es die Sowjetregierung, wie sie es schon einmal zum Ausdruck gebracht hat, für wünschenswert, daß die Außenminister derjenigen Staaten, die an der Moskauer Konferenz teilnehmen und sich jetzt in Moskau befinden, Informationen bezüglich der Erfüllung des Abkommens über China austauschen.

Ein entsprechender Austausch von Informationen wäre nützlich, er würde die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Erfüllung des Moskauer Abkommens über China klären, denn der bestehende Zustand ist in dieser Hinsicht nicht befriedigend und erweckt Zweifel in der öffentlichen Meinung, ob Bereitschaft besteht, den in dem obengenannten Abkommen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen.“

Am 7. April 1947 wurde durch den Moskauer Rundfunk eine Erklärung der amtlichen Sowjetnachrichtenagentur TASS übermittelt, in der den Vereinigten Staaten vorgeworfen wird, den chinesischen Regierungstruppen weitgehend militärische Unterstützung zukommen zu lassen. Die Amerikaner seien besonders aktiv in der Errichtung von amerikanischen Marinestützpunkten und Flugzeugbasen in China, wo sich Gelegenheiten für diesen Zweck böten. Die Sowjetnachrichtenagentur beschuldigt die Amerikaner des weiteren, 40 Kuomintangdivisionen nach der japanischen Niederlage ausgebildet und ausgerüstet zu haben. Dies seien zweimal so viel wie im ganzen zweiten Weltkrieg. Ferner weist die Erklärung darauf hin, daß amerikanische Militärberater 22 Militärakademien und eine Anzahl von Ausbildungsschulen, unter anderem für die Ausbildung von Personal für den Geheimdienst und für die Ausbildung von Landtruppen, in China eingerichtet hätten; eine Schule der letzteren Art befinde sich in Tsingtau.

#### Korea

Da der sowjetische Außenminister von sich aus die chinesische Frage aufgeworfen hatte, fiel es dem amerikanischen Außenminister nicht schwer, nun seinerseits die koreanische Frage anzuschneiden. Am 12. April 1947 wurde der Text der folgenden amerikanischen Note veröffentlicht:

„Moskau, 11. April.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Lage in Korea lenken. Die Vertreter der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten in der gemeinsamen Kommission in Korea konnten keinen Fortschritt in der Errichtung einer provisorischen Regierung für Korea erzielen. Seit der Niederlage Japans sind jetzt 19 Monate vergangen, aber Korea hat wenig Vorteil davon gehabt. Das Land ist in zwei Zonen aufgeteilt. Der sowjetische Oberbefehlshaber in Nordkorea hat sich geweigert, Freiheit der Bewegung und des Wirtschaftsverkehrs zwischen diesen beiden Zonen zu gestatten. Dadurch ist ein frei gewählter politischer Zusammenschluß des koreanischen Volkes von vornherein unmöglich gemacht, und das Ergebnis ist eine ernste wirtschaftliche Notlage.

Die Vereinigten Staaten verfolgen mit ihrer Politik gegenüber Korea folgende Grundziele:

1. die möglichst baldige Errichtung eines souveränen Korea mit eigener Regierung zu fördern, das von ausländischer Kontrolle unabhängig und berechtigt ist, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden;

2. dafür zu sorgen, daß die so errichtete nationale Regierung den freien Willen des koreanischen Volkes vertritt;

3. den Koreanern beim Wiederaufbau einer gesunden Wirtschaft zu helfen, die eine unentbehrliche Grundlage für ihren unabhängigen demokratischen Staat ist.

Die Vereinigten Staaten brachten in der Kairo-Erklärung vom 1. Dezember 1943 ihren Beschluß zum Ausdruck, Korea frei und unabhängig werden zu lassen. Großbritannien und die Republik China waren an dieser Erklärung beteiligt. Die Kairo-Erklärung wurde ausdrücklich von den drei Mächten in der Potsdamer Erklärung bestätigt, in der die Bedingungen für die japanische Übergabe festgelegt wurden. Die Sowjet-Union brachte in ihrer Kriegserklärung an Japan am 8. August 1945 zum Ausdruck, daß sie sich diesen Erklärungen anschließe.

Bei der Niederlage Japans nahmen Truppen der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union die Übergabe der japanischen Streitkräfte in Korea entgegen, und zwar jeweils südlich beziehungsweise nördlich einer Linie, die zu diesem Zwecke willkürlich am 38. Breitengrad gezogen worden war. Diese Demarkationslinie wurde dann praktisch zu einer Grenze zwischen zwei Besatzungszonen.

Auf der Konferenz der Außenminister der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und Großbritanniens in Moskau im Dezember 1945 wurden die schwerwiegenden Folgen der Zweizoneneinteilung Koreas besprochen, ein Übereinkommen über Korea abgeschlossen und im dritten Teil des Konferenzkommuniqués veröffentlicht. Die Republik China schloß sich später diesem Übereinkommen an.

Am 20. März 1946 trat die nach den Bedingungen des Moskauer Abkommens ernannte gemeinsame Kommission zusammen und begann mit ihrer Arbeit, wie sie in dem Abkommen festgelegt war, nämlich, die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung in Korea zu fördern, die den ersten Schritt in der Errichtung einer unabhängigen, souveränen koreanischen Nation darstellen sollte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte gehofft, daß diese gemeinsame Kommission schnell handeln werde, daß bald eine provisorische Regierung für Korea errichtet werde, daß die unglückseligen Folgen der Demarkationslinie zwischen den Streitkräften der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union überwunden und Korea auf den Weg zu einer unabhängigen und demokratischen Regierung gebracht werden könnte.

Leider wurde die Arbeit der Kommission schon nach kurzer Zeit dadurch lahmgelegt, daß sie sich nicht über den Begriff „demokratisch“ in Anwendung auf die Vertreter von Parteien und sozialen Organisationen einig werden konnte, die nach dem Potsdamer Übereinkommen von der gemeinsamen Kommission bei der Bildung einer provisorischen Regierung zu Rate gezogen werden sollten.

Da es offenbar wurde, daß man zur Zeit nicht zu einer Einigung kommen werde, vertrat sich die Kommission am 8. Mai 1946 auf unbestimmte Zeit.

Der amerikanische Oberbefehlshaber in Korea hat dem sowjetischen Oberbefehlshaber verschiedentlich vorgeschlagen, die Kommission solle wieder zusammentreten und ihre Arbeit fortsetzen.

Der sowjetische Oberbefehlshaber hat jedoch auf einer Formulierung bestanden, die die Mehrheit der repräsentativen Führer Koreas von der Beratung als Vertreter demokratischer Parteien oder sozialer Organisationen ausschließen würde, und hat diese Einstellung erst kürzlich in einem Brief an den amerikanischen Oberbefehlshaber vom 28. Februar 1947 bestätigt.

Es war daher unmöglich, sich über die Wiedereinberufung der Kommission zu einigen.



Jetzt, im April 1947, fast 16 Monate, nachdem in Moskau die Vereinbarungen über Korea zustande gekommen waren, hat man mit der Verwirklichung dieser Vereinbarungen noch immer keine Fortschritte erzielt.

Damit das Abkommen und die Erklärung von Moskau vom Dezember 1945 ihrem Inhalt nach erfüllt werden, wünscht die Regierung der Vereinigten Staaten, die Errichtung eines freien und unabhängigen Korea ohne jede weitere Verzögerung zu fördern.

Zu diesem Zwecke möchte ich, daß unsere Regierungen vereinbaren, ihre Oberbefehlshaber in Korea anzuweisen, eine neuerliche Sitzung der gemeinsamen Kommission so bald wie möglich anzuberaumen und sie zu beauftragen, ihre Arbeit unter den Bedingungen der Potsdamer Abmachungen auf der Basis der Achtung des demokratischen Rechtes der Meinungsfreiheit zu beschleunigen.

Weiter schlage ich vor, daß ein beiden Parteien annehmbarer Zeitpunkt festgelegt wird, an dem die beiden Regierungen die bis dahin von der Kommission erzielten Fortschritte überprüfen.

In der Zwischenzeit sehen die Vereinigten Staaten keine andere Möglichkeit, ihren in Moskau eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, als unverzüglich in ihrer Zone Maßnahmen zu ergreifen, die die Ziele der Vereinbarungen fördern.

Der britischen und der chinesischen Regierung werden Abschriften dieses Briefes zugehen.

Am 19. April 1947 antwortete Außenminister Molotow auf Marshalls Schreiben wie folgt:

„In Beantwortung Ihres Briefes über Korea vom 8. April darf ich Ihnen folgendes mitteilen:

Auf der Moskauer Konferenz der Außenminister der Sowjet-Union, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs im Dezember 1945 war ein Übereinkommen geschlossen worden, in dem die Politik der drei Mächte gegenüber Korea festgelegt wurde. Die Vorschläge der Sowjetregierung wurden diesem Übereinkommen zugrunde gelegt, und zwar mit Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten, die in der Folge ihre ursprüngliche Absicht aufgaben, in den nächsten Jahren eine koreanische Nationalregierung in Korea zu gründen.

Das Moskauer Übereinkommen sah als vordringlichste Aufgabe die Errichtung einer provisorischen demokratischen Regierung für Korea vor, die in der Lage sein werde, alle notwendigen Maßnahmen zur Entwicklung der Industrie, des Transportwesens, der Landwirtschaft und der volkstümlichen Kultur Koreas zu treffen. Im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen glaubte die Sowjetregierung, daß die Vereinigung Koreas unter der Führung einer koreanischen Nationalregierung die wichtigste Voraussetzung für die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates Korea und die Vorbedingung für die Entwicklung des Landes nach demokratischen Grundsätzen sei.

Die Sowjetregierung beharrt auf diesem Standpunkt und tritt für genaueste Durchführung des Moskauer Abkommens über Korea ein, in der festen Überzeugung, daß die Erfüllung dieses Abkommens die beste Grundlage für die Entwicklung Koreas auf demokratischem Wege zu einem unabhängigen und blühenden Staat darstellt, der sich als gleichberechtigtes Mitglied in der Organisation der Vereinten Nationen mit uns zusammenschließt.

Das Programm der im Moskauer Übereinkommen über Korea vorgesehenen Maßnahmen ist jedoch bisher nicht erfüllt worden. Es ist keine provisorische demokratische Regierung für Korea errichtet worden. Die Arbeit der gemischten amerikanisch-russischen Kommission, deren Zweck es ist, die Bildung einer provisorischen demokratischen Regierung für Korea zu fördern, wurde unterbrochen, da die amerikanische Delegation in dieser Kommission einen dem Moskauer Abkommen über Korea widersprechenden Standpunkt einnahm.

Auch ließ sich das amerikanische Oberkommando in Südkorea nicht auf eine sachliche Besprechung der Vorschläge des sowjetischen Oberkommandos in Nordkorea über einen wirtschaftlichen Austausch zwischen den beiden Zonen ein, und dadurch wurde es unmöglich, in dieser Frage zu einer Einigung zu kommen.

Im Verlauf der Arbeit der gemischten Kommission in der Zeit von März bis Mai 1946 machte die sowjetische Delegation alle Anstrengungen, um die Durchführung des oben erwähnten Abkommens über Korea zu erreichen und in erster Linie eine möglichst baldige Bildung der provisorischen demokratischen Regierung für Korea und die Vereinigung des Landes unter ihrer Führung durchzusetzen. Die sowjetische Delegation ist in dieser Richtung nicht nur auf Schwierigkeiten, sondern auf ausgesprochenen Widerstand seitens der amerikanischen Delegation gestoßen.

Geleitet von dem Übereinkommen über Korea, in dem die Bildung der gemischten Kommission vorgesehen war, hat die sowjetische Delegation bei der Ausarbeitung der Vorschläge für die Beratungen mit den demokratischen Parteien und sozialen Orga-

nisationen zur Beratung mit der Kommission auf breiter Grundlage aufgefordert. Aber die amerikanische Delegation hat eine Reihe größerer demokratischer Organisationen Südkoreas von der Beteiligung ausgeschlossen und darauf bestanden, daß Einladungen zu den Beratungen auch an diejenigen Gruppen gesandt werden sollten, die das Moskauer Übereinkommen ablehnten, so daß Beratungen mit ihnen die Durchführung des Abkommens natürlich nicht erleichtern würden.

So hat die amerikanische Delegation in der von ihr vorgelegten Liste von Parteien und Organisationen, die zu den Beratungen einzuladen wären, 17 politische Parteien und soziale Gruppen Südkoreas aufgeführt, die das Moskauer Abkommen ablehnten, und nur drei demokratische Parteien, die mit ihm einverstanden sind. Die amerikanische Delegation schloß große demokratische Parteien und soziale Organisationen wie die Allkoreanische Föderation der Arbeit, die Allkoreanische Bauern-Union, die Koreanische Nationalrevolutionäre Partei, die Allkoreanische Union der Jugend und andere von der Beteiligung aus.

Die sowjetische Delegation konnte sich zwar mit dieser Haltung der amerikanischen Delegation nicht einverstanden erklären, hat sich aber dennoch alle Mühe gegeben, den Weg zu einem Einverständnis zu finden. Das hat sich jedoch als unmöglich erwiesen, und die Arbeit der Kommission wurde auf Vorschlag der amerikanischen Delegation eingestellt.

Es ist klar, daß dieser Zustand untragbar ist. Es mußten also wieder Maßnahmen getroffen werden, um einen Ausweg aus dieser Lage herbeizuführen. Der sowjetische Oberbefehlshaber versuchte in seinen Notizen an den amerikanischen Oberbefehlshaber, eine Basis für die Wiederaufnahme der Arbeit der gemischten Kommission zu finden. Der Briefwechsel führte dazu, daß die Standpunkte der betreffenden Parteien sich einander beträchtlich näherten, wie von beiden Oberbefehlshabern festgestellt wurde. Man hoffte, bald zu einem Übereinkommen zu gelangen, und erwartete, daß die gemischte Kommission ihre Arbeit bald wiederaufnehmen könnte. Auf den letzten Brief des sowjetischen Oberbefehlshabers vom 28. Februar dieses Jahres erfolgte jedoch keine Antwort des amerikanischen Oberbefehlshabers, und es kam nicht zu dem Übereinkommen, das schon in seinen Umrissen sichtbar zu werden schien.

Eine zeitgerechte Erfüllung des Programms, das im Moskauer Abkommen für Korea als Ganzes aufgestellt worden war, wurde durch die mangelnde Koordinierung im Vorgehen ernstlich beeinträchtigt.

Was Nordkorea anbetrifft, so wurden auf dem Gebiet der Demokratisierung und in der Wiederherstellung der Volkswirtschaft und des kulturellen Lebens seit der Niederlage Japans beträchtliche Fortschritte erzielt. Tiefgreifende demokratische Reformen, die die politischen Freiheiten sicherstellen und den Lebensstandard der Bevölkerung heben sollen, wurden durchgeführt. Ich beziehe mich in erster Linie auf die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Frauen, die Errichtung örtlicher bevollmächtigter Behörden und des Volkskomitees von Nordkorea auf Grund freier demokratischer Wahlen, die Landreform, durch die 725 000 Bauern und Kleinbauern unentgeltlich 1 000 000 Hektar Land gegeben wurden, das zuvor Eigentum japanischer Kolonisten und ihrer Anhänger in Korea gewesen war, die Nationalisierung der früheren japanischen Industrie, das Gesetz über Achtstundentag, Sicherheit der Arbeit und Sozialversicherung, die Reform des nationalen Erziehungswesens, durch die die koreanische Sprache in den Schulen wieder eingeführt, das Schulsystem ausgedehnt und die Aufnahme von Studierenden erweitert wurde.

Solche weittragenden demokratischen Reformen sind jedoch nur in Nordkorea eingeführt worden, wo zwei Fünftel der Bevölkerung wohnen.

Die sowjetische Regierung hält sich in ihrer Politik gegenüber Korea eng an das im Moskauer Abkommen umrissene Programm und betrachtet die folgenden Aufgaben als vordringlich:

(1) Errichtung einer provisorischen demokratischen Regierung für Korea auf der Grundlage einer breiten Beteiligung der demokratischen Parteien und der sozialen Organisationen zur Beschleunigung der politischen und wirtschaftlichen Verschmelzung Koreas zu einem von ausländischer Hilfe unabhängigen, selbstregierten Staat, wodurch die Aufteilung des Landes in zwei Zonen hinfällig würde;

(2) Errichtung bevollmächtigter demokratischer Behörden in ganz Korea durch freie Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts;

(3) Förderung der koreanischen Nation bei der Wiederherstellung des unabhängigen demokratischen Staates und der Entwicklung der Volkswirtschaft und des Kulturlebens.

In Übereinstimmung mit dem festen Wunsch der Sowjetregierung nach baldiger Wiederherstellung eines geeinten und souve-



ränen Staates Korea und nach Beseitigung der Schwierigkeiten, die dadurch entstehen, daß Korea bis heute noch nicht vereinigt ist und keine eigene nationale Regierung besitzt, schlage ich vor, daß die gemischte russisch-amerikanische Kommission ihre Arbeit am 20. Mai dieses Jahres in Söul wieder aufnimmt, und zwar auf der Grundlage einer genauen Durchführung des Moskauer Abkommens über Korea, und daß die Kommission im Juli—August 1947 den beiden Regierungen die Ergebnisse ihrer Arbeit unterbreitet, die in Ausarbeitung von Empfehlungen für die Errichtung der provisorischen demokratischen Regierung Koreas besteht.“

## Die Koreanische Frage nach der Moskauer Konferenz

Die Moskauer Konferenz wurde am 24. April beendet, der Notenwechsel zwischen Molotow und Marshall über Korea wurde jedoch fortgesetzt.

Am 2. Mai 1947 antwortete *Marshall* auf Molotows Brief: „Ich habe Ihren Brief vom 19. April 1947 erwogen, in dem Sie unseren Vorschlag zur Wiedereinberufung der Gemischten Kommission der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union annehmen und vorschlagen, daß die Kommission ihre Arbeit am 20. Mai dieses Jahres wiederaufnimmt. Ich habe ferner Ihre Erklärung zur Kenntnis genommen, daß die Kommission bei der Wiederaufnahme ihrer Arbeit »auf der Basis einer genauen Durchführung des Moskauer Abkommens über Korea« verfahren soll.“

Um für die Zukunft jedes Mißverständnis über den Ausdruck »genaue Durchführung« zu vermeiden, möchte ich hier meine Auslegung dieses Ausdrucks darlegen. In meinem an Sie gerichteten Brief vom 8. April erklärte ich, die Gemischte Kommission solle beauftragt werden, »ihre Arbeit unter den Bedingungen des Moskauer Abkommens auf der Basis der Achtung für das demokratische Recht der Meinungsfreiheit« zu beschleunigen.

Wenn ich diese Erklärung wiederhole, so habe ich ebenso wie zu der Zeit, da ich sie zum erstenmal machte, die wohlbekannte Einstellung der Regierung der Vereinigten Staaten im Sinne, daß die koreanischen Vertreter demokratischer Parteien und sozialer Organisationen nicht wegen ihrer in der Vergangenheit vertretenen oder geäußerten Meinung über die zukünftige Regierung ihres Landes von Beratungen mit der Kommission über die Bildung der provisorischen Regierung Koreas ausgeschlossen werden sollten, vorausgesetzt, daß sie bereit sind, mit der Kommission zusammenzuarbeiten.

Sie erwähnten drei Punkte, die für die Sowjetregierung von erst-rangiger Bedeutung in ihrer Politik gegenüber Korea sind. Ihre Erklärung über die Bedeutung der Errichtung einer provisorischen demokratischen Regierung für Korea auf der Grundlage einer breiten Beteiligung der demokratischen Parteien und sozialen Organisationen des Landes ist von Anfang an von der Regierung der Vereinigten Staaten als ein Grundstein ihrer Politik angenommen worden, die die Errichtung eines souveränen, von ausländischer Kontrolle unabhängigen und zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen berechtigten Korea fördern will.

Ich lege Ihren zweiten Punkt über die Errichtung »demokratischer autoritativer Behörden« für ganz Korea so aus, daß damit örtliche, provinzielle und nationale Regierungsbehörden gemeint sind, die, wie Sie sagen, durch freie Wahlen auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes errichtet werden.

Ich begrüße die in Ihrem dritten Punkt enthaltene Versicherung, daß Sie der Förderung einer Wiederaufrichtung Koreas als unabhängiger demokratischer Staat und der Entwicklung seiner nationalen Wirtschaft und Kultur große Bedeutung beimessen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat ein konstruktives Programm für die Wiedererrichtung der koreanischen Wirtschaft und die Entwicklung seines Erziehungswesens und seines politischen Lebens im Sinne.

Darf ich Sie um Ihre baldige Bestätigung bitten, daß wir uns über die Grundlage einig sind, auf der die Kommission ihre wichtigen Arbeiten wiederaufnehmen soll, so daß ich den Oberbefehlshaber der Vereinigten Staaten in Korea anweisen kann, die Vorbereitungen für die Eröffnungssitzung der Gemischten Kommission am 20. Mai 1947 in Söul zu treffen.

Ich werde den Regierungen Chinas und des Vereinigten Königreichs Abschriften dieses Briefes zukommen lassen.“

In dem am 10. Mai 1947 von der TASS-Agentur veröffentlichten Antwortbrief Molotows hieß es:

„Ich bestätige hiermit den Empfang Ihres Briefes vom 2. Mai, in dem Sie die Frage der Wiederaufnahme der Arbeit der sowjetisch-amerikanischen Kommission für Korea anschnitten.“

Ihr Vorschlag besteht, wenn ich ihn recht verstehe, darin, daß man vor Wiederaufnahme der Arbeit durch die Kommission zu einer Einigung über die Bedingungen kommen sollte, unter denen die demokratischen Parteien und sozialen Organisationen Koreas zu

Auch diese Note wurde Großbritannien und China zu-geleitet.

Colonel *Limb*, der Vorsitzende der koreanischen Kommission in Washington, warnte vor „einem kommunistischen Marionettenstaat, der von Moskau kontrolliert wird“, und forderte Marshall auf, alle patriotischen Koreaner zu den Verhandlungen zuzulassen — also auch diejenigen, die das Moskauer Abkommen zuerst abgelehnt hatten (vgl. Europa-Archiv S. 396).

Beratungen herangezogen werden sollen. Diese Frage war schon in einem Briefwechsel zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Oberbefehlshaber in Korea behandelt worden, und zwar, wie ich schon in meinem früheren Brief bemerkte, mit dem Ergebnis, daß sich beide Parteien in ihren Ansichten wesentlich näherkamen.

Der sowjetische Oberbefehlshaber machte in seinem Brief vom 26. November 1946 die folgenden Vorschläge als Grundlage für die Wiederaufnahme der Ausschussarbeiten:

1. Die gemeinsame Kommission sollte diejenigen demokratischen Parteien und Organisationen zur Beratung heranziehen, die den Moskauer Beschluß über Korea voll unterstützen.

2. Die zur Beratung mit der Kommission eingeladenen Parteien und sozialen Organisationen sollten für diese Besprechungen keine Vertreter ernennen, die durch aktiven Widerstand gegen den Moskauer Beschluß kompromittiert sind.

3. Die zu den Beratungen mit der Kommission eingeladenen Parteien und sozialen Organisationen dürfen zu dem Moskauer Beschluß über die Arbeit der Kommission nicht in Opposition stehen oder andere zur Opposition anstacheln. Andernfalls »und diese Parteien oder sozialen Organisationen durch Übereinkommen zwischen den beiden Delegationen von den weiteren Beratungen mit der Kommission auszuschließen.«

In dem Schreiben Molotows hieß es dann, daß sich der amerikanische Oberbefehlshaber in Korea am 24. Dezember 1946 bereit erklärt habe, die sowjetischen Vorschläge mit einigen Abänderungen anzunehmen.

Die von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Abänderungen forderten eine Modifizierung des sowjetischen Standpunktes über die Zulassung der koreanischen Parteien und Organisationen zu den Besprechungen der Kommission.

Molotow fuhr dann wörtlich fort:

„Ich bin bereit, diese von dem amerikanischen Oberbefehlshaber gemachten Abänderungsvorschläge anzunehmen, um die Wiederaufnahme der Kommissionsarbeiten und die Bildung der provisorischen demokratischen Regierung Koreas zu beschleunigen. Ich hoffe, daß nunmehr keine Gründe mehr für eine weitere Verzögerung der Einberufung der Kommission bestehen.“

Sie berichten in Ihrem Brief, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt über ein konstruktives Programm für den Wiederaufbau der Wirtschaft und der kulturellen und politischen Entwicklung Koreas berät. Wenn die Arbeiten zur Bildung der provisorischen demokratischen Regierung Koreas abgeschlossen sind, sollte die Kommission meiner Ansicht nach in Übereinstimmung mit dem Moskauer Beschluß über Korea unter Beteiligung der koreanischen Regierung über die amerikanischen und sowjetischen Vorschläge zur Unterstützung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts des koreanischen Volkes und zur Entwicklung der demokratischen Selbstregierung und Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit Koreas beraten und ihre Empfehlungen zu diesen Fragen beschließen und vorbringen.“

Die *New York Herald Tribune* vom 12. Mai 1947 erklärte in einem Korrespondentenbericht, daß der ehemalige Außenminister *Byrnes* schon auf der Moskauer Konferenz vom Dezember 1945 sofortige wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für Korea vorgeschlagen habe, während *Molotow* damals genau wie heute einwandte, daß eine politische Regelung vor wirtschaftlichen Maßnahmen stattfinden müsse.

Molotow erhielt am 13. Mai 1947 eine dritte Note *Marshall*s, in der die sowjetische Zusage angenommen und die Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Söul am 20. Mai bestätigt wurde. Gleichzeitig ließ Außenminister Marshall eine Anweisung an den Oberbefehlshaber in Korea ergehen, sofort Vorbereitungen für die Zusammenkunft in Söul zu treffen.

Eine aus 78 Mitgliedern bestehende Sowjetdelegation traf am 20. Mai 1947 in Söul ein. Am 21. Mai wurde die Konferenz von Generalmajor Albert E. Brown und Generaloberst Terenty *Schitkow* eröffnet.

S. v. U.



# Vier Rechenschaftsberichte über die Moskauer Konferenz

## Die „Iswestija“ über die Ergebnisse der Konferenz

In ihrer Ausgabe vom 24. April 1947 brachte das parteiamtliche Organ *Iswestija* folgenden Leitartikel:

„Auf der Tagesordnung der vor kurzem beendeten Moskauer Konferenz der Außenminister standen Fragen von großer historischer Bedeutung. Die vier Mächte, die den Sieg über Hitlerdeutschland errungen haben, sind an die Klärung des deutschen Problems herangetreten, das für Europa von entscheidender Bedeutung ist. Es mußte vollendet werden, was der Entente nach dem ersten Weltkrieg nicht gelungen war und nicht gelingen konnte. Es geht darum, den deutschen Staat, der ein Herd blutiger Kriege war, seines aggressiven Charakters zu entkleiden und ihn in die Familie der friedliebenden Länder aufzunehmen. Von dem Erfolg dieser großen Aufgabe hängt die Sicherheit der kommenden Generationen ab.

In seiner abschließenden Rede auf der Moskauer Konferenz sagte der Leiter der Sowjetdelegation und Außenminister der UdSSR, W. M. Molotow: »Wir haben bei der Erörterung der Fragen, die auf der Tagesordnung dieser Konferenz des Außenministerrates standen, viel Zeit und keine geringe Mühe aufgebracht. Unsere Arbeit ist nicht abgeschlossen, aber nichtsdestoweniger ist viel geleistet worden... Wir hoffen, daß die in Moskau geleistete Arbeit zum weiteren Erfolg der gemeinsamen Sache und zur Herbeiführung gemeinsamer Beschlüsse über alle noch nicht gelösten Fragen beitragen wird.«

In einigen wesentlichen Punkten des deutschen Problems sind die Teilnehmer an der Sitzung zu gemeinsamen Beschlüssen gelangt. Zu diesen Punkten gehört zum Beispiel der Beschluß über die Auflösung des preußischen Staates, dieser Stammburg und Feste der deutschen Militaristen, dieser unerschöpflichen Quelle von Angriffskriegen. Mit Genugtuung nahm die demokratische Weltöffentlichkeit von den Beschlüssen des Ministerrates über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung sowie über die sogenannten »Verschleppten Personen« und die territoriale Reorganisation Deutschlands Kenntnis. Wie bekannt, wurden diese Beschlüsse dem Kontrollrat in Deutschland als Direktiven für seine Arbeit übergeben. Dadurch wurde ein weiterer Baustein gelegt zu dem aufstrebenden Gebäude eines friedlichen und demokratischen deutschen Staates.

Einen wesentlichen Fortschritt erfuhr auch die Verfahrensregelung für den deutschen Friedensvertrag. Sowohl die Punkte der Verfahrensregelung, über die ein Übereinkommen zustande kam, als auch die, worüber ein solches nicht zu erzielen war, sind in einem einheitlichen Dokument zusammengefaßt und den Stellvertretenden Außenministern zur weiteren Untersuchung eingehändigt worden.

Eine Kommission wurde eingesetzt, die eine Reihe von Artikeln des Vertrages mit Österreich untersucht und konkrete Unterlagen für eine mögliche Angleichung der Standpunkte der Regierungen, die in der Kommission vertreten sind, schaffen soll.

Ein Beschluß über die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 wurde gefaßt. Ferner wurden einige Sonderfragen im Zusammenhang mit dem Bericht des Sachverständigenausschusses für Kohle u. a. gelöst.

Ohne Zweifel ist nicht wenig erreicht worden. Die Behandlung einer Reihe von Fragen konnte jedoch noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

In erster Linie gilt das für die wirtschaftlichen Prinzipien des deutschen Problems, den Stand der deutschen Nachkriegswirtschaft und den Reparationsplan. Die Sowjetdelegation hat erklärt, daß sie die wirtschaftlichen Prinzipien in organischem Zusammenhang mit der Frage der Reparationen sieht, der sie eine besondere Bedeutung beimißt. Hinsichtlich verschiedener Vorschläge der einzelnen Delegationen über die wirtschaftlichen Prinzipien bezeichnete die Sowjetdelegation eine Reihe von Momenten, in denen sie bereit ist, anderen Delegationen entgegenzukommen, sofern diese ihrerseits in der Reparationsfrage Entgegenkommen beweisen. Es ist im wesentlichen gerade auch die Frage der deutschen Reparationen, die dem Abschluß der österreichischen Regelung entgegensteht: neben dem Artikel über die Grenzen bildet den hauptsächlichsten Punkt des österreichischen Vertrages, in dem es

zu keiner Übereinstimmung gekommen ist, die Frage der deutschen Guthaben in Österreich.

Um die Bedeutung der gefaßten Beschlüsse und den Umfang der noch nicht gelösten Fragen ganz zu ermessen, muß man sich genau über das Ausmaß der gestellten Aufgaben Rechenschaft geben. Man kann mit ruhigem Gewissen behaupten, daß wohl noch nie im Wege diplomatischer Verhandlungen Aufgaben von solcher Wichtigkeit und Kompliziertheit behandelt wurden. Es ist durchaus verständlich, daß diese großen und komplizierten Fragen ihre Lösung nicht in einer einzigen Konferenz des Außenministerrates finden konnten und daher vertagt werden mußten.

Mag sein, daß die, welche heute von dem »Mißerfolg« der Moskauer Konferenz reden, irgendwelche besonderen geheimen Hoffnungen mit ihr verbunden, die mit den wahren Aufgaben der Regelung europäischer Probleme im Geiste internationaler Zusammenarbeit nichts Gemeinsames hatten. In diesem Falle müßten sie aber von der Enttäuschung ihrer Hoffnungen und nicht von dem »Mißerfolg« der Moskauer Konferenz reden.

Es muß unterstrichen werden, daß die Moskauer Konferenz der Außenminister der gemeinsamen Sache der Alliierten mehr Nutzen bringen konnte, wenn nicht gewisse Delegationen immer wieder bestrebt gewesen wären, zu bereits zurückgelegten Etappen zurückzukehren. Daraus ergab sich, daß bei der Arbeit der Konferenz Fragen, über die schon seit anderthalb bis zwei Jahren gemeinsame Beschlüsse vorliegen, über Gebühr viel Zeit in Anspruch nahmen.

Es muß offen herausgesagt werden, daß der Hauptkampf auf der Sitzung der Außenminister zwischen den verschiedenen Positionen der einzelnen Delegationen auf die Frage der Erfüllung der Beschlüsse der Konferenz von Jalta und Potsdam hinauslief. Während die Sowjetdelegation konsequent an der Erfüllung dieser Beschlüsse festhielt, versuchten andere Delegationen — insbesondere die amerikanische, aber auch die englische Delegation —, die auf der Krim und in Potsdam einstimmig angenommenen Beschlüsse über die deutsche Frage systematisch zu erschüttern. Die Sowjetdelegation bestand auf der Durchführung dieser Beschlüsse, damit das, was von den vier Mächten beschlossen und unterschrieben wurde, nicht auf dem Papier bleibt, sondern verwirklicht wird. Die Sowjetdelegation bot bei den Bestrebungen, die hauptsächlich von der amerikanischen und der englischen Delegation ausgingen, von diesen gemeinsamen Beschlüssen abzugehen, die Spitze. Dazu kamen die Versuche der genannten Delegationen, von der bis in die letzte Zeit regelmäßig im Außenministerrat und bei anderen Beratungen der vier Mächte üblichen Methode gemeinsamer Beschlüsse abzuweichen und zu Methoden zurückzukehren, die sich schon in der Vergangenheit als wirkungslos erwiesen haben und die darin bestehen, daß der eine Staat dem anderen seinen Willen aufzwingt. Diese altbekannte Methode, die den imperialistischen Mächten eigen ist, hat begreiflicherweise den entschiedenen Widerspruch der Sowjet-Union hervorgerufen. Es ist selbstverständlich, daß sowohl die Versuche, früher gefaßte gemeinsame Beschlüsse zu erschüttern und von ihrer Durchführung Abstand zu nehmen, als auch die Versuche der einen, ihren Willen anderen Partnern bei der Lösung internationaler Probleme aufzuzwingen, fühlbare Schwierigkeiten bei der Arbeit des Außenministerrates hervorrufen und sich auf die Ergebnisse seiner Arbeit ungünstig auswirken mußten. Die Sowjetdelegation tat auf jeden Fall alles, was in ihrer Macht stand, um der Moskauer Konferenz positive Ergebnisse zu sichern, unter allen Umständen aber die Klarstellung der wirklichen Positionen jedes Landes zu erlangen.

Die Sowjetdelegation hat auf der Londoner Konferenz der Außenminister konsequent und unerschütterlich die Interessen eines demokratischen und dauerhaften Friedens verteidigt. Sie bestand auf der Durchführung der Beschlüsse, die die verbündeten Länder im Interesse der Sicherheit der Völker für viele Jahre gefaßt haben. Auf die Verwirklichung dieses hohen, edlen Zieles waren die Anstrengungen der Sowjetdelegation gerichtet. Ihr Verhalten war ein klarer Ausdruck der sowjetischen Außenpolitik, die eine feste Stütze für Frieden und Sicherheit, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker ist und bleibt.“



## Die Rundfunkrede von Außenminister Marshall

Der amerikanische Außenminister *Marshall* erklärte am 29. April 1947 in seiner Rundfunkrede an die amerikanische Nation zu den Ereignissen der Moskauer Konferenz:

„Ich hoffe in dieser Rede deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß es sich bei den Besprechungen der Moskauer Außenministerkonferenz um Fragen grundsätzlicher Art handelte.

Diese Konferenz befaßte sich mit dem Kernproblem des Friedens, für den wir kämpfen. Sie befaßte sich mit dem Herzen Europas, Deutschland und Österreich, einem Gebiet mit einer zahlreichen und leistungsfähigen Bevölkerung, mit großen wirtschaftlichen Hilfsquellen und Fabrikanlagen, einem Gebiet, das zweimal innerhalb kurzer Zeit die Welt an den Rand des Verderbens gebracht hat. In den Moskauer Verhandlungen wurden alle Meinungsverschiedenheiten, die bereits während der Konferenz über die Friedensverträge mit Italien und den Balkanstaaten so deutlich zutage getreten waren, in den Brennpunkt gerückt, blieben aber praktisch ungelöst.

Probleme, die einen unmittelbaren Einfluß auf die Zukunft unserer Zivilisation haben, können nicht durch allgemeine Redereien oder ungenaue Formulierungen — „verderbliche Abstraktionen“, wie *Lincoln* sie nannte — abgetan werden. Sie erfordern konkrete Lösungen für ganz bestimmte, äußerst verwickelte Fragen, Fragen über Grenzregelungen, über die Macht, militärische Aggression zu verhindern, über verbitterte Menschen, die nicht vergessen können, über Produktion und Kontrolle der Güter, die für Millionen von Menschen lebensnotwendig sind. Sie sind durch Presse und Rundfunk über die täglichen Arbeiten des Außenministerrates laufend unterrichtet worden, und vieles, was ich zu sagen habe, mag Ihnen als Wiederholung erscheinen. Aber die drei Hauptpunkte der Verhandlungen waren so komplizierter Natur, daß ich es für angebracht halte, auf diese Probleme, so wie sie mir vom Konferenztisch aus erschienen, näher einzugehen.

Ein Friedensvertrag für Österreich und ein Viermächtepakt, der die Entmilitarisierung Deutschlands garantieren sollte, lagen durchaus im Bereich des Möglichen, ja sogar des Wahrscheinlichen, wie wir gehofft hatten. Was den deutschen Friedensvertrag und die damit im Zusammenhang stehenden täglich auftretenden Probleme anbelangt, so hatten wir gehofft, uns über Richtlinien einig zu werden, die unseren Stellvertretern bei ihren Vorbereitungsarbeiten für die nächste Konferenz als Anleitung hätten dienen können.

In einer Erklärung wie dieser kann man nicht alle die zahlreichen Punkte diskutieren, über die bis zum Ende der Konferenz die Meinungen weiterhin geteilt blieben. Ich denke, es wird ein Hinweis auf die grundlegenden Probleme genügen, deren Lösung wahrscheinlich eine baldige Bereinigung vieler anderer Meinungsverschiedenheiten mit sich bringen würde.

Um zu einem vollen Verständnis der Moskauer Konferenz zu kommen, muß man sich den komplizierten Charakter ihrer Probleme und deren unmittelbare Auswirkung auf die Völker Europas in den kommenden Monaten vor Augen halten. Es wird — um nur ein Beispiel zu nennen — in ganz Europa mehr Kohle für die Fabriken, die öffentliche Versorgung, die Eisenbahnen und für die Bevölkerung dringend gebraucht. Eine erhöhte Kohlenförderung und -lieferung für die alliierten Länder können jedoch erst erfolgen, wenn die beschädigten Bergwerke, Fördermaschinen, Bahnverbindungen und ähnlichen Einrichtungen wieder instand gesetzt sind. Diese Instandsetzungsarbeiten hängen von einer höheren Stahlproduktion ab, und diese wiederum von erhöhter Kohlenproduktion. Darum wird, solange die notwendigen Instandsetzungsarbeiten im Gange sind, in der unmittelbaren Zukunft weniger Kohle für die benachbarten alliierten Staaten zur Verfügung stehen. Diesen Punkt muß man im Auge behalten.

Weniger Kohle bedeutet aber weniger Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitskräfte und damit eine Verzögerung in der Produktion von Ausfuhrprodukten, die das zum Ankauf von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern benötigte Geld einbringen sollte. Darum wirkt sich die für die Instandsetzung der Bergwerke unvermeidliche Verzögerung in Frankreich so unmittelbar aus, daß die Regelung dieser Frage für Frankreich entscheidende Bedeutung gewonnen hat. Alle Nachbarstaaten sowie Großbritannien und die Sowjet-Union werden gleichfalls auf verschiedene Art unmittelbar betroffen, weil Kohle für eine ausreichende Produktion von Ausfuhrprodukten dringend erforderlich ist, um die Einfuhr der notwendigen Nahrungsmittel und so weiter zu ermöglichen, für die gegenwärtig die Vereinigten Staaten aufkommen.

Darüber hinaus steht im Hintergrund dieser Kohlenfrage, die mit der Stahlerzeugung unmittelbar zusammenhängt, das so wichtige Problem des Wiederaufbaus einer deutschen Schwerindustrie,

die später erneut zu einer Bedrohung des Weltfriedens werden könnte. Ich erwähne dieses Einzelbeispiel, um daran die Verwicklungen anschaulich zu machen, die sich bei der Behandlung dieser Fragen ergeben.

Der Alliierte Kontrollrat in Berlin legte einen ausführlichen Bericht über die vielen Probleme zur politischen, militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Lage unter der gegenwärtigen Militärregierung in Deutschland vor. Im Zusammenhang mit den hier behandelten Angelegenheiten erwogen die Außenminister Form und Machtbereich der vorläufigen politischen Organisation für Deutschland und das Verfahren, das bei der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages einzuschlagen wäre.

Mit den Beratungen über Deutschland wurde nicht nur die Frage der Sicherheit Europas und der Welt, sondern auch die des Wohlstandes ganz Europas aufgeworfen. Es war unsere Aufgabe, die Bedingungen für einen Vertrag zu erörtern, der auf eine lange Reihe von Jahren hinaus Gültigkeit haben wird. Gleichzeitig sahen wir uns unmittelbaren Problemen gegenüber, die von lebenswichtiger Bedeutung für die verarmten, notleidenden Völker Europas sind, die unsere Hilfe anrufen und um Kohlen, Nahrungsmittel und andere Gebrauchsgüter des Lebens bitten und die in ihrer Mehrzahl über Deutschland verbittert sind, das dieselbe verheerenden Zustände herbeigeführt hat. Diese Fragen sind auch von entscheidender Bedeutung für die Völker Britanniens und der Vereinigten Staaten, die nicht auf die Dauer Hunderte von Millionen Dollar für Deutschland ausgeben können, bloß weil es unterlassen wurde, die erforderlichen Maßnahmen zur schnellen Beseitigung der Zustände zu treffen, die solche Zuweisungen notwendig machen.

Die entscheidenden deutschen Grundprobleme, auf die ich mich beschränken will, sind:

1. die Begrenzung der Machtbefugnisse der Zentralregierung;
2. die Art des Wirtschaftssystems und seine Beziehungen zu ganz Europa;
3. Art und Umfang der Reparationen;
4. die Grenzen des deutschen Staates;
5. inwieweit die alliierten Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden haben, bei der Ausarbeitung und Bestätigung des Friedensvertrages vertreten sein sollen.

Alle Mitglieder des Außenministerrates sind sich anscheinend über die Errichtung eines deutschen Staates einig, der sich selbst erhalten kann, auf demokratischer Grundlage aufgebaut wird und Beschränkungen unterworfen ist, die sein Wiedererstarken als Militärmacht verhindern.

Der Grad der Zentralisierung des zukünftigen deutschen Staates ist eine Frage von größter Bedeutung. Eine übermäßige Zusammenballung der Macht ist besonders gefährlich in einem Lande wie Deutschland, wo die Rechte des Einzelmenschen wie auch die Rechte der Gemeinschaft auf Kontrolle über die Ausübung der Regierungsgewalt nicht durch starke Bande der Tradition gefestigt sind. Die Sowjet-Union begünstigt offenbar eine starke Zentralregierung. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien lehnen eine solche Regierung ab, weil sie ihrer Meinung nach zu leicht in eine Regierungsform nach dem Muster des Naziregimes umgewandelt werden könnte. Sie bevorzugen eine Zentralregierung mit genau abgegrenzten Befugnissen und wollen alle übrigen Machtbefugnisse den Ländern überlassen. Die Franzosen möchten einer deutschen Zentralregierung nur sehr beschränkte Verantwortlichkeit zugestehen. Sie fürchten die Wiederholung einer sich über ganz Deutschland erstreckenden Machtergreifung, wie sie 1933 durch das Hitlerregime durchgeführt wurde.

Bereits unter normalen Voraussetzungen gibt es immer stark auseinandergehende Ansichten über das Wesen einer neu zu schaffenden Regierungsform. Im vorliegenden Fall kommen die großen und berechtigten Befürchtungen vor einem Wiederaufstieg Deutschlands zu militärischer Macht hinzu sowie die Sorgen über offene und heimliche Wünsche, die völlig anderen Gründen entspringen.

Über die Art des deutschen Wirtschaftssystems und seine Beziehungen zum übrigen Europa gehen die Meinungen noch viel ernstlicher auseinander und werden daher noch viel schwerer zu überbrücken sein. Die deutsche Wirtschaft ist gegenwärtig durch das Fehlen einheitlicher Maßnahmen gelähmt, und sofortige Entscheidungen sind erforderlich, um den Wiederaufbau so weit zu bringen, daß Deutschland sich wieder ohne Hilfe von außen selbst erhalten kann. Die beteiligten Mächte haben sich einig erklärt in dem Wunsch nach einer deutschen Wirtschaftseinheit, wenn es aber auf die praktischen Bedingungen ankommt, nach denen diese Wirtschaftseinheit herbeigeführt werden soll, ergeben sich weitgehende und ernste Meinungsverschiedenheiten. Eines der



größten Hindernisse für die Bemühungen um eine Wirtschaftseinheit liegt in der Tatsache, daß in der sowjetisch besetzten Zone praktisch ohne Rücksicht auf die anderen Zonen vorgegangen und über die Vorgänge in dieser Zone nur wenig oder gar nichts bekanntgegeben wurde. Man hat sich dort nur wenig oder gar nicht geneigt gezeigt, auf einer Grundlage der Gegenseitigkeit zu verfahren, und Auskünfte über verfügbare Lebensmittel und den Grad oder die Art der dieser Zone entnommenen Reparationen wurden verweigert.

Die Abneigung der sowjetischen Behörden, an der Errichtung einer ausgeglichenen deutschen Wirtschaft, wie sie in Potsdam vereinbart worden war, mitzuarbeiten, ist der größte Hemmschuh für eine Entwicklung, die Deutschland instand setzen soll, sich ohne fremde Unterstützung zu erhalten und Kohle sowie andere Güter an seine Nachbarstaaten zu liefern, die beim Bezug dieser Güter schon immer auf Deutschland angewiesen waren. Nach langen und vergeblichen Bemühungen, in dieser Frage gemeinsam zu einer brauchbaren Lösung zu kommen, erfolgte die wirtschaftliche Verschmelzung der britischen und der amerikanischen Zone, um durch freien Austausch von überschüssigen Gütern oder landwirtschaftlichen Erzeugnissen zwischen beiden Zonen und durch Verwendung von Überschüssen in Mangelgebiete eine Verbesserung der Wirtschaftslage herbeizuführen. Unser Angebot an Frankreich und die Sowjet-Union, sich uns dabei anzuschließen, halten wir weiter aufrecht. Dieser Zusammenschluß wird von sowjetischer Seite als ein Bruch des Potsdamer Abkommens und als erster Schritt auf dem Wege zur Zerstückelung Deutschlands scharf angegriffen, wobei die einfache Tatsache ganz außer acht gelassen wird, daß der einzige Grund für diesen Zusammenschluß die eigene Weigerung war, das Potsdamer Abkommen zu erfüllen. Man kann diese Angriffe nur als Propaganda betrachten, die von der Tatsache ablenken soll, daß die Sowjet-Union die in Potsdam beschlossene Wirtschaftseinheit nicht verwirklicht hat. Ein kleiner Fortschritt auf dem Wege zur deutschen Wirtschaftseinheit ist gewiß besser als gar keiner.

Die Form der Kontrolle über das Industriezentrum im Ruhrgebiet, die größte Zusammenballung von Kohlevorkommen und Schwerindustrie in Europa, bleibt weiterhin eine Streitfrage. Man kann darüber nicht lediglich deshalb eine Entscheidung treffen, weil man zu einer Einigung gelangen will. Lebenswichtige Überlegungen und schwerwiegende Folgen sind mit dieser Frage verbunden.

Die Frage der Reparationen ist von entscheidender Bedeutung, da sie mit fast allen anderen zur Debatte stehenden Fragen in Zusammenhang steht. Dieses Problem erweckt natürlich das allergrößte Interesse bei der Bevölkerung derjenigen alliierten Staaten, die unter den Schrecken der deutschen Besetzung und der Zerstörung ihrer Städte und Dörfer gelitten haben.

Die Ergebnisse des Versailler Friedensvertrages von 1919, der die Zahlung von Reparationen auf Dollarbasis festlegte, und die Schwierigkeiten, mit denen die nach Jalta ernannte Reparationskommission zu kämpfen hatte, um zu einer Einigung über die Dollarbewertung der Sachleistungen zu kommen, brachten Präsident Truman und seine Ratgeber bei den Besprechungen in Potsdam zu der Überzeugung, daß eine andere Grundlage für die Festlegung der Reparationen gefunden werden müsse, wenn in den kommenden Jahren endlose Streitigkeiten und V erbitterung vermieden werden sollten. So gelangten sie zu dem Übereinkommen, daß Reparationen grundsätzlich aus der Wirtschaftssubstanz zu leisten wären, das heißt durch Lieferung deutscher Fabriken, Maschinen und anderer Güter an die betreffenden alliierten Mächte.

Auf der Moskauer Konferenz stellte sich heraus, daß die sowjetischen Vertreter die schriftlichen Abmachungen dieses Abkommens vollkommen anders als Präsident Truman und der ehemalige Außenminister Byrnes auslegten. Großbritannien vertritt in dieser Angelegenheit im wesentlichen denselben Standpunkt wie die Vereinigten Staaten.

Nach unserer Ansicht waren im Potsdamer Abkommen keine Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion vorgesehen. Die sowjetischen Vertreter lehnen diese Ansicht kategorisch ab. Sie behaupten, daß die früheren Besprechungen und Abmachungen von Jalta ihnen das Recht geben, Reparationen im Werte von Milliarden von Dollar aus der laufenden Produktion zu entnehmen. Unter dieser Voraussetzung würde ein wesentlicher Teil der täglichen Produktion deutscher Fabriken für Reparationsleistungen aufgebracht und dadurch wiederum der Zeitpunkt weit hinausgeschoben werden, an dem sich Deutschland selbst erhalten kann. Unser Plan und die Hoffnung unserer Regierung, daß die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands im Laufe von drei Jahren unsere Hilfsleistungen an die deutschen Bewohner unserer Zonen überflüssig machen wird, würden damit ebenfalls scheitern.

Dieses Problem bietet viele Schwierigkeiten, über die wir zu einer Einigung kommen müssen, wenn wir Deutschland als Wirt-

schaftseinheit verwalten wollen, wie es angeblich der Wunsch aller ist.

Die Alliierten sind sich jedoch allgemein darüber einig, daß die Frage der für die Demontage als Reparationsleistungen vorgesehenen Fabriken und Einrichtungen erneut einer Prüfung unterzogen werden muß. Sie erkennen an, daß eine zu drastische Herabsetzung der deutschen Industriekapazität es nicht nur für Deutschland schwierig machen wird, sich selbst zu erhalten, sondern auch die wirtschaftliche Gesundung Europas verzögern würde. Die Vereinigten Staaten haben ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck gebracht, die Möglichkeit begrenzter Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion in Erwägung zu ziehen. Diese sind als Ausgleich für die ursprünglich als Reparationsleistungen an verschiedene alliierte Länder vorgesehenen Fabriken gedacht, die nach der jetzigen Auffassung in Deutschland verbleiben sollen. Diese Reparationen aus der laufenden Produktion wären unter der Bedingung zu leisten, daß sie keine Erhöhung der finanziellen Belastung für die Besatzungsmächte verursachen und die Rückzahlung von Vorschüssen nicht verzögern, die Deutschland gewährt wurden, um es vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten. Die sowjetische Regierung hat diesen Vorschlag unbeantwortet gelassen.

Die Frage der künftigen Grenzen Deutschlands gibt Anlaß zu ersten Meinungsverschiedenheiten und ist ein weiteres Beispiel für die vollkommen voneinander abweichenden Auffassungen der Erklärungen, die die Regierungschefs der drei Mächte zu dieser Frage abgegeben haben. Bei dem schnellen Vormarsch der Sowjetarmeen in der letzten Phase des Krieges flüchteten Millionen von Deutschen aus Ostdeutschland in die westlich der Oder gelegenen Gebiete. Die Sowjetarmeen hatten dieses Gebiet, das von den Deutschen weitgehend geräumt war, schon vor der Potsdamer Konferenz den Polen unterstellt. Das war die Lage, wie Präsident Truman sie in Potsdam vorfand. Unter den gegebenen Umständen erkannte der Präsident die Lage vorläufig an mit dem Hinweis auf die Dreimächteerklärung, daß „die Regierungschefs nochmals ihre Ansicht zum Ausdruck bringen, daß die endgültige Festlegung der Westgrenzen Polens für die Friedensregelung vorbehalten bleiben soll“. Der sowjetische Außenminister erklärt nun, daß in Potsdam ein endgültiges Übereinkommen über die Grenzen zwischen Deutschland und Polen erzielt worden sei und daß die von mir soeben zitierte Erklärung sich lediglich auf die formelle Bestätigung der bereits vereinbarten Grenze durch den Friedensvertrag beziehe, so daß seiner Meinung nach nur noch die technische Durchführung der Grenzziehung zu erwägen übrig bleibe.

Die Vereinigten Staaten haben die in Jalta übernommene Verpflichtung anerkannt, Polen für die Gebiete zu entschädigen, die östlich der Curzonlinie in die Sowjet-Union eingegliedert wurden. Eine endgültige Aufrechterhaltung der gegenwärtigen zeitweiligen Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen würde Deutschland jedoch Gebiete nehmen, die vor dem Kriege mehr als ein Fünftel der für die deutsche Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel lieferten. Es ist klar, daß Deutschland auf jeden Fall gezwungen sein wird, auf einem beträchtlich verkleinerten Gebiet nicht nur seiner Vorkriegsbevölkerung, sondern auch einer beträchtlichen Anzahl von Deutschen aus Osteuropa einen Lebensunterhalt zu gewähren. Bis zu einem gewissen Grade ist diese Lage unvermeidlich, aber einer weiteren Verschärfung dürfen wir nicht zustimmen. Wir wollen nicht, daß Polen etwa schlechter gestellt sein soll als vor dem Kriege. Polen hat ein Anrecht auf Gebietszuwachs, aber wenn man ihm Grenzen gibt, aus denen ihm in der Zukunft wahrscheinlich Schwierigkeiten erwachsen werden, so leistet man ihm keinen guten Dienst. Wie immer auch die Grenzen gezogen werden, sie dürfen keine Schranken für den Handel darstellen, von dem das Wohl Europas abhängt. Wir müssen auf eine Zukunft hoffen, in der ein demokratisches Polen und ein demokratisches Deutschland in guter Nachbarschaft miteinander leben.

Meinungsverschiedenheiten herrschen auch über die Form, in der die alliierten Mächte, die sich im Kriegszustand mit Deutschland befunden haben, an der Ausarbeitung und dem Abschluß des deutschen Friedensvertrages teilnehmen sollen. Es handelt sich dabei um insgesamt 51 Staaten. Von diesen haben neben den vier Großmächten achtzehn unmittelbar an den Kampfhandlungen teilgenommen, manche natürlich in größerem Ausmaß als andere. Die Vereinigten Staaten vertreten die Auffassung, daß den alliierten Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befunden haben, Gelegenheit gegeben werden soll, sich in gewissem Umfang am Entwurf und Abschluß des Friedensvertrages zu beteiligen. Wir sehen andererseits ein, daß wir mit dem Entwurf eines Friedensvertrages, an dem 51 Nationen in allen Phasen der Verhandlung gleichberechtigt teilnehmen, in der Praxis auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würden, wenn er nicht gar völlig unmöglich ist. Daher hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten bemüht, die Übereinstimmung vermittels einer Methode zu er-



reichen, die zwei verschiedene Verfahren vorsieht, je nachdem, ob der betreffende Staat tatsächlich an den Kämpfen teilgenommen hat oder nicht. Es soll jedoch allen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Ansichten vorzubringen und gegen andere Ansichten Stellung zu nehmen. Bei der Annahme des Vertrages sollen alle Mächte auf der Friedenskonferenz vertreten sein.

Es ist schwierig, von den Ländern, welche die Schrecken der deutschen Besetzung durchgemacht und in den harten Kämpfen schwere Verluste erlitten haben, die Zustimmung zur Teilnahme derjenigen Länder an der Festlegung der Friedensbedingungen zu erhalten, die weder Menschen- noch Materialverluste hatten und sich weit vom Schuß befanden. Die Vereinigten Staaten halten es jedoch für unerlässlich, daß alle Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, ein gewisses Recht zur Darlegung ihres Standpunktes bei den Verhandlungen über den Vertrag erhalten, der Deutschland auferlegt wird.

Der Vorschlag zu einem Viermächtepakt wurde vor einem Jahr von der Regierung der Vereinigten Staaten vorgebracht. Wir hofften damals, die sofortige Annahme dieses einfachen Paktes, der noch vor der Ausarbeitung des deutschen Friedensvertrages die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Maßnahmen zur Verhinderung einer deutschen Wiederaufrüstung unter Beweis stellen sollte, werde Befürchtungen für die Zukunft ausschalten und eine Friedensregelung erleichtern; die Europas gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnissen gerecht wird. Wir hofften auch, eine solche Maßnahme der Vereinigten Staaten werde die Befürchtungen der anderen europäischen Mächte zerstreuen, daß die Vereinigten Staaten wieder, wie schon nach dem ersten Weltkrieg, auf verschiedenen Bedingungen des Friedensvertrages bestehen und sich dann von jeglicher Verantwortung für dessen Durchführung zurückziehen würden. Wir glaubten, der Zusammenschluß der vier Großmächte in der Übernahme der Garantie für die Entmilitarisierung Deutschlands werde die Welt davon überzeugen, daß wir uns in unserer Absicht, den Frieden Europas zu sichern, völlig einig sind.

Die sowjetische Regierung beantwortete jedoch unseren Vorschlag mit einer Reihe von Abänderungsvorschlägen, die den Charakter des Paktes völlig verändert und ihn praktisch zu einem komplizierten Friedensvertrag gemacht hätten. Überdies war in die Abänderungsvorschläge der größte Teil derjenigen Punkte hineingebracht worden, über die, wie ich bereits ausführte, erste Meinungsverschiedenheiten bestanden. Angesichts dieses Vorgehens mußte ich zu der Annahme kommen, daß die Sowjetregierung entweder einen solchen Pakt nicht wünschte oder die Aussichten auf dessen baldige Annahme durch ihre Machenschaften in weite Ferne rücken wollte. Ob schließlich ein solches Abkommen erzielt werden kann oder nicht, bleibt abzuwarten. Die Vereinigten Staaten sollten jedoch meiner Meinung nach auf ihrem Standpunkt beharren und darauf bestehen, daß der Pakt einfach gehalten und auf den einzigen ihm zugrunde liegenden Zweck beschränkt bleibt: Deutschland die Möglichkeit zu nehmen, jemals wieder einen Krieg zu beginnen.

Bei den Besprechungen über den Staatsvertrag mit Österreich wurde nur in wenigen Punkten keine Einigung erzielt, aber diese waren von grundlegender Bedeutung. Die Sowjet-Union befürwortet eine Zahlung von Reparationen und die Abtretung Kärntens an Jugoslawien, während die anderen Mächte dagegen sind.

Weitaus größere Bedeutung mißt die Sowjet-Union jedoch ihrer Bedingung bei, daß ihr bei ihrer Forderung auf deutsche Vermögenswerte in Österreich, die ihr auf Grund des Potsdamer Abkommens zustehen, auch solche Vermögenswerte ausgeliefert werden, die nach Auffassung der anderen drei Mächte den Österreichern oder Staatsangehörigen von Vereinten Nationen nach der Machtübernahme in Österreich im März 1938 durch Hitler und seine Naziregierung mit Gewalt oder Zwang abgenommen worden sind. Die Sowjetregierung hat es abgelehnt, hier das Wort Zwang zu berücksichtigen, das nach Ansicht der anderen drei Mächte die begriffsbestimmende Grundlage dafür ist, welche Vermögenswerte, das heißt Geschäftsunternehmen, Fabriken, Ländereien, Wälder und so weiter wirklich als deutsches Eigentum zu bezeichnen und nicht durch Besitzergreifung unter Anwendung von Terror, Einschüchterung, Scheinerwerb und dergleichen in deutsche Hände übergegangen sind. Die Sowjet-Union hat es ferner abgelehnt, ein Vermittlungsverfahren zur Beilegung der Streitigkeiten in Erwägung zu ziehen, die sich unter diesen Umständen mit Sicherheit ergeben werden. Ebensowenig war sie bereit, sich eindeutig damit einverstanden zu erklären, Vermögenswerte, die ihr als ehemals deutscher Besitz zugesprochen werden, genau wie alle anderen ausländischen Guthaben österreichischem Recht zu unterstellen. Die Billigung des sowjetischen Standpunktes würde einen so umfangreichen Teil der österreichischen Wirtschaft der gesetzlichen Kontrolle Österreichs entziehen, daß die Aussichten des Landes auf ein Weiterbestehen als unabhängiger, sich selbst

erhaltender Staat zweifelhaft würden. Österreich würde dann tatsächlich zu einem Marionettenstaat werden.

Alle Bemühungen, zu einer Kompromißlösung zu gelangen, waren erfolglos. Die Vereinigten Staaten konnten sich meiner Ansicht nach nicht in einem Vertrage binden, welcher derartige offen zutage tretende Ungerechtigkeiten enthält und — und das ist ebenso wichtig — Österreich so schwach und hilflos machen würde, daß es in Zukunft eine große Gefahrenquelle sein würde. In der Schlußsitzung der Konferenz wurde vereinbart, am 12. Mai solle in Wien eine Kommission zusammentreten, die noch einmal die strittigen Punkte aufrollen soll. Weiterhin wurde beschlossen, ein Sachverständigenausschuß solle die Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich prüfen. Auf jeden Fall ist es nötig, daß wir in Bezug auf den österreichischen Vertrag unverzüglich handeln, wenn wir unseren Verpflichtungen nachkommen wollen. Österreich als freien und unabhängigen Staat anzuerkennen und es von der Last der Besetzung zu befreien.

So verwickelt diese Probleme auch sind, es zeichnet sich doch in ihnen schon der zukünftige Charakter Mitteleuropas und des dort einzuführenden Kontrollsystems ab. Die Außenminister waren sich darin einig, daß es ihre Aufgabe ist, die Grundlage für eine Zentralregierung in Deutschland zu schaffen, die für Deutschlands Existenz und die Wiedergesundung Europas unerlässliche Wirtschaftseinheit herbeizuführen, annehmbare Grenzen festzusetzen und durch einen Viermächtepakt eine Garantie der Kontrolle zu schaffen. Österreich sollte unverzüglich von den Lasten seiner Besetzung befreit und als unabhängiger, befreiter Staat behandelt werden. Eine Einigung war in Moskau deshalb unmöglich, weil nach unserer Ansicht die Sowjet-Union auf Vorschlägen bestand, deren Verwirklichung in Deutschland eine Zentralregierung geschaffen hätte, die eine absolute Kontrolle über das Land gewinnen kann, das wirtschaftlich infolge der unzulänglichen Größe seines Gebietes und auf Grund seiner Übervölkerung zum Untergang verdammt und mit der Verpflichtung belastet wäre, einen großen Teil seiner Produktion als Reparationsleistung in erster Linie an die Sowjet-Union auszuliefern. In anderer Form forderte die sowjetische Abordnung die Auferlegung einer ebensolchen Belastung auf Österreich.

Ein solcher Plan würde nach Ansicht der amerikanischen Abordnung bedeuten, daß die Vereinigten Staaten diese Länder auf unabsehbare Zeit zu unterstützen hätten, und würde nur zu einer Verschlechterung des Wirtschaftslebens in Deutschland und Europa und zu einem unvermeidlichen Wiederauftauchen von Diktatur und Kampf, führen.

Die uneingeschränkte Nachrichtengebung, für die unsere Regierung eintritt, bringt eine Beteiligung der öffentlichen Meinung mit sich. Aber in Moskau schien es, als appelliere die Propaganda nicht an die Vernunft und das Verständnis der Menschen, sondern an Leidenschaften und Vorurteile. Die sowjetische Abordnung stellte Behauptungen auf und vertrat eine Auslegung des Potsdamer Abkommens und anderer Abkommen, die völlig von den Tatsachen abwichen, wie sie von der amerikanischen Delegation aufgefaßt oder tatsächlich verstanden wurden.

Natürlich ergaben sich viele Unklarheiten bezüglich der wirklichen Absichten oder Motive, die hinter den verschiedenen Vorschlägen und Einwendungen zu suchen waren. Das läßt sich bei keiner internationalen Verhandlung vermeiden. Aber die ausschlaggebenden Meinungsverschiedenheiten wurden zum erstenmal ins Licht gerückt und sind jetzt in allen Einzelheiten deutlich erkennbar, so daß man bei zukünftigen Verhandlungen schon mit einer genauen Kenntnis der zu lösenden Probleme beginnen kann. Die Abgeordneten kennen jetzt die genaue Ansicht der anderen Regierungen über die verschiedenen zur Debatte stehenden Punkte, und mit einer solchen Kenntnis können sie möglicherweise einige weitere Differenzen beseitigen oder doch bestimmt zu einer weiteren Klärung der Probleme durch eine durchdachte Darstellung über den Stand der Verhandlungen beitragen. Das ist das äußerste, was man sich von den nächsten Monaten erhoffen kann; es stellt einen gewissen Fortschritt dar, so qualvoll und langsam dieser auch erzielt sein mag. Alle diese Probleme sind von ungeheurer Bedeutung für das Leben der europäischen Völker und den künftigen Verlauf der Weltgeschichte. Wir dürfen uns in grundsätzlichen Fragen nicht auf Kompromisse einlassen, um zu einer Einigung um der Einigung willen zu kommen. Wir müssen uns ehrlich bemühen, den Standpunkt derer zu verstehen, deren Meinung wir nicht teilen.

In diesem Zusammenhang halte ich es für angebracht, einen Teil der Erklärung wiederzugeben, die Generalissimus Stalin mir gegenüber abgab. Er sagte über die Konferenz, sie sei lediglich ein Vorgeplänkel der Aufklärungskräfte. Auch in der Vergangenheit habe es Meinungsverschiedenheiten über andere Fragen gegeben, und gewöhnlich habe man die Notwendigkeit eines Kompromisses



erkannt, nachdem man sich in Auseinandersetzungen erschöpft habe. Es sei möglich, daß bei dieser Sitzung kein großer Erfolg erzielt werde, aber er glaube, daß in allen grundlegenden Fragen ein Kompromiß möglich sei, sowohl im Hinblick auf die Entmilitarisierung und die politische Gestaltung Deutschlands als auch auf die Reparationen und die Wirtschaftseinheit. Man müsse nur Geduld haben und dürfe nicht pessimistisch werden.

Ich hoffe ernstlich, daß Generalissimus Stalin mit seiner Ansicht recht hatte und daß er mit dieser Ansicht eine bessere Bereitschaft zur Zusammenarbeit seitens der sowjetischen Delegation für zukünftige Konferenzen ankündigte. Wir dürfen aber hier nicht übersehen, welche Rolle der Zeitfaktor spielt. Die Gesundung Europas macht viel langsamere Fortschritte, als man erwartet hatte. Es machen sich zersetzende Kräfte bemerkbar. Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. Darum glaube ich nicht, daß wir einen Erschöpfungskompromiß abwarten dürfen. Täglich ergeben sich neue Fragen. Es müssen unverzüglich alle nur möglichen Maßnahmen ergriffen werden, um diesen drängenden Problemen zu begegnen.

Abschließend muß ich noch einen Gesichtspunkt erwähnen, der

für unser ganzes Volk von überragender Bedeutung ist. Ich hatte zwar nicht den Vorzug wie Mr. Byrnes, von zwei führenden Mitgliedern des außenpolitischen Senatsausschusses begleitet zu sein, aber ich hatte Mr. Dulles zur Seite, einen hervorragenden Vertreter der Republikanischen Partei, dessen anerkanntes Fachwissen in auswärtigen Angelegenheiten und internationalen Verhandlungen und Vertragsabschlüssen von unschätzbarem Wert ist. Die feste und erfolgreiche Führung der Politik, die zur Zeit der Moskauer Konferenz während einer Senatsdebatte von ungeheurer Bedeutung über die Entwicklung unserer Außenpolitik von den Senatoren *Vandenberg* und *Connally* an den Tag gelegt wurde, hat tatsächlich deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die amerikanische Haltung in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten von einem Zweiparteiensystem bestimmt ist. Die Tatsache, daß in Washington so offensichtlich Einmütigkeit über die Ziele bestand, war für mich in Moskau eine unschätzbare Hilfe. Die gegenwärtige Weltlage und die Stellung der Vereinigten Staaten erfordern meiner Meinung nach eine einmütige Haltung des amerikanischen Volkes. Aus diesem Grunde habe ich auch meine Ansichten über die Konferenz in einem so ausführlichen Bericht dargelegt.

## Außenminister Bidault vor der französischen Nationalversammlung

Am 14. Mai 1947 nahm der französische Außenminister *Georges Bidault* vor dem Auswärtigen Ausschuß der Nationalversammlung Stellung zu der Moskauer Außenministerkonferenz. Über seine unter Ausschluß der Öffentlichkeit gemachten Äußerungen ist nichts bekanntgeworden.

Auf einer Pressekonferenz am 16. Mai behandelte der französische Außenminister erneut das Thema der Moskauer Konferenz.

Ein Ergebnis der siebenwöchigen Konferenz sei es gewesen, daß man die Stellung der vier Großmächte zum deutschen und österreichischen Problem, die bis dahin nur aus Dokumenten und einseitigen Reden bekanntgeworden sei, zum ersten Mal klar und eindeutig festgelegt habe. Andererseits seien aber so schwerwiegende und grundlegende Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, daß über keine der drei wesentlichen Fragen — die Wirtschaftseinheit Deutschlands, die Festlegung des Industrieniveaus und schließlich die Frage der Reparationen einschließlich der Entnahmen aus der laufenden Produktion — eine Einigung erzielt werden können. Diese drei Probleme seien eng miteinander verknüpft und müßten gemeinsam untersucht werden, und zwar nach der von Frankreich vertretenen Meinung durch Fachleute.

Der Minister fuhr fort, er glaube nicht, daß der erste Fehlschlag nicht wieder gutzumachen sei. Man sei ja auch im Falle Italiens und der kleineren Verbündeten Deutschlands zu einem zwar nicht vollkommenen, aber doch annehmbaren Abkommen gelangt. Aber die Zeit dränge immer mehr, und im Hinblick auf die Lage der Deutschen und die Entwicklungen in der Welt sei Eile am Platze. Er hoffe, daß im Herbst große Fortschritte gemacht würden, denn das sei notwendig.

Zu der Frage des Wirtschaftsanschlusses des Saargebiets an Frankreich erklärte der französische Außenminister:

„Niemand hat uns den Anschluß des Saargebiets verweigert. Aber die Tatsache, daß Molotow unsere Forderungen nicht abgelehnt hat, bedeutet nicht, daß er sie angenommen hat.“

Diese Frage liege der französischen Regierung sehr am Herzen, und sie werde alle Mittel anwenden, um ihren Vorschlag durchzusetzen.

Über die Zonenvereinigung erklärte Bidault, Frankreich wünsche eine Zusammenlegung aller vier Zonen unter Berücksichtigung der französischen Ansprüche. Er lehne es jedoch ab, über die Möglichkeit einer Zusammenlegung der drei westlichen Zonen — das heiße über die Aussicht eines zerrissenen Friedens — zu sprechen, „solange diese beklagenswerte Aussicht noch nicht Wirklichkeit geworden ist.“

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz erklärte Außenminister Bidault, Frankreich lehne die russische Forderung nach Reparationen aus der laufenden Produktion nicht grundsätzlich ab. Aber das Problem sei sehr kompliziert und

eng verknüpft mit der Festsetzung des deutschen Industrieniveaus. Nur durch die Arbeit von Sachverständigen könne festgelegt werden, wie hoch dieses Niveau sein müsse, wenn gleichzeitig Reparationen, aus der Produktion entnommen, die deutsche Kohlenausfuhr ermöglicht und eine ausgeglichene Handelsbilanz und der deutsche Lebensstandard sichergestellt werden sollen. Solange die Sachverständigen nicht gesprochen hätten, bleibe es bei abstrakten und theoretischen Erörterungen.

Zur Lösung der Ruhrfrage lägen jetzt vier Vorschläge vor, und es sei noch keine Einigung abzusehen. Die Lösung des französischen Problems sei aber vom Standpunkt der europäischen Interessen aus die größte Aufgabe.

Am 21. Juni 1947 gab Außenminister Bidault vor der französischen Nationalversammlung einen umfassenden Rechenschaftsbericht über die Ergebnisse der Moskauer Konferenz ab. Dieser Bericht wurde so spät gegeben, weil die französische Nationalversammlung sich in der vorhergegangenen Zeit mit vordringlichen innerpolitischen Problemen befassen mußte.

Die Erklärung Bidaults hatte folgenden Wortlaut:

„Nach Abschluß der Moskauer Konferenz erhebt sich die dramatische Frage: Wird es möglich sein, die Einigkeit der Welt zu erhalten? Diese Frage, die schon seit einiger Zeit im Hintergrunde sichtbar wurde, steht seit dem vergangenen Frühjahr klar formuliert vor uns.“

Das Ergebnis der Konferenz, zwei Jahre nach dem Sieg über Deutschland, war eine Präzisierung der Standpunkte der vier Mächte. Der Zusammenprall und die Vielfalt der Unstimmigkeiten sind ein Unglück für diejenigen, die auf den Frieden warten. Frankreich ist dafür nicht verantwortlich. Es hat immer wieder die vordringliche Regelung des deutschen Problems als Schlüssel zu allen anderen Problemen gefordert. Diese Forderung wurde erst im vergangenen März erfüllt. Inzwischen hatten die Ereignisse sich eher zum Schlechten als zum Guten entwickelt. Die Konferenz von Potsdam hatte in unserer Abwesenheit versucht, die deutschen Probleme zu lösen, die uns in erster Linie interessieren. Frankreich hatte dort nicht die Möglichkeit, das zum Ausdruck zu bringen, was es im Unglück gelernt hatte. Es konnte also über die erzielten Abkommen kein Zeugnis ablegen, was viele der Besprechungen wertlos machte.

Was die Einigkeit der Welt anbetrifft, zu der Frankreich mit allen Kräften beitragen will — allerdings unter Ausschluß des Unmöglichen oder Ungerechten —, so hat Frankreich sich keine Vorwürfe zu machen. Unsere verschiedenen Regierungen haben — stets mit der Unterstützung der Nationalversammlung — alles getan, um sie zu einem Bindeglied und nicht zu einem Spieleinsatz zu machen. Wenn wir in Angelegenheiten, die uns verhältnismäßig gleichgültig waren, auch befriedigende Ergebnisse erzielt haben, so muß ich doch bekennen, daß die Erfolge nur bescheiden waren, wenn es sich um Dinge handelte, an denen wir ein wesentliches Interesse haben. Unsere guten Dienste haben wir bisher praktisch unentgeltlich geleistet. Dennoch darf man den Einfluß einer Haltung nicht unterschätzen, die mit Vorbedacht für Einigung und



Frieden eingetreten ist, einer Haltung, die immer objektiv blieb und nur in frei eingegangene Verpflichtungen einwilligte.

Was Deutschland anbetrifft, so waren die Möglichkeiten für diese Vermittlerrolle Frankreichs hier wesentlich geringer. Da es sich um Fragen handelte, die für Frankreich von lebenswichtiger Bedeutung waren, und im Hinblick auf die Verpflichtungen, die wir Ihnen gegenüber übernommen haben, war es nicht mehr möglich, Kompromisse zum Vorschlag zu bringen, die nur zum Schaden der nationalen Interessen und unter Verletzung dieser Verpflichtungen hätten verwirklicht werden können.

Es wurde wochenlang geredet, es wurde zuviel geredet. Von Bedeutung für den Frieden ist nicht der Wortstreit, sondern der Wille, zu einem Ergebnis zu kommen und der Welt und vor allem Europa die Möglichkeit zum Leben zu geben. Denn um Europa handelt es sich hier. Es kann keine friedliche Welt geben, wenn Europa nicht seinen Weg wiederfindet, und zwar nicht zwischen zwei feindlichen Systemen, sondern in einem System der Zusammenarbeit.

Man hat behauptet, die französische Delegation habe im Laufe der Konferenz eine Schwenkung vollzogen. Die Politik ist die Kunst der Anpassung der zur Verfügung stehenden Mittel an die Umstände, und es wäre also nicht so unerbötig gewesen, wenn wir wirklich unsere Haltung entsprechend der Umstellung der anderen geändert hätten. Aber diese Schwenkung ist nur das Ergebnis einer jugendlichen Phantasie. Was wir am ersten Tage gesagt haben, haben wir auch am letzten wiederholt. Es stand außerdem gar nicht in unserem Ermessen, nachzugeben. Nur die ganze Nation konnte Zugeständnisse machen. Unter anderen Umständen, im Falle von gegenseitigen Konzessionen, hätte ich von Ihnen (der Nationalversammlung) im Rahmen der Gegenseitigkeit Opfer fordern können. Bei der allgemein unnachgiebigen Haltung schien das aber nicht angezeigt. Weder in der Reparationsfrage noch in der Ruhrfrage noch in irgendeinem anderen Punkte hat sich unsere Einstellung geändert.

Nach einer Konferenz, welche die in sie gesetzten Hoffnungen nicht übertroffen hat, fühlt sich unser Volk, dessen Nerven schon durch die langwierigen Verhandlungen auf die Probe gestellt waren, durch langes Wartenmüssen fast betrogen. Die vier Außenminister werden im November wieder in London zusammentreten und sich vorher zweifellos in New York gelegentlich der UN-Vollversammlung treffen. Im Interesse aller friedliebenden Völker dürfen diese Konferenzen nicht aufgeschoben werden. Ein Jahrestag des Sieges nach dem anderen vergeht. Und wird am Ende dieser Reihe nichts stehen?

Bis zum November kann sich noch vieles ereignen. Man kann noch zu einer befriedigenden Regelung kommen, wenn die Kette der Täuschungen nicht zu einem geteilten Frieden führt. Überlassen wir den Theoretikern der Verzweiflung die Lösung in Gestalt eines Konflikts. Es wäre schon zuviel, eine Spaltung der Welt vorzeichnen zu wollen. Die Folgen wären unabsehbar. Es wird alles getan werden, um eine solche Möglichkeit auszuschalten, die für unsere ganze Existenz verhängnisvoll wäre.

## Die Erklärung von Außenminister Bevin vor dem britischen Unterhaus

Ich begrüße diese Gelegenheit, dem Haus eine Erklärung — die allerdings wohl als ein Zwischenbericht gelten muß — über die Schritte vorzulegen, die bisher in den Vorbereitungsarbeiten zum Friedensvertrag mit Deutschland unternommen worden sind. Ehe ich aus London abreiste, deutete ich schon an, daß es falsch sei, von der Moskauer Konferenz allzuviel für eine endgültige Friedensregelung mit Deutschland zu erwarten. Ich bitte das Haus, sich klarzumachen, daß die Verwirklichung der Form, in der das neue Deutschland geschaffen werden soll, der Methoden, die für seine Regierung anzuwenden sind, und der Planung seiner zukünftigen Stellung in der Gesellschaft der Nationen eine langwierige Angelegenheit ist. Es ist eine wichtige und komplizierte Aufgabe, und wir tun gut daran, uns ins Gedächtnis zu rufen, daß es keine deutsche Regierung gibt, mit der man verhandeln könnte, und daß der Krieg zu einem ungeheuren Zusammenbruch mit weltweiten Auswirkungen führte, durch den Hitler seine Absicht wahr machte, das ganze deutsche Staatsgebilde mit sich hinabzureißen. Folglich gibt es keinen Präzedenzfall, nach dem wir uns richten könnten. Wir brauchen Zeit, um zu einer endgültigen Regelung zu kommen, denn ganz Mitteleuropa muß ja nach diesem Krieg wiederaufgebaut werden.

Wenn aber andererseits eine übermäßige Verzögerung eintritt — und ich glaube, daß die Moskauer Konferenz die Schwierigkeiten in ihrer ganzen Realität, die verschiedenartigen Anschauungen und die Ziele deutlich aufgezeigt hat, die die verschiedenen Mächte zu erreichen streben, so daß wir genau wissen, was wir

Vor Europa liegt jetzt das Angebot des großen siegreichen Soldaten und Staatsmannes General Marshall. Im Namen der Regierung spreche ich ihm und der Republik der Vereinigten Staaten unsere Dankbarkeit und Freundschaft aus. Diese Geste wird von unserm ganzen Volk zutiefst mitempfunden. Das französische Volk begegnet dieser Geste mit großem Vertrauen, denn sie bietet so vielen Ländern, die jetzt in der Krise stehen, eine ehrbare und einträgliche Lösung und die Möglichkeit, an Stelle des Wettlaufs um die Kredite eine europäische Zusammenarbeit zu setzen, wie sie schon immer von denjenigen gewünscht wurde, die ihre Blicke in die Zukunft richten. Unsere Besprechungen mit Herrn Bevin, dem freundschaftlichen Vertreter eines großen Landes, das schon seit langem im Unglück und im Siege eng mit uns verbunden war, sollten dazu beitragen, den glücklichen Plan des Herrn Marshall zum Ziel zu führen. Unser erster Gedanke galt der Sorge, Europa nicht einzuengen. Nachdem wir die Notwendigkeit, schnell zu einem Ergebnis zu kommen, nachdrücklich zum Ausdruck gebracht hatten, haben wir uns weiter entschlossen, eine Einladung an Herrn Molotow zu einer Zusammenkunft in der kommenden Woche an einem allen Beteiligten genehmen Ort zu richten.

Das ist nicht nur eine formelle Einladung. Wir wünschen, daß die Sowjet-Union Verständnis aufbringt für unser Drängen und für das gemeinsame Interesse der Völker Europas, eines Europa, das anders aussehen soll als in den alten Atlanten, dem Kleinen Larousse. Wir sind aufgefordert worden, selbst ein Programm aufzustellen. Augenblicklich ist die Lage gut, und wir hoffen, schnell zu einem Übereinkommen zwischen den drei Großmächten Europas zu kommen.

Alle anderen Länder Europas werden sich dann über die Vorschläge äußern können, die wir ihnen vorlegen werden. Aber für den Augenblick wollen wir mit unseren Erwartungen nicht über eine gemeinsame Arbeitsorganisation der drei Großmächte hinausgehen. Die Verfahrensfrage bleibt noch zu prüfen.

Es gibt schon allzuviel Elend in unseren alten Ländern, als daß wir nicht unseren unwiderruflichen Willen kundtun könnten, dem spontanen Entschluß eines großen Geistes Folge zu leisten und diese Länder einander wieder näherzubringen. Wir müssen der Unsicherheit ein Ende machen und die unerträglich gewordenen Trennungen durchbrechen. Die Monate, die Wochen, die Tage, die vor uns liegen, werden entscheidend sein für die Zukunft unseres Frankreich, unseres Europa, ja der ganzen Welt. Die Hoffnung, die wir niemals aufgegeben haben, ist jetzt stärker als je zuvor. Die Wünsche fallen mit den Erfordernissen zusammen. Jetzt ist die Stunde gekommen, Europa zu schaffen, es seinem Unglück zu entreißen und ihm wieder im Welttrat der Völker seinen angemessenen Platz zu geben. Das hängt in erster Linie von Frankreich ab, dessen Interessen vor allem in Europa liegen. In Zusammenarbeit mit den Völkern Europas, die bereit sind, uns auf diesem Wege zu begleiten, werden wir dafür sorgen, daß diese Interessen gewahrt werden und diese Mission erfüllt wird.

auf dem nächsten Außenministerrat vor uns haben —, wenn, wie ich schon sagte, eine übermäßige Verzögerung eintritt, dann werden die Schwierigkeiten eher schlimmer als besser werden. Jetzt handelt es sich darum, das nächste Stadium in der Organisation Deutschlands einzuleiten. Eines möchte ich von vornherein sagen: Wenn für viele dieser Probleme — Deutschland und Österreich und auch die Beziehungen zwischen Ost und West — auf der Londoner Konferenz keine befriedigenderen Ergebnisse gefunden werden, kann niemand den weiteren Lauf der Welt voraussagen.

Ich betrachte die Londoner Konferenz im November als die wahrscheinlich lebenswichtigste der Weltgeschichte, nachdem die Probleme jetzt ganz klar vor uns liegen. Im Namen Großbritanniens werde ich bestimmt alles tun, um eine Entscheidung zu erreichen, aber ich muß Sie daran erinnern, daß eine solche Entscheidung nicht allein bei unserer Regierung liegt. Ich begrüße diese Debatte, denn wir alle möchten doch sicherlich dazu beitragen, so gut wir können. Ich versichere das Haus, daß Seiner Majestät Regierung alle hier vorgebrachten Punkte und Vorschläge in Erwägung ziehen wird. Ich werde nicht im Sinne einer Streitfrage sprechen, sondern rein objektiv, und ich bin sicher, daß das Unterhaus mit dem gleichen Verantwortungsbewußtsein an das Problem herangehen wird.

Um zunächst von der Arbeitsmethode zu sprechen, so wäre zu sagen, daß die Konferenz mit der Prüfung des Kontrollratsberichts begann. Es war ein umfangreicher und sehr wertvoller Bericht. In vielen Punkten waren sich die Vertreter der vier Mächte



in Berlin schon einig geworden, aber in sehr vielen nicht, und bei diesen ungelösten Punkten taten sich große, grundlegende Probleme auf, deren Prüfung wir sodann unternahmen. Die britische Delegation hielt es für angebracht, sich zur Vermeidung zukünftiger Mißverständnisse ihre Stellungnahme in einzelnen Punkten vorzubehalten, bis wir einen Überblick über das Gesamtbild hatten, wie es sich aus den Diskussionen ergab. Das erwies sich als ein weiser Beschluß, und später, als sich herausstellte, daß die verschiedenen Themen sozusagen teilweise ineinander übergingen, kamen auch andere Delegationen zu einer ähnlichen Ansicht. Einige der Themen, die sich aus dem Bericht ergaben, waren Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, territoriale Neuordnung, verschleppte Personen und eine große Anzahl lebenswichtiger Wirtschaftsfragen.

In diesem Zusammenhang hat sich die Unsitte ergeben, Anschuldigungen im Rahmen dieser Probleme in heftiger Form gegeneinander vorzubringen. Besonders geschah das bei der Besprechung der Entnazifizierung. Der britischen Regierung wurde vorgeworfen, daß sie Nazis beschäftige und schütze. Bei Nachprüfung erwies sich der Vorwurf als vollkommen unbegründet. Von den mir genannten Personen war nur noch eine in ihrer Stellung, und diese war durch einen regelrechten Gerichtshof freigesprochen worden. Natürlich mußte ich nun in Erwiderung der sowjetischen Abordnung Nazis namhaft machen, die auf Grund unserer Informationen noch in ihren Stellungen sind, was auch nicht bestritten wurde. Wenn man die ungeheure Aufgabe überblickt, die der Kontrollkommission und den Behörden mit der Ausrottung der schlimmsten Nazi-Elemente auferlegt wurde, nachdem Hitler seine Doktrin so nachdrücklich verbreitet hatte, so erkennt man, daß sie schon große Leistungen vollbracht haben. Ich glaube daher, es wäre für uns alle besser, wenn wir in Zukunft einmal den Eindruck haben, daß die eine oder andere Großmacht in der Verwaltung nicht so vorgeht, wie sie es unserer Ansicht nach sollte, daß wir uns miteinander in Verbindung setzen und die Sache untersuchen, anstatt sie zu einer Staatsaktion unter den Großmächten zu machen.

All dieses führte zu einer Diskussion der grundlegenden Fragen, in denen in einigen Punkten Übereinstimmung, in anderen abweichende Ansichten und bei den übrigen Uneinigkeit festgestellt wurde. Ich will versuchen, kurz zu schildern, wo Fortschritte gemacht wurden und wo die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten liegen. Meine Methode war es, alle diese Vorschläge zusammenzustellen. Ich tat das in einem Dokument unter dem Titel „Zusätzliche Grundsätze für die Behandlung Deutschlands“, das wir am 31. März dem Außenministerrat vorlegten. Ich behauptete, daß in diesem Dokument ein konstruktiver und umfassender Plan nicht für die endgültige Lösung der Deutschlandfrage, aber für das nächste Stadium dargelegt wird. Der Plan baut sich auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens auf und ergänzt die darin enthaltenen Grundsätze auf Grund der neu gewonnenen Erfahrungen.

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die nichts mehr vom Potsdamer Abkommen wissen wollen. Ich möchte es zur Durchführung bringen in allen seinen Phasen, ohne Frage und ohne Einschränkung, und, wenn ich so sagen darf, ohne bestimmte Punkte herauszugreifen, — und das ist sehr wichtig. Das erwähnte Dokument legt unseren Standpunkt zu politischen und wirtschaftlichen Prinzipien, zu den Reparationen und dem deutschen Industrieniveau dar und behandelt nicht nur die Hauptfragen, sondern auch geringfügigere Probleme, die nicht übersehen werden dürfen. Ich möchte hier bemerken, daß eine Tendenz besteht, die Hauptfragen zu regeln und die sich daraus ergebenden geringfügigeren Fragen zu übersehen, das heißt Fragen, die im Augenblick von geringfügigerer Bedeutung erscheinen, die aber später zu bedeutenden Fragen werden, die Auslegung und Handlungsweise beeinflussen und zu Uneinigkeit führen können. Ich will Ihre Geduld heute nicht mit einer genauen Besprechung des Dokumentes auf die Probe stellen, aber damit es im Zusammenhang mit dem, was ich zu sagen habe, gelesen wird, werde ich Vorkehrungen treffen, daß es ab sofort im *Vote Office* erhältlich ist.

Als wir zur Besprechung der Entmilitarisierung übergingen, rollte sich gleichzeitig der Gesamtkomplex des Reparationsproblems aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auf. Wenn ich mich für einen Augenblick in die Vergangenheit zurückwenden darf, so war unsere Stellungnahme hier folgendermaßen: wir gaben unsere Zustimmung zum Potsdamer Abkommen; wir begannen, entsprechend vorzugehen; aber dabei stellte es sich heraus, daß es mit der Wirtschaftseinheit und einem ausgeglichenen Wirtschaftssystem eng zusammenhängt und daß sich, wenn diese Wirtschaftseinheit nicht hergestellt wurde, unvermeidliche Schwierigkeiten in dem Teil des Potsdamer Abkommens ergeben mußten, der von den Reparationen handelt. Es war der Teil eines zusammengesetzten Ganzen. Außerdem war die Basis der in Potsdam festgelegten Reparationen vom Industrieniveau abhängig. In Pots-

dam war zum Beispiel beschlossen worden, daß in Deutschland genügend Industrieanlagen verbleiben sollten, um ihm einen vernünftigen Lebensstandard zu sichern, der aber jede Möglichkeit der Erhaltung eines deutschen Kriegspotentials ausschloß. So sind zum Beispiel die „Anlagen der Kategorie I“ Kriegsanlagen. Ich stimmte sofort zu, daß diese dringend zu entfernen seien, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß andere Teile des Potsdamer Abkommens nicht verwirklicht wurden. Ich hielt es für besser, keine weiteren Debatten mehr darüber zu führen, welches reine Kriegsanlagen seien, und meinte, daß wir sie daher möglichst den Russen und den anderen Alliierten ausliefern sollten, denen sie in Potsdam zugeteilt worden waren.

Als nächstes erhob sich die Frage der Kategorien II, III und IV, die sich auf eine Stahlproduktion von 7½ Millionen Tonnen beziehen, eine Zahl, gegen die ich immer protestiert habe, weil sie zu niedrig liegt und einer Revision unterzogen werden sollte. Wenn man alle gegenwärtig in die Kategorien II, III und IV eingeordneten Industrieanlagen — von denen viele für friedliche Zwecke eingesetzt werden können — für Reparationslieferungen nimmt, so würde man ein großes Unrecht tun und eine schlimmere Lage schaffen als 1918 und sie möglicherweise wieder an Deutschland zurückgeben müssen, damit es einen vernünftigen und ausgeglichenen Lebensstandard erhält. Es wäre ein törichtes Vorgehen, diese Anlagen zuerst zu entfernen und dann zurückzubringen. Es ist jedoch interessant, festzustellen, daß die britische Regierung stets an einem 11-Millionen-Tonnen-Maßstab für die deutsche Stahlproduktion festgehalten hat. Dieser wurde, glaube ich, 1944 errechnet, als wir das Nachkriegs-Industrieniveau Deutschlands prüften, — und er hat sich als richtig erwiesen. Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten traten lange Zeit für einen Maßstab von 5,8 Millionen Tonnen ein. Dann kamen sie auf 7½ Millionen, jetzt ist die Sowjet-Union für 10—12 Millionen, und die Vereinigten Staaten scheinen sich für eine ähnliche Menge entschließen zu wollen. Ich bedaure die Verzögerung in dieser Frage des Industrieniveaus. Die Sache ließ sich nicht richtig organisieren, weil diese Frage nicht geregelt war. Auf jeden Fall stand sie der Moskauer Konferenz bei der Behandlung anderer Probleme im Wege, und es ist bedauerlich, daß nicht eher eine Einigung darüber erzielt und das Problem von einem realen Standpunkt aus in Angriff genommen worden war.

Das Problem des deutschen Industrieniveaus brachte wiederum die Frage der Reparationen aus der laufenden Produktion auf den Plan, die von den Russen erhoben wurde. Das Unterhaus kennt die Ansichten der britischen Regierung hierüber. In dem erwähnten Dokument habe ich angedeutet, daß wir uns dieser Angelegenheit nicht vollkommen verschließen, aber daß die Dinge in der richtigen Reihenfolge genommen werden müssen. Und da stehen an erster Stelle die Wirtschaftseinheit Deutschlands, eine ausgeglichene Wirtschaft und die Rückzahlung dessen, was wir seit Beginn der Besetzung anlegen mußten, um Deutschland am Leben zu erhalten. Ich glaube, das ist ein berechtigter Anspruch. Ich spreche nicht von auswärtigen Ausgaben, sondern von dem, was wir auslegen mußten, um das Ganze überhaupt im Gang zu halten. Und je eher das erledigt und geregelt ist, desto eher können wir uns der Frage zuwenden, ob sich in Bezug auf die laufende Produktion etwas machen läßt und was sich machen läßt. Ich glaube, es ist an dieser Stelle nicht abwegig, wenn ich eine Schlußfolgerung aus den Geschehnissen nach dem Krieg von 1914—1918 ziehe, die uns zur Annahme einer solchen Haltung geführt haben. Ich will nicht ausführlich werden, aber einige Zahlen mögen zur Erläuterung meiner hier vorgebrachten Ansicht dienen.

In Versailles wurde die ursprüngliche Reparationsforderung auf Zahlung von 13 500 Millionen Pfund Sterling über 35 Jahre ausgedehnt. Man sah bald ein, daß die Zahlung einer solchen Summe unmöglich war, und die Forderungen wurden nach und nach herabgesetzt, so daß Deutschland 1932, als die Reparationszahlungen eingestellt wurden, nur 900 Millionen Pfund bezahlt hatte. Davon wurden etwa 515 Millionen Pfund nach 1924 unter dem Dawes- und Young-Plan ausgezahlt. Im Zusammenhang damit wurden Deutschland sofort langfristige Anleihen in Höhe von 475 Millionen Pfund Sterling gewährt, und zwar ohne Berücksichtigung der kurzfristigen Anleihen, die Deutschland in derselben Zeit aus dem Auslande gewährt wurden und die Deutschlands kurzfristige Verschuldung 1932 nach dem Stand der damaligen Währung auf schätzungsweise 700 Millionen Pfund Sterling brachten.

Ich habe nicht die Absicht, eine Politik zu verfolgen, die uns noch einmal in die Lage bringen könnte, Deutschland in einem solchen Ausmaße Anleihen zu gewähren, von denen wir von vornherein wissen, daß wir sie nicht zurückerstattet bekommen. Auch lassen sich die Auswirkungen der Reparationspolitik nach dem Kriege von 1914—1918 nicht nur in Geld ausdrücken. Die Reparationen bestanden aus Lieferungen von Waren, Industrie-



anlagen und -ausrüstungen und Schiffen sowie aus Geldlieferungen. Darauf folgten, wie ich schon sagte, ausländische Anleihen, die es Deutschland ermöglichten, seine Ausrüstungen zu modernisieren, und es außerdem zwangen oder zu zwingen versuchten, Devisen für die Reparationszahlungen aufzutreiben, so daß es oft einen weiten Vorsprung vor seinen Konkurrenten hatte. Es war tatsächlich so, daß wir das alte Zeug hatten und Deutschland das neue, und das half Deutschland schließlich beim Aufbau seines Kriegspotentials, mit dem es den zweiten Weltkrieg begann. Das ist ein Vorgang, dem die Staatsmänner nach den nur 25 Jahre zurückliegenden Erfahrungen nicht wieder folgen sollten.

Mit den Reparationen taucht ein anderes grundlegendes Problem auf: was wurde auf den verschiedenen Konferenzen während des Krieges vereinbart? Manchmal wird uns vorgeworfen, daß wir frühere Vereinbarungen nicht einhalten. Aber das ist nicht so. Allerdings wurde in Jalta vorgeschlagen, daß den Alliierten 20 Milliarden Dollar oder 5000 Millionen Pfund Sterling zufallen sollten, wovon 10 Milliarden Dollar oder 2500 Millionen Pfund Sterling an die Sowjet-Union gehen sollten. Aber es wurde nichts endgültig verabredet. Als wir diese Frage in den Tagen der Koalitionsregierung prüften, schätzten wir, daß jährliche Zahlungen auf dieser Grundlage etwa der Gesamtausfuhr Deutschlands vor dem Kriege gleichkommen würden, ohne die Einfuhr in Rechnung zu stellen, und zwar so, wie sie in einem durchschnittlichen Jahr zwischen den beiden Kriegen war.

Diese Art von Meinungsaustausch wurde niemals als bindend angesehen, und die britische Delegation hatte sich tatsächlich auch damals ihre Meinung vorbehalten. Es ist weiter von Interesse, zu erwähnen, daß auf derselben Konferenz auch Zahlen genannt wurden, die unter den 20 Milliarden Dollar lagen. Niemand hatte sich fest auf irgend etwas eingelassen. In Potsdam hatte ich dann den deutlichen Eindruck — bitte, bedenken Sie, daß ich erst später dort ankam, um die Stellung von dem ehrenwerten Abgeordneten für Woodford zu übernehmen —, daß wir, was die Westzonen anbetrifft, die Reparationsfrage mit dem folgenden, im Potsdamer Abkommen enthaltenen Beschluß geregelt hatten:

„Die Einkünfte aus der Ausfuhr der laufenden Produktion und der Vorräte sollen in erster Linie zur Zahlung ‚genehmigter Einfuhr‘ verwendet werden.“

Und es wird darauf hingewiesen, daß dieser Beschluß „in Übereinstimmung mit dem Krim-Beschluß“, das heißt also mit Jalta, getroffen wurde. Es ist also klar, daß die Ausfuhereinkünfte der laufenden Produktion zur Zahlung der Einfuhr dienen müssen, bis Deutschland eine Zahlungsbilanz erreicht hat, und daß die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion, wenn sie auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen wird, so lange außer Frage steht, bis dieses Stadium erreicht ist. Ich konnte mich daher in Moskau nicht auf das Argument einlassen, daß die Jalta-Besprechungen über die Reparationen einen Beschluß darstellten, der uns verpflichtet, einer Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion jetzt zuzustimmen. Außerdem hatte ich bestimmte Anweisungen von der Regierung Seiner Majestät, daß wir dem Prinzip der Reparationen aus der laufenden Produktion nicht zustimmen könnten und wollten, da Großbritannien und das britische Volk und die anderen Alliierten damit praktisch Reparationen an einen anderen Alliierten zahlen würden. Die weitere Entwicklung war nicht allzu gut, nachdem wir uns über diese Frage nicht hatten einig werden können. Aber ich glaube, die ganze Angelegenheit hat nun alle Mächte zum Nachdenken angeregt, und bei der nächsten Konferenz wird sich vielleicht eine Lösung finden lassen, da wir jetzt ausreichendes Verständnis für die Lage haben.

Ich möchte unsere Einstellung ganz klarmachen. Wir wünschen nicht, daß Deutschland sich um die Zahlung seines Beitrages zum Wiederaufbau der von ihm so schwer geschädigten Länder drückt. Es darf für Deutschland kein Ausweichen geben. Wir müssen achtgeben, daß die Kosten Deutschland auferlegt werden und nicht den Völkern anderer Länder, die seinen Angriffen ausgesetzt waren. Wie ich schon zu Beginn sagte, brachte das Problem der Reparationen auch sofort die Frage der Wirtschaftseinheit auf den Plan. In dieser Frage waren uns auf zweierlei Weise die Hände gebunden. Erstens hatten wir in Potsdam vereinbart, auf gewissen Gebieten zentrale Verwaltungsstellen zu schaffen, und wir haben uns seitdem immer bemüht, dieser Vereinbarung gemäß zu handeln. Es wäre zum Vorteil der Alliierten gewesen, dieses durchzuführen. Frankreich, das in Potsdam nicht zugegen gewesen war, konnte wegen seiner Ansprüche im Ruhrgebiet, Rheinland und Saargebiet seine Zustimmung nicht geben. Da in diesen Angelegenheiten Einstimmigkeit erforderlich ist und nicht erzielt werden konnte, wurde diese Abmachung nicht durchgeführt.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet wurde das Abkommen nicht

verwirklicht, da vorausgesetzt war, daß alle Nahrungsmittel und die gesamte Produktion der vier Zonen gemeinsam bewirtschaftet, eingesammelt und geliefert werden sollten, so daß eine ausgeglichene Wirtschaft in Deutschland entstand. Wäre dieses, wie vereinbart, durchgeführt worden, so wäre es zum Vorteil aller Alliierten gewesen und hätte uns jetzt bei der Behandlung der anderen Probleme, die inzwischen so akut geworden sind, sehr genützt. Aber es ist nicht die Schuld der britischen Regierung oder irgendeines Einflusses seitens Großbritanniens, daß diese Vereinbarungen nicht durchgeführt wurden.

Wenn der Außenministerrat die Vorbedingungen für politische Stabilität in der Welt schaffen soll, ist es unbedingt notwendig, daß der wirtschaftlichen Stabilität keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Es ist uns unmöglich, zu befriedigenden Ergebnissen zu kommen, wenn diese beiden Dinge nicht Hand in Hand gehen oder doch wenigstens zusammen behandelt werden.

Ich komme jetzt zu der Frage der politischen Entwicklung. Hier ist das Auseinandergehen der Meinungen hauptsächlich auf historische Schwierigkeiten zurückzuführen, die eine verschiedene Auswirkung auf die Einstellung der Nationen haben. Auch dieses Problem war in Jalta besprochen worden, aber man hatte keine Übereinstimmung erzielt. Grundlage für die Besprechung war eine Zerstückelung Deutschlands, und es wurde sogar ein Ausschuß gebildet, der sich mit dieser Frage befassen sollte. Aber er kam nicht sehr weit damit. In Potsdam wandte sich die sowjetische Delegation ganz von der in Jalta angedeuteten Einstellung ab und brachte die schon erwähnten zentralen Verwaltungsstellen zum Vorschlag, die vermutlich zu einem zentralisierten Deutschland führen sollten. Das war die neue Politik von Potsdam gegenüber der in Jalta herrschenden Anschauung. Die Vereinigten Staaten, denen ein mächtiges und zentralisiertes Deutschland nicht zusagt, haben immer die Ansicht vertreten, daß das neue Deutschland sich hauptsächlich immer mehr auf die Länder oder auf Provinzorganisationen stützen sollte. Die Franzosen wollen noch weiter gehen und den Ländern auch hinsichtlich der Nationalität, der diplomatischen Beziehungen und in ähnlichen Fragen größere Gewalt geben. Die britische Delegation hat — wie ich zugeben muß, vorwiegend unter dem Einfluß unserer eigenen konstitutionellen Erfahrungen in Kanada, Australien und anderen Teilen des Weltreichs, die Verfassungen dieser Art entwickelt haben — versucht, die Elemente des Föderalismus mit denen des Zentralismus zu vereinen.

Bei Vorlage unserer Erklärung bestanden wir mit besonderer Dringlichkeit darauf, daß wir mit Schlagworten nichts zu tun haben wollten, denn es war behauptet worden, daß die Westmächte Deutschland aus allen möglichen schurkischen Gründen föderalisieren wollten. Es ist wirklich für die Diskussion nicht förderlich, auswärtige Angelegenheiten in dieser Weise zu behandeln. Da sich die Tendenz zeigte, durch die Anwendung von Ausdrücken wie Föderalisation und Zentralisation — als handle es sich um Streitpunkte in einem Konflikt — wieder einmal einen Streit erster Ordnung hervorzurufen, bemühte ich mich, diese Ausdrücke abzuschaffen. Schließlich handelte es sich doch um ein rein praktisches Problem, das wir zu einer Lösung führen müssen, die die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands im wesentlichen wahr, Deutschland aber nicht so sehr zentralisiert, daß es wieder unsere Sicherheit gefährden könnte.

Unsere Methode in der Behandlung dieser Frage war also, diejenigen Gebiete genau zu bestimmen, die zum Machtbereich der Zentralregierung gehören sollten, so daß die übrigen, nicht genauer bestimmten Vollmachten der Autorität der Länder überlassen blieben. Wenn es uns möglich ist, durch Diskussion der Lösung dieses Problems auf objektivem, konstitutionellem Wege näherzukommen, dann könnten bis zum November noch viele Schwierigkeiten beseitigt und die Verschiedenheiten der Anschauungen vielleicht ausgeglichen werden. Zum Beispiel war ein sehr wichtiger Punkt der Wunsch, die Polizei solle eine nationale Einrichtung sein und der Kontrolle der Zentralregierung unterstellt werden. Wir waren sehr dagegen. Dennoch waren wir uns bewußt, daß sich ebenso wie hier und in anderen Ländern Umstände ergeben können, unter denen eine zentrale Behörde in Verbindung mit der Polizei notwendig ist, so wie wir sie im Innenministerium und andere Länder in ähnlichen Institutionen haben.

Ich fand es sehr ermutigend, daß es uns gelang, eine versuchsweise Entscheidung zu treffen, und zwar soll die Kontrolle über die Polizei, ihre Organisation und so weiter bei den Ländern liegen, die auch die Exekutivvollmachten über ihre jeweilige Polizei innehaben sollen. Gewisse Funktionen bei der Fahndung nach Verbrechen und auf anderen, noch auszuarbeitenden Gebieten könnten jedoch koordiniert werden, so daß sich auch der Staat der Polizei bedienen kann. Unser Hauptziel in dieser



Sache ist es, zu verhindern, daß Deutschland wieder zu einem Polizeistaat wird, der gerade das Gegenteil einer Demokratie wäre. Es ist ganz gleichgültig, wieviel Wahlen stattfinden; solange eine mächtige Geheimpolizei existiert, die insgeheim von einem einzigen Minister eingesetzt werden und dem Volk Furcht einflößen kann, so lange gibt es keine Demokratie, so lange ist das Land noch meilenweit von der Demokratie entfernt. Ich machte es klar, daß so etwas nicht wieder entstehen dürfe. Nichts hat mehr Schrecken hervorgerufen als Hitlers Polizeimethoden mit der Entwicklung der Gestapo und allem, was damit zusammenhing.

Die Sowjet-Delegation stellte sich dann auf den Standpunkt, daß wir für die deutsche Verfassung die Weimarer Republik zum Muster nehmen sollten. Wir stimmten zu, daß man in vielen Dingen von ihr lernen könnte, aber ich mußte den Rat daran erinnern, daß in der Weimarer Republik der Präsident die Macht hatte, die ganze Verfassung aufzuheben, was auch tatsächlich geschah. Es wurde einstimmig beschlossen, daß eine neue Verfassung keine solchen Vollmachten enthalten dürfe. Es gibt viele Punkte in der Weimarer Verfassung, die den Alliierten und dem Frieden gefährlich werden könnten, aber in anderen Punkten könnte sie bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Deutschland berücksichtigt werden. Weiter erhebt sich die Frage der Wahlen. Wie Sie wissen, ziehen fast alle Länder auf dem Kontinent eine proportionale Vertretung vor. Ich persönlich habe mich niemals dafür begeistern können, aber es ist mir gleichgültig, ob die Wahlen ähnlich wie unsere eigenen oder ob sie nach dem Verhältnissystem durchgeführt werden. Wir müssen nur darauf achten, in Deutschland kein System zu schaffen, das zu einem Ein-Partei-System oder zur Ein-Partei-Kontrolle führen könnte.

Große Sorge macht es mir, daß wir über einen Viermächtevertrag keine Übereinstimmung erzielen konnten. Nach dem Krieg von 1914—18 zogen sich die Vereinigten Staaten aus Europa zurück, und ich muß sagen, als Mr. Byrnes in Paris die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu einem Abkommen zur Entmilitarisierung und Entwaffnung Deutschlands für 25 Jahre und später für 40 oder 50 Jahre ankündigte, da stiegen vor mir Visionen von einem Jahrhundert während dem Frieden in Europa auf. Für uns wie für Frankreich und für alle Westmächte war das ein Entschluß von lebenswichtiger Bedeutung. Leider war die sowjetische Abordnung nur dann gewillt, den amerikanischen Vorschlag anzunehmen, wenn eine Anzahl anderer Angelegenheiten hinzugenommen würden, die unmittelbar nichts damit zu tun hatten und über die wir uns auf der Konferenz selbst nicht hätten einig werden können. Der amerikanischen Delegation war es klar, daß die Einbeziehung dieser Punkte eine Einigung über den Vertrag überhaupt unmöglich machen würde.

Da waren nun die Vereinigten Staaten der in der ganzen Welt erhobenen Forderung nach einem Zusammenwirken von Ost und West nachgekommen und hatten wirklich den Entwurf zu einer großen Brücke zwischen den beiden Anschauungsweisen geplant, um Harmonie zu schaffen. Wo bisher zum mindesten ein Mißklang geherrscht hatte. Selbst wenn dieser amerikanische Vorschlag nicht alles das umfaßte, was erforderlich gewesen wäre, so hätte doch schon allein die Schaffung dieses Bindegliedes, wie es sich in einem solchen Vertrag abzeichnete, den Lauf des Weltgeschehens in andere Bahnen lenken können. Ich hoffe und vertraue, daß wir uns alle nach reiflicher Überlegung bis zum November um eine Atmosphäre bemühen werden, aus der heraus mit einem Vertrag dieser Art begonnen werden kann. Wenn wir die Gelegenheit jetzt nicht beim Schopf ergreifen, wird sie sich vielleicht nie wieder bieten. Glücklicherweise hat der amerikanische Außenminister, Mr. Marshall, mit dem zusammenzuarbeiten mir eine Freude war, erklärt, daß das Angebot noch nicht zurückgenommen sei.

Ich wende mich jetzt der Frage des Ruhrgebiets zu. Es wurde die Forderung erhoben, das Ruhrgebiet der Viermächtekontrolle zu unterstellen. Ich halte diese Forderung für untragbar, solange es keine wirkliche und vollkommene Wirtschaftseinheit in Deutschland gibt. Wenn eine solche Einheit geschaffen ist, sind wir bereit, die Produktion und Verteilung aus den Hilfsquellen der Ruhr gemeinsam mit der Produktion und Verteilung aus allen anderen Hilfsquellen Deutschlands der Viermächtekontrolle, die unter der Autorität des Kontrollrats zu wirken hätte, zu unterstellen. Wir können nicht der Ansicht beipflichten, daß das Ruhrgebiet jetzt herausgegriffen und einer besonderen Behandlung unterzogen werden sollte. Eine teilweise Wirtschaftseinheit ist unmöglich. Wir würden nicht richtig handeln, wenn wir unsere Zustimmung dazu geben würden, die Ruhr einer Kontrolle zu unterstellen, während andere Teile Deutschlands als streng abgeschlossene Reservate behandelt werden.

Noch eine andere für die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages sehr wichtige Angelegenheit konnten wir leider trotz aller Bemühungen nicht regeln. Der Hauptstreitpunkt in dieser Hinsicht ist die Frage, inwieweit und auf welche Art und Weise die alliierten Staaten an der Vorbereitung des Vertragsentwurfs beteiligt sein sollen. Länder, die ihre Truppen und ihr Geld diesem großen Kampf in Strömen haben zuließen lassen, sind sehr aufgebracht darüber, daß man sie jetzt sozusagen am äußeren Rande halten will und sie nicht an der Neugestaltung der Welt teilhaben sollen. Ich habe mich immer bemüht, die Rechte zur Teilnahme in allen Stadien möglichst freigebig zu verteilen. Besonders hohe Bedeutung messe ich den Dominien-Regierungen bei, die von 1939 bis zum Kriegsende kämpften und denen die Berechtigung zu einem Beitrag zum Siege zuerkannt werden sollte. Eine Anzahl anderer Punkte zu diesem Thema wurden ungelöst gelassen, und die ganze Frage wird noch weiter geprüft.

Weiter besprachen wir dann die Frage der gegen Deutschland erhobenen territorialen Forderungen. Es hatte die Hoffnung bestanden, daß die Stellvertreter oder eine Sonderkommission angewiesen würden, diese Frage zu bearbeiten und bei der nächsten Sitzung Bericht zu erstatten. Leider behauptete aber die sowjetische Delegation, die deutsch-polnische Grenze sei in Potsdam festgelegt worden und daher von der Überprüfung auszunehmen. Man verlangte von uns, daß wir die provisorische Grenze als endgültig hinnehmen sollten, obgleich in Jalta vereinbart und in Potsdam bestätigt worden war, daß mit der endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedensregelung gewartet werden solle. Hätte die Sache anders gelegen und wir hätten eine solche Forderung an die Friedenskonferenz gestellt, so hätten unsere Freunde das nicht einen Augenblick geduldet, dessen bin ich ganz sicher.

Ich verlange nur eine ordnungsgemäße Behandlung. Wenn man eine Vereinbarung eingegangen ist, sollte man sie auch so durchführen, wie sie beabsichtigt war. Die Gebiete zwischen der östlichen und der westlichen Neiße sind anscheinend wieder aufgefüllt worden, aber in Bezug auf die großen landwirtschaftlichen Gebiete zwischen Frankfurt und der Ostsee bin ich nicht so sicher. Bevor ein solches Gebiet endgültig übergeben wird — ich möchte mich hier keineswegs über das endgültige Urteil seiner Majestät Regierung äußern —, hat man ein Anrecht, die Tatsachen zu erfahren, bevor man zur endgültigen Entscheidung kommt. Das ist alles, was ich verlangte. Wir sind in dieser Angelegenheit nicht engstirnig, aber wir pflichten der Ansicht bei, daß Polen für das, was die Sowjet-Union im Osten genommen hat, entschädigt werden muß. Tatsächlich ist die Zahl der polnischen Bevölkerung von 35 auf 22 Millionen gesunken, aber, wie ich schon neulich sagte, eine große Anzahl von Polen leben im Ausland, und, wenn sie heimkehren und man ihnen, wie uns in Potsdam versprochen wurde, Land zuteilt, so mag das die Lage ändern. Es hat aber noch viele Hindernisse gegeben, die jetzt jedoch glücklicherweise beseitigt worden sind.

In der territorialen Frage unterstützten wir den französischen Anspruch auf das Saargebiet, das heißt das durch die Friedensregelung von 1919 geschaffene Saargebiet. Es liegen ferner Ansprüche Luxemburgs, Hollands und der Tschechoslowakei vor, ferner eine ganz geringfügige Forderung Belgiens, die nur eine Grenzberichtigung und die Einbeziehung einer kurzen, unpraktisch verlaufenden Bahnlinie zum Ziel hat. In jedem dieser Fälle werden wir sicherlich eine Lösung finden, und es sollte meiner Ansicht nach keiner dem anderen das Recht absprechen, sich mit den Gegebenheiten vertraut zu machen, auch sollten wir nicht glauben, daß wir zu einem Beschluß kommen können, ohne die Tatsachen zu kennen.

Es gab eine Anzahl von Punkten, über die wir uns zur Zeit nicht einigen konnten. Wenn wir uns jedoch über die Wirtschaftsprinzipien einigen können, so besteht die Aussicht, daß sich auch diese anderen Punkte regeln lassen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Drei der Delegationen vertreten nur ganz wenig voneinander abweichende Ansichten über das zukünftige Wirken der deutschen politischen Parteien und Gewerkschaften auf einer gesamtdeutschen Basis. Wenn hierüber eine endgültige Einigung erzielt werden kann, so wird das einen weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Organisation des Landes haben. In der Frage der Bevölkerungsverlagerungen haben wir ebenfalls einen Fortschritt erzielt. Ich kann dem Haus versichern, daß dies eine der größten Schwierigkeiten ist, die zu überwinden sein werden. Die Bevölkerungsdichte über ganz Deutschland muß errechnet werden, wenn wir überhaupt wieder ein anständiges Deutschland schaffen wollen.

Die Flüchtlingsfrage, die Übervölkerung und so weiter stellen schwere Probleme dar. Aber wir haben diese Dinge sehr ausführlich besprochen. Zu meinem Bedauern wurde der Vorschlag zur



Bildung einer deutschen Kommission nicht angenommen, die sich mit der gleichmäßigen Verteilung der jetzt schon in Deutschland aufgenommenen Flüchtlinge befassen sollte. Ich werde aber noch einmal darauf drängen. Auch in dieser Angelegenheit waren sich drei Delegationen einig; diejenige, die selber andere bedeutende Vorschläge für die Auswanderung von Deutschen vorbrachte, konnte sich uns leider nicht anschließen. Die gegenwärtige Überfüllung in Deutschland ist am schlimmsten in unserer Zone, und das wirkt sich gegenüber anderen Gebieten ungünstig auf den Lebensstandard aus. Eine andere sehr wichtige Frage ist die der Bewegungsfreiheit, denn ohne die vollkommene Freiheit, durch das ganze Land zu reisen, Arbeit aufzunehmen und sich dort niederzulassen, wo Arbeit und Wohnung zu finden sind, besteht keine Aussicht auf die Entwicklung eines friedlichen, demokratischen Deutschland. Drei Delegationen konnten sich über diesen so überaus wichtigen Grundsatz einigen, aber eine Delegation konnte ihn zur Zeit noch nicht akzeptieren.

Ich könnte viele weitere Beispiele nennen und jeden einzelnen Punkt, der vorgebracht wurde, anführen, aber ich will das Haus damit nicht ermüden. Es mag Ihnen langweilig bis zum Überdruß erscheinen, aber ich kann Sie versichern, daß ich, der ich dort sechs Wochen lang sitzen mußte, noch viel größeren Überdruß verspürte. Neulich sagte jemand zu mir: „Sie müssen neu geboren sein.“ Und als ich fragte, wieso, antwortete er: „Weil niemand Sie mit einer solchen Geduld gekannt hat.“

Ich komme jetzt auf eine Anzahl von Punkten zu sprechen, über die Einigung erzielt wurde. Der Außenministerrat billigte ein schon vom Kontrollrat erlassenes Gesetz zur Liquidierung Preußens. Ferner bemühten wir uns erfolgreich um eine Einigung über die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen. Wir haben Aufstellungen über die gegenwärtig in unserer Hand befindlichen Mitglieder der ehemaligen deutschen Streitkräfte und Hilfsorganisationen gemacht. Der Kontrollrat wird die Eingliederung der heimgekehrten Männer in den deutschen Wirtschaftsprozeß von großem Nutzen finden. Zweitens einigen wir uns darüber, daß die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen bis zum 31. Dezember 1948 beendet sein müsse. (Zwischenruf Mr. Stokes, Ipswich: „Zu spät!“)

Mein ehrenwerter Freund hat mir freundlicherweise seine Ansichten schon brieflich mitgeteilt, aber ich möchte ihn allen Ernstes daran erinnern, daß die Eingliederung von zwei Millionen Menschen in ein solches Wirtschaftssystem ohne genügende Vorbereitungen furchtbare Schwierigkeiten verursachen könnte. Da kein richtig ausgearbeiteter Plan vorgelegt wurde, halte ich es für das Beste, die Leute in gleichmäßigen Raten heimzusenden, so daß sie sich mit der weiteren Entwicklung der Industrien friedlich eingliedern können. Darauf haben wir uns schließlich geeinigt. Über die wichtige Frage der politischen Prinzipien haben wir uns in einer Anzahl von Punkten geeinigt, aber, wie ich schon sagte, wir haben sie dieses Mal nicht auf das Protokoll gesetzt, weil wir erst das ganze Schema fertig haben möchten. In einer Sache machten wir sehr gute Fortschritte, kamen aber doch nicht zu einer endgültigen Einigung. Wir hatten vorgeschlagen, beizeiten eine vertretende deutsche Körperschaft zu ernennen, die den Kontrollrat in verschiedenen Angelegenheiten, einschließlich der einzelnen Punkte einer provisorischen deutschen Verfassung, beraten sollte. Unter gewissen Vorbehalten einigte sich der Rat über den Einberufungszeitpunkt für diese beratende Körperschaft und über ihre Funktionen. Leider kam es über der Frage der Zusammensetzung des Rates zum Scheitern. Die Schwierigkeit lag bei den Begriffen der Länder und der zentralisierten Einrichtungen. Wenn diese Körperschaften später weiter bestehen bleiben sollen, halte ich es für verkehrt, dem Kontrollrat die Ausarbeitung dieser Dinge zu überlassen, um dann später festzustellen, daß sie nicht im Lande selbst verwurzelt sind. Wenn die Deutschen schon jetzt an dieser Aufgabe beteiligt würden, besonders diejenigen, die wissen, was Hitlers Regime für das Land bedeutete, so wäre das sehr förderlich.

Wie ich schon früher erwähnte, hatten wir lange Besprechungen über die Verteilung der Gewalten zwischen der noch zu errichtenden provisorischen Zentralregierung und den verschiedenen Ländern, damit der Zentralregierung auf genau abgegrenzten Gebieten genügend Autorität gesichert bleibt. Es kam im weiten Sinne zur Einigung darüber, welche Gewalten ihr zugeteilt werden sollten. Wir kamen darin überein, daß gewisse rechtliche, wirtschaftliche und finanzielle Vollmachten in den Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung gehörten. Der Rat beschloß, die ganze Frage der provisorischen politischen Organisation Deutschlands durch die Stellvertreter ausarbeiten zu lassen, und ich hoffe, daß wir bei der Londoner Konferenz die Fortschritte zu sehen bekommen werden. Ich möchte nicht, daß Sie, weil ich nicht Einigung in allen Punkten berichten kann, den Eindruck gewinnen, daß die

Ansichten sehr stark voneinander abweichen. Die Konferenz hat jetzt das Stadium erreicht, in dem wir einen Zusammenklang der Meinungen verzeichnen können, wenn wir auch noch nicht zu der Form vorgedrungen sind, in der wir zu einem Abkommen gelangen könnten.

Auf einem anderen Gebiet kamen wir ebenfalls zu einer Einigung, nämlich, daß die Landreform in ganz Deutschland bis zum Ende dieses Jahres durchgeführt sein sollte. Damit sind wir die Grundlagen des alten deutschen Generalstabs los und haben das Land aufgeteilt. Ich glaube, das wird zu größerer Leistung und vor allem zu einer Reorganisation führen. In einer anderen sehr wichtigen Angelegenheit, dem freien Austausch von Informationen und demokratischen Ideen in ganz Deutschland, wurde auch Einigung erzielt. Anstatt die verschiedenen Meinungen innerhalb der Zonengrenzen einzusperren, muß es einen freien Austausch der Meinungen geben. Über die Entnazifizierung beschlossen wir gemeinsam, sie solle beschleunigt werden und die Verantwortung für ihre vollkommene Durchführung den zuständigen deutschen Behörden zufallen. Es handelt sich nicht nur darum, daß die Militärregierung die Sache von sich abwälzt. Die Deutschen müssen sich an der Säuberung ihres Landes vom Nazismus beteiligen. Auf mein Ersuchen hin verpflichtete sich die Sowjet-Union, alle in ihren Händen befindlichen Kriegsschiffe der Kategorie C, einschließlich eines Flugzeugträgers und eines schweren Kreuzers, bis zum August 1947 endgültig zu liquidieren. Ich gab dagegen die Versicherung ab, daß die Dienstgruppen in der britischen Zone, über die sich die Sowjet-Union beschwert hatte, bis zum Ende dieses Jahres aufgelöst werden sollten, abgesehen von denjenigen, die zum Minenräumen auf See eingesetzt sind, und von 5000 Facharbeitern, für die vor dem März 1948 kein Ersatz gefunden werden könnte. Ich denke, es wird gut sein; diese Angelegenheit zu bereinigen und den Stein des Anstoßes aus dem Wege zu schaffen.

Am letzten Tage der Konferenz besprachen wir kurz eine Resolution, die für uns und alle Alliierten von lebenswichtiger Bedeutung ist. Es war eine von Mr. Marshall eingebrachte Resolution über die Zahl der Besatzungstruppen in Deutschland. Wir beschlossen, den Kontrollrat anzuweisen, diese Angelegenheit zu besprechen und bis zum 1. Juni 1947 zu berichten, wie die Zahlen für unsere Besatzungstruppen am 1. September 1947 sein sollten. Ich halte es für gut, diese Truppen auf einer Viermächtebasis zu bestimmen und damit jede mögliche Streitfrage auszuschließen.

Jetzt möchte ich noch von der Gegenwart und der Zukunft sprechen. Ich habe schon festgestellt, daß das Potsdamer Abkommen nicht so durchgeführt wurde, wie es geplant war. Es ist klar, daß es nur dann wirksam werden kann, wenn es im Hinblick auf die bestehenden Umstände ergänzt und verstärkt wird, und zwar nach den Grundsätzen, die ich schon erwähnte. Ich werde jetzt nicht die Gründe für das Versagen erklären. Es hat viel Bitterkeit und Mißverständnisse hervorgerufen und die Tatsache dieses Fehlschlages hat uns und die Vereinigten Staaten veranlaßt, das Zonenabkommen abzuschließen. Was den gegenwärtigen Stand des Zonenabkommens betrifft, so könnte man folgendes darüber sagen: Es muß zum Erfolg gebracht werden, und es muß als dringende wirtschaftliche Operation nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern auch Frankreichs und aller befreiten Länder, ja ganz Europas betrachtet werden. Der Wiederaufbau der Wirtschaft in Deutschland, Frankreich und allen befreiten Ländern hängt von der Kohle ab. Aber wir können Kohle oder Stahl und die sonstige notwendige Produktion nicht erhalten, wenn der Arbeiter nicht ernährt wird. Leider herrscht eine ernste Nahrungsmittelknappheit, die noch die nächsten drei Monate andauern wird. Sobald einmal diese kritische Zeitspanne überwunden ist — und die Aussichten auf Getreideeinfuhr für Mai und Juni sind viel besser als in den vergangenen Monaten —, so kann man auf bessere Nahrungsmittelrationen für die Deutschen in der Zukunft hoffen. Mehr Nahrungsmittel, eine gesteigerte Inlandproduktion, wirtschaftliche Gesundung: das ist der Kreislauf, aber er kann nicht ausgeführt werden ohne die Bereitwilligkeit der Deutschen selbst, die Schwierigkeiten zu meistern und zu ihrer eigenen Gesundung beizutragen.

Die Nahrungsmittelknappheit herrscht schließlich nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt; sie ist das Ergebnis des Krieges, für den Deutschland verantwortlich war. Ich weiß, daß die deutschen Arbeiter durch die niedrigen Rationen gedrückt und gehemmt sind, aber die Verantwortung für ihre jetzige Lage tragen sie selbst. Wir werden unser Bestes tun, ihnen zu helfen, und wir stehen in ständiger Beratung mit der Regierung der Vereinigten Staaten über dieses lebenswichtige Problem der Ernährung und Produktion. Es liegt nun beim deutschen Volk selber, sich einen Weg zurück zur wirtschaftlichen Gesundung und zu einem tragbaren Lebensstandard zu bahnen. Um nicht



ungerecht zu sein, muß ich darauf hinweisen, daß nicht nur die Getreidelieferungen aus deutscher Quelle den Anforderungen nicht entsprechen haben. Es haben sich für Deutschland auch dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß die Lieferungen aus den Versorgerländern aus verschiedenen Gründen nicht planmäßig eintrafen. Es kamen hier verschiedene Faktoren zusammen. Abgesehen von der Ernährungsfrage liegt die Lösung für Deutschlands gegenwärtige Schwierigkeiten in der erfolgreichen Zusammenlegung zunächst der britischen und der amerikanischen Zone und später der anderen zwei Zonen, sobald sie dazu bereit sind. Ich hoffe und glaube, daß das schließlich zur Schaffung eines einheitlichen Deutschland führen wird.

Auf meiner Rückfahrt von Moskau hielt ich mich zu Besprechungen mit dem Staatsminister für die britische Zone in Deutschland und anderen britischen Behörden in Berlin auf. Zwischen unseren und den amerikanischen Vertretern in Berlin wurde eine Anzahl von Punkten besprochen, die mit der Durchführung der Zonenzusammenlegung in Zusammenhang standen. Über diese Besprechungen kann ich folgendes berichten: Der erste Punkt befaßte sich mit der Verwendung der Geldmittel, die zur Einfuhr von Rohstoffen bereitgestellt worden sind. Im Hinblick auf den begrenzten Umfang dieser Geldmittel ist es klar, daß man mit den Ausgaben sehr sorgfältig vorgehen und eine Ausfuhr sicherstellen muß, damit das vorauslagte Geld auch wieder eingebracht werden kann. In der Praxis ist es sehr schwierig, jedem Einfuhrposten einen Ausfuhrposten gegenüberzustellen. Die Frage wurde jetzt durch ein Abkommen gelöst, in dem ganz unzweideutig festgelegt ist, in welchem Ausmaß die vorhandenen Mittel verwendet werden dürfen. Nach diesem Plan dürfen die zukünftigen Einnahmen aus der Ausfuhr nur in einem ganz beschränkten Umfang einkalkuliert werden. Nach Studium dieses Planes denke ich, daß er eine gesunde und durchführbare Lösung darstellt und gleichzeitig gewährleistet, daß die vorhandenen Mittel sorgfältig und mit Überlegung verwendet werden.

Ein weiterer Gegenstand von Besprechungen waren der Status der deutschen Zweizonenämter, die schon errichtet worden sind, sowie ihre Leistungsfähigkeit im Hinblick auf die ihnen gestellten Aufgaben. Es wurde eine Verordnung beschlossen, die diese Dinge definieren und den Beschlüssen und Anordnungen der Zweizonenämter bindende Wirkung geben soll. Die Länderverwaltungen sind für die Durchführung der von den Zweizonenämtern erteilten Anweisungen verantwortlich außer in solchen Angelegenheiten, die natürlich zentral verwaltet werden müssen, wie zum Beispiel die Eisenbahn. Es wird jedoch festgelegt, daß die Länderregierungen die Beschlüsse der Zweizonenämter, die ihnen vorgelegt werden, sofort zu bearbeiten haben. Auf Übertretung dieser Anordnungen werden schwere Strafen gestellt werden. Aber wir werden uns nicht auf Strafen beschränken. Wir haben beschlossen, Methoden einzuführen, die der Produktionssteigerung in jeder Weise förderlich sein werden. Die Vorsitzenden der Zweizonenämter werden gewisse Exekutivvollmachten haben, damit sie auch dann handeln können, wenn der betreffende Ausschuß gerade nicht tagt.

Unter diesem Abkommen werden wir größere Leistungen und bessere Kontrolle erzielen, und ich begrüße den Beschluß, alle Zweizonenämter, sobald das praktisch durchführbar ist, an einem Ort, und zwar in Frankfurt, zusammenzulegen. Die endgültigen Zweizonenämter müssen leistungsfähig sein und müssen ihre Verbindungen sowohl zu den deutschen Stellen als auch zur Militärregierung haben. Ich freue mich, berichten zu können, daß General Robertson und General Clay sich grundsätzlich darüber einig geworden sind, wie das zu erreichen ist. Die Einzelheiten dazu werden jetzt ausgearbeitet. Ich glaube bestimmt, daß sehr bald eine Einigung darüber erzielt werden wird. Zusammenfassend kann man sagen, daß die britischen und die amerikanischen Vertreter in Deutschland sich jetzt insoweit einig sind, daß die Zusammenlegung der Zonen mit Erfolg verwirklicht werden kann. Ich muß den Geist der Zusammenarbeit seitens der amerikanischen Vertreter anerkennen, der es mir heute ermöglicht, dies zu sagen. Wir haben unsererseits all unsere Bemühungen auf den Wiederaufbau eines friedlichen Deutschland gerichtet mit den zwei Bedingungen, daß dem britischen Steuerzahler keine weitere Last mehr aufgebürdet wird und daß Deutschland nicht wieder zur Bedrohung des Weltfriedens wird.

Jetzt möchte ich noch ein Wort über die Sozialisierung sagen. Ich sah heute morgen in der Londoner Presse einige Berichte aus Amerika, die einem eine Vorstellung von der kraftvollen Natur der journalistischen Phantasie geben. Wir bestehen auf dem Prinzip, die deutschen Großindustrien zu öffentlichem Besitz zu machen. Im Augenblick sind die Kohlen- und Stahlindustrien in der britischen Zone auf den Oberbefehlshaber eingetragen. Dieser ist jedoch nicht der Eigentümer. Er hat sozusagen die Treuhän-

derschaft. Selbst wenn wir es wünschen oder wenn irgend jemand anders es wünschte, wäre es nicht mehr möglich, die Industrien ihren früheren Eigentümern zurückzugeben. Der einzige Ausweg ist, sie zu öffentlichem Besitz zu machen. Aber wir müssen darauf achten, daß die Rechte unserer Alliierten und unsere eigenen Rechte gewahrt werden. Ich bin nicht dafür, diese Grundindustrien durch organisatorische Maßnahmen in kleine Teile aufzuspalten. Die einzige Art und Weise, ein vernünftiges und friedliches Wirtschaftssystem zu schaffen, gleichzeitig Sicherheit zu haben und für später eine Lage vorzubereiten, in der internationale Kontrolle und Beaufsichtigung eingeführt werden können, liegt in der Form des öffentlichen Eigentums. Demgegenüber wurde über die Angelegenheit keine weitere Frage gestellt. In dieser Hinsicht haben wir uns darauf geeinigt, nicht nur selbst zu handeln, sondern auch die Deutschen bei der weiteren Entwicklung zu Rate zu ziehen, da die Deutschen an diesen Industrien weiterzuarbeiten haben werden.

Dieses große Problem Deutschland ist jetzt durch Kabinettsbeschluß dem Außenamt und dem Außenminister unterstellt worden. Es hatte sich herausgestellt, daß sich die täglichen Verwaltungsprobleme nicht von der Politik trennen lassen. Ich möchte jedoch meinem ehrenwerten Freund, dem Herrn Pensionsminister, meine Anerkennung zollen. Ihm war in dem Chaos, das nach dem Krieg in Deutschland und Österreich herrschte, eine sehr schwere Aufgabe zugefallen. Er hat die komplizierten Probleme der Verwaltung Deutschlands von Anfang an tapfer angepackt. Ich begrüße den Kanzler der Grafschaft Lancaster (den Staatsminister für die britische Zone Deutschlands) und kann ihm prophezeien, daß er bei dieser Aufgabe nicht einrosten wird.

Außerdem werde ich gern die Gelegenheit wahrnehmen, mit den Arbeitern und anderen Menschen in Deutschland in Berührung zu kommen, und ich werde sie in ihrer Entschlossenheit bestärken, sich aus der gegenwärtigen Notlage wieder emporzuarbeiten und sich gemeinsam mit dem übrigen Europa ein friedliches demokratisches Leben im Wohlstand zu erarbeiten. Wenn ich die Zeit dazu finde, würde ich sogar gerne einmal mit Bergarbeitern und Stahlarbeitern im Ruhrgebiet zusammenkommen, um mit meinen Kollegen dort draußen die Lage an Ort und Stelle zu besprechen. Ich glaube, ich sollte auch dem Oberbefehlshaber Sir Sholto Douglas und General Robertson meine Anerkennung zollen und vielen anderen Beamten dort draußen, die im Brennpunkt der Kritik gestanden haben. In den wenigen Wochen, seit ich näher mit der Verwaltung zu tun habe, habe ich einen Einblick in die Aufgaben gewonnen, und wenn man den Bombenschaden berücksichtigt und das Chaos und die Schwierigkeit, Ordnung in das Ganze zu bringen, wenn man die Bewegung von Millionen von Zwangsverschleppten und ihre Rückführung in die verschiedenen Länder bedenkt, dann kann man, meine ich, wohl auf die Verwaltungsbeamten stolz sein, die wir für diese Aufgaben gefunden haben. —

Ich wende mich nun dem Thema Österreich zu. Ich hatte gehofft, daß wir in Moskau zu einer Einigung über den österreichischen Vertrag kommen würden. Das hätte weitgehend zur Wiederherstellung normaler Zustände im Donaubecken beigetragen und die Rücknahme aller Truppen aus dem ganzen Gebiet zur Folge gehabt. Wir konnten den Österreich-Vertrag nicht abschließen, weil wir uns nicht über die Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich zu einigen vermochten. Diese Frage hat eine lange Vorgeschichte. In Potsdam vereinbarten wir, keine Reparationen von Österreich zu fordern. Die deutschen Vermögenswerte in Österreich sollten aber zu den Quellen gerechnet werden, aus denen deutsche Reparationen zu leisten wären, und daraufhin haben die Sowjet-Union alle Ansprüche auf deutsche Vermögenswerte in West-Österreich und die Westmächte alle Ansprüche auf deutsche Vermögenswerte in Ost-Österreich aufgegeben. Leider wurde im Potsdamer Abkommen der Begriff der deutschen Vermögenswerte nicht definiert. Die von den sowjetischen Behörden seit Potsdam in Ost-Österreich durchgeführte Aktion hat gezeigt, daß die Sowjet-Union den Begriff so auslegt, daß er alles umfaßt, was nominell deutsch war, ohne Rücksicht darauf, wie es erworben wurde. Sie werden verstehen, daß es in einem Land wie Österreich, dessen Wirtschaft nach 1938 der deutschen eingegliedert wurde und das dem Gesamtkomplex der Nazigesetze unterworfen war, die sich gegen bestimmte deutsche und österreichische Staatsangehörige wie zum Beispiel die Juden oder gegen die Rechte und Interessen der Vereinten Nationen richteten, daß es in einem solchen Lande notwendig war, viele der Geschäfte neu aufzurollen, durch die Besitz in deutsche Hände gelangt war, ehe man das ganze bona fide als deutschen Besitz betrachtete.

In der Moskauer Erklärung über Österreich waren die drei Regierungen übereingekommen, daß Österreich als erstes freies Land,



das der Naziaggression zum Opfer gefallen war, von der deutschen Herrschaft befreit werden sollte, und die drei Regierungen erklärten den Österreich von Deutschland aufgezwungenen Anschluß für null und nichtig und betrachteten sich in keiner Weise durch irgendwelche seitdem in Österreich eingetretenen Veränderungen gebunden. Ich erinnere mich noch gut daran, wie der Herr Abgeordnete für Warwick und Leamington (Mr. Eden) bei seiner Rückkehr dem Hause das Abkommen erklärte und wie wir uns darüber freuten im Hinblick auf die schwierige Situation, die der Anschluß geschaffen hatte. Meiner Meinung nach wäre es mit dem Geist und dem Buchstaben dieser Erklärung vollkommen unvereinbar, alle Vermögensübertragungen, die nach 1938 durch Nazigesetze und -methoden eingeführt wurden, als gültig anzuerkennen. Es ist unserer Ansicht nach nicht zulässig, daß wir Untaten, die die Nazis auf Kosten ihrer unschuldigen Opfer ausführten, anerkennen und, was noch schlimmer ist, sogar Gewinn daraus zu ziehen versuchen. Wir haben alle möglichen Formeln zur Regelung dieser Sache herangezogen, aber ohne Erfolg. Während der Sitzung der Stellvertreter in London hatten wir jedoch vorgeschlagen, es mit einer Regelung von Fall zu Fall zu versuchen, und auf diesen Vorschlag kam man schließlich allgemein zurück. Es ist jetzt eine Kommission mit einem Fachausschuß gebildet worden, die die Tatsachen feststellen und dann die Differenzen überbrücken soll.

An diesem Problem der deutschen Vermögenswerte sieht man, welche Bedeutung Worte in internationalen Angelegenheiten erreichen können. In allen anderen Verträgen wandten wir, wo es sich um Eigentum von Angehörigen alliierter Nationen handelte, die Worte „mit Gewalt oder unter Zwang genommen“ an, womit natürlich die indirekten Methoden, die etwa angewandt wurden, bezeichnet werden sollten. In diesem Falle wollte die Sowjetdelegation, daß wir uns auf die Worte „mit direkter Gewalt“ einigen. Ich finde, das drückt ganz offensichtlich nicht genau aus, was gemeint ist, und wir können dem nicht zustimmen. Ich will jedoch jetzt nichts mehr darüber sagen, denn die Vermögenskommission ist schon gebildet und wird bald mit ihrer Arbeit beginnen. Ich hoffe, sie wird schnell arbeiten, denn es liegen zwar noch andere Fragen vor, wie zum Beispiel Jugoslawiens territoriale und finanzielle Forderungen, die Rückerstattung von Eigentum sowie der Rechte und Interessen der Vereinten Nationen in Österreich und die Behandlung österreichischer Vermögenswerte auf dem Gebiet der Vereinten Nationen, aber dieses ist die wesentlichste Frage, und wenn wir dieses Problem lösen können, werden sich, denke ich, auch die anderen regeln. Bevor ich das Thema Österreich verlasse, muß ich noch betonen, daß es keinen Sinn hat, die Unabhängigkeit eines Landes wiederherzustellen, wenn gleichzeitig eine Methode erfunden wird, die einen großen Teil seiner Wirtschaft einem indirekten oder direkten ausländischen Einfluß unterstellt. Auch ist es nicht ratsam, irgendwelchen unter diesen Umständen genommenen Vermögenswerten eine Art Ausnahmebehandlung zukommen zu lassen, die nicht unter das Landesgesetz fällt. Daran müssen wir festhalten.

Nun noch ein Wort über unsere Beziehungen zur Sowjet-Union. Ich traf mit Generalissimus Stalin zusammen und besprach mit ihm die Frage einer Revision des britisch-sowjetischen Bündnisvertrages von 1942. Wir kamen überein, diesen fortzusetzen. Vier Besprechungen haben schon stattgefunden, und die Angelegenheit wird noch weiter erwogen. Ich hoffe, daß wir uns auch über Maßnahmen einigen können, die unter Friedensbedingungen getroffen werden und nicht nur auf Kriegsbedürfnisse abgestellt sind. Das würde dem Vertrag eine sehr wünschenswerte Dauerhaftigkeit verleihen. Ich möchte darauf hinweisen, daß ich bei der Bearbeitung dieses Vertrages die Verpflichtungen, die er uns auferlegen würde, und die Notwendigkeit, sie mit dem schon erwähnten Viermächtepakt in Einklang zu bringen, wohl im Sinne gehabt habe, so daß bei der Schaffung dieser Bindeglieder und Beziehungen alles auf das Endziel eines vollkommenen Organismus hinwirkt.

Ich habe auch das Problem Handel bearbeitet, und die Ergebnisse sind dem Unterhaus schon vorgelegt worden. Es liegen noch andere Angelegenheiten vor, aber ich glaube, ich will Sie jetzt nicht damit ermüden. Ich möchte nur noch einen Punkt von außerordentlicher Bedeutung in Verbindung mit Polen erwähnen. Ich habe bemerkt, daß in manchen Kreisen die Meinung laut wurde, ich hätte der Politik der britischen Regierung gegenüber Polen einen anderen Kurs gegeben. Ich habe nichts dergleichen getan. In den Potsdamer Besprechungen hatte man mir gewisse Zusagen gegeben, die nicht erfüllt wurden, so daß sich große Schwierigkeiten ergaben. Da ich sehe, daß anscheinend ein Kurswechsel vorgenommen wurde, bin ich jetzt unter diesen Umständen sofort bereit, darauf einzugehen. Am 20. März 1946 erklärte ich im Unterhaus, daß wir zwar keine Gewalt anwenden würden,

um die Polen zu zwingen, nach Polen zurückzukehren, daß wir aber ihre Rückkehr wünschten. Ich habe niemals versucht, unsere feste Überzeugung zu verleugnen, daß sie alle heimkehren sollten. In der Beziehung waren wir die ganze Zeit vollkommen eindeutig. Augenblicklich ist die Zusammenarbeit zwischen uns und der polnischen Regierung in dieser Hinsicht viel besser als je zuvor. Ich glaube, daß man in Polen selbst für unsere Absichten in Bezug auf das polnische Wiederansiedlungskorps Verständnis hat, um die Denunziationen haben aufgehört. Die polnische Regierung sieht jetzt, daß wir versuchen, dieses ärgerliche Problem durch eine geplante und organisierte Methode zu lösen, und es wird das Haus vielleicht interessieren, was wir in Bezug auf die Repatriierung schon getan haben. Wir haben 66 000 polnische Soldaten aus dem Vereinigten Königreich nach Polen zurückgesandt. Das umfaßt nicht die beträchtliche Anzahl von Polen, die direkt aus Deutschland oder Italien zurückgeführt wurden. Zum Beispiel gingen 12 280 Polen direkt aus Italien nach Polen zurück. In England warten noch etwa 28 000 Mann auf die Rückführung. Und diese wird jetzt beschleunigt. Diese Leute wurden noch zurückgehalten, weil die Ostsee eingefroren war und sehr schlechte Wetterverhältnisse herrschten. Von ihnen werden jetzt 15 000 monatlich zurückgeschickt, so daß auch dieser Rückstand vor Ende Juni erledigt sein dürfte. Seit Ende März haben sich außerdem etwas über 10 000 Freiwillige zur Rückführung gemeldet. Ich glaube, es besteht jetzt ein besseres Verständnis für die Ehrlichkeit unserer Motive und unseren Wunsch, die Männer, die mit uns gekämpft haben, nicht zu verlassen, sondern sie wieder in ihr eigenes Land zurückzuführen.

Ich bin überzeugt, daß ich jetzt mit größerer Zuversicht der Polen sagen kann, daß sie mit besseren Gefühlen in ihr Heimatland zurückkehren können, als sie es bisher für möglich hielten. Abkommen über Handel, Finanzen und andere Dinge, die schon ausgearbeitet sind und verwirklicht werden sollen, werden, glaube ich, für unsere beiden Länder förderlich sein. Außerdem habe ich mit allen anderen Ländern in Europa Fühlung aufgenommen, mit Ungarn, der Tschechoslowakei und den Balkanländern; ich traf dort auf ein größeres Entgegenkommen als jemals seit Beendigung des Krieges. Es entwickelt sich eine freundlichere Stimmung, und wenn wir nur den Handel mit Kohle und anderen Dingen wieder in Gang bringen und mit unserer eigenen Produktion zu ihrer Unterstützung beitragen können, so würde sich das im nächsten Jahr für uns in unserer eigenen Wirtschaft in Bezug auf Nahrungsmittel und in mancher anderen Hinsicht vorteilhaft auswirken.

Zum Schluß möchte ich ein sehr glückliches Ereignis erwähnen, das gleich nach meiner Abreise nach Moskau stattfand: Ich möchte auf den Empfang hinweisen, der mir bei der Unterzeichnung des Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Großbritannien in Frankreich, in Dünkirchen, bereitet wurde. Es war ein erhebender Augenblick, das muß ich gestehen, als Herr Bidault und ich uns dort trafen. Ein Augenblick voller Erinnerungen an das, was Dünkirchen für uns bedeutet. Mit der Unterzeichnung des Vertrages haben wir bestätigt, daß Deutschland zwar im Moment daniederliegen und keine Gefahr darstellen mag, daß wir aber nicht vergessen werden, was Frankreich in den vergangenen Jahren durch Deutschland gelitten hat, und daß dort das natürliche Gefühl herrscht: „Wird Deutschland, falls es sich wieder aufrichtet, wiederum Frankreichs Sicherheit gefährden?“

Es ist die Politik der britischen Regierung, bei Frankreich keinerlei Zweifel über unsere Haltung aufkommen zu lassen, und wie jeder beim Lesen des Vertrages sehen kann, ist es sein Zweck, im Falle einer neuerlichen deutschen Aggression gegenseitige Hilfeleistung zu gewährleisten. Er legt unsere Einstellung sowohl den Franzosen wie auch den Deutschen gegenüber von vornherein klar, und wir hoffen, daß damit das französische Vertrauen wachsen und das neue Deutschland auf die rechte Bahn gelenkt wird, so daß es nicht mehr glaubt, ungestraft Verträge brechen und Verpflichtungen vernachlässigen zu können. In diesem Geiste wurde der Vertrag unterzeichnet, und ich hoffe, daß zukünftige Regierungen nicht wanken und versagen oder gar Frankreich in einer solchen Lage verlassen werden wie damals, als Hitler im Rheinland einmarschierte und andere Ereignisse stattfanden, die schließlich zum Kriege führten. Dieser Vertrag soll ein Gelöbnis des britischen Volkes sein, im Interesse der gegenseitigen Sicherheit und Entwicklung an Frankreichs Seite zu stehen in der Hoffnung, daß wir gemeinsam viel zum Wiederaufbau der Welt beitragen können. In einer solchen Zusammenarbeit werden wir allen unseren Alliierten helfen, den europäischen Frieden, ja den Weltfrieden zu schaffen, und werden so zum Wohle der Menschheit auf Generationen hinaus wirken.



# Die deutsche Frage nach Moskau

## Das Kernproblem: Die Wiedergutmachung der Kriegsschäden

### Der Potsdamer Reparationsplan

Neben den unmittelbaren Auswirkungen des katastrophalen Zusammenbruches und der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches haben eine Reihe von Faktoren dazu beigetragen, zu verhindern, daß in den zwei Jahren, die seit dem Abschluß des Potsdamer Abkommens verstrichen sind, noch nicht einmal die Grundelemente der deutschen Frage geklärt werden konnten. Da nicht nur die materiellen Ziele, sondern auch die geistigen und historischen Voraussetzungen, mit denen von allen Beteiligten an die deutsche Frage herangegangen wird, außerordentlich gegensätzlich sind, ist es schwierig, einen Ansatzpunkt zu finden, der, ohne der Vielfalt der Einzelfragen Gewalt anzutun, doch eine Übersicht über den ganzen Fragenkomplex gestattet. Versucht man, sich für einen Augenblick von der Unzahl der technischen Einzelheiten der politischen, wirtschaftlichen, soziologischen und psychologischen Gesichtspunkte zu lösen, so erscheint es natürlich, die Frage der wirtschaftlichen Wiedergutmachung der Kriegsschäden zum Ausgangspunkt jeder Betrachtung über die heutige Lage Deutschlands zu machen. Hier liegt der Problemkreis, der das Verhältnis Deutschlands zur übrigen Welt und das Verhältnis der Alliierten untereinander, soweit Deutschland zur Debatte steht, an der wunden Stelle berührt und auch immer wieder an zentraler Stelle die Erörterungen über Deutschlands Zukunft beherrscht.

Die Erfahrungen, die auf alliierter Seite in den Reparationsverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg gewonnen wurden, sind, wie sich vielfach nachweisen läßt, von entscheidendem Einfluß auf ihre Pläne für die Behandlung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg gewesen. Die Überzeugung, daß die damals aus der laufenden Produktion Deutschlands geleisteten Reparationslieferungen letzten Endes nur der wirtschaftlichen Stärkung der deutschen Industrie und des deutschen Außenhandels dienten und somit halfen, die Voraussetzungen für die Entfaltung eines zweiten Weltkrieges zu schaffen, ließ während des Krieges die radikalen Pläne entstehen, die auf einen weitgehenden Abbau der deutschen Industriekapazität und eine völlige Agrarisierung Deutschlands hinzielten.

Über die Entwicklung dieser Pläne im Verlauf der einzelnen Kriegskonferenzen kann heute nicht zusammenhängend berichtet werden, da nur wenige Unterlagen bekanntgeworden sind. Als Ergebnis dieser Verhandlungen kennen wir jedoch die Beschlüsse der Krim-Konferenz zur Reparationsfrage, insbesondere das Geheimabkommen, welches Außenminister Molotow am 17. März 1947 (vgl. Europa-Archiv S. 684) bekanntgab. Daraus geht hervor, daß im Februar 1945 deutsche Reparationslieferungen in dreifacher Form in Aussicht genommen waren, nämlich Demontagen, Lieferungen aus der laufenden Produktion und Verwendung von deutschen Arbeitskräften. Als Besprechungsgrundlage für die zu schaffende Reparationskommission nennt das Geheimprotokoll von Jalta auf Grund eines amerikanisch-sowjetischen Vorschlages eine Reparationsleistung von insgesamt zwanzig Milliarden Dollar für die beiden ersten Formen von Reparationen\*). Von der in Jalta in Aussicht genommenen Summe sollte die Sowjet-Union 50 Prozent erhalten.

Zum Verständnis der damaligen Situation ist es wichtig, sich die politische und militärische Lage in Erinnerung zu rufen.

\*) Nach dem ersten Weltkrieg sollte die am 1. Mai 1921 gebildete Reparationskommission eine Entscheidung über die Gesamtsumme der Reparationen treffen. Die Verhandlungen dieser Kommission führten damals zur Festlegung einer Endsumme von 6,6 Milliarden Pfund Sterling, was nach dem heutigen Umrechnungsverhältnis etwa 26,5 Milliarden Dollar entspräche.

Den angelsächsischen Mächten stand noch ein entscheidender Waffengang gegen Japan bevor, zu dem sie die Hilfe der Sowjet-Union zu gewinnen trachteten. Diese selbst befand sich in siegreichem Vormarsch gegen die zurückflutenden deutschen Heere auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Macht\*\*).

Die Entwicklung der Verhandlungen von Jalta bis Potsdam, die insbesondere durch die Festlegung der deutschen Wirtschaftseinheit gekennzeichnet ist, läßt sich gleichfalls in ihren einzelnen Phasen noch nicht überblicken. Entscheidende Veränderungen in der Auffassung der Weltmächte über die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege liegen hier noch im Dunkel.

Das Protokoll der Berliner Konferenz (Potsdamer Abkommen) enthält ein eingehendes Abkommen über die Reparationen, das die Ansprüche der einzelnen Alliierten beziehungsweise deren Verzicht auf bestimmte Reparationen regelt (vgl. Europa-Archiv S. 218). Dieses Abkommen wurde, wie es im Text heißt, „in Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krimkonferenz“ erzielt. Grundsätzlich wurde in Potsdam die Frage der Reparationsleistungen mit dem Deutschland zu belassenden Industrieniveau in Beziehung gesetzt und festgestellt, daß „Deutschland ein mittlerer Lebensstandard gewährt werden soll, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt (europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme Großbritanniens und der Sowjet-Union).“

Ausgehend von der Festlegung, daß Deutschland „während der Besatzungszeit“ als wirtschaftliche Einheit zu betrachten sei (Teil III Punkt 14 des Potsdamer Abkommens, vgl. Europa-Archiv S. 217), stellte das Potsdamer Abkommen nunmehr zwei technische Aufgaben:

1. Die auf Grund der Beschlüsse von Jalta vorgeschlagene Reparationskommission in Moskau sollte Umfang und Art der industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig ist und der Reparation unterliegt, festsetzen.

2. Nach den von der Reparationskommission ausgearbeiteten Richtlinien sollte der Kontrollrat die Bestimmungen über Umfang und Art der industriellen Ausrüstung, die für die Demontage bereitgestellt werden sollte, im einzelnen festlegen.

Das bedingte eine ins einzelne gehende Einigung über die Deutschland zu belassende Industriekapazität und damit die Vorausberechnung des Deutschland künftig zu belassenden Industrieniveaus. Die letzte Entscheidung sollte nach Teil IV Punkt 6 des Potsdamer Abkommens durch den Oberbefehlshaber derjenigen Zone getroffen werden, in der die Demontage erfolgen sollte. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, in den einzelnen Besatzungszonen durch die Zonenbefehlshaber diejenigen Werke festzustellen, die für die industrielle Bedarfsdeckung der Zone überflüssig waren. Dar aufhin war zu ermitteln, welche dieser Werke zwar nicht für den Bedarf der einzelnen Zone, wohl aber für den Gesamtbedarf Deutschlands im Rahmen des festzulegenden Industrieniveaus unentbehrlich waren. Diese Werke waren in den Zonen zu belassen, die dann für Reparationsleistungen verbleibenden der Reparationskommission für die endgültig

\*\*) Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Beiträge über die Stellung der Weltmächte im Fernen Osten seit Potsdam und auf unseren Beitrag über die militärische Verwendung der Atombombe (vgl. Europa-Archiv S. 369 ff. und S. 500 ff.).



## Die Methoden der Auswahl von Industriewerken für Reparationszwecke



## Zonenbedarf

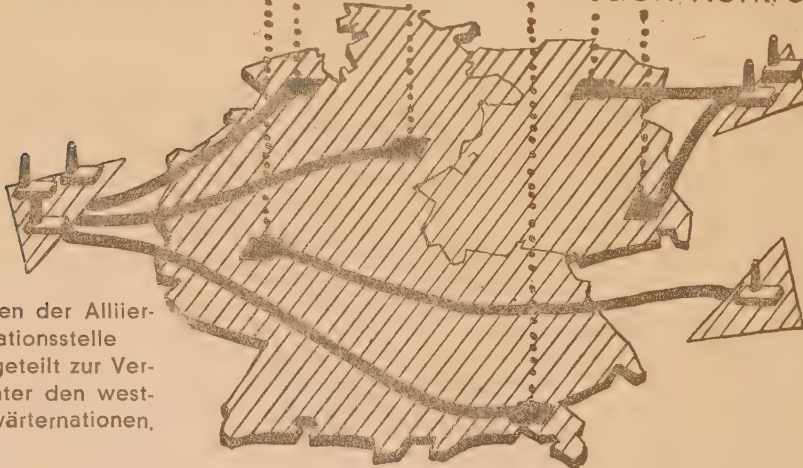
Die eingezeichneten Werke stellen den Bedarf der entsprechenden Zone dar, die ausgeschnittenen sind für die betreffenden Zonen überflüssig, die Festlegung erfolgt durch die Besatzungsmacht.



## Bedarf für Gesamtdeutschland

Ein Teil der oben ausgeschnittenen Werke wird zwar nicht für die einzelnen Zonen, aber für die gesamtdeutsche Wirtschaft benötigt. Diese Werke sind in nebenstehende Skizze eingezeichnet. Die ausgeschnittenen Werke stehen für Reparationen zur Verfügung, Festlegung durch den Kontrollrat.

## Aufteilung des Nettoüberschusses auf die Ost- und Westmächte durch den Kontrollrat



75% werden der Alliierten Reparationsstelle (IARA) zugeteilt zur Verteilung unter den westlichen Anwärternationen,

Die sowjetischen Ansprüche werden durch Demontage aus der Sowjet-Zone befriedigt...

... außerdem werden 25% des endgültigen Wertes der Sowjet-Union zugesprochen zur Aufteilung zwischen ihr und Polen (15% im Austausch gegen Rohstoffe, 10% ohne Entschädigung gemäß der Potsdamer Formel).



Verteilung zu melden. Auf Grund dieses Verfahrens sollte dann der Nettoüberschuß der vorhandenen Industriekapazität über das durch den Industrieplan festgelegte Niveau auf die Ost- und Westmächte durch den Kontrollrat verteilt werden (vgl. graphische Darstellung). Die Durchführung dieses Planes bedingte eine ins einzelne gehende gemeinsame alliierte Kontrolle des deutschen Wirtschaftslebens. Hinsichtlich der Beteiligung deutscher Stellen und der Abgrenzung ihrer Kompetenz sowie der Festlegung ihrer Verantwortlichkeit legte das Potsdamer Abkommen in Teil III Punkt 16 fest, daß ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen sei, wobei dem deutschen Volk die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen unterliege.

Der Versuch der Durchführung dieses Reparationsplanes

auf Grund der Potsdamer Beschlüsse zog sich durch den verbleibenden Teil des Jahres 1945 und etwa die erste Hälfte des Jahres 1946 hin. Im März 1946 wurde eine Einigung über das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft und die Durchführung des Reparationsplanes im Rahmen des Kontrollrates erzielt. Über teilweise, sehr scharfe Auseinandersetzungen über die Reparationsfrage im Rahmen des Kontrollrats gelangten verschiedentlich Mitteilungen in die deutsche und ausländische Presse. Eine erste zusammenfassende Darstellung gab der Bericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung „Die Deutsche Wirtschaft seit Potsdam“ (A Year of Potsdam), dessen deutsche Übersetzung wir als ersten Band unserer Dokumentenreihe im vollen Wortlaut veröffentlicht haben.

## Die bisherigen Reparationsleistungen

Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz wurde von Außenminister *Bevin* gefordert, daß die Sowjet-Union nähere Angaben über die bisher in der sowjetischen Besatzungszone vollzogenen Demontagen und die Errichtung der Sowjet-Aktiengesellschaften machen solle. Gleichzeitig kündigte *Bevin* an, er werde seinerseits die Zahlen für die britische Zone vorlegen. Außenminister *Marshall* unterstützte die Forderung *Bevins* und sagte seinerseits eine Erklärung über den Stand der Demontagen in der amerikanischen Besatzungszone zu. Außenminister *Molotow* äußerte, die Sowjet-Union werde zur gegebenen Zeit bis zur letzten Kopeke über die Demontagen in ihrer Besatzungszone abrechnen, wenn alle Besatzungsmächte ihrerseits das einschlägige Material vorlegen würden. Im Verlaufe der Konferenz wurden dann zwar von *Bevin* und *Marshall* Erklärungen über die bisherigen Demontagen abgegeben, die Sowjet-Union und Frankreich äußerten sich jedoch nicht zu dieser Frage.

Aus den Berichten des britischen und des amerikanischen Außenministers ergab sich etwa folgendes Bild über die Demontagen in den nunmehr vereinigten britisch-amerikanischen Besatzungszonen bis zum Zeitpunkt der Moskauer Konferenz:

Außenminister *Marshall* teilte mit, daß insgesamt etwa 2000 Fabriken in den drei westlichen Besatzungszonen von den alliierten Kontrollbehörden für Reparationen vorgesehen wurden. Hiervon wurden 174 Fabriken bereits zugeteilt. Weitere 524 sind ohne Einschränkung und 808 Fabriken der Maschinen- und optischen Industrie mit gewissen Vorbehalten für eine Abschätzung vorgesehen. Über mehrere hundert zusätzliche Fabrikanlagen, deren Abbau für Reparationszwecke geplant ist, wird noch beraten. Der amerikanische Außenminister betonte jedoch, daß die Vereinigten Staaten diese Zahlen nur als vorläufig ansehen könnten. Fabriken, die Deutschland zur Selbsterhaltung braucht, sollten festgelegt und dabei die Bevölkerungsdichte und die endgültige Grenzziehung berücksichtigt werden (vgl. Europa-Archiv S. 687).

In diesem Zusammenhang wies der amerikanische Außenminister darauf hin, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten beim Alliierten Kontrollrat nach dem Fehlschlagen der Bemühungen um die Wirtschaftseinheit die Aufschiebung aller weiteren Demontagen mitgeteilt habe. Dies sei eine notwendige Schutzmaßnahme gewesen, da die Vereinigten Staaten eine weitere Entnahme von Industriearüstungen aus ihrer Zone im Hinblick auf das finanzielle Defizit nicht zulassen könnten, es sei denn, die amerikanische Zone würde auch an der Ausnutzung der Hilfsquellen ganz Deutschlands beteiligt. Außenminister *Marshall* teilte mit, die Vereinigten Staaten hätten bisher aus der von der Interalliierten Reparationsagentur verteilten Gesamtsumme im Werte von 62 Millionen Reichsmark etwa 200 000 Reichsmark (66 666 Dollar) erhalten. Außerdem hätten die Vereinigten Staaten Werte von weniger als zehn Millionen Dollar direkt erhalten. Diese Demontagen seien angeordnet worden, um die amerikanische Kriegsleistung vor der Kapitulation Japans zu fördern. Weiterhin hätten die Vereinigten Staaten Schiffe im Werte von

fünf Millionen Dollar und deutsche Auslandsguthaben im Werte von 150 bis 250 Millionen Dollar erhalten. Der Gesamtwert der deutschen Reparationen an die Vereinigten Staaten belaufe sich somit bisher auf weniger als 275 Millionen Dollar. Aus der laufenden Produktion Deutschlands und aus den in Deutschland beschlagnahmten Goldbeständen hätten die Vereinigten Staaten nichts erhalten.

*Bevin* erklärte, Großbritannien habe von der Interalliierten Reparationsagentur Industriearüstungen im Werte von 4,1 Millionen Reichsmark nach dem Preisniveau von 1938 zugesprochen erhalten\*). Davon habe sein Land bisher Anlagen im Werte von 1,5 Millionen Reichsmark empfangen. Weiter seien einige Maschinen zum Zwecke technischer Untersuchungen nach Großbritannien gebracht worden. 350 000 Tonnen Waren im Werte von 6 350 000 Pfund Sterling seien aus Deutschland nach Großbritannien verschifft worden. Den Wert der deutschen Guthaben in Großbritannien schätzte *Bevin* auf 15 bis 20 Millionen Pfund Sterling. Großbritannien habe aus der laufenden Produktion der britischen Zone keine Reparationen entnommen. Auch *Bevin* wies darauf hin, daß das in den Westzonen vorgefundene Gold, insgesamt etwa 235 Tonnen, nicht zu Reparationszwecken verwandt, sondern für die Länder, deren Gold von Deutschland geraubt worden sei, in Verwahrung gehalten werde.

Ein abschließendes Bild über die bisherigen Reparationsleistungen aus den deutschen Westzonen läßt sich aus den bisher vorliegenden Angaben noch nicht gewinnen. Daß die Entwicklung in den Westzonen noch im Flusse ist, läßt sich aus dem sowjetischen Vorschlag entnehmen, die Demontagen in den Westzonen sollten bis zum 1. Juni 1948 abgeschlossen werden. Hinsichtlich der sowjetischen Zone nannte Außenminister *Molotow* als Abschlußdatum der Demontagen den 1. Juli 1947. Diese Mitteilung läßt darauf schließen, daß in der Sowjetzone die Durchführung der Demontage im wesentlichen abgeschlossen ist.

Der französische Außenminister äußerte sich zur Frage der bisherigen Reparationslieferungen an Frankreich nur insoweit, als er feststellte, daß die Kohlenlieferungen Deutschlands in Dollar bezahlt würden und daher nicht als Reparationslieferungen zu betrachten seien.

Der sowjetische Außenminister erklärte, die Sowjet-Union habe aus den Westzonen bisher nur Reparationen im Werte von fünf Millionen Dollar empfangen\*\*). Außerdem habe die Sowjet-Union aus den Westzonen Reparationslieferungen

\*) Die Grundbestimmungen der Bewertungsformel, wie sie der Koordinationsausschuß des Alliierten Kontrollrates am 7. Januar 1946 festlegte, sind folgende: Werte und Einrichtungen werden taxiert nach dem Wiederbeschaffungswert von 1938 in Reichsmark. Die Kosten für Lieferung und Montage werden nicht berücksichtigt. Soweit Kriegsschäden eingetreten sind, werden sie abgesetzt und der Wert nach Übereinkommen vermindert. Außerdem kann für jedes Benutzungsjahr im Kriege eine Wertminderung, die sich durch Anwendung des Faktors 1,35 ergibt, in Ansatz gebracht werden. Die höchste Grenze der Wertminderung durch Kriegsschäden und Abnutzung beträgt 79 Prozent der Kosten von 1938 und bezieht sich auf das gesamte zugeteilte Objekt.

\*\*) Einige nähere Angaben über Reparationslieferungen an die Sowjet-Union macht der Bericht der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung: „Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam“ (vgl. Europa-Archiv, Dokumente, 1. Band, Seite 12).



im Wert von 7,5 Millionen Dollar erhalten, für die dem Berliner Abkommen gemäß mit anderen Waren gezahlt werden müsse, die daher nicht als Reparationsleistungen im eigentlichen Sinne gelten könnten.

Hierzu äußerte Außenminister Molotow:

„Wenn sich alle Reparationen für die Sowjet-Union in dem verflossenen Zeitraum auf diese Summe (5 Millionen Dollar) beschränkt hätten, so wäre das der größte Fehler der Sowjet-Union gewesen: Die sowjetische Regierung beging jedoch diesen Fehler nicht. Das sowjetische Volk kann nicht mit verschränkten Armen darsitzen und auf Reparationen aus den Westzonen warten, ohne sich um den Eingang der Reparationen aus der östlichen Zone Deutschlands zu kümmern, für die die sowjetische Militärverwaltung unmittelbar verantwortlich ist.

Die sowjetische Regierung hat die notwendigen Maßnahmen getroffen, damit die sowjetische Zone Deutschlands in Übereinstimmung mit den Beschlüssen auf der Berliner Konferenz die Reparationsleistungen an die Sowjet-Union erfüllte, die zum entsprechenden Anteil auch an Polen gegeben wurden. Während dieser Zeit wurde die Ausrüstung der Betriebe, die den deutschen Kriegsbedürfnissen gedient hatten, abmontiert und nach der Sowjet-Union verbracht. In dieser Zeit wurden in der sowjetischen Zone auch Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion durchgeführt.“<sup>\*)</sup>

Molotow nahm dann Stellung zu den von der Sowjet-Union auf Reparationskonto übernommenen deutschen Betrieben. Über den Status der Sowjet-Aktiengesellschaften erklärte Molotow, daß diese, obwohl sie jetzt der Sowjet-Union gehören, auf der Basis der in Deutschland geltenden Rechtsprechung arbeiten.

Der sowjetische Außenminister gab am 11. März 1947 die Zahl der nach der Sowjet-Union verlagerten Fabriken mit 676 an. Da die Zahl der insgesamt von Demontagemaßnahmen betroffenen Betriebe wesentlich höher liegt, sind darin wohl nur die als Ganzes abgebauten Betriebe gezählt, wodurch das wirkliche Ausmaß des industriellen Abbaus, der durch einen hohen Anteil von Teildemontagen bestimmt wird, nicht voll zum Ausdruck kommt.

Da die Reparationslieferungen aus dem Westen nicht nach dem Potsdamer Abkommen durchgeführt wurden und nicht einmal die vom Kontrollrat angenommenen Entscheidungen in die Tat umgesetzt wurden, genügten jedoch, wie Molotow ausführte, alle diese Maßnahmen bei weitem nicht, um die Forderungen, die die Sowjet-Union auf Grund ihrer gewaltigen Kriegsschäden geltend machte, auch nur annähernd zu befriedigen (vgl. Europa-Archiv S. 683).

Da das Ausmaß der tatsächlich in der Sowjetzone erfolgten Demontagen für die Gesamtbeurteilung des Reparationsproblems von ausschlaggebender Bedeutung ist, soll im folgenden versucht werden, auf Grund des bekanntgewordenen Tatsachenmaterials und der Urteile von Sachkennern eine Gesamtübersicht zu geben.

Das Ausmaß der Demontagen war in den einzelnen Industriezweigen sehr verschiedenartig. Besonders hohe Demontageverluste sind in den folgenden Gruppen eingetreten: Braunkohlenbergbau, Energieerzeugung, Stahlerzeugung und Walzwerksproduktion, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, chemische und chemisch-pharmazeutische Industrie, Zementindustrie, keramische und Glasindustrie, einzelne Zweige der Holzindustrie, Papierindustrie. Außerhalb der Industrie sind von

großer wirtschaftlicher Tragweite die Demontagen im Verkehrswesen, vor allem im Eisenbahnwesen, insbesondere der Abbau der zweiten Gleise auf fast allen Strecken, Entnahme der elektrischen Ausrüstung auf einigen Hauptstrecken und Beschlagnahme erheblicher Teile des rollenden Materials und erheblicher Teile des Kraftfahrzeugparks. Eine Analyse der einzelnen Industriezweige gibt folgendes Bild:

#### Braunkohlenbergbau

Für die Brennstoffversorgung der sowjetischen Besatzungszone ist die Braunkohlenförderung von entscheidender Bedeutung; die von Demontagen verschont gebliebene Steinkohlenförderung beschränkt sich auf das kleine sächsische Revier von Zwickau und Lugau-Olsnitz, das den Bedarf der Zone an Steinkohle und Koks keineswegs zu decken vermag. Sowohl die Förderung an Rohbraunkohle als auch die bei dem geringen Heizwert der Braunkohle sehr wichtige Brikketterzeugung hatten bereits vor Beginn der neuen Demontagen im November 1946 gegenüber dem im Kriege erreichten Höchststand durch Demontagen etwa 20 Prozent ihrer Kapazität eingebüßt, wozu noch weitere Kapazitätsverluste durch Kriegsschäden und andere Ursachen traten, so daß insgesamt höchstens 60 Prozent verblieben waren. Die im November 1946 neu begonnenen Demontagen verringern die Produktionsfähigkeit weiterhin erheblich. Nach der oben angeführten Erklärung Marschall Sokolowskijs steht ein weiterer Abbau noch bevor. Schon in den letzten Monaten des vergangenen Jahres hat es sich gezeigt, daß die Kohlenförderung weit hinter dem Bedarf der Zone zurückblieb, zumal die durch den Steinkohlenmangel bedingte höchst unrationelle Brikkettfeuerung der Eisenbahnen eine fortdauernde Verschwendung von Heizwerten bedeutet.

#### Energieerzeugung

Gerade auf diesem Gebiet ist es mangels genauer Unterlagen sehr schwierig, exakte Gesamtergebnisse zu gewinnen. Es liegen Schätzungen von Sachverständigen vor, nach denen in der Gesamtzone einschließlich Berlin heute nur noch etwa 35 Prozent der Vorkriegskapazität in der Erzeugung von Elektroenergie übriggeblieben sind. Es ist wahrscheinlich, daß die Energieerzeugungslage der Ostzone damit zu ungünstig eingeschätzt wird, doch ist nicht daran zu zweifeln, daß sich Kriegszerstörungen und Demontagen in der Ostzone auf die Restkapazität in der Energiewirtschaft viel verhängnisvoller auswirken müssen als ein noch so starker Abbau in irgendeinem Zweige der verarbeitenden Industrie.

#### Metallurgie

Am einschneidendsten sind die Demontagewirkungen in der Stahl- und Walzwerksindustrie. Völlig abgebaut wurden die Stahl- und Walzwerke in Riesa und Gröditz (Mitteldeutsche Stahlwerke), Freital bei Dresden (Sächsische Gußstahlwerke), Pirna, Hennigsdorf bei Berlin und Brandenburg. Damit verblieben der ganzen Zone nur noch die relativ kleinen Werke von Thale im Harz und Untervellenborn in Thüringen (Maximilianshütte); jedoch ist Ende März 1947 auch in dem Preßwerk des letzteren Unternehmens mit Abbauten begonnen worden, deren Ausmaß noch nicht feststeht. Auch die volle Kapazität der beiden Restwerke vermag jedoch nur einen kleinen Teil des Bedarfes der Zone an Stahl- und Walzwerkserzeugnissen zu decken.

Die Industriestruktur der heutigen sowjetischen Besatzungszone war auch schon vor dem Kriege dadurch gekennzeichnet, daß ihre hochentwickelte eisen- und metallverarbeitende Industrie sich nur auf eine unzureichende Grundlage in der metallurgischen Erzeugung zu stützen vermochte, infolgedessen also auf beträchtliche Bezüge aus den Gebieten der westdeutschen Schwerindustrie, zum kleineren Teile auch aus Oberschlesien, angewiesen war. Diese Abhängigkeit ist durch die außerordentlich großen Demontagen gerade in der metallurgischen Industrie der Zone sehr gesteigert worden, während andererseits die Möglichkeit dieser Bezüge durch die veränderten Voraussetzungen, vor allem die Zonentrennung, stark zurückgegangen ist.

Vor dem Kriege betrug die gesamte, für den Bedarf bei

<sup>\*)</sup> Die Demontagen in der sowjetischen Zone begannen bald nach dem Einrücken der Roten Armee und dauerten mit Unterbrechungen bis in der Herbst 1946. Im November 1946 begann eine weitere, bis in das Jahr 1947 hineinreichende Aktion, die in der Öffentlichkeit besonders durch die Demontage der bekannten Karl-Zeiß-Stiftung in Jena bekannt wurde. Am 21. Januar 1947 erklärte der Befehlshaber der sowjetischen Zone, Marschall Sokolowski, die Demontageaktionen für beendet. Ausdrücklich ausgenommen wurde dabei die Ausrüstung von sieben Braunkohlengruben, mit deren Demontage inzwischen begonnen wurde. Das offizielle Organ der sowjetischen Besatzungszone, die „Tägliche Rundschau“, stellte in einem am 17. Dezember 1946 erschienenen Artikel „Demontagen und Industriekapazität in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ fest, „der sowjetischen Zone sei eine die Grenzen des Industrieplanes erheblich übersteigende Industriekapazität belassen worden. Dieser Artikel hat eine lebhafte Diskussion in der deutschen und der ausländischen Presse hervorgerufen, indem festgestellt wurde, daß die dort angegebenen Zahlen nur bei einer anormalen Ausnutzung der Kapazität im Mehr-Schichten-Betrieb ermittelt werden könnten, während der übliche Kapazitätsbegriff von einer normalen, das heißt in der Regel einschichtigen Ausnutzung der Anlagen ausgehe.“



weitem nicht ausreichende Rohstahlkapazität der Zone etwa 1,1 bis 1,2 Millionen Tonnen. Verblieben sind davon nur 250 000 bis höchstens 300 000 Tonnen, also 20 bis 25 Prozent; im Lande Sachsen, das an der Stahl- und Walzwerksproduktion der Zone mit mehr als der Hälfte beteiligt war, ist die gesamte Stahl- und Walzwerksproduktion (frühere Kapazität: rund 600 000 Tonnen Rohstahl jährlich) abgebaut worden. Ein rascher Ausgleich dieser Verluste ist nicht möglich, da die Erzeugung von Einrichtungen für die metallurgische Industrie in der Ostzone nur schwach entwickelt ist und diese Erzeugung zudem besonders scharfen Kapazitätsbeschränkungen unterworfen wird. Die Betriebe dieses Sektors haben bisher noch von ihren letzten Materialreserven gelebt; nachdem diese aber allmählich nahezu aufgebraucht sind, könnte nur eine wesentliche Vergrößerung der Bezüge von Stahl und Walzwerkserzeugnissen aus Westdeutschland die Aufrechterhaltung des jetzigen geringen Produktionsvolumens ermöglichen.

In der Erzeugung von Nichteisenmetallen sind die Demontagen ebenfalls beträchtlich. Augenblicklich erfolgt eine Erzeugung nur in ganz geringem Umfang durch Umschmelzen von Altmetallen.

#### Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau

Im Maschinenbau gehörte die heutige sowjetische Besatzungszone (einschließlich Berlin) zu den wichtigsten Produktionsgebieten ganz Deutschlands. Sie war 1936 (ohne das Land Anhalt) am Gesamtabsatzwert der Werkzeugmaschinenindustrie von 642 Millionen Reichsmark mit 314,6 Millionen Reichsmark beteiligt, also mit fast der Hälfte, an der Textil- und Bekleidungsmaschinenindustrie mit 169,6 von 309 Millionen, also mit mehr als der Hälfte; in der sehr umfassenden Gruppe „sonstiger Maschinen- und Apparatebau einschließlich Kesselbau“ entfielen auf sie von 2467 Millionen Reichsmark 865 Millionen, also 35 Prozent.

Das Land Sachsen allein als wichtigstes Maschinenbauzentrum der Zone brachte etwa 15–17 Prozent des Produktionswertes der gesamten deutschen Maschinenindustrie hervor. Dabei war neben der hochentwickelten Werkzeugmaschinenindustrie der den Zwecken der Friedensindustrie dienende leichte Maschinenbau wesentlich stärker entwickelt als der Schwermaschinenbau, dessen Hauptsitze infolge seiner starken Materialorientierung vor allem in Westdeutschland lagen.

Hinsichtlich der noch verbliebenen Kapazitäten in den Einzelzweigen des Maschinenbaues liegt die folgende, auf zuverlässiges Material gestützte Übersicht vor:

Industriezweig	Verbliebene Kapazität in Hundertsätzen	
	Mitte 1946	Ende 1946
Kraftmaschinen	25	24
Hebezeuge, Fördermittel, Druckluftindustrie	15	13
Aufbereitungs- und Bau- maschinen	45	44
Werkzeugmaschinen	18	15
Wälzlager, Getriebe	35	30
Werkzeuge	35	30
Holzbearbeitungsmaschinen	18	17
Papierherstellungs-, Papierver- arbeitungs- und Druckerei- maschinen	20	18
Textilmaschinen, Näh-, Schuh-, Leder-, Wäschereimaschinen	25	23
Armaturen	19	18
Landmaschinen, Nahrungs- und Genußmittelmaschinen, Groß- und Schnellwaagen	20	19
Maschinenteile	19	18
Maschinenbau insgesamt	23 weniger als	20

Von den verlorengegangenen Kapazitäten entfallen im Durchschnitt 30 v. H. auf Kriegsschäden und 70 v. H. auf Demontagen bei großen Unterschieden in den einzelnen Zweigen.

In manchen sehr wichtigen Spezialkategorien von Maschinen sind durch die Demontagen 100 oder annähernd 100 Prozent der Produktionsfähigkeit abgebaut worden, unter anderem bei Spezialfräsmaschinen, Zahnradfräsmaschinen, Gewinderollmaschinen, Zahnflankenschleifmaschinen, Spezialschleifmaschinen für Wälzlager, Rundschleifmaschinen, Radialbohrmaschinen, Spezialdrehbänken, Spezialautomaten, Spezial-Druckluftwerkzeugen, Spezialturbinen, hydraulischen Spezialpressen.

In der Textilmaschinenindustrie, in der Sachsen nicht nur in Deutschland, sondern zum Teil in der ganzen Welt führend war — für Strumpfmaschinen und bestimmte Spezialkategorien von Trikotagenmaschinen war es das einzige Erzeugungsgebiet in ganz Deutschland —, ist infolge der Demontage aller führenden Betriebe nur noch etwa ein Zehntel der früheren Kapazität verblieben. Weitere wichtige Einzelzweige mit Demontageverlusten sind: Maschinen für die Holzbearbeitung, Schuh- und Ledermaschinen, Nähmaschinen, Buchdruckmaschinen sowie Maschinen für die Papierverarbeitung, Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, ferner die Werkzeugherstellung (in einzelnen Sparten derselben hatte Sachsen ebenfalls eine Monopolstellung in ganz Deutschland). In der meisten dieser Branchen dürfte die noch verbliebene Erzeugungsfähigkeit nur noch etwa 25–35 Prozent des Standes von 1936 betragen.

Insgesamt wird die durch die Demontagen im Lande Sachsen abgebaute Jahreskapazität der Maschinenindustrie auf etwa 500 Millionen Reichsmark veranschlagt werden können. Da Sachsen an der Maschinenindustrie der Ostzone (einschließlich Berlin) 1946 mit 40 Prozent beteiligt war, wird man nicht fehlgehen, wenn man den Gesamtverlust der Zone mit einer Jahreskapazität von etwa 1,2 bis 1,3 Milliarden Reichsmark ansetzt.

Noch größere Demontageverluste als die Maschinenindustrie hat der Fahrzeugbau der sowjetischen Besatzungszone zu verzeichnen, der im Jahre 1936 an der deutschen Gesamtproduktion dieses Zweiges (ohne Waggon- und Schiffbau) mit rund 31 Prozent beteiligt war, wovon ziemlich genau die Hälfte auf das Land Sachsen und fast ein Viertel auf Berlin entfiel. Einschließlich des Waggon- und Schiffbaus wird die frühere Kapazität der Zone etwa bei 600–700 Millionen Reichsmark Jahresproduktion gelegen haben. Hiervon sind etwa 20 Prozent durch Kriegsschäden und mindestens 60 Prozent durch Demontagen ausgefallen, so daß die heutige Kapazität günstigenfalls noch bei 20 Prozent liegt; im Lande Sachsen dürfte sie jedoch 10 Prozent kaum übersteigen. Im letzteren sind sämtliche Betriebe der Auto-Union voll demontiert worden; diese umfaßte sämtliche sächsischen Produktionsstätten für Personenkraftwagen und lieferte etwa ein Viertel der deutschen Gesamtproduktion. Dem Abbau verfielen ferner auch die anderen großen Werke des sächsischen Automobilbaues, wie die Phänomen-Werke in Zittau und die Vomag in Plauen, und eine erhebliche Zahl mittlerer Betriebe, wie die Wanderer-Werke in Siegmarschönau bei Chemnitz, ein führendes Werk der Fahrradindustrie, ferner mehrere bedeutende Betriebe der Erzeugung von Fahrzeuersatzteilen. Die Demontagen gehen damit weit über die Bestimmungen des Industrieplanes hinaus, der bei Lastkraftwagen immerhin noch 76 Prozent, bei Personenkraftwagen 16 Prozent der Produktion von 1936 gestattet. Auch die Waggonindustrie erlitt schwerste Demontageverluste, die im Lande Sachsen weniger als ein Zehntel der Vorkriegskapazität übrigließen.

#### Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik

Wie das gesamte Gebiet der Eisen- und Metallverarbeitung gehören auch diese Industriezweige zu den besonders stark demontierten. An der Elektrotechnik war die Sowjetzone ohne Berlin nur verhältnismäßig schwach beteiligt (1936: 12 Prozent, davon über die Hälfte im Lande Sachsen). Bezieht man jedoch Berlin als wichtigsten Standort der deutschen elektrotechnischen Industrie ein, so steigt der Anteil der Zone auf 60 Prozent. Der Industriezweig hat (vor allem in Berlin) schwere Kriegsschäden erlitten und der



größte Teil der noch verbliebenen Anlagen (etwa 20 Prozent) ist demontiert worden, so daß nur etwa 20 Prozent der früheren Kapazität verblieben sind, während der Industrieplan der Elektroindustrie 50 Prozent der Kapazität von 1938 belassen will. Das sehr niedrige Produktionsvolumen, das gegenwärtig in der Elektroindustrie der Gesamtzone erreicht wird, bestätigt durchaus die Niedrigkeit der noch verbliebenen Kapazität.

Nicht wesentlich anders liegen die Dinge bei der feinmechanischen und optischen Industrie, die als ausgesprochene Qualitätsindustrie mit einem ungewöhnlich hohen Grade der Arbeitsintensität für rohstoffarme Industriegebiete, wie sie große Teile der heutigen Sowjetzone sind, von größter Bedeutung ist. Nach bereits erheblichen Kriegsschäden sind in den Hauptsitzen dieser Industrie — Jena, Dresden, Berlin, Rathenow, Leipzig — fast alle bedeutenden Betriebe völlig oder teilweise demontiert worden. Bei den Zeiß-Werken in Jena und dem mit ihnen produktionsmäßig eng verbundenen Glaswerk Schott & Genossen sind nach zuverlässigen Angaben etwa sechs Prozent der Produktionsanlagen verblieben. Schon vor den Jenaer Demontagen waren der Demontageverlust des Industriezweiges auf 60 Prozent und die verbliebene Kapazität auf 25 Prozent zu veranschlagen. Der Industrieplan der feinmechanischen und optischen Industrie beließ 70 Prozent des Standes von 1936.

Nach der heute in der Sowjetzone gültigen Industriesystematik gehört zur feinmechanischen Industrie auch die Erzeugung von Büromaschinen (Schreibmaschinen und Rechenmaschinen), an der in erster Linie das Land Sachsen, in zweiter Linie die Provinz Sachsen (Regierungsbezirk Erfurt) und Berlin beteiligt waren. Auch in diesem Zweige sind wohl sämtliche vorhandenen Großbetriebe, soweit ihre Anlagen nicht schon dem Krieg zum Opfer gefallen waren, demontiert worden, so daß im Lande Sachsen nach Demontagen von über 50 Millionen Reichsmark schätzungsweise nur noch 10 Prozent der früheren Kapazität verblieben sind, während nach dem Industrieplan entsprechend den Bestimmungen für den Leichtmaschinenbau 50 Prozent zulässig sind.

#### Chemische Industrie

Als Hauptstandort der Industrie der chemischen Grundstoffe in der sowjetischen Besatzungszone hat vor allem die heutige Provinz Sachsen starke Demontagen zu verzeichnen. Kennzeichnend ist die Entwicklung bei Soda. Der einzige große Sodaerzeuger der Zone, die Deutschen Solvaywerke in Bernburg, und ein zweites kleineres Werk sind völlig demontiert worden, so daß die Sodakapazität von etwa 45 000 Tonnen je Monat auf 6000 Tonnen sank. Dabei gehört Soda nicht zu den Grundchemikalien, deren Produktion nach dem Industrieplan mit 40 Prozent begrenzt wird, so daß nach diesem eine Produktion von 70 Prozent belassen werden soll. Andere erheblich demontierte Zweige sind die Erzeugung von Schwefelsäure, Stickstoff, Atznatron, Kunststoffen, Sprengstoffen, Teerfabrikaten, Mineralfarben, photochemischen Erzeugnissen, Pflanzenschutzmitteln, Lacken, Textilhilfsmitteln, Seifen und Waschmitteln sowie Leim und Gelatine. In der gleichermaßen für die Volksgesundheit wie für den Export wichtigen pharmazeutischen Industrie wurden zum Beispiel die bedeutenden Betriebe Chemische Fabrik von Heyden, Dr. Madaus und Sächsisches Serumwerk demontiert. Nach den Demontagen verblieb nur noch eine Kapazität von 30—40 Prozent des Standes von 1936. Der Industrieplan beläßt Deutschland 80 Prozent. Allerdings ist gerade in dieser Produktion ein im Verhältnis zu anderen Branchen ansehnlicher Teil der verlorenen Kapazitäten wiederaufgebaut worden.

Ähnlich wie in der Metallurgie und im Maschinenbau müssen auch in der Industrie der chemischen Grundstoffe die übergroßen Demontagen die Folge haben, daß in einer Reihe von Fertigindustrien mangels unentbehrlicher Ausgangs- oder Hilfsstoffe das nach dem Industrieplan zulässige Produktionsvolumen nicht erreicht werden kann.

#### Zementindustrie, keramische und Glasindustrie

In der Glas- und keramischen Industrie ist insgesamt etwa ein Drittel der früheren Kapazität abgebaut worden, wozu noch Kriegsschäden treten, so daß nur etwa 50—60 Prozent der früheren Kapazität erhalten geblieben sind, in der Gipsindustrie nach Demontagen von 35 Prozent etwa 60 Prozent. Weitere Zweige mit bedeutenden Demontageverlusten sind die Dachsteinindustrie, die Herstellung feuerfester Erzeugnisse sowie von Steinzeugrohren. — In der Zementindustrie beließ der Industrieplan 68 Prozent der Kapazität von 1936; in der Sowjetzone sind etwa 40 Prozent demontiert und etwa 10 Prozent durch Kriegsschäden vernichtet, so daß nur noch etwa die Hälfte der früheren Leistungsfähigkeit verblieben ist.

Im Hinblick auf die dringenden Wiederaufbaunotwendigkeiten Deutschlands und den fast ausschließlich friedenswirtschaftlichen Charakter der Baustoffindustrien sind diese mit der einzigen Ausnahme des Zements im Industrieplan keinen Beschränkungen unterworfen worden; es wird sogar in Artikel II/9 ausdrücklich erklärt: „Die vorhandene Kapazität verbleibt“ (vgl. Europa-Archiv, Dokumente, I. Band S. 67).

#### Holzindustrie

Auch hier ist die Unterstufe der Produktion, die Sägeindustrie, besonders schwer betroffen; es ist durch Demontagen schätzungsweise ein Drittel der früheren Kapazität ausgefallen, wobei es sich, wie auch in den meisten anderen Industriezweigen, vor allem um die technisch am besten ausgestatteten Betriebe der oberen Größenklassen handelt. In der Sperrholzindustrie ist die vorhandene Kapazität fast zu 100 Prozent abgebaut worden. Der Holzhausbau hat im Lande Sachsen durch Kriegsschäden und Demontagen etwa 90 Prozent eingebüßt; da hier die modern eingerichteten Großbetriebe völlig abgebaut wurden, ist jetzt nur noch eine handwerkliche Fertigung möglich, die natürlich mit viel höheren Kosten verbunden ist. In den übrigen Zweigen der Holzverarbeitenden Industrie haben die Demontagen geringere Bedeutung.

#### Papierindustrie

Die Zelluloseerzeugung gehört zu den wenigen Industriezweigen, in denen Demontagen überhaupt nicht vorgenommen worden sind. Um so schwerer wiegen die Verluste in der Papier- und Pappenfabrikation, zumal die heutige sowjetische Zone an der deutschen Gesamtproduktion mit über 40 Prozent beteiligt war und weitere 15 Prozent auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie entfielen. Würden diese Gebiete dauernd von Deutschland abgetrennt, müßten sie bei der Berechnung der für Demontagen verfügbaren Kapazitäten außer Berechnung gelassen werden. Der Industrieplan erlaubt bei Papier und Pappe\*) eine Produktion von 2,129 Millionen Tonnen, was 65 Prozent der Produktion von 1936 ausmacht. Tatsächlich sind in der Papiererzeugung der sowjetischen Besatzungszone 48 Prozent, in der Pappenerzeugung 51 Prozent der vorhandenen Kapazität abgebaut worden. In der Papiererzeugung ist dadurch eine Jahresproduktionsfähigkeit von etwa 500 000 Tonnen, in der Pappenerzeugung eine solche von 150 000 Tonnen ausgefallen.

#### Andere Industriezweige

Die Aufzählung der bisher genannten neun Gruppen bedeutet nicht, daß die unter ihnen nicht genannten Industriezweige von Demontagen verschont geblieben wären; das ist kaum in einer einzigen Branche der Fall gewesen. Auch unter ihnen befinden sich einige, die beträchtliche Einbußen erlitten haben. Ein Eingehen auf die Einzelheiten ist in diesem Rahmen nicht möglich; nur kurz und stichwortartig seien im folgenden noch die Zweige genannt, bei denen der Abbau zu Reparationszwecken eine größere Rolle gespielt hat:

**Kautschuk- und Asbestindustrie:** Sowohl in der Erzeugung synthetischen Kautschuks als auch in der Kautschukverarbeitung ist der Kapazitätsverlust beträchtlich,

\*) Im Plan ist nur Papier genannt. Ein Vergleich der angegebenen Ziffer für 1936 mit der Produktionsstatistik zeigt jedoch, daß dabei die Produktion von Papier und Pappe zusammengerechnet worden ist.



bei letzterer vor allem in der Erzeugung von Kraftfahrzeugbereifungen (95 Prozent), Gummitransportbändern, nicht umspunnenen Gummifäden, Gummisohlen und Absatzmaterial. Hart betroffen wurde auch die hauptsächlich im Lande Sachsen beheimatete Asbestindustrie.

**Textilindustrie:** Größere Demontagen trafen die Kunstfasererzeugung, die Baumwoll-, Jute- und Kammgarnspinnerei, die Teppich- und Möbelstoffweberei sowie die Gardinen- und Spitzenindustrie.

**Bekleidungsindustrie:** Erhebliche Verluste erlitt die Wirk- und Strickwarenindustrie, vor allem die Strumpfindustrie, in der die meisten führenden Betriebe der Branche abgebaut worden sind. In der Konfektionsindustrie dagegen ist der Ausfall durch Demontagen gering.

**Leder- und Schuhindustrie:** Hauptsächlich sind Ledererzeugung (besonders Oberleder), verschiedene Einzelzweige der Lederverarbeitung, Schuhindustrie (etwa 30 Prozent) betroffen.

**Papierverarbeitung und polygraphische Industrie:** Am stärksten betroffen wurde das Druckgewerbe, vor allem im Lande Sachsen, Leipzig, dessen Druckgewerbe bereits erhebliche Kriegsschäden zu verzeichnen hatte, verlor eine beträchtliche Anzahl seiner führenden Groß- und Mittelbetriebe, darunter so weltbekannte Firmen wie die Notendruckerei C. G. Röder und die Druckerei Reclam. In der sonstigen Papier- und Pappenverarbeitung dagegen spielen die Demontageverluste nur eine geringe Rolle.

**Nahrungs- und Genußmittelindustrie:** Die schwersten Verluste entstanden in der Zuckerindustrie der Provinz Sachsen-Anhalt. So wurde zum Beispiel die Zuckerraffinerie Tangermünde, eine der größten Deutschlands, abgebaut.

Bei den außerordentlichen Schwierigkeiten der Kapazitätsberechnungen, vor allem in den verarbeitenden Industriezweigen, ist es auf Grund des bisher vorliegenden Materials noch nicht möglich, exakt festzustellen, wie groß der Kapazitätsverlust insgesamt ist, den die Sowjetzone durch die Demontagen erlitten hat. Mit ziemlicher Genauigkeit läßt sich jedoch für das Gesamtgebiet der Eisen und sonstige Metalle verarbeitenden Industriezweige (einschließlich Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik) sagen, daß hier insgesamt nur noch etwa 25 bis höchstens 30 Prozent der früheren Erzeugungsfähigkeit verblieben sind.

#### *Die wirtschaftlichen Wirkungen des industriellen Abbaus in der sowjetischen Besatzungszone*

Ein Überblick über die wirtschaftlichen Wirkungen des Abbaus zeigt das folgende Bild:

1. Von den Demontagen sind die Grundstoffindustrien (Metallurgie, chemische Grundstoffe, einige Zweige der Baustoffindustrie, Sägeindustrie, Papiererzeugung) und die Industrien der Produktionsmittelerzeugung besonders schwer betroffen worden. Die Erzeugung von Grundstoffen war in der sowjetischen Besatzungszone mit wenigen Ausnahmen ohnehin schon wesentlich schwächer entwickelt als in den

Westzonen. Die dadurch auch früher schon gegebene bezugsmäßige Abhängigkeit von den Westzonen oder dem Ausland ist also durch den Industrieabbau wesentlich verstärkt worden (zum Beispiel bei Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen), während andererseits die Bezugsmöglichkeiten heute sehr viel geringer sind. Ein Wiederaufbau der verlorenen Kapazitäten ist gerade bei den Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien außerordentlich schwierig und, wenn überhaupt, unter den jetzigen Voraussetzungen nur in sehr langen Zeiträumen möglich. Da infolgedessen die verarbeitenden Industriezweige nur ganz unzureichend mit Roh- und Hilfsstoffen und mit Produktionsmitteln aller Art versorgt werden können, würden sie das ihnen im Industrieplan zugestanden Produktionsvolumen auch dann nicht erreichen können, wenn die ihnen verbliebenen Anlagen infolge geringerer Demontagen dazu an sich ausreichen würden. In der gleichen Richtung wirkt sich die sehr geschmälerte Kapazität des Kohlenbergbaus und der Erzeugung von Elektroenergie aus, desgleichen der Abbau im Verkehrswesen\*).

2. Auf Grund des verfügbaren Zahlenmaterials läßt sich schätzen, daß allein in den metallverarbeitenden Industriezweigen des Landes Sachsen (einschließlich Metallurgie) durch die Demontagen Arbeitsmöglichkeiten für etwa 200 000 Menschen fortgefallen sind (unter Zugrundelegung der Arbeitsproduktivität je Beschäftigten im Jahre 1936); das ist mehr als ein Fünftel der Beschäftigten, die Sachsen im Jahre 1936 überhaupt in der Industrie zählte. Von dieser Zahl entfällt etwa ein Viertel auf solche Demontagen, die über die Bestimmungen des Industrieplanes hinausgehen. Dem entsprechend wird man für die Zone im ganzen (einschließlich des sowjetischen Sektors von Berlin) die durch die Demontagen in der Eisen- und Metallverarbeitung fortgefallenen Arbeitsplätze auf etwa eine halbe Million schätzen können.

3. Von den Demontagen sind in der Regel die besten und am modernsten eingerichteten, daher auch mit den niedrigsten Kosten arbeitenden Betriebe betroffen worden. Mit den übriggebliebenen Produktionsanlagen wird deshalb im allgemeinen nur eine Erzeugung auf wesentlich höherem Kostenniveau möglich sein. Das bedeutet einmal, daß es nicht möglich sein wird, den heute noch vertretenen Grundsatz der Preisstabilität auf der Basis von Ende 1944 dauernd aufrecht zu erhalten; zum anderen bedeutet die dadurch unvermeidlich werdende Preissteigerung eine zusätzliche Beeinträchtigung der zukünftigen Ausfuhrmöglichkeiten der Zone.

4. Ein dem „mittleren europäischen Lebensstandard“ entsprechender Bedarf in der Sowjetzone wird von den meisten Industriezweigen nicht mehr gedeckt werden können; das würde selbst dann nicht der Fall sein, wenn außer acht bliebe, daß beträchtliche Mengen an Industriegütern für den Austausch mit dem übrigen Deutschland und für die Ausfuhr verfügbar sein müssen, um die notwendigen Einfuhren an Agrargütern, Rohstoffen und Halbfabrikaten sowie solchen industriellen Fertigerzeugnissen, die in der Zone selbst nicht oder nicht genügend hergestellt werden, zu bezahlen.

## Reparationen, Industrieniveau und Wirtschaftseinheit

Wenn auch die oben gegebene Übersicht über die bisherigen Reparationsleistungen in vieler Hinsicht lückenhaft und ihrer Natur nach ungenau sein muß, so gibt sie doch ein Bild der durch die bisherigen Demontagen entstandenen deutschen Wirtschaftslage, welches den im März 1946 von den Alliierten angenommenen Industrieplan als überholt

\*) Die Menge der in der Ostzone demontierten Schienen wird auf etwa 500 000 Tonnen geschätzt. Da die gesamte Zone kein einziges Schienenwalzwerk mehr besitzt, wäre die für eine normale Verkehrsabwicklung dringend erforderliche Wiederherstellung der zweiten Gleise, wenigstens auf den Hauptstrecken, von sehr erheblichen, in absehbarer Zeit kaum zu erwartenden Importen aus den Westzonen abhängig. Die Ergänzung des außerordentlich stark verminderten rollenden Materials und des Kraftfahrzeugparks durch Eigenerzeugung ist infolge der sehr großen Demontagen in der Fahrzeugindustrie nur in bescheidenstem Ausmaß möglich.

\*\*) Am 15. August 1945 wurde von den Besatzungsmächten beschlossen, einen Ausschuß für die Festlegung des deutschen Industrieniveaus zu bilden.

erscheinen läßt\*\*). Diese Tatsache trat im Verlauf der Moskauer Verhandlungen klar zutage.

Es wird künftigen Untersuchungen zu überlassen sein, ob die Überzeugung, daß der Reparationsplan in dieser Form nicht durchgeführt werden könne, sich zuerst in der Repa-

den. Von seiner ersten Sitzung am 17. September 1945 bis zur Annahme der endgültigen Vorschläge durch den Kontrollrat am 29. März 1946 hielt der Ausschuß und sein technischer Stab 64 Sitzungen ab. Der Plan beruht auf vier grundlegenden Voraussetzungen:

1. Deutschland besteht aus dem gegenwärtigen Gebiet zwischen der Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen (hiermit waren die Westgrenzen nach dem Stand von 1937 gemeint). 2. Im Jahre 1949 wird die Bevölkerungszahl innerhalb dieser Grenzen 66,5 Millionen betragen. 3. Auf ausländischen Märkten werden deutsche Ausfuhr keinen Sonderbestimmungen unterworfen. 4. Deutschland wird in Übereinstimmung mit dem Berliner Protokoll als wirtschaftliche Einheit behandelt.



rationskommission oder im Rahmen des Alliierten Kontrollrates durchsetzte, ob die praktischen Schwierigkeiten der Festlegung der in den einzelnen Zonen zu belassenden Industriekapazität oder grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die aus dem Festhalten an der deutschen Wirtschaftseinheit sich ergebenden allgemeinen Richtlinien der Anlaß zu Spannungen unter den Alliierten gaben. Über die internen Verhandlungen dieser Periode, die durch ein ständiges Absinken der deutschen Wirtschaftskraft und ein immer stärkeres Auseinanderleben der einzelnen Zonen gekennzeichnet ist, läßt sich noch kein zusammenhängendes Bild gewinnen.

Auf der zweiten Pariser Außenministerkonferenz kam das Problem Deutschland und in seinem Mittelpunkt neben den Fragen der Entmilitarisierung Deutschlands und des von Byrnes vorgeschlagenen Viermächtepaktes die Frage der deutschen Reparationslieferungen im Kreise der Außenminister zur Sprache. Der frühere amerikanische Außenminister James F. Byrnes gab vor der Konferenz zur Frage der Reparationen am 12. Juli 1946 folgende Erklärung ab:

„Wenn der Herr Vorsitzende eine Besprechung der Reparationen wünscht, so werde ich über Reparationen reden. Es ist wahr, daß Herr Maiskij als Vertreter der sowjetischen Regierung in Jalta eine Erklärung vorgelegt hat, in der Reparationsforderungen von 20 Milliarden Dollar vorgeschlagen und 10 Milliarden davon für die Sowjetregierung gefordert werden.

Aus den von Herrn Molotow vorlesenen Worten geht hervor, daß Präsident Roosevelt sich nur dazu bereit erklärte, den sowjetischen Vorschlag als Diskussionsgrundlage zu erwägen. Aus der Ausdrucksweise des Protokolls geht hervor, daß der Vorschlag der Sowjetregierung der Moskauer Reparationskommission als einer der von ihr zu prüfenden Vorschläge übergeben wurde.

Ein Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Reparationskommission kam in gutem Glauben nach Moskau und schrieb einen Brief an Herrn Maiskij, in dem der erste Absatz folgendermaßen lautete:

»Ich wurde heute morgen davon unterrichtet, daß Sie zum dritten Mal die geplante Vollversammlung der Alliierten Reparationskommission verschoben haben. Auf dieser Vollversammlung sollte, wie auch schon auf den früher verschobenen, Ihr ursprüngliches Memorandum Nr. 2 besprochen werden, das die im Jalta-Protokoll erwähnten sowjetischen Vorschläge enthält. Die amerikanische Delegation ist nun schon seit 22 Tagen hier. Es sind uns bisher keinerlei Zahlenangaben zur Unterstützung des sowjetischen Vorschlages gemacht worden. Auch ist seitens der Sowjetregierung nichts unternommen worden, um die amerikanische Delegation oder meines Wissens auch die britische Delegation über die grundlegenden Tatsachen zu diesem sowjetischen Vorschlag aufzuklären.«

Dieser Brief war vom 3. Juli (1945) datiert, das heißt vor dem Potsdamer Treffen vom 14. Juli. Als wir am 15. Juli in Potsdam zusammenkamen, hatte die Sowjetregierung keine Zahlenangaben vorzubringen, um die von Herrn Maiskij im Februar gemachten Vorschläge zu rechtfertigen. Marschall Stalin gab dort seine Zustimmung zu dem Reparationsprogramm, wie es durchgeführt werden soll, und die näheren Ausführungen finden sich im Potsdamer Abkommen und nicht in einer Sondererklärung (ex parte statement), die vor fünf oder sechs Monaten von Herrn Maiskij in Jalta abgegeben wurde.

Ich denke, wir tun unser Bestes, wenn wir an dem Potsdamer Abkommen festhalten. Darüber können wir uns einigen. Wir müssen das Potsdamer Abkommen ebenso einhalten wie alle anderen Abkommen. Man war übereingekommen, daß die Reparationen, was die Sowjetregierung angeht, aus der eigenen Zone zu entnehmen sein würden, mit Ausnahme der Lieferung einer begrenzten, ausdrücklich vorgesehenen Anzahl von Betrieben aus den Westzonen und gewisser Vermögenswerte aus gewissen Ländern.

Ich weiß, daß es nicht möglich ist, den Wert der aus der Sowjetzone schon entnommenen Reparationen abzuschätzen. Ich vermute, daß auch die Sowjetregierung dazu keine Möglichkeit hat. Aber auf Grund der Beschlüsse von Jalta hat die Sowjetregierung ein Gebiet erhalten, das früher zu Schlesien gehörte und das im Hinblick auf diese Beschlüsse Deutschland genommen und Polen unterstellt wurde als Ersatz für die polnischen Gebiete östlich der Curzonlinie, die der Sowjet-Union übertragen wurden.

In dem Polen unterstellten Gebiet gab es versteuerbare Vermögen im Werte von einhalb Milliarden Dollar. Im Gebiet von Königsberg (Kaliningrad), das den Russen überlassen wurde, beträgt der Wert des versteuerbaren Besitzes zweieinhalb Milliarden

Dollar. Daraus kann man ersehen, daß die Alliierten die Sowjetregierung so weit wie möglich zu unterstützen versucht haben in ihren Bemühungen, sich Reparationen zu verschaffen, und es auch weiterhin versuchen, indem sie für die Durchführung des Potsdamer Abkommens eintreten, wenn das Abkommen als Ganzes eingehalten wird.“

In der letzten Phase der spannungsreichen Verhandlungen über deutsche Probleme auf der Pariser Außenministerkonferenz brachte der amerikanische Außenminister die Anregung vor, falls die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen nicht zustande kommen sollte, solle sich jede Besatzungsmacht wirtschaftlich an die amerikanische Zone anschließen. Durch diesen Vorschlag sollte wenigstens der interzonale Austausch von Gütern, Nachrichten und Ideen gesichert und eine Möglichkeit geschaffen werden, die Einheit der deutschen Wirtschaft wenigstens provisorisch für die Zeit zu gewährleisten, in der eine Einigung über die Reparationsfrage nicht zustande kommen konnte (vgl. Europa-Archiv S. 107).

Diese Anregung, die am 20. Juli 1946 durch den amerikanischen Oberbefehlshaber, General MacNarney, in der 341. Sitzung des Kontrollrats als offizieller Vorschlag eingebracht wurde (vgl. Europa-Archiv S. 106 f., 185, 260 und 566 ff.) wurde am 30. Juli von dem britischen Vertreter im Kontrollrat offiziell angenommen, während Frankreich und die Sowjet-Union auch späterhin trotz wiederholter erneuter Aufforderungen dem amerikanischen Angebot keine Folge geleistet haben.

Die Moskauer Reparationskommission, die sich im Sommer 1945 in Moskau mit dem Beschluß vertagte, in Berlin wieder zusammenzutreten, hat in Berlin keine weiteren Sitzungen mehr abgehalten.

Die Betrachtung der weiteren Stufen dieser Entwicklung legt die Annahme nahe, daß das vorläufige Scheitern der Verwirklichung des in Potsdam festgelegten Reparationsplanes einen entscheidenden Wendepunkt in der Einstellung der Weltmächte zur deutschen Frage herbeiführte. Dieser Umschwung zeichnete sich bereits in den Stellungnahmen der Außenminister auf der zweiten Pariser Konferenz ab. Er muß jedoch wiederum in dem weiten Rahmen der Auseinandersetzungen der Weltmächte über die künftige Friedensordnung gesehen werden. Auch hier sind die einzelnen Etappen der internen Verhandlungen, die den Weg zwischen Potsdam und Paris bezeichnen, noch nicht genau bekannt. Als Hauptergebnis läßt sich jedoch eine wachsende Versteifung der Haltung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens gegenüber der Sowjet-Union feststellen. In den Vereinigten Staaten verstärkte sich das Gefühl, daß die in der letzten Kriegsphase an die Sowjet-Union gemachten Zugeständnisse, wie sie insbesondere in den Beschlüssen von Jalta zum Ausdruck kamen, nicht zu den Ergebnissen führten, die sich die amerikanische Politik davon versprochen hatte.

Im Verlauf der Verhandlungen über die Friedensverträge mit den fünf ehemaligen Verbündeten Deutschlands, über die wir an anderer Stelle ausführlich berichtet haben, gewann die amerikanische Öffentlichkeit mehr und mehr den Eindruck, daß die Sowjet-Union den durch den Kriegsverlauf abgesteckten Einflußbereich als ihre ausschließliche Machtsphäre bewahren wolle und daß es daher nur angezeigt sei, weiteren sowjetischen Forderungen nachdrücklich entgegenzutreten. Soweit die Behandlung Deutschlands in Frage kam, zeigte sich diese neue Haltung deutlich in der Rede des damaligen amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946 (vgl. Europa-Archiv S. 261 ff.). Je mehr sich diese neue Haltung befestigte und in ihren Einzelheiten klärte, desto deutlicher trat in Erscheinung, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten das Protokoll der Krimkonferenz als durch die Potsdamer Beschlüsse überholt betrachteten.

Während Außenminister Molotow am 9. Juli 1946 in Paris erklärt hatte, es verstehe sich von selbst, daß die Reparationen, die der Sowjet-Union in Jalta und Potsdam zugestimmt worden seien, nicht nur Ausrüstung (also Demontagen), son-



dern auch Waren aus der laufenden Produktion Deutschlands umfassen müßten, stellte *Byrnes* in Stuttgart fest, die Vereinigten Staaten würden nicht ihre Zustimmung dazu geben, daß Deutschland größere Reparationen leiste, als in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen sei. Bei Festsetzung des zulässigen Standes der Industrie seien keinerlei Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion vorgesehen worden. Entnahmen aus der laufenden Produktion seien mit dem nach den Potsdamer Beschlüssen festgelegten Stand der deutschen Industrie völlig unvereinbar. *Byrnes* erklärte weiter, daß offensichtlich ein höherer Stand der Industrie hätte festgesetzt werden müssen, wenn Reparationen aus der laufenden Produktion beabsichtigt gewesen wären.

„Der Stand der Industrie, wie er festgesetzt worden ist, reicht nur aus, das deutsche Volk in die Lage zu versetzen, sich selbst zu versorgen und einen Lebensstandard aufrecht zu erhalten, der den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in Europa annähernd gleichkommt.“

Die Entnahme von Reparationen aus der laufenden Produktion würde nach dieser Auffassung dazu führen, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien durch Lebensmittellieferungen und sonstige Hilfeleistungen in ihren Besatzungszonen diese Reparationen indirekt bezahlen müßten, was praktisch einer Reparationszahlung an die Sowjet-Union gleichkäme, die durch die deutsche Arbeitskraft potenziert würde. Diese Art der Hilfeleistung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten an die Sowjet-Union würde jedoch nach außen hin nicht als solche in Erscheinung treten, sondern als deutsche Reparationsleistung, die der Sowjet-Union von Rechts wegen zusteht. Da weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten ihre grundsätzliche Bereitschaft zur wirtschaftlichen Hilfeleistung an die Sowjet-Union je in Frage gestellt haben, scheint ihre Meinungsverschiedenheit mit der Sowjet-Union im wesentlichen davon auszugehen, daß sie es vorziehen, ihre Hilfe in Form von Anleihen oder einer großzügigen Regelung der noch ausstehenden Verpflichtungen der Sowjet-Union aus dem Leih-Pacht-Abkommen zu leisten. Die wirtschaftliche Unterstützung, die sie Deutschland zugute kommen lassen, soll dagegen in erster Linie dazu dienen, Deutschland zu einem lebensfähigen Bestandteil einer wiedererstehenden europäischen Wirtschaft zu machen.

Für die sowjetische Öffentlichkeit, die mit großen Erwartungen auf eine Erleichterung der Lebensbedingungen und eine Erhöhung des Lebensstandards durch den Sieg über Deutschland in die Nachkriegszeit eingetreten war, stellte sich jedoch der Verlauf der Verhandlungen so dar, als versuchten die westlichen Alliierten, sich jeder Hilfeleistung zu entziehen und damit das Sowjetvolk um den Preis seiner Kriegsanstrengungen zu bringen.

Die enge Verflechtung des Reparationsproblems mit der Frage des künftigen deutschen Industrieniveaus und damit mit der Frage der deutschen Wirtschaftseinheit, die sich ihrerseits wiederum auf die Gestalt der künftigen deutschen Zentralorgane und dadurch auf die künftige politische Struktur Deutschlands auswirkt, brachte es mit sich, daß sich das Stocken der Reparationsverhandlungen hemmend und verwirrend auf sämtliche Aspekte der deutschen Frage auswirkte.

Da es nicht gelang, die Demontagen in den einzelnen Zonen zu koordinieren, sondern vielmehr die Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjet-Union und Polen eingestellt, die Demontagen in den Ostzonen ohne Rücksicht auf die zur Aufrechterhaltung des vorgesehenen Industrieniveaus notwendigen Werke durchgeführt wurden, war der Plan, noch ehe die praktische Durchführung begonnen hatte, zum Scheitern verurteilt. Das geht auch daraus hervor, daß der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, General *Clay*, bereits am 4. Mai 1946 Anweisung gab, die weitere Demontage von Reparationswerken in der amerikanischen Zone einzustellen (vgl. „Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam“, Europa-Archiv, Dokumente, 1. Band, Seite 15). Von allen Teilnehmern der Moskauer Konferenz wurde nun

unter verschiedenen Bedingungen die Überprüfung des ursprünglichen Industrieplanes gefordert.

Außenminister *Bevin* konnte im Verlauf der Moskauer Verhandlungen darauf hinweisen, daß Großbritannien schon lange die Erhöhung der deutschen Stahlproduktion auf 11 Millionen Tonnen gefordert habe. *Bevin* stellte jedoch fest, das Industrieniveau solle nicht von Reparationsforderungen abhängig gemacht werden. Außenminister *Marshall* gab seinerseits zu, daß eine Reform des Industrieplans notwendig sei, betonte aber, die Alliierten dürften nicht wieder den Fehler begehen, daß sie durch Investitionen und aktive Hilfe in Deutschland eine moderne Industrie aufbauten, die letzten Endes die Voraussetzungen für eine erneute Aufrüstung bilden könne. Auch *Marshall* betonte, er bringe mit seiner Zustimmung zur Überprüfung des Industrieplanes noch kein Einverständnis für die sowjetischen Reparationsforderungen zum Ausdruck.

Außenminister *Bidault* machte die Revision des Planes von einer Reihe von Bedingungen abhängig. Deutschland solle einen bestimmten Teil der Kohlenproduktion teils als Reparationsleistung, teils zur Beschränkung des deutschen Industrierpotentials ausführen. Diese Bedingung solle in den deutschen Friedensvertrag aufgenommen werden. Auf keinen Fall dürfe die Erhöhung des deutschen Industrieniveaus die Gefahr einer Wiederaufrüstung mit sich bringen. An Stelle einer Erhöhung der Stahlproduktion schlug *Bidault* die Einfuhr von Stahl aus Frankreich und Luxemburg vor. Weiter hielt es der französische Delegierte für notwendig, daß zu den Fabrikzuweisungen im Rahmen des Reparationsprogramms auch noch die Lieferung von Werkzeugmaschinen hinzukommen solle, um dadurch den deutschen Bestand an Werkzeugmaschinen auf ein Niveau zu bringen, das den Friedensbedürfnissen entspreche (vgl. Europa-Archiv S. 689).

Der sowjetische Außenminister betonte, daß die Erfüllung der von der Sowjet-Union gestellten Reparationsbedingungen kein Hindernis für eine deutsche Friedensindustrie darstellen solle. In Abwandlung des ursprünglichen sowjetischen Standpunktes, der nur eine Stahlproduktion von 3 Millionen Tonnen in Aussicht genommen hatte, sprach sich *Molotow* für eine Erhöhung der Produktion auf 10 bis 12 Millionen Tonnen aus.

Trotz der zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Übereinstimmung der Außenminister über die Notwendigkeit einer Revision des Industrieplanes war es nicht möglich, eine Formel zu finden, die die verschiedenen Beweggründe, aus denen sich die Revisionsbereitschaft der Konferenzteilnehmer herleitete, auf einen Nenner gebracht hätte.

Dadurch wurde auch der Weg verbaut, der zu einer Verwirklichung der bereits im Potsdamer Abkommen grundsätzlich von allen Besatzungsmächten gutgeheißenen Wirtschaftseinheit, die auf der zweiten Pariser Außenministerkonferenz auch von Frankreich angenommen wurde, geführt hätte. Die Verhandlung über einzelne mit der Wirtschaftseinheit zusammenhängende Fragen wie die gemeinsame Verwertung der deutschen Hilfsquellen, die Schaffung eines gemeinsamen Ausfuhr-Einfuhr-Planes, die Aufteilung der Besatzungskosten, die Durchführung der Währungsreform und die Aufhebung der Zonengrenzen eröffnete nur immer wieder neue Ausblicke auf die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten in der Reparationsfrage.

Die spannungsreiche und lang hingezogene Erörterung der Frage der deutschen Wirtschaftseinheit führte jedoch dazu, daß die bisher getrennt behandelten Fragebereiche der Wirtschaftseinheit und der politischen Gestaltung Deutschlands miteinander verwachsen und daß sich bei allen Außenministern die Überzeugung festsetzte, daß jede Entscheidung über die politische Gestaltung von der Art der Verwirklichung der Wirtschaftseinheit abhängig sei. Damit wurde die scharfe Trennung, die im dritten Teil des Potsdamer Abkommens zwischen den politischen Grundsätzen und den wirtschaftlichen Grundsätzen für die Behandlung Deutschlands vorgenommen worden war, von allen Konferenzteilnehmern überwunden.



## Die Fragen der Friedensordnung

### Der Viermächtepakt

Während die Staatsoberhäupter der Großen Drei und ihre militärischen und politischen Berater die Maßnahmen zur endgültigen Niederwerfung Deutschlands und die Grundsätze für die Behandlung Deutschlands in der Zeit unmittelbar nach seiner bedingungslosen Kapitulation ausarbeiteten, wurden in der Weltöffentlichkeit und im Kreise der Regierungen der Vereinten Nationen die Grundlinien einer neuen Friedensordnung erörtert. In dem durch die Erklärung der Atlantik-Charta und die Proklamation der Vereinten Nationen abgesteckten Rahmen wurden die Grundzüge einer neuen Weltorganisation auf der Konferenz von Dumbarton Oaks Gegenstand ausführlicher Besprechungen unter den Weltmächten. Auf der Konferenz von San Francisco wurde die in Dumbarton Oaks entworfene Charta einer Organisation der Vereinten Nationen allen Vereinten Nationen vorgelegt und von diesen nach eingehenden Beratungen angenommen (vgl. dazu Europa-Archiv S. 18—20 und 337—353).

Die Behandlung der im Zuge der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte besetzten Gebiete wurde bei diesen Verhandlungen jedoch ausdrücklich von der Zuständigkeit des Sicherheitsrates der Organisation der Vereinten Nationen ausgenommen. Diese Tatsache wurde durch Artikel 107 im XVII. Kapitel der Charta besonders unterstrichen. Nur in allgemeiner Form wurde durch die Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und die provisorische Regierung Frankreichs in einer Erklärung vom 5. Juli 1945 festgelegt: „Die Regierungen der vier Mächte verkünden hiermit, daß es ihre Absicht ist, sich mit den Regierungen anderer Vereinter Nationen hinsichtlich der obersten Gewalt, die sie über Deutschland übernommen haben, zu beraten“ (vgl. Europa-Archiv S. 215).

Die völkerrechtliche Stellung Deutschlands nach seiner bedingungslosen Kapitulation blieb dabei zunächst in der Schwebe. Auf amerikanischer Seite wurde durch den Völkerrechtslehrer *Kelsen* der Versuch unternommen, den neuen Zustand dahingehend zu charakterisieren, daß Deutschland nicht als militärisch besetztes Land zu betrachten sei (*Occupatio bellica* im Sinne der Haager Konvention), sondern als ein Kondominium der Siegermächte (vgl. Europa-Archiv S. 209 ff.). Die Erörterung dieses Vorschlages, die bisher noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt hat, kennzeichnet die Unsicherheit nicht nur der Rechtslage, sondern auch der politischen Haltung der Siegermächte angesichts der totalen Niederlage ihres durch einen totalen Krieg niedergeworfenen Hauptgegners. Bereits im Herbst 1945 schlug der republikanische Senator *Vandenberg* ein langfristiges Bündnis der Vereinigten Staaten mit Großbritannien, Frankreich und der Sowjet-Union vor, um die Entmilitarisierung Deutschlands in einen endgültigen Rahmen zu bringen und die Sicherheit der Nachbarn Deutschlands zu gewährleisten. Der damalige amerikanische Außenminister *Byrnes* nahm diesen Gedanken auf und soll ihn bereits auf der Moskauer Konferenz der Außenminister im Dezember 1945 vorgelegt haben (vgl. Europa-Archiv S. 259).

Auf der ersten Pariser Außenministerkonferenz gab Außenminister *Byrnes* am 29. April 1946 den Entwurf eines Viermächte-Vertrages bekannt, dessen Wortlaut bereits im Februar den beteiligten Regierungen zugeleitet worden war (vgl. Europa-Archiv S. 258 f.). Es war dies ein Zeitpunkt, zu dem die Gefahr einer Aufteilung Europas in eine östliche und eine westliche Hälfte besonders stark zutage trat. Es ist vielleicht nicht unwesentlich, zu erwähnen, daß die Anweisung General Clays, die Reparationslieferungen aus der

amerikanischen Zone vorläufig einzustellen, nur wenige Tage später, am 4. Mai 1946, erlassen wurde.

Sowohl Außenminister *Bevin* als auch Außenminister *Molotow* und *Bidault* zeigten sich mit dem Leitgedanken des amerikanischen Entwurfes einverstanden. *Molotow* äußerte jedoch Bedenken gegen die seiner Ansicht nach mit fünfundzwanzig Jahren zu kurz begrenzte Frist.

Auf der zweiten Pariser Außenministerkonferenz vom 15. Juni bis zum 12. Juli 1946 gab *Bevin* die Bereitwilligkeit Großbritanniens bekannt, sich dem amerikanischen Entwurf anzuschließen. Außenminister *Molotow* hielt jedoch den Entwurf in der vorgelegten Form für unannehmbar und forderte seine grundlegende Überprüfung. In seiner Rede vom 9. Juli 1946 sagte *Molotow*:

„Die Sowjetregierung hat mit gebührender Aufmerksamkeit den Entwurf eines Vertrags der vier Mächte über die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands, der von dem amerikanischen Außenminister *Byrnes* unterbreitet wurde, studiert. Die Sowjetregierung bestätigt aufs neue, daß die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands unbedingt notwendig sind. Die Sowjetregierung ist der Meinung, daß Deutschland nicht für fünfundzwanzig Jahre, wie in dem Entwurf vorgeschlagen, entwaffnet und entmilitarisiert werden muß, sondern wenigstens auf die Dauer von vierzig Jahren. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die kurze Zeit, für die eine Beschränkung der Bewaffnung Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg festgelegt wurde, sich als absolut ungenügend erwies, um Deutschlands Wiedererstarken als eine für die Völker Europas und die ganze Welt gefährliche Angriffsmacht zu verhindern. Nur zwanzig Jahre vergingen seit dem Ende des ersten Weltkrieges, und Deutschland hat einen zweiten Weltkrieg entfesselt. Es versteht sich von selbst, daß die friedliebenden Nationen daran interessiert sind, Deutschland so lange wie möglich entwaffnet zu halten. Der vorgeschlagene Vertragsentwurf wird durch das Interesse des Weltfriedens und der Sicherheit motiviert. Die Präambel des Vertrags drückt den Wunsch aus, es den Völkern Europas und der ganzen Welt zu ermöglichen, sich friedlicher Arbeit zu widmen.“

Das Studium des Entwurfs zeigt jedoch die vollständige Unzulänglichkeit der im Entwurf enthaltenen Maßnahmen, die im Interesse der Sicherheit und zur Verhinderung einer zukünftigen Aggression Deutschlands vorgeschlagen werden. Das besagte Dokument beschränkt sich auf die Aufzählung gewisser militärischer und kriegswirtschaftlicher Maßnahmen; aber selbst diese Maßnahmen sind nicht in einer so umfassenden Form formuliert, wie dies in den Beschlüssen der Berliner Konferenz der Leiter der drei Mächte erfolgt ist, die außerdem auf andere, nicht minder wichtige Voraussetzungen zur Gewährleistung einer Sicherheit und eines dauerhaften Friedens hinwiesen. Aus diesem Grunde ist die Sowjetregierung zu dem Schluß gelangt, daß der Vertrag, wenn er nur darauf beschränkt bleibt, was er über Deutschlands Entwaffnung sagt, keine ausreichende Garantie für die Sicherheit Europas und der Welt bieten kann. Im Gegenteil, die Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen kann die Gefahr von Deutschlands Wiedererstarken als einer aggressiven Macht in sich bergen. Es erhebt sich daher die Frage, wie der Vertrag zwischen den vier Mächten aussehen soll, damit er der Verhinderung einer neuen Aggression Deutschlands und auf diese Weise der Sicherheit der Nationen tatsächlich dient. Bei der Beantwortung dieser Frage muß man sich an diejenigen der gemeinsam gefaßten Beschlüsse der Alliierten erinnern, die von ihnen noch im Verlauf des Krieges gegen Deutschland angenommen wurden. Jeder weiß, daß die gemeinsamen Beschlüsse, die von den Regierungen der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und Großbritanniens auf der Krim-Konferenz angenommen und weiter auf der Berliner Konferenz ausgearbeitet worden sind und die sich Frankreich gleichfalls zu eigen machte, als Hauptzweck die Sicherung Europas und der Welt gegen die Gefahr eines deutschen Angriffs im Auge hatten. Es besteht für uns kein Grund, auf diese Beschlüsse zu verzichten. Sie müssen die Grundlage für unsere weiteren Schritte zur Aufrechterhaltung des Friedens bilden.“



Im weiteren Verlauf seiner Rede legte Molotow dar, daß der amerikanische Plan die Frage der Entnazifizierung und der Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage vernachlässige. Man müsse anerkennen, daß in Deutschland ernsthaft demokratische Kräfte mit einem gewissen Erfolg an dem demokratischen Wiederaufbau arbeiteten. Molotow erwähnte hier die in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Bodenreform und rügte, daß sie in den westlichen Zonen nicht einmal begonnen habe. Auch die Auflösung der Monopole, Kartelle, Trusts und Syndikate bezeichnete er als einen wichtigen Beitrag für die Gewährleistung der Sicherheit.

Über die Anwesenheit der alliierten und sowjetischen Truppen in Deutschland sagte Molotow, diese verfolge drei Ziele:

1. die militärische und wirtschaftliche Entwaffnung Deutschlands sicherzustellen und zu Ende zu führen;
2. die Demokratisierung des Regimes in Deutschland zu sichern;
3. die Reparationslieferungen sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang erklärte Molotow:

„Solange diese Aufgaben nicht erfüllt sind, betrachten wir es als unbedingt notwendig, daß die Besatzungstruppen in Deutschland bleiben und die Besatzungszonen aufrecht erhalten werden.“

Ganz besonders unterstrich Molotow den Zusammenhang zwischen der Erfüllung der sowjetischen Reparationsforderungen und dem Beitritt Sowjet-Rußlands zum Viererpakt. Die Sowjet-Union könne einen Vorschlag, wie ihn der Byrnes-Plan enthalte, nicht billigen, da er die Beendigung der alliierten Besetzung des deutschen Gebietes unabhängig von der Verwirklichung des Programms der Reparationslieferungen ins Auge fasse. Auch in diesem Zusammenhang kam Molotow auf die Beschlüsse von Jalta und Potsdam zurück und erklärte, daß die Regierungen der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten bereits in Jalta den Betrag von 10 Milliarden Dollar als Gesamtsumme der von Deutschland zugunsten der Sowjet-Union zu leistenden Reparationen als möglichen Ausgangspunkt anerkannt hätten.

Der amerikanische Außenminister Marshall betonte bei seinem Amtsantritt, er werde an dem von Außenminister Byrnes eingebrachten Vorschlag eines Viermächtepaktes festhalten. Die Art, wie der amerikanische Außenminister den Vorschlag des Viermächtepaktes auf der Moskauer Konferenz erneuerte, unterschied sich jedoch nicht unwesentlich von dem Vorgehen Byrnes' auf der Pariser Konferenz. Während damals der amerikanische Vorschlag als ein durchaus modifizierbarer Entwurf eingebracht worden war, betonte Marshall in Moskau, daß es ihm in erster Linie um die grundsätzliche Stellungnahme der drei anderen Mächte zu tun sei.

## Die politische Gestaltung Deutschlands

Wurde im vorhergehenden gezeigt, wie durch die gegensätzlichen weltpolitischen Auffassungen der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten gleichsam von oben her grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in die Behandlung der deutschen Frage durch die Außenminister hineingetragen wurden, so sollte daneben nicht außer acht gelassen werden, daß die deutschen Verhältnisse selbst einen mit gefährlichen Konfliktsstoffen geladenen Untergrund der Verhandlungen bildeten. Der Zusammenbruch des Dritten Reiches, der auch die Grundlagen des Bismarckreiches mit sich riß, machte in den einzelnen Besatzungszonen historische Kräfte frei, denen sich die Besatzungsmächte, selbst wenn sie dies wollten, nicht völlig entziehen konnten. In der amerikanischen Zone bedurfte es nur eines geringen Anstoßes, um die altherkömmlichen Kräfte der süddeutschen Staatenbildung, insbesondere in Bayern, wieder wachzurufen. In verhältnismäßig kurzer Zeit bildeten sich Ansätze eines föderativen Systems, die durch die Besatzungsmacht starke Förderung erfuhren.

Außenminister Molotow wiederholte daraufhin im wesentlichen seine Ausführungen vom 9. Juli 1946, die er jedoch durch Vorlage eines von der Sowjetregierung ausgearbeiteten Vertragsentwurfes ergänzte (vgl. Europa-Archiv S. 731f.). Daraufhin stellte Marshall fest, die sowjetischen Vorschläge veränderten die Natur des amerikanischen Vertragsentwurfes vollständig, und lehnte die weitere Erörterung des Planes ab.

Außenminister Marshall bewegte sich dabei auf der Linie, die durch den amerikanischen Präsidenten Truman kurz nach Beginn der Moskauer Konferenz durch die Hilfserklärung an Griechenland und die Türkei vorgezeichnet worden war. Der von Byrnes wesentlich unverbindlicher gedachte Vertragsentwurf wurde nunmehr Bestandteil eines weltpolitischen Systems, in dem neben den Hilfeleistungen an Griechenland und die Türkei auch die amerikanische Besatzungszone in Korea in ein Programm globaler Wirtschaftshilfe einbezogen wurde. Aus amerikanischer Sicht gesehen sollte der Viererpakt nur den Zweck haben, den europäischen Mächten die Sicherheit zu geben, daß die Vereinigten Staaten entschlossen seien, aktiv an der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Europas mitzuwirken. Die Einzelheiten der Behandlung Deutschlands sollten im Friedensvertrag mit Deutschland verankert werden, ohne daß man schon jetzt das grundsätzliche Einverständnis der vier Mächte mit den Verhandlungen darüber belastete.

Die Auffassung Molotows, daß die Einzelheiten der Bestimmungen über die politische und wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands, insbesondere die Regelung der Reparationsfrage, mit in den Viererpakt aufgenommen werden sollten, entsprach ihrerseits nicht weniger einem geschlossenen weltpolitischen System. In sowjetischer Sicht konnte eine endgültige Gewähr gegen einen neuen deutschen Angriffskrieg erst dann gegeben sein, wenn die deutsche Sozialstruktur dafür bürgte, daß die der Sowjet-Union feindlichen Klassen von der Teilnahme an der politischen und wirtschaftlichen Macht ausgeschlossen blieben. Gerade diejenigen Elemente, die nach amerikanischer Auffassung im freien Spiel der Kräfte allmählich die wirtschaftliche Stabilisierung und die demokratische Ordnung herbeiführen sollten, waren nach sowjetischer Auffassung von vornherein auf Grund eines festgelegten Reformplanes einem dem Sowjetstaat genehmen Sozialsystem einzuordnen. Aus dieser grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit über die zu schaffende Friedensordnung ergaben sich in den Einzelfragen der politischen Gestaltung Deutschlands und des Verfahrens für den Abschluß des deutschen Friedensvertrages starke Differenzen, die im Laufe der Moskauer Konferenz nicht überbrückt werden konnten.

In der britischen Zone, die ehemals preussisches Staatsgebiet umfaßt, verlief die Entwicklung in wesentlich anderen Bahnen: die neugebildeten Länder ohne historische Vergangenheit traten an Bedeutung gegenüber den von der Besatzungsmacht geschaffenen Zonenbehörden zurück (vgl. dazu Europa-Archiv S. 569 ff.). In der russischen Zone wiederum stand die Entwicklung der Länder wesentlich unter dem Einfluß der früheren Reichshauptstadt Berlin und der dort konzentrierten Parteiführungen (vgl. dazu Europa-Archiv S. 639 f.). Die französische Besatzungsmacht ihrerseits ließ nur mit großer Vorsicht deutsche Länderbehörden entstehen. Die Entwicklung zeigte dort eine ausgeprägte Spitze gegen Berlin, wie sie etwa in der Äußerung des damaligen französischen Staatssekretärs Schneider am 8. September 1946 in Koblenz zum Ausdruck kommt:

„Ihr Unglück wie auch das unsere kamen von dem tyrannischen Zugriff Berlins und von dem Verlust der erbten Rechte im Schlund der deutschen Einheit.“



Die Bildung von Ländern ohne entsprechende Koordinierungsorgane und von Parteien und Gewerkschaften, die sich nur auf zonaler Basis zusammenschließen konnten, lähmte die deutsche Aussprache über die politische Neugestaltung und brachte es mit sich, daß die örtlichen Bestrebungen sich in besonderem Maße die Beachtung der jeweiligen Besatzungsmacht erwarben. Dies alles führte dazu, daß in den Kernfragen der politischen Gestaltung — wie in den entscheidenden Punkten der Reparationsfrage — bereits die informatorischen Voraussetzungen der Verhandlungen unter den Alliierten von gegensätzlichen Kräften beeinflußt waren, die ein klares Herausstellen der tatsächlichen Probleme erschwerten.

Weder auf alliierter noch auf deutscher Seite hatte bis zum Zusammentreten der Moskauer Konferenz eine umfassende Aussprache über die zukünftige politische Gestaltung Deutschlands stattgefunden, die sowohl die historischen Gegebenheiten wie auch die gegenwärtigen Möglichkeiten in Rechnung gezogen und gleichzeitig die künftigen Lebensbedingungen Deutschlands und Europas ins Auge gefaßt hätte. Auf deutscher Seite fehlte dazu vor allem eine genaue Kenntnis der Entwicklungen, die die gegenwärtige Haltung der einzelnen Großmächte bestimmt hatten. Aus dem Wortlaut des Potsdamer Abkommens ließ sich schließen, daß der Plan einer politischen Zerstückelung Deutschlands, wie sie in dem Morgenthau-Plan vorgesehen (vgl. Europa-Archiv S. 258) und auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 erörtert worden war, nicht mehr die Politik der Alliierten bestimmte. Aus sowjetischen Äußerungen war ersichtlich, daß die Sowjet-Union eine stark zentralistische Regelung befürwortete, während die Vereinigten Staaten und Großbritannien Pläne einer bundesstaatlichen Verwaltung vortrugen, die von französischer Seite bis zur Form eines losen Staatenbundes abgewandelt wurde. Allen diesen Äußerungen, die aus verschiedenartigen staats- und völkerrechtlichen Erfahrungsbereichen abgeleitet wurden, fehlte jedoch die auf die gegenwärtige Lage Deutschlands bezogene inhaltliche Prägnanz. Selbst wenn daher auf deutscher Seite die stetige Entwicklung des staatsrechtlichen Denkens nicht durch eine zwölfjährige Diktatur unterbrochen worden wäre, hätte man kaum das entsprechende Verständnis für die lebenswichtige Bedeutung der zur Erörterung stehenden Begriffe voraussetzen dürfen. Tatsächlich fehlten jedoch in Deutschland die bescheidensten nachrichtentechnischen und wissenschaftlichen Hilfsmittel, um überhaupt zum Kern der Debatte vorzudringen. Die völlige Ausschaltung der deutschen Erfahrungen der letzten zwölf Jahre, die zur Ermittlung der gegenwärtigen Verhältnisse unentbehrlich sind, brachte es nun aber mit sich, daß die Versuche der Alliierten, die geeignete künftige Staatsform zu finden, gleichsam in der Retorte ausgeführt wurden, wobei noch offen blieb, ob die Gewebe, deren Analyse mit solchem Eifer betrieben wurde, mit dem dahinsiechenden Körper, um dessen Gesundung man sich bemühte, noch in irgendeinem wesensgemäßen Zusammenhang standen. Die fortlaufende Konsultation der beteiligten Ärzte führte nur in dem einen Punkt eine allgemeine Übereinstimmung herbei, daß nämlich, ehe man sich für ein bestimmtes Heilverfahren entscheiden könne, eine Vorbehandlung gefunden werden müsse, um den Patienten wenigstens vernunftfähig zu machen.

Lord Beveridge stellte nach seiner letzten Deutschlandreise fest, daß tatsächlich nur ein solcher Vergleich aus der Heilkunde ein wahrheitsgemäßes Bild von der Lage Deutschlands vermitteln, und schrieb dazu (vgl. Europa-Archiv S. 554):

„Aus dieser Analogie mit der Medizin ergibt sich die folgende Moral. Erstens ist es wesentlich, daß die Ärzte alle erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen treffen, damit sie sich nicht selber an den Krankheiten des totalen Staates und der Rassenanmaßung anstecken, die sie zu heilen versuchen. Zweitens weiß jeder Arzt, daß er einen Patienten nur dann heilen kann, wenn der Patient selbst mithilft. Das ist sogar noch wichtiger, wenn der Patient sich seinen Arzt nicht selber aussuchen konnte. Praktisch gesehen bedeutet es, daß die Vorschläge für die künftige Gestaltung Deutschlands, die die Alliierten in Moskau beschließen, so beschaffen sein müssen, daß die führenden Deutschen bereit sind, für ihre Durchführung die Verantwortung zu übernehmen.“

Auf der Moskauer Konferenz unterbreitete dann der britische Außenminister *Bevin* einen konkreten Plan für die schrittweise Einbeziehung deutscher Stellen in die Friedensverhandlungen. Er schlug als erste Maßnahme die Bildung von Zentralverwaltungen für Finanz, Verkehr, Außenhandel, Transport, Industrie, Ernährung, Landwirtschaft und Nachrichtenwesen vor. Drei Monate nach ihrer Einsetzung sollte ein deutscher Beirat gebildet werden, dessen Mitglieder sich aus je drei Vertretern aller Länderregierungen zusammensetzen. Er sollte seinerseits mit Vertretern der politischen Parteien und Gewerkschaften Fühlung halten. Nach Ablauf eines Jahres, das heißt neun Monate nach der Bildung des deutschen Beirates, sollte eine provisorische deutsche Regierung gebildet werden. Auch der französische Außenminister vertrat die Anschauung, daß Deutschlands politische Zukunft schrittweise aufgebaut werden müsse. Er gab seine Zustimmung zu dem von *Bevin* vorgeschlagenen Wege mit dem Vorbehalt, daß zunächst die deutschen Grenzen festgelegt werden müßten. Hinsichtlich der deutschen Verfassung unterschied *Bidault* grundsätzlich zwischen der provisorischen Verfassung und einer endgültigen Verfassung, die nach einer Probezeit der vorläufigen Verfassung ausgearbeitet und dem deutschen Volk zur Ratifizierung vorgelegt werden sollte. Die vorläufige Verfassung sollte jedoch so weit wie möglich von Deutschen selbst ausgearbeitet werden, damit sie nach ihrer Bewährung ohne unnötigen Zeitverlust bestätigt werden könne.

Außenminister *Marshall* betonte vor allem die Notwendigkeit, die Beziehungen zwischen der provisorischen Regierung und dem Kontrollrat und zwischen den Zonenbefehlshabern und der provisorischen Regierung festzulegen. Im Gegensatz zum britischen Vorschlag wünschte *Marshall*, an Stelle einer provisorischen Verfassung vom Kontrollrat ein Statut ausarbeiten zu lassen, um keine Zeit zu verlieren, und den Deutschen Gelegenheit zu geben, ihre ganze Aufmerksamkeit der endgültigen Verfassung zuzuwenden.

Außenminister *Molotow* forderte, daß die provisorische Verfassung vom Kontrollrat mit Hilfe einer beratenden deutschen Körperschaft entworfen werden sollte. Im Gegensatz zur Auffassung der drei anderen Mächte schlug *Molotow* vor, jeden Zonenbefehlshaber zu ermächtigen, in die Tätigkeit der Zentralbehörden seiner Zone einzugreifen.

Am 3. April 1947 erzielten die Außenminister eine grundsätzliche Einigung über die Notwendigkeit einer Zentralverwaltung und eines deutschen Beirates.

Am 5. April wurde der Vorschlag *Bevins* über den schrittweisen Aufbau einer provisorischen Regierung, der in den Bericht des Koordinierungsausschusses aufgenommen worden war, zum Beschluß erhoben. Über die anderen Punkte des Berichtes, die sich auf den politischen Aufbau bezogen, kam es zu keiner Einigung.

Am 8. April wurde in großen Zügen eine Einigung über die Vollmachten der provisorischen Regierung erzielt.

Am gleichen Tage kamen die vier Großmächte überein, der Alliierte Kontrollrat sollte die deutsche Zentralverwaltung kontrollieren. Über Einzelheiten, insbesondere über die Befugnisse der Zonenbefehlshaber, konnte keine Einigung erzielt werden.

Besondere Beachtung verdient das Einverständnis der französischen Regierung mit der Bildung einer provisorischen Regierung, da *Bidault* noch am 12. März die Bildung einer provisorischen Regierung für verfrüht erklärt hatte. *Bidault* betonte jedoch, daß das Saargebiet in diese Regelung nicht einbezogen und für das Ruhrgebiet und das Rheinland ein besonderer Plan ausgearbeitet werden sollte.

Über Zusammensetzung und Aufbau der zentralen deutschen Verwaltungsstellen hatte die amerikanische Militärregierung im Mai 1946 einen Plan ausgearbeitet, der im August 1946 veröffentlicht wurde und dessen Hauptpunkte wir bereits mitgeteilt haben (vgl. Europa-Archiv S. 273 bis 289). Die französische Regierung hatte ihre Auffassung dieser Frage am 11. August 1946 dem Kontrollrat in einem Memorandum vorgelegt (vgl. Europa-Archiv S. 289), dessen



Grundgedanken in zwei weiteren Memoranden vom 17. Januar 1947 modifiziert wurden (vgl. Europa-Archiv S. 622 bis 626). Die französische Regierung wandte sich darin gegen die im Potsdamer Abkommen vorgesehene Schaffung von durch Deutschen zu besetzenden Staatssekretariaten, wie sie insbesondere durch den amerikanischen Entwurf ausgearbeitet worden waren. An ihrer Stelle sah der französische Plan Kollegien von Ländervertretern vor, die unter Vorbehalt der Billigung durch den Kontrollrat beschlußfassende Gewalt haben sollten. Am 11. April kamen die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich auf der Grundlage dieses französischen Vorschlages zu einer Einigung, wonach jede zentrale Verwaltungsbehörde aus Vertretern der Länderregierungen zusammengesetzt werden sollte. *Molotow* erklärte, die französische Formel stehe im Widerspruch zum Potsdamer Protokoll, in dem die Ernennung deutscher Staatssekretäre, nicht aber die von Kollegien vorgesehen worden sei. *Molotow* warf Großbritannien und den Vereinigten Staaten vor, das Potsdamer Abkommen verletzt zu haben, um die Partnerschaft Frankreichs zu gewinnen.

In der Frage der Kompetenzverteilung zwischen den Zentralverwaltungen und den Länderregierungen zeichnete sich die gleiche Gruppierung der Meinungen wie in der Frage

der Zusammensetzung der Zentralverwaltungen ab. Während *Molotow* vorschlug, den Zentralverwaltungen alle die Vollmachten zu belassen, die nicht ausdrücklich den Länderregierungen zuerkannt würden, waren Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten dafür, den Länderregierungen alle Zuständigkeiten zuzuerkennen, die nicht ausdrücklich als Aufgaben der Zentralregierung bezeichnet würden.

Obwohl eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Bildung von zentralen Verwaltungsstellen erzielt worden war, die schrittweise zu einer provisorischen Regierung ausgebaut werden sollten, gelang es also nicht, die konkrete Verwirklichung dieses Planes wesentlich über die Feststellung der grundsätzlichen Übereinstimmung hinauszuführen. Die theoretische Auseinandersetzung über die Zweckmäßigkeit einer zentralistischen oder föderalistischen Regierungsform für Deutschland, der sich die Außenminister immer wieder zuwandten, konnte wenig zur Klärung der Meinungsverschiedenheiten beitragen, die letzten Endes immer wieder auf die tiefen Gegensätze in der Frage der Wiedergutmachung der Kriegsschäden und die damit verflochtenen anderen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben hinausliefen.

## Die Verfahrensordnung für den deutschen Friedensvertrag

Auf der Londoner Konferenz der Stellvertretenden Außenminister im Januar/Februar 1947 (vgl. Europa-Archiv S. 490 bis 499) war die Aussprache über Verfahrensfragen in den Vordergrund gerückt, wenngleich die besondere Aufmerksamkeit dieser Konferenz der Anhörung der Standpunkte der kleineren Alliierten zur deutschen Frage gelten sollte. Die den Stellvertretenden Außenministern in London gestellte Aufgabe, eine Empfehlung für die Außenminister in Moskau hinsichtlich der Verfahrensregelung zu formulieren, wurde nicht gelöst. Es konnten nur die gegensätzlichen Auffassungen in einem Bericht an die Außenminister festgehalten werden. In Moskau ist das Problem der Verfahrensfragen kaum über das Stadium der Londoner Verhandlungen hinaus gediehen. Eine Einigung wurde lediglich über die Einberufung der Friedenskonferenz erzielt, nicht jedoch über die Zahl der Teilnehmer, über den Zeitpunkt ihres Zusammentretens und über die Art und Weise des zu verfolgenden Verfahrens.

Da zur Abfassung eines Staatsvertrages mit Österreich eine Formulierung hinsichtlich der mit Deutschland zu treffenden Friedensregelung notwendig war, kamen die Sonderbeauftragten schließlich überein, das Abkommen weder „Friedensvertrag mit Deutschland“ noch „Friedensvertrag für Deutschland“, sondern „Deutschen Friedensvertrag“ zu nennen.

Die Teilnahme deutscher Vertreter bei den Friedensverhandlungen wurde von Großbritannien, der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten befürwortet, Frankreich erhob jedoch dagegen Einspruch. Die Vereinigten Staaten gaben im Verlauf der Moskauer Konferenz ihren ursprünglichen Plan, deutsche Vertreter anzuhören, aber keine Unterschrift durch eine deutsche Regierung oder unmittelbare Ratifikation durch das deutsche Volk zuzulassen, auf. Außenminister *Marshall* sprach sich dafür aus, lediglich die Konferenzmächte sollten den Friedensvertrag unterschreiben, während das deutsche Volk die Annahme des Vertrages durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Verfassung gewährleisten solle. Am 14. April erklärte sich *Marshall* damit einverstanden, daß eine deutsche Regierung den Friedensvertrag unterzeichnen solle, stellte jedoch auch hier die Bedingung, die Garantie für die Durchführung des Vertrages in die deutsche Verfassung einzubauen und durch das deutsche Volk ratifizieren zu lassen. Von britischer Seite wurden gegen den Plan, die Einhaltung des Friedensvertrages in der

deutschen Verfassung zu verankern, Bedenken erhoben. Großbritannien schlug vor, den deutschen Friedensvertrag durch eine deutsche Regierung unterzeichnen zu lassen, sofern eine solche zum Zeitpunkt des Abschlusses der Friedensverhandlungen bestehe. Frankreich wandte sich nicht nur gegen die Unterzeichnung durch deutsche Vertreter, sondern lehnte jede Diskussion über eine Hinzuziehung Deutschlands von vornherein ab.

Die Sowjet-Union vertrat den Standpunkt, daß der Friedensvertrag erst nach der Bildung einer deutschen Regierung abgeschlossen werden solle, die zu dem Vertrag gehört werden und ihn dann unterzeichnen solle, womit sie die Verantwortung für die Durchführung des Vertrages übernehme. *Molotow* verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß auch Japan und die ehemaligen Verbündeten Deutschlands Regierungen besäßen und daß die ehemaligen europäischen Verbündeten Deutschlands bei der Abfassung der sie betreffenden Friedensverträge angehört worden seien und die Verträge unterschrieben hätten. Die ganze Frage der Verfahrensregelung wurde an die Stellvertreter der Außenminister zur weiteren Bearbeitung zurückverwiesen.

Die Verhandlungen über die Friedensverträge mit den europäischen Verbündeten Deutschlands hatten im Herbst 1943 im Ständigen Beratungsausschuß für europäische Angelegenheiten in Moskau begonnen und waren am 10. Februar 1947 durch die Unterzeichnung der Verträge abgeschlossen worden.

Der Ständige Beratungsausschuß für europäische Angelegenheiten war auch das erste Organ der Alliierten zur Bearbeitung der deutschen Frage. Die Schwierigkeiten, die bei der Behandlung dieser Aufgaben zu erwarten waren, wurden jedoch von vornherein als so außerordentlich betrachtet, daß man es für richtig hielt, die deutsche Frage zunächst zurückzustellen und zuerst die Friedensverträge mit den europäischen Verbündeten Deutschlands in Angriff zu nehmen. Man entschloß sich damit zu einem Verfahren, das von der Peripherie des Problems der künftigen europäischen Friedensordnung schrittweise zu dem eigentlichen Kern dieses Problems vordringen sollte. Wenn schon die Behandlung der am Rande liegenden Probleme dreieinhalb Jahre in Anspruch nahm, bis eine vertragliche Lösung zustande kommen konnte, so läßt sich daraus ermessen, wie schwierig die Behandlung des Kernproblems sein wird.

Wilhelm Cornides und Hermann Volle



## Die künftigen Grenzen Deutschlands

Die Behandlung der einzelnen Grenzfragen, die auf der Moskauer Konferenz zur Sprache kamen oder auf der Londoner Konferenz der Stellvertretenden Außenminister für die Behandlung durch die Außenminister vorgemerkt worden sind, würde den Rahmen dieser zusammenfassenden Darstellung sprengen. Wir beabsichtigen, im Verlauf der nächsten Monate auf die einzelnen Probleme gesondert einzugehen. Im folgenden bringen wir lediglich die Hinweise auf bereits in früheren Folgen des Europa-Archivs gebrachtes Material zu den einzelnen Grenzproblemen.

Co. / H. U.

### Das Ruhrgebiet

#### 1944 — 1946

Französische Pläne zur politischen Abtrennung des Ruhrgebiets, de Gaulle 1944, Vermeil 1945, Bidault 17. Januar 1946 (vgl. Europa-Archiv S. 266/67)

#### 10. September 1945 — Mai 1946

Frankreichs diplomatische Offensive zum Ruhrproblem (vgl. Europa-Archiv S. 3—5)

#### Herbst 1945 — Mai 1946

Haltung der Vereinigten Staaten zu den französischen Plänen (vgl. Europa-Archiv S. 6)

#### Ende 1945

Der Morgenthau-Plan und der Status des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 258)

#### Januar 1946 — Mai 1946

Stellung Großbritanniens und der Dominien zur Ruhrfrage (vgl. Europa-Archiv S. 7)

#### 15. April 1946

Die Times über das Industriepotential des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 174)

#### 29. April 1946

Amerikanische Fragen zum Problem der Internationalisierung des Ruhrgebiets. Außenminister Byrnes auf der ersten Pariser Außenministerkonferenz (vgl. Europa-Archiv S. 259)

#### 9. Juli 1946

Außenminister Molotow über die sowjetische Haltung zum Ruhrproblem auf der zweiten Pariser Außenministerkonferenz (vgl. Europa-Archiv S. 105)

#### 10. Juli 1946

Die Sowjet-Union fordert internationale Kontrolle des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 184)

#### 6. September 1946

Byrnes: Die Ruhr als Teil Deutschlands. Stuttgarter Rede (vgl. Europa-Archiv S. 264)

#### Ende Oktober 1946

Die französischen Sozialisten zur Sozialisierung des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 272)

#### Ende November 1946

Der Stellvertreter Couve de Murvilles, Hervé Alphand, begründet auf der New Yorker Außenministerkonferenz die französische Forderung auf Internationalisierung der Ruhr (vgl. Europa-Archiv S. 621)

#### 31. Dezember 1946

Der Colmer Bericht über Produktionsfragen im Ruhrgebiet (vgl. Europa-Archiv S. 561)

#### 11. Januar 1947

Rede Maurice Schumans vor dem Cleveland Council on World Affairs über die französische Deutschlandpolitik (vgl. Europa-Archiv S. 630)

#### 12. Januar 1947

Interview mit dem französischen Außenminister über die deutschen Probleme besonders des Saar- und Ruhrgebietes in der *New York Times* veröffentlicht (vgl. Europa-Archiv S. 621)

#### 14. Januar — 25. Februar 1947

Belgien für Internationalisierung des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 496)

Bjelo-Rußland für Internationalisierung des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 496)

Brasilien unterstützt die französischen Ruhrforderungen (vgl. Europa-Archiv S. 497)

Die Haltung der Niederlande zum Ruhrproblem (vgl. Europa-Archiv S. 497)

Die Ukraine schlägt eine Viermächtekontrolle für das Ruhrgebiet vor (vgl. Europa-Archiv S. 498)

#### 24. Januar 1947

Lord Beveridge über die Ruhrkohlenproduktion und die Verwaltung durch NGCC (vgl. Europa-Archiv S. 554)

#### 25. Januar 1947

John Foster Dulles über die Verwaltung des Ruhrgebietes und die Verteilung der Ruhrkohle (vgl. Europa-Archiv S. 564/65)

#### 30. Januar 1947

Sowjetische Erklärung über den Verbrauch der Ruhrkohle (vgl. Europa-Archiv S. 632)

#### Anfang Februar 1947

Die *Nowoje Wremja* über die Stellung des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 632)

#### 1. Februar 1947

Memorandum der französischen Regierung über die künftige Rechtsregelung für die Wirtschaft des Ruhrgebietes (vgl. Europa-Archiv S. 626—627)

#### 3. Februar 1947 und 28. Februar 1947

Bidault und Alphand zum französischen Ruhrmemorandum (vgl. Europa-Archiv S. 628)

#### 5. Februar 1947

Minister Hynd vor dem britischen Unterhaus über den Wiederaufbau im Ruhrgebiet (vgl. Europa-Archiv S. 552)

#### 6. Februar 1947

Grundzüge der britischen Haltung in der Ruhrfrage (vgl. Europa-Archiv S. 558)

#### 7. Februar 1947

Die *Neue Zeit* definiert die sowjetische Haltung zur Ruhrfrage (vgl. Europa-Archiv S. 632)

#### 13. Februar 1947

Amerikanische Ruhrpläne (vgl. Europa-Archiv S. 565)  
(Vergleiche ebenfalls das Zeitregister des Europa-Archivs vom 2. Juli 1946, 9. Januar 1947, 13. Januar 1947 und 28. Februar 1947)



## Das Saargebiet

*Mai 1945 — Oktober 1946*

Verwaltungsaufbau des Saargebietes (vgl. Europa-Archiv S. 226)

*Ende 1945*

Der Morgenthau-Plan und das Saargebiet (vgl. Europa-Archiv S. 258)

*Januar — Februar 1946*

Brasilien zu den französischen Saarforderungen (vgl. Europa-Archiv S. 497)

*9. Juli 1946*

Amerikanisches und britisches Einverständnis zur wirtschaftlichen Angliederung der Saar an Frankreich (vgl. Europa-Archiv S. 107)

*12. Juli 1946 und 28. Juli 1946*

Frankreichs Forderung auf Angliederung des Saargebietes. Rede Außenminister Bidaults am 12. Juli 1946, Rede General de Gaulles am 28. Juli 1946 (vgl. Europa-Archiv S. 266 bis 271)

*6. September 1946*

Außenminister Byrnes zu den französischen Saaransprüchen. Stuttgarter Rede (vgl. Europa-Archiv S. 163)

*22. Oktober 1946*

Bevin zur Saarfrage. Unterhausrede (vgl. Europa-Archiv S. 181)

*18. Dezember 1946*

Der französische Oberkommandierende in Deutschland, General Pierre Koenig, verfügt die Errichtung einer Zollgrenze zwischen dem Saargebiet mit den im Juli 1946 eingegliederten Gebieten und der übrigen französischen Zone (vgl. Europa-Archiv S. 632)

*24. Dezember 1946*

*L'Ordre* zur Saarfrage (vgl. Europa-Archiv S. 629)

*31. Dezember 1946*

Der Colmer Bericht zu Produktionsfragen des Saargebiets (vgl. Europa-Archiv S. 561)

*11. Januar 1947*

Rede Maurice Schumans vor dem Cleveland Council on World Affairs über die französische Deutschlandpolitik (vgl. Europa-Archiv S. 630)

*12. Januar 1947*

Interview mit dem französischen Außenminister über die deutschen Probleme besonders des Saar- und Ruhrgebietes in der *New York Times* veröffentlicht (vgl. Europa-Archiv S. 621)

(Vergleiche außerdem das Zeitregister des Europa-Archivs vom 2. Juli 1946)

## Die Ostgebiete

*2. August 1945*

Das Potsdamer Abkommen zur Rückführung Deutscher aus den Ostgebieten (vgl. Europa-Archiv S. 220)

Das Potsdamer Abkommen über die Festlegung der polnischen Westgrenze (vgl. Europa-Archiv S. 219)

*11. Dezember 1945*

Amerikanisches Memorandum zur Frage der Ostgebiete (vgl. Europa-Archiv S. 257)

*Ende 1945*

Der Morgenthau-Plan und die Ostgebiete (vgl. Europa-Archiv S. 258)

*1945 — 1946*

Flüchtlingsfragen (vgl. Europa-Archiv S. 228)

*Januar — Februar 1946*

Jugoslawien unterstützt die polnischen Gebietsansprüche (vgl. Europa-Archiv S. 497)

Polen verlangt Anerkennung der Oder-Neiße-Linie (vgl. Europa-Archiv S. 498)

Die landwirtschaftliche Bedeutung des Gebietes östlich der Oder-Neiße-Linie (vgl. Europa-Archiv S. 578—581)

Polnischer Bericht über die neuen polnischen Westgebiete (vgl. Europa-Archiv S. 593—599)

Leistungsvergleich der früheren Großbetriebe und bäuerlichen Betriebe im Osten Deutschlands (vgl. Europa-Archiv S. 648—651)

Agrarstatistisches Vergleichsmaterial (vgl. Europa-Archiv S. 510—518)

*Juli 1946*

Die Sowjet-Union betrachtet die Oder-Neiße-Grenze als endgültig (vgl. Europa-Archiv S. 185)

*28. Juli 1946*

General de Gaulle zur Grenzziehung im Osten (vgl. Europa-Archiv S. 271)

*6. September 1946*

Außenminister Byrnes bezeichnet die Oder-Neiße-Linie als nicht endgültig. Stuttgarter Rede (vgl. Europa-Archiv S. 263)

*22. Oktober 1946*

Außenminister Bevin über die Ausweisungen aus den Ostgebieten (vgl. Europa-Archiv S. 180)

*29. Oktober 1946*

Marschall Stalin über die polnischen Grenzansprüche (vgl. Europa-Archiv S. 186)

(Vergleiche dazu das Zeitregister des Europa-Archivs vom 30. Juni 1946, 18. Juli 1946, 16. September 1946, 18. September 1946, 22. September 1946 und 28. April 1947)

## Andere Grenzberichtigungen

*Ende 1945*

Morgenthau-Plan über den künftigen deutschen Grenzverlauf (vgl. Europa-Archiv S. 258)

*Januar — Februar 1946*

Die belgischen Gebietsansprüche (vgl. Europa-Archiv S. 496)

Dänemark stellt keine Gebietsansprüche (vgl. Europa-Archiv S. 497)

Die niederländischen Grenzforderungen (vgl. Europa-Archiv S. 497)

Luxemburgs territoriale Forderungen (vgl. Europa-Archiv S. 498)

Die Tschechoslowakei fordert Grenzberichtigungen (vgl. Europa-Archiv S. 499)

*22. Oktober 1946*

Außenminister Bevin zu den Gebietsansprüchen Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande und Dänemarks (vgl. Europa-Archiv S. 189)

(Vergleiche dazu auch das Zeitregister des Europa-Archivs vom 12. September 1946, 21. Oktober 1946, 8. November 1946 und 27. November 1946)



# Quellen - Verzeichnis

Bei der Zusammenstellung und der Bearbeitung des vorliegenden Beitrages über die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte, bei dem wie schon bei der Bearbeitung des Beitrages über die Konferenz der Stellvertretenden Außenminister in London im Januar/Februar 1947 (vgl. Europa-Archiv S. 490—499) die *Behandlung der österreichischen Frage* zurückgestellt wurde, um diese in einer späteren Folge als gesondertes Thema zu behandeln, wurde das Material der hauptsächlichsten Nachrichtenagenturen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union, Frankreichs und der vier Besatzungszonen Deutschlands informativisch verwendet. Ferner wurden die bedeutendsten Tageszeitungen und Wochenschriften aus allen Zonen Deutschlands sowie aus dem Ausland herangezogen. Sendungen des in- und ausländischen Rundfunks dienten ebenfalls als Informationsgrundlage.

Für die im einzelnen in unserem Beitrag zitierten Reden, Erklärungen und Memoranden wurden folgende Quellen benutzt:

Seite	Art des Dokuments	Quelle	Seite	Art des Dokuments	Quelle
671	Arbeits- und Organisationsübersicht	Eigener Entwurf auf Grund der aus der Bearbeitung des Materials gesammelten Erfahrungen	721	Marshall-Antwort an Molotow am 9. 4. 47	<i>New York Times</i> v. 10. 4. 47
672	Vorschlag für die Tagesordnung am 11. 3. 47	TASS v. 11. 3. 47	722 f.	Bidault über deutsche Grenzfragen am 10. 4. 47	DPD v. 10. 4. 47
673 f.	Molotow über die Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands am 11. 3. 47	<i>Neues Deutschland</i> v. 12. 3. 47	723	Marshall über das Saargebiet am 10. 4. 47	<i>World Report Texts</i> v. 29. 4. 47
675 f.	Marshall über die Entnazifizierung am 13. 3. 47	<i>New York Times</i> v. 14. 3. 47	724	Marshall über das Ruhrgebiet am 10. 4. 47	<i>World Report Texts</i> v. 29. 4. 47
676 ff.	Molotow über Entnazifizierung und Demokratisierung am 13. 3. 47	TASS v. 13. 3. 47	725 f.	Molotow über Saar, Ruhr, Rhein am 11. 4. 47	<i>Neues Deutschland</i> v. 13. 4. 47
678 f.	Bevin über Entnazifizierung am 13. 3. 47	DPD-Reuter v. 13. 3. 47	729	Beschlüsse der Außenminister über Bodenreform und Entmilitarisierung am 12. 4. 47	DPD v. 12. 4. 47
680	Bidault über das deutsche Bevölkerungsproblem am 15. 3. 47	DPD-Reuter v. 15. 3. 47 und AEP v. 20. 3. 47	730	Marshall-Erklärung zum deutschen Friedensvertrag am 14. 4. 47	<i>World Report Texts</i> v. 29. 4. 47
681 f.	Bevin über Wirtschaftsgrundsätze am 17. 3. 47	<i>Daily Telegraph</i> und <i>Times</i> v. 18. 3. 47	730	Marshall zum Viermächtevertrag am 14. 4. 47	<i>New York Times</i> v. 14. 4. 47
682 ff.	Molotow über Wirtschaftseinheit und Zentralverwaltung am 17. 3. 47	TASS v. 18. 3. 47	731 f.	Sowjetischer Vertragsentwurf zum Viermächtevertrag am 14. 4. 47	TASS v. 16. 4. 47
684	Geheimabkommen von Jalta über Reparationen	TASS v. 18. 3. 47	732 f.	Marshall zum sowjetischen Viermächteprojekt am 15. 4. 47	<i>World Report Texts</i> v. 29. 4. 47
686	Marshall-Memorandum über Wirtschaftseinheit am 17. 3. 47	<i>Tagesspiegel</i> v. 21. 3. 47	733	Vorschläge Molotows zum Viermächtepakt am 15. 4. 47	TASS und Reuter v. 15. 4. 47
687	Marshall über Reparationen am 17. 3. 47	<i>World Report</i> v. 15. 4. 47	734	Marshall über das Kohlenproblem am 15. 4. 47	<i>World Report Texts</i> v. 29. 4. 47
687	Bevin über Reparationen am 17. 3. 47	DPD-Reuter v. 18. 3. 47	736	Beschluß zur Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen am 23. 4. 47	DPD-Reuter v. 23./24. 4. 47
688	Bidault über wirtschaftliche Probleme am 18. 3. 47	AEP Nr. 1368 v. 20. 3. 47	736	Empfehlungen der Außenminister an den Kontrollrat am 23. 4. 47	<i>New York Herald Tribune</i> v. 29. 4. 47
691 f.	Molotow über Wirtschaftseinheit, Reparationen und Zentralverwaltung am 19. 3. 47	<i>Neue Welt</i> , Berlin, Heft 7, April 47	738	Dreimächte-Kohlenabkommen am 21. 4. 47	<i>New York Herald Tribune</i> v. 23. 4. 47
694 f.	Bevin über die zukünftige Staatsform Deutschlands am 21. 3. 47	DPD-Reuter v. 21. u. 22. 3. 47 und <i>Times</i> v. 22. 3. 47	740 f.	Statut für Triest	State Department Publications, <i>Peace Treaty Italy</i> v. Februar 47
696	Reparationen an Großbritannien	DPD-Reuter v. 22. 3. 47	743	Marshall-Brief an Molotow am 16. 3. 47	<i>New York Herald Tribune</i> v. 18. 3. 47
696	Reparationen an die Vereinigten Staaten	State Department Publications v. 26. 3. 47	743	Marshall-Brief vom 2. 4. 47	<i>New York Times</i> v. 3. 4. 47
697	Molotow über die Gestaltung Deutschlands am 22. 3. 47	TASS v. 22. 3. 47	744	Marshall-Brief vom 8. 4. 47 (veröffentlicht am 12. 4.)	<i>World Report Texts</i> v. 29. 4. 47
698	Bevin über Reparationen und Industrienniveau am 22. 3. 47	DPD-Reuter v. 22. 3. 47	745	Molotow-Brief vom 19. 4. 47	<i>World Report Texts</i> v. 12. 5. 47
699	Zusammenfassung der französischen Vorschläge am 24. 3. 47	ADN v. 24. 3. 47	746	Marshall-Brief vom 2. 5. 47	AP v. 2. 5. 47
701	Geheimabkommen von Teheran, Jalta und Potsdam	State Department Publications v. 25. 3. 47	746	Molotow-Brief vom 10. 5. 47	<i>New York Times</i> v. 11. 5. 47
704 ff.	Britische Richtlinien für die Behandlung Deutschlands am 31. 3. 47	DPD v. 31. 3. 47	747	Sowjetische Stellungnahme zur Konferenz	<i>Iswestija</i> v. 24. 4. 47
707 f.	Marshall über Wirtschaftseinheit und Reparationen am 31. 3. 47	<i>New York Times</i> v. 1. 4. 47	748 ff.	Amerikanische Stellungnahme zur Konferenz	P. M. v. 29. 4. 47
708	Antwort Bidaults auf die Erklärung Marshalls am 31. 3. 47	AEP Nr. 1442 v. 3. 4. 47	751	Französische Stellungnahme zur Konferenz	<i>Le Monde</i> v. 23./24. 6. 47
710	Französisches Memorandum zum Staatsaufbau am 2. 4. 47	DPD-Reuter v. 2. 4. und ADN v. 2. und 3. 4. 47	752 ff.	Britische Stellungnahme zur Konferenz (Bevin am 15. 5. 47)	<i>Hansard</i> v. 15. 5. 47
714	Interview Molotows am 4. 4. 47	<i>Neue Welt</i> , Berlin, Heft 7, April 1947	760	Die Methoden der Auswahl von Industriewerken für Reparationszwecke (graphische Darstellung)	<i>A Year of Potsdam</i> ; deutsch: Verlag Europa-Archiv, Dokumente, I. Bd. Der bisher ausführlichste Bericht erschien nach unserer Kenntnis im <i>Manchester Guardian</i> am 21. 2. 47
715	Beschluß der Außenminister über die Einsetzung einer provisorischen deutschen Regierung am 5. 4. 47	DPD-Reuter v. 5. 4. 47	762 ff.	Angaben über Demontagen	
715	Bidault über zentrale Verwaltungsorgane am 5. 4. 47	DPD v. 5. 7. 47 und <i>Daily Telegraph</i> v. 7. 4. 47	766	Erklärung Byrnes' auf der zweiten Pariser Außenministerkonferenz über Reparationen am 12. 7. 46	<i>New York Times</i> v. 13. 7. 46
718	Marshall über die deutsche Ostgrenze am 9. 4. 47	<i>New York Times</i> v. 10. 4. 47			
720	Molotow über die deutsche Ostgrenze am 9. 4. 47	<i>Neues Deutschland</i> v. 11. 4. 47			



## 1. JUNI 1947:

Sowjetrussisch-amerikanische Besprechungen in der koreanischen Hauptstadt Söul über die Zukunft Koreas.

## 2. JUNI 1947:

In der Viermächtekommission für den Staatsvertrag mit Österreich erhebt der britische Sonderbeauftragte Sir George Rendel gegen die sowjetrussische Vertretung den Vorwurf, die Verhandlungen hinauszuzögern.

Der französische Außenminister *Bidault* erhebt beim ägyptischen Botschafter in Paris, *Sarroat Bey*, energischen Protest wegen der „Mittäterschaft“ der ägyptischen Regierung am Entkommen des ehemaligen Führers der Rifkabylen, *Abd el Krim*, der nach 21jähriger Haft bei seinem Transport nach Südfrankreich in Kairo landete.

Konferenz über die politische Zukunft Indiens zwischen dem britischen Vizekönig Lord *Mountbatten* und sieben indischen Führern. *Mountbatten* erklärt, Großbritannien sei fest entschlossen, die Macht in Indien noch im Jahre 1947 vollständig auf die Inder zu übertragen.

Vizekönig *Mountbatten* schlägt für die indischen Staaten Hindustan und Pakistan den Dominionstatus vor.

## 3. JUNI 1947:

Gleichzeitige Bekanntgabe des neuen Indienplanes durch Premierminister *Attlee* und Lord *Mountbatten* in London und Dehli.

Der Vizepräsident der vorläufigen indischen Regierung, *Pandit Nehru*, nimmt die Vorschläge der britischen Regierung an.

## 4. JUNI 1947:

Die amerikanischen Besatzungsbehörden geben der österreichischen Regierung gewisse ehemalige deutsche Vermögenswerte in ihrer Besatzungszone Österreichs zurück.

## 5. JUNI 1947:

Außenminister *Marshall* fordert vor der Harvard-Universität eine einheitliche Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten als Vorbedingung einer Unterstützung durch die Vereinigten Staaten von Amerika.

Präsident *Truman* bezeichnet die Entwicklung in Ungarn, die sich aus dem Regierungswechsel in Budapest ergeben hat, als Gewaltanwendung.

Die Viermächtebesprechungen über die Zukunft der ehemaligen italienischen Kolonien werden verschoben, da der sowjetrussische Botschafter in Großbritannien, *Zarubin*, der die Sowjet-Union bei den Besprechungen vertreten soll, noch keine Anweisung von Moskau erhalten hat.

## 6. JUNI 1947:

Der amerikanische Senat beschließt, die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn zu ratifizieren.

Konferenz der Ministerpräsidenten aller Zonen Deutschlands in München. Bereits bei der ersten Zusammenkunft verlassen die Vertreter der Ostzone die Konferenz, da ihrem Verlangen, das Programm der Tagung durch neue Punkte zu erweitern, nicht stattgegeben wird. Zu Ende der Besprechungen, am 8. Juni, werden von den Ministerpräsidenten neun Entschlüsse einstimmig angenommen, die dem Alliierten Kontrollrat vorgelegt werden sollen.

Erlaß des französischen Oberbefehlshabers in Deutschland über eine gebietsmäßige Neuordnung des Saargebietes und des Landes Rheinland-Pfalz.

## 7. JUNI 1947:

Der neue ungarische Ministerpräsident, *Dinnyes*, erklärt, daß die Außenpolitik Ungarns unverändert bleibe.

## 8. JUNI 1947:

Die Reichsmark wird im Saargebiet durch die Saarmark abgelöst.

## 9. JUNI 1947:

Außenminister *Molotow* lehnt die britische Forderung, das Beweismaterial über die angebliche Verwicklung *Ferenc Nagys* und vieler seiner Kollegen in die „anti-republikanische Verschwörung“ prüfen zu dürfen, ab und bezeichnet sie als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns.

Der Internationale Sozialistenkongreß in Genf lehnt die Zulassung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Internationalen Sozialistenkonferenz in Zürich ab.

In Prag Eröffnung der ersten Tagung des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes seit seiner Gründung. Zum Ende der Tagung stimmt der Hauptausschuß einer Entschlüsse zu, die sich für die Angliederung der deutschen Gewerkschaften an den Weltgewerkschaftsbund einsetzt.

Im Zuge der Neuordnung der amerikanischen Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten ernennt Präsident *Truman* den

früheren Botschafter in Argentinien und Spanien, *Norman Armour*, zum Staatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten an Stelle des am 4. Juni zurückgetretenen *Spruille Braden*.

Die amerikanisch-sowjetrussische Korea-Kommission einigt sich grundsätzlich über die mit den Koreanern aufzunehmenden Verhandlungen zur Bildung einer Übergangsregierung in Korea. Der Rat der Moslemliga und der Rat der Kongreßpartei entscheiden sich für die Annahme des britischen Indienplanes.

## 10. JUNI 1947:

Mongolische Truppen marschieren tief in die chinesische Provinz Sinkiang ein. Die chinesische Nationalregierung protestiert in Moskau „gegen die Invasion chinesischen Staatsgebietes“.

Der österreichische Bundeskanzler *Figl* dementiert alle Rücktrittsgerüchte, die dadurch entstanden waren, daß er mit dem kommunistischen Nationalrat *Fischer* private Verhandlungen über eine kommunistische Beteiligung an der Regierung geführt hatte.

Die spanischen Cortes nehmen das neue Nachfolgesetz General *Francos* an.

Kommuniqué *McArthurs* über die Wiederaufnahme des Außenhandels durch Japan am 15. August 1947.

## 11. JUNI 1947:

Bei dem Besuch Präsident *Trumans* in Kanada sprechen sich sowohl *Truman* als auch der kanadische Ministerpräsident *Mackenzie King* für gegenseitige Zusammenarbeit aus.

Dem sowjetrussischen Vorsitzenden der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn, General *Swiridow*, wird eine scharfe amerikanische Note anlässlich der ungarischen Vorfälle überreicht, in der die Vereinigten Staaten eine Dreimächte-Untersuchungskommission verlangen.

Lord *Unsittart* verlangt im britischen Oberhaus eine vollkommene Schwenkung der britischen Außenpolitik, falls die Sowjet-Union ihre bisherige Politik beibehalte.

Außenminister *Bevin* spricht im britischen Unterhaus über die Lage in Deutschland, Ungarn und Bulgarien.

Im Atomausschuß der Vereinten Nationen legt der sowjetrussische Delegierte *Gromyko* einen neuen Atomplan vor, der ein internationales Abkommen über das Verbot der Atomwaffen vorsieht, dem die Schaffung einer internationalen Atomkontrollkommission folgen soll.

Die belgische Kommission, die die Haltung König *Leopolds III.* vor und während des zweiten Weltkrieges untersucht, befindet den König als nicht schuldig.

## 12. JUNI 1947:

Außenminister *Marshall* bietet erneut die amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa unter der Bedingung an, daß sich die europäischen Staaten über ein Wiederaufbauprogramm selbst einigen, wobei er hervorhebt, daß sein Europaplan auch die Sowjet-Union einschließe.

## 13. JUNI 1947:

Präsident *Truman* und Außenminister *Marshall* beauftragen Staatssekretär *William L. Clayton*, die Möglichkeiten eines einheitlichen Selbsthilfeprogramms der europäischen Staaten zu untersuchen.

In London tritt zum erstenmal die Internationale Konferenz über die Menschenrechte zusammen.

*Bevin* spricht sich vor Vertretern der ausländischen Presse in London für die Errichtung eines Weltparlaments aus.

Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS dementiert eine Meldung, wonach Flugzeuge mit sowjetrussischen Kennzeichen bei den Kämpfen in Sinkiang eingesetzt worden seien.

## 14. JUNI 1947:

Bei der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde der Friedensverträge für die ehemaligen deutschen Verbündeten deutet Präsident *Truman* die Möglichkeit einer späteren Änderung gewisser Bedingungen des Friedensvertrages mit Italien an. Er beschuldigt die Regierungen Ungarns, Rumäniens und Bulgariens, die Bevölkerung ihrer Länder zu unterdrücken.

Die nächsten Wahlen zum italienischen Parlament werden von der Nationalversammlung auf das kommende Frühjahr verschoben; die Nationalversammlung soll erst am 31. Dezember 1947 aufgelöst werden.

Mahatma *Gandhi* spricht sich in einer Rede an den Allindischen Kongreßausschuß mit Nachdruck für die Annahme des britischen Regierungsplanes aus.

## 15. JUNI 1947:

General *Swiridow* weist den amerikanischen Protest zur politischen Krise in Ungarn zurück und lehnt die Einsetzung einer Untersuchungskommission der drei Mächte ab.



Das Internationale Komitee zum Studium europäischer Fragen enthält die Namen von Nationalsozialisten, die verantwortliche Posten innerhalb der Verwaltungsorgane in Deutschland, vor allem innerhalb der Norddeutschen Kohlenkontrolle (NGCC), innehaben. Nach viertägigen Kämpfen mit chinesischen Regierungstruppen ziehen sich die mongolischen Streitkräfte aus der Provinz Sinkiang zurück.

#### 16. JUNI 1947:

Präsident *Truman* legt gegen das vom amerikanischen Kongreß verabschiedete neue Steuergesetz, das die Lasten der amerikanischen Steuerzahler um ungefähr vier Milliarden Dollar verringert, sein Veto ein.  
200 000 amerikanische Seeleute, die eine 40-Stunden-Woche verlangen, treten in den Streik.  
Der UN-Untersuchungsausschuß für Palästina nimmt in Jerusalem seine Arbeit auf.  
Das griechische Kabinett billigt den Plan zur Durchführung der amerikanischen Hilfeleistung.

#### 17. JUNI 1947:

Beginn der Besprechungen zwischen Außenminister *Bevin* und den französischen Staatsmännern *Bidault* und *Ramadier* über den Marshall-Plan für Europa.  
Die britische Regierung tritt erneut an die übrigen Großmächte heran, um eine schnellere Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands herbeizuführen.  
Im Gegensatz zu anderen indischen Politikern billigt *Ali Jinnah* für die Moslemliga den indischen Fürstenstaaten volle Handlungsfreiheit zu.

#### 18. JUNI 1947:

Großbritannien und Frankreich einigen sich über die Aufstellung einer europäischen Wirtschaftskommission, welche die Bedürfnisse Europas im Rahmen der Vorschläge Außenminister *Marshall's* festlegen soll.  
Die französische und die britische Regierung richten eine offizielle Einladung an die Sowjetregierung, an einer Überprüfung des Marshall-Planes für Europa teilzunehmen.  
Eröffnung der Budapester Prozesse, in denen 43 ehemalige Mitglieder der ungarischen Partei der kleinen Landwirte wegen Hochverrats abgeurteilt werden.

#### 19. JUNI 1947:

Außenpolitische Debatte im britischen Unterhaus mit Reden Außenminister *Bevins* und *Anthony Edens*.  
Das Wollschutzzollgesetz der Vereinigten Staaten wird vom amerikanischen Senat endgültig gebilligt.  
Ende des Seeleutestreiks an der amerikanischen Ostküste.  
Unter Hinweis auf den Münchener Beschluß der Westzonen-Repräsentanten, ihre Entschließungen durch eine Abordnung bei dem Kontrollrat zu begründen, bitten die Ministerpräsidenten der deutschen Ostzone den Alliierten Kontrollrat, auch zwei Vertreter der Ostzone zu empfangen.

#### 20. JUNI 1947:

Präsident *Truman* legt gegen die vom Kongreß verabschiedete Anti-Gewerkschaftsgesetzgebung in den Vereinigten Staaten sein Veto ein. Bei einer erneuten Abstimmung im Kongreß wird das Veto des Präsidenten verworfen, und das Gesetz erlangt damit Rechtskraft.  
Die amerikanische Regierung bewilligt der persischen Regierung eine 25-Millionen-Dollar-Anleihe zum Ankauf von Rüstungsgegenständen.

#### 21. JUNI 1947:

Veröffentlichung des ungarischen Weißbuches, das unter anderem *Ferenc Nagy* beschuldigt, für die angebliche Verschwörung gegen die ungarische Republik amerikanische und britische Hilfe erbeten zu haben.  
Der bisherige persische Ministerpräsident, *es Sultaneh*, bildet eine neue Regierung; von den früheren Ministern bleiben vier im Kabinett.  
Unterzeichnung des griechisch-amerikanischen Abkommens über die amerikanische Hilfeleistung.

#### 22. JUNI 1947:

Bundeskanzler *Figl* gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten von nun ab ihre Besatzungskosten in Österreich selbst tragen.

#### 23. JUNI 1947:

Die Einladung Großbritanniens und Frankreichs zu einer Außenministerkonferenz über den Marshall-Plan wird von der Sowjet-Union angenommen.  
Zur Vorbereitung der Hilfsaktion für Europa bildet Präsident *Truman* drei Ausschüsse, die das Ausmaß der amerikanischen Lieferungsmöglichkeiten feststellen sollen.  
Kaiser *Hirohito* eröffnet den neuen japanischen Reichstag.

#### 24. JUNI 1947:

Die österreichische Regierung ersucht die britische, die sowjetrussische und die französische Besatzungsmacht, ihre Besatzungskosten selbst zu bezahlen.  
Der dänische Ministerpräsident *Kristensen* fordert eine Befragung des dänischen Volkes in der Südschleswig-Frage.  
Die polnische Regierung teilt den Vereinigten Staaten amtlich mit,

daß sie bereit sei, mit anderen europäischen Ländern an der Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes mitzuarbeiten, wie ihn *Marshall* vorgeschlagen habe.  
Nachdem bekannt geworden ist, daß der amerikanische Kongreß das Veto Präsident *Trumans* zum neuen Arbeitsgesetz abgelehnt hat, setzt in den amerikanischen Bergwerken eine neue Streikbewegung ein.

#### 25. JUNI 1947:

*Bevin* erklärt, daß die britische Regierung aus der Weigerung der Sowjet-Union, Großbritannien über Ungarn zu unterrichten, „ihre eigenen Schlußfolgerungen“ ziehe.  
Besprechungen zwischen dem Staatssekretär im amerikanischen Wirtschaftsministerium, *Clayton*, und Mitgliedern des britischen Kabinetts über die Durchführung des Marshall-Planes und das Gesamtproblem der britisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen.  
Der Rat der Republik und die französische Nationalversammlung nehmen das Notprogramm an. Als Folge der Regierungs-Sparmaßnahmen brechen in ganz Frankreich Streiks aus.  
Der polnische Ministerpräsident *Cyrankiewicz* erklärt vor dem polnischen Parlament, daß bereits fünf Millionen Polen in den ehemals deutschen Gebieten angesiedelt worden seien.  
Der ungarische Ministerpräsident *Dimnyes* verkündet ein neues Wahlgesetz, das den Volksdeutschen und ehemaligen Faschisten das Wahlrecht entzieht.  
In einem Kommuniqué der chinesischen Zentralregierung wird eine radikale Änderung der Politik der chinesischen Zentralregierung gegenüber der Sowjet-Union angekündigt. Es wird darauf hingewiesen, daß China seine Rechte in Dairen und Port Arthur unter Umständen gewaltsam geltend machen will.  
Ein Abkommen über die Verwendung des österreichischen Anteils an der vor kurzem vom amerikanischen Kongreß gebilligten 350 Millionen-Dollar-Anleihe für Europa wird von amerikanischen und österreichischen Vertretern in Wien unterzeichnet. Das Abkommen stellt Österreich fast hundert Millionen Dollar zur Verfügung.  
Konstituierende Sitzung des Wirtschaftsrates der britisch-amerikanischen Zone in Frankfurt am Main.

#### 26. JUNI 1947:

Präsident *Truman* legt sein Veto gegen das Wolleinfuhrgesetz des Kongresses ein, das die Erhebung besonderer Schutzzölle bei einer Gefährdung der einheimischen Wollproduktion durch die Einfuhr vorsieht.  
Trotz Aufforderung von Fachgewerkschaften des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes lehnt *William Green*, der Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (AFL), in Washington die Ausrufung eines Generalstreiks als Protest gegen die neue amerikanische Arbeitsgesetzgebung ab.  
Präsident *Truman* erklärt sich mit dem Marshall-Plan „völlig einverstanden“.  
Nach seinem Rücktritt am 25. Juni wird *Enrico de Nicola* von der italienischen Nationalversammlung erneut zum Staatspräsidenten gewählt.  
Eine britische Note an die rumänische Regierung protestiert gegen die in Rumänien in Oppositionskreisen vorgenommenen Verhaftungen.  
Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages durch die Regierungen Frankreichs und der Philippinen.  
Anläßlich des zweiten Jahrestages der Gründung der UN bekennen sich die führenden Staatsmänner der Welt zum Gedanken der Vereinten Nationen.  
Erster offizieller Besuch *Lord Pakenhams* in Österreich.

#### 27. JUNI 1947:

Beginn der Pariser Konferenz der Außenminister Großbritanniens, der Sowjet-Union und Frankreichs.  
Das ungarische Parlament ratifiziert einstimmig den Friedensvertrag mit den Alliierten.  
Der neugegründete deutsche Wirtschaftsrat in der sowjetrussischen Zone Deutschlands tritt zum erstenmal zusammen.

#### 28. JUNI 1947:

An Stelle des am 20. Juni zurückgetretenen *Sutan Sjahrir* übernimmt der Präsident der Indonesischen Republik, *I. R. Soekarno*, das Amt des Ministerpräsidenten. *Soekarno* nimmt die wichtigsten Punkte des holländischen Vorschlags vom 27. Mai 1947 zur Bildung einer vorläufigen Bundesregierung für die Gesamtheit des früheren Niederländisch-Ostindien an.  
Beginn des zweiten Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg.

#### 29. JUNI 1947:

Aufdeckung einer Verschwörung gegen die republikanische Regierung in Frankreich.

#### 30. JUNI 1947:

Nach Beendigung der UNRRA-Tätigkeit in Europa übernimmt die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) der UN die Fürsorge für beinahe 700 000 Verschleppte in Europa.  
Der neuernannte stellvertretende Außenminister der Vereinigten Staaten, *Robert Lovett*, übernimmt von seinem Vorgänger, *Dean Acheson*, sein Amt.